

FORSCHUNGEN ZUR BALTISCHEN GESCHICHTE

4
2009

Herausgegeben von
MATI LAUR und KARSTEN BRÜGGEMANN

unter Mitwirkung von
ANTI SELART, ANDRIS LEVANS und KONRAD MAIER

in Verbindung mit
CARSTEN JAHNKE (Kopenhagen), INDREK JÜRJO (Tallinn),
DETLEF HENNING (Lüneburg), JUHAN KREEM (Tallinn),
ENN KÜNG (Tartu), ILGVARS MISĀNS (Riga),
EVGENIJA NAZAROVA (Moskau), DAVID J. SMITH (Glasgow),
GVIDO STRAUBE (Riga), TÕNU TANNBERG (Tartu),
ÜLLE TARKIAINEN (Tartu), RALPH TUCHTENHAGEN (Hamburg),
HORST WERNICKE (Greifswald), SEPPÖ ZETTERBERG (Jyväskylä)



Akadeemiline Ajalooselts

Forschungen zur baltischen Geschichte - Bd. 4
hrsg. von Mati Laur und Karsten Brüggemann
Tartu: Akadeemiline Ajalooselts, 2009

Redaktion und Drucklegung wurden gefördert
mit Mitteln der Republik Estland
Sibtfinantseerimine TFLAJ 2700 und *Eesti Kultuurkapital*,
der Akademischen Historischen Gesellschaft (Tartu),
des Instituts für Geschichte und Archäologie der Universität Tartu
und der Fakultät für Geschichte und Philosophie der Lettischen Universität in Riga

Redaktion: Dr. SIRJE TAMUL
Institut für Geschichte und Archäologie der Universität Tartu
Ülikooli 18, Tartu, Estland, EE-50090
e-mail: sirje.tamul@ut.ee

Manuskripte werden durch die Redaktion erbeten.
Bestellungen können an die Redaktion oder an Dr. KONRAD MAIER,
Nordost-Institut, Conventstraße 1, 21335 Lüneburg (k.maier@ikgn.de)
gerichtet werden.

Articles appearing in this journal are abstracted and indexed in
HISTORICAL ABSTRACTS and AMERICA: HISTORY AND LIFE

Umschlag: IRINA TAMMIS
Satz: MEELIS FRIEDENTHAL

ISSN 1736-4132

© Akadeemiline Ajalooselts, 2009
Alle Rechte vorbehalten

Printed in Estonia

INHALT

VORWORT
ORTSNAMENKONKORDANZ

AUFSÄTZE

- MIKAEL KRISTIAN HANSEN: Die Kalmarer Union und der Deutsche Orden 1410–1423; Die Estlandfrage 11
- ANTI SELART: Das Wunder in Narva am 11. Mai 1558. Zur Geschichte der russischen Polemik gegen die Reformation im 16. Jahrhundert 40
- KARI TARKIAINEN: Christian Agricola und die schwedische Kirchenpolitik in Estland 1583–1586 58
- MARTEN SEPPEL: Gab es staatliche Hungerhilfe in den schwedischen Ostseeprovinzen im 17. Jahrhundert? 78
- GVIDO STRAUBE, MATI LAUR: Der Hallische Pietismus und die Herrnhuter Brüdergemeine in Liv- und Estland im 18. Jahrhundert 97
- AIIJA TAIMIŃA: „... aus ächten und unverfälschten Quellen“: Ernst Hennig, Wilhelm Friedrich Freiherr von Ungern-Sternberg, Johann Christoph Brotze und ihre Arbeit an den Dokumenten aus dem Geheimen Archiv in Königsberg 115
- AGO PAJUR: Der Ausbruch des Landeswehrkriegs. Die estnische Perspektive 145
- KASPARS ZELLIS: Die Schlacht bei Cēsis, die Esten und das historische Bewusstsein der Letten 170
- TÖNU TANNBERG: Wie bekämpft man die Waldbrüder? Die baltische Frage im Kreml Ende 1944 190
- TIIU KREEGIPUU: Die Darstellung der „Juniwende“ vom 21. Juni 1940 in der sowjet-estnischen Presse 1945–1960 210

MITTEILUNGEN

- LAURI VAHTRE: „Kodu lugu“ – zwanzig Jahre später 229
- ANDREI HVOSTOV: Zwanzig Jahre nationale Mobilmachung 234
- LINDA KALJUNDI: „Ein sicherer Halt“: Zum Verhältnis von Geschichte und Analogieprinzip in „Kodu lugu“ 238

ALEXANDER EWIG: Der Regierende Graf Wilhelm zu Schaumburg-Lippe und die Kräuter- und Wurzelrocknung Johann Georg Eisens	249
WILHELM LENZ: Grasleben, Goslar, Göttingen, Koblenz – Stationen der ausgelagerten Bestände des Revaler Stadtachivs (1944–1990)	259
INETA LIPŠA: Die Erinnerungen eines lettischen Historikers und das kollektive Gedächtnis	268

BESPRECHUNGEN

Ajalookirjutaja aeg. Aetas historicorum (von ARVO TERING)	273
JOACHIM TAUBER, RALPH TUCHTENHAGEN: Vilnius. Kleine Geschichte der Stadt (von DARIUS BARONAS)	276
VALTER LANG: The Bronze and Early Iron Ages in Estonia (von ANDRIS ŠNĒ)	285
SILVIA LAUL, HEIKI VALK: Siksälä. A Community at the Frontiers. Iron Age and Medieval (von ANDRIS ŠNĒ)	291
ANTI SELART: Livland und die Rus' im 13. Jahrhundert (von REINHARD FRÖTSCHNER)	297
MARGUS LAIDRE: Dorpat 1558–1708. Linn vae ja vaenu vahel [Dorpat 1558–1708. Eine Stadt zwischen Macht und Feindseligkeit] (von PÄRTEL PIIRIMÄE)	305
ARVO TERING: Eesti-, liivi- ja kuramaalased Euroopa ülikoolides 1561–1798 [Est-, Liv- und Kurländer an den Universitäten Europas 1561–1798] (von VELLO HELK)	310
Kurland. Vom polnisch-litauischen Lehnshertzogtum zur russischen Provinz. Dokumente zur Verfassungsgeschichte 1561–1795 (von GVIDO STRAUBE)	316
ГУЗЕЛЬ ИБНЕЕВА: Путешествия Екатерины II: Опыт «освоения» имперского пространства [Die Reisen Katharinas II.: Der Versuch der „Aneignung“ des imperialen Raums] (von MATI LAUR)	319
ERICH DONNERT: Agrarfrage und Aufklärung in Lettland und Estland. Livland, Estland und Kurland im 18. und beginnenden 19. Jahrhundert (von ALEXANDER EWIG)	321
VYTAUTAS PETRONIS: Constructing Lithuania. Ethnic Mapping in Tsarist Russia, ca. 1800–1914 (von KARSTEN BRÜGGEMANN)	327
ERICH DONNERT: Die Universität Dorpat-Jüfev 1802–1918. Ein Beitrag zur Geschichte des Hochschulwesens in den Ostseeprovinzen des Russischen Reiches (von SIRJE TAMUL)	331

- НАТАЛЬЯ АНДРЕЕВА: Прибалтийские немцы и российская правительственная политика в начале XX века [Die Deutschbalten und die russländische Regierungspolitik zu Beginn des 20. Jahrhunderts] (von INDREK KIVERIK) 334
- Eesti! Sa seisad lootusrikka tuleviku lävel, kus sa vabalt ja iseseisvalt oma saatust määrata ja juhtida võid. Eesti riikluse alusdokumendid 1917–1920 [Estland! Du stehst auf der Schwelle zu einer hoffnungsvollen Zukunft, in der du frei und unabhängig dein Schicksal bestimmen und lenken kannst. Grunddokumente der estnischen Staatlichkeit 1917–1920] (von KARSTEN BRÜGGEMANN) 342
- KAIDO LAURITS: Saksa kultuuroromavalitsus Eesti Vabariigis 1925–1940. Monograafia ja allikad [Die deutsche Kulturselbstverwaltung in der Republik Estland 1925–1940. Monographie und Quellen] (von KONRAD MAIER) 345
- ЕЛЕНА ЗУБКОВА: Прибалтика и Кремль, 1940–1953 [Das Baltikum und der Kreml, 1940–1953] (von TÕNU TANNBERG) 348
- Displaced Persons. Flüchtlinge aus den baltischen Staaten in Deutschland (von KARSTEN BRÜGGEMANN) 355
- The Baltic Question during the Cold War (von OLAF MERTELSMANN) 359



LIEBE LESERINNEN & LESER,

fast wäre die diesjährige Ausgabe der „Forschungen zur baltischen Geschichte“ politisch hochaktuell geworden, planten doch die Präsidenten Estlands und Lettlands, Toomas Hendrik Ilves und Valdis Zatlers, den 90. Jahrestag der Schlacht bei Cēsis (dt. Wenden, estn. Võnnu), bei der estnische und lettische Truppen im Juni 1919 die Baltische Landeswehr schlugen, gemeinsam zu begehen. An der geplanten Parade im nordlettischen Cēsis sollten je 500 Mitglieder der paramilitärischen Freiwilligenorganisationen „Kaitseliit“ und „Zemessardze“ teilnehmen. Das estnische Präsidialamt begründete diese Entscheidung damit, dass diese Schlacht die „estnisch-lettische Waffenbrüderschaft“ und den „gemeinsamen Kampf“ für die Unabhängigkeit symbolisiere (zit. n. „Postimees“, 18. Januar 2009). Einen Monat später jedoch schlug die Wirtschaftskrise umbarmherzig zu, indem sie dieser Idee einen Strich durch die Rechnung machte – wie die Lektüre unserer „Forschungen“ zeigen dürfte, hat die Krise in diesem Fall tatsächlich etwas Gutes bewirkt.

Politisch forcierte historische Jubiläen dienen selten der Erinnerung an das, was „wirklich gewesen“, sondern viel mehr einer instrumentalisierten und leidlich frisierten Version der Geschichte. Die Organisatoren dieser für den 23. Juni 2009 geplanten Parade vor ihrer demonstrativen Geschichtsklitterung zu bewahren, wäre dieser Ausgabe unserer Zeitschrift zwar nicht mehr gelungen. Aber sie hätten in den Artikeln von Ago Pajur und Kaspars Zellis nachlesen können, dass die wohlfeilen Formeln von der „Waffenbrüderschaft“ und dem „gemeinsamen“ Kampf zahlreiche Konflikte und ein tief verwurzeltes gegenseitiges Misstrauen, das 1919 offen zutage trat, verschleiern. So darf man der Krise ein besseres historisches Gespür attestieren als den genannten Staatspräsidenten.

Wie bereits die vorangegangene Ausgabe präsentiert somit auch die vorliegende den Versuch, estnische und lettische Autoren über ein gemeinsames Thema aus ihrem jeweiligen Blickwinkel schreiben zu lassen; darüber hinaus veröffentlichen wir erstmals auch einen gemeinsam von einem Letten (Gvido Straube) und einem Esten (Mati Laur) geschriebenen Artikel. Aber damit nicht genug: Aus Anlass der Publikation der ersten „Untergrund“-Geschichte Estlands, die 1989 erschien, haben wir einen der damaligen Autoren (Lauri Vahtre) sowie zwei jüngere Kollegen (Andrei Hvostov, Linda Kaljundi) gebeten, ihre Gedanken zu dieser besonderen „Heim(at)geschichte“ (*Kodu lugu*) zu formulieren – aus dem zeitlichen Abstand von 20 Jahren. „Zwanzig Jahre später“ verweist dabei nicht nur auf das im europäischen Erinnerungskalender 2009 fest verankerte *annus mirabilis* 1989, sondern viel mehr noch auf den nicht nur in Estland populären Roman „Vingt ans après“ von Alexandre Dumas, der Fortsetzung seiner populären

„Drei Musketiere“. Wie Hvostov zu Recht anmerkt, dürften sich die drei Autoren – neben Vahtré noch Mart Laar und Heiki Valk – damals in der Tat als eine Art drei Musketiere im Dienste der „wahren“, nicht vom Geheimdienst des Kardinals umgeschriebenen Geschichte gefühlt haben.

In Hinblick auf unsere Autoren können wir diesmal anstelle der angekündigten „Süderweiterung“ nach Weißrussland immerhin eine kleine „Westerweiterung“ feiern, da auf Vermittlung unseres Kopenhagener Kollegen Carsten Jahnke mit Mikael Kristian Hansen ein junger dänischer Historiker gewonnen werden konnte, der in seiner Magisterarbeit ostseespannende Expansionsgelüste im frühen 15. Jahrhundert untersucht hat.

Wie stets ist es uns angenehme Pflicht, allen Beteiligten am Zustandekommen dieser Ausgabe herzlich zu danken. Ohne etatmäßige Stelle für die Redaktionsarbeit gehört schon eine gehörige Portion Idealismus dazu, solch ein Projekt auf die Beine zu stellen und es am Leben zu erhalten. In bewährter Weise hat Andris Levāns sich darum gekümmert, dass in nicht ganz so leichten Zeiten die lettische Geschichtswissenschaft auch in diesem Band wieder angemessen vertreten ist, und es ist ihm offensichtlich gelungen, die Idee der „Forschungen“ auch in den Etat seiner Rigaer Fakultät einzuschreiben. Somit ist auch die vierte Ausgabe in finanzieller Hinsicht eine bilaterale Angelegenheit, denn sie wurde unterstützt aus verschiedenen Töpfen der estnischen staatlichen Wissenschafts- und Kulturförderung sowie aus Mitteln des Instituts für Geschichte und Archäologie der Universität Tartu und der Fakultät für Geschichte und Philosophie der Lettischen Universität in Riga.

Für die redaktionelle Mitarbeit schulden wir in erster Linie Anti Selart in Tartu und Konrad Maier in Lüneburg Dank. Bei der abschließenden sprachlichen Redaktion haben Detlef Henning, Ralph Tuchtenhagen, Andres Kasekamp und David J. Smith mitgewirkt. Ein herzlicher Dank sei auch den Rezensentinnen und Rezensenten geschuldet. Aber den größten Anteil am Zustandekommen dieser Ausgabe haben wie stets – neben den Autoren – die Übersetzerinnen Anu Aibel-Jürgenson, Inessa Ivančikova, Jane Klavan, Heli Rahkema und Tea Vassiljeva. Das Layout übernahm Meelis Friedenthal, den Umschlag gestaltete Irina Tammis.

Wir wünschen dem geeigneten Publikum eine hoffentlich stets anregende Lektüre. Ihre Anregungen und Kritik sind uns jederzeit willkommen.

Die Vorbereitungen für den fünften Band sind bereits im vollen Gange.

Ostern 2009
KARSTEN BRÜGGEMANN
MATI LAUR

ORTSNAMENKONKORDANZ

Allenküll – Türi-Alliku	Maart – Maardu
Alp – Albu	Marienburg – Alüksne
Arensburg – Kuressaare	Mitau – Jelgava
Ascheraden – Aizkraukle	Mollatz – Möllatsi
St. Birgitten – Pirita	Moon – Muhu
Brinkenhof – Kriimani	Neuhausen – Vastseliina
Dorpat – Tartu	Nursie – Nursi
Dünamünde – Daugavgrīva	Oberpahlen – Põltsamaa
Eichenangern – Stakenbergi	Orellen – Unguri, Ungurmuiža
Errestfer – Erastvere	Ösel – Saaremaa
Fegefeuer – Kiviloo	Pernau – Pärnu
Fellin – Viljandi	Pönal – Lääne-Nigula
Goldenbeck – Kullamaa	Reval – Tallinn
Goldingen – Kuldīga	Sack – Saku
Hahnhof – Haanja	Segewold – Sigulda
Hapsal – Haapsalu	Techelfer – Tähtvere
Hannehl – Hanila	Trikaten – Trikāta
Harjel – Hargla	Üxküll – Ikšķile
Harrien – Harjumaa	Urbs – Urvaste
Ibden – hier: Ungurmuiža	Waimel – Väimela
Jerwen – Järvamaa	Walk – Valga (estn.), Valka (lett.)
St. Johannis – hier: Harju-Jaani	Wasull – Vasula
Kamby – Kambja	Wenden – Cēsis
Kardis – Kārde	Wenden (bei Dorpat) – Võnnu
Keinis – Käina	Wiek – Läänemaa
Kokenhusen – Koknese	Wierland – Virumaa
Libau – Liepāja	Wilna – Vilnius
Lohusu – Lohusuu	Wolmarshof – Valmiermuiža
Lookat – Lohkva	



Die Kalmarer Union und der Deutsche Orden 1410–1423: Die Estlandfrage

VON MIKAEL KRISTIAN HANSEN

Im Jahr 2010 wird der Jahrestag der Schlacht bei Tannenberg/Grunwald gefeiert, die eine grundlegende Bedeutung für die Machtbalance im Ostseeraum besaß. Bis 1410 war der Deutsche Orden eine Großmacht, bei der man zögerte, sie herauszufordern. Doch nach Tannenberg kamen andere Mächte verstärkt ins Spiel, und die Machtbalance verschob sich zusehends. Eine dieser Mächte war die Kalmarer Union, die sich unter der Führung von Margarethe von Norwegen und Erich von Pommern eine größere Machtsphäre im Ostseeraum zu schaffen versuchte.¹

Die Ereignisse nach Tannenberg sind bekannt und sollen an dieser Stelle nicht weiter ausgeführt werden. Von genereller Bedeutung sind dabei vor allem die Wahl Heinrich von Plauens zum Hochmeister des Deutschen Ordens und die weitgehende Stabilisierung der Ordensmacht, selbst wenn nach dem Frieden mit Polen Dobrin und Samogitien abgetreten werden mussten.² Insgesamt aber ging der Orden geschwächt aus den Ereignissen

Verwendete Abkürzungen: AR – Akten und Recesses der livländischen Ständetage, Bd. 1, hrsg. von LEONID ARBUSOW, OSKAR STAVENHAGEN, Riga 1907–1930; Cod. Vit. – Codex epistolaris Vitoldi, magni ducis Lithuaniae 1376–1430, hrsg. von ANTONI PROCHASKA, Krakow 1882; DD – Diplomatarium Danicum, Reihe 4, Bd. 8–12, hrsg. von AAGE ANDERSEN u. a., København 2002 (elektronische Ausgabe, www.diplomatarium.dk, letzter Zugriff 02.04.2009); HGBll. – Hansische Geschichtsblätter; HR – Hanserecense. Die Recesses und andere Akten der Hansetage 1256–1430. Bd. 1–8, hrsg. von KARL KOPPMANN u. a., Leipzig 1870–1897; LUB – Liv-, esth- und curländisches Urkundenbuch nebst Regesten, Bd. 1–7, hrsg. von FRIEDRICH GEORG VON BUNGE u. a., Reval, Riga 1853–1881; RA – Rigsarkivet, København; Reg. ord. – Regesta historico diplomatica Ordinis st. Mariae Theutonicorum 1198–1525, bearb. von ERICH JOACHIM, WALTHER HUBATSCH, Göttingen 1948–1950; ST – Sverges traktater med främmande magter [Schwedische Verträge mit fremden Mächten], Bd. 1–3, hrsg. von OLOF S. RYDBERG, Stockholm 1877–1895.

¹ Dieser Artikel basiert auf der unveröffentlichten Magisterarbeit MIKAEL KRISTIAN HANSEN: Valdemar Atterdags og Margrethes udenrigspolitiske relationer til den Tyske Orden 1340–1412 [Die Verbindungen Valdemar Atterdags und Königin Margarethes zum Deutschen Orden in der Periode 1340–1412], København 2006, sowie auf der unveröffentlichten Magisterarbeit von AKSEL ERIK LARSEN: Forholdet mellem den nordiske union, Polen og den Tyske Orden 1410–1423 [Das Verhältnis zwischen der Nordischen Union und dem Deutschen Orden, 1410–1423], København 1972; beide in der Königlichen Bibliothek, Kopenhagen.

² MARKIAN PELECH: Heinrich von Plauen, in: Die Hochmeister des Deutschen Ordens 1190–1994, hrsg. von UDO ARNOLD, Marburg 1998 (Quellen und Studien zur

von 1410 hervor, was anderen Mächten wiederum neuen Raum für außenpolitische Überlegungen gab. Eine dieser Mächte war die Kalmarer Union. Norwegen, Dänemark und Schweden hatten sich 1397 zu einer Personalunion mit gemeinsamer Verteidigungs- und Außenpolitik zusammengeschlossen.³ Die Reiche wurden machtvoll in der Hand Königin Margarethes zusammengehalten, auch wenn seit 1397 ihr Adoptivsohn Erich nominell als König herrschte. In dieser Union lag das politische und wirtschaftliche Schwergewicht auf Dänemark und Schweden, wohingegen Norwegen eine etwas untergeordnete Rolle spielte. Sowohl Dänemark als auch Schweden hatten mit wechselndem Erfolg versucht, den Handel mit dem und über das Baltikum in ihre Hände zu bekommen. In Dänemark waren diese Pläne 1346 vorläufig hintangestellt worden, nachdem König Valdemar Atterdag sich gezwungen gesehen hatte, Estland an den Orden zu verkaufen. Die schwedischen Könige Magnus Eriksson und später Albrecht von Mecklenburg versuchten ebenfalls, Einfluss auf den Osthandel zu nehmen, ohne allerdings an der dominanten Rolle des Ordens rütteln zu können.⁴ Als Margarethe von Norwegen 1389 de facto zur Herrscherin Schwedens aufstieg, hatte auch sie nicht das Format, dem Orden etwas entgegenzusetzen: Dieser eroberte 1398 Gotland und hielt es neun Jahre unter dem Hochmeister Konrad von Jungingen. Erst sein Nachfolger Ulrich von Jungingen gab die Insel an die Kalmarer Union zurück und nahm eine weniger offensive Rolle im östlichen Ostseeraum ein.⁵

Geschichte des Deutschen Ordens, 40), S. 114-117; NORMAN DAVIES: *God's playground. A history of Poland*, Bd. 1: *The origins to 1795*, Oxford 1981, S. 123; KLAUS NEITMANN: *Die Staatsverträge des Deutschen Ordens in Preussen, 1230-1449. Studien zur Diplomatie eines spätmittelalterlichen deutschen Territorialstaates*, Köln 1986 (*Neue Forschungen zur brandenburg-preussischen Geschichte*, 6), S. 162-166.

³ MICHAEL LINTON: *Drottning Margareta. Fullmäktig fru och rätt husbonde. Studier i kalmarunionens förhistoria* [Königin Margarethe, vollmächtige Frau und rechtmäßige Herrscherin. Studien in der Vorgeschichte der Kalmarer Union], Stockholm 1971, S. 247-285; AKSEL CHRISTENSEN: *Kalmarunionen og nordisk politik 1319-1439* [Die Kalmarer Union und die nordische Politik, 1319-1439], København 1980, S. 131-171.

⁴ ARNOLD WOLTMANN: *Der Hochmeister Winrich von Kniprode und seine nordische Politik*, Berlin 1901, S. 20-24; *Den svenska utrikespolitikens historia* [Die Geschichte der schwedischen Aussenpolitik], Bd. 1/1: *Tiden före 1560* [Die Zeit vor 1560], hrsg. von IVAR BESKOW, Stockholm 1956, S. 66f.; MICHAEL NORDBERG: *I kung Magnus' tid. Norden under Magnus Eriksson 1317-1374* [In den Zeiten König Magnus'. Der Norden unter Magnus Eriksson, 1317-1374], Stockholm 1995, S. 85-106; HARRO GERSDORF: *Der Deutsche Orden im Zeitalter der Polnisch-Litauischen Union. Die Amtszeit des Hochmeisters Konrad Zöllner von Rotenstein (1382-1390)*, Berlin 1957 (*Wissenschaftliche Beiträge zur Geschichte und Landeskunde Ost-Mitteleuropas*, 29), S. 153-157.

⁵ FRIEDRICH BENNINGHOVEN: *Die Gotlandfeldzüge des Deutschen Ordens 1398-1408*, in: *Zeitschrift für Ostforschung* 13 (1964), S. 421-476; BIRGITTA EIMER: *Gotland unter dem Deutschen Orden und die Komturei Schweden zu Årsta*, Innsbruck 1966, S. 261-270; NEITMANN, *Die Staatsverträge* (wie Anm. 2), S. 158-162; CASIMIR BUMILLER, MAGDALENE WULFMEIER: *Konrad und Ulrich von Jungingen. Beiträge*

Nach der Schlacht von Tannenberg sahen Margarethe und Erich ihre Zeit gekommen. Wie zu zeigen sein wird, war der Schlachtenrauch noch kaum verfliegen, als beide skandinavischen Herrscher bereits nach Möglichkeiten suchten, das Herzogtum Estland zurück zu gewinnen, um ein solides Fundament für eine erweiterte Machtbasis im Osten des Ostseeraums zu schaffen.⁶

zur Biographie der beiden Deutschordenshochmeister, Horb am Neckar 1995, S. 26–33; SVEN EKDAHL: Ulrich von Jungingen, in: Die Hochmeister (wie Anm. 2), S. 107f.

⁶ Dies wird in der nordischen Forschung weitestgehend übersehen: WILLIAM MOLLERUP, Danmarks Forhold til Liffland fra Salget af Estland til Ordensstatens Opløsning (1346–1561) [Das Verhältnis Dänemarks zu Livland vom Verkauf Estlands bis zur Auflösung des Ordensstaates], København 1880; DERS.: Daenemark's Beziehungen zu Livland vom Verkauf Estland's bis zur Auflösung des Ordensstaates (1346–1561), Berlin 1884; GUSTAF ADOLF LÖGDBERG: De nordiska konungarna och tyska orden 1441–1457 [Die nordischen Könige und der Deutsche Orden], Uppsala 1935, S. 1–20; ERIK LÖNNROTH: Sverige och Kalmarunionen 1397–1457 [Schweden und die Kalmarer Union], Göteborg 1969, S. 63–111; KRISTIAN ERSLEV: Danmarks Historie under Dronning Margrethe og Erik af Pommern I. Dronning Margrethe og Kalmarunionens Grundlæggelse [Die Geschichte Dänemarks unter Königin Margarethe und Erich von Pommern, I., Königin Margarethe und die Schaffung der Kalmarer Union], København 1971, S. 403–410; CHRISTENSEN, Kalmarunionen (wie Anm. 3), S. 172–198; JENS E. OLESEN, Unionskrige og Stendersamfund. Bidrag til Nordens historie i Kristian I's regeringstid 1450–1481 [Unionskriege und ständische Gesellschaft. Ein Beitrag zur Geschichte des Nordens in der Regierungszeit Christians I, 1450–1481], Aarhus 1983; Dansk udenrigspolitikens historie 700–1648. Konger og krige [Die Geschichte der dänischen Aussenpolitik, 700–1648, Könige und Kriege], hrsg. von CARSTEN DUE-NIELSEN, OLE FELDBÆK, NIKOLAJ PETERSEN, København 2001, S. 150–155. Aber auch die deutsche Forschung hat hierfür kein Interesse gezeigt. Siehe z. B. Bibliographie des Deutschen Ordens bis 1959, hrsg. von KLEMENS WIESER, Bonn-Godesberg 1975 (Quellen und Studien zur Geschichte des Deutschen Ordens, 3); JOHANNES VOIGT: Geschichte Preussens. Von den ältesten Zeiten bis zum Untergange der Herrschaft des deutschen Ordens, Bd. 6–7, Königsberg 1834–1836; HANS-GERD VON RUNDSTEDT: Die Hanse und der Deutsche Orden in Preussen bis zur Schlacht bei Tannenberg, Berlin 1937; WILHELM NÖBEL: Michael Kuchmeister. Hochmeister des Deutschen Ordens 1414–1422, Bad Godesberg 1969 (Quellen und Studien zur Geschichte des Deutschen Ordens, 5); CARL AUGUST LÜCKERATH: Paul von Rusdorf. Hochmeister des Deutschen Ordens 1422–1441, Bad Godesberg 1969 (Quellen und Studien zur Geschichte des Deutschen Ordens, 15); HARTMUT BOOCKMANN: Der Deutsche Orden. Zwölf Kapitel aus seiner Geschichte, München 1982; Die preussischen Hansestädte und ihre Stellung im Nord- und Ostseeraum des Mittelalters, hrsg. von ZENON HUBERT NOWAK, JANUSZ TANDECKI, Toruń 1998; Der Deutsche Orden in der Zeit der Kalmarer Union 1397–1521, hrsg. von ZENON HUBERT NOWAK, Toruń 1999 (Ordines militares, 10); ROMAN CZAJA: Preussische Hansestädte und der Deutsche Orden. Ein Beitrag zu den Beziehungen zwischen Stadt- und Landesherrschaft im späten Mittelalter, in: HGBll. 118 (2000), S. 57–76. Die wenigen Beiträge, die sich überhaupt mit dem Thema beschäftigen, sind nicht ohne Fehler. Vgl. z. B. ANTONI PROCHASKA: Z archiwum zakonu niemieckiego [Aus den Archiven des Deutschen Ordens], Krakow 1911; JUHAN VASAR: Taani püüded Eestimaa taasvallutamiseks 1411–1422 [Dänemarks Bemühungen, Estland zurückzugewinnen 1411–1422], Tartu 1930 (Tartu Ülikooli toimetused. B: Humaniora, 18/1). Einzig Zenon Nowak entwirft ein passables Bild der Beziehungen beider Länder in dieser Zeit: ZENON NOWAK: Die politische

Konspirationen mit der estländischen Ritterschaft

Margarethe und Erich besaßen hervorragende Voraussetzungen für eine Intervention in Estland: Die nordischen Reiche waren vereint, ihre Macht war stabilisiert und Gotland war wieder Teil der Union. Die Frage ist nun, ob wir für die letzten Lebensjahre Margarethes Quellenbelege für eine nun aktiv betriebene Estlandpolitik finden können – eine Frage, die eindeutig mit ja zu beantworten ist.

Ein erster Beleg findet sich in einem Schreiben der Deutschordensprokuratoren in Rom an den Hochmeister, datiert auf den 26. März 1411. In diesem Schreiben wird mitgeteilt, dass der dänische König an den Papst geschrieben und sich für den Bischof von Braunsberg eingesetzt habe.⁷ Dieser war nun ein eifriger Vorkämpfer für eine polnische Herrschaft über die preußischen Lande und ein dezidierter Gegner des Ordens, welcher versuchte, sich (deswegen) seines Stifts zu bemächtigen. Mit dieser Intervention mischten sich Margarethe und Erich aktiv und offen in die inneren Angelegenheiten des Ordens ein und bezogen Stellung für die Gegner der Ordensritter.

Einen weiteren Hinweis liefert uns ein Brief des livländischen Ordensmeisters an Heinrich von Plauen vom 23. April 1411. In diesem Schreiben wurde der Hochmeister darüber informiert, dass in Livland gegen den Orden konspiriert werde. Der Autor vermutete Margarethe als Architektin hinter dem Geschehen, wollte sich aber um nähere Informationen bemühen. Im gleichen Brief teilt der Ordensmeister mit, er habe gehört, dass die Königin einen Anspruch auf Estland erhoben haben soll.⁸ Diese Thesen werden in den folgenden Briefen des Ordensmeisters vertieft, in welchen er konkreter über die Konspirationen der Königin berichtet.⁹

Die Frage ist nun, welchen Wert man diesen Quellen zubilligen sollte. Eine Reihe von Historikern hat diese Briefe für bare Münze genommen und den Aussagen Faktenwert zugebilligt. Auf dieser Basis wurde prinzipiell behauptet, die Kalmarer Union habe 1411 Estland zurückverlangt. Hierbei handelt es sich aber, wie noch zu zeigen sein wird, um eine relativ unkritische Beurteilung dieser Quellen.¹⁰

Zusammenarbeit zweier Unionen: Der Nordischen und der Polnisch-Litauischen in der ersten Hälfte des 15. Jahrhunderts, in: *Studia Maritima* 3 (1981), S. 37-48.

⁷ DD, Bd. 4/12, Nr. 229.

⁸ LUB, Bd. 4, Nr. 1878.

⁹ Cod. Vit., Nr. 668; LUB, Bd. 5, Nr. 2050, 2073.

¹⁰ MOLLERUP, *Danmarks Forhold* (wie Anm. 6), S. 7f.; VILHO NITTEMAA: *Der Kaiser und die Nordische Union bis zu den Burgunderkriegen*, Helsinki 1960 (*Annales Academiae Scientiarum Fennicae* Reihe B, 116), S. 125; KRISTIAN ERSLEV: *Danmarks Historie under Dronning Margrethe og Erik af Pommern II. Erik af Pommern, hans Kamp for Sønderjylland og Kalmarunionens Opløsning* [Die Geschichte Dänemarks unter Königin Margarethe und Erich von Pommern, sein Kampf um Schleswig und die Auflösung der Kalmarer Union], København 1971, S. 77-80; THOMAS RIIS: *Der polnisch-dänische Vertrag 1419 und die Vormachtstellung im*

Für den Wert dieser Quellen spricht, dass der Nachrichtendienst des Ordens in dieser Zeit seines gleichen suchte. Sprach der Ordensmeister im ersten Brief noch von Gerüchten, so verdichteten sich diese – in seinen Augen – in den späteren Berichten zu Fakten. Dies deutet darauf hin, dass sich der livländische Meister, wie angekündigt, nähere Auskünfte verschafft hatte. Gegen diese These spricht aber das innere Verhältnis zwischen dem livländischen Ordens- und dem Hochmeister, das zu dieser Zeit mehr als angespannt war. Der livländische Meister konnte daher ein Interesse daran haben, (angebliche?) Konspirationen herauszustreichen, um seinen militärischen Verpflichtungen gegenüber der Ordenszentrale nicht nachkommen zu müssen. Wenn es eine Konspiration der Kalmarer Union in Estland gab, dann tat der Ordensmeister gut daran, nicht den Hochmeister in Preußen zu entsetzen, sondern die noch vorhandenen Gebiete in Livland für den Orden zu sichern. Durch diese Argumentation konnte der Ordensmeister den ständigen Anweisungen für neue Truppenentsendungen nach Preußen entgehen. Darüber hinaus können auch persönliche Gründe des Ordensmeisters für eine Verweigerungshaltung nicht ausgeschlossen werden. Alles in allem hätte eine Übertreibung der skandinavischen Gefahr in Estland dem Ordensmeister eine Reihe von Vorteilen eingebracht.¹¹

In diesem Zusammenhang sollte man auch noch einmal einen Blick auf die von Dolen-Affäre werfen. Johann von Dolen gehörte einem der mächtigsten livländischen Adelsgeschlechter an. Er hatte 1396 am Kampf des Bischofs von Dorpat gegen den Deutschen Orden teilgenommen und wurde dann auf einer Reise durch Estland auf Veranlassung des Hochmeisters ergriffen und hingerichtet – ohne vor Gericht gestellt worden zu sein.¹² Die Gründe für seine Hinrichtung sind unbekannt, sie fand aber unter der Regierung Heinrich von Plauens (1410–1413) statt. Im Jahre 1414 griff die estländische Ritterschaft die Sache auf und verlangte eine Erstattung für die Angehörigen des Ritters, doch ohne Erfolg. Zwei Jahre später erhöhte die Ritterschaft den Druck auf den Orden.¹³ Unter diesem neuen Druck sah sich der neue Hochmeister Michael Kuchmeister veranlasst, gegenüber Erich von Pommern seine Unschuld in dieser Angelegenheit zu beteuern. Gleichzeitig versicherte der Hochmeister, dass man keine Verbindung zwischen Johann von Dolen und Erich von Pommern habe finden können. Der skandinavische König muss aber auch weiterhin in dieser Angelegenheit interveniert haben – ob zum Vorteil der Angehörigen von Dolens oder der Ritterschaft ist ungewiss –, denn noch 1419 wiederholte Michael Kuchmeister seine Versicherungen gegenüber dem König.¹⁴

Ostseegebiet, in: Studien zur Geschichte des Ostseeraumes, Bd. 1, hrsg. von DEMS., Odense 1995, S. 70.

¹¹ LUB, Bd 5, Nr. 2050.

¹² LUB, Bd. 4, Nr. 1415, 1454.

¹³ LUB, Bd. 5, Nr. 2051, 2053, 2062, 2081; AR, Bd. 1, Nr. 246.

¹⁴ LUB, Bd. 5, Nr. 2080; AR, Bd. 1, Nr. 246.

Über den Hintergrund dieser Aktion ist wenig bekannt. Johann von Dolen könnte aber mit jenem „Ditterich Taalen“ identisch sein, den spätere Quellen nennen. In ihnen wird diese Person als ein Großer unter den Livländern bezeichnet, der 1411 enthauptet wurde, da er dem Deutschen Orden geschadet habe.¹⁵ Es ist naheliegend, diese Information mit Johann von Dolen zu verbinden und anzunehmen, dass dieser wirklich Kontakt zur Kalmarer Union aufgenommen hatte – vielleicht sogar im Auftrag der estländischen Ritterschaft. Auch wenn wir nur über wenige Belege verfügen, kann doch als sicher vorausgesetzt werden, dass die Verbrechen dieses Ritters auch später von der Ritterschaft nicht geleugnet wurden. Gleichzeitig engagierte sich Erich von Pommern sehr in dieser Angelegenheit, so als ob er selbst durch die Hinrichtung gekränkt worden wäre, wohingegen der Hochmeister sein Verhalten mehrmals vor dem König rechtfertigen musste. Zudem unterstützte die estländische Ritterschaft seine Sache, selbst wenn man ihn eigentlich als Vasall des Dorpater Stifts anzusehen hat. Unter den Repräsentanten der estländischen Ritterschaft finden wir des weiteren u. a. Peter von Tiesenhausen und Wilhelm von Farensbach, die später Exil bei Erich von Pommern suchten.¹⁶ All dies weist auf ein skandinavisches Engagement im Baltikum hin, zumal Margarethe und Erich gleichzeitig einen vorläufigen Frieden an der Südwestflanke des Reichs, in Schleswig erzielt hatten, wodurch ihre Hände wieder frei waren.¹⁷

Auch im folgenden Jahr setzte die sich die nordische Einflussnahme in Livland fort. 1413 entflammte ein erneuter Streit zwischen dem Orden und dem Dorpater Stift, zu einer Zeit, in der der Bischofsstuhl unbesetzt war. Der Orden versuchte, seinen Kandidaten durchzusetzen, während der Kandidat des Kapitels, Dietrich Resler, gegenüber dem Papst argumentierte, dass das Dorpater Bistum nicht dem Orden, sondern dem Königreich Schweden unterstehe.¹⁸ Zur gleichen Zeit bat der Hochmeister die estländische Ritterschaft um die Entsendung zweier Abgeordneter zu einem gemeinsamen Treffen, da der Orden eine Zusammenarbeit zwischen der Ritterschaft und Erich von Pommern zu befürchten schien.¹⁹

Im selben Sommer begann ein langer Prozess des Klosters von St. Birgitten gegen Reval. Dieses Birgittinenkloster war 1407 unweit von Reval gegründet worden und stand seitdem unter dem Schutz Erichs von Pommern. Im August 1413 bat der Rat von Reval den Hochmeister um eine Verlegung des Klosters von der Küste ins Hinterland, da viele Fremde in

¹⁵ ALEXANDER BERGENGRÜN: Der Prozess wegen der Hinrichtung Johanns von Dalen, in: Mitteilungen aus dem Gebiete der Geschichte Liv-, Est- und Kurlands 14 (1890), S. 331-343; VASAR, Taani püüded (wie Anm. 6), S. 111f.

¹⁶ LUB, Bd. 5, Nr. 2297, 2709; LUB, Bd. 6, Nr. 2999; WILHELM NÖBEL: Michael Küchmeister (wie Anm. 6), S. 94f., übersieht die Bedeutung der von Dolen-Affäre für die Beziehungen zwischen Erich von Pommern und dem Deutschen Orden vollständig.

¹⁷ DD, Bd. 4/12, Nr. 230.

¹⁸ LUB, Bd. 4, Nr. 1937.

¹⁹ Ebenda, Nr. 1939.

diesem Kloster Zuflucht suchten. Diese Fremden waren zu einem Großteil Schweden, die der Revaler Rat des Verrats verdächtigte.²⁰ Der plötzlich verstärkte Zustrom von „Ausländern“ in St. Birgitten war mit Sicherheit kein Zufall, schließlich setzte er gerade in den letzten Regierungsjahren Margarethes ein. In einem weiteren, undatierten Schreiben des Revaler Rats an den Hochmeister, das sicher in diesen Zusammenhang gehört, erfahren wir nähere Einzelheiten: Die Bürger waren verunsichert, da plötzlich viele Nichtdeutsche in die Stadt kämen. Das Kloster zeige sich diesen Fremden gegenüber sehr offen, besonders auch den Friedlosen. Die Bürger fürchteten weiterhin, dass aus den Rittern, Insassen und Knechten des Klosters problemlos eine bewaffnete Einheit geformt werden könnte.²¹ Bei diesen Personen dürfte es sich vor allem um Finnlandschweden gehandelt haben, die sich im Kloster sammelten und auch Verbindungen zur Ritterschaft unterhielten.

Im Oktober 1414 steht die estländische Ritterschaft erneut im Rampenlicht, als die Brüder Johann und Peter Tiesenhausen einen Schutzbrief des skandinavischen Königs erhielten. Beide waren Vasallen des Dorpater Bischofs, gehörten aber gleichzeitig zu den Führungspersonen der estländischen Ritterschaft. Wir wissen weiterhin, dass sich Johann Tiesenhausen im Frühjahr 1414 in Finnland aufgehalten hat.²²

Margarethe und Erich setzten also den Deutschen Orden an mehreren Fronten unter Druck, indem sie zwischen 1411 und 1413 wohl zugleich Livland infiltrierten. Damit kann man davon ausgehen, dass Margarethe in ihren letzten Lebensjahren tatsächlich eine aktive Estlandpolitik geführt hat, auch wenn die Schleswigfrage ihr immer wieder dazwischen kam. Die inneren Umwälzungen in den wendischen Städten zur Jahrhundertwende hatten dazu geführt, dass die neuen Magistrate eine dänemarkfeindliche Haltung eingenommen hatten und die Auseinandersetzung um Schleswig von neuem entflammte, wodurch Margarethes politische Handlungsfreiheit in Estland zur selben Zeit begrenzt wurde.²³ Zwar suchte die Kalmarer Union auch einen engeren Kontakt zum Erzfeind des Deutschen Ordens, Polen-Litauen, doch musste Erich hier vorsichtig agieren. Ein zu enger Kontakt mit Polen-Litauen konnte dazu führen, Kaiser Sigismund gegen sich aufzubringen – und diesen brauchte man, um die Schleswigfrage im dänischen Sinne lösen zu können.²⁴

²⁰ Ebenda, Nr. 1945.

²¹ Ebenda, Nr. 1946.

²² Ebenda, Nr. 905, 1415; LUB, Bd. 6, Nr. 3000.

²³ DD, Bd. 4/12, Nr. 298.

²⁴ Dansk udenrigspolitik historie 700–1648 (wie Anm. 6), S. 150–155.

Die Rückforderung Estlands 1412

Die Infiltration Estlands war nur eine der Maßnahmen, die Margarethe in ihrem letzten Lebensjahr ergriff, um der Idee der Rückgewinnung Estlands neues Leben zu verleihen. Daneben verbesserte sie nach dem Juli 1410 die Zusammenarbeit mit Polen-Litauen, bevor sie formell Anspruch auf das Herzogtum Estland erhob.²⁵ Unsere Kenntnis hierüber stammt aus dem „Kodex 122“,²⁶ einer Quelle, die in Skandinavien lange Zeit übersehen worden ist, doch enthält dieser Kodex äußerst wertvolle Informationen zum Verhältnis zwischen dem Orden und der Kalmarer Union vor allem im letzten Lebensjahr der großen Regentin.²⁷ Der Verfasser dieses Kodex' ist genauso unbekannt wie dessen genauen Entstehungsumstände, doch wird klar, dass seine Abfassung im Zusammenhang mit Verhandlungen zwischen den beiden Parteien zu sehen ist. Das Schriftstück hat die Form einer stark zusammenfassenden, flüchtig niedergeschriebenen Abschrift, was natürlich die Frage nach seinem Quellenwert aufwirft, doch kann man trotz der quellenkritischen Probleme eine Reihe von Schlussfolgerungen ziehen, die unser Wissen bereichern.²⁸

Die Knappheit der Ausführungen und der Mangel an verwertbaren Namen hat dazu geführt, dass der Kodex 122 durchaus unterschiedlich interpretiert worden ist. Nach den Überlegungen von Antoni Prochaska ist er in der Zeit zwischen der Wahl Martins V. zum Papst und dem Tode

²⁵ NIITEMAA, *Der Kaiser* (wie Anm. 10), S. 125f., behandelt dieses oberflächlich; ebenso RIIS, *Der polnisch-dänische Vertrag* (wie Anm. 10), S. 76, Anm. 20; und NOWAK, *Die politische Zusammenarbeit* (wie Anm. 6), S. 38.

²⁶ Ediert bei VASAR, *Taani püüed* (wie Anm. 6), S. 103-107. Das Original befindet sich im Deutschordensarchiv in Wien.

²⁷ *Dansk udenrigspolitikens historie 700-1648* (wie Anm. 6), S. 142-147, bedenkt dies nicht.

²⁸ Antoni Prochaska vermutet, dass der Kodex Informationen einer hochstehenden Persönlichkeit innerhalb des Deutschen Ordens an Kaiser Sigismund beinhaltet. Die Überschrift „das ist der Brief, womit die von Dänemark meinem Herren König geantwortet haben“, tat er mit einem Schreibfehler des Kopisten ab. Allerdings gibt es außer dieser Überschrift keinen anderen Hinweis auf die Quelle dieses Briefs. Es ist deshalb eher zu vermuten, dass dieses Schreiben durch einen Gesandten Erichs von Pommern dem Kaiser auf dem Konzil von Konstanz überbracht wurde, wo auch eine umfangreiche Ordensgesandtschaft zugegen war. Die preußische Gesandtschaft könnte die Information aus dem Umfeld des Kaisers bezogen haben, was auch erklären würde, warum sich das Manuskript im Hof- und Staatsarchiv befindet. Prochaska zufolge zeigt der Brief den Versuch Sigismunds, durch die Vermittlung zwischen dem Orden und Polen einen Keil in die nordisch-polnische Freundschaft zu treiben. Hierfür habe der Kaiser gegenüber Erich seine Position als Lehnherr in Pommern ausgespielt. Dies sieht Prochaska vor allem auch in Relation zu einigen Schreiben der Jahre 1416 und 1418. PROCHASKA, *Z archiwum zakonu* (wie Anm. 6), S. 20-24. Juhan Vasar dagegen datiert das Schreiben in die Periode zwischen 1412 und 1414. Er meint, dass es sich hierbei um den Ausgangspunkt der Verhandlungen von 1414/15 zwischen Dänemark und dem Kaiser handelt. Seine Interpretation weicht daher erheblich von der Prochaskas ab. VASAR, *Taani püüed* (wie Anm. 6), S. 109.

Herzogs Bogislaw VIII. von Pommern, also zwischen dem 11. Oktober 1417 und dem Frühjahr 1418 abgefasst worden. Nach dieser Interpretation würde es sich hierbei also um die Beschreibung der Vorgeschichte der dänisch-polnischen Allianz vom Sommer 1419 handeln. Allerdings wird der Papst namentlich nicht erwähnt, wohingegen erklärt wird, dass der Papst und Kaiser Sigismund dazu auserwählt worden seien, zwischen dem Orden und Polen zu vermitteln. Das entspricht genau der Situation der Jahre 1411–1412, in der infolge des Thorner Friedens Johannes XXIII. und Sigismund zu Vermittlern ausersehen waren. Dies entspricht darüber hinaus der Funktion Sigismunds, wie sie im mit dem König Władysław geschlossenen Vertrag von Buda (1412) zum Ausdruck kommt.²⁹

Im ersten Abschnitt nimmt der Text Bezug auf „unseren gnädigen Herrn, den König, und unsere gnädige Frau“, eben jene Doppelformel, die gemeinhin im Zusammenhang mit Erich und Margarethe gebraucht wurde. Da Margarethe am 28. Oktober 1412 starb, ist eine Datierung pro ante gegeben. Für diese Datierung spricht weiterhin, dass Henning Königsmarck als Gesandter erwähnt wird, der bereits 1415 oder 1416 starb. Darüber hinaus wird berichtet, dass polnische Gesandte Anfang 1412 bei Margarethe und Erich darüber geklagt hätten, dass der Orden unrechtmäßig Land besetzt halte, welches unter die polnische Krone gehöre, wobei zu vermuten ist, dass damit wohl Pommerellen gemeint war. Der Orden habe sich einem Schiedsverfahren verweigert, so dass Erich gebeten werde, als Bevollmächtigter des polnischen Königs zu agieren. Es war also ein Schachzug der polnischen Außenpolitik, die den Unionskönig zum Makler in dieser Angelegenheit machte. Doch war dies nur der erste Schritt zu weiteren Verhandlungen zwischen allen involvierten Parteien.

Nach dieser polnischen Intervention entsandte Erich seine Repräsentanten nach Preußen, um dem Orden seine Hilfe anzubieten, ein Wunsch, dem der Hochmeister natürlich in irgendeiner Form entsprechen musste. Dieser schickte nun ebenfalls Boten nach Dänemark, die Erich im Namen des Ordens baten, in diesem Konflikt zu intervenieren. Im Gegenzug sollten die Gesandten dem König versichern, dass, sollte der Orden etwas besitzen, worauf der nordische König einen rechtmäßigen Anspruch habe, sie ihm selbstverständlich zu seinem Recht verhelfen würden. Wirkt diese Formulierung auf den ersten Blick recht kryptisch, so ergibt sich doch ein tieferer Sinn, betrachtet man die neu aufgeworfene Frage des Herzogtums Estland.

Erich von Pommern und Margarethe nahmen das Angebot des Ordens an und sandten ihre Vertreter Jakobsen Lunge, Henning Königsmarck und Benedikt Pogwisch im Frühjahr 1412 auf die Marienburg. Zu diesem Zeitpunkt war Margarethe noch am Leben. Die dänischen Gesandten konnten dem Hochmeister vermelden, dass Erich sich gern für die Sache des Ordens engagieren wolle, wie es auch der Wunsch Kaiser Sigismunds sei. Da auch der polnische König Erich zum Schiedsrichter ausersehen

²⁹ LARSEN, Forholdet (wie Anm. 1), S. 30.

habe, hoffe Erich, dass es möglich sein werde, einen Vergleich zwischen den Parteien zu erreichen; ein Angebot, welches der Hochmeister (natürlich) ablehnen musste. Der Orden habe Kaiser und Papst zu Schiedsrichtern und wünsche keinen anderen. Heinrich von Plauen hielt auch im Verlauf der weiteren Verhandlungen trotz erheblichen Drucks der nordischen Gesandten an dieser Position fest. Ganz offensichtlich hatte der Hochmeister seine Meinung in Bezug auf Erich geändert, was sich auf verschiedene Weise erklären lässt.

Für den Hochmeister war Estland in erster Linie ein Lockmittel, um in der verzweiferten Situation nach Tannenberg den dänischen König auf seine Seite zu ziehen. Doch nach der Stabilisierung der Verhältnisse gab es für ihn natürlich keinen Grund mehr, mit Landabtretungen zu liebäugeln, und gerade das Jahr 1412 hatte eine Stabilisierung in Preußen gebracht; der Hochmeister war im Stande gewesen, die inneren Feinde des Ordens unschädlich zu machen und konnte nun auch eine härtere Gangart in der Außenpolitik anschlagen. Diese neue Linie strebte auf einen erneuten Krieg mit Polen-Litauen zu.

Ein zweites Erklärungsmodell für diese sich widersprechenden Haltungen des Hochmeisters könnte darin zu finden sein, dass der Orden intern in eine Friedenspartei, geführt vom späteren Hochmeister Michael Küchmeister, und einen Kriegsfügel unter Führung von Heinrich von Plauen gespalten war. Eine dritte Möglichkeit ist, dass der Hochmeister von Erichs Angebot enttäuscht war; er hatte mit Sicherheit auf eine ordensfreundlichere Haltung des Königs gehofft und musste nun konstatieren, dass Erich auf polnischer Seite stand. Dadurch wurden die Hoffnungen auf eine Unterstützung durch die Kalmarer Union auf ein Minimum begrenzt, vor allem auch vor den Hintergrund, dass auch Sigismund auf die polnische Seite übergeschwenkt war. Hatte der Kaiser noch am 3. Januar 1412 eine heimliche Allianz mit dem Orden geschlossen, so neigte er mehr und mehr der polnischen Seite zu, bis er am 15. März in Liblo einen Vertrag mit Polen-Litauen schloss.³⁰

Die erste nordische Gesandtschaft nach Preußen kann frühestens im Februar 1412 abgegangen sein; danach folgte der Gegenbesuch der Preußen. Erst hiernach kann die im Kodex 122 beschriebene Gesandtschaft erfolgt sein. Es ist also damit zu rechnen, dass die beschriebene Situation frühestens im April 1412 entstanden ist, eher später. So ist der terminus post quem auf April 1412 zu setzen und der terminus ante quem mit dem Tode Margarethes im Oktober desselben Jahres.

Sollte der Orden bei Ankunft der nordischen Gesandten wirklich schon über den Vertrag von Liblo unterrichtet gewesen sein, so war der Wert der nordischen Unterstützung als ein Teil der kaiserlichen Politik begrenzt. Die Frage ist allerdings, inwiefern Erich wirklich von Sigismunds Politik

³⁰ JACOB CARO: *Geschichte Polens*, Bd. 3, hrsg. von ARNOLD H. L. HEEREN, FRIEDRICH U. UKERT, Gotha 1869, S. 363.

abhängig war. Im Kodex 122 wird die starke Abhängigkeit des nordischen Königs hervorgehoben, doch widerspricht das den faktischen Gegebenheiten; die Union verfolgte durchaus ihre eigenen Interessen, auch gegen die des Kaisers. Erich von Pommern und Margarethe hatten ihre Forderungen gegen den Orden ja schon zu einem Zeitpunkt erhoben, als der Kaiser noch Alliiertes des Ordens gewesen und in Auseinandersetzungen mit Polen verwickelt war.

Aus dem Dokument geht deutlich hervor, dass die dänischen Gesandten bei ihrem Besuch auf der Marienburg hinsichtlich Estlands auf ein Versprechen rekurrierten, welches der Hochmeister vorher gegeben hatte. Und auch der Hochmeister wies die Forderung nicht rundweg ab, sondern verwies nur darauf, dass man eine solche Forderung ja nun nicht gerade jetzt, wo der Orden sich in einer so großen Not befinde, stellen dürfe. Heinrich von Plauen räumte durchaus ein, dass er zu einem früheren Zeitpunkt dieses Angebot gemacht hatte, versuchte aber, diesem zu entgehen, indem er die Verkaufskontrakte des Jahres 1346 laut vorlesen ließ. Doch die Gesandten ließen nicht locker, wünschten eine rechtliche Lösung dieses Konflikts und boten im Gegenzug die Unterstützung Erichs und der Stettiner Herzöge an – ein unwillkommenes Angebot, da, wie der Hochmeister bemerkte, Bogislaw VIII. seine bisherigen Zusagen gegenüber dem Orden auch nicht eingehalten habe.

Damit hatte die Angelegenheit eine neue Wendung bekommen und die nordischen Gesandten reisten zusammen mit Vertretern des Ordens weiter nach Pommern, um die Streitigkeiten zwischen Bogislaw und dem Deutschen Orden aus dem Weg zu räumen. Allerdings konnte Bogislaw Briefe des Ordens vorweisen, in denen bestätigt wurde, dass er seine Verpflichtungen durchaus erfüllt hatte. Diese Schreiben ließ er laut vorlesen und klagte nun wiederum den Orden an, seine und Erichs Lande trotz eines Waffenstillstands angegriffen zu haben. Mit dieser für den Orden äußerst unbefriedigenden Antwort kehrten die Gesandten nach Preußen zurück, wobei der Hochmeister Bogislaws Briefe für nichtig erklärte, da sie von seinem Vorgänger ohne Zustimmung des Rats erteilt worden waren. Den Gesandten blieb somit nichts anderes übrig, als noch einmal ihre Forderung nach einer juristischen Klärung der Estlandfrage zu erheben, woraufhin der Hochmeister erklärte, dass man, um Estland wirklich vom Orden zurückzuerhalten, schon mehr tun müsse; er lasse sich eher aufhängen, als das Herzogtum abzutreten. Hieraus kann man also mehr als deutlich schließen, dass die Kalmarer Union unter Margarethes Führung eine offizielle Forderung zur Rückerstattung Estlands gestellt hatte.

Diese Interpretation wirft allerdings einige Fragen auf. Der Vorgänger, auf den der Hochmeister in seiner Antwort verweist, kann nur Heinrich von Plauen gewesen sein, da Ulrich von Jungingen in der Schlacht von Tannenberg gefallen war. Das stimmt gut mit einem der Anklagepunkte im Verfahren gegen Heinrich überein, dem zufolge er nicht dem „Rat“,

d. h. den Empfehlungen der Ordensoberen, gefolgt sei. Allerdings wurde Heinrich von Plauen erst im Oktober 1413 abgesetzt und sein Nachfolger erst im Januar 1414 gewählt, so dass die Verhandlungen in den Jahren 1412–1414 geführt worden sein müssten. Allerdings gibt es eine Erklärung für diese Diskrepanzen. Es ist möglich, dass die Gesandten, die Bogislaw aufsuchten, mit den dänischen Vertretern identisch sind, die im Mai 1413 Benedikt Makra, den Gesandten Sigismunds, aufgesucht hatten.³¹ Das könnte erklären, warum sich diese Verhandlungen so lange hinstreckten, da Anders Jakobsen Lunge zwischenzeitlich nach Dänemark zurückgekehrt war, höchstwahrscheinlich, um über die Verhandlungen mit den Preußen zu berichten. Henning Königsmarck hielt sich gleichfalls Ende 1413 in Dänemark auf.³² Es ist nicht klar, ob die gleichen Gesandten nach Preußen zurückkehrten, doch dass die Verhandlungen über Estland erneut aufgenommen wurden, wird aus der Tatsache deutlich, dass neue Instruktionen ausgestellt wurden.

Die Gesandten hielten sich den gesamten Sommer bis in den Herbst hinein in Pommern auf, bevor sie nach der Absetzung Heinrich von Plauens nach Preußen zurückkehrten. Eine der Ursachen für den langen Aufenthalt in Pommern können Verhandlungen gewesen sein, die dort mit polnischen Gesandten geführt wurden und welche über die Ereignisse in Buda vom 12. Mai bis zum 13. Juni 1414 Bericht erstatteten, was in Zusammenhang mit dem Übertritt Bogislaws VIII. und Erichs auf die polnische Seite stand.³³ Eine andere Ursache für den langen Aufenthalt könnten auch die polnisch-preußischen Grenzkämpfe dieses Jahres gewesen sein, die erst mit der Absetzung Heinrich von Plauns im Oktober ein Ende fanden.³⁴

Daraus geht hervor, dass Margarethe als faktische Regentin der drei nordischen Königreiche offiziell einen Anspruch auf das Herzogtum Estland erhoben hat. Zu dieser Forderung musste der Hochmeister Position beziehen. Beide Parteien führten deshalb Verhandlungen in den Jahren 1412 und 1413, die sich u. U. bis in das Frühjahr 1414 hinstreckten. Während dieser Verhandlungen arbeiteten Margarethe und Erich eng mit dem Erzfeind des Ordens, dem polnischen König, zusammen. Gleichzeitig waren die pommerschen Herzöge selbstverständlich ein weiterer Spielstein in der nordischen Strategie. Zu diesem Zeitpunkt war das Bestreben der Unionsleitung größer denn je, das „verlorene“ Herzogtum zurück zu gewinnen, zumindest, wenn man die direkten und indirekten Interventionen Margarethes und Erichs in Betracht zieht. Generell kann man deshalb konstatieren, dass Margarethe in ihrem letzten Lebensjahr eine äußerst aktive und

³¹ LARSEN, Forholdet (wie Anm. 1), S. 37.

³² Repertorium diplomaticum Danici mediævalis Bd. 3, hrsg. von KRISTIAN ERSLEV, København 1906, Nr. 5244, 5273, 5312.

³³ WIKTOR FENRYCH: Związki Pomorza Zachodniego z Polską w latach 1370–1412 [Das vorpommersche Bündnis mit Polen in den Jahren 1370–1412], Poznan 1963, S. 73f. und 118.

³⁴ LARSEN, Forholdet (wie Anm. 1), S. 37f.

aggressive Ostsee- und Estlandpolitik geführt hat. Diese Erkenntnis steht im Gegensatz zu der traditionellen Historiographie, die das Hauptinteresse der nordischen Politik vor allem in der Schleswig- und Gotlandfrage gesehen hat.³⁵ Gleichzeitig wird deutlich, dass Margarethes Ambitionen durchaus weiter reichten, als einfach nur beide Gebiete wiedergewinnen zu wollen. Eine Gesamtschau der nordischen Außenpolitik zeigt ein Bild, welches mehr Facetten aufweist, als bisher gesehen wurden.

Die große Koalition gegen den Deutschen Orden

Im Sommer 1414 brach der Krieg zwischen dem Deutschen Orden und Polen-Litauen erneut aus, nachdem Verhandlungen zwischen den Parteien gescheitert waren; der Orden konnte und wollte die polnische Forderung nach einer Oberherrschaft in Pommerellen nicht akzeptieren. Dieses wäre für Erich von Pommern der perfekte Zeitpunkt gewesen, mit Polen gemeinsame Sache zu machen – doch ließ Erich die Chance verstreichen. Erich war zu diesem Zeitpunkt zu sehr auf die Unterstützung Kaiser Sigismunds in der Schleswigfrage angewiesen, welcher damals dem polnischen König gegenüber feindlich eingestellt war. Besonders im Sommer 1414 hing die Entscheidung über Schleswig in der Luft, und Erich musste deshalb seinen polnischen Koalitionspartner vertrösten; allerdings war Erich auch nicht bereit, die Koalition mit Polen-Litauen zu lösen. In einem Schreiben vom 4. April 1415 teilte der Hochmeister dem Kaiser mit, dass eine polnische Delegation zu Erich gereist sei und dass dieser im Gegenzug Vicke van Vitzen und einen Geistlichen nach Polen abgefertigt habe, von wo diese jetzt zu Großfürst Witold nach Litauen weiterreisen.³⁶ Ähnlich bedrohlich fasste der Hochmeister die Situation am 18. Januar 1416 auf, als er in einem Schreiben an die Ordensprokuratoren Peter Wormditt bat, Kaiser Sigismund zu berichten, dass Erich von Pommern sich dem Orden gegenüber verdächtig verhalte.³⁷ Auch wenn keine Koalitionsvereinbarung erhalten ist, so kann man doch mit guten Gründen vermuten, dass die beiden Unionen in dieser Zeit ernsthaft und intensiv an einer Zusammenarbeit gegen den Orden gearbeitet haben.³⁸

Der Mangel an konkreten Ergebnissen kann durch verschiedene Faktoren erklärt werden. Polen-Litauen hatte wie die Kalmarer Union durchaus auf verschiedene Interessens- und Einflussphären sowie interne Machtkämpfe Rücksicht zu nehmen. Zudem waren sich in Polen-Litauen König und Adel genau zu dieser Zeit uneinig, ob man eine mögliche Expansion

³⁵ ERSLEV, Danmarks Historie (wie Anm. 6), S. 403–410; VIVIAN ETTING: Margrete den første. En regent og hendes samtid [Margarethe I. Eine Regentin und ihre Zeit], København 1997, S. 164–168 und 182–185.

³⁶ Cod. Vit., Nr. 629; NÖBEL, Michael Kuchmeister (wie Anm. 6), S. 90.

³⁷ LUB, Bd. 5, Nr. 2050.

³⁸ Vgl. dagegen VASAR, Taani püüded (wie Anm. 6), S. 109.

nach Nordwesteuropa, auf Kosten des Ordens, einer Südausdehnung vorziehen sollte, da die Union nicht genügend Kraftreserven besaß, beide Projekte zugleich durchführen zu können. Die Kalmarer Union befand sich in einer vergleichbaren Zwickmühle. Die schleswigsche Frage setzte den außenpolitischen Ambitionen Erichs Grenzen, zumal 1414 Lübeck ein Bündnis mit den Grafen von Holstein geschlossen hatte, wodurch die Hansestädte eine unionsfeindlichere Außenpolitik in Szene setzten. Hierdurch wurden die skandinavischen Ressourcen deutlich begrenzt.

Erst als Erich 1416 seinen Konflikt mit Lübeck beenden konnte, war es ihm möglich, seine aktive Estlandpolitik wieder aufzunehmen. So konnte der livländische Ordensmeister im Januar 1416 dem Hochmeister berichten, der estländische Adelsmann Hermann Litel habe vom Roskilder Bischof Peter Lodehat erfahren, dass sich König Erich nur aufgrund des Einflusses seiner neuen Ratgeber gegen die Hansestädte gewandt habe; ginge es nach dem Bischof, sollte sich der König lieber der Estlandfrage widmen.³⁹ Dieser Aussage kommt insofern großes Gewicht zu, da Peter Lodehat einer, wenn nicht sogar der einflussreichste Ratgeber Margarethes gewesen war und seit 1395 auch das Amt des Kanzlers bekleidet hatte. Seine Aussagen können somit als Konzept zumindest hinter der alten Politik verstanden werden.

Selbst wenn der Hochmeister sich über den Einfluss der neuen Kräfte am skandinavischen Hof freuen konnte, währte diese Freude nur kurz, da die estländische Ritterschaft doch zur gleichen Zeit die Angelegenheit des Johann von Dolen wieder aufgriff. Bis 1419 war es die Ritterschaft, in der sich die Opposition gegen den Orden sammelte – so ist es kein Wunder, dass weder der Ordens- noch der Hochmeister diese Angelegenheit behandeln wollten. Beide schoben sich gegenseitig den schwarzen Peter zu und hofften so, die Angelegenheit *ad calendas graecas* zu vertagen.⁴⁰ So suchte die Ritterschaft zugleich damit Unterstützung beim Bischof von Dorpat,⁴¹ dass der Hochmeister in einem Brief an Erich von Pommern seine Unschuld in dieser Angelegenheit beteuerte. Die Sache drohte daher, ernste Folgen nach sich zu ziehen, zumal Erich darauf hingewiesen hatte, dass seine Ehre durch eine solch ungerechtfertigte Beschuldigung verletzt werden könnte.⁴²

Nur ein halbes Jahr später, im Juni 1416, trafen neue bedrohliche Nachrichten beim Ordensmeister ein. Nach seinen Informationen hatte Erich sich dahingehend geäußert, dass, wenn er in Schleswig einen Vergleich erzielen könnte, er unter dem Vorwand eines Russlandfeldzugs den Orden angreifen wolle.⁴³ Als der Ordensmeister darüber informiert wurde, befand dieser sich gerade auf einem Treffen mit den Vertretern der estländischen

³⁹ LUB, Bd. 5, Nr. 2047; MOLLERUP, *Danmarks Forhold* (wie Anm. 6), S. 7f.; NITTEMAA, *Der Kaiser* (wie Anm. 10), S. 133f.

⁴⁰ LUB, Bd. 5, Nr. 2051.

⁴¹ Ebenda, Nr. 2053.

⁴² Ebenda, Nr. 2080.

⁴³ Ebenda, Nr. 2073.

Ritterschaft in Segewold; seine dortigen Erfahrungen ließen ihn dem Hochmeister anbefehlen, im Falle einer Mobilmachung auf die estländische Ritterschaft zu verzichten, da deren Haltung zu unsicher sei.⁴⁴

Aber nicht nur in Livland wurde Erich aktiv, auch das Konzil von Konstanz wurde in seine Überlegungen mit einbezogen.⁴⁵ So hatte der Ordensvertreter, Johann von Selbach, vom Bischof von Ribe erfahren, dass Erich, sobald der Bischof vom Konzil heimgekehrt sei, offiziell seinen Anspruch auf das Land Reval erheben wolle.⁴⁶ Auch der Kaiser agierte in Erichs Richtung, denn er verhinderte beispielsweise den Abriss des Klosters St. Birgitten durch den Orden.⁴⁷ Und als der Orden den Kaiser direkt bat, Erich aufzufordern, seine Pläne fallen zu lassen, ließ der Kaiser den Brief unbeantwortet.⁴⁸ Darüber hinaus setzte sich auch Polen für Erich ein, denn die große polnische Klageschrift gegen den Orden berichtet, dass der Orden gegen den König von Dänemark und gegen den Herzog von Pommern-Stolp (unrechtmäßig) Krieg geführt habe. Gleichzeitig stützte der Leiter der polnischen Delegation in Konstanz die skandinavische Forderung auf Estland.⁴⁹

Diese einzelnen Puzzleteile ergeben den Anschein, als hätte in den Jahren 1415–1416 eine große, wenn auch lose Koalition gegen den Orden geschmiedet werden können, in die der Kaiser, Erich von Pommern, die pommerschen Herzöge, Polen, Litauen und u. U. auch Brandenburg involviert waren. Das Ziel dieser Koalition wäre die völlige Zerschlagung des Ordensstaats gewesen, durch die der Kaiser die Neumark, Erich Estland, die pommerschen Herzöge die Grenzgebiete des Ordenslandes, Polen Pomerellen und Litauen einige livländische Gebiete erhalten hätten. Dem Orden in Preußen wurden keine Überlebenschancen eingeräumt, die Polen forderten auf dem Konzil vielmehr, diesen zu verlegen und gegen die Türken und Tataren einzusetzen.⁵⁰

Doch kamen diese hochfliegenden Pläne nicht zum Ziel, da Großfürst Witold aus der Koalition ausschied, als er den Kampf gegen die Tataren aufnahm. Witolds Teilnahme aber war einer der Eckpunkte des Plans, da nur so eine militärische Vorgehensweise gegen den Orden Erfolg

⁴⁴ Ebenda, Nr. 2074–2075.

⁴⁵ WALTER BRANDMÜLLER: Das Konzil von Konstanz 1414–1418, Bd. 1–2, Paderborn 1991–1997.

⁴⁶ Reg. ord. 1/1, Nr. 2305–2306.

⁴⁷ LUB, Bd. 5, Nr. 2094.

⁴⁸ Ebenda, Nr. 2050.

⁴⁹ Cod. Vit., Nr. 1016 § 34.

⁵⁰ Ebenda. Nr. 1017. LÖGDBERG, De nordiska konungarna (wie Anm. 6), S. 11, behandelt en passant die Zusammenarbeit der Ordensgegner. Gustaf Adolf Lögdberg geht in seiner Analyse zu weit, wenn er konstatiert, dass die Unionen 1415 ein offizielles Bündnis schlossen. NOWAK, Die politische Zusammenarbeit (wie Anm. 6), S. 39.

versprach – die *conditio sine qua non* für die Teilnahme der meisten anderen Koalitionspartner.⁵¹

Als somit Erich Ende 1415 seine militärische Strategie für die kommenden Jahre festlegte, hatte er drei Optionen: Lübeck, Schleswig oder Estland. Aus den genannten Gründen entschied er sich gegen Estland und für Lübeck, da die Stadt an der Trave der Schlüssel zur Schleswigfrage zu sein schien. Hiernach wandte er sich direkt dem Herzogtum zu, wodurch Estland für circa zwei Jahre in den Hintergrund der skandinavischen Politik geriet.

Der Aufmarsch 1418

Doch schon 1418 bot sich erneut eine Chance, Estland wieder auf die Tagesordnung zu setzen. Zu Beginn des Jahres ergriff der polnische König Władysław Jagiełło die Initiative zu einer nordisch-polnischen Zusammenarbeit gegen den Orden, indem er Swantz Desnitz in den Norden sandte, der die Möglichkeiten einer solchen Zusammenarbeit ausloten sollte. Im ersten Augenblick reagierte Erich zurückhaltend auf diese Pläne, stand doch das kaiserliche Urteil in der Schleswigfrage noch aus. Allerdings teilte er dem König mit, dass er nach der Urteilsverkündung am 24. Juni 1418 nach Pommern reisen wolle, wo er sich durchaus mit Vasallen des polnischen Herrschers treffen könnte.⁵²

Auf diese Nachricht hin reagierte Władysław Jagiełło umgehend und lud Erich zu einer persönlichen Unterredung ein, wozu er sich nach Großpolen begeben wolle. Sollte er selbst doch verhindert sein, wolle er zumindest seinen Rat abfertigen und mit einem Verhandlungsmandat ausstatten, welches zum Abschluss einer Koalition führen solle. Weitere Informationen sollte Erich wiederum von Swantz Desnitz erhalten. Bei diesen Verhandlungen wird es sich wohl kaum um einen Freundschaftsbesuch gehandelt haben; dagegen spricht allein schon die Tatsache des Verhandlungsmandates für die polnischen Räte. Das einzig vorstellbare Ziel die-

⁵¹ Die Zusammenarbeit der Feinde des Ordens auf dem Konzil zu Konstanz, und damit auch die Funktion dieser Versammlung in der nordischen Außenpolitik, ist bisher in der Forschung übersehen worden. Siehe z. B. NIITEMAA, *Der Kaiser* (wie Anm. 10), S. 133ff.; ZENON NOWAK: Internationale Schiedsprozesse als ein Werkzeug der Politik König Sigismunds in Ostmittel- und Nordeuropa 1411–1425, in: *Blätter für deutsche Landesgeschichte* 111 (1975), S. 172–188; JÖRG K. HOENSCH: *Kaiser Sigismund. Herrscher an der Schwelle zur Neuzeit 1368–1437*, Darmstadt 1996, S. 162–278; BRANDMÜLLER, *Das Konzil* (wie Anm. 45), Bd. 2, S. 150–175; DERS.: *Sigismund – Römischer König, das Schisma und die Konzilien*, in: *Sigismundus Rex et Imperator. Kunst und Kultur zur Zeit Sigismunds von Luxemburg (1387–1437)*, hrsg. von IMRE TAKÁCS, KLÁRÁ SZEGZÁRDY-CSENGERY, Luxembourg 2006, S. 430–432. Einzig VASAR, *Taani püüded* (wie Anm. 6), S. 14f., reißt diesen Komplex kurz an.

⁵² *Cod. Vit.*, Nr. 832–833.

ser Verhandlungen stellte eine Allianz gegen den Orden dar, die beiden Seiten vortrefflich dienen konnte.⁵³

Erich von Pommern nahm die Einladung tatsächlich an, und ein Königstreffen wurde für den Zeitraum zwischen dem 26. Mai und dem 2. Juni in Posen verabredet. Władysław Jagiełło reiste dann dorthin, sah sich aber später zur Abreise gezwungen. Posen, als Hauptstadt Großpolens, war der ideale Treffpunkt für pommersche und polnische Fürsten. Doch war Erich gezwungen, diese Gelegenheit auszuschlagen, da sich die schleswigschen Angelegenheiten in die Länge zogen und ein schneller Sieg in immer weitere Ferne rückte.⁵⁴ Und selbst als Erich im August/September 1418 Pommern erreichte, konnte er nur eine Gesandtschaft an Władysław Jagiełło senden, da das baldige Ende des Waffenstillstands in Schleswig seine Rückkehr erforderte.

Über den Verlauf dieser Gesandtschaft informiert uns ein Brief des Ordensvogts in Neumark, Sander Machwitz, vom 2. Oktober 1418.⁵⁵ Erich habe vor der Sendung der Gesandten mit der Herzogin von Stolp, der Witwe Bogislaws VIII., und seinen pommerschen Räten konferiert. Anschließend habe er sich mit drei Stolpern zurückgezogen, die einen besonderen Eid leisten mussten, bevor ihnen ein Brief des polnischen Königs an Erich vorgelesen wurde. Wenn Erich ein Freund Kaiser Sigismunds und des polnischen Königs sei, so soll dieser Brief gelautet haben, strebe Władysław Jagiełło ein persönliches Treffen mit Erich an, da er ihm Dinge zu berichten wisse, die er ihm weder schreiben noch durch einen Boten verkünden lassen könne, die aber die gesamte Christenheit angingen. Der pommersche Marschall und die drei Stolper Räte sollen Erich daraufhin geraten haben, zu Władysław Jagiełło zu reisen, wohingegen Erich auf den schwebenden Krieg in Schleswig verwies, der diese Reise vereitle. Schließlich sandte Erich an seiner Stelle die drei Stolper Räte, akkreditierte sie als seine Unterhändler und entschuldigte sein Ausbleiben.

Die Ankunft der pommerschen Räte war für Władysław Jagiełło eine Enttäuschung, die er hinter zahlreichen Ausflüchten zu verbergen suchte, was wiederum die Pommern verärgerte. Diese wandten sich an den Bischof von Krakau, der aus dem pommerschen Geschlecht der Borcks stammte, von dem sie erfuhren, dass die Angelegenheit so heimlich sei, dass selbst die königlichen Räte nicht darüber in Kenntnis gesetzt worden waren. Doch konnten die pommerschen Gesandten über drei Projekte mehr in Erfahrung bringen: Der Deutsche Orden solle nach Zypern oder Rhodos verlegt und das Heilige Grab zurückerobert werden. Zudem plane man Novgorod einzunehmen. Die Reihenfolge der Projekte stand aber noch

⁵³ Ebenda, Nr. 833.

⁵⁴ Liber Cancellariae Stanislai Ciolek, Bd. 2, hrsg. von JACOB CARO, Wien 1875, Nr. 9-10.

⁵⁵ LARSEN, Forholdet (wie Anm. 1), S. 51f. Siehe ebenso kurzgefasst NOWAK, Die politische Zusammenarbeit (wie Anm. 6), S. 39f.; VASAR, Taani püüded (wie Anm. 6), S. 25.

nicht fest. Die Pommern erfuhren darüber hinaus, dass ein Treffen zwischen Sigismund und dem Großfürsten von Moskau geplant sei, an dem auch Abgesandte der Tartaren teilnehmen sollten.

Woher Sander Machwitz, von dem alle diese Informationen über die geheimsten Pläne der großen Könige stammten, sein Wissen bezog, ist unbekannt. Allerdings gibt er sehr detaillierte Informationen, so dass man vermuten kann, dass seine Quelle irgendwo am polnischen Hof platziert war. Auch war Erich wirklich in Pommern und konnte wegen des schleswigschen Krieges nicht nach Polen reisen, wodurch wenigstens ein Teil von Sander Machwitz' Ausführungen aus anderer Quelle bestätigt wird.⁵⁶

Die Namen der pommerschen Gesandten kennen wir nicht, doch sind im dänisch-polnischen Traktat vom 23. Juni 1419, dem Ergebnis der 1418 begonnenen Verhandlungen, Matzke Borken, Gerhard von Dewitz und Swantz Desnitz als Erichs Unterhändler vermerkt; vermutlich handelte es sich bei ihnen um die gleichen Unterhändler.⁵⁷ Sollte sich diese These bestätigen, dann wurde die Verbindung zwischen der Kalmarer Union und Pommern von Hinterpommern aufrechterhalten, die sich nach Polen hingezogen fühlten und dem Orden feindlich gegenüberstanden.⁵⁸

Während der Verhandlungen der Jahre 1418 und 1419 wurde wohl auch über eine eheliche Verbindung zwischen Władysław Jagiełłos Tochter und Erbin Jadwiga mit Erichs Vetter (und Erben) Bogislaw verhandelt.⁵⁹ Zumindest führte Erich später in einer Protestnote gegen die Verlobung ebenjener Jadwiga mit Friedrich dem Älteren von Brandenburg an, dass Jadwiga bereits mit Bogislaw verlobt sei; ein Argument, das auch von einigen polnischen Adligen genutzt wurde, die nach dem 8. April 1421 gegen die Verlobung agierten. Die gleichen Argumente kamen dann zum Tragen, als 1424 Uneinigkeit im polnischen Reichsrat in dieser Frage entstand.⁶⁰ Im Großen und Ganzen handelte es sich also um weitreichende dynastische Pläne, die auf eine Verbindung der beiden Unionen mit Pommern als Bindeglied hinzielten. Wann genau diese Pläne entstanden, ist unklar, sicherlich vor 1421, als die Brandenburger ins Spiel kamen. Da Polen schon 1418–1419 stark an einer Verbindung mit dem Norden interessiert war, kann man wohl diesen Zeitpunkt mit der Entstehung dieser Pläne verbinden. Aus nordischer Sicht gab es dabei verblüffende Parallelen zu Erichs eigener

⁵⁶ Siehe einleitend (und ungenau) NÖBEL, Michael Küchmeister (wie Anm. 6), S. 108.

⁵⁷ RA: Polen, polsk-dansk traktat af 15. juli 1419, ediert in: ZENON NOWAK, Dokument strony polsko-litewskiej traktatu przymierza z panstwami unii kalmarskiej z 1419 roku [Die polnisch-litauischen Dokumente des Vertrages von 1419 mit den Staaten der Kalmarer Union], in: Zapiski Historyczne 36 (1971), S. 65-73.

⁵⁸ Siehe hierzu schon ERSLEV, Danmarks Historie (wie Anm. 10), S. 78; RIIS, Der polnisch-dänische Vertrag (wie Anm. 10), S. 69.

⁵⁹ Schon ERSLEV, Danmarks Historie (wie Anm. 10), S. 79; NOWAK, Die politische Zusammenarbeit (wie Anm. 6), S. 44-48 und RIIS, Der polnisch-dänische Vertrag (wie Anm. 10), S. 71, haben die Möglichkeit dieser Eheverbindung in Betracht gezogen.

⁶⁰ Cod. Vit., Nr. 1133.

Hochzeit mit einer englischen Prinzessin, deren Hauptzweck darin bestanden hatte, den Orden zur Rückgabe Gotlands zu zwingen. Auch hier hatte die Ehe des Thronfolgers als besonders gutes Druckmittel gewirkt.⁶¹

Der inhaltliche Verlauf der Verhandlungen zwischen der Kalmarer Union und Polen-Litauen im Sommer 1419, die zum Traktat vom 23. Juni führten, ist unbekannt, aber der Orden war beunruhigt. So klagte z. B. Erich den Danziger Komtur an, einen Briefwechsel zwischen Erich, Władysław Jagiełło und Witold unterbrochen und verhindert zu haben.⁶² Alle Anzeichen deuteten in diesem Sommer darauf hin, dass die beiden Großmächte eine Allianz gegen den Orden schließen wollten. Allerdings war der nordische König aus innenpolitischen Gründen zögerlicher als sein polnischer Gegenpart. Diese innenpolitischen Gründe führten dazu, dass die nordische Politik fast schon regelmäßig zwischen zwei Polen hin und her schwankte: Der schleswigschen und der estländischen Frage. Im Sommer 1419 war der Druck aus Schleswig nach einem kaiserlichen Gerichtsurteil geringer geworden – folgerichtig vergrößerte sich der Handlungsspielraum Erichs in der Estlandfrage.

Die Allianz zwischen der Kalmarer Union und Polen-Litauen

Erich nutzte, wie gesagt, seine Handlungsfreiheit, um im Juni 1419 die Allianz mit Polen-Litauen unter Dach und Fach zu bringen. Hierdurch geriet der Orden in ein Schreckensszenario.⁶³ Im Frühsommer 1419 begannen die ersten Truppenaufmärsche an der polnischen Grenze und schon im Mai hatte der Hochmeister erfahren, dass auch die Kalmarer Union mit Rüstungen begonnen habe. Für den Hochmeister musste es aussehen, als sei sein schlimmster Albtraum Wirklichkeit geworden, ein Zweifrontenkrieg mit den größten Mächten im Raum. Zwar hatte er schon im Vorwege versucht, die norddeutschen Fürsten zu einer Allianz zu bewegen und auch den Papst gebeten, nicht nur im Streit zwischen Polen-Litauen und dem Orden zu vermitteln, sondern auch unter Androhung des Kirchenbanns Erich davon abzuhalten, den Feinden des Ordens Unterstützung zuteil werden zu lassen.⁶⁴ Doch würde das reichen?

Zur gleichen Zeit versuchte der Orden auch innenpolitisch Konfrontationen auszuräumen und löste die Frage der Hinrichtung Johann von

⁶¹ HANSEN, Valdemar Atterdags (wie Anm. 1), S. 124-163.

⁶² Cod. Vit., Nr. 830.

⁶³ VASAR, Taani püüded (wie Anm. 6), S. 26ff.; NOWAK, Die politische Zusammenarbeit (wie Anm. 6), S. 40-44. RIIS, Der polnisch-dänische Vertrag (wie Anm. 10), S. 67-78, reißt dieses Bündnis nur an.

⁶⁴ Cod. Vit., Nr. 799; Die Berichte der Generalprokuratoren des Deutschen Ordens an der Kurie, Bd. 2, hrsg. von KURT FORSTREUTER, HANS KOEPPEN, Göttingen 1961 (Veröffentlichungen der Niedersächsischen Archivverwaltung, 13), S. 575ff.

Dolens zur Zufriedenheit der estländischen Ritterschaft. Im Gegenzug erhielt der Komtur von Ascheraden in einer heimlichen Zusammenkunft mit von Dolens Witwe wichtige Informationen über den Umfang der Koalition gegen den Deutschen Orden.⁶⁵ In diesem Raum agierten vor allem Polen-Litauen, die Bistümer Riga, Dorpat und Ösel sowie Sigismund und Erich auf der Seite der Ordensgegner. Vieles deutet zudem darauf hin, dass sich auch die estländische Ritterschaft auf die Seite der Ordensgegner geschlagen hatte.

Die Übereinkunft mit der estländischen Ritterschaft war politisch wichtig, da eine päpstliche Intervention nicht den gewünschten Erfolg gebracht hatte. Anfang 1419 hatte der Papst die Bischöfe Jacob von Spoleto und Ferdinand von Lucca in den Norden geschickt, um zwischen dem Deutschen Orden und Polen-Litauen zu vermitteln.⁶⁶ Diese hatten im weiteren Verlauf die polnischen Forderungen als unbegründet zurückgewiesen – ein Resultat, welches der polnische König natürlich nicht akzeptierte. Dieser setzte im Gegenzug seine Truppenaufrüstung fort und rückte nach Norden vor, wo er in Czerwinsk mit den Truppen Witolds zusammentraf. Dort traf ebenfalls der Erzbischof von Mailand als kaiserlicher Gesandter ein. Er sollte versuchen, den polnischen König zum Abwarten zu bewegen, zumindest solange, bis Kaiser Sigismund sein endgültiges Urteil in dieser Sache gesprochen habe.

Auch ein nordischer Gesandter traf in Czerwinsk ein, im Gepäck die nordische Ausfertigung des Allianzkontraktes. Diese Ausfertigung war am 23. Juni in Kopenhagen von Erich ausgefertigt worden und wurde nun am 15. Juli von Władysław Jagiełło und Witold gegengezeichnet. Tags zuvor war der kaiserliche Gesandte weiter zum Orden gereist, den er dazu bewegen konnte, Kaiser Sigismund als Schiedsrichter in diesem Streit anzuerkennen. Im Gegenzug konnte der Erzbischof einen Waffenstillstand zwischen den Parteien aushandeln. Die nordisch-polnisch-litauische Allianz mündete daher nicht in eine sofortige militärische Zusammenarbeit.

Vom nordisch-polnischen Allianzvertrag existieren verschiedene Ausgaben, deren Inhalt voneinander abweicht. Die polnische Ausfertigung befindet sich im Reichsarchiv in Kopenhagen.⁶⁷ Sie trägt eine Reihe von Siegeln, darunter diejenigen Władysław Jagiełłos, Johannes von Tarnows und Sandziwoj von Ostorogs, und ist von der polnischen Kanzlei unter Leitung Bischofs Albert von Krakau ausgefertigt worden. Die dänische Ausfertigung enthält insgesamt 82 Zeugen aus allen nordischen Reichen, deren Siegel um das von König Erich herum platziert sind.⁶⁸ Merkwürdigerweise stammen beide Ausfertigungen nicht vom gleichen Tag und stimmen inhaltlich nicht völlig überein. Der nordischen Ausfertigung

⁶⁵ LUB, Bd. 5, Nr. 2326.

⁶⁶ Reg. ord. 1/1, Nr. 2898, 2915.

⁶⁷ RA: Polen, polsk-dansk traktat af 15. juli 1419 (wie Anm. 57).

⁶⁸ ST, Bd. 3, S. 37-46.

zufolge umfasste diese „ewige“ Allianz pauschal die nordischen Reiche auf der einen und Polen-Litauen auf der anderen Seite, während die polnische Ausfertigung die Stoßrichtung der Allianz glasklar spezifiziert: Der Freundschaftsbund war gegen die gemeinsamen Feinde gerichtet, die in § 2 als der Deutsche Orden und die Heiden im Allgemeinen definiert wurden – die dänische Fassung sprach nur von Heiden und Schismatikern. Dieser Unterschied gab Erich einen größeren politischen Handlungsspielraum und konnte vielfältig ausgelegt werden.

Von besonderem Interesse sind weiterhin die Punkte drei bis sechs, in der die Verteilung der Beute eines Kriegszugs geregelt wurde. Generell sollten zum Beispiel Burgen demjenigen zufallen, der sie erobert hatte. Doch gab es eine Ausnahme: Gebiete, auf die eine der beteiligten Parteien einen alten Anspruch erheben konnte, sollten dieser Partei zufallen. Waren diese Regelungen für die polnische Seite vor allem auf Pommerellen zugeschnitten, zielten sie für Erich vor allem auf Estland und einige pommersche Grenzgebiete.

Die Allianz zwischen der Kalmarer Union und Polen-Litauen wurde in der nordischen, deutschen und polnischen Geschichtsschreibung eher en passant behandelt.⁶⁹ Dieses ist vor allem dem Umstand geschuldet, dass der Vertrag nie mit dem Reichssiegel ratifiziert wurde und damit – zumindest gemessen an späteren Maßstäben – nie Gültigkeit erlangt hat. Allerdings zeugt allein die Auslieferung der jeweiligen Ausfertigungen an die Gegenseite, dass man die Absicht offiziell verstanden und u. U. als gültig anerkannt hatte, was auch durch den Umstand bestärkt wurde, dass eine präliminierte Besiegelung durch Repräsentanten ja schon stattgefunden hatte. Weiterhin spricht für diese These, dass eine Gesandtschaft des Ordens, die 1424 mit Władysław Jagiełło und Witold verhandelte, dahingehend informiert wurde, dass beide Verhandlungspartner ein Bündnis mit Erich von Pommern geschlossen hätten.⁷⁰ Damit konnte aller Wahrscheinlichkeit nach nur das Bündnis von 1419 gemeint sein. Die Annahme, dass beide Parteien ernsthaft an die Erfüllung ihrer Bündnisverpflichtungen gedacht hatten, wird noch dadurch verstärkt, dass Erich 1419 damit begann, eine Flotte auszurüsten. Gleichzeitig erschienen kleinere Fahrzeuge im revalschen Fahrwasser, von denen man annahm, dass sie königliche Fahrzeuge auf Erkundungsfahrt in der östlichen Ostsee waren.⁷¹

Die Kalmarer Union erhöhte durch dieses Bündnis ihren Druck auf den Deutschen Orden. Erich von Pommern forderte Zugang zum lukrativen Novgorod-Handel und setzte gleichzeitig seine Infiltrationspolitik in Est-

⁶⁹ Nicht beachtet z. B. in NÖBEL, Michael Küchmeister (wie Anm. 6), S. 108; Dansk udenrigspolitikis historie 700–1648 (wie Anm. 6), S. 142–147. ERSLEV, Danmarks Historie (wie Anm. 10), S. 78f., und LÖGDBERG, De nordiska konungarna (wie Anm. 6), S. 11, behandeln diese Frage nur oberflächlich.

⁷⁰ Cod. Vit., Nr. 1175.

⁷¹ LUB, Bd. 5, Nr. 2334.

land fort.⁷² In diesem Klima kam dann die Angelegenheit des Klosters St. Birgitten erneut zur Sprache. Der Orden sah sich wieder einmal genötigt, Gesandte an Erich abzufertigen, die allerdings unverrichteter Dinge wieder zurückkehrten. Der Leiter der Gesandtschaft, Johan von Lexsten, überbrachte die bestürzende Nachricht, dass der König sogar die Gaben der Gesandtschaft ausgeschlagen hatte – ein Affront, der nichts Gutes verheißt.⁷³

Fügt man alle Quellen zu einem Bild zusammen, so deutet vieles darauf hin, dass Erich von Pommern 1419 einen Angriff auf Livland plante, der durch eine Parallelattacke Polen-Litauens auf Preußen flankiert werden sollte. Doch da Polen-Litauen die eigenen Pläne zugunsten eines Waffenstillstands mit dem Orden aufgab, blieben Bündnis und Angriffsplan ohne Wirkung.

Die Kalmarer Union und die estländische Frage 1420–1423

Selbst wenn das Bündnis mit Polen-Litauen keine Resultate zeitigte, gab Erich von Pommern seine eigenen Pläne doch nicht auf. Allerdings verkomplizierte sich die Situation dadurch, dass es 1420–1422 zu einem Bruch zwischen Kaiser Sigismund und Polen-Litauen kam. Für die nordische Union bedeutete dies einen Balanceakt, da man auf der einen Seite die kaiserliche Unterstützung in der Schleswigfrage benötigte, andererseits aber den Kontakt mit Polen-Litauen wegen der Estlandproblematik nicht aufgeben konnte. Der Hochmeister erwartete deshalb weiterhin einen kombinierten nordisch-polnisch-litauischen Angriff auf die Ordenslande.⁷⁴ Allerdings hatten sich die Aussichten hierfür spätestens in dem Moment verdüstert, als Polen ein Bündnis mit dem Hohenzollern Friedrich von Brandenburg einging, einem der Erzfeinde Pommerns.⁷⁵ Dieses Bündnis steht im Einklang mit einer Neuorientierung der polnischen Außenpolitik, die ihren Interessenschwerpunkt nunmehr nach Südosten verlagerte.⁷⁶ Diese Umstrukturierung verschaffte dem Deutschen Orden die lang ersehnte Atempause.

⁷² Ebenda, Nr. 2295.

⁷³ Ebenda, Nr. 2353. Siehe zu diesem Aspekt einleitend GERD ALTHOFF: Demonstration und Inszenierung. Spielregeln der Kommunikation in mittelalterlicher Öffentlichkeit, in: DERS.: Spielregeln der Politik im Mittelalter. Kommunikation in Frieden und Fehde, Darmstadt 1997, S. 229–257, hier besonders S. 224f. und 251ff.

⁷⁴ LUB, Bd. 5, Nr. 2528.

⁷⁵ LARSEN, Forholdet (wie Anm. 1), S. 77.

⁷⁶ Für einen ersten Überblick über diese für die polnische Geschichte so zentrale Frage siehe DAVIES, God's playground (wie Anm. 2), S. 115–155. Zum Friedensschluss zwischen dem Orden und Polen-Litauen siehe NEITMANN, Die Staatsverträge (wie Anm. 2), S. 171–193.

Der Ausfall des polnischen Alliierten schwächte selbstverständlich Erichs Position, aber er gab seine Infiltrationspolitik nicht auf.⁷⁷ Vielmehr setzte er nun auf lokale Kräfte, vor allem auf den rigischen Erzbischof Johannes Ambundi. Dieser hatte sein Amt 1418 gegen den Willen des Ordens erlangt, der lieber einen eigenen Kandidaten platziert hätte. In den folgenden Jahren etablierte sich Ambundi als die Kernfigur im Widerstand gegen die Ordensherrschaft in Livland.

Die neue Achse nach Riga scheint im Januar 1421 zum ersten Mal zum Tragen gekommen zu sein, als der Orden mit dem rigischen Domkapitel über die Neubesetzung einiger Kapitelämter verhandelte. Der Repräsentant des Kapitels ließ während der Verhandlungen durchblicken, dass einige mächtige Herren „nach der Kirche in Riga strebten“, was wohl als Ausdruck dafür verstanden werden kann, dass Erich versuchte, seinen Einfluss geltend zu machen.⁷⁸ Nur einen Monat später schrieb der Erzbischof Johannes Ambundi von Riga zusammen mit dem Bischof von Dorpat und dem von Reval, als Repräsentant des Ordens, einen offiziellen Brief an Erich von Pommern, in dem es um angeblich herabsetzende Äußerungen des Ordensmeisters über den König ging.⁷⁹

Im Mai des gleichen Jahres bereitete Ambundi eine Reise nach Schweden vor, wo er offiziell ein Urteil in einer Angelegenheit des Erzbischofs von Uppsala abgeben sollte. Aus diesem Anlass bat der Orden Ambundi, abermals die Entschuldigung des livländischen Ordensmeisters vorzubringen und stattete den Erzbischof gleichzeitig mit Kopien der estländischen Privilegien aus, da der Orden hoffte, der Erzbischof könne ein Treffen zwischen Erich und dem Hochmeister arrangieren, in welchem der Orden die Originale der Erwerbssurkunden vorlegen wollte.⁸⁰ Auf seiner Reise wurde der Erzbischof von Teilen seines Rats begleitet, zu dem auch Peter von Tiesenhausen, den Erich von Pommern 1413 unter seinen Schutz gestellt hatte, und Johann von Dolens Sohn, Hans von Dolen, gehörten.⁸¹

Johannes Ambundi hielt sich von Juni bis September 1421 in Schweden auf, wo er auch mit Erich von Pommern zusammentraf. Dieser stellte am 24. September einen Schutzbrief für den Erzbischof und die rigische Kirche aus und nahm am folgenden Tag auch die Kirche von Ösel unter seinen Schutz.⁸² Ein Schutzbrief für die Kirche von Dorpat ist nicht überliefert, da sich aber auch dorpatsche Vertreter im Gefolge Ambundis befanden, ist

⁷⁷ VASAR, Taani püüded (wie Anm. 6), S. 37–58.

⁷⁸ LUB, Bd. 5, Nr. 2522.

⁷⁹ LARSEN, Forholdet (wie Anm. 1), S. 81.

⁸⁰ LUB, Bd. 5, Nr. 2548–2549; RIIS, Der polnisch-dänische Vertrag (wie Anm. 10), S. 72.

⁸¹ AR, Bd. 1, Nr. 286.

⁸² Ebenda, S. 247; LUB, Bd. 5, Nr. 2503; ERSLEV, Danmarks Historie (wie Anm. 10), S. 79f.; LÖGBERG, De nordiska konungarna (wie Anm. 6), S. 11; RIIS, Der polnisch-dänische Vertrag (wie Anm. 10), S. 73.

davon auszugehen, dass auch diese Kirchenprovinz die Aufmerksamkeit des nordischen Königs für sich beanspruchen konnte.

Die neue Strategie zielte darauf, sich für den Fall eines Kriegs einen Rückhalt in Estland selbst zu verschaffen, vor allem dann, wenn der Krieg zwischen dem Orden und Polen-Litauen wieder aufflackern sollte, und sich so eine günstige Gelegenheit zum Zuschlagen bot; tatsächlich traf diese Situation bald ein. Denn schon im Sommer 1422 kam es erneut zu Kämpfen zwischen Polen und dem Orden. Zugleich befürchtete der Ordensmeister, dass Erich erneut Ansprüche auf Estland geltend machen wolle, was glaubwürdig durch den Hauptmann von Wilna überliefert ist.⁸³ Und auch der Kaiser war über diese Entwicklung informiert, konnte er ja schon im Januar 1422 dem Ordensgesandten Jobst Quednau mitteilen, dass der Erzbischof von Riga mit dem nordischen König eine Aktion gegen den Orden plane.⁸⁴

In seinem Bemühen stützte sich Erich nicht nur auf den Erzbischof, sondern versuchte gleichzeitig, seine Kontakte zum estländischen Adel auszuweiten – eine Schreckensvision für den Orden.⁸⁵ Stand zu allererst die estländische Ritterschaft im Fokus, weitete sich der Kreis nach 1421 immer weiter aus. Der König nahm nun Kontakt zu den Vasallen der Stifte, den Ordensvasallen und sogar zur Ritterschaft von Ösel-Wiek auf.⁸⁶ Die Jahre um 1421 stellen damit den Höhepunkt der nordischen Infiltrationspolitik in Estland dar, doch sollte diese Politik bald darauf scheitern.

Für das völlige Fiasko, das Erich in seiner Estlandpolitik erlebte, gibt es verschiedene Ursachen. Zum einen brach auf dem Höhepunkt der Anstrengungen 1421 der Krieg um Schleswig erneut aus, der bis 1423 andauerte. Erich musste also erneut Prioritäten setzen und wieder einmal war Schleswig wichtiger als Estland. Gleichzeitig war es dem Orden gelungen, ein Bündnis mit den Hansestädten zu schließen und damit einen Ausweg aus der Umklammerung zu finden.⁸⁷ Die meisten Hansestädte des Ostseeraumes, natürlich mit Ausnahme der pommerschen, fürchteten einen zu großen Machtzuwachs des nordischen Königs und wollten durch diese Allianz die Machtbalance im Ostseeraum bewahren. Der Streit zwischen Erich und dem Orden veränderte sich so zu einem Streit zwischen Erich und der Hanse. Auch in Livland änderte sich die Situation, je länger der Krieg mit Polen währte. Die Meinungsverschiedenheiten zwischen den Bischöfen und ihren Vasallen traten nun immer mehr zum Vorschein. Gleichzeitig tendierte die estländische Ritterschaft wieder mehr in Richtung des Ordens. Beide Entwicklungen erschwerten es Erich, Bischöfe

⁸³ Cod. Vit., Nr. 982.

⁸⁴ LUB, Bd. 5, Nr. 2581.

⁸⁵ Ebenda, Nr. 2528.

⁸⁶ Ebenda, Nr. 2522, 2546, 2573, 2709.

⁸⁷ HR, Bd. 1/7, Nr. 376-377.

und Ritterschaft gleichzeitig gegen den Orden auszuspielen, was seine Einflussmöglichkeiten deutlich begrenzte.⁸⁸

Ab 1422 hatte sich die außenpolitische Situation für Erich sichtbar verschlechtert. Seine Politik hatte zu einer vereinten Fronde der Holsteiner, der Hansestädte und des Deutschen Ordens gegen die Kalmarer Union geführt. Da es den Hohenzollern gleichzeitig gelungen war, die Union zwischen dem Norden und Polen-Litauen zu spalten, fand Erich auch hier keinen Rückhalt mehr. Da sich zudem auch die Infiltrationspolitik in Estland selbst als unwirksam erwiesen hatte, war es an der Zeit, die außenpolitischen Prämissen neu zu justieren. Der Rückerwerb Estlands war zu diesem Zeitpunkt fehlgeschlagen und Schleswig besaß für den König weiterhin eine höhere Priorität. Das Verhältnis zu den Hansestädten und dem Deutschen Orden stand deutlich hintan.

Als natürliche Folge dieser Prioritätensetzung musste sich Erich, um eines Erfolges in Schleswig willen, den Hansestädten und dem Orden wieder annähern. Als logische Konsequenz schloss er im Januar 1423 ein Bündnis mit den pommerschen und wendischen Städten, wodurch der außenpolitische Druck gemindert wurde.⁸⁹ Der nächste Schritt musste dann eine Annäherung an den Orden, die preußischen und die livländischen Städte sein. Hierfür benutzte Erich seine pommersche Machtbasis als Ausgangspunkt.

Im Juli 1423 deuten sich erste Annäherungsversuche in einem Brief der Herzoginwitwe Sophia von Stolpe an den Orden an.⁹⁰ Als der Stralsunder Bürgermeister Konrad Bischof im darauf folgenden Oktober Dänemark bereiste, sprach auch er das Verhältnis zwischen der Kalmarer Union und dem Orden an. Ihm gegenüber äußerte sich Erich dahingehend, dass er einen Frieden zwischen den beiden Mächten wünsche, wie Bischof auf einem Treffen der nordischen Union mit den wendischen und pommerschen Städten in Flensburg berichten konnte. Bischofs Ausführungen zufolge wollte der König nach Pommern reisen, um sich dort mit dem Hochmeister zu treffen und sich mit diesem auszusöhnen.⁹¹

Parallel hierzu hatte der König eine Versöhnungsgabe – Heringe – an den Hochmeister gesandt. Diese Gabe wurde von einem Geistlichen und einem weltlichen Vasallen des Königs begleitet, die eine Unterredung mit dem Hochmeister anstreben sollten.⁹² Kurz darauf sandte auch der Hochmeister einen Boten an Erich. In seinem Brief an den livländischen Ordensmeister hieß es, dass sich der König sehr entgegenkommend gezeigt habe. Daher plane er nun, eine größere Delegation in den Norden zu senden, die

⁸⁸ LÖGDBERG, *De nordiska konungarna* (wie Anm. 6), S. 11f.

⁸⁹ HR, Bd. 1/7, Nr. 564-565.

⁹⁰ Reg. ord. Bd. 1/1, Nr. 3759; VOIGT, *Geschichte Preussens* (wie Anm. 6), Bd. 7, S. 434.

⁹¹ LUB, Bd. 5, Nr. 2680.

⁹² RA: *De königsbergske afskrifter* III, S. 1163.

die Kaufbriefe von 1346 dem König vorlegen sollte.⁹³ Weitere Einzelheiten zu dieser Gesandtschaft sind nicht überliefert. Allerdings deutet die Reibungslosigkeit, mit der das Bündnis zwischen dem Norden und dem Orden im September 1423 geschlossen wurde, darauf hin, dass die wesentlichen Punkte wohl erfolgreich geklärt wurden.

Im August 1423 reiste Erich nach Pommern, wo er Anfang September in Neustettin, nahe der Grenze zum Ordensterritorium, mit dem Hochmeister Paul von Rusdorf zusammentraf. Im Gefolge des Königs befanden sich auch die Herzöge Otto, Kasimir, Wartislaw, Barnim und Bogislaw, die alle zusammen am 15. September ein Bündnis mit dem Orden eingingen.⁹⁴ Die Allianz war ein Defensivbündnis mit der Verpflichtung, sich gegenseitig mit 2 000 Mann beizustehen. Hiernach konnte sich der Orden erstmals nach Tannenberg zumindest in Hinblick auf die Kalmarer Union einigermaßen sicher fühlen. Das Bündnis von Neustettin setzte den Schlusspunkt hinter die Ambitionen Erichs von Pommern, Estland wieder Dänemark einzuverleiben.⁹⁵

Zusammenfassung

In der Zeit zwischen 1410 und 1423 spielte der Rückerwerb Estlands in der Außenpolitik der Kalmarer Union eine wichtige Rolle. Es war also nicht der (praktische) Regierungsantritt Erichs von Pommern, der die Aufmerksamkeit auf das alte dänische Herzogtum lenkte, sondern bereits seine Vorgängerin Margarethe von Norwegen hatte Estland in ihre Überlegungen mit einbezogen. Für Margarethe bot sich nach Tannenberg die Chance, die *Corona regni Daniae* erneut wieder herzustellen – Erich von Pommern setzte diese Politik nur fort. In der estländischen Frage hatten die nordischen Herrscher verschiedene Möglichkeiten zur Hand, den Orden zur Aufgabe dieses Landes zu bewegen. Zum einen arbeiteten sie natürlich mit ihren Verwandten in Pommern zusammen. Zum anderen intensivierte die Kalmarer Union die Zusammenarbeit mit der polnisch-litauischen Union und entwickelte diese zum Hauptelement der Estlandpolitik. Gleichzeitig setzten sowohl Margarethe als auch Erich den Orden direkt unter Druck, indem sie offiziell die Rückgabe des Landes verlangten. Zudem gelang es beiden Herrschern, Estland zu infiltrieren und die internen Gegensätze im Herzogtum für ihre Zwecke zu nutzen. Vor allem in der Zeit bis 1420 baute Erich von Pommern seine Kontakte zur estländischen Ritterschaft aus. Nach 1420 wurde der Kreis weiter gefasst, so dass er nun auch Kontakt mit Riga, Dorpat und Ösel aufnahm. Diese Verbindungen erlangten

⁹³ LUB, Bd. 5, Nr. 2696-2697, 2706.

⁹⁴ ST, Bd. 3, S. 74ff.; LÖGDBERG, *De nordiska konungarna* (wie Anm. 6), S. 13; LÜCKERATH, *Paul von Rusdorf* (wie Anm. 6), S. 90ff.; NEITMANN, *Die Staatsverträge* (wie Anm. 2), S. 224ff.; RIIS, *Der polnisch-dänische Vertrag* (wie Anm. 10), S. 73.

⁹⁵ VASAR, *Taani püüded* (wie Anm. 6), S. 114-117.

zwischen 1420 und 1422/23 ihren Höhepunkt. Diese vier politischen Strategien wurden von Margarethe und Erich mit großer Umsicht gehandhabt und stellten für die Außenpolitik des Ordens eine ungeahnte Herausforderung dar.

Versuchten sowohl Polen-Litauen als auch die Kalmarer Union durch äußeren Druck den Orden zu Zugeständnissen zu bewegen, war die nordische Union in der Wahl ihrer Mittel etwas zurückhaltender, weshalb sich die polnisch-litauische Union andere Bündnispartner suchte. Die Kalmarer Union stand aber gleichzeitig im Spannungsfeld des Kampfes um das Herzogtum Schleswig, weshalb nur die kurzen Perioden 1415–1416 und 1418–1420 blieben, während der beide Unionen unbelastet enger zusammenarbeiten konnten. Immerhin mündete der Wille zur Zusammenarbeit in ein gemeinsames Bündnistraktat, das offensiv gegen den Orden ausgerichtet war. Die beiderseitige Zusammenarbeit hörte aber 1421 auf, als Polen-Litauen einen Bund mit dem pommerschen Erzfeind Hohenzollern-Brandenburg einging.

Die Probleme in der Zusammenarbeit der beiden Unionen und Großreiche können auch mit ihrer geographischen Lage und den daraus resultierenden unterschiedlichen Interessen erklärt werden. Phasen, an denen sich die Interessen der beiden Großmächte überlappten, waren auch daher selten. Ebenso spielte das Dreiecksverhältnis Kaisertum – Polen-Litauen – Kalmarer Union eine Rolle bei der Entwicklung. Gerade Erich von Pommern hatte ein großes Interesse am kaiserlichen Wohlwollen, vor allem, um den Kampf um das Herzogtum Schleswig für sich zu entscheiden.

Der ausbleibende Erfolg an allen Fronten schwächte Erichs innenpolitische Stellung nach 1422. Von da an setzte er nur noch auf die Lösung der Schleswigfrage, um wenigstens einen Erfolg vorweisen zu können. Hierfür musste er die Auseinandersetzung mit dem Orden beenden. Der Krieg in Schleswig beanspruchte zu viele Ressourcen, als dass sich der König einen Zweifrontenkrieg hätte leisten können.

Ein Charakteristikum der nordischen Außenpolitik unter Margarethe von Norwegen und Erich von Pommern war das Schwanken zwischen zwei Polen: dem schleswigschen und dem estländischen. Eine Entspannung auf der einen Seite führte zu einem erhöhten Druck auf der anderen Seite. Der Rückerwerb Estlands war dabei ein wichtiges Ziel der nordischen Außenpolitik, stand in seiner Wertigkeit aber unter dem Erwerb Schleswigs. Die Kalmarer Union übte daher nur dann Druck auf den Orden aus, wenn in Schleswig ein Stillstand oder eine gewisse Beruhigung eingetreten war. Entflammte der Konflikt um Schleswig erneut, nahm der Druck auf den Orden ab. Da der Konflikt um Schleswig bis 1460 nicht endgültig gelöst werden konnte, konnte die Kalmarer Union niemals ihr volles Gewicht hinter die Frage des Rückerwerbs Estlands setzen. Aus diesem Grunde brachen die entsprechenden Bemühungen zwischen 1422 und 1423 endgültig ab.

Die nordische Außenpolitik in der Zeit zwischen 1410 und 1423 war keine Neuerfindung Margarethes oder Erichs. Sie war vielmehr eine Fortsetzung der Linie, die schon unter Erich Menved und Valdemar Atterdag von Dänemark verfolgt worden war. Für Dänemark galt es, wirtschaftsstrategisch wichtige Positionen im Ostseeraum einzunehmen und zu verteidigen. Hierzu gehörte auch das Herzogtum Estland. Diese Kontinuität der dänischen Außenpolitik wurde bisher in der Forschung weitestgehend übersehen, wodurch der Eindruck entstand, die Estlandfrage sei in der Zeit Erichs aus der Luft gegriffen worden. Dieses ist aber durchaus falsch. Die Politik Margarethes und Erichs ist als Fortsetzung der traditionellen dänischen Außenpolitik seit dem Beginn des 13. Jahrhunderts anzusehen.⁹⁶

SUMMARY

*The Union of Calmar and the Teutonic Order
1410–1423: The Question of Estonia*

In 2010 it will be 600 years since the Teutonic Order was defeated by Poland-Lithuania in the Battle of Tannenberg. It was in many ways a historical turning point. The defeat also made it possible for Queen Margaret I and Eric of Pomerania as leaders of the Union of Calmar to re-launch the foreign policy of Denmark and Sweden in the Baltic Sea region. The chief aim of this policy was to gain control of the trade in the Baltic Sea. In their foreign policies Margaret I and Eric of Pomerania used different methods to gain this goal.

Queen Margaret I used the Duchy of Estonia as a starting point. The duchy had been sold to the Teutonic Order in 1346, but after the Battle of Tannenberg Margaret intervened in the domestic politics of Livonia, where she supported the nobility against the Teutonic Knights. Thereby she had the possibility of gaining a toehold in the backyard of the lands of the Teutonic Order. But she went even further and demanded the return of the duchy. Although weak, the Order refused this demand. The grandmasters had stabilized the Order after the defeat and did not want to lose the duchy.

⁹⁶ Nur Gottfried Carlsson hat sich zum Fürsprecher dieses Aspekts gemacht, wobei er allerdings Erich von Pommern die Rolle eines Vordenkers des *Dominium Maris Baltici*-Gedankens zusprach. Wie gezeigt werden konnte, war Erichs Politik keine Neuschöpfung, sondern nur die Fortsetzung alter Gedankenspiele. GOTTFRIED CARLSSON: Sveriges historia [Geschichte Schwedens], Bd. 3/1, Stockholm 1941, S. 155, 204. Thomas Riis kam in seinen Arbeiten zu einem ähnlichen Ergebnis. RIIS, Der polnisch-dänische Vertrag (wie Anm. 10), S. 67-78.

The situation was however very serious for the Order since the queen and later Eric of Pomerania also cooperated with Poland-Lithuania, especially in 1415–1416 and 1418–1420. In 1419 Eric made an alliance with Poland-Lithuania with the aim of starting a war against the Order, so that Eric finally could conquer the Duchy of Estonia and thereby gain control of the trade in the Baltic Sea. However, the war failed to materialize, and Poland-Lithuania abandoned its Baltic policy for a longer period.

Since the political partnership with Poland-Lithuania did not result in war against the Teutonic Knights, Eric once more tried to intervene in the domestic politics of Livonia, but this time he not only sought the support of the nobility, but also of the clergy. This was however very complicated, since these two groups were not capable of cooperation. The Order was far more experienced in these affairs, so Eric's Estonian policy was doomed to fail.

In 1423 Eric therefore chose to ally himself to the Order and thereby abandoned his Estonian policy in order to use all his resources to solve the question of Schleswig in the best way he saw fit. Though, both Queen Margaret I and Eric of Pomerania re-launched the foreign policies of Denmark and Sweden in the Baltic Sea region, they largely failed because the Union of Calmar could never use all of its resources on the eastern Baltic region, since the question of Schleswig dominated Danish foreign policy during the same period and remained largely unresolved.

⊕

Das Wunder von Narva am 11. Mai 1558. Zur Geschichte der russischen Polemik gegen die Reformation im 16. Jahrhundert

=====
VON ANTI SELART

Narva war die erste livländische Stadt, die im Jahre 1558 in die Hände der Moskauer Truppen fiel, als Zar und Großfürst Ivan IV. den Krieg gegen die altlivländischen Staaten initiierte. Der Livländische Krieg (1558–1582/1583) führte letztendlich zur Teilung der Region zwischen Polen, Schweden und Dänemark. In den ersten Jahrzehnten des Krieges waren die Russen jedoch erfolgreich gewesen und hatten weite Teile des Landes in Besitz genommen. Die Eroberung der Grenzstadt und -Burg Narva besaß neben der militärischen und wirtschaftlichen Bedeutung auch einen wichtigen symbolischen und propagandistischen Wert. Über die Eroberung berichten sowohl die zeitgenössischen russischen *letopisi* als auch die livländischen Chroniken recht ausführlich. In Livland wollte man den Verlust der befestigten Stadt mit einem angeblichen Verrat erklären. Die russischen Quellen sind sich dagegen einig, dass die Festung dank göttlicher Hilfe genommen wurde. Und diese göttliche Hilfe offenbarte sich nicht allein in der Tatsache der Eroberung – und im Geschick der Schreiber, die darüber berichteten –, sondern auch in den Wundern, mit denen die Einnahme der Stadt verbunden war. Dabei handelte es sich um die Wundertätigkeit zweier Narvaer Ikonen: des Heiligen Nikolaus und der Gottesmutter.

Der Krieg traf die Stadt Narva und ihre Umgebung schon in den ersten Tagen der Kämpfe im Januar 1558.¹ Anfang April feuerten die Russen von

Der Aufsatz wurde von der estnischen Wissenschaftsförderung SF 1082700s05 und ETF 7744 sowie von der Alexander von Humboldt-Stiftung unterstützt. Der Autor bedankt sich bei Denis Chrustalev (St. Petersburg) für die Beschaffung einiger Aufsätze.

¹ Siehe die Überblicke: Die Uebergabe Narva's im Mai 1558, nach Wulf Singehoff, hrsg. von KARL HEINRICH VON BUSSE, in: Mittheilungen aus dem Gebiete der Geschichte Liv-, Ehst- und Kurlands 9 (1860), S. 42-63; [HEINRICH JOHANN HANSEN]: Ergänzende Nachrichten zur Geschichte der Stadt Narva vom Jahre 1558, Narva 1864; ARNOLD SÜVALEP: Narva ajalugu [Geschichte Narvas], Bd. 1: Taani- ja orduaeg [Die Dänen- und Ordenszeit], Narva 1936, S. 199-219; HEINZ VON ZUR MÜHLEN: Handel und Politik in Livland in der Mitte des 16. Jahrhunderts im Spiegel der Biographie Hermen thor Mölens aus Narva, in: Zeitschrift für Ostforschung 24 (1975), S. 626-673, hier S. 659-664; MEIKE KÖHLER: Die Narvafahrt.

ihrem Ufer aus auf die Stadt und brannten Häuser in ihrer Umgebung nieder. Eine Übereinkunft des Deutschordensvogtes und der Vertreter der Stadt mit den Hauptleuten von Ivangorod konnte die Feindseligkeiten zwar zunächst stoppen. Die politische Lage blieb aber weiterhin äußerst gespannt, weil die Russen Narvas freiwillige Unterwerfung unter den Zaren erwarteten und es widrigenfalls mit Gewalt einzunehmen drohten. Ungeachtet des Beifriedens brachen am 1. Mai in der Nähe von Narva Gefechte zwischen russischen und livländischen Truppen aus, denen Schießereien in Ivangorod und Narva folgten.

Früh am 11. Mai, einem Mittwoch, brach in Narva ein Brand aus – dem Revaler Chronisten Balthasar Russow zufolge im Hause des Barbiers Cord Ulken² –, der sich wegen des starken Windes sehr schnell verbreitete. Es war unmöglich, das Feuer zu löschen, und auch die hölzernen Teile der Befestigungen gerieten in Brand. Als die Russen in Ivangorod das Feuer am gegenüberliegenden Ufer bemerkten, fingen sie an, auf die Stadt und die Burg zu schießen. Sie überquerten den Fluss und drangen in die Stadt ein. Nach einigen Stunden befand sich die verbrannte Stadt in den Händen der Russen; in der Nacht wurde auch die Burg den Eroberern übergeben, wobei es der Festungsbesatzung und den Stadteinwohnern, so sie dies wünschten, freigestellt war, Narva zu verlassen.

In Livland verbreitete sich daraufhin ganz allgemein die Überzeugung, dass Narva aufgrund eines Verrats unter Moskauer Gewalt gefallen war, zumal der Ausbruch des schicksalsschweren Feuers als äußerst verdächtig angesehen wurde.³ Als Verräter machte man den Bürgermeister von Narva, Hermann zur Mühlen, den Ratsherren Joachim Krumhusen und die ganze Bürgerschaft Narvas ausfindig. In der Tat berichten die russischen *letopisi*, dass die Gesandten der Stadt, Krumhusen und Arnd von Deden, während der Verhandlungen in Moskau am 1. Mai bereit gewesen seien, den Zaren als ihren Herrscher anzuerkennen.⁴ Ivan Groznyj ließ der Stadt an

Mittel- und westeuropäischer Rußlandhandel 1558–1581, Hamburg 2000 (Hamburger Beiträge zur Geschichte des östlichen Europa, 6), S. 33–40; АЛЕКСАНДР И. ФИЛОШКИН: Дискурсы Нарвского взятия, in: Государство и общество в России XV–начала XX века. Сборник статей памяти Николая Евгеньевича Носова, hrsg. von АНДРЕЙ П. ПАВЛОВ u.a., Санкт-Петербург 2007, S. 159–172, hier S. 160–163.

² BALTHASAR RUSSOW: Chronica der Prouintz Lyfflandt, in: Scriptorum rerum Livonicarum, Bd. 2, hrsg. von CARL E. VON NAPIERSKY, Riga, Leipzig 1848, S. 54 [41b–42a]; vgl. Die Uebergabe Narva's (wie Anm. 1), S. 57, wo der Barbier Heinrich Ulken genannt wird.

³ HANS KRUIUS: Vene-Liivi sõda (1558–1561) [Der russisch-livländische Krieg 1558–1561], Tartu 1924, S. 51; SÜVALEP, Narva ajalugu (wie Anm. 1), S. 212–219; ENN KÜNG: Narva kesk- ja varauusaegne linnaõigus ja seda mõjutanud tegurid [Das mittelalterliche und frühneuzeitliche Stadtrecht Narvas und dessen prägende Umstände], in: Narva Muuseumi toimetised 5 (2005), S. 51–63, hier S. 56.

⁴ Летописный сборник, именуемый Патриаршей или Никоновской летописью (Продолжение), hrsg. von СЕРГЕЙ Ф. ПЛАТОНОВ, СЕРГЕЙ А. АДРИАНОВ, Москва 2000 (Полное собрание русских летописей, 13), S. 293f.; Летописец начала царства царя и великого князя Ивана Васильевича. Александрo-Невская летопись. Лебе-

diesem Tag ein umfassendes Privileg ausstellen, um die Bürgerschaft auf seine Seite zu ziehen.⁵ Joachim Krumhusen blieb auch nach der Einnahme der Stadt im Amt des Stadtvogts und bekam von den neuen Machthabern reichlich Geschenke überreicht.⁶ Er hatte außerdem persönliche Beziehungen zu den führenden Kreisen in Moskau geknüpft, war er doch persönlich bekannt mit dem Priester Sil'vestr († vor 1577), einem der engsten Vertrauensleute des Zaren, der erst um 1560 beim Zaren in Ungnade fallen sollte, und führte Geschäfte mit dessen Sohn Anfim.⁷

Für die russischen zeitgenössischen Quellen war die Eroberung Narvas am Gedenktag der Gründung Konstantinopels (im russischen Wortgebrauch buchstäblich der „Erneuerung Konstantinopels“) aber ein Zeichen der Gnade Gottes.⁸ Letzteres wurde besonders darin deutlich, dass das Feuer der russischen Überlieferung zufolge in dem Moment ausgebrochen sein soll, als ein Narvenser ein Heiligenbild verbrannte – und die Russen dieselbe Ikone später unbeschädigt vorfanden, nachdem sie die Stadt eingenommen hatten. Diese Geschichte ist in zahlreichen mehr oder weniger zeitgenössischen Fassungen überliefert, die in Einzelheiten jedoch Unterschiede aufweisen.

Nach den offiziellen Moskauer *letopisi* war es ein ‚Deutscher‘ (*немчинь*), der zu dieser Zeit Bier braute, dann die Ikone zerbrach und ins Feuer legte. Als aber die russischen Truppen in der Stadt waren, konnten sie die Ikonen der Gottesmutter und des Heiligen Nikolaus unversehrt dort finden. Nachdem sie gefunden worden waren, ließ auch das Feuer nach.⁹ Das „Stufenbuch“, die Bearbeitung der Chroniken, welche die Herrschaft Ivans historisch und theologisch legitimieren sollte, schreibt jenem Narvenser folgenden Gedanken zu: „Das Bild verehren die Russen wie einen Gott und beten zu ihm. Aber ich werde ihn zerbrechen und mir mit ihm Bier brauen.“¹⁰

девская летопись, hrsg. von Михаил Н. Тихомиров, Москва 1965 (Полное собрание русских летописей, 29), S. 263.

⁵ CARL SCHIRREN: Neue Quellen zur Geschichte des Untergangs livländischer Selbständigkeit, Bd. 1, Reval 1883 (Archiv für die Geschichte Liv-, Est- und Curlands, NF 9), Nr. 11; JOHANNES RENNER, Livländische Historien 1556–1561, hrsg. von PETER KARSTEDT, Lübeck 1953 (Veröffentlichungen der Stadtbibliothek Lübeck, NR 2), S. 24f.

⁶ SÜVALEP, Narva ajalugu (wie Anm. 1), S. 217, 261.

⁷ NORBERT ANGERMANN: Studien zur Livlandpolitik Ivan Groznyjs, Marburg 1972 (Marburger Ostforschungen, 32), S. 86; DERS.: Deutsche Handelsverbindungen mit Moskau im 15. und 16. Jahrhundert, in: Hansische Geschichtsblätter 125 (2007), S. 121–142, hier S. 134f.

⁸ Летописец начала царства (wie Anm. 4), S. 264; Летописный сборник (wie Anm. 4), S. 295.

⁹ Ebenda.

¹⁰ Книга степенная царского родословия, hrsg. von Платон Г. Васенко, С.-Петербург 1908–1913 (Полное собрание русских летописей, 21), S. 658f. Vgl. DAVID B. MILLER: The Velikie Minei Chetii and the Sterennaia Kniga of Metropolitan Makarii and the Origins of Russian National Consciousness, in: Forschun-

Mehr Einzelheiten enthält der Bericht in der Pleskauer Chronistik, die im 16. Jahrhundert eng mit dem Pleskauer Höhlenkloster (*Pskovo-Pečerskij*, Petschur) verbunden war. Die Pleskauer *letopis'* berichtet, wie die Stadt Narva wegen Gottes Zorn in Flammen aufgegangen sei. Dort soll, wie man sich erzählte, ein Este (*чюдить*) Bier gebraut und die Ikone des Heiligen Nikolaus unter den Kessel geworfen haben. Hieraus seien dann die Flammen ausgebrochen, die die ganze Stadt verbrannten. Später aber hätten die Russen die unbeschädigten Ikonen der Gottesmutter Hodegetria (*Οδηγήτρια*) sowie des Heiligen Nikolaus in der Asche gefunden.¹¹

Literarischer als die relativ kurzen Berichte in den *letopisi* ist die Novgoroder Fassung der Erzählung in der Vita des Heiligen Bischofs Nikita von Novgorod. Ihrem Text zufolge waren in Narva zwei Lindenholtztafeln gefunden worden, von denen eine die Gottesmutter, die andere den Heiligen Nikolaus mit noch weiteren Heiligen dargestellt habe. Zur gleichen Zeit habe ein Deutscher in der Stadt Bier gebraut, in dessen Bierküche die Ikonen gebracht wurden. Hier wurden sie verspottet, indem die Narvenser erklärten, nun müssten diese Stützen und Fürsprecher der Russen sich selber helfen. Die Deutschen hätten nun die Heiligenbilder unter den Bierkessel geworfen, wodurch die verhängnisvolle Feuersbrunst verursacht wurde. Auch der Fluss Narova habe in wunderbarer Weise seinen Lauf geändert und den Russen bei der Überquerung des Stromes geholfen, wie Gott einst dem Volk Israel am Jordan geholfen hatte (Jos 3,13–17). In Narva angekommen, erfuhren die Russen den Grund des Brandes und hätten die unversehrten Ikonen in der Asche gefunden, obwohl dasselbe Feuer die aus Backsteinen gebaute Stadt zur Gänze verbrannt hatte.¹²

Schließlich erzählte noch Fürst Andrej Kurbskij dieselbe Episode in seiner „Geschichte des Moskauer Großfürsten“ (verfasst ca. in den 1570er Jahren). Ihm zufolge fanden die Deutschen in Narva, in einem Haus, in dem russische Kaufleute gewohnt hatten, ein Bild der Gottesmutter. Sie nahmen die Ikone von der Wand und warfen sie in das Feuer, auf dem sie ein Getränk zubereiteten: „Mit Beil und Schwert vernichten sie, und

gen zur osteuropäischen Geschichte 26 (1979), S. 263–382, hier S. 360; АЛЕКСАНДР И. ФИЛОШКИН: Изображение Ливонской войны в русском летописании XVI–XVII вв., in: Исследования по истории средневековой Руси. К 80-летию Юрия Георгиевича Алексева, hrsg. von АНДРЕЙ Ю. ДВОРНИЧЕНКО u.a., Москва und С.-Петербург 2006, S. 347–368, hier S. 348f.

¹¹ Псковские летописи, hrsg. von АРСЕНИЙ Н. НАСОНОВ, Bd. 1–2, Москва 2000–2003 (Полное собрание русских летописей, 5/1–2), hier Bd. 2, S. 235f.

¹² ФЕДОР КАЛУГИН: Зиновий, инок Отенский, и его богословско-полемические и церковно-учительные произведения, С.-Петербург 1894, S. 322f., 332f.; АНТОН И. НИКОЛЬСКИЙ: Сказание об обретении честных мощей святителя Никиты Новгородского чудотворца, in: Известия Отделения русского языка и словесности Императорской Академии Наук, Bd. 10, Вуч 2 (1905), S. 1–17, hier S. 9, 14; ЭЛИСА А. ГОРДИЕНКО: Новгород в XVI веке и его духовная жизнь, Санкт-Петербург 2001, S. 312–318. Vgl. auch ЛЮДМИЛА Е. МОРОЗОВА: Сочинения Зиновия Отенского, Москва 1990, S. 184.

mit Feuer zünden sie Gottes Heiligtum an“ (vgl. Ps 74,5–7).¹³ Daraufhin habe sich das Feuer ausgebreitet wie einst in Chaldäa (Tn 3,22); zwar sei das Bild intakt geblieben, doch brannte das Haus und danach die ganze Stadt ab. Plötzlich sei auch ein starker Wind aufgekommen, der den Brand anfachte, und die Stadt fiel bald in russische Hände.¹⁴

Beachtenswert bei dieser Legende ist vor allem, dass die Eroberung Narvas nicht nur als politisch-militärisches Ereignis, sondern auch – und wohl sogar in erster Linie – als ein religiöses Geschehnis betrachtet und dargestellt wurde. Schon am 11. Mai, während der Verhandlungen vor der Übergabe der Burg, ließen die russischen Obersten den Deutschen mitteilen, dass der Fall Narva eine göttliche Strafe für die Narvenser sei.¹⁵ Gott gab Narva in die rechtgläubigen Händen der Russen, weil die Narvenser sowie alle Livländer vom richtigen christlichen Glauben abgefallen seien. Sie waren Ikonoklasten geworden, die die heiligen Bilder verspotteteten. Somit stellte aus russischer Sicht das feindliche Verhältnis zu den Protestanten den konfessionsgeschichtlichen Hintergrund des Wunders von Narva im Jahre 1558 dar.¹⁶ In Livland hatte das Luthertum sich seit den 1520er Jahren verbreitet. Im russischen Kontext war es hingegen von noch größerer Bedeutung, dass im Großfürstentum Litauen die Reformation ebenso erfolgreich gewesen war, und unter denjenigen, die sich hier an die neuen Lehren hielten, auch ehemalige Orthodoxe waren. Häretiker wie Feodosij Kosoj oder Matvej Baškin tauchten Mitte des 16. Jahrhunderts auch im Moskauer Russland auf. In den Augen der orthodoxen antireformatorischen Polemik des 16. Jahrhunderts bedeutete die Refor-

¹³ Dt. Übersetzung; HARALD VON BRACKEL: Probe einer Uebersetzung der Denkwürdigkeiten des Fürsten Andrei Michailowitsch Kurbsky, in: Mittheilungen aus dem Gebiete der Geschichte Liv-, Ehst- und Kurlands 1 (1840), S. 90–127, hier S. 90f.

¹⁴ АНДРЕЙ КУРСКИЙ: История о великом князе Московском, hrsg. von A. A. ЦЕХАНОВИЧ, in: Библиотека литературы Древней Руси, Bd. 11, hrsg. von Дмитрий С. ЛИХАЧЕВ u.a., Санкт-Петербург 2001, S. 310–479, 659–668, hier S. 370ff.

¹⁵ Die Uebergabe Narva's (wie Anm. 1), S. 58.

¹⁶ НИКОЛАЙ АНДРЕЕВ: Инок Зиновий Отенский об иконопочитании и иконописании, in: Сборник статей по археологии и византиноведению, издаваемый институтом имени Н. П. Кондакова 8 (1936), S. 259–277, hier S. 275f.; RUDOLF M. MAINKA: Zinovij von Oten'. Ein russischer Polemiker und Theologe der Mitte des 16. Jahrhunderts, Roma 1961 (Orientalia Christiana analecta, 160), S. 217; INGE AUERWASCH: Andrej Michajlovič Kurbskij. Leben in osteuropäischen Adelsgesellschaften des 16. Jahrhunderts, München 1985, S. 83; SERGIUSZ MICHALSKI: Das Phänomen Bildersturm. Versuch einer Übersicht, in: Bilder und Bildersturm im Spätmittelalter und in der Neuzeit, hrsg. von BOB SCRIBNER, Wiesbaden 1990 (Wolfenbütteler Forschungen, 46), S. 69–124, hier S. 116f.; DERS.: Bilderstürme im Ostseeraum, in: Macht und Ohnmacht der Bilder. Reformatorischer Bildersturm im Kontext der europäischen Geschichte, hrsg. von PETER BLICKLE u.a., München 2002 (Historische Zeitschrift Beihefte N.F., 33), S. 223–237, hier S. 236; МАРИЯ МАХАНЬКО: Собрание в Москве древних икон и реликвий в XVI веке и его историко-культурное значение, in: Искусствознание. Журнал по истории и теории искусства 1998, Nr. 1, S. 112–142, hier S. 117f.; ГОРДИЕНКО, Новгород (wie Anm. 12), S. 319ff.

mation vor allem die Verhöhnung der heiligen Bildnisse; sie stellte einer Art Wiedergeburt des byzantinischen Ikonoklasmus dar.¹⁷

Bei den reformatorischen Bilderstürmen konnte es wirklich dazu kommen, dass Bilder verbrannt wurden, auch im Ofen oder Herd, um dadurch ihren für die Reformatoren einzigen realen Wert als Brennholz zu demonstrieren.¹⁸ Ein Fall aus Riga, wo mit einem heiligen Bild Bier gebraut worden sein soll, ist auch aus Livland überliefert.¹⁹ In den livländischen Städten fanden die Bilderstürme in den 1520er Jahren statt, in Narva spätestens 1532,²⁰ obwohl die katholische Partei in der Stadt noch in den 1540er Jahren einflussreich blieb.²¹ Dass sich in der Grenzstadt, die von russischen Kaufleuten intensiv besucht wurde, orthodoxe Ikonen befanden, steht außer Frage, und sowohl die Gottesmutter als auch der Heilige Nikolaus²² gehörten zu den populärsten Heiligen sowohl im Osten als auch im Westen.

Jedoch verbergen sich die Anfänge der Narvaer Legende nicht so sehr hinter den wirklichen Geschehnissen des 11. Mai 1558, als vielmehr im allgemeinen Verhältnis der Orthodoxie zur Reformation. In der neueren Forschung ist wiederholt betont worden, dass der Livländische Krieg von den Russen als ein heiliger Krieg wahrgenommen worden sei.²³ Wenigstens in

¹⁷ LUDOLF MÜLLER: Die Kritik des Protestantismus in der russischen Theologie vom 16. bis zum 18. Jahrhundert, Wiesbaden 1951 (Akademie der Wissenschaften und der Literatur in Mainz. Abhandlungen der geistes- und sozialwissenschaftlichen Klasse Jg. 1951, 1), S. 13-23; SERGEI BOGATYREV: Ivan the Terrible discovers the West: The cultural transformation of autocracy during the early northern wars, in: Russian History 34 (2007), S. 161-188, hier S. 172ff.; АНТИ СЕЛАРТ: Реформация в Ливонии и Ливонская война (im Druck).

¹⁸ MICHALSKI, Das Phänomen Bildersturm (wie Anm. 16).

¹⁹ CONRAD VETTER: Historische Erzählung von dem Jungfrawkloster S. Benedictens zu Rigem, Ingolstadt 1614, S. 8f.; HERMANN VON BRUININGK: Messe und kanonisches Stundengebet nach dem Brauche der Rigaschen Kirche im späteren Mittelalter, Riga 1904 (Mitteilungen aus dem Gebiete der Geschichte Liv-, Est- und Kurlands, 19), S. 519f.; JOACHIM KUHLES: Die Reformation in Livland – religiöse, politische und ökonomische Wirkungen, Hamburg 2007 (Hamburger Beiträge zur Geschichte des östlichen Europa, 16), S. 148. In der Tat sind in dieser ursprünglich katholischen Erzählung über den Stadtbrand als Ergebnis der Brautätigkeit und als Strafe für die Plünderung der Kirchen der Rigaer Bildersturm von 1524 und der Stadtbrand von 1547 vereinigt worden.

²⁰ SÜVALEP, Narva ajalugu (wie Anm. 1), S. 158.

²¹ Ebenda, S. 302.

²² АДРИАН А. СЕЛИН: Посвящения сельских храмов Водской пятины XVI века, in: Первые Димитриевские чтения. Материалы научной конференции 21–24 апреля 1997 года, hrsg. von ВАСИЛИЙ С. БЕЛОНЕНКО, Санкт-Петербург 1997, S. 106-116, hier besonders S. 112. In der russischen Volkstradition halfen die Ikonen des Hl. Nikolaus besonders beim Löschen des Feuers, siehe БОРИС А. УСПЕНСКИЙ: Филологические разыскания в области славянских древностей (реликты язычества в восточнославянском культе Николая Мирликийского, Москва 1982, S. 114ff., 182-186.

²³ REINHARD FRÖTSCHNER: Der Livländische Krieg (1558–1582/83) – ein Glaubenskrieg des Moskauer Zartums? Der Krieg im Spiegel der zeitgenössischen offiziellen Moskauer Historiographie, in: Der Krieg im Mittelalter und in der Frühen Neuzeit: Gründe, Begründungen, Bilder, Bräuche, Recht, hrsg. von HORST BRUN-

den ersten Jahren des Krieges galten dabei nicht so sehr die Katholiken als vielmehr in erster Linie die Protestanten als Hauptfeinde des richtigen, orthodoxen Christentums, ohne dass die Ersteren dadurch rehabilitiert worden wären; viele russische Autoren betrachteten die „Lateiner“ sowieso als eine gottlose Gesamtheit. Einen Höhepunkt der antilutherischen Deutung des Krieges stellt sicher der Zug Ivans IV. gegen Polock 1562–1563 dar,²⁴ doch ist die entsprechende Rhetorik auch in Bezug auf Livland und schon seit 1558 beachtenswert.

In der Legende des Heiligen Nikita, die um 1565 verfasst wurde, finden sich die Livländer und Narvenser als „Schüler des Martin“ bezeichnet.²⁵ Das Wunder in Narva diente dem Autor²⁶ als Argument gegen die Kritiker der Heiligen- und Bilderverehrung wie Kosoj oder eben Martin Luther.²⁷ Andrej Kurbskij, der nach seiner Umsiedlung nach Litauen 1564 zu einem führenden Polemiker gegen die Reformation und Verteidiger des orthodoxen Glaubens wurde, erkannte im Abfall der Livländer vom Glauben ihrer Väter die Ursache ihres Untergangs. Sie hätten den breiten Weg der Verdammnis gewählt und seien trunksüchtig, faul und zänkisch geworden. Also hätten sie die göttliche Strafe verdient. In Narva hätten die Deutschen, die sich – so Kurbskij – „selbst einen neuen Namen erfanden, indem sie sich Evangelische nannten“, ausgerechnet am Karfreitag mit dem Beschuss Ivangorods begonnen und auch an Ostern nicht damit aufgehört – und das alles zudem noch während der Geltung

NER, Wiesbaden 1999 (Imagines Medii Aevi, 3) S. 373–394; Филюшкин, Изображение Ливонской войны (wie Anm. 10); ALEKSANDR I. FILJUŠKIN: Der Livländische Krieg ist der „Heilige Krieg“: Die europäische und die russische Perspektive, in: Russlands Herrschaft an der Ostsee, hrsg. von KARSTEN BRÜGGEMANN, BRADLEY D. WOODWORTH, Köln, Weimar und Wien (in Vorbereitung).

²⁴ ВИКТОР И. БУГАНОВ: „Взятие полоцкое Литовские земли“ – описание похода 1563 г. в разрядной книге Музейного собрания, in: Государственная Библиотека СССР имени В. И. Ленина. Записки отдела рукописей 31 (1969), S. 213–224, hier S. 213f.; SERGEI BOGATYREV: Battle for Divine Wisdom. The Rhetoric of Ivan IV's Campaign against Polotsk, in: The Military and Society in Russia 1450–1917, hrsg. von ERIC LOHR, MARSHALL POE, Leiden, Boston und Köln 2002, S. 325–363; Анна Л. ХОРОШКЕВИЧ: Россия в системе международных отношений середины XVI века, Москва 2003, S. 382–387; АЛЕКСАНДР И. ФИЛЮШКИН: Причины „Полоцкого взятия“ 1563 г. глазами современников и потомков, in: Вестник Санкт-Петербургского университета. Серия 2: История, 2005, Nr. 3, S. 20–31.

²⁵ КАЛУГИН, Зиновий (wie Anm. 12), S. 332.

²⁶ Als Verfasser dieser Fassung der Legende wird in der Forschung der Mönch Zinovij († ca. 1571/1572) aus dem Kloster Ot'nja unweit von Novgorod genannt, doch ist diese Zuschreibung nicht unumstritten, siehe Людмила Е. МОРОЗОВА: Сочинения новгородских авторов о „новом учении“ Феодосия Косого, in: Церковь, общество и государство в феодальной России. Сборник статей, hrsg. von АЛЕКСАНДР И. КЛИБАНОВ, Москва 1990, S. 224–237, hier S. 231; МОРОЗОВА, Сочинения Зиновия Отенского (wie Anm. 12), S. 194–199, 200–215; Анна Е. СМИРНОВА: Два безбородых Древней Руси: святитель Никита Новгородский и его агиограф Маркелл, in: От средневековья к Новому времени. Сборник статей в честь Ольги Андреевны Белоборовой, hrsg. von МАРИНА А. ФЕДОТОВА, Москва 2006, S. 118–142, hier S. 130f.

²⁷ КАЛУГИН, Зиновий (wie Anm. 12), S. 324, 335.

des Beifriedens.²⁸ Ihre Gottlosigkeit sei darüber aber noch hinausgegangen. Die Narvenser hätten sich in der Fastenzeit dem Trunk hingegeben, die christlichen Dogmen verspottet, sodass Gott die Stadt schließlich in die Hände der Russen gab: „So war die Rache an den Verächtern, die das Bild Christus', leiblich gemalt, und der Hochheiligen, die ihn gebar, dem Götzenbilde heidnischer Götter gleich machten! So wird es den Bilderstürmern vergolten!“²⁹ Eine vergleichbare antilutherische Deutung gab Kurbskij auch der Erzählung über die Geschichte Livlands, die der letzte Landmarschall des Deutschen Ordens in Livland, Philipp Schall von Bell, der 1560 von den Russen gefangen genommen wurde, deren Führern vortragen haben soll: Auch Schall von Bell habe die Ursachen des livländischen Untergangs in der Reformation gesehen:

„Gegenwärtig aber, da wir von dem christlichen Glauben gewichen sind, und frevelhaft gewagt haben, die heiligen Satzungen und Gebote umzustürzen, und einen neuerfundenen Glauben anzunehmen und somit in Schwelgerei uns dem breiten und geräumigen Wege zu ergeben, der zum Verderben leitet, jetzt überführt uns Gott deutlich unserer Sünde, und richtet uns für unsere Ungerechtigkeit, und gab uns in eure, unserer Feinde Hand“.³⁰

Diese Vorstellungen und Ideen waren schon im Frühling 1558 aktuell. Sofort nach der Einnahme Narvas sandte der Zar Geistliche aus Novgorod und Pleskau nach Narva: der Archimandrit des Novgoroder Jur'ev-Klosters Varfolomej, der Erzpriester der Sophienkathedrale zu Novgorod Dmitrij, der Igumen des Pleskauer Höhlenklosters Kornilij sowie der Erzpriester und der Erzdiakon der Dreifaltigkeit-Hauptkirche zu Pleskau. Sie weihten in Narva Kirchen und führten eine Kirchenprozession um die Stadt, um „die Stadt aus dem lateinischen und lutherischen Glauben zu erneuern und im tadellosen christlichen rechten Glauben zu befestigen“.³¹ Der Zar gab die Anordnung,

²⁸ КУРБСКИЙ, История (wie Anm. 14), S. 368ff.; dt. Übersetzung nach HARTMUT RÜß: Moskauer „Westler“ und „Dissidenten“, in: Deutsche und Deutschland aus russischer Sicht. 11.–17. Jahrhundert, hrsg. von DAGMAR HERRMANN, München 1989 (West-östliche Spiegelungen. Reihe B, 1), S. 179–216, hier S. 184f.

²⁹ КУРБСКИЙ, История (wie Anm. 14), S. 372; BRACKEL, Probe (wie Anm. 13), S. 102. Siehe auch ANGERMANN, Studien (wie Anm. 7), S. 93–96; ХОРОШКЕВИЧ, Россия (wie Anm. 24), S. 207, 216; Филошкин, Дискурсы (wie Anm. 1), S. 163f.

³⁰ КУРБСКИЙ, История (wie Anm. 14), S. 392ff.; BRACKEL, Probe (wie Anm. 13), S. 119–123. Siehe RÜß: Moskauer „Westler“ (wie Anm. 28), 184–187.

³¹ Псковские летописи (wie Anm. 11), Bd. 2, S. 236; Летописец начала царства (wie Anm. 4), S. 265; Летописный сборник (wie Anm. 4), S. 295f.; Владимирский летописец. Новгородская вторая (Архивская) летопись, hrsg. von МИХАИЛ Н. ТИХОМИРОВ, Москва 1965 (Полное собрание русских летописей, 30), S. 183, 190. Vgl. ANGERMANN, Studien (wie Anm. 7), S. 53ff., 62; АЛЕКСАНДР И. ФИЛОШКИН: Великий Новгород и Ливонская война (1558–1583), in: Прошлое Новгорода и Новгородской земли. Материалы научной конференции 15–17 ноября 2005, hrsg. von ВАСИЛИЙ Ф. АНДРЕЕВ, Великий Новгород 2006, S. 93–96, hier S. 94.

in Narva die Hauptkirche der Gottesmutter Hodegetria,³² die Kirche der Christi Auferstehung und noch weitere Kirchen zu errichten.³³ Nach den livländischen Quellen soll es schon im Sommer 1558 in Narva fünf russische Kirchen gegeben haben,³⁴ wobei es sich wohl nicht nur um den Bau neuer Kirchen gehandelt haben dürfte, sondern auch um einige orthodox geweihte, ehemals „lateinische“ Kirchen. 1573 findet sich eine Auferstehungskirche in der Narvaer *sloboda* (Stadt oder Vorstadt) schriftlich erwähnt.³⁵

Die in Narva gefundenen Ikonen wurden zur Verehrung nach Moskau gesandt. Unterwegs wurden sie vom Erzbischof Pimen von Novgorod am 23. Juli 1558 begrüßt.³⁶ Einer Sage zufolge wurde zum Andenken dieser Angelegenheit am Ort der Begrüßung in der Novgoroder Vorstadt ein Kloster für Nikolai den Wundertäter *na Golyneve* begründet.³⁷ Die von Archimandrit Varfolomej aus Narva abgeholt Bilder lagen für einige Tage in der Sophienkathedrale zu Novgorod; am 26. Juli begleiteten Varfolomej, der Erzpriester Dmitrij und Trifon, der Igumen des Blagoveščenskij-Klosters bei Novgorod, sie weiter nach Moskau. Mit ihnen reisten einige weitere Heiligtümer wie das Phelonion des Heiligen Nikita und die Mütze des Johannes Chrysostomus.³⁸ Vor den Toren Moskaus wurden die Ikonen von Zar Ivan, dem Thronfolger Ivan Ivanovič, dem Bruder des Zaren Jurij Vasil'evič und dem Metropolit Makarij gemeinsam mit seinen Geistlichen,

³² STEN KARLING: Narva. Eine baugeschichtliche Untersuchung, Tartu 1936, S. 119f.

³³ Летописец начала царства (wie Anm. 4), S. 265; Летописный сборник (wie Anm. 4), S. 295f.; Книга степенная (wie Anm. 10), S. 659; ANGERMANN, Studien (wie Anm. 7), S. 53f.

³⁴ FRIEDRICH BIENEMANN: Briefe und Urkunden zur Geschichte Livlands in den Jahren 1558–1562, Bd. 1, Riga 1865, Nr. 141, S. 251; Herzog Albrecht von Preußen und Livland (1557–1560). Regesten aus dem Herzoglichen Briefarchiv und den Ostpreußischen Folianten, hrsg. von STEFAN HARTMANN, Köln, Weimar und Wien 2006 (Veröffentlichungen aus den Archiven Preußischer Kulturbesitz, 60), Nr. 2236.

³⁵ АДРИАН А. СЕЛИН: Московское церковное строительство в Ливонии XVI в., in: Археология и история Пскова и Псковской земли. Материалы научного семинара за 2000 г., hrsg. von ВАЛЕНТИН В. СЕДОВ u.a., Псков 2001, S. 242–247, hier S. 244. Die Nikolaikirche in der Burg Ivangorod wurde wahrscheinlich schon in den 1490er Jahren errichtet, nicht erst 1558 (so МИХАИЛ МИЛЬЧИК, ДМИТРИЙ ПЕТРОВ: Когда в Ивангороде построена Никольская церковь?, in: Крепость Ивангород. Новые открытия, hrsg. von МИХАИЛ И. МИЛЬЧИК, С.-Петербург 1997, S. 164–176), siehe ОЛЬГА Г. ГУСЕВА: Ориентация Ивангородской Никольской церкви как один из аргументов ее датировки, in: Изучение и реставрация памятников древнерусской архитектуры и монументального искусства, hrsg. von АЛЕКСАНДР М. ГОРДИН, ОЛЕГ М. ИОАННИСЯН, Санкт-Петербург 2007 (Труды Государственного Эрмитажа, 36), S. 226–240.

³⁶ Псковские летописи (wie Anm. 11), Bd. 2, S. 236; Владимирский летописец (wie Anm. 31), S. 190.

³⁷ ФИЛЮШКИН, Великий Новгород (wie Anm. 31), S. 96; Л. И. ПЕТРОВА, ИГОРЬ Ю. АНКУДИНОВ, ВИКТОР А. ПОПОВ, Т. В. СИЛАЕВА: Топография пригородных монастырей Новгорода Великого, in: Новгородский исторический сборник 8 (2000), S. 95–157, hier S. 118–121.

³⁸ Владимирский летописец (wie Anm. 31), S. 190.

dem Gefolge und dem Volk ehrenvoll begrüßt. Etwas später erwiesen auch die Zarin und ihre Bojarinnen den Heiligtümern ihre Verehrung. Die Ikonen wurden in die Uspenskij-Kathedrale im Kreml überführt, wo der Metropolit einen Gottesdienst abhielt.³⁹ Später befanden sich die Ikonen für einige Zeit im Hause des Zaren, wurden dann aber mit kostbaren Einfassungen geschmückt und nach Narva zurückgeschickt,⁴⁰ nachdem sie eventuell in Moskau kopiert worden waren.⁴¹ Für einige Zeit hielt die lokale Verehrung der Narvaer Ikonen auch in Moskau an.⁴²

Das ständige oder temporäre Einsammeln von Ikonen und Reliquien aus dem gesamten Reich war im Moskauer Russland eine verbreitete Praxis. Sie festigte einerseits die Einheit des Reichs, hatte aber andererseits auch eine ganz praktische Bedeutung, da der Herrscher sich ihrer als ideologisches wundertätiges Hilfsmittel bedienen konnte. Gleichzeitig hatte Moskau dadurch die Position des Zentrums der christlichen (orthodoxen) Welt inne.⁴³ So wurde 1554 die wundertätige Ikone des Heiligen Nikolaus

³⁹ Летописный сборник (wie Anm. 4), S. 305.

⁴⁰ Книга степенная (wie Anm. 10), S. 659; Курский, История (wie Anm. 14), S. 374.

⁴¹ NANCY S. KOLLMANN: Pilgrimage, procession and symbolic space in sixteenth-century Russian politics, in: Medieval Russian Culture, Bd. 2, hrsg. von MICHAEL S. FLIER, DANIEL ROWLAND, Berkeley, Los Angeles and London 1994 (California Slavistic Studies, 19), S. 163-181, hier S. 177. Die Tradition des 18. Jahrhunderts verband mit Narva noch ein Reliquienkreuz („Kreuz des Konstantin“) in der Uspenskij-Kathedrale zu Moskau, das während „des ersten Zuges“ vor Narva als Beute abgenommen und vom „Pleskauer Bischof“ nach Moskau gebracht worden sei. Siehe Чиновники Московского Успенского собора, hrsg. von АЛЕКСАНДР П. ГОЛУБЦОВ, in: Чтения в Императорском обществе Истории и Древностей Российских 223 (1907), Teil 1, S. 1-312, hier S. 233. Weil die Pleskauer Eparchie 1589 eingerichtet und das als „Kreuz des Konstantin“ bekannte Reliquien erst 1655 aus dem Kloster Vatopedi auf dem Berg Athos nach Moskau geführt worden ist, scheint die Verbindung mit der Eroberung Narvas 1558 willkürlich zu sein. Siehe МАРИЯ Б. ПЛЮХАНОВА: Сюжеты и символы Московского царства, Санкт-Петербург 1995, S. 177-190; КСЕНИЯ А. ЩЕДРИНА: „Крест императора Константина Великого“ (к вопросу иконографии), in: Ставрографический сборник, Bd. 2, hrsg. von СВЕТЛАНА В. ГНУТОВА, Москва 2003, S. 55-66; СВЕТЛАНА К. СЕВАСТЬЯНОВА: Грамота патриарха Никона о Крестном монастыре, in: Ставрографический сборник, Bd. 3, hrsg. von СВЕТЛАНА В. ГНУТОВА, Москва 2005, S. 336-403, hier S. 381ff. Vgl. anders МАХАНЬКО, Собрание (wie Anm. 16), S. 118.

⁴² ТАТЬЯНА В. ДИАНОВА, ЛЮБОВЬ М. КОСТЮХИНА, ИРИНА В. ПОЗДЕЕВА: Описание рукописей библиотеки Иосифо-Волоколамского монастыря из Епархиального собрания ГИМ, in: Книжные центры Древней Руси. Иосифо-Волоколамский монастырь как центр книжности, hrsg. von ДМИТРИЙ С. ЛИХАЧЕВ, Ленинград 1991, S. 122-475, hier S. 327; МАХАНЬКО, Собрание (wie Anm. 16), S. 129; ЛЮДМИЛА А. ЩЕННИКОВА, Почитание святых икон в Московском Кремле в XIV–XVII столетиях, in: Искусство христианского мира 4 (2000), S. 151-171, hier S. 158f.

⁴³ KOLLMANN, Pilgrimage (wie Anm. 41), S. 177, Anm. 55; МАРИЯ А. МАХАНЬКО: Привоз икон в Москву в XVI в. и его влияние на чин городских богослужений, in: Сакральная топография средневекового города, hrsg. von АНДРЕЙ Л. БАТАЛОВ, ЛЕОНИД А. БЕЛЯЕВ, Москва 1998 (Известия Института христианской культуры средневековья, 1), S. 74-85; МАХАНЬКО, Собрание (wie Anm. 16).

aus Vjatka (*Никола Великорецкий*), die einige Kirchenbrände überstanden hatte, zuerst nach Kazan' und dann nach Moskau geführt, wo sie erneuert, kopiert und später nach Vjatka zurückgeschickt wurde.⁴⁴ Aus Novgorod wurden 1561 drei wichtigen Ikonen der Sophienkathedrale nach Moskau verbracht,⁴⁵ die für längere Zeit dort blieben. Die Verehrung einer neu entdeckten wundertätigen Ikone, wie derjenigen aus Narva, in Moskau, dem Zentrum des Reiches, bedeutete auch die offizielle Anerkennung des Heiligtums.⁴⁶

Spätestens im 19. Jahrhundert bestätigte die örtliche Narvaer Tradition, dass die wundertätigen Ikonen sich damals in Narva befunden haben. Die entsprechende Ikone der Heiligen Gottesmutter Hodegetria ist in der Tat seit den 1680er Jahren in Narva nachweisbar.⁴⁷ Im Zweiten Weltkrieg ging die Ikone der Gottesmutter allerdings verloren. Das Bild des Heiligen Nikolaus befindet sich heute in der orthodoxen Christi Auferstehungs-Hauptkirche zu Narva.⁴⁸ Ob diese Ikonen mit denjenigen aus dem Jahre 1558 übereinstimmen, ist jedoch zweifelhaft. Den zeitgenössischen Beschreibungen zufolge war das Bild der Gottesmutter „von Spannengröße“ (*пядница*),⁴⁹ also mit einer Seitenlänge von ca. 25–32 cm.⁵⁰ Die später bekannte Ikone war aber, nach den erhaltenen Fotografien zu urteilen, deutlich größer.⁵¹ Ebenso wenig entspricht die heutige Ikone des Heiligen

⁴⁴ Летописец начала царства (wie Anm. 4), S. 236f.; Летописный сборник (wie Anm. 4), S. 254; Постниковский, Пискаревский, Московский и Бельский летописцы, hrsg. von Виктор И. Буганов, Вадим И. Корецкий, Москва 1978 (Полное собрание русских летописей, 34), S. 189.

⁴⁵ Владимирский летописец (wie Anm. 31), S. 174.

⁴⁶ Маханько, Собрание (wie Anm. 16), 117; Василий Г. Пуцко: Святые и святые Московского государства XVI в.: Византийское наследие и русские христианские реликвии, in: Древняя Русь 2007, Nr. 4 (30), S. 104-111.

⁴⁷ Александр В. Петров: Город Нарва. Его прошлое и достопримечательности в связи с историей упрочения русского господства на Балтийском побережье 1223–1900, С.-Петербург 1901, S. 73f., 379f.; Н. Вертоградский: Кафедральный Спасо-Преображения собор в гор. Нарве (Историческая справка), Нарва 1908, S. 8, 12-17; Мильчик, Петров, Когда в Ивангороде построена Никольская церковь (wie Anm. 35), S. 172. Zu dem hier erwähnten Narvaer Kaufmann Gerasim Nečaeв vgl. Dirk-Gerd Erpenbeck, Enn Küng: Narvaer Bürger- und Einwohnerbuch 1581–1704, Dortmund 2000 (Veröffentlichungen der Forschungsstelle Ostmitteleuropa an der Universität Dortmund, B 64), S. 126, Nr. 985.

⁴⁸ Андрей В. Иванен: Сто лет Нарвскому Воскресенскому собору, Санкт-Петербург und Narva 1996, S. 164-167; Галина Синякова: Обретение в 1558 году чудотворных икон Святиела Николая и Божией Матери Одигитрии, in: Наше сокровище, hrsg. von Андрей Килин, Нарва 2006, S. 24-27.

⁴⁹ Псковские летописи (wie Anm. 11), Bd. 2, S. 235.

⁵⁰ Die Ikonen-*пядницы* waren üblicherweise 19–23 x 27–28 cm groß, siehe Борис А. Рыбаков: Русские системы мер длины XI–XV веков, in: Советская этнография 1949, Nr. 1, S. 67-91, hier S. 71, Anm. 10.

⁵¹ Siehe die Fotos bei Петров, Город Нарва (wie Anm. 47), S. 74; Андрей В. Иванен: Чудотворные иконы Божией Матери Одигитрии Нарвской и Свт. Николая Чудотворца, in: Санкт-Петербургские Епархиальные Ведомости 25 (2001), S. 86f., hier S. 87. Nikolay Andreyev: The Pskov-Pechery Monastery in the 16th



– **Abb. 1.** Die Narvaer Ikonen der Hl. Gottesmutter Hodegetria (links) und des Hl. Nikolaus (rechts). Quellen: linke Abb. nach Пемпов, Город Нарва (wie Anm. 47), S. 74; rechte Abb. Foto Kristel Külljastinen 2008.

Nikolaus den Beschreibungen aus dem 16. Jahrhundert: Auf dem „echten“ Bild wurden neben Nikolaus noch die Heiligen Blasius, Kosmas und Damian dargestellt.⁵² Wahrscheinlich sind diese ursprünglichen Ikonen während der Eroberung Narvas durch die Schweden 1581 zugrunde gegangen. Auch kämpften die schwedischen Machthaber im 17. Jahrhundert in Narva und Ingermanland gelegentlich mit dem orthodoxen Ikonenkult.⁵³

Century, in: *The Slavonic and East European Review* 32 (1953–1954), S. 318–343, hier S. 328f. datierte die Nikolaus-Ikone in das 17. Jahrhundert und die Gottesmutter-Ikone auf die Wende des 15. zum 16. Jahrhundert und hielt entsprechend die „Echtheit“ der letzteren für möglich.

⁵² Никольский, Сказание (wie Anm. 12), S. 8; Книга степенная (wie Anm. 10), S. 659; Летописный сборник (wie Anm. 4), S. 305; Владимирский летописец (wie Anm. 31), S. 190. Siehe auch Успенский, Филологические разыскания (wie Anm. 22), S. 127–134; МАРИЯ А. МАХАНЬКО u.a.: Василий Великий, in: *Православная энциклопедия*, Bd. 7, Москва 2004, S. 131–191, hier S. 189ff.; Э. В. ШЕВЧЕНКО u.a.: Власий, in: *Православная энциклопедия*, Bd. 9, Москва 2005, S. 102–107, hier S. 105; НАТАЛЬЯ А. ЗАМЯТИНА: Надписи на иконах святителя Николая Мирликийского, in: *Святитель Николай Мирликийский в памятниках письменности и иконографии*, hrsg. von ГАЛИНА С. КЛОКОВА, МАРИНА С. КРУТОВА, Москва 2006, S. 204–284, hier S. 272f.

⁵³ JOOSEPPI JULIUS MIKKOLA: Inkerimaan kreikanuskoisten käännityksestä vuosina 1683–1700 [Über die Bekehrung der griechisch-orthodoxen Einwohner Ingermanlands in den Jahren 1683–1700], in: *Historiallinen Arkisto* 39 (1932), Nr. 5; ARNOLD SOOM: Ivangorod als Selbständige Stadt 1617–1649, in: *Sitzungsberichte der Gelehrten Estnischen Gesellschaft* 1935 (1937), S. 215–315, hier S. 242–265; DERS.: Narvas ryska befolkning och kriget 1656–1658 [Die russische Bevölkerung Narvas und der Krieg von

Im russischen Schrifttum jedoch bewahrte die Legende des wunderbaren Auffindens der Bilder noch im 17. und 18. Jahrhunderts ihre Aktualität, wobei die topographischen Einzelheiten in der Spättradition schon oft durcheinander geraten sind.⁵⁴ Heute hat die Legende vor allem einen Anteil an der Begründung einer neuen, lokalen russischen Identität von Narva.⁵⁵

In den Jahren des Livländischen Kriegs erhielten die Ikonen der Gottesmutter Hodegetria⁵⁶ und des Heiligen Nikolaus⁵⁷ eine besondere Rolle in Russland als Unterstützer beim Kampf des rechtgläubigen Moskauer Zaren gegen die gottlosen Völker. Auf Befehl Ivans IV. gründete der Erzbischof Pimen 1560 das Gottesmutter-Entschlafens-Kloster zu Tichvin, dessen Hauptheiligtum eine Gottesmutter Hodegetria-Ikone darstellt.⁵⁸ Etwas spezifischer und lokaler war demgegenüber der Anteil des Heiligen Nikita am Kampf gegen die Häretiker. Die Verehrung des Bischofs Nikita von Novgorod († 1108), den man 1547 für die gesamtrussische Anbetung offiziell kanonisiert hatte, wurde in der Mitte des 16. Jahrhunderts in Verbindung mit der Bekämpfung der Häresie sowohl inner- als auch außerhalb

1656–1658], in: Svio-estonica [4] 1937, S. 165–173; ALVIN ISBERG: Svensk segregations- och konversionspolitik i Ingermanland 1617–1704 [Schwedische Segregations- und Konversationspolitik in Ingermanland 1617–1704], Uppsala 1973 (Acta Universitatis Upsaliensis. Studia Historico-Ecclesiastica Upsaliensia, 23); МИХАИЛ МИЛЬЧИК, ДМИТРИЙ ПЕТРОВ: Успенская церковь Ивангорода и ее венецианские прототипы, in: Крепость Ивангород (wie Anm. 35), S. 124–163, hier S. 126ff.; ADRIAN SELIN: 17. sajandi usuline situatsioon Vene-Rootsi piirilal [Die religiöse Lage im russisch-schwedischen Grenzgebiet im 17. Jahrhundert], in: Mäetagused 26 (2004), S. 39–52; ERGO-HART VÄSTRİK: Vadjalaste ja isurite usundi kirjeldamine keskajast 20. sajandi esimese pooleni. Alliktekstid, representatsioonid ja tõlgendus [Die Beschreibungen des Glaubens der Woten und Ischoren vom Mittelalter bis zur ersten Hälfte des 20. Jahrhunderts. Quellentexte, Repräsentationen und Interpretationen], Tartu 2007 (Dissertationes folkloristicae Universitatis Tartuensis, 9), S. 85.

⁵⁴ КАЛУГИН, Зиновий (wie Anm. 12), S. 322, Anm. 17; Летописцы последней четверти XVII в., hrsg. von ВИКТОР И. БУГАНОВ, Москва 1968 (Полное собрание русских летописей, 31), S. 135; СЕРГЕЙ Н. АЗБЕЛЕВ: Новгородские летописи XVII века, Новгород 1960, S. 144; ФИЛЮШКИН, Великий Новгород (wie Anm. 31), S. 96; ДЕРС., Дискурсы (wie Anm. 1), S. 164.

⁵⁵ Siehe ИВАНЕН: Чудотворные иконы (wie Anm. 51); Леушино. Православная Газета, Nr. 11 (66), 18.5.2003.

⁵⁶ Н. Д. МАРКИНА: Из истории возникновения приделов Благовещенского собора в 60-х годах XVI века, in: Государственные музей Московского Кремля. Материалы и исследования 1 (1973), S. 73–85, hier S. 77ff.; ЛЮДМИЛА А. ЩЕННИКОВА: Чудотворная икона „Богоматерь Владимирская“ как „Одигитрия Евангелиста Луки“, in: Чудотворная икона в Византии и Древней Руси, hrsg. von АЛЕКСЕЙ М. ЛИДОВ, Москва 1996, S. 252–303, hier S. 271–281; МАХАНЬКО, Собрание (wie Anm. 16), S. 131f.; ГОРДИЕНКО, Новгород (wie Anm. 12), S. 363–368.

⁵⁷ МАХАНЬКО, Привоз (wie Anm. 43), S. 76; ДЕРС., Собрание (wie Anm. 16), S. 132; АННА В. РЫНДИНА: Проблема барийского образа для сербских и русских икон святителя Николая XIV–XVI веков, in: Святитель Николай (wie Anm. 52), S. 159–181, hier S. 174f.

⁵⁸ Владимирский летописец (wie Anm. 31), S. 160; ГОРДИЕНКО, Новгород (wie Anm. 12), S. 363–368; БОГАТЫРЕВ, Ivan the Terrible (wie Anm. 17), S. 181f.

des Moskauer Russland aktualisiert.⁵⁹ Die Reliquien Nikitas wurden in der Novgoroder Sophienkathedrale vom Erzbischof Pimen am 30. April 1558, gerade am Vorabend der Eroberung Narvas, freigelegt.⁶⁰ Einer der Fassungen seiner Vita zufolge bezeugten auch die besiegten Deutschen, dass sie vor oder während der Eroberung Narvas eine Vision des Heiligen Nikita gesehen hätten.⁶¹ Demzufolge war Nikita in der Tat ein wunderbarer Helfer der Russen – besonders im Livländischen Krieg.⁶²

Der Nikita-Kult blieb jedoch in erster Linie ein örtlicher, auf Novgorod begrenzter Kult. Besonders beachtenswert ist dabei jedoch, dass der Personenkreis, der während der ersten Jahre des Livländischen Kriegs hinter der Abfassung polemischer Werke gegen die Lutheraner und andere Häretiker sowie der entsprechenden Legitimierung des Kampfs gegen die gottlosen Feinde des Zaren stand, eine enge Verbindung zu Novgorod und teils auch zum nordrussischen Kirillo-Belozerskij Kloster besaß. Das Oberhaupt der russischen Kirche und Initiator mehrerer historischer und hagiographischer Schriften, der Metropolit Makarij (im Amt 1542–1563), hatte zuvor seit 1526 das Amt des Erzbischofs von Novgorod bekleidet.⁶³ Der Novgoroder Erzbischof Pimen (im Amt 1552–1570) wiederum, ein vormaliger Mönch des Kirillo-Belozerskij Klosters,⁶⁴ spielte gerade in den ersten Jahren des Livländischen Kriegs eine zentrale Rolle in der näheren Umgebung Ivan Groznyjs und in der geistlichen Führung des Moskauer Zartums. Pimen rechtfertigte in seinen Schriften den Krieg als Kampf gegen die Ungläu-

⁵⁹ АЛЕКСАНДР С. ХОРОШЕВ: Политическая история русской канонизации (XI–XVI вв.), Москва 1986, S. 170ff.; НАТАЛЬЯ В. РАМАЗАНОВА: Две редакции стихир св. Никите, епископу Новгородскому, in: Опыты по источниковедению. Древнерусская книжность: редактор и текст 3 (2000), S. 148–163, hier S. 149; СЕРГЕЙ Б. ЧЕРНИН: Средневековый культ св. Никиты, новгородского епископа, в социокультурном контексте, in: Вестник Санкт-Петербургского университета. Серия 2: История 2006, Nr. 3, S. 18ff.

⁶⁰ Владимирский летописец (wie Anm. 31), S. 183; Смирнова, Два безбородых (wie Anm. 26), S. 125ff., 133–136.

⁶¹ Калугин, Зиновий (wie Anm. 12), S. 318f.; Никольский, Сказание (wie Anm. 12), S. 10; Смирнова, Два безбородых (wie Anm. 26), S. 130; Филошкин, Дискурсы (wie Anm. 1), S. 165f.

⁶² Калугин, Зиновий (wie Anm. 12), S. 334; Никольский, Сказание (wie Anm. 12), S. 10; А. Малов: Послание об обретении мощей епископа Никиты, in: Сборник статей в честь академика Алексея Ивановича Соболевского изданный ко дню 70-летия со дня его рождения, hrsg. von Владимир Н. Перетц, Ленинград 1928 (Сборник Отделения русского языка и словесности АН СССР Bd. 101, Nr. 3), S. 496ff.; Постниковский, Пискаревский, Московский и Бельский летописцы (wie Anm. 44), S. 190; Гордиенко, Новгород (wie Anm. 12), S. 319ff.; Юрий В. Анхимюк: Полоцкий поход 1563 года в частных разрядных книгах, in: Русский Дипломатический 10 (2004), S. 155–170, hier S. 161; Чернин, Средневековый культ (wie Anm. 59), S. 20; BOGATYREV, Ivan the Terrible (wie Anm. 17), S. 175.

⁶³ МАКАРИЙ (ВЕРЕТЕННИКОВ): Жизнь и труды святителя Макария митрополита Московского и всея Руси, Москва 2002.

⁶⁴ Новгородские летописи, hrsg. von Афанасий Ф. Бычков, Санктпетербург 1879, S. 147, 333. Andere Quellen erwähnen seine Verbindung mit der Adrianov-Einsiedelei, siehe Летописный сборник (wie Anm. 4), S. 228.

bigen.⁶⁵ Während der Belagerung Polocks sandte er den Igumen Efrem aus dem in der Nähe Novgorods gelegenen Klopskij-Kloster zum Zaren, der sich höchstpersönlich vor Polock befand, um ihm Wasser und Abendmahlbrot zu reichen, die am Grab des Heiligen Nikita geweiht worden waren.⁶⁶ Im Sendschreiben Pimens an den Zaren wurden die Polocker als Lutheraner und Ikonoklasten verurteilt.⁶⁷ Ähnlich hatten die Mönche des Klosters der Dreifaltigkeit und des Heiligen Sergius heiliges Brot und Wasser dem Zaren überreicht, als der 1552 vor Kazan' lag.⁶⁸ Es gibt sogar noch weitere Parallelen zwischen der Eroberung des muslimischen Kazan' und der „lutherischen“ Städte Narva und Polock: Auch vor der Eroberung von Kazan' waren Heiligenerscheinungen beobachtet worden,⁶⁹ auch Kazan' wurde nach der Einnahme von orthodoxen Geistlichen geweiht.⁷⁰

Wahrscheinlich stand auch der Igumen des Pleskauer Höhlenklosters Kornilij (im Amt 1529–1570) mit dem Kreis von Makarij und Pimen in Verbindung. Als die russischen Truppen 1560 Fellin belagerten, sandte Kornilij den Priester Feoktist, den ehemaligen Igumen des Kirillo-Belozerskij Klosters, mit Weihwasser und Abendmahlbrot vor die Stadt, welche, wie die wohl in Petschur niedergeschriebene Chronikstelle berichtet, am Tag der Ankunft Feoktists in die Hände der Russen fiel.⁷¹ Zudem ging von Kornilij eine orthodoxe Missionstätigkeit unter den Esten Südostestlands aus, wo zu Zeiten des Livländischen Kriegs umfangreiche Besitzungen des Klosters lagen.⁷² Mit Makarij war außerdem der Pleskauer Geistliche und

⁶⁵ Морозова, Сочинения (wie Anm. 26), S. 224-237; Анна Л. Хорошкевич: „Измена“ Пимена и поход Ивана Грозного на Новгород, in: Великий Новгород в истории средневековой Европы. К 70-летию Валентина Лаврентьевича Янина, hrsg. von Алексей А. Гиппиус u. a., Москва 1999, S. 225-231; Гордиенко, Новгород (wie Anm. 12), S. 299f.; ВОГАТУРЕВ, Ivan the Terrible (wie Anm. 17), S. 171.

⁶⁶ Летописец начала царства (wie Anm. 4), S. 306, 308; Летописный сборник (wie Anm. 4), S. 353; ВОГАТУРЕВ, Battle (wie Anm. 24), S. 352f.

⁶⁷ Летописец начала царства (wie Anm. 4), S. 306ff.; vgl. 313, 319; Летописный сборник (wie Anm. 4), S. 350-353. In den *letopisi* ist auch das Sendschreiben des Patriarchen Joasaph [1555–1565] von Konstantinopel gegen die lutherische Häresie eingegliedert, siehe Летописец начала царства (wie Anm. 4), S. 293-296; Летописный сборник (wie Anm. 4), S. 334-339.

⁶⁸ Троицкая повесть о взятии Казани, hrsg. von Татьяна Ф. Волкова, in: Библиотека литературы древней Руси, Bd. 10, hrsg. von Дмитрий С. Лихачев u. a., Санкт-Петербург 2000, S. 510-555, 609-615, hier S. 536; FRÖTSCHNER, Der Livländische Krieg (wie Anm. 23), S. 375.

⁶⁹ Летописец начала царства (wie Anm. 4), S. 193f.; Троицкая повесть (wie Anm. 68), S. 540-544.

⁷⁰ Летописец начала царства (wie Anm. 4), S. 205; Летописный сборник (wie Anm. 4), S. 221; IRINA MOROZ: The Idea of the Holy War in the Orthodox World (On Russian Chronicles from the Twelfth – Sixteenth Century), in: *Quaestiones medii aevi novae* 4 (1999), S. 45-67.

⁷¹ Псковские летописи (wie Anm. 11), Bd. 2, S. 239.

⁷² Повесть о Псково-Печерском монастыре, hrsg. von Валентина И. Охотниковой, in: Библиотека литературы древней Руси, Bd. 13, hrsg. von Дмитрий С. Лихачев u. a., Санкт-Петербург 2005, S. 476-533, 814-818, hier S. 486; ANTI SELART: Vastseliina mesilased Setumaal [Die Bienen von Neuhausen in Setumaal], in: Setu-

Hagiograph Vasilij-Varlaam verbunden, der u. a. eine Fassung der Vita des Heiligen Nikita, eine sehr stark katholizismus- und livlandfeindliche Vita des Heiligen Isidor von Dorpat und eine neue, betont antilateinische Fassung der Aleksandr-Nevskij-Vita verfasst hat.⁷³ Aus Novgorod stammte der oben erwähnte Priester Sil'vestr, der Makarij nahe stand und an der Niederschrift der offiziellen Moskauer Chroniken der Zeit beteiligt war.⁷⁴

1567 schrieb der Metropolit von Moskau, Filipp (im Amt 1566–1568), an das Kirillo-Belozerskij Kloster über den Krieg des Zaren gegen die Krim, Litauen und die Deutschen:

„Der gottlose Khan Devlet Giray von der Krim ist mit allen seinen Muslimen und Lateinern und dem König Sigismund August von Litauen und den heidnischen Deutschen in viele unterschiedliche Sekten gefallen, besonders in die Lutherische Verführung, und sie haben die heiligen christlichen Kirchen zerstört, die heiligen und ehrwürdigen Ikonen verspottet und halten fürderhin ihren bösen Rat gegen unseren frommen christlichen Glauben von Griechischem Gesetz. Hiervon hörend, betrückte sich unser gottgekrönter Zar und Herrscher, der Großfürst Ivan Vasil'evič, Selbstherr der ganzen Rus', gar sehr und wurde traurig über die heiligen Kirchen und die ehrwürdigen Ikonen, und so ging er, unter Zuhilfenahme Gottes und seiner Heiligen (...), mit seinem ganzen Heere gegen die Feinde, für die heiligen Kirchen und die heiligen ehernwürdigen Ikonen“.⁷⁵

Damit fasste Filipp die antilutherische konfessionelle Begründung der Ursachen des Livländischen Krieges kurz zusammen. Und wenn in den Augen der Moskowiter der Ikonoklasmus die „Lutherische Verführung“ in erster Linie verkörperte, entsprach die Narvaer Geschichte mit den Ikonen den allgemeinen topischen Vorstellungen über die protestantischen Häretiker. Diesen Vorstellungen entsprach auch der Zwischenfall in Novgorod 1557, als ein Diener der schwedischen Gesandtschaft Ikonen angebrannt

maa kogumik, Bd. 3, hrsg. von MARE AUN, Tallinn 2005, S. 170–195, hier S. 180. Siehe auch ANDREYEV, The Pskov-Pechery Monastery (wie Anm. 51), S. 324–336; DERS., О характере Третьей псковской летописи, in: The religious World of Russian Culture. Russia and Orthodoxy, Bd. 2: Essays in Honor of Georges Florovsky, hrsg. von ANDREW BLANE, The Hague und Paris 1975 (Slavistic printings and re-printings, 260/2), S. 117–158, hier S. 127; vgl. S. 141.

⁷³ АЛЕКСАНДР И. РОГОВ: „Повесть об Исидоре Юрьевском“ как исторический источник и памятник русской публицистики периода Ливонский войны, in: Славяно-германские культурные связи и отношения, hrsg. von ВЛАДИМИР Д. КОРОЛЮК u. a., Москва 1969, S. 313–327, hier S. 323f.; АНДРЕЕВ, О характере (wie Anm. 72), S. 139f.; ANTI SELART: Der Dorpater Priester Märtyrer Isidor und die Geschichte Alt-Livlands im 15. Jahrhundert, in: Ostkirchliche Studien 48 (1999), S. 144–162, hier S. 145ff.; FRÖTSCHNER, Der Livländische Krieg (wie Anm. 23), S. 385–392.

⁷⁴ БОГАТЫРЕВ, Ivan the Terrible (wie Anm. 17), S. 171–174; vgl. ANGERMANN, Studien (wie Anm. 7), S. 84–88.

⁷⁵ Акты, собранные в библиотеках и архивах Российской Империи Археографическою экспедициею, Bd. 1, hrsg. von Яков И. БЕРЕДНИКОВ, Санктпетербург 1836, Nr. 275; MÜLLER, Die Kritik (wie Anm. 17), S. 14.

haben soll.⁷⁶ Diesen Vorstellungen entsprach auch die Passage in einer Sammlung der Texte zur Geschichte Novgorods und Pleskaus aus dem 17. Jahrhundert, welche die Erwähnung des gegen das in Watland, Karelien und Lappland verbreitete heidnische Brauchtum gerichteten Sendschreibens von Makarij (1534) an dieser Stelle ergänzte: die Deutschen übten sich in Kindermord und dem Verbrennen von Ikonen.⁷⁷ Die symbolische Rolle Narvas⁷⁸ als Grenzstadt und als erste eroberte „deutsche“ Festung im Livländischen Krieg maß der Geschichte über die Wunder ein besonderes Gewicht bei.

SUMMARY

*The Miracle in Narva, 11 May 1558:
On the History of Russian Polemics against
the Reformation in the 16th Century*

Narva was the first town occupied by Russian forces in 1558 during the Livonian War (1558–1582). The conquest of this border town had a huge propaganda meaning: both contemporary Livonian and Russian chronicles paid special attention to it. On 11 May 1558 a conflagration broke out in Narva that quickly spread throughout the whole town due to a strong wind. Having seen what was happening in Narva, Russian forces successfully attacked Narva from Ivangorod. The Russians interpreted their victory as a sign of divine mercy. This belief was connected most notably with a miracle that apparently had happened in Narva. According to Russian

⁷⁶ Ruotsin ja Venäjän rauhanneuvottelut 1557. Mikael Agricola Ruotsin lähetystön jäsenenä [Die schwedisch-russischen Friedensverhandlungen 1557. Michael Agricola als Mitglied der schwedischen Gesandtschaft], hrsg. von KARI TARKIAINEN, Helsinki 2007 (Suomalaisen Kirjallisuuden Seuran Toimituksia, 1104), S. 59–61, 142–145.

⁷⁷ Псковские летописи (wie Anm. 11), Bd. 1, S. 141; VÄSTRİK, Vadjalaste ja isurite usundi kirjeldamine (wie Anm. 53), S. 58, 61f.

⁷⁸ Siehe z.B. ULRIKE JEKUTSCH: Panegyrik und Polemik im Ostseeraum. Der Beginn des Nordischen Krieges in schwedisch-deutschen und russischen Publikationen zu Siegesfeiern, in: Slavica litteraria. Festschrift für Gerhard Giesemann zum 65. Geburtstag, hrsg. von ULRIKE JEKUTSCH, ULRICH STELTNER, Wiesbaden 2002 (Opera Slavica, NF 43), S. 69–89; ALEKSANDRS FIĻUŠKINS: Pārdomas par Narvas ieņemšanu [Die Diskurse der Eroberung Narvas], in: Latvijas kara muzeja gadagrāmata 4 (2003), S. 60–70; DERS.: Дискурсы (wie Anm. 1), S. 171f.; ERIC SCHNAKENBOURG: Une fenêtre ouverte sur l'Europe: les enjeux géopolitiques de la conquête Russe des côtes Baltiques (XVI–XVIIIe siècles), in: L'Ombra della Russia sull'Europa centro-orientale. Storia, letteratura e altre cose [Der Schatten Russlands auf Ostmitteleuropa. Geschichte, Literatur und Sonstiges], hrsg. von GAETANO PLATANIA, Viterbo 2007 (CESPOM / Centro Studi sull'Età dei Sobieski e della Polonia Moderna/, 13), S. 129–149.

sources, the reason for the conflagration that brought fortune to Russian forces was a Narva citizen who threw an Orthodox icon into fire. However, when the Russians entered the town they found the icon undamaged. Several more or less similar variants of this story are found in different sources although they differ in details. The article argues that this miraculous story is significant with regard to interdenominational relations in 16th century Eastern Europe. At that time Russian polemics against heresy and the Reformation made accusations of iconoclasm against Lutheranism, which was widespread in Livonia.

Recent research on the Livonian War has begun to focus on the religious aspects in Moscow's politics, i.e. understanding the military campaigns of Ivan IV as struggle against Lutheran heretics in Livonia and Lithuania. Thus the conquest of Narva appears to be one of the first episodes in the war of the Orthodox tsar against the heretics. The importance of these ideas was confirmed already in 1558 by the fact that the icons found in Narva became official objects of worship immediately after the town's conquest. The icons were sent to the Moscow, where they were taken to the Kremlin and handed over to the Church of the Assumption of the Birth-Giver of God. Later the icons were kept in the tsar's palace for a while before being additionally decorated and sent back to Narva. At that time, it was a common practice to bring icons from all over Russia to Moscow for a temporary or permanent deposit. The main person organising the worship of the Narva icons, as well as others from Novgorod seemed to be Archbishop Pimen of Novgorod, who was at that time prominent within the tsar's immediate circle. The main motive behind the Narva miracle may be considered the Russian polemics of the 16th century related to Lutheranism and other movements that denied the worship of icons. At the same time, it was quite logical that there were Orthodox icons in the border town. The Icons of Narva represented St. Nicholas the miracle-worker and Mother of God Hodegetria who were the two most popular subjects depicted on icons.

Christian Agricola und die schwedische Kirchenpolitik in Estland 1583–1586

VON KARI TARKIAINEN

Der erste protestantische Bischof Finnlands Michael Agricola (etwa 1510–1557) verdient Beachtung als Bischof von Åbo in den Jahren 1554–1557 sowie als Begründer der finnischen Schriftsprache und der kirchlichen Literatur.¹ Michael Agricolas bahnbrechende Tätigkeit, die er in erster Linie zugunsten der finnischsprachigen Bevölkerung der Bistümer Åbo und Wiborg leistete, beschränkte sich auf seine Heimat. Anders verhielt es sich mit seinem Sohn, dem Revaler Bischof Christian Agricola (1550–1586), der eine wesentliche Rolle bei der Entwicklung der kirchlichen Verhältnisse in Estland spielte. Während einer kurzen Periode war er der wichtigste Vertreter der schwedischen Kirchenpolitik an der Südküste des Finnischen Meerbusens. Dessen ungeachtet liegen über die verschiedenen Lebensetappen Christian Agricolas nur wenige Mitteilungen vor.²

Wie die anderen Geistlichen der Reformationszeit auch war Michael Agricola verheiratet. Wahrscheinlich hat er Ende der 1540er Jahre die aus Åbo gebürtige Birgitta Olofsdotter geheiratet. Dieser Ehe wurde am 11. Dezember 1550 um 10 Uhr abends das einzige Kind des Ehepaars geboren, ein auf den Namen Christian getaufter Sohn. Michael Agricolas Vaterliebe zeigt sich etwa darin, dass er das Abc-Buch (*Abc kiria*) bzw. die zweite Auflage des Katechismus, die im Jahre 1551 veröffentlicht wurde, seinem neugeborenen Sohn widmete. In der Einleitung zum Katechismus findet

Der vorliegende Aufsatz ist eine gekürzte Fassung der finnischsprachigen Publikation: KARI TARKIAINEN: Christian Agricola ja Ruotsin kirkkopoliittikka Vironmaalla 1583–1586 [Christian Agricola und die schwedische Kirchenpolitik in Estland 1583–1586], in: Kirkkohistoriallinen vuosikirja 97 (2007), S. 44–72.

¹ VILJO TARKIAINEN, KARI TARKIAINEN: Mikael Agricola, Suomen uskonpuhdistaja [Mikael Agricola, der finnische Reformator], Helsinki 1985; SIMO HEININEN: Mikael Agricola. Elämä ja teokset [Mikael Agricola. Sein Leben und Werk], Helsinki 2007.

² Die neueste biographische Arbeit zu Christian Agricola ist für die Finnische Nationalbiographie verfasst worden: ANNELI MÄKELÄ-ALITALO: Agricola, Kristian (1550–1586). Tallinnan piispa, Turun koulun rehtori [Agricola, Christian (1550–1586). Der Bischof von Reval, Rektor der Schule in Åbo], in: Suomen Kansallisbiografia, Bd. 1, Hämeenlinna 2003, S. 99ff. In Estland beruhen Informationen über Christian Agricola in erster Linie auf dem Werk von RUDOLF WINKLER: Der estländische Landtkirchenvisitator David Dubberch und seine Zeit, Reval 1909, S. 5–10, das auch vom Schriftsteller Jaan Kross für seinen historischen Roman herangezogen wurde: JAAN KROSS: Kolme katku vahel [Zwischen drei Pestseuchen, dt. als Das Leben des Balthasar Rüssow], Tallinn 1980, S. 271–301.

man die Worte *Michael Agricola Christiano Salutem*, was heißt: Michael Agricola begrüßt Christian.³ Hätte Agricola die Christenheit im Allgemeinen gemeint, so hätte er an dieser Stelle wohl *Christianis Salutem* geschrieben. Somit handelt es sich um eines der Wortspiele, von denen der Humanist Agricola in seinen Kommentaren und Briefen oft Gebrauch machte.

Michael Agricola starb am 9. April 1557 auf der Karelischen Landenge, als er sich nach der Erledigung eines schwierigen diplomatischen Auftrags in Russland in völlig erschöpftem Zustand auf dem Heimweg befand.⁴ Sein Sohn Christian war damals sechs Jahre alt. Agricolas Witwe Birgitta ging schon ein Jahr darauf eine Ehe mit Henricus Jacobi ein, dem Rektor der Domschule und späteren Pastor der Gemeinde von Åbo.⁵ Christians Pflegevater war ein hitziger Protestant, dem alles, was auf den Katholizismus hindeutete, furchterregend schien. Später kam zwischen Christian Agricola und seinem Pflegevater eine ständige Zusammenarbeit zustande, die jedoch von der Tatsache überschattet wurde, dass die beiden eine unterschiedliche Einstellung zu der von König Johan III. festgelegten Liturgie hatten, die eher zum Katholizismus tendierte: Während sich Christian mit ihr einverstanden erklärte, war Henricus das einzige Mitglied des Domkapitels, das sich dagegen wehrte. Letzterer wurde 1581 seines Amtes enthoben und starb bald darauf.

Nach dem Studium an der Domschule in Åbo ließ sich der 23-jährige Christian Agricola im März 1573 an der Universität Leipzig einschreiben, doch wurde er bereits im Jahr darauf in die Matrikel der Universität Wittenberg eingetragen. Die Tatsache, dass der junge Mann von einer Universität zur anderen wechselte, ist durchaus von Belang, zumal an verschiedenen protestantischen Universitäten unterschiedliche theologische Richtungen, die oft miteinander auf dem Kriegsfuß standen, verfolgt wurden. Agricola wird vermutlich an der philosophischen Fakultät studiert und den Magistergrad erworben haben, da er später als „Mester Christian“ bezeichnet wurde.

Die Universität Wittenberg befand sich damals in einer interessanten Entwicklungsphase. Die ältere Generation aus der Zeit Luthers und Melanchthons war bereits in den Hintergrund geraten. Dessen ungeachtet bewahrte Wittenberg seine Position als ein wichtiges Bollwerk des so genannten Philippismus, der von Philipp Melanchthon begründeten Richtung, die sich für urchristliche Lehren sowie die antiken Kirchenväter interessierte. Als Gegenpol zu Wittenberg verstand sich in erster Linie die

³ TARKIAINEN, TARKIAINEN, Mikael Agricola (wie Anm. 1), S. 102.

⁴ Ruotsin ja Venäjän rauhanneuvottelut. Mikael Agricola Ruotsin lähetystön jäseninä [Schwedisch-russische Friedensverhandlungen. Michael Agricola als Mitglied der schwedischen Delegation], hrsg. von KARI TARKIAINEN, Jyväskylä 2007 (Suomalaisen Kirjallisuuden Seuran toimituksia, 1104), S. 78–86.

⁵ JUKKA PAARMA: Hiippakuntahallinto Suomessa. 1554–1604 [Die Bistumsverwaltung in Finnland 1554–1604], Pieksämäki 1980 (Suomen Kirkkohistoriallisen Seuran toimituksia, 116), S. 451.

Universität Jena, ein Zentrum des radikalen orthodoxen Luthertums. Eben dort hatte zwanzig Jahre vorher Christian Agricolas Pflegevater Henricus Jacobi studiert. Unter dem Einfluss des orthodoxen Luthertums brach 1574 an der Universität Wittenberg ein öffentlicher Streit aus, bei dem die Professoren beschuldigt wurden, eine Irrlehre verkündet zu haben. Was die orthodoxen Lutheraner insbesondere ärgerte, war die Tatsache, dass die Wittenberger eine tolerante Einstellung zur katholischen Abendmahlslehre hatten. Wegen des Streits wurde ein Großteil der Wittenberger Professoren gezwungen, das Amt niederzulegen, und ihre Stellen wurden an orthodoxe Lutheraner vergeben. Bei den Studenten fanden diese Vorgänge keinen Beifall, auf den Straßen waren Unruhen zu verzeichnen und in den Auditorien wurden die neuen Professoren boykottiert. Im Laufe der Zeit wurde der Streit jedoch beigelegt und die auch Universität Wittenberg wurde ein Bollwerk des orthodoxen Luthertums. Vermutlich wird Christian Agricola noch während seines Studiums sowohl die Periode des „Philippismus“ als auch die Zeit des orthodoxen Luthertums als herrschender Richtung erlebt haben.⁶

Als Christian Agricola im Herbst 1577 nach Hause zurückkehrte, fand er eine ganz andere theologische Umgebung vor als diejenige, von der er vier Jahre zuvor Abschied genommen hatte. In Schweden hatte sich die Kirchenpolitik in kurzer Zeit grundlegend geändert. Unter Einhaltung des Prinzips *cuius regio, eius religio*, das durch den Augsburger Religionsfrieden bestätigt worden war, hatte König Johan III. eine durchgreifende Kirchenreform durchgesetzt.

Die Neuerungen wurden in drei aufeinanderfolgenden Etappen eingeführt. Im Jahre 1571 wurde eine noch recht protestantisch geprägte Kirchenordnung gebilligt, wonach der Pastor zwar auf Vorschlag der Gemeinde ernannt wurde, die Entscheidungsbefugnis jedoch beim Bischof verblieb. Dem Bischof oblag es, die Sitzungen des Kirchenrats zu veranstalten, die Verantwortung für die Schulen und Hospitäler zu tragen sowie dafür zu sorgen, dass die Gemeinde tüchtig den Katechismus lernte und an der Abendmahlsfeier teilnahm. Der Verfasser der Kirchenordnung, Laurentius Petri, der erste lutherische Erzbischof Schwedens, hatte in diesen Bestimmungen die mittelalterliche und evangelische Tradition zu einer Einheit verschmolzen.⁷ In der *Nova ordinantia ecclesiastica*, die nach der oben erwähnten Kirchenordnung verfasst worden war, herrschte in Anlehnung an Philipp Melanchthon noch ein auf Ausgleich bedachter Geist, wonach die irdische und kirchliche Macht voneinander getrennt sein sollten und die letztere keine strafende Gewalt ausüben durfte. Neu war der Gedanke,

⁶ Ebenda, S. 141-155; WALTER FRIEDENSBURG: Geschichte der Universität Wittenberg, Halle 1917; ANDREAS GÖSSNER: Die Studenten an der Universität Wittenberg, Leipzig 2003 (Arbeiten zur Kirchen- und Theologiegeschichte, 9).

⁷ SVEN KJÖLLERSTRÖM: Kyrkolagsproblemet i Sverige 1571–1682 [Das Problem des Kirchengesetzes in Schweden 1571–1682], Lund 1944 (Samlingar och studier till Svenska kyrkans historia, 11), S. 21-26.

dass einer Gemeinde die Geistlichen und dafür ausgewählte Laien, vor allem Adlige, vorstehen sollten. Die wichtigste Neuerung war jedoch die Erstellung eines neuen Liturgiebuches. In dessen Vorschriften tauchten neue Formen des Gottesdienstes auf, es wurde die lateinisch- und schwedischsprachige Messe eingeführt sowie zugelassen, dass die Predigten außer auf der Bibel auch auf den Werken der Kirchenväter beruhen durften. Die dritte Etappe der Reform bildete das auf dem Reichstag des Jahres 1577 gebilligte Rote Buch (schwed. *Röda boken*), das Messebuch, dessen Vorwort aus der Feder von Laurentius Petri Gothus stammte, der zum Erzbischof aufgestiegen war. Nach den Worten des Erzbischofs versuchte man damit sowohl die katholische *superstitio* (Aberglaube) als auch die protestantische *prophanitas* (Alltäglichkeit) zu vermeiden.⁸

Die Einstellung zur neuen Kirchenordnung und Liturgie wurde in der schwedischen Kirche zum entscheidenden Punkt, der zwei Richtungen hervorbrachte. Den Anhängern der einen Richtung, die man Philippisten nennen kann, kam es sowohl auf die Schönheit und Feierlichkeit des Gottesdienstes als auch auf die Verehrung der alten Kirche und Kirchenväter an. Die Befürworter der anderen Richtung, welche die reine lutherische Lehre befolgten, hatten Angst vor allen Nuancen, die auf den Katholizismus bzw. Calvinismus hindeuteten.

Der Kampf um das Rote Buch, der fast zwanzig Jahre dauerte, drückte dem ganzen schwedischen Kirchenleben seinen Stempel auf. In Finnland waren die Probleme jedoch weniger gravierend als im schwedischen Mutterland, da die von Johan III. festgelegte lateinisch- und schwedischsprachige Liturgie in der finnischen Sprachfassung nicht existierte. Deswegen wurde in Finnland nach wie vor die frühere Liturgie befolgt. Johan III. ging bei der Umsetzung seiner Pläne zielsicher vor – es wurde von den Geistlichen verlangt, unter Eid zu bezeugen, dass sie das Messebuch anerkennen, andernfalls wurde zunächst ihre Besoldung eingestellt, danach wurden sie ihres Amtes enthoben und zu guter Letzt noch mit Gefängnisstrafe oder Verbannung bedroht.

1583 führte Johan III. eine gründliche Revision seiner Kirchenpolitik durch, wofür er sowohl außenpolitische als auch persönliche Gründe hatte. Nachdem der päpstliche Legat Antonio Possevino polnische Ansprüche auf ganz Livland zu unterstützen begonnen hatte, verbannte Johan III. die Jesuiten aus dem Reich. Als Königin Catharina Jagellonica, eine Katholikin, im Herbst 1583 starb, ließ das Interesse des Königs am Katholizismus noch mehr nach, um nach der Eheschließung mit der jungen, aus Schweden gebürtigen adligen Dame Gunilla Bielke 1585 ganz zu erlöschen. Der König trachtete nicht mehr danach, mit Rom einen Kompromiss zu schließen, sondern versuchte im großen Stil, Möglichkeiten einer Zusammenarbeit

⁸ KAUKO PIRINEN: *Finlands kyrkohistoria*, Bd. 1: *Medeltiden och reformations-tiden* [Kirchengeschichte Finnlands. Bd. 1: Mittelalter und Reformationszeit], Skelleftea 2000, S. 227ff.

mit dem Patriarchen von Konstantinopel zu finden, da sich die Ostgrenze des schwedischen Reichs im Ergebnis seiner Eroberungspolitik bis zu den Gebieten, die orthodox besiedelt waren, ausgedehnt hatte. Der Bischof von Åbo Ericus Erici Sorolainen wurde mit der Übersetzung des Roten Buches ins Griechische beauftragt.⁹

Johan III. hatte es während der zehn Jahre unterlassen, die vakant gewordenen Bischofsstellen neu zu besetzen, zumal er darauf wartete, dass sich der Papst bereit erklärte, die von ihm vorgeschlagenen Kandidaten gutzuheißen. Als sich jedoch erwies, dass sich Rom darauf nicht einließ, begann der König neue Bischöfe zu ernennen. Auch in Åbo war die Bischofsstelle in den Jahren 1575–1583 vakant gewesen und das Bistum wurde vom Domkapitel geleitet. Was die Tätigkeit Christian Agricolas betrifft, kommt es jedoch in erster Linie auf die Entwicklung der Domschule in Åbo an. Als Agricola 1577 aus Wittenberg nach Åbo zurückkehrte, wurde er bald zum Rektor dieser Schule ernannt, da in der Regel frisch aus dem Ausland zurückgekehrte studierte Männer, welche die neuesten Kenntnisse mitbrachten, als Schulleiter eingesetzt wurden. Zunächst musste Christian Agricola im Juli 1578 jedoch eine Reise nach Schweden unternehmen, um die Bestätigung des schwedischen Königs einzuholen.¹⁰ Beim Empfang der Bestätigung versprach Agricola die vom König festgelegte Liturgie zu befolgen. Von nun an wurde er das vierte Mitglied des Domkapitels von Åbo.

Die Domschule der Stadt erlebte unter der Leitung Christian Agricolas ihre Blütezeit. In der Schule wurden zusätzlich zwei Lektorate gegründet, womit die Zahl der Lektoren der Domschule (die zugleich auch Geistliche waren) auf sechs anstieg, außerdem wurden noch Hilfslehrer (*hypodidaskali*) eingestellt.¹¹ Der Schulbezirk Åbo umfasste ganz Westfinnland mit Einschluss von Österbotten. Der aus dieser Zeit überlieferte Briefwechsel zwischen Agricola und dem König zeugt davon, dass sie enge Beziehungen zueinander unterhielten: Wahrscheinlich war der König bereits in der Zeit, als er als Herzog von Finnland in Åbo residierte, auf den verwandten Bischofssohn, der anscheinend begabt war, aufmerksam geworden. Während Johan III. für Christian Agricola eine Person von besonderer Wichtigkeit war, so geht aus dem Briefwechsel hervor, dass er selbst der erklärte Favorit des Königs war.¹²

⁹ JUSSI NUORTEVA: Suomalaisten ulkomainen opinkäynti ennen Turun akatemian perustamista 1640 [Das Auslandsstudium der Finnen vor der Gründung der Akademie zu Åbo im Jahre 1640], Helsinki 1997 (Suomen Kirkkohistoriallisen Seuran toimituksia, 177), S. 223, 266.

¹⁰ PAARMA, Hiippakuntahallinto Suomessa (wie Anm. 5), S. 77.

¹¹ PIRINEN, Finlands kyrkohistoria (wie Anm. 8), S. 260.

¹² Brief Johans III. an Christian Agricola aus Svartsjö vom 27.6.1582, hier zit. n. Bidrag till Finlands historia [Ein Beitrag zur Geschichte Finnlands], hrsg. von REINHOLD HAUSEN, Bd. 5, Helsingfors 1917, S. 236f.

Im Sommer des Jahres 1582 erhielt Christian Agricola den Hinweis, dass man die Absicht habe, ihn zum Bischof von Reval zu ernennen. Die Ernennung des Bischofs von Reval gehörte zum so genannten Paket, das die Besetzung vieler wichtiger Bischofsstellen umfasste und erst im Herbst des Jahres 1583 in Uppsala verwirklicht werden konnte, als gleichzeitig vier Priester zu Bischöfen geweiht wurden. Das Amt des Bischofs von Reval war jedoch nicht identisch mit demjenigen des Bischofs von Schweden und Finnland. Während sich in Schweden das mittelalterliche Bischofsamt und das Domkapitel erhalten hatten, entwickelte sich in den deutschen Fürstentümern und Freistädten das Modell der Territorialkirche, bei dem der so genannte Visitator, dem das Konsistorium zur Seite stand, als kirchlicher Vorsteher des Verwaltungsbezirks fungierte. Dieses Modell hatte sich auch in Estland verbreitet.¹³ Die Stelle eines Bischofs bzw. Visitators war in Reval bereits seit mehr als zehn Jahren, seit dem Tod von Johann Robert von Gelder im Jahre 1572 vakant gewesen. Erst 1583 erwies sich der Zeitpunkt als geeignet, administrative Umgestaltungen in Estland vorzunehmen, was sowohl mit der Änderung der Kirchenpolitik als auch mit der Entwicklung der Machtverhältnisse verbunden war. So wurde Christian Agricola am 8. September 1583 in Uppsala vom Erzbischof zum Bischof von Reval und Administrator von Hapsal geweiht. Die Weihe zum Bischof erfolgte nach katholischem Ritus und unter Verwendung von katholischen Attributen, zu denen die Salbung, die lateinische Sprache, der Bischofsstab und die Mitra gehörten.¹⁴ Vermutlich wird auch Christian Agricola ein rotes Bischofsgewand getragen haben.¹⁵ Damit war für die Anhänger der neuen Liturgie ein Höhepunkt erreicht. Zwei Tage später leisteten die Neugeweihten der Dynastie Johans III. einen feierlichen Treueid und unterzeichneten eine Urkunde, in der sie der neuen Liturgie Treue schworen.¹⁶ Der König unterzeichnete am 1. Oktober eine Anordnung, wonach Agricola in den Genuss des Bischofsgehalts kam.¹⁷ Es verdient Beachtung, dass sich Agricola mit der Eidesleistung verpflichtete, die *Nova ordinantia* und Liturgie auch in Estland einzuführen. Zwar ist bekannt, dass er dies in Bezug auf die Kirchenordnung tatsächlich zu tun versuchte, jedoch liegen keine Mitteilungen über die Einführung der

¹³ ANDRES ANDRESEN: Luterlikud territoriaalkirikud Baltimaades 16.–19. sajandil [Lutherische Territorialkirchen in den baltischen Ländern im 16.–19. Jahrhundert], in: *Õpetatud Eesti Seltsi Aastaraamat 2003 (2005)*, S. 137f.

¹⁴ PIRINEN, Finlands kyrkohistoria (wie Anm. 8), S. 234.

¹⁵ Agricolas Tochter Brita schenkte das rote Bischofsgewand im Jahre 1622 der Parochialkirche in Uudenkirko: JULY RAMSAY: *Frälsesläkter i Finland intill stora ofreden* [Adelsgeschlechter in Finnland vor der großen Wut], Helsingfors 1909, S. 3.

¹⁶ SVEN KJÖLLERSTRÖM: *Kräkta och mitra. En undersökning om biskopsinviigningar i Sverige under reformationstidevarvet* [Der Bischofsstab und die Mitra. Eine Studie über die Bischofsweihe in Schweden in der Reformationsperiode], Lund 1965 (*Bibliotheca Theologiae Practicae*, 19), S. 100.

¹⁷ Suomen Kansallisarkisto (Nationalarchiv Finnlands, Helsinki). Biographica. Agricola.

neuen Liturgie vor, wäre dies doch ohnehin unmöglich gewesen, da es im Widerspruch zu den estländischen Privilegien stand.

Christian Agricola konnte sich nicht gleich in seinem Bistum niederlassen. Zuerst musste er aus dem Eigentlichen Finnland (schwed. *Egentliga Finland*) erneut nach Uppsala zurückkehren, um am Begräbnis der Königin Catharina Jagellonica teilzunehmen.¹⁸ Danach stand ihm seine Trauung in Åbo bevor.¹⁹ Agricola hatte eine Braut aus der gesellschaftlichen Oberschicht gefunden: ein aus dem Geschlecht der Flemings stammendes adliges Mädchen namens Elin Fleming, dessen Vater Per Besitzer des Guts Viljaiste im Kirchspiel Rymättylä im Eigentlichen Finnland war.²⁰ Mit der Ehe ging die für einen Geistlichen ungewöhnliche Adeligung einher, die ein weiteres halbes Jahr in Anspruch nahm: Der von Johan III. ausgestellte Adelsbrief wurde am 12. Mai 1584 in Västerås unterzeichnet.²¹ Die Gründe der Adeligung Agricolas werden nicht erwähnt, doch gab es vermutlich deren drei: die großen Verdienste seines Vaters als Reformator Finnlands, die adlige Herkunft von Agricolas Ehefrau sowie den Versuch, die Bedeutung des Bischofs in den Augen des estländischen Adels zu vergrößern. Zugleich wurde die Steuerbefreiung für Agricolas Grundbesitz bestätigt.²² Im Adelsbrief wird auch das dem jungen Adligen verliehene Wappen beschrieben, das zwei gekreuzte vergoldete Wachskerzen und darüber einen silbernen sechseckigen Stern vor blauem Hintergrund zeigt. Auf dem Schild lag ein offener Helm mit aufsitzender blaugoldener Helmzier, die mit einem aus vier Rosen geflochtenen Kranz geschmückt war. Somit war Christian Agricola nun im Besitz eines wirklich stolzen Wappens, dessen Kontrast zu seinem früheren asketisch gehaltenen Siegel im strengen Ankermuster durchaus bemerkbar war.

Christian Agricola wurde beauftragt, die schwedische Kirchenpolitik in Estland durchzusetzen.²³ In den estländischen Privilegien, die im Jahre 1561 bestätigt worden waren, gab es Stellen, die vom Schwedischen Reich zur Einschränkung der Vorrechte ausgenutzt werden konnten. Laut Vertrag sollten die alten Privilegien, welche der Adel in Alt-Livland genossen hatte,

¹⁸ KARL GABRIEL LEINBERG: Till fordne skolrektorn i Åbo, sedermera biskopen i Reval Christian Agricolas och hans närmaste efterlevandandes minne [Zum Gedenken an den ehemaligen Rektor der Schule in Åbo, den späteren Bischof von Reval Christian Agricola und seine nächsten Nachkommen], in: Historiallinen Arkisto 15 (1897), S. 35-65.

¹⁹ RAMSAY, Frälsesläkter i Finland (wie Anm. 15), S. 3.

²⁰ GUSTAF ELGENSTIERN: Den introducerade svenska adelns ättartavlor [Stamm bäume der immatrikulierten schwedischen Adligen], Bd. 2, Stockholm 1926, S. 741.

²¹ Schwedisches Reichsarchiv (*Svenska Riksarkivet*, Stockholm, künftig: RA), Sköldbrevssamlingen. Adelsbrev [Sammlung von Wappenbriefen. Adelsbriefe], 1. Agricola.

²² MÄKELÄ-ALITALO, Agricola, Kristian (wie Anm. 2), S. 100. Der Grundbesitz bestand aus zwei Bauernhöfen im Kirchspiel Rusko, zum einen aus Michael Agricolas Elternhaus im Dorf Torsby im Kirchspiel Pernaja und zum anderen aus dem seiner Ehegattin gehörenden Anteil am Gut Viljaiste.

²³ Siehe näher TARKIAINEN, TARKIAINEN, Christian Agricola (wie Anm. 1), S. 54ff.

weiter in Kraft bleiben. Dies bedeutete jedoch nicht, dass die Adligen die unabänderliche Macht über die Bauern ausüben durften, vielmehr mussten sie auch auf Gott, die guten Sitten und natürliches Recht Rücksicht nehmen. Das hieß, dass die Schwedisierung des estnischen Gebietes an die Behebung der vorhandenen Mängel geknüpft wurde. Die schwedische Administration bediente sich bei der Verwaltung des estnischen Gebiets von Anfang an gegen den Adel erhobenen Beschuldigungen.

In den Privilegien von 1561 steht geschrieben, dass in dem Gebiet, das unter schwedische Herrschaft gekommen ist, „die heylsame lere des evangelii“ weiter befolgt werden solle und man Gottes Wort rein und aufrichtig predigen müsse.²⁴ Dies konnten nur gute Prediger, Pastoren und Seelenhirten tun. Inkompetente Geistliche und diejenigen, die eine Irrlehre verkündeten, sollten ohne Erbarmen entlassen werden. Die erwähnte Stelle in den Privilegien beruhte auf dem Brauch, der sich in Schweden in der Zeit Gustav Wasas durchgesetzt hatte, wonach die Geistlichen vom König ernannt wurden. Im Mittelpunkt eines mit der Ritterschaft und der Stadt Reval um die kirchlichen Verhältnisse ausgetragenen Konflikts, der sich mit der Zeit ausweitete, stand eben die Frage der Besetzung der Pastorenstellen und der Finanzierung der Kirchen, insbesondere im Rahmen des während der Reformation erweiterten Patronatsrechts des Adels sowie die Rolle der Städte bei der Ernennung der Geistlichen. In den Privilegien, die von Johan III. im Jahre 1570 bestätigt worden waren, ist ebenso wie in den früheren Privilegien festgehalten, dass das Volk „die reine und echte Lehre des Wortes Gottes in Übereinstimmung mit den Schriften der Propheten und Apostel“ befolgen, also im Geist des Alten und Neuen Testaments leben müsse.²⁵ Da die Privilegien vor der Einführung der vom König angeregten liturgischen Neuerungen bestätigt worden waren, werden die Kirchenväter mit keinem Wort erwähnt.

Über die damalige Geistlichkeit Estlands liegen nur wenige Mitteilungen vor. Der engste Mitarbeiter des Bischofs war David Dubberch, der vom königlichen Statthalter Pontus de la Gardie 1580 zum Dompropst ernannt worden war. Dubberch führte später als Visitator der Kirche Estlands Agricolas Arbeit weiter.²⁶ Dubberch war ein fanatischer Lutheraner, der

²⁴ Sveriges Traktater med Främmande Magder [Die Abkommen Schwedens mit fremden Ländern], hrsg. von OLOF S. RYDBERG, Bd. 4: 1561–1571, Stockholm 1888, S. 335. Siehe auch JOHAN KÖPP: Kirik ja rahvas. Sugemeid Eesti rahva vaimse palge kujunemise teelt [Die Kirche und das Volk. Einige Aufzeichnungen über den Werdegang der geistigen Wesensart des estnischen Volkes], Lund 1959, S. 22.

²⁵ ALVIN ISBERG: Kyrkoförvaltningsproblem i Estland 1561–1700 [Die Probleme der Verwaltung der Kirche in Estland 1561–1700], Uppsala 1970 (Acta universitatis Upsaliensis. Studia Historico-Ecclesiastica Upsaliensia, 16), S. 28.

²⁶ HUGO RICHARD PAUCKER: Ehstlands Geistlichkeit in geordneter Zeit- und Reihenfolge, Reval 1849, S. 55. Siehe auch WINKLER, Der estnische Landtkirchenvisitator David Dubberch (wie Anm. 2), S. 4; LIIVI AARMA: Põhja-Eesti vaimulike lühelood 1525–1885 [Kurzbiografien der Geistlichen Nordestlands 1525–1885], Tallinn 2007, S. 55.

nichts Schlimmeres kannte als die Jesuiten, die sich eben in dieser Zeit in Livland, das unter polnischer Herrschaft stand, aufhielten. Außer ihm befand sich in der nächsten Umgebung des Bischofs der aus Wiborg gebürtige Rektor der Schule in Helsingfors Johannes Olai, der mit Agricola aus Finnland gekommen war. Über Olais Tätigkeit in Reval liegen jedoch keine Informationen vor.²⁷ Der andere enge Mitarbeiter des Bischofs war Johannes Henrici, dessen spätere Tätigkeit mit der Kathedrale von Wiborg verbunden ist.²⁸

Außerhalb der nächsten Umgebung des Bischofs waren das kirchliche Leben der Stadt, die Geistlichen und Hilfsgeistlichen der Revaler Gemeinden, die im weltlichen Sinne dem Magistrat unterstellt waren. Es gab drei Pastoren: den Pastor der deutschen St. Olai-Gemeinde Joachim Walther, den Pastor der deutschen St. Nikolai-Gemeinde Gottschalk Sunnenschein und den Pastor der estnischen Heiliggeist-Gemeinde Balthasar Russow.²⁹ Es sei hier aber angemerkt, dass sich Agricola während seiner kurzen Amtszeit nicht mit den Angelegenheiten der Revaler Gemeinden beschäftigen konnte, wahrscheinlich war er dazu auch nicht befugt.

Vermutlich war die erste Aufgabe, die Agricola nach seiner Ankunft in Reval im August 1584 im Bischofsamt zufiel, die Ernennung zweier Pastoren, die bereits im gleichen Monat erfolgte – des Pastors von Pönal (Johann Gesner) sowie seines Amtsbruders von Keinis (Johan Becker). Die Ernennung des dritten Geistlichen, des Pastors von Hannehl, Heinrich Fabritius, wurde am 1. Dezember 1585 bestätigt.³⁰ Wie bekannt ist, war Becker ein Schwede, der später (vermutlich grundlos) beschuldigt wurde, dass er weder der deutschen noch der estnischen Sprache kundig sei, weshalb er entlassen wurde.³¹

Der Bischof wird vermutlich bereits zu Herbstbeginn 1584 eine Rundfahrt durch die Landkirchspiele unternommen haben, um sich mit seinem recht komplizierten Arbeitsfeld vertraut zu machen. Die katholische Kirche hatte

²⁷ PAARMA, Hiippakuntahallinto Suomessa (wie Anm. 5), S. 458.

²⁸ In einer späteren Quelle ist die Rede von einer Person mit dem Namen „her Hans Hinricj, fordom sahl. Bijskop Christierns till Refle cappellan“, hier zit. n. Bidrag till Finlands historia (wie Anm. 12), S. 347f.

²⁹ TIMO REKO: Johdannoksi [Zur Einleitung], in: BALTHASAR RUSSOW: Liivinmaan kronikka 1584 [Livländische Chronik 1584], Jyväskylä 2004 (Suomalaisen Kirjallisuuden Seuran toimituksia, 1006), S. 6–44, hier S. 16; LIIVI AARMA: Põhja-Eesti kirikud, kogudused ja vaimulikud. Matriklid 1525–1885 [Die Kirchen, Gemeinden und Geistlichen in Nordestland. Die Matrikel 1525–1885], Tallinn 2005, S. 37, 43, 48; PAUL JOHANSEN: Balthasar Rüssow als Humanist und Geschichtsschreiber, hrsg. von HEINZ VON ZUR MÜHLEN, Köln u.a. 1996 (Quellen und Studien zur Baltischen Geschichte, 14).

³⁰ PAUCKER, Ehtstlands Geistlichkeit (wie Anm. 26), S. 300.

³¹ SULEV VAHTRE: Kirik, aadel ja talurahvas Eestimaal XVI sajandi lõpul [Die Kirche, der Adel und die Bauernschaft in Estland am Ende des 16. Jahrhunderts], in: Religiooni ja ateismi ajaloost Eestis. Artiklite kogumik [Zur Religions- und Atheismusgeschichte in Estland. Artikelsammlung], Bd. 3, hrsg. von JÜRI KIVIMÄE, Tallinn 1987, S. 100.

zwar an Macht eingebüßt, doch war die Lage der neuen protestantischen Kirche Estlands im Ergebnis des Krieges, der 25 Jahre im Lande gewütet hatte, durchaus problematisch. Von den mittelalterlichen Kirchengebäuden, die durch die Entfernung der Seitenaltäre sowie die Ersetzung der Kanzeln und Bankreihen in lutherische Sakralbauten umgewandelt worden und zum größten Teil abgebrannt waren, standen nur noch Ruinen. An vielen Orten mangelte es an Pastoren, zumal der Zustrom von tüchtigen und gebildeten Geistlichen aus Deutschland nach Estland infolge des Krieges aufgehört hatte. Sollte die Gemeinde auch einen Pastor haben, so handelte es sich in der Regel um einen Geistlichen, der erst vor kurzer Zeit aus Schweden bzw. Finnland gekommen war und ein eher niedriges Bildungsniveau vorzuweisen hatte. Die Landbevölkerung des Bistums war überall vernachlässigt worden.³² Obwohl die Verhältnisse in Reval etwas besser waren, befand sich die wichtigste Hauptkirche, der Dom zu Reval, noch 1584 in einem baufälligen Zustand, wobei die Grabsteine der katholischen Bischöfe zerbrochen waren.³³

Ebenso kompliziert wie die materielle Seite war auch die Aufnahme einer Zusammenarbeit mit den örtlichen Parteien. Die Estländische Ritterschaft hatte sich 1584, als Agricola in Estland ankam, durch die Fusion des Adels Jerwens und der Wiek mit der Vasallenschaft Harriens-Wierlands gerade konstituiert. Christian Agricolas erste Eindrücke und seinen vorläufigen Aktionsplan ersieht man aus seinem in einer gepflegten lateinischen Sprache und regelmäßigen Handschrift abgefassten Brief an Johan III., der in Reval auf den 14. September 1584 datiert ist.³⁴ Der Bischof gibt bekannt, dass er damit beschäftigt sei, sich mit der Situation und den Problemen der Kirche, welche aufgrund der Kriege, Streitigkeiten und der Unterschiede der lokalen Positionen durchaus gravierend seien, vertraut zu machen. Es sei kompliziert, eine Zusammenarbeit aufzunehmen und eine solche kirchliche Organisation aufzubauen, mit der sowohl der Adel und die Geistlichkeit als auch das Volk zufrieden wären. Aus dem Brief geht zudem hervor, dass der Bischof die Absicht hatte, in Estland zunächst den früheren Teil der von Johan III. initiierten Neuerungen, also die schwedische Kirchenordnung von 1571 bzw. die *Nova ordinatio* von 1575, einzuführen. Da hierbei Widerstand zu erwarten war, wollte sich Agricola der Unterstützung des Königs versichern. Die Tatsache, dass der Bischof für seine Diözese eine besondere Kirchenordnung zu erarbeiten begann, war ein außergewöhnlicher Schritt, der durch die lokalen Umstände bedingt war. Außerdem kam es dem Bischof darauf an, die Besoldung aus Finnland

³² ARNOLD FRIEDRICH JOHANN KNÜPFER: Beitrag zur Geschichte des Ehtländischen Prediger-Synodus. Synodal-Vortrag, im Juny 1827, bey Eröffnung des Synodus, Reval 1827, S. 3ff.

³³ JUHAN MAISTE: Toompea aadlilinn [Die Adelsstadt auf dem Domberg], in: Eesti kunsti ajalugu [Geschichte der estnischen Kunst], Bd. 2: 1520–1770, hrsg. von KRISTA KODRES, Tallinn 2005, S. 250–265, hier S. 251f.

³⁴ RA, Livonica II:32.

beizubehalten, zumal die Situation in Estland durchaus chaotisch war und sich das Gut Fegefeuer, das dem Bischof von Reval gehörte, wegen des Krieges in einem verwahrlosten Zustand befand.³⁵

Danach begann der Bischof im Oktober 1584, einen Hirtenbrief an die Adligen der vier Landkreise, die zusammen die Ritterschaft bildeten, zu verfassen. Leider hat sich das Original des Hirtenbriefs nicht erhalten, über die Grundzüge seines Inhalts sind wir jedoch informiert.³⁶ Wie der Bischof zu Beginn seiner Mitteilung verkündet, stütze er sich auf „die himmlische Majestät und den König von Schweden als den starken Josua und Gideon, der die Christen Livlands gerettet hat“, was an und für sich eine politische Botschaft war – der Adel sollte daran erinnert werden, wem er Dank schuldig war und wer in den kirchlichen Angelegenheiten die Macht ausübte. Im Hirtenbrief wurde den Adligen anempfohlen, die zerstörten und verlassenen Kirchen wieder instand zu setzen. In den Kirchen durften weder Ochsen und Kühe noch Schweine gehalten werden; dies sei aber in schlechten Zeiten der Fall gewesen, wie Agricola selbst mit eigenen Augen gesehen habe – mithin die Entweiheung der Kirche. „Ihr selbst seid in diesen Kirchen getauft worden und habt dadurch das Christentum angenommen, dort werdet ihr zur letzten Ruhe geleitet, wenn ihr von dieser Welt Abschied nehmt“, schrieb der Bischof. Darüber hinaus wurde den Adligen empfohlen, dafür Sorge zu tragen, dass die freien Pastorenstellen besetzt wurden, doch mussten die ausgewählten Kandidaten vor der Amtseinssetzung dem Bischof bzw. seinem Stellvertreter eine Probearbeit vorlegen sowie den Nachweis für ihre Herkunft und den Bildungsweg erbringen.

Agricolas Rundschreiben setzte sich also mit den heikelsten Problemen der damaligen Zeit auseinander: Ohne die Kirchengebäude und Geistlichen konnte die Diözese nicht funktionieren. Der Bischof ging auch auf eine Streitfrage ein, die in Estland bereits früher die Beziehungen zwischen der Kirche und dem Adels zugespitzt hatte, indem er kritisierte, dass die Gutsbesitzer ihre Bauern an Samstagen zu lange bei der Arbeit hielten,

³⁵ ISBERG, Kyrkoförvaltningsproblem i Estland (wie Anm. 25), S. 22f.

³⁶ Der Hirtenbrief wurde von KNÜPFER, Beitrag (wie Anm. 32), und von WINKLER, Der estländische Landtkirchenvisitator David Dubberch (wie Anm. 2), herangezogen. Nach einem Verweis auf S. 4 des zuletzt erwähnten Werkes war der Hirtenbrief im Archiv des in der schwedischen Zeit regierenden Generalgouverneurs von Estland die Akte Nr. 79. Nachdem das Archiv in den 1930er Jahren neu geordnet wurde, befindet er sich nicht mehr dort. An seinem vermutlichen Platz im Estnischen Historischen Archiv (*Eesti Ajalooarhiiv*, Tartu, künftig: EAA), im Archiv des in der schwedischen Zeit regierenden Generalgouverneurs von Estland (EAA 1-2-156), gibt es an der Stelle der 1580er–1593er Jahre eine Lücke (vgl. *Eestimaa rootsiaegse kindralkuberneri arhiivi kataloog*. Katalog des Estländischen Generalgouverneursarchiv aus der Schwedischen Zeit, Bd. 2, Tartu 1936 [Eesti Riigi Kesk-arhiivi toimetised, 4], S. 212). Wahrscheinlich verblieb der in Rede stehende Band auf dem Revaler Domberg, als das Archiv nach Dorpat gebracht wurde. Der Autor des vorliegenden Aufsatzes bedankt sich bei Enn Küng für die Hilfe bei der Suche nach dem Hirtenbrief.

sodass es ihnen schwer fiel, am Sonntagmorgen zum Gottesdienst zu kommen – ganz zu schweigen vom abendlichen Kirchenbesuch am Samstag.³⁷

Es liegen keine Mitteilungen darüber vor, wie der Hirtenbrief des neuen Bischofs angenommen wurde. Agricola, der sich weiterhin energisch mit den Verhältnissen im Bistum vertraut machte, hielt sich jedoch im Winter 1584/85 auch in Finnland auf.³⁸ In der schwedischen Kirchenordnung von 1571 war vorgesehen, dass dem Pastor sofort nach dem Amtsantritt die Aufgabe zufiel, ein Verzeichnis des Vermögens der Kirche aufzustellen. Noch stärker war von dieser Anforderung der Bischof betroffen, dem es oblag, ein Verzeichnis des Vermögens des Doms zu erstellen sowie die Visitationen zu protokollieren. Obwohl sich in Est- und Livland keine Kirchenbücher aus dieser Zeit erhalten haben – als das älteste Kirchenbuch gilt die Liste derjenigen, die in den Jahren 1580–1621 in der Jakobskirche in Riga getauft und getraut wurden³⁹ –, befanden sich sowohl im Dom wie auch in den ländlichen Pfarrkirchen verschiedene Dokumente, die vom Bischof für den Zweck gesammelt wurden, sich auf ihrer Grundlage mit den örtlichen Gegebenheiten vertraut zu machen sowie die Regeln sowohl für die Visitationen als auch die kirchliche Buchhaltung aufzustellen.

In einer Handschrift sind zwei besondere, umfangreiche Anleitungen überliefert, die ein organisches Ganzes bilden. Die erste trägt den Titel *Instructio welcher gestalt in desser Prouintz Leifflandt der Kirchenn Reformation vnde folgendes ein General Visitation, Jehrlich hirauff gehalten werden* (künftig: *Instructio*).⁴⁰ Sie regelt die Erneuerung der Kirche und die bischöflichen Visitationen in Estland. Es handelt sich um fast druckfertige, in einem eleganten Stil verfasste deutschsprachige Verordnungen im Umfang von 74 Seiten, an deren Beginn es einige deutsch- und lateinischsprachige Verbesserungen sowie eine Fülle von Hinweisen auf Bibelsprüche gibt.

Der einleitende Teil der Verordnungen ist in der „wir“-Form gehalten, als ob er im Auftrag der Mitglieder der von Johan III. ernannten Kommission verfasst worden wäre. Ihnen zufolge hat Seine Königliche Majestät wegen des Niedergangs des kirchlichen Lebens in Estland den neuen Bischof Christian Agricola dorthin entsandt, der für alle religiösen Fragen zuständig sei. Agricola, der als *conservator restitutae religionis* sowie *custos verae doctrinae* bezeichnet wird, oblag es, in Estland die Erneuerung der

³⁷ WINKLER, Der estländische Landtkirchenvisitator David Dubberch (wie Anm. 2), S. 4f.; VAHTRE, Kirik, aadel ja talurahvas Eestimaal (wie Anm. 31), S. 98.

³⁸ LEINBERG, Till fordne skolrektorn i Abo (wie Anm. 18), S. 38.

³⁹ AADU MUST: Eestlaste perekonnaloos allikad [Quellen zur Familiengeschichte der Esten], Tartu 2000, S. 101.

⁴⁰ RA, Livonica II:617. Diese Akte enthält die Dokumente des Visitators David Dubberch aus den Jahren 1586–1590 und stellt also im Grunde ein Privatarchiv dar, das wahrscheinlich in Verbindung mit einer im Jahre 1710 erfolgten allgemeinen Evakuierung der Archive nach Schweden gebracht wurde. Siehe Riksarkivets bestandsöversikt [Übersicht über die Bestände des Reichsarchivs], Teil 1, Bd. 2, hrsg. von JAMES CAVALLIE, JAN LINDROTH, Helsingborg 1996 (Skrifter utgivna av Svenska Riksarkivet, 8), S. 614, 624.

Kirche zu veranlassen und möglichenfalls auch eine allgemeine Visitation durchzuführen.

Über die Visitation besagt die *Instructio* Folgendes: Der Bischof sollte zusammen mit zwei adligen Landräten und einem Gehilfen, der das Protokoll führte, jedes Jahr im ganzen Land eine allgemeine Visitation durchführen, auf deren Grundlage ein gemeinsames Visitationsbuch, das weiterhin ergänzt werden könne, zusammengestellt werden sollte. Dem Anschein nach wurde vorausgesetzt, dass Christian Agricola und David Dubberch die Visitationen gemeinsam vornehmen sollten. Durch die Präsenz der Landräte wurde die Estländische Ritterschaft in den Visitationsprozess mit einbezogen. In der Einleitung zur Instruktion wird erwähnt, dass man während der Visitation ermitteln solle, ob das zu visitierende Kirchspiel unter dem Patronatsrecht des Adels stehe oder es sich um ein Kirchspiel handle, in dem der König Hoheitsrechte besitze und der Pastor vom König ernannt werde.⁴¹ Es wurde betont, dass das Kirchspiel, das unter dem Patronatsrecht des Adels steht, nicht ohne Zustimmung des Bischofs bzw. seines Stellvertreters einen Pastor anstellen dürfe. Der Bischof war verpflichtet, die theoretische Kompetenz des Kandidaten, der sich um die geistliche Stelle bewarb, zu ermitteln und ihm die Weihe zu erteilen. Eine Reihe von Fragen (z. B. wer das Recht hat, einen Pastor anzustellen) sind in der *Instructio* bewusst offen gelassen, um abzuwarten, bis sich strittige Fragen mit der Zeit klärten.

Die Verordnungen enthalten detaillierte Anweisungen zur Entwicklung des wirtschaftlichen Lebens der Gemeinde. Dafür waren wahrscheinlich die „Provisorn, Vormündern und Kirchvetern“, die zu den höheren Ständen gehörten und einen Eid geleistet hatten, verantwortlich. Was das Presbyterium betrifft, so besagt die Verordnung, dass dieses aus drei bis fünf gottesfürchtigen Bauern, die etwas lesen und rechnen konnten, bestehen sollte. Die *Instructio* enthält auch Leitlinien für die Aufteilung des Zehnten der Kirche und die Besoldung des Pastors. Für die Kirchengebäude und deren Instandhaltung musste das Presbyterium, nicht der Adel, die Verantwortung tragen. Darüber hinaus wurde bestimmt, dass in jedem Kirchspiel ein Kirchenbuch, worin all diejenigen, die getauft, getraut und begraben wurden, eingetragen wurden, sowie ein Personenbuch, worin diejenigen, die das Abendmahl empfangen, und diejenigen, die nicht an Gottesdiensten teilnahmen, registriert wurden, angelegt werden mussten.

In den Verordnungen war auch das Schema der Durchführung einer Visitation enthalten. Die Visitation war mit einem Gespräch, das der Bischof und sein Gehilfe mit dem Gemeindepastor führten, zu beginnen. Der Pastor musste die Kirchenbücher vorstellen und mitteilen, ob es im Kirchspiel Katholiken, Anabaptisten oder Menschen gab, die eine Sünde begangen hatten. Der Pastor wurde auch über die Verhältnisse bei den Pastoren der benachbarten Kirchspiele befragt. Der Bischof verfügte über

⁴¹ Eine solche Gemeinde gab es etwa in Hapsal in der Wiek.

einen Fragebogen mit 14 Fragen, die der Pastor beantworten musste. Die Fragen betrafen das religiöse Leben der Einwohner des Kirchspiels, insbesondere die Frage, ob es in ihrer Gesinnung noch Spuren der katholischen oder sogar heidnischen Gedankenwelt gab. Außerdem interessierte sich der Bischof für die Moral, die Ehe, die Bestattungs- und Taufriten sowie die Hochzeitsbräuche in der Gemeinde. Es wurden auch der Fleiß und die Sorgsamkeit des Pastors einer Betrachtung unterzogen. Zum Schluss musste der Bischof oder sein Gehilfe eine Rede halten, um die Gemeindeglieder zu ermutigen, ihre begabten Söhne entweder nach Reval oder Hapsal zur Schule zu schicken, damit sie zu Geistlichen, die der Sprache des Volkes kundig waren, ausgebildet werden konnten.⁴²

Alvin Isberg ist der Auffassung, dass sich die *Instructio*, welche die Kirchenreformation von 1586 und die Visitationen behandelt, offensichtlich auf die von der deutschen Reformation geschaffene Form stützte. Die ersten Visitationsverordnungen dieses Typs hatte der Kurfürst von Sachsen 1528 erlassen. Als nächstes Vorbild für die estländische Instruktion werden vermutlich die in den 1570er Jahren in Kurland in Kraft gesetzten Verordnungen gedient haben. Darin wurden die vom Herzog ernannten Mitglieder der Kommission beauftragt, den Zustand der Kirchen und Pastorate, die wirtschaftliche Lage der Gemeinden sowie die Tätigkeit der Schulen und Hospitäler zu prüfen und die religiösen Kenntnisse und die Moral der Gemeindeglieder zu überwachen.⁴³ In der Anschauungsweise der *Instructio* kommt jedoch auch das schwedische Element deutlich zum Ausdruck. Darauf liefert die Erwähnung der Bauern in einer Reihe von Zusammenhängen einen Hinweis sowie die Idee, spezielle Schulen für die Bauern zu gründen. Von Belang war auch die Tatsache, dass neben den Adligen auch dem Kirchenvorstand Wichtigkeit beigemessen wurde. Die *Instructio* wurde jedoch nicht zur Grundlage der estländischen Kirchenordnung. Als Johannes Rudbeckius 1627 nach Estland kam, um eine Visitation durchzuführen, schrieb er, man habe dort eine Reihe von verschiedenen Kirchenordnungen, etwa diejenigen von Mecklenburg, Pommern und Kurland, zu adaptieren versucht, doch sei keine vom schwedischen Reich gebilligt worden.⁴⁴

Außer der *Instructio* sind noch weitere Verordnungen unter dem Titel *Ordenunge so mith bestellung, der verösten leibenn Gottesheuser, Alle Kirchenn, Schulen, Auch des Kirchenggerichts, vnde consistorij, in dieser Prouintz, gleichförmich sol gehalten werde* (45 Seiten, künftig: *Ordnung*) in einer Handschrift überliefert.⁴⁵ Da diese Verordnungen so eng mit der *Instructio* verbunden

⁴² WINKLER, Der estländische Landtkirchenvisitator David Dubberch (wie Anm. 2), S. 5ff.; VAHTRE, Kirik, aadel ja talurahvas Eestimaal (wie Anm. 31), S. 99ff.

⁴³ ISBERG, Kyrkoförvaltningsproblem i Estland (wie Anm. 25), S. 24f.

⁴⁴ GUSTAF OSKAR FREDRIK WESTLING: Kirchengesetz und Kirchengesetzarbeiten in Ehstland zur Zeit der schwedischen Herrschaft, in: Beiträge zur Kunde Ehst-, Liv- und Kurlands 5 (1900), S. 39-67, hier S. 43.

⁴⁵ RA, Livonica II:617.

sind, kann man annehmen, dass sie zur gleichen Zeit verfasst wurden, wobei die *Ordnung* im Vergleich zur *Instructio* wahrscheinlich einen etwas niedrigeren Stellenwert besaß.

In der Einleitung zur *Ordnung* wird der Wirrwarr beschrieben, der sowohl unter den Esten als auch den Deutschen in Glaubenssachen herrsche. Danach habe man in diesem Gebiet bereits 400 Jahre lang im Widerspruch zur Lehre „des reinen und heiligen Evangeliums“ gelebt und heidnische Götzen, die auf den Bergen und Hügeln unter den grünen Bäumen lebten, verehrt. Nun galt es, diese heidnischen Opferaltäre, Haine und Kapellen zu vernichten, damit künftig nicht Abgötterei getrieben werden könne.

Den Visitatoren fiel auch die Aufgabe zu, gründlich das Leben der Geistlichen in Estland zu prüfen. Sollte sich erweisen, dass der Pastor schlecht predigte, seine Handlungen nachlässig ausführte und nicht die estnische Sprache beherrschte, waren die Visitatoren verpflichtet, ihm eine Gnadenfrist von einem Jahr zu gewähren, damit er die estnische Sprache erlernte. Besonders streng musste man sich Trunkenbolden gegenüber verhalten. Das Elend Livlands sei eben dadurch bedingt, dass die Pastoren wie in Sodom und Gomorrha völlig in den Fesseln der Sünde gelebt hätten. Daher seien die Moskowiter gekommen, um sie zu „visitieren und reformieren“. Nach dem Vorbringen dieser Beschuldigungen malt der Verfasser der *Ordnung* das Bild eines idealen lutherischen Geistlichen, einer treuen und fleißigen Person, die auch noch Unternehmungsgeist zeigt, jeden Tag ein Kapitel aus der Bibel liest, auch die Postilla von Luther und Melanchthons Werke als Hilfsmittel heranzieht sowie in seinen Predigten, die höchstens aus zwei bzw. drei Teilen bestehen, Verweise auch auf zeitgenössische Phänomene wie etwa Kometen, Kriege und Seuchen anbringt. Während der junge Pastor seine Predigt zunächst niederschreiben und danach auswendig lernen musste, durften sich erfahrene Prediger auf ihr gutes Gedächtnis verlassen.

In Bezug auf das Schulwesen drückt der Autor der *Ordnung* die Hoffnung aus, dass der König im Lande zwei gute regionale Schulen gründen werde: eine in Narva, um die Russen und heidnische Kinder zu unterrichten, eine andere aber in Hapsal, um den Deutschen, Estlandschweden und auch begabten estnischen Jungen Schulweisheiten beizubringen. In der Schule mussten den Schülern neben den anderen Fächern insbesondere Katechismuskennntnisse vermittelt werden. Die in der *Ordnung* unterbreiteten Ideen zur Estländischen Predigersynode, zum Konsistorium und kirchlichen Gericht waren jedoch recht unbestimmt gehalten, unklar blieben auch gegenseitige Beziehungen zwischen diesen Institutionen. Ebenfalls unklar blieb die Frage, wie die oberste Verwaltungsbehörde der Kirche bzw. das Konsistorium eigentlich beschaffen sein sollte.⁴⁶

⁴⁶ VAHTRE, Kirik, aadel ja talurahvas Eestimaal (wie Anm. 31), S. 102f.

Weder die *Instructio* noch die *Ordnung* wurden vom schwedischen Reich gebilligt, es handelte sich lediglich um Entwürfe, die vom König nicht unterzeichnet wurden. Zu Beginn der Verordnungen gibt es einen Verweis auf die Kommission, deren Mitglieder die zum Hochadel gehörenden Claes Åkesson Tott, Claes Bielke, Christer Gabriëlsson Oxenstierna, Thure Bielke und Carl Henriksson Horn waren. Das war die Gruppe, die im Auftrag Johans III. die Lehen in Estland prüfen musste. Der Verfasser der Verordnungen hatte die Absicht, sich auch in Fragen der Kirchenordnung auf die Autorität der Kommissionsmitglieder, die mit dem Abfassen von Verordnungen jedoch nicht verbunden waren, zu stützen.

Was den Verfasser der Verordnungen betrifft, so herrscht unter den Forschern keine Einigkeit. Rudolf Winkler, der die Verordnungen erstmals untersucht hat, ist der Auffassung, dass sie aus der Feder von Christian Agricola stammen.⁴⁷ Derselben Ansicht ist auch Olaf Sild.⁴⁸ Da die *Instructio* Anweisungen für den Bischof enthält, kommen Alvin Isberg und nach ihm auch Sulev Vahtre zu dem Schluss, dass sie von einer zur Prüfung der kirchlichen Verhältnisse nach Estland entsandten Kommission verfasst worden sei.⁴⁹ Auch den Dompropst David Dubberch hat man als eventuellen Verfasser der Verordnungen angesehen. Für seine Verfasserschaft spricht die Tatsache, dass die Verordnungen in gutem Deutsch abgefasst sind und der Text sich eben in seinem Archiv erhalten hat.

David Dubberch, der Sohn eines Pastors aus Hinterpommern, war eine Generation älter als Agricola. Er war 1580, nur etwas früher als der aus Finnland eingetroffene Bischof, nach Reval gekommen. Er brachte aus Deutschland seine zwei Söhne und den Schwiegersohn mit, die als Pastoren in verschiedenen Landkirchen angestellt wurden. So stellten die Dubberchs zu Beginn des 17. Jahrhunderts in Estland eine richtige Dynastie von Geistlichen. David Dubberch, der keine akademische Bildung hatte, war aber in erster Linie ein praktischer Administrator.

Für die Autorschaft von Christian Agricola spricht die Tatsache, dass die Arbeit an den Verordnungen nach seinem Tod unterbrochen wurde – er starb unerwartet am 19. Februar 1586 in Reval. Die Verordnungen, die nicht vollendet werden konnten, wurden weder offiziell gebilligt noch gedruckt, wenn auch dies ohne Zweifel das endgültige Ziel ihrer Erarbeitung gewesen war. Obwohl David Dubberch, der am 16. Mai 1586 auch mit entsprechenden Vollmachten ausgestattet wurde, als Visitator

⁴⁷ WINKLER, Der estländische Landtkirchenvisitator David Dubberch (wie Anm. 2), S. 5, 8.

⁴⁸ OLAF SILD: Kirikuvisitatioonid eestlaste maal vanemast ajast kuni olevikuni [Die Kirchenvisitationen im Land der Esten von der älteren Zeit bis zur Gegenwart], Tartu 1937 (Acta et commentationes Universitatis Tartuensis [Dorpatensis], Reihe B, 40/4), S. 132. Sild ist der Ansicht, dass die *Instructio* von Agricola verfasst wurde, die *Ordnung* aber aus der Feder von Dubberch stammt.

⁴⁹ ISBERG, Kyrkoförvaltningsproblem i Estland (wie Anm. 25), S. 25; VAHTRE, Kirik, aadel ja talurahvas Eestimaal (wie Anm. 31), S. 98f.

der Landkirchen die Leitung des Bistums übernahm, erarbeitete er seine Kirchenordnung erst 1593, nach dem Reichstag (*Riksdag*) von Uppsala, als die schwedische Kirchenpolitik erneut die Richtung des orthodoxen Luthertums einschlagen sollte.⁵⁰

In dem Manuskript der *Instruction*, das insgesamt etwa hundert Seiten umfasst, zeigt sich die gute geistliche Bildung des Verfassers, wovon die Randnotizen, die den Text an die Bibel knüpfen, zeugen. Es liegt nahe anzunehmen, dass diese Arbeit zum größten Teil im Jahre 1585 von Christian Agricola geleistet und von Dubberch lediglich zum Teil ergänzt wurde. Wenn dies aber tatsächlich so war, dann stellt sich die Frage, wie der Bischof imstande war, einen so umfangreichen deutschsprachigen Text zu verfassen, der durch die Kenntnis örtlicher Gegebenheiten besticht.

Dass die Arbeit gut gelungen ist, lässt sich etwa mit der Tatsache erklären, dass sich ihr Verfasser in sehr großem Maße auf die von Herzog Gotthard von Kurland im Jahre 1570 gebilligte Kirchenordnung, die vom Superintendenten Alexander Eichhorn erarbeitet und 1572 in Rostock unter dem Titel *Kirchenreformation des fürstenthumbs Churland und Semgallien in Lieflland* gedruckt worden war, stützte.⁵¹ Es kommen darin die gleichen Elemente vor wie in der *Instructio* und der *Ordnung*, doch viel ausführlicher und in einer anderen Reihenfolge. Darüber hinaus muss betont werden, dass es in den Texten auch Unterschiede gibt, insbesondere im Hinblick auf ihre gesellschaftlichen Visionen. Vor allem war die kurländische Kirchenordnung den undeutschen Bauern gegenüber nicht gerade wohlwollend eingestellt: von den Pastoren wurde nicht einmal verlangt, dass sie die Sprache des Volkes kannten. Ebenfalls hatten die Bauern nach dieser Kirchenordnung keinen Zugang zu den kirchlichen Organen.

Vermutlich machte sich Christian Agricola kurz vor seinem Tod an die Verwirklichung der Verordnungen. David Dubberch und die ihm bei der Durchführung der Visitationen zur Seite stehende Adelskommission, der Bernhard Dönhoff, Dietrich Stryck, Johann Koskull und Walter Kursell angehörten, schrieben im Jahre 1593 dem Statthalter Göran Boije, dass der verstorbene Bischof aus einer Reihe von Landkirchen und auch aus dem Dom Dokumente gesammelt hatte, um auf deren Grundlage ein für das ganze Bistum gültiges Visitationsbuch zu erstellen. Nach Agricolas Tod wurden diese Dokumente in eine versiegelte Kiste gepackt, welche die Witwe des Bischofs Elin Fleming nach Finnland mitnahm. Dubberch bat den Statthalter, jemanden zu schicken, der diese Papiere zurückbringt. Noch aus dem Jahr 1623 liegt eine Mitteilung vor, dass dieses Material nach wie vor vermisst wurde. 1637 forderte der Gouverneur Philip Scheiding

⁵⁰ WINKLER, Der estländische Landtkirchenvisitator David Dubberch (wie Anm. 2), S. 12.

⁵¹ Die evangelischen Kirchenordnungen des XVI. Jahrhunderts, Bd. 5: Livland, Estland, Kurland, Mecklenburg. Freie Reichsstadt Lübeck mit Landgebiet und Gemeinschaft Bergedorf. Das Herzogtum Lauenburg mit dem Lande Hadeln. Hamburg mit Landgebiet, hrsg. von EMIL SEHLING, Leipzig 1913, S. 49-110.

vom Kammerkollegium erneut die Rückgabe dieser Dokumente, zumal er annahm, dass in diesen Dokumenten unter Umständen Angaben über die wirtschaftliche Leitung des Doms und die Schulden festgehalten waren.⁵² Somit sind die ältesten kirchlichen Papiere von Reval und seiner Umgebung zum Teil infolge der Tätigkeit von Christian Agricola, zum Teil infolge derjenigen seiner Witwe verloren gegangen. Die Versiegelung der Archivkiste zeigt jedoch, dass Elin Fleming diese Dokumente als wertvoll bzw. als Eigentum der Kirche oder Krone ansah und eventuell nach den Anweisungen ihres Mannes handelte.

Nach den vorhandenen Angaben sind die sterblichen Überreste Christian Agricolas im Dom zu Reval bestattet worden.⁵³ An seinem Grab wurde wahrscheinlich auch ein Gedenkzeichen angebracht, obwohl er das Bischofsamt nur zwei Jahre lang ausgeübt hatte. Im Laufe der komplizierten Geschichte des Doms ist es aber wahrscheinlich verloren gegangen – unter Umständen während des großen Brands auf dem Domberg 1684.⁵⁴ Die Informationen zum Grab des Bischofs sind allerdings etwas unsicher, umso mehr als in der späteren schwedischen Zeit die Superintendenten nicht im Dom begraben wurden.

Die Bischofswitwe Elin Fleming und ihre kleine Tochter Brita, die nach ihrer Großmutter getauft worden war, kehrten nach Christian Agricolas Tod zurück nach Finnland. Elin Fleming ging 1588 eine zweite Ehe mit Hans Johansson Stålarin ein. Als Brita Agricola volljährig wurde, verheiratete sie sich mit dem Assessor des Hofgerichts von Åbo Carl Pedersson Svinhufvud (gest. 1636). Über Brita ist bekannt, dass sie noch im Jahre 1647 lebte, doch starb sie spätestens 1653.⁵⁵ Im folgenden Jahrhundert gehörte das Geschlecht dem Kleinadel an und verschwand schließlich ganz.

⁵² Eestimaa rootsiaegse kindralkubneri arhiivi kataloog (wie Anm. 36), Bd. 1, Tartu 1935 (Eesti Riigi Keskarhiivi toimetised, 3), S. 115f.

⁵³ RAMSAY, Frälseläkter i Finland (wie Anm. 15), S. 3; ELGENSTIERNA, Den introducerade svenska adelns ättetavlor (wie Anm. 20), S. 741.

⁵⁴ Nach einem zeitgenössischen Verzeichnis hat sich dieses Grabzeichen nicht erhalten. Siehe RAUL VAIKSOO: Tallinna Toomkirik. Hauuplaadid ja hauakambrid [Der Dom zu Reval. Die Grabplatten und Gräfte]. Handschrift im Tallinner Amt für Kulturdenkmäler, Raekoja plats 12.

⁵⁵ YRJÖ BLOMSTEDT: Mikael Agricolas ättlingar [Die Nachkommen Michael Agricolas], in: Genos 28 (1957), S. 14–17, hier S. 15ff.

SUMMARY

*Christian Agricola and the
Swedish Ecclesiastical Policy in
Estland during 1583–1586*

The heyday of the clerical life of Christian Agricola (1550–1586), Bishop of Tallinn and son of Bishop Michael Agricola from Turku, was his work in the development of the ecclesiastical situation in Estland – during a short time, he was the most important representative of the Swedish ecclesiastical policy on the southern shore of the Gulf of Finland. After his studies at the cathedral school in Turku, Christian Agricola was sent to Germany, where he studied at the University of Leipzig and the University of Wittenberg and where the Lutheran orthodoxy became the dominant trend. When Christian Agricola returned to Finland in the autumn of 1577, he was appointed Chancellor of Turku cathedral school. Christian Agricola was the obvious favourite of Johan III and for the cathedral school it was a period of efflorescence.

Christian Agricola was consecrated Bishop of Tallinn and the administrator of Haapsalu by the Archbishop of Uppsala on September 8th 1583. In the autumn of 1583, John III consecrated four new bishops in total, whereas the ordination was conducted according to the Catholic ritual and with Catholic attributes. The newly consecrated bishops took the oath of allegiance and pledged loyalty to the dynasty and signed a document with which they confirmed their loyalty to the new liturgy. Nevertheless, the position of the bishop of Tallinn was not completely identical with the corresponding positions of Sweden and Finland. The task of Christian Agricola was to implement the Swedish ecclesiastical policy in Estonia. It is written in the privileges of 1561 that the Evangelical teaching shall remain in force in the regions under Swedish rule and that the right and pure Word of God shall be preached. At the centre of the conflict which eventually developed with the nobles and the city of Tallinn on the church was the question of filling the positions of clergymen and funding the churches, first and foremost the question of how broad was the advowson of noblemen which had developed during the reformation and the question of what was the role of cities in appointing the clergymen.

Agricola's closest fellow worker was David Dubberch, a representative of Lutheran orthodoxy who came from Pomerania and was appointed dean by Pontus De la Gardie in 1580. David Dubberch later continued Agricola's work in the role of the visitor of the church of Estland. The new bishop of Estland probably found time to look around the parishes and to acquaint himself with his sufficiently complicated field of work in the beginning of autumn 1584. Christian Agricola's first impressions and his primary course

of action become apparent from his letter to John III, which is dated September 14th 1584. The bishop is letting know that he has started to acquaint himself with the condition and problems of the church. As a next step, in October 1584, the bishop started to plan the pastoral letter to the noblemen of four districts, who together formed the knighthood. Agricola's pastoral letter touched upon the most acute problems of that time: church buildings and clergymen, without which the diocese could not operate.

Two special broad instructions in German and Latin have survived in the form of manuscripts; the former regulated the church reformation and the bishop's visitations in Estonia, in the latter, the ideas about the synod of Estonian clergy, consistory and ecclesiastical court were presented. These were not, however, regulations approved by Sweden, these were only drafts, which were never signed by the King.

There is no consensus among the scholars about the author of these regulations. In favour of Christian Agricola as the author of the regulations speaks the fact that the work with the regulations was never finished because of his sudden death in Tallinn on February 9th 1586. The regulations were not finished, they did not receive official approval and they were not printed, although, without doubt, this had been the ultimate aim of drawing them up.

Gab es staatliche Hungerhilfe in den schwedischen Ostseeprovinzen im 17. Jahrhundert?

VON MARTEN SEPPEL

Schweden gilt als ein gutes Beispiel für einen erfolgreichen Formierungsprozess des neuzeitlichen Staats im 17. Jahrhundert.¹ Vom Niveau der errichteten Staatsgewalt zeugen jedoch nicht nur politische bzw. institutionelle Entwicklungen, sondern auch die sozialen und wirtschaftlichen Veränderungen in der Gesellschaft, die damit einhergingen.² Mit der Vergrößerung der Rolle des Staates nahmen aber wohl auch die Erwartungen der Gesellschaft an den Staat zu. Die frühneuzeitlichen Regierungen befassten sich jedoch noch nicht mit Fragen der individuellen Wohlfahrt, sondern waren in erster Linie bestrebt, die Einnahmen und die militärische Kraft des Staates sicherzustellen: die Untertanen fügten sich als Produzenten, Steuerzahler und Soldaten in dieses Bild ein.³ Bevor sich der Staat mit solchen Kernfragen der Sozialpolitik wie der Rentenzahlung oder Krankenversicherung beschäftigen konnte, fiel ihm zunächst die Aufgabe zu, Hungersnöte und Epidemien zu bewältigen.⁴

Hat Schweden bereits im 17. Jahrhundert erkannt, dass es zu den Funktionen des Staates gehört, sich um eine Lösung für das Hungerproblem der Bevölkerung zu bemühen? Der vorliegende Aufsatz versucht diese Frage am Beispiel der im 16.–17. Jahrhundert zu Schweden gehörenden Ostseeprovinzen Liv- und Estland zu beantworten. Hier erfolgte im 17. Jahrhundert unter der Leitung der schwedischen Regierung eine für den Prozess der Formierung des frühneuzeitlichen Staates charakteristische gesellschaftliche Entwicklung, die darauf hinauslief, die Präsenz des Staates auf breiter Front zu vergrößern. Macht und Administration wurden stärker zentralisiert, die Zahl der Beamten und die Bürokratie insgesamt nahmen wie die

¹ Siehe etwa EVA ÖSTERBERG, ERLING SANDMO: Introduction, in: *People meet the law. Control and conflict-handling in the courts. The Nordic countries in the post-Reformation and pre-industrial period*, hrsg. von EVA ÖSTERBERG und SÖLVI SOGNER, Oslo 2000, S. 9–26, hier S. 14.

² Vgl. STEVE HINDLE: *The state and social change in early modern England, c. 1550–1640*, Basingstoke 2000, S. 2; MICHAEL BRADDICK, *State formation and social change in early modern England: a problem stated and approaches suggested*, in: *Social History* 16 (1991), S. 2–17.

³ Vgl. ANTTI HÄKKINEN: Introduction, in: *Just a sack of potatoes? Crisis experiences in European societies, past and present*, Helsinki 1992 (*Studia Historica*, 44), S. 9–16, hier S. 10.

⁴ Vgl. HINDLE, *The state* (wie Anm. 2), S. 149.

Staatssteuern, die militärische Präsenz des Staates, die Regulierung der Wirtschaft und das staatliche Diktat zu, die staatliche Aufsicht über die Religion wurde verstärkt, die Standardisierung des Gerichtssystems sowie die Regulierung der Gesellschaft (darunter des Privatlebens) durch Gesetze und Anordnungen durchgesetzt.⁵ Auch in den Ostseeprovinzen waren insbesondere nach der Einführung der absolutistischen Politik Karls XI. und der Durchführung der Güterreduktion im Jahre 1681 verstärkte Bemühungen um eine dominierende Rolle des Staates zu verzeichnen.⁶

Die Frage, ob und wie in Liv- und Estland im 17. Jahrhundert die staatliche Hungerhilfe für die Bauernschaft organisiert wurde, ist in der bisherigen Historiographie relativ wenig behandelt worden. Es liegt keine ausführliche Untersuchung zu diesem Thema vor. Ungeachtet der Tatsache, dass in der letzten Zeit die Beziehungen zwischen der Zentralgewalt Schweden und seiner Provinz zumeist aus der Perspektive der Formierung des Staates untersucht wurden, mangelt es an einer näheren Analyse der sozialwirtschaftlichen Maßnahmen, die Schweden in Liv- und Estland getroffen hat.⁷ Die wichtigsten Beiträge dazu sind die 1925 veröffentlichten Abhandlungen über Liv-, Est- und Ingermanland aus der Feder von Sigurd Schar tau sowie die von Otto Liiv 1938 verfasste Studie über die große Hungersnot in Estland in den Jahren 1695–1697, der eine Quellenpublikation beigegeben ist.⁸

⁵ Siehe ALEKSANDER LOIT: Die baltischen Länder im schwedischen Ostseereich, in: Die schwedischen Ostseeprovinzen Estland und Livland im 16.–18. Jahrhundert, hrsg. von ALEKSANDER LOIT und HELMUT PIIRIMÄE, Uppsala 1993 (Studia Baltica Stockholmiensia, 11), S. 63–85; HARALD GUSTAFSSON: The conglomerate state: A perspective on state formation in early modern Europe, in: Scandinavian Journal of History 23 (1998), S. 189–213; vgl. SHEILAGH OGILVIE: Staat und Untertanen in einer lokalen Gesellschaft. Die Herrschaft Friedland 1583–1692, in: Untertanen, Herrschaft und Staat in Böhmen und im „Alten Reich“. Sozialgeschichtliche Studien zur Frühen Neuzeit, hrsg. von MARKUS CERMAN und ROBERT LUFT, München 2005 (Veröffentlichungen des Collegium Carolinum, 99), S. 51–85.

⁶ Siehe STELLAN DAHLGREN: Der schwedische Absolutismus am Ende des 17. Jahrhunderts und die Integration des Reiches, in: Die schwedischen Ostseeprovinzen Estland und Livland (wie Anm. 5), S. 15–31, hier S. 17f.; MARIE LENNERSAND: Rättvisans och allmogens beskyddare. Den absoluta staten, kommissionerna och tjänstemännen, ca 1680–1730 [Der Beschützer der Gerechtigkeit und des Volkes. Der absolutistische Staat, die Kommissionen und Beamten, ca. 1680–1730], Uppsala 1999 (Studia Historica Upsaliensia, 190), S. 14–31.

⁷ Siehe TORBJÖRN ENG: Swedish research concerning the Swedish Baltic provinces, in: Die baltischen Länder und der Norden. Festschrift für Helmut Piirimäe zum 75. Geburtstag, hrsg. von MATI LAUR und ENN KÜNG, Tartu 2005 (Nordistica Tartuensia, 13), S. 94–113, hier S. 107.

⁸ SIGURD SCHARTAU: De svenska östersjöprovinserna vid det stora nordiska krigets utbrott [Die schwedischen Ostseeprovinzen beim Ausbruch des Großen Nordischen Krieges], Bd. 1: Livland, Stockholm 1925 (Karolinska Förbundets Årsbok 1924); SIGURD SCHARTAU: De svenska östersjöprovinserna vid det stora nordiska krigets utbrott, Bd. 2/3: Estland och Ingermanland, Lund 1926 (Karolinska Förbundets Årsbok 1925); OTTO LIIV: Die große Hungersnot in Estland 1695–1697. Anhang: Auswahl von Dokumenten aus der Zeit der Hungersnot, Tartu und Tallinn 1938.

Der vorliegende Aufsatz setzt sich zum Ziel aufzuzeigen, welche Interessen und Motive das Schwedische Reich verfolgte, wenn es sich mit dem Hungerproblem der Bauernschaft in den Ostseeprovinzen beschäftigt hat, und herauszuarbeiten, um welche Lösungen sich der Staat dabei tatsächlich bemüht hat. Damit behandelt der Artikel einen weiteren Aspekt, der zum Verständnis der Position Liv- und Estlands im Kontext der schwedischen Zentralgewalt sowie der Funktion des Staates in diesen Provinzen beiträgt.

Staatliches Interesse am Hungerproblem der Bauernschaft

Bekanntlich hat Schweden den Ostseeprovinzen vor allem politische und merkantile Bedeutung beigemessen. Liv- und Estland, die als Produktions- und Ausfuhrregionen landwirtschaftlicher Erzeugnisse galten, befreiten das schwedische Großreich von der Abhängigkeit von Getreideeinfuhren und von ausländischen Lebensmittelmärkten.⁹ Daher bezeichnete man Liv- und Estland gelegentlich auch als „Schwedens Kornkammer“¹⁰ – ein Ausdruck, der in der späteren Literatur des 18. Jahrhunderts in Umlauf gekommen ist¹¹ und einen offensichtlichen Bezug zur Stellung Ägyptens, Numidiens, Karthagos und Siziliens im römischen Imperium aufweist. Dabei muss aber darauf hingewiesen werden, dass die „Fruchtbarkeit“ Liv- und Estlands in erster Linie mit der auf der Leibeigenschaft basierenden Gutswirtschaft zusammenhing.¹² Zwar galten Liv- und Estland als sehr

⁹ ALEKSANDER LOIT: Läänemere provintside riigiõiguslik asend Rootsi suurriigi 1561-1710 (1721) [Die staatsrechtliche Stellung der Ostseeprovinzen im schwedischen Großreich 1561-1710 (1721)], in: Läänemere provintside arenguperspektiivid Rootsi suurriigi 16/17. sajandil [Entwicklungsperspektiven der Ostseeprovinzen im schwedischen Großreich im 16. und 17. Jahrhundert], Tartu 2002 (Eesti Ajalooarhiivi toimetised, 8 [15]), S. 7-26, hier S. 18

¹⁰ Siehe HELMUT PIIRIMÄE: Rootsi riigi ja Liivimaa finantssuhted XVII sajandil [Die finanziellen Beziehungen zwischen dem schwedischen Reich und Livland im XVII. Jahrhundert], in: Urimusi Läänemeremaade ajaloost [Forschungen zur Geschichte der Ostseeländer], Bd. 2, Tartu 1976 (Tartu Riikliku Ülikooli Toimetised, 371), S. 3-32, hier S. 3; TORBJÖRN ENG: Schwedens Ostseeprovinzen in der schwedischen historischen Forschung, in: Nordost-Archiv. Zeitschrift für Regionalgeschichte 9 (2000), H. 1: Osteuropaforschung in der nordeuropäischen Historiographie, hrsg. von RALPH TUCHTENHAGEN, S. 115-166, hier S. 132.

¹¹ Z. B. Hupel: „Liefland führt mit Recht den Namen einer Kornkammer“, in: AUGUST WILHELM HUPEL: Topographische Nachrichten von Lief- und Ehtland, Bd. 1, Riga 1774, S. 545; Voltaire etwa bezeichnete Livland als „die schönste und fruchtbarste Provinz des Nordens“, in: FRANÇOIS-MARIE AROUET DE VOLTAIRE: The History of Charles XII King of Sweden, London 1976, S. 41.

¹² Jannau hat dies wie folgt erklärt: Der Reichtum von Liv- und Estland sei nicht auf die natürlichen Reichtümer (Bodenschätze), sondern auf die unentgeltliche Arbeitskraft der Leibeigenen zurückzuführen. [HEINRICH JOHANN VON JANNAU:] Sitten und Zeit, ein Memorial an Lief- und Estlands Väter, Riga 1781, S. 8f.

fruchtbare Gebiete, doch betonten die Zeitzeugen viel stärker die äußerste Armut der einheimischen Bauern.¹³

Auch wenn der Landwirtschaft in den Ostseeprovinzen eine zentrale Rolle zukam, auf die die Getreideeinnahmen und der Handel des Reichs angewiesen waren, hatten die durch Missernten verursachten Probleme für die schwedische Regierung bei Weitem nicht oberste Priorität. Zwar wurden Liv- und Estland im 17. Jahrhundert wiederholt von schweren Missernten heimgesucht (1601–1603, 1629–1631, 1641/42, 1649, 1659, 1661/62, 1665/66, 1669, 1684/85, 1690/91, 1695–1697), doch waren diese wirtschaftlichen Rückschläge für den Staat keineswegs ausreichend, um vor dem Ende des Jahrhunderts präventive Maßnahmen gegen das Hungerproblem zu treffen.

Obwohl die Berichte über die im Lande herrschende Lage, die Saatmengen und Ernteerträge nicht systematisch abgefasst worden sind, bedeutet dies nicht, dass die schwedischen Behörden es gänzlich unterlassen hätten, sich über die Missernten in den Ostseeprovinzen und den Nahrungsmittelmangel, unter dem die Bauern litten, zu informieren. Im Juli 1561, gerade einmal zwei Monate, nachdem Estland der schwedischen Krone die Treue geschworen hatte, schrieb der erste schwedische Statthalter in Reval, Klas Horn, an König Erik XIV., dass nach den Beschwerden der estländischen Bauern ihre Herren nicht gewillt seien, sie mit Brot- und Saatgetreide zu unterstützen, weshalb sie bittere Not und großen Hunger litten.¹⁴ Das Thema, das im Zusammenhang mit diesen Klagen der Bauern aufgeworfen wurde, war jedoch nicht direkt mit dem Hungerproblem verbunden. In der Regel findet man Mitteilungen und Beschreibungen des Getreidemangels oder einer Hungersnot unter den Bauern der Provinzen in behördlichen Schriftstücken, die sich mit anderen aktuellen Fragen befassten. So wurde die Frage des bäuerlichen Wohlstands in der offiziellen Korrespondenz beispielsweise wiederholt im Kontext der Flucht der Bauern angeschnitten. Im Winter und Frühjahr 1650 richtete der Statthalter von Ösel, Johan Utter, an den Livländischen Generalgouverneur Magnus Gabriel De la Gardie eine Reihe von Klagebriefen, in denen er mitteilte, dass die Bauern „Teuerung und großen Kummer“ litten. Daher sähen sie sich gezwungen, die Flucht zu ergreifen, oder liefen gar Gefahr, ums Leben zu kommen, weshalb man sie mit Brot- und Saatgetreide unterstützen müsse, zumal es auch nicht möglich sei, Getreide aus der Stadt zu beschaffen.¹⁵ Auch

¹³ So schrieb z. B. Reiner Broocman: „arme Leute sind Sklaven und zum größten Teil völlig mittellos“ (*arma folcket äro slafvar och mästendels ufattige*). REINER BROOCMAN: En Fulständig Swensk Hus-Häld-bok [Vollständiges schwedisches Haushaltsbuch], Bd. 1, Teil 2, Norrköping [Norrköping] 1736, S. 83.

¹⁴ Quellen zur Geschichte des Untergangs livländischer Selbständigkeit, hrsg. von CARL SCHIRREN, Bd. 8, Reval 1881, Nr. 1030 (S. 8).

¹⁵ Utter an De la Gardie, 31.1.1650, in: Handschriften- und Raritätenabteilung der Universitätsbibliothek Tartu (*Tartu Ülikooli Raamatukogu haruldaste raamatute ja käsikirjade osakond*), Bestand 152, Akte 123 (Archiv von Arnold Soom).

die Kirche forderte in Zusammenhang mit der Flucht der Bauern nach Russland und in die polnischen Gebiete den Generalgouverneur auf, sich mit dem Problem der Armut der Landbevölkerung auseinanderzusetzen.¹⁶ Doch wurde nicht nur die Ebene der Gouvernementsregierung, sondern in vielen Fällen auch die Stockholmer Zentrale von den größeren Missernten in Liv- oder Estland in Kenntnis gesetzt.¹⁷

Bei ernststen Anzeichen des Getreidemangels war ein Verbot bzw. die Einschränkung der Getreideausfuhr die übliche Maßnahme, derer sich die Regierungen im frühneuzeitlichen Europa zur Prävention bedienten.¹⁸ Hiervon machte auch die schwedische Regierung im 17. Jahrhundert in den Ostseeprovinzen Gebrauch.¹⁹ Die Diskussionen über die Einschränkung der Getreideausfuhr konzentrierten sich jedoch nicht direkt auf den Lebensunterhalt der Bauern. Es ging vielmehr um die Anlage von Getreidevorräten für die Garnisonen und die Regulierung des Getreidemarkts in den Städten, weshalb es nicht begründet wäre, die Frage der Getreideausfuhr als indirekte staatliche Maßnahme zur Vorsorge gegen die Hungersnot zu interpretieren. Außerdem hätte die Intervention der staatlichen oder lokalen Administration auf dem Getreidemarkt Liv- und Estlands unter den Bedingungen der Gutswirtschaft nicht unmittelbar zur Lösung der Subsistenzprobleme der Bauern beigetragen. Hohe Marktpreise erhöhten das Interesse der Gutsbesitzer, ihr Getreide in vollem Umfang abzusetzen und von den Bauern so viel Getreide wie möglich zu erhalten. Dies konnte

¹⁶ Ende der 1640er Jahre beklagte sich das Livländische Oberkonsistorium über die Armut der Bauern. Es riet dem Generalgouverneur, zur Verbesserung der Lage der Bauern etwas zu unternehmen, um die Ursachen ihrer äußersten Armut zu beseitigen. Gegenwärtig werde ein Teil der Bauernschaft in die Verzweiflung getrieben, während ein anderer Teil aber nach Russland und Polen geflohen und dort ohne Gottes Wort „in dem Aberglauben und den Sünden“ gestorben sei. Livländischer Superintendent an den Livländischen Generalgouverneur, in: Lettisches Historisches Staatsarchiv (*Latvijas Valsts vēstures arhīvs*, Riga, künftig: LVVA), Bestand 7349, Findbuch 2, Akte 32, Bl. 151 (die undatierte Abschrift wurde zwischen die Jahre 1647–1650 platziert).

¹⁷ Siehe z. B. Johan Skytte an Gustav Adolf, 19.3.1630, in: Schwedisches Reichsarchiv (*Svenska riksarkivet*, Stockholm, künftig: RA), Livonica II, vol. 64; Gemeinsamer Brief des livländischen Adels an die Königin, 1634, in: ebenda, vol. 148; RA, Brief des Livländischen Generalgouverneurs De la Gardie an die Königin, 31.5.1650, in: ebenda, vol. 74; Strokirch an den König, 26.3.1696, in: LVVA 7400-1-20, Bl. 131-134; ARNOLD SOOM: Der baltische Getreidehandel im 17. Jahrhundert, Stockholm 1961 (Kungl. Vitterhets Historie och Antikvitets Akademiens Handlingar Historiske Serien, 8), S. 35, 40-43.

¹⁸ Siehe WILHELM NAUDÉ: Die Getreidehandelspolitik und Kriegsmagazinverwaltung Brandenburg-Preußens bis 1740, Berlin 1901 (Acta Borussica, 2); PATRICE BERGER: French administration in the famine of 1693, in: *European Studies Review* 8 (1978), S. 101-127, hier S. 105; R. BRIAN OUTHWAITE: Dearth and government intervention in English grain markets, 1590–1700, in: *The Economic History Review* 34 (1981), S. 389-406; vgl.: CAROL H. SHIUE: The political economy of famine relief in China, 1740–1820, in: *Journal of Interdisciplinary History* 36 (2005), S. 33-55, hier S. 39.

¹⁹ SOOM, Der baltische Getreidehandel (wie Anm. 17).

auch bedeuten, dass es im Frühjahr schwierig wurde, im Notfall Getreide in Form eines Vorschussdarlehens zu erhalten.

Erst die Güterreduktion, durch die mehr als 80 % des livländischen und 50 % des estländischen Agrarlandes an die Krone „zurückgeführt“ wurden, belebte bei der Regierung das Interesse, sich um eine Lösung des Hungerproblems der Bauern zu bemühen. Bekanntlich bekundete die schwedische Regierung der Bewirtschaftung der Krongüter ihre ganze Aufmerksamkeit. Dem Staat, der die Güter verpachtete, kam es nicht nur auf die Einziehung der Pacht an, sondern er zeigte auch ein bemerkenswert lebhaftes Interesse an den Angelegenheiten der verpachteten Güter selbst. Die zur Aufsicht über die Bewirtschaftung des Kronlandes ernannten Kronbeamten, die so genannten Ökonomistatthalter, hatten das Recht, direkt in das alltägliche Leben der Krongüter einzugreifen, wobei auch die Beziehungen zwischen dem Gutspächter und den Bauern kein Tabu waren.²⁰ Dies geschah in erster Linie mit im Befehlston gehaltenen Anweisungen an die Pächter. Die Kronbehörde musste garantieren, dass die Bauern durch die Schuld des Pächters nicht ruiniert wurden. Die Fähigkeit der Bauern, ihren Lebensunterhalt zu bestreiten sowie dem Gut (und dadurch auch dem Staat) sowohl ihre Arbeitskraft als auch die Abgaben zu sichern, lag im staatlichen Interesse. Der Staat verfolgte nun das Ziel, den Schutz und die wirtschaftliche Existenzfähigkeit der Bauern zu garantieren, wofür die finanzielle Leistungsfähigkeit der Güter gewährleistet werden musste. Als Stichwort diente hierbei die „Konservation“ des Guts und der Bauern. Die Pflicht der Gutspächter, die Bauern rücksichtsvoll zu behandeln, sie bei Rückschlägen zu unterstützen und ihnen keine neuen Lasten aufzuerlegen, wurde sowohl in Liv-, Est- wie auch in Ingermanland und Kexholm in den Pachtverträgen der Güter fixiert.²¹ Es kam dabei in erster Linie auf den Schutz der bisherigen wirtschaftlichen Existenzfähigkeit der Bauern an. Den von der Gouvernementsregierung vorgebrachten und auf den Bauernschutz zielenden Forderungen lag in der Regel der allgemeine Grundsatz zugrunde, dass die wirtschaftliche Leistungsfähigkeit der Kronbauern und

²⁰ So erteilte 1693 der Statthalter Strokirch seinem Sekretär den Auftrag, nach Lindenhoff zu reisen, alle Bauern zusammenzurufen und „ihnen sämptlich wißen läßen, daß ihre Pflicht sey meine Ordres mehr alß eines Possessoris d. Königl. Güther zu pariren, maßen I. K. Mtt. mich zum Stadthalter und Aufseher über die Königl. Güther und Bauren, dem Sie Respect u. Gehorsam zu erweisen schuldig, verordnet, und ihnen wird alle unrechtmäßigen Aufbürdungen Schutz zu leisten“. Strokirchs Memorial an Sekretaris Krebs, 27.3.1693, in: LVVA 7400-1-83, Bl. 4.

²¹ HEINRICH JOHANN DERLING: Auswahl derer wichtigsten in denen Landes- und Stadtgerichten des Hertzogthums Ehistland, auch noch jetzt geltenden Königl. schwedischen Verordnungen, Reval 1777, S. 320-323; Arrendekontrakt för kronogods 1681-1706, in: RA, Ekonomiståhällarens i Dorpat (Pernau) G. A. Strömfelts kontor, vol. 20; SCHARTAU, De svenska östersjöprovinserna (wie Anm. 8), Bd. 2/3, S. 35f.; KIMMO KATAJALA: Nälkäkapina. Veronvuokraus ja talonpoikainen vastarinta Karjalassa 1683-1697 [Hungeraufstand. Die Steuerpacht und der bäuerliche Widerstand in Karelien 1683-1697], Helsinki 1994 (Historiallisia Tutkimuksia, 185), S. 99ff.

dadurch aller Krongüter aufrechterhalten werden müsse, wofür der Pächter verantwortlich zeichnete. Es war unzulässig, wenn durch die Schuld der Arrendatoren der Krongüter die Arbeitskraft und Anbaufläche der Bauernhöfe eingeschränkt oder die Bauernhöfe ruiniert wurden.²² Für den Fall, dass das Gut an wirtschaftlicher Leistungsfähigkeit einbüßte, weil der Pächter seine Pflicht nicht erfüllt hatte, den Bauern mit Brot- und Saatgut zu helfen, konnte der Staat vom Pächter sogar verlangen, für die verursachten Schäden Ersatz zu leisten.²³

Der Bauernschutzpolitik, die der Staat nach der in den 1680er Jahren erfolgten Güterreduktion zu betreiben begann, lagen nicht humane und soziale Erwägungen, sondern der Schutz der Bauern als Produktions- und Finanzeinheiten zugrunde.²⁴ Die den Pächtern auferlegte Konservationspflicht gewährleistete den Kronbauern am Ende des 17. Jahrhunderts in gewissem Maße auch staatlichen Schutz vor Hungersnöten. So richtete der Ökonomiestatthalter Michael von Strokirch während der großen Hungersnöte der 1690er Jahre eine Reihe ziemlich ähnlicher Resolutionen an die Arrendatoren der Krongüter, damit diese aus ihren Mitteln das nötige Brot- und Saatgetreide für die Bauern bereitstellten, was die Pflicht eines jeden Krongut-Arrendators sei.²⁵ Obwohl die Zentralverwaltung die Lösung der Existenzprobleme der Kronbauern der Ostseeprovinzen den Arrendatoren der Krongüter aufgebürdet hatte, verblieb die Aufsicht darüber, ob diese imstande und gewillt waren, diese Aufgabe zu erfüllen, beim Staat. Andererseits bedeutete dies, dass der Staat die Beschäftigung mit dem Hungerproblem der Bauern an die Gutsbesitzer delegiert hatte. Wenn die Kronbauern auch als Untertanen des Königs galten, fühlte sich der Staat doch unter den Bedingungen der erhaltenen Gutswirtschaft für die wirtschaftliche Existenzfähigkeit der Kronbauern nicht direkt verantwortlich.²⁶

²² Siehe z. B. den Brief des Livländischen Gouverneurs Soop an Oberst Pistohlkors, 20.8.1694, in: LVVA 7349-1-48, Bl. 438.

²³ „Er seinen unterhabenden königl. Arrende Bauren nach Nohtdurfft mit Brodt und Saat adsistire, wiedzigenfalß Er nicht nur der Arrende verlustig gehen, sondern auch den darauß entstandenen Schaden zu ersetzen gehalten seyn wirdt“. Estländischer Generalgouverneur De la Gardie an den Arrendator des Allenkülschen Krongutes, 15.5.1696, in: Estnisches Historisches Archiv (*Eesti Ajalooarhiiv*, Tartu, künftig: EAA), Bestand 1, Findbuch 2, Akte 134, Bl. 78r-79; siehe auch die Resolution des Estländischen Generalgouverneurs auf der sämptl. Bauerschaft des Guthes Sack Gesuch umb Saatkorn, 7.9.1696, in: ebenda, Bl. 144r.

²⁴ Vgl. OTTO LIIV: Rootsi aja majandusajalugu [Wirtschaftsgeschichte der schwedischen Zeit], in: Eesti majandusajalugu [Estnische Wirtschaftsgeschichte], Bd. 1, hrsg. von HENDRIK SEPP, OTTO LIIV und JUHAN VASAR, Tartu 1937, S. 153-260, hier S. 210f.

²⁵ „Es ist sonst aller Königl. Arrendatoren Pflicht, nebst richtiger clarirung der Arende vor der Bauren conservation zu stehen“. Konzepte der ausgegangenen Briefe von Strokirch, 1696, in: LVVA 7400-1-20, Bl. 71f., 122, 179ff.; Konzepte der ausgegangenen Briefe von Strokirch, 1696, in: LVVA, 7400-1-20a, Bl. 38; Konzepte der ausgegangenen Briefe von Strokirch, 1699, in: LVVA, 7400-1-22, Bl. 146, 189.

²⁶ Siehe KATAJALA, Nälkäkapina (wie Anm. 21), S. 301.

Einem der am häufigsten vorgebrachten Vorwürfe zufolge wurden aus Liv- und Estland trotz allem auch in diesen Jahren große Mengen Getreide nach Schweden und Finnland ausgeführt.²⁷ Die diesbezügliche Kritik an den schwedischen Behörden wurde bereits in der Literatur des 18. Jahrhunderts geübt.²⁸ Nach einem von Fabian Wrede, dem Präsidenten des schwedischen Kammer- und Kommerzkollegiums, dem Reichsrat 1704 erstatteten Bericht wurden im Jahre 1695 11 000 Tonnen (ca. 1,7 Mill. l), 1696 sogar 800 000 Tonnen (ca. 124,8 Mill. l) und 1697 etwa 600 000 Tonnen (ca. 93,6 Mill. l) Getreide aus den Ostseeprovinzen nach Schweden ausgeführt.²⁹ Diese Mengen bestätigen in ausreichendem Maße die von Amartya Sen entwickelte Theorie, dass eine Hungersnot weder durch großen Getreidemangel noch durch Missernten entsteht – das Getreide war ja vorhanden! – sondern dadurch, wie die Nahrungsmittel aufgeteilt werden.³⁰

Die Tätigkeit der schwedischen Regierung in den Jahren der großen Hungersnot am Ausgang des 17. Jahrhunderts ist auch in Finnland kritisiert worden. Zugleich wurde begrüßt, dass der Staat die Einfuhr zusätzlichen Getreides nach Finnland auf dem Seeweg organisierte und es zu einem festen Preis (11 Kupfertaler für eine Tonne) absetzte, während der Marktpreis diesen während der Hungerkatastrophe mehrfach überstiegen hatte.³¹ In Liv- und Estland traf der Staat jedoch keine dieser „Hilfsmaßnahmen“. Das Getreide wurde nach Schweden und Finnland ausgeführt,³² und es liegen keine Mitteilungen vor, dass der Staat das Getreide etwa den Arrendatoren der liv- und estnischen Krongüter oder gar den Bauern verkauft hätte.

²⁷ Es handelt sich dabei um einen recht weit verbreiteten Vorwurf, der in den sowohl in Europa wie auch in Asien verfassten Abhandlungen über die großen Hungersnöte vorgebracht worden ist. So konnten die Iren lange Zeit nicht ihren Hass auf England überwinden, da London während der großen Hungersnot in den 1840er Jahren große Mengen von Nahrungsmitteln aus Irland nach England ausfuhrte, obwohl zur gleichen Zeit Tausende an Hunger starben. AMARTYA SEN: *Poverty and famines. An essay on entitlement and deprivation*, Oxford 1982, S. 161.

²⁸ Siehe z. B. PETER FRIEDRICH KÖRBER: *Abhandlung von der Pest, und andern hinraffenden Seuchen samt den dawider dienenden Präservations- und Heilungsmitteln*, Reval 1771, S. 50; [FRANZ ULRICH ALBAUM:] *Ueber die freye Ein- und Ausfuhr des Getraides in Betracht Estlands. Ein Beytrag zu des Hrn. Reimarus Untersuchung der wichtigen Frage von der freyen Ein- und Ausfuhr des Getraides*, Riga 1772, S. 25-31.

²⁹ SOOM, *Der baltische Getreidehandel* (wie Anm. 17), S. 65; vgl. JAMES CAVALLIE: *Från fred till krig. De finansiella problemen kring krigsutbrottet år 1700* [Vom Frieden zum Krieg. Finanzielle Probleme beim Ausbruch des Krieges im Jahre 1700], Uppsala 1975 (*Studia Historica Upsaliensia*, 68), S. 28. Zur Getreideausfuhr nach Finnland siehe: ILKKA MÄNTYLÄ: *Kronan och undersätarnas svält* [Die Krone und der Hunger der Untertanen], in: *Karolinska Förbundets Årsbok 1988*, Lund 1989, S. 47-66, hier S. 54-59.

³⁰ SEN, *Poverty and famines* (wie Anm. 27), hier insbesondere S. 7, 161f.

³¹ MÄNTYLÄ, *Kronan* (wie Anm. 29), S. 47-66, hier insbesondere S. 65.

³² Siehe ebenda, S. 54-59.

Dieser Standpunkt der schwedischen Regierung, Getreide aus den Ostseeprovinzen auszuführen und die Einfuhr zusätzlichen Getreides nicht einmal in Betracht zu ziehen, entsprach dem allgemeinen finanzpolitischen Ziel Schwedens, demzufolge die Provinzen ihre wirtschaftliche Existenzgrundlage selbst zu sichern und dem Fiskus nicht zur Last zu fallen hatten.³³ Dieses Prinzip schloss größere Ausgaben für die Unterstützung der Landbevölkerung der Provinzen von vornherein aus. Der Politik, die von den liv- und estländischen Gouvernementsbehörden in den Hungerjahren 1696/97 betrieben wurde, lag somit eindeutig die Richtschnur zugrunde, sich weiterhin darum zu bemühen, die Abgaben der Bauern rechtzeitig einzutreiben. Es war den Bauern ausdrücklich verboten, dem Gut Getreidevorräte vorzuenthalten.³⁴ Die unnachgiebige Politik der schwedischen Regierung bei der rechtzeitigen Eintreibung der bäuerlichen Abgaben und Schulden war sicherlich einer der Gründe, warum die Lage der Bauern in Liv- und Estland eine derart ernste Wendung genommen hat.

In gewissem Maße hatte die Lokalverwaltung aber durchaus wahrgenommen, dass die Unterstützung der Güter und Bauern mit Getreide in Hungerjahren einige Bedeutung hatte. Im Winter 1697/98 unterbreitete der Statthalter Gustav Adolf Strömfeldt dem Gouverneur Erich Soop den Vorschlag, in den Gebieten, die großen Schaden gelitten hatten, das für den Unterhalt des Heeres bestimmte Getreide (Station) in diesem Jahr den Gütern zu überlassen, schließlich müsse man sonst auf die Kronmagazine zurückgreifen. Da Soop diesen Vorschlag jedoch nicht annahm, schlug Strömfeldt anschließend vor, die Vorschussdarlehen, die im vorigen Jahr aus den Kronmagazinen für die Bauern aufgenommen worden waren, noch in diesem Jahr auf Verantwortung der Pächter den Notleidenden zu überlassen, um es diesen zu ermöglichen, im Frühjahr die notwendige Aussaat zu erledigen.³⁵ Soop, der auch diesen Vorschlag zurückwies, verpflichtete seinerseits Strömfeldt, strengere Zwangsmaßnahmen zu ergreifen, um von den Pächtern die Getreideschulden sowie die mit der Pacht und Station verbundenen Verpflichtungen einzutreiben. Mitte Februar 1698 vertrat Strömfeldt in einem Brief an den Gouverneur erneut die Meinung, dass es nicht möglich sei, von den Pächtern die Schulden unverzüglich einzutreiben, ohne die Bauern und das Gut zu ruinieren. Auch blieben in diesem

³³ CAVALLE, *Från fred till krig* (wie Anm. 29), S. 23; ANTHONY F. UPTON: *Charles XI and Swedish Absolutism*, Cambridge 1998, S. 185f.

³⁴ Strokirch an Brakel, 19.11.1696, in: LVVA 7400-1-20, Bl. 333; Strokirchs öffentlicher Brief, 9.12.1696, in: ebenda, Bl. 379-380; Reiglement was bey Eintreibung der Bauren Gerechtigkeit und Schulden in Acht zu nehmen ist, 9.12.1696, in: ebenda, Bl. 202ff.; Liefpländische Landes-Ordnungen nebst dazu gehörigen Placaten und Stadgen, Riga 1707, S. 660-665, 685ff.

³⁵ LIIV, *Die große Hungersnot* (wie Anm. 8), Nr. 163; Strömfeldt an Soop, 16.1.1698, in: RA, *Ekonomiståhållarens i Dorpat G. A. Strömfelts kontor*, vol. 4.

Fall auf den Krongütern keine Mittel zur Unterstützung der Bauern übrig, was für die Krone irreversible Schäden (Verödung des Landes) bedeute.³⁶

Die unnachgiebige Position der Zentraladministration bezüglich der Eintreibung der Schulden, Staatssteuern und Pachtzinsen lockerte sich erst nach den schwierigsten Jahren der großen Hungersnot, als der Staat den Pächtern auf den kurzfristig verpachteten Gütern Schuldenerleichterungen zugestand.³⁷ Diese Maßnahmen Stockholms waren jedoch nicht geeignet, zur Lösung der Probleme der hungernden Bauern beizutragen, sondern setzten sich lediglich mit den Folgen der Hungersnot auseinander.

Die Getreidedarlehen aus den Kronmagazinen

Die Einrichtung öffentlicher Speicher, deren Hauptzweck es war, der Landbevölkerung in Notzeiten Getreide zur Verfügung zu stellen, war in Kontinentaleuropa bis zum 18. Jahrhundert noch nicht weit verbreitet.³⁸ Aus den Magazinen, die von den Landesherren in den Städten oder Festungen angelegt worden waren, um vor allem die Versorgung der Truppen zu gewährleisten, verlieh man das Getreide nur in Ausnahmefällen als Nothilfe an die Zivilbevölkerung.³⁹ Nur im schwedisch regierten Herzogtum Pfalz-Zweibrücken kam es bis zum Ende des 17. Jahrhunderts dazu, dass der dortige Generalgouverneur anordnete, ab 1699 Getreidevorräte zur Unterstützung der Bauernschaft in den Kronmagazinen anzulegen, die in Krisenzeiten auszugeben waren, um Hunger, Verarmung, Verschuldung oder Auswanderung vorzubeugen. Außerdem war es der Krone durch die in den Magazinen aufbewahrten Vorräte möglich, die Bewegung des Getreidepreises zu überwachen oder aber aus dem Getreideverkauf Gewinn zu erzielen.⁴⁰ Im schwedischen Kernland wurde die Einrichtung öffentlicher

³⁶ Strömfeldt an Soop, 14.2.1698, in: RA, Ekonomiståhållarens i Dorpat G. A. Strömfeldts kontor, vol. 4.

³⁷ LIIV, Die große Hungersnot (wie Anm. 8), S. 35, 49f.; Till Gref. Axel Julij de la Gardie angående Arendatorernes och Cronoböndernes ansökning på Estland, 2.12.1696, in: RA, Riksregistraturet, vol. 589; Till Cammar Collegium swar angående tillstånd för in temporelle Arendatorerne i Estland att så korta uti arrende summarne 1695, 1696 och 1697 åhrs anstående Bondeskulder, 3.5.1703, in: ebenda, vol. 631.

³⁸ Zu England siehe PAUL SLACK: Dearth and social policy in early modern England, in: Social History of Medicine 5 (1992), S. 1-17, hier S. 17; WILHELM NAUDÉ: Die Getreidehandelspolitik der Europäischen Staaten vom 13. bis zum 18. Jahrhundert, als Einleitung in die Preußische Getreidehandelspolitik, Berlin 1896 (Acta Borussica, 1), S. 92-95.

³⁹ KARL ÅMARK: Spannmålshandel och spannmålspolitik i Sverige 1719-1830 [Der Getreidehandel und die Getreidepolitik in Schweden 1719-1830], Stockholm 1915, S. 200; NAUDÉ, Die Getreidehandelspolitik und Kriegsmagazinverwaltung (wie Anm. 18), passim, insbesondere S. 22, 87-91, 271f., 294, 324.

⁴⁰ LOTHAR K. KINZINGER: Schweden und Pfalz-Zweibrücken: Probleme einer gegenseitigen Integration. Das Fürstentum Pfalz-Zweibrücken unter schwedischer Fremdherrschaft (1681-1719). Diss. Univ. Saarbrücken 1988, S. 496f.

Getreidemagazine erst in den 1720er und 1730er Jahren ernsthaft auf die Tagesordnung gesetzt. Ein Netz von tatsächlich funktionierenden Kirchspielsmagazinen (*sockenmagasinen*) konnte sowohl im schwedischen Kernland als auch in Finnland erst in den 1750er Jahren angelegt werden.⁴¹

Andererseits hatte Schweden bis zum Ende des 17. Jahrhunderts ein erfolgreich funktionierendes Netz von Kronmagazinen für die Garnisonen eingerichtet. Die Aufbewahrung von staatlichen Vorräten an Getreide war in Verbindung mit der Vergrößerung des stehenden Heeres unvermeidlich geworden.⁴² In den Ostseeprovinzen richtete Schweden Kronmagazine in Riga, Dünamünde, Kokenhusen, Dorpat und Pernau (Livland) sowie in Reval (Estland), Narva (Ingermanland) und Arensburg (Ösel) ein.⁴³ Die zwei Hauptfunktionen der Kronmagazine waren die Aufbewahrung des Getreides aus den Staatssteuern sowie die Verproviantierung der Garnisonen. Außerdem wurden aus den Magazinen Überschüsse nach Schweden ausgeführt. Außer der Versorgung des Heeres konnten dem Staat noch weitere Getreidebedürfnisse entstehen (z. B. für die Unterstützung der neu gegründeten Bauernschulen in Livland⁴⁴), wozu die in den Kronmagazinen aufbewahrten Vorräte benutzt werden konnten. Spätestens zu Beginn der 1640er Jahre verteilte die schwedische Regierung viele Hunderte Tonnen Brot- und Saatgetreide an die Kronbauern in Ingermanland, doch geschah dies in Form von nur kurzfristig, d. h. bis zum Herbst gewährten Vorschussdarlehen.⁴⁵ In den Hungerjahren 1680–1690 wurde

⁴¹ Siehe ÅMARK, Spannmålshandel (wie Anm. 39), S. 320–327; ILKKA TEERIJO-KI: Nälkävuosien turva? Pitäjänmakasiinit Suomessa 1700-luvulla [Schutz in der Hungerszeit? Kirchspielsmagazine im 18. Jahrhundert], Helsinki 1993 (Historiallisia Tutkimuksia, 175); NAUDÉ, Die Getreidehandelspolitik der Europäischen Staaten (wie Anm. 39), S. 404–408.

⁴² Siehe MARGUS LAIDRE: Üks hä tru ja öige sullane: Elust Rootsi sõjaväes Eestija Liivimaal 1654–1700 [Ein guter, treuer und gerechter Knecht. Über das Leben in der schwedischen Armee in Est- und Livland 1654–1700], Tartu 1999 (Scripta archivi historici Estoniae), S. 25–28.

⁴³ OTTO LIIV: Die wirtschaftliche Lage des estnischen Gebietes am Ausgang des XVII. Jahrhunderts. Allgemeiner Überblick, Getreideproduktion und Getreidehandel, Tartu 1935 (Verhandlungen der Gelehrten Estnischen Gesellschaft, 27), S. 235; ONNI KORKIAKANGAS: Kaarle XII:n kenttäarmeijan huolto sotaretkillä vuosina 1700–1701 mannereurooppalaisten huoltojärjestelmien näkökulmasta [Kriegsversorgung, Unterhaltung und Verpflegung der Feldarmee Karls XII. auf den Feldzügen 1700–1701 vom Standpunkt der kontinentalen Versorgungssysteme aus betrachtet], Helsinki 1974 (Historiallisia tutkimuksia, 89), S. 148–175.

⁴⁴ Siehe AIVAR PÖLDVEE: Kyrklig folkundervisning i Estland och Livland 1675–1695. Centralmaktens politik och det lokala initiativet [Kirchliche Volksbildung in Estland und Livland 1675–1695. Die Politik der Zentralgewalt und die lokale Initiative], in: Stat-kyrka-samhälle. Den stormaktstida samhällsordningen i Sverige och Östersjöprovinserna, hrsg. von TORTEL JANSSON und TORBJÖRN ENG, Uppsala 2000 (Studia Baltica Stockholmensia, 21), S. 185–282, hier S. 215.

⁴⁵ GEORG WITTRÖCK: Regering och allmoge under Kristinas förmyndare. Studier rörande allmogens besvär [Die Regierung und das Volk unter Kristinas Bevormundung. Eine Studie über die Beschwerden der Bauern], Uppsala 1948 (Skrifter utgivna av K. Humanistiska Vetenskaps-Samfundet i Uppsala, 38), S. 385f.

auch im schwedischen Kernland Getreide aus den Kronmagazinen an die Bauern verliehen.⁴⁶

In Livland wurde die Frage des Verleihs von Getreide aus den Kronmagazinen für die Bauern zum ersten Mal nach der Missernte von 1684 auf die Tagesordnung gesetzt. Im Frühjahr 1685 sollten aus den Kronmagazinen von Dorpat, Pernau und Riga insgesamt 8 000 bis 9 000 Tonnen Getreide in Form eines Unterstützungsdarlehens bereitgestellt werden, das im Herbst auf Verantwortung der Pächter rückerstattet werden musste. Dafür wurde beim König eine Erlaubnis beantragt. Außer der Absicht, die Notleidenden mit Brotgetreide zu unterstützen, sollte das zur Anleihe vorgesehene Getreide noch zwei weiteren Zwecken dienen: Es sollte die geflüchteten Bauern zur Rückkehr bewegen und zum Lebensunterhalt der vor Ort gebliebenen Bauern beitragen.⁴⁷ Der König gab diesem Antrag statt.⁴⁸ Auch in den nachfolgenden Jahren, als es nur geringfügige Schwierigkeiten gab, übten die Arrendatoren der Krongüter heftigen Druck auf die livländischen Behörden aus, um ein Getreidedarlehen aus den Kronmagazinen zu erhalten. Die Erlaubnis, das für den Heeresunterhalt bestimmte Getreide zu anderen Zwecken zu verwenden, musste aber entweder vom Kriegsgouverneur der Provinz, vom Generalgouverneur oder vom König selbst erteilt werden.⁴⁹

Um beim Staat ein Getreidedarlehen aufnehmen zu können, wandten sich nicht nur die Arrendatoren der Krongüter, sondern auch die Kronbauern selbst an die Provinzverwaltung. Die Bauern haben also spätestens am Ende des 17. Jahrhunderts offenbar damit gerechnet, dass der Staat ihnen im Notfall Beistand leistete. Bereits in den 1680er Jahren hatten die Kronbauern die livländischen Ökonomiestatthalter aufgesucht, um sie zu bitten, dringend benötigtes Saat- und Brotgetreide bereitzustellen. Ein Bauer aus Eichenangern äußerte sich – nach den Worten des Statthalters – Strokirch gegenüber wie folgt: „Er (habe) weder Saht Korn, womit Er sein Landt besäen könne noch Brodtkorn zu Lebensunterhalt“.⁵⁰ Der Statthalter schickte alle diese Bauern zurück zu ihren Gutsherrn, doch gab er ihnen in den meisten Fällen ein Empfehlungsschreiben mit: Dem erwähnten Pächter von Eichenangern schrieb Strokirch, dass dieser dem

⁴⁶ ÅMARK, Spannmålshandel (wie Anm. 39), S. 200; siehe auch LENNERSAND, Rättvisans och allmogens beskyddare (wie Anm. 6), S. 61.

⁴⁷ Memorial, 19.5.1685, in: RA, Livonica II, vol. 124; Strokirch an den Pächter von Techelfer, 8.6.1685, in: EAA, 567-3-42, Bl. 28-28r.

⁴⁸ Die Vorstreckungen den Wasullschen und Lookatschen bauren an Unterhalt und Sahtkorn pro Ao 1685, in: LVVA, 7349-1-223, Bl. 13.

⁴⁹ Strokirch an Schwengel, 13.5.1686, in: LVVA, 7400-1-14, Bl. 123; Livländischer Gouverneur Soop an den Proviantmeister Silentzen, 21.4.1687, in: LVVA, 7349-1-41, Bl. 325; Strokirchs Briefe an Schwengeln und den Pächter Cragmelis, 30.6.1687, in: LVVA, 7400-1-15[B], Bl. 110-110r.; Karl XI. an den Livländischen Gouverneur, 18.5.1696, in: LVVA, 7349-1-145, Bl. 141-141r.; vgl. LIIV, Die große Hungersnot (wie Anm. 8), S. 53.

⁵⁰ Strokirch an Major Rapp, 5.5.1687, in: LVVA, 7400-1-15 [B], Bl. 34.

Bauern „insoweit alß Hr. Majoren selbstn weiß daß Er zahlbar ist, mit Brodt- und Saht Korn behulfflich zu sein, damit Er nicht ganz unterkommen möge, sondern zum wenigsten eine Arbeitspflicht abtragen könne“.⁵¹ Nach der allgemeinen Missernte von 1691 wurde Strokirch im Frühjahr 1692 von den Kronbauern von Ilden aufgesucht, auf deren Hilfersuchen der Statthalter jedoch mit Bedauern antwortete, dass er weder befugt noch imstande sei, auf ihre Wünsche einzugehen. Strokirch riet den Bauern, sich an den Rigaer Ratsherrn Johann Reuter zu wenden, um ein Getreidedarlehen zu erhalten, und schrieb eine Empfehlung, worin er unter anderem vermerkte, er zweifle nicht daran, dass die Bauern in der Lage seien, das Getreidedarlehen im Herbst zurückzuerstatten.⁵² Den estländischen Generalgouverneur Axel Julius De la Gardie besuchten im Mai 1696 die Bauern von insgesamt 13 Gütern, um ihn um die Bereitstellung von Saat- und Brotgetreide zu bitten. Obwohl keinem von ihnen direkte Hilfe geleistet wurde, wies der Generalgouverneur die Besitzer oder Pächter dieser Güter an, den Bauern unverzüglich Beistand zu leisten.⁵³ Auch andere Zweige der Gouvernementsregierung von Liv- und Estland hatten sich in den 1690er Jahren mit solchen Beschwerden der Bauern zu beschäftigen.⁵⁴ Es fällt dabei auf, dass die Bauern großes Vertrauen zum König hatten, denn sie wandten sich an ihn insbesondere in den zwei letzten Jahrzehnten des 17. Jahrhunderts. Zwischen 1680 und 1700 haben liv- und estländische Bauern mehr als 50 Reisen nach Stockholm unternommen, um dem König ihre Beschwerden und Supplikationen zu überreichen. Wegen des Hungers hingegen beschwerten sich die Bauern ausschließlich bei der Gouvernementsregierung und den Provinzialbehörden – überraschenderweise nie beim König.

Die Argumente, mit denen in der Korrespondenz der Behörden die Notwendigkeit der aus den Kronmagazinen den Kronbauern gewährten Darlehen begründet wird, sind stets rein ökonomisch. Die Darlehen seien notwendig, damit die Bauernhöfe nicht verödeten oder ihre Produktionskapazität einbüßten, was die Einnahmen der Krongüter vermindere.⁵⁵ Humane oder soziale Erwägungen spielten so gut wie nie eine Rolle. Bereits der Darlehenscharakter dieser Getreidezuweisungen, auf die noch Zinsen aufgeschlagen werden konnten,⁵⁶ zeugt von ihrem Zweck. Der

⁵¹ Ebenda.

⁵² Strokirch an den Ratsherrn Reuter, 7.5.1692, in: LVVA, 7400-1-17, Bl. 160.

⁵³ Konzepte der ausgegangenen Briefe des Estländischen Generalgouverneurs, 1696, in: EAA, 1-2-134, Bl. 72r-79.

⁵⁴ Siehe z. B. den Brief des Livländischen Generalgouverneurs Soop an den Assessor Hagemester, 29.4.1698, in: EAA, 278-1-IV-36:4, Bl. 48-48r.

⁵⁵ Siehe z. B. das Schreiben Soops an den Proviantmeister Silentzen, 21.4.1687, in: LVVA, 7349-1-41, Bl. 325; Strömfeldt an den Livländischen Generalgouverneur, 26.10.1696, in: RA, Ekonomisthällarens i Dorpat G.A. Strömfelts kontor, vol. 4.

⁵⁶ Der vom Staat festgesetzte Zinsfuß für die aus dem Kronmagazin gewährten Getreidedarlehen betrug 1/6 bzw. 16,66%, siehe LIIV, Die große Hungersnot (wie Anm. 8), Nr. 143, 158.

Staat behandelte die aus den Kronmagazinen den Kronbauern gewährten Getreideabgaben zudem nicht bloß als Darlehen, sondern als letzte Möglichkeit für die Pächter, den aufgrund des Getreidemangels Not leidenden Bauern zu helfen: „man (helfe) denenjenigen Kgl. Bauren deren Noht am grösten, und die von Ihrer Herrschaft wegen selbst habenden Mangellß nicht geholffen werden könten, auß dem Königl. Magazin mit Getreydig zu ihrer Unterhaltung“.⁵⁷ Eine Erklärung des Ökonomiestatthalters Strömfeldt aus dem Jahre 1698 verdient in diesem Zusammenhang Beachtung: Sollten die Pächter selbst eine andere Möglichkeit zur Beschaffung von Brot- und Saatgetreide haben, so sei es zu unterlassen, ein Unterstützungsdarlehen aus den Kronmagazinen aufzunehmen, da solche Darlehen zu riskant seien. Die Bauern, die das Saatgut liehen, seien nicht immer in der Lage, es später zurückzuzahlen, weshalb die Pächter selbst Gefahr liefen, ihrerseits unter Druck zu geraten, das geliehene Getreide der Krone zurückzuerstatten.⁵⁸

Somit wurden die Getreidedarlehen aus den Kronmagazinen zur Unterstützung der Kronbauern nur dann gewährt, wenn die Arrendatoren der Krongüter selbst dazu nicht imstande waren, ihren Pachtbauern Getreide bereitzustellen; außerdem geschah dies auf persönliche Verantwortung der Pächter, die garantieren mussten, die Getreideschulden rechtzeitig zurückzuerstatten.⁵⁹ Dass die Getreidedarlehen aus staatlichen Reserven in Liv- und Estland lediglich den Arrendatoren der Krongüter und nicht direkt den Bauern gewährt wurden, stellte einen wichtigen grundsätzlichen Unterschied zur Kreditpolitik dar, die die schwedische Regierung in Schweden und Finnland im Notfall betrieb. Auch in Finnland verteilte der Staat in den Jahren der großen Hungersnot von 1696/97 aus seinen Reserven Getreide an die Notleidenden, doch wurde das Darlehen von den Bauern auf persönliche Verantwortung aufgenommen und auch rückerstattet.⁶⁰ In Liv- und Estland gewährte der Staat die Darlehen jedoch nur den Arrendatoren der Krongüter, die es dann an die Bauern ihrer Güter zu verteilen hatten. Die Pächter waren auch dafür verantwortlich, dass die Darlehen eingetrieben und dem Staat rückerstattet wurden. Dies beweist erneut, dass Schweden auch nach der Güterreduktion die Befolgung des in den Ostseeprovinzen verbreiteten gutswirtschaftlich geprägten Wirtschaftsmodells fortsetzte. Die soziale Sicherheit der Bauernschaft musste

⁵⁷ Der estländische Generalgouverneur De la Gardie an den König, undatiertes Konzept (1697), in: EAA, 1-2-84, Bl. 3; siehe auch Strömfeldt an den Livländischen Generalgouverneur, 30.11.1696, in: RA, Ekonomiståthållarens i Dorpat G.A. Strömfelts kontor, vol. 4.

⁵⁸ Strömfeldt an Dahlberg, 11.3.1698, in: ebenda.

⁵⁹ Im Schreiben des Königs hieß es: „nur die Arrendatoren tragen die Verantwortung dafür, dass dasselbe Getreide allmählich restituiert und zurückerstattet wird“ (*allenast Arrendatorerne blifwa oß därföre responsable, att samma Spannmåhl sedan må blifwa effter handen restituerat och betahlt*). König an den Estländischen Generalgouverneur De la Gardie, 2.12.1696, in: RA, Riksregistraturet, vol. 589.

⁶⁰ Vgl. MÄNTYLÄ, Kronan (wie Anm. 29), S. 60-63.

vom Gut bzw. dessen Eigentümer oder Pächter garantiert werden. So wurden Anfang Juni 1692 an die Bauern von Marienburg beispielsweise 200 Lof Getreide verliehen; dabei musste der Arrendator zur Sicherheit ein Formular ausfüllen, es mit Unterschrift und Siegel bestätigen und exakt benennen, wie viel Getreide den Bauern jeweils bereitgestellt werden sollte. Zugleich wurde der Pächter von Marienburg angewiesen, „vernünftige“ Bauern zur Abholung des Getreides zu schicken.⁶¹ Die Abwicklung der aus den Kronmagazinen aufgenommenen Darlehen erfolgte streng auf der Grundlage der Formulare. So musste der Pächter zur Aufnahme des Getreidedarlehen der königlichen Renterei eine Quittung ausstellen und dem Wirtschaftskontor eine Garantieerklärung bzw. einen Revers vorlegen, womit zugesichert wurde, dass das geliehene Getreide im kommenden Herbst, wenn sich die Straßenverhältnisse verbessert hätten,⁶² mit gutem und brauchbarem Korn, wie es sich gehört, ersetzt würde.⁶³

In den Jahren der großen Hungersnot von 1696/97 gab es aber ein noch größeres Problem, mit dem sich die schwedische Regierung konfrontiert sah: Die Vorräte der Kronmagazine reichten nicht einmal für die Garnisonen aus, so dass es ungeachtet aller begründeten Bitten nicht möglich war, große Mengen Getreides zur Unterstützung der Bauernschaft bereitzustellen.⁶⁴ Dass die Vorräte der Kronmagazine nicht ausreichten, war in erster Linie dadurch bedingt, dass es mit großer Mühe verbunden war, von den Gütern die Station und von den Krongütern die Pacht einzutreiben. In den Jahren 1696–1697 wurden aus den Kronmagazinen nur Gerste und Hafer an die Krongüter verliehen, zumal es ständig an Roggen mangelte.⁶⁵

Die im 17. Jahrhundert in Liv- und Estland betriebene Politik der Getreidedarlehen aus den Kronmagazinen übersah völlig den Privatbesitz. Die Bauern der Privatgüter hatten keine Möglichkeit, Anspruch auf das ausge-

⁶¹ Strokirch an den Landrat Vietinghoff, 9.6.1692, in: LVVA, 7400-1-17, Bl. 180-180r.

⁶² Im Revers hieß es: „er vor die unfehlbare Refundirung ins Magazin nach gleicher maße auf künftigen Herbst oder ehrsten schlittenbahn stehen will“. Strokirch an den Proviantmeister Krankenhagen, 2.5.1687, in: LVVA, 7400-1-15[B], Bl. 17.

⁶³ Siehe z. B. Strokirch an von Funken, 14.4.1697, sowie Funkens Revers, Apr. 1697, in: LVVA, 7400-1-20a, Bl. 251; Strokirch an Baumgarten, 20.4.1697, in: ebenda, Bl. 262f.; Strokirch an Glasenapp, 29.4.1697, in: ebenda, Bl. 287f.; die gleiche Ordnung galt auch in Bezug auf die Kronmagazine von Reval und Narva. Vgl. LIV, Die große Hungersnot (wie Anm. 8), Nr. 135.

⁶⁴ Siehe z. B. Strokirch an Kapitänleutnant Bankaw, 8.5.1697, in: LVVA, 7400-1-20a, Bl. 302-303; Strokirch an Funken, 14.4.1697, in: ebenda, Bl. 251; Strokirch an Glasenapp, 29.4.1697, in: ebenda, Bl. 287f. Siehe zum Umfang der Getreidevorräte in den Kronmagazinen Livlands 1697–1698: LIV, Die wirtschaftliche Lage (wie Anm. 44), S. 237.

⁶⁵ Strokirch an Baumgarten, 20.4.1697, in: LVVA, 7400-1-20a, Bl. 262-263; Strokirch an Glasenapp, 29.4.1697, in: ebenda, Bl. 287f.; Strokirch an Bankausch, 1.5.1697, in: LVVA, 7400-1-20a, Bl. 295. Siehe auch LIV, Die große Hungersnot (wie Anm. 8), S. 53, 56; SCHARTAU, De svenska östersjöprovinserna, 1 (wie Anm. 8), S. 26ff.

gebene Getreide zu erheben. Während der großen Hungersnot wurden der Gouvernementsregierung von Estland zwar Anträge auf Beihilfe gestellt, doch wurde diesen nicht stattgegeben.⁶⁶ Mehr noch: Während der ganzen betrachteten Periode erließ der Staat keine direkte öffentliche Anordnung an die Besitzer der Privatgüter, die sie dazu verpflichtet hätte, den Bauern Beistand zu leisten oder zu ihrem Lebensunterhalt beizutragen.

Schlussfolgerungen

Dass das Schwedische Reich sich kaum mit der Hungerhilfe der Landbevölkerung befasst hat, ist in erster Linie auf die allgemeine Konzeption des Militärstaats zurückzuführen: Militärischen Zwecken war eindeutig Vorrang vor zivilen Bedürfnissen einzuräumen.⁶⁷ Da den Ostseeprovinzen die Rolle der „östlichen Schutzmauer“ Schwedens zugesprochen wurde, waren die aus den liv- und estländischen Gütern eingegangenen Einnahmen in erster Linie für den Unterhalt der regionalen Garnisonen bestimmt.⁶⁸ Diese staatliche Haltung lässt sich auch aus den Quellenmaterialien zur großen Hungersnot herauslesen. Ihnen kann man entnehmen, dass die Anträge der Pächter und Lokalbeamten, zur Unterstützung der Bauern Getreidedarlehen aufzunehmen, auf Kosten der für das Heer angelegten Getreidevorräte hätten befriedigt werden müssen, doch gab die Zentralgewalt den Bedürfnissen der Garnisonen immer den Vorrang. Aufgrund des Primats der militärischen Funktion des Magazingetreibes hatte der König im Frühjahr 1698 die Verwendung der Magazinvorräte zur Unterstützung der Bauern unter Androhung „schwerer Strafen“ verboten. Diese Position wurde vor Ort auch vom Generalgouverneur hartnäckig verteidigt.⁶⁹

Während der ganzen Periode der schwedischen Herrschaft sind in den Ostseeprovinzen keine realen Schritte unternommen worden, um die Hilfsmaßnahmen zugunsten der Landbevölkerung zu institutionalisieren. Hierbei sei angemerkt, dass das Schwedische Reich während der ganzen betrachteten Periode ein eher geringes Interesse für das Hungerproblem der Bauernschaft der Ostseeprovinzen bekundete und wenig Anteilnahme an ihrer Not zeigte. Dies bedeutet, dass die zur Erhaltung der bäuerlichen

⁶⁶ Siehe etwa diesbezügliche Ablehnungen bei LIIV, Die große Hungersnot (wie Anm. 8), Nr. 116.

⁶⁷ Siehe SVEN A. NILSSON: De stora krigens tid. Om Sverige som militärstat och bondesamhälle [Die große Kriegszeit. Schweden als Militärstaat und Bauerngesellschaft], Uppsala 1990 (Studia Historica Upsaliensia, 161); JAN LINDEGREN: The Swedish Military State, 1560–1720, in: Scandinavian Journal of History 1985, S. 305–336.

⁶⁸ Vgl. CAVALLIE, Från fred till krig (wie Anm. 29), S. 23; DAHLGREN, Der schwedische Absolutismus (wie Anm. 6), S. 19; PIIRIMÄE, Rootsi riigi ja Liivimaa finantsuhted (wie Anm. 10), S. 28.

⁶⁹ Soop an den Statthalter Strömfeldt, 21.4.1698, in: EAA, 278-1-IV-36:4, Bl. 39; siehe auch: LIIV, Die große Hungersnot (wie Anm. 8), S. 53; Soop an den Statthalter Strömfeldt, 21.3.1698, in: LVVA, 7349-1-50, Bl. 94ff.

materiellen Lebensgrundlagen ergriffenen Maßnahmen nicht den Interessen der Bauernschaft als der einheimischen Bevölkerung Rechnung trugen, sondern auf der Grundlage rein finanzieller Überlegungen des Staates getroffen wurden. Dabei beachteten die Überlebenaussichten der Bauern auf den Privatgütern in der Hungerkrise so gut wie überhaupt nicht. Der Staat kümmerte sich nicht darum, wenn Privatbauern Hungers starben. Zwar trugen die Arrendatoren der Krongüter die Verantwortung dafür, dass das Gut nicht aufgrund ihres eigenen Versagens Bauern verlor, doch unterließen sie es, die Ursachen der Hungertode zu ermitteln.

Es liegt nahe, dass den katastrophalen Missernten, die 1695–1697 den ganzen Ostseeraum heimsuchten, mithilfe der damaligen agrartechnischen Verfahren nicht vorgebeugt werden konnte. Allerdings wäre es durchaus möglich gewesen, die in diesen Jahren zu verzeichnende hohe Sterblichkeit und große Hungersnot zu verhindern.⁷⁰ Während der großen Hungerkrise der 1690er Jahre hätte die schwedische Regierung eine Reihe von Maßnahmen ergreifen können, um die Bauernschaft vor dem Hungertod zu retten. Was den Umfang der Getreidevorräte betrifft, so wäre es möglich gewesen, Getreide als Direkthilfe an die Bauern zu verteilen, oder im Falle der Darlehensgewährung dies nicht in Form von kurzfristigen, sondern zinslosen und langfristigen Krediten zu tun. Auch unterließ es der Staat, den Bauern die Möglichkeit zu geben, ihr Hungerproblem selbst zu bewältigen. Zudem gab es im 17. Jahrhundert keinerlei private oder staatliche Initiative zur öffentlichen Unterstützung der hungernden Bevölkerung.⁷¹

Das geringe Interesse für das Hungerproblem der Landbevölkerung ist darauf zurückzuführen, dass die schwedische Regierung im 17. Jahrhundert Hungersnöte noch nicht als Folge einer unzulänglichen staatlichen Wirtschaftspolitik aufgefasste, für die sie selbst auch nur die geringste Verantwortung hätte übernehmen müssen. Einerseits sah man Hunger und Missernten als unabwendbare, von Gott geschickte Naturereignisse an. Andererseits war man der Auffassung, dass es wenigstens in Liv- und Estland den Gütern oblag, sich mit den infolge von Missernten entstandenen Schäden zu befassen und für sie gerade zu stehen. Auf jeden Fall waren von der staatlichen Tendenz, sich der Verantwortung zu entziehen, die liv- und estländischen Bauern am härtesten betroffen, da sie Opfer der Politik und der Wirtschaftsverhältnisse waren und keinerlei Möglichkeit hatten, im Fall von Missernten etwas zu ihrer eigenen Rettung zu unternehmen.⁷²

⁷⁰ Vgl. SEN, *Poverty and famines* (wie Anm. 27), S. 123.

⁷¹ Wie Tiit Rosenberg nachgewiesen hat, kam es in den baltischen Provinzen erst während der Hungersnot in den Jahren 1868–1869 zur privaten Wohltätigkeit bei der Unterstützung der hungernden Menschen. TIIT ROSENBERG: 1867.–1869. aasta näljahäda Eestis ja hädaabikomiteede tegevus [Die Hungersnot von 1867–1869 in Estland und die Tätigkeit der Notstandskommissionen], in: *Õpetatud Eesti Seltsi aastaraamat 2004–2005* [Jahrbuch der Gelehrten Estnischen Gesellschaft 2004–2005], Tartu 2006, S. 318–327, hier S. 321–326.

⁷² Vgl. JAMES VERNON: *Hunger: a modern history*. London 2007, S. 2f.

Die schwedische Regierung verfügte in der betrachteten Periode über keinen konkreten Aktionsplan zur Verhinderung von Hungersnöten. Infolge der staatlichen (Un-)Tätigkeit konnte in den Ostseeprovinzen im 17. Jahrhundert noch keiner Hungerkrise vorgebeugt werden. Es fällt jedoch auf, dass Gutsbesitzer und Bauern am Ende des Jahrhunderts eine große Anzahl von Beschwerden in dieser Angelegenheit eingereicht haben und offenbar damit rechneten, dass der Staat ihnen Beistand leisten werde. Allerdings wurde die Hoffnung auf reale staatliche Unterstützung nicht erfüllt. Auch während der großen Hungersnot waren die Gouvernementsregierungen in erster Linie bestrebt, die Ordnung aufrechtzuerhalten. Das Verhältnis zwischen Staat, Krongütern und Bauernschaft sollte unverändert bleiben. Der Regierung kam es nach wie vor in erster Linie darauf an, die Pächter im Rahmen des Pachtvertrags dazu zu verpflichten, auf die beste Art und Weise für das Gut und die Bauern zu sorgen. Die Rolle des Staates beschränkte sich lediglich darauf, Anordnungen zur Erhaltung der bauerlichen Lebensgrundlagen zu treffen und seine Überwachungsfunktion auszuüben. Bis zum Beginn des 18. Jahrhunderts war die gesellschaftliche Entwicklung in den schwedischen Ostseeprovinzen noch nicht so weit fortgeschritten, dass der Staat sich verpflichtet gefühlt hätte, sich an der Ersetzung der durch die Missernten entstandenen Schäden oder an der direkten finanziellen Unterstützung zu beteiligen.

SUMMARY

*Did the Swedish State Offer
Hunger Relief in its Baltic Provinces
during the Seventeenth Century?*

The main aim of the present article is to examine whether the Swedish state showed any interest in dealing with the peasants' subsistence problems in its Baltic provinces and what solutions it offered in cases of famines. This would provide an additional point of view for understanding the significance of the provinces of Livland and Estland for the Swedish crown and the state's functions in those provinces.

By the end of the seventeenth century the Swedish government had not taken any concrete steps to institutionalize hunger relief resources for the peasantry. The state started to show some interest in peasants' subsistence problems only in the last two decades of the century. In the 1680s, five-sixths of all possessions in Livland and over half of possessions in Estland went back into the hands of the crown as a result of the great *reduktion*

of estates. The leaseholders' commitment to protect the peasantry of the manor against hunger and ruination was strictly stipulated in the crown lease contracts and other instructions. Here the state's motivations were purely financial. The issues of the leaseholders' will and capacity to support their peasants came up on the agenda most acutely during the three successive catastrophic crop failures from 1695–97. Despite the government's rigid position that all leaseholders of the crown manors had to assist their peasants in cases of crop failure, thousands of peasants still starved to death and thousands of farmsteads were abandoned during the Great Famine of 1696–97.

However, even during the events of the Great Famine the Swedish government did not implement any rapid solutions. By the end of the seventeenth century, there was still no functioning system for collecting reserves of corn in the provinces that could guarantee a supply of corn during times of shortage. The crown estates could only apply to loan extra grain from the state granaries built for the upkeep of the garrisons. These were situated in Riga, Dünamünde, Kokenhusen, Dorpat, Pernau, Reval, Narva and Arensburg, and the grain stored there was mainly received from the state taxes of the provinces. However, parcelling out grain to the manors from these stores was rather complicated and time-consuming. Furthermore, the peasants in need did not receive corn aid from the crown granaries as a direct subvention, but on a loan basis. Due to the social order of the manor economy, no peasant could apply for a loan by himself but only the leaseholders could do this (no loan was given out to the private manors).

This all proves once again that the Baltic provinces had, first and foremost, a purely political, financial and economic importance to Sweden. As a military state, Sweden placed military needs ahead of civil ones as far as the provinces were concerned. Thirdly, early modern European governments did not regard famine as a matter of economic policy, and the Swedish crown thus did not feel itself responsible for starvation amongst the peasantry. In the framework of the manor economy, as it was accepted in the Baltic provinces, the landlord should have maintained his serf peasantry. As a result of all this one can conclude that in the Baltic provinces no famine crises were prevented by the action of the state during the seventeenth century.

Der Hallische Pietismus und die Herrnhuter Brüdergemeine in Liv- und Estland im 18. Jahrhundert

VON GUIDO STRAUBE UND MATI LAUR

Die Errichtung der russischen Herrschaft als Ergebnis des Nordischen Krieges (1700–1721) ließ die kulturellen Kontakte Livlands und Estlands zum westlichen Europa nicht versiegen. Da russische kulturelle Einflüsse im 18. Jahrhundert aber weitgehend ausblieben, intensivierten sich die Beziehungen der Ostseeprovinzen zum deutschen Kulturraum. Während im 17. Jahrhundert die Nachbarschaft des von Europa isolierten Russland Livland und Estland an den Rand des westlichen Geisteslebens gedrängt hatte, belebte im 18. Jahrhundert das europäischer werdende Russland auch das Geistesleben der Ostseeprovinzen, die zur einer kulturellen Brücke zwischen West und Ost wurden. Zudem verschwand der für das Ende der schwedischen Zeit charakteristische Druck des orthodoxen Luthertums. Dagegen fanden andere, neue Glaubensrichtungen, die schon während der schwedischen Zeit aus Deutschland gekommen waren – zunächst der Pietismus und die mit diesem verbundene Herrnhuter Brüdergemeine –, in Livland und Estland erstaunlich schnell Unterstützung.

Die Verhältnisse nach dem Nordischen Krieg lassen sich am besten mit dem Stichwort „Wiederaufbau“ kennzeichnen.¹ Der über Livland und Estland hinweg gezogene Krieg und die mit diesem einhergegangene Pest hatten nicht nur zerstörte und entvölkerte Städte und Dörfer zur Folge gehabt. Auch das vom Krieg strapazierte kirchliche Leben musste wiederhergestellt werden. Man kann sagen, dass der Pietismus und die Herrnhuter Brüdergemeine das Baltikum zu einem Zeitpunkt erreichten, als sie am dringendsten nötig waren.

Der folgende Überblick soll nicht nur diese These bestätigen, sondern auch Interesse wecken, dieses wichtige Kapitel in der Geschichte der Ostseeprovinzen weiter zu erforschen.²

¹ So heißt das die entsprechende Zeit in der baltischen Geschichte behandelnde Kapitel z. B. bei Gert von Pistohlkors: „Der Wiederaufbau nach dem Nordischen Krieg“. Siehe *Baltische Länder*, hrsg. von GERT VON PISTOHLKORS, Berlin 1994, 2. Aufl. 2002 (Deutsche Geschichte im Osten Europas), S. 266–294.

² Im Vergleich z. B. zur Erforschung der Aufklärungsbewegung ist dem Pietismus und der Herrnhuter Brüdergemeine deutlich weniger Aufmerksamkeit geschenkt worden. Die bisherigen ausführlicheren Überblicksdarstellungen zum Pietismus und der Herrnhuter Brüdergemeine sind in der Zwischenkriegszeit und unmittelbar nach dem Zweiten Weltkrieg erschienen. OLAF SILD: *August Hermann Francke möjude meie maal* [Der Einfluss von August Hermann Francke auf unser Land],

Es ist offensichtlich, dass der Pietismus in Livland bereits im 17. Jahrhundert relativ bald nach seiner Entstehung in Deutschland bekannt war. Allerdings war es in Livland für die ersten Pietisten fast unmöglich, eine feste Grundlage für ihr Wirken zu finden. Livland wie Estland waren unter den schwedischen „Drei Kronen“ für den Pietismus de facto eine Sperrzone. In Schweden selbst wie auch in den schwedischen Gebieten an der Süd- und Ostküste der Ostsee war die lutherische Kirche eine orthodoxe Einheitskirche, auf der auch die kirchliche Gesetzgebung des 17. Jahrhunderts beruhte. 1663 deklarierte ein Religionsedikt, dass jeder, der „neue und unnötige quæstiones“ verbreitete, bestraft werden sollte, wobei als höchste Strafe der Tod vorgesehen war.³ Der deutschbaltische Kirchenhistoriker Otto Webermann charakterisierte die orthodoxe Ära als eine Zeit des ständigen Kampfes gegen „Irrlehren“.⁴

Einer der ernsteren Kritiker der Pietisten war der Generalsuperintendent von Schwedisch-Pommern und Professor der Universität Greifswald, Johann Friedrich Mayer, der den König vor den Gefahren warnte, welche die Verbreitung des pietistischen Geistes mit sich bringen könnte.⁵ 1694 stellte Karl XI. auf seine Empfehlung hin pietistische Bücher „mit rasendem Inhalt“ im schwedischen Reich unter den Bann und verbot seinen Untertanen, an der gerade eröffneten Universität Halle zu studieren.⁶ Dieselben Ratschläge befolgte später auch König Karl XII. Doch auch in

Tartu 1928; N[IKOLAJS] WIHKSINŠ [Viksnīš]: Die Aufklärung und Agrarfrage in Livland, Riga 1933; LUDVIGS ADAMOVICHS [Adamovičs]: Die lettische Brüdergemeinde 1739–1860, Riga 1938; EDUARD WINTER: Halle als Ausgangspunkt der deutschen Russlandkunde im 18. Jahrhundert, Berlin 1953 (Veröffentlichungen des Instituts für Slavistik, 2). Zu den jüngeren Arbeiten zählt GUNTRAM PHILIPP: Die Wirksamkeit der Herrnhuter Brüdergemeinde unter den Esten und Letten zur Zeit der Bauernbefreiung (vom Ausgang des 18. bis über die Mitte des 19. Jhs.), Köln und Wien 1974 (Forschungen zur internationalen Sozial- und Wirtschaftsgeschichte, 5). Seit 1991 erschienen: GVIDO STRAUBE: Latvijas brāļu draudzes diārijs [Die Tagebücher der Brüdergemeinde in Lettland], Riga 2000; VOLDEMAR ILJA: Vennastekoguduse (herrnhutluse) ajalugu Eestimaal (Põhja-Eesti) 1730–1743 [Die Geschichte der Brüdergemeinden (Herrnhuter) in Estland (Nord-Estland) 1730–1743], Helsinki 1994; DERS.: Vennastekoguduse (herrnhutluse) ajalugu Eestimaal (Põhja-Eesti) 1744–1764 [Die Geschichte der Brüdergemeinden (Herrnhuter) in Estland (Nord-Estland) 1744–1764], Tallinn 2000; DERS.: Vennastekoguduse (herrnhutluse) ajalugu Liivimaal (Lõuna-Eesti) 1729–1750 [Die Geschichte der Brüdergemeinden (Herrnhuter) in Estland (Süd-Estland) 1729–1750], Tallinn 2002; DERS.: Vennastekoguduse (herrnhutluse) ajalugu Liivimaal (Lõuna-Eesti) 1750–1765 [Die Geschichte der Brüdergemeinden (Herrnhuter) in Estland (Süd-Estland) 1750–1765], Tallinn 2005; DERS.: Vennastekoguduse (herrnhutluse) ajalugu Liivimaal (Lõuna-Eesti) 1766–1817 [Die Geschichte der Brüdergemeinden (Herrnhuter) in Estland (Süd-Estland) 1766–1817], Tallinn 2006.

³ OTTO A. WEBERMANN: Pietismus und Brüdergemeinde, in: Baltische Kirchengeschichte, hrsg. von REINHARD WITTRAM, Göttingen 1956, S. 149–166, hier S. 149.

⁴ Ebenda, S. 151.

⁵ SILD, August Hermann Francke mõjud (wie Anm. 2), S. 6.

⁶ Ebenda, S. 130.

dieser Situation hat Livland die Winde der Veränderungen, die aus Halle heranwehten, durchaus verspürt.

Die Tätigkeit des Theologieprofessors August Hermann Francke machte Halle zum Zentrum der pietistischen Bewegung. Die 1695 gegründeten „Franckeschen Stiftungen“ erlangten im ganzen protestantischen Europa Bekanntheit. In den letzten anderthalb Jahrzehnten der schwedischen Zeit wurde aus der Universität Halle die meistbesuchte Auslandsuniversität für Livländer und Estländer.⁷ Eine Rolle spielte dabei auch der livländische Generalsuperintendent Johann Fischer (1636⁸–1705, im Amt 1678–1699), der dem Pietismus gegenüber freundlich gesinnt war. Es war für Fischer sehr schwer, gegenüber seinen Arbeitgebern korrekt zu bleiben, doch unternahm er alles, um pietistische Ideen und Stimmungen ins Land zu tragen. Besonders hervorzuheben ist der Briefwechsel, den Fischer mit Philipp Jacob Spener, dem führenden Vertreter des Pietismus, führte. So schrieb der lettische Exilhistoriker Jānis Kresliņš:

„der Briefwechsel zwischen beiden ist außerordentlich in seinem Umfang und in seiner Tiefe, wie kein vergleichbares Briefcorpus für die Beziehungen des Spenerschen Pietismus zu andern außerdeutschen Regionen vorhanden oder bekannt ist.“⁹

Im Wirken Fischers sah Kresliņš auch in Livland eine Verbindung zwischen dem Pietismus und dem nationalen Moment.¹⁰

Um gegen die neuen Ideen – den Pietismus eingeschlossen – vorzugehen, veröffentlichte der livländische Generalgouverneur Erik Dahlberg (1625–1703, seit 1696 Generalgouverneur von Livland) am 16. März 1698 einen Erlass, demzufolge Studierende an ausländischen Universitäten sich an der Universität in Dorpat (seit 1699 in Pernau ansässig) zu melden hätten, um sich prüfen zu lassen. Die Universität war damals zu einer zentralen Überwachungsstelle des Erziehungswesens geworden und war zusammen mit dem geistlichen Oberkonsistorium verantwortlich für die Reinheit des orthodox-lutherischen Dogmas.¹¹ Doch die Folgen dieses Erlasses waren sehr unbefriedigend: die Tätigkeit als Hauslehrer in Livland verlor an Attraktivität. Trotzdem blieben die Hauslehrer die aktivsten Vermittler zwischen den pietistischen Städten und Universitäten Deutschlands und

⁷ ARVO TERING: Eesti-, liivi- ja kuramaalased Euroopa ülikoolides 1561–1798 [Estländer, Livländer und Kurländer an europäischen Universitäten 1561–1798], Tartu 2008 (Scripta arhivi historici Estoniae), S. 306f.

⁸ Siehe JÜRGEN BEYER: Strategien zur Hebung der Frömmigkeit in Est- und Livland (1621–1700): Konfessionalisierung und Pietismus, in: Confessionalism and Pietism. Religious Reform in Early Modern Europe, hrsg. von FRED VAN LIEBURG, Mainz 2006 (Veröffentlichungen des Instituts für Europäische Geschichte Mainz, 67), S. 111–128, hier S. 121.

⁹ JĀNIS KRĒSLIŅŠ: Der Einfluß des hallischen Pietismus auf Lettland, in: Halle und Osteuropa. Zur europäischen Ausstrahlung des hallischen Pietismus, hrsg. von JOHANNES WALLMANN und UDO STRÄTER, Tübingen 1998, S. 145–156, hier S. 148f.

¹⁰ Ebenda, S. 149.

¹¹ WEBERMAN, Pietismus und Brüdergemeine (wie Anm. 3), S. 151.

Livlands. Im Kampf gegen den Pietismus wurde eine noch härtere Kontrolle vermeintlich unzuverlässiger Personen eingeführt. Die letzte und vielleicht einschneidendste Maßnahme gegen die „schädlichen Einflüsse des Pietismus“ nahm König Karl XII. mit seinem königlichen Erlass vom 7. Juni 1706 vor, also bereits während des Großen Nordischen Krieges. Diesem Erlass zufolge waren Auslandsreisen in Zukunft nur nach einer Zuverlässigkeitsprüfung in Glaubenssachen erlaubt. Zudem mussten die Studenten nach ihrer Rückkehr darüber Rechenschaft ablegen, wo sie sich aufgehalten hatten.¹²

Trotzdem konnte man schon während der schwedischen Zeit in Livland und Estland den ersten Pietisten begegnen, die in Halle studiert hatten. Ihre Situation war jedoch nicht eben beneidenswert. Heinrich Gutsleff, der seine Tätigkeit als Pastor in Reval aufgenommen hatte, schrieb 1706, dass er „hier unter Menschen leben muss, die spotten, wenn über die innere göttliche Seligkeit und die Verleugnung der Welt gesprochen wird“, und mit der Befürchtung, für etwas dubios gehalten zu werden, predigen müsse.¹³ Der auf der Insel Moon tätige Hauslehrer Martinus Marschall wurde wegen einer Beschwerde des lokalen Pastors gezwungen, im tiefen Winter mit seiner Familie das Land zu verlassen. Der Grund war Marschalls Überzeugung, dass es nicht möglich sei, Leib und Blut des Herrn mit dem Mund zu empfangen. Er und seine Ehefrau hatten daher während des ganzen Jahres kein einziges Mal am Abendmahl teilgenommen.¹⁴

Bis zum Ende der schwedischen Herrschaft in Livland, also bis zum Jahre 1710, ist es sinnvoll, nur von einzelnen Kontakten zwischen Halle und Livland zu sprechen. Zu dieser Zeit gab es somit noch nicht einmal einen kleinen „Fluss“, sondern höchstens ein winziges „Bächlein“, das aber doch die Livländer ständig mit frischem Wasser, d. h. mit neuen Ideen versorgte.

Der Große Nordische Krieg und die Niederlage Schwedens haben sich für die Lage des Pietismus in Livland in der Tat günstig ausgewirkt.¹⁵ Der staatliche Druck auf den Pietismus hörte mit einem Schlag auf: Das Verhältnis zwischen dogmatischem Luthertum und dem Pietismus interessierte die russische Regierung nicht im geringsten. Im Gegenteil sorgte die Sympathie Peters I. gegenüber dem Pietismus sogar für dessen raschere Verbreitung.¹⁶

Über den Weg des Pietismus in das Baltikum existieren grundsätzlich zwei Thesen, deren erstere als akzeptabler gilt, weil sie von überzeugenden

¹² Ebenda.

¹³ SILD, August Hermann Francke möjud (wie Anm. 2), S. 11.

¹⁴ Ausführlich OLAF SILD: Halle pietism Muhumaal 1708–1709 [Der Hallesche Pietismus auf Muhu 1708–1709], in: Usuteadusline Ajakiri 1935, Nr. 3, S. 92–96.

¹⁵ Siehe HARALDS BIEZAIS: Anfang und Krisis der Brüdergemeinde im Baltikum, in: Unitas Fratrum. Herrnhuter Studien, hrsg. von M. P. VAN BUYTENEN u.a., Utrecht 1975, S. 177–194, hier S. 177; STRAUBE, Latvijas brāļu draudzes diārijs (wie Anm. 2), S. 35; WEBERMANN, Pietismus und Brüdergemeinde (wie Anm. 3), S. 151.

¹⁶ WINTER, Halle als Ausgangspunkt (wie Anm. 2), S. 276.

Beweisen gestützt wird. Sie besagt, dass der Pietismus von Westen her dank der engen kulturhistorischen Bande, welche die baltischen Deutschen mit den deutschen Reichsgebieten verbanden, nach Livland gekommen sei. Unter den großen Verlusten aufgrund des Nordischen Kriegs litt auch die Pastorenschaft sehr, weshalb zahlreiche Gemeinden mehrere Jahre ohne Pfarrer auskommen mussten. Zuweilen musste ein Pfarrer zwei, manchmal sogar drei Gemeinden versorgen, andernorts wurde eine pastorenlose Gemeinde von mehreren Nachbargemeinden mit Seelsorgern versorgt: Jeden Sonntag kam ein anderer und manchmal auch gar keiner. Die neuen Pastoren kamen nun dieser Version zufolge aber meistens aus der Universität, an der der Pietismus zu Hause war – aus Halle.¹⁷ Mit ihnen sowie mit der jungen Generation der Einheimischen, die oft dieselben Hochschulen besucht hatten, kam schließlich der Pietismus nach Livland und Estland.¹⁸

Die zweite Version ist demgegenüber weniger deutlich, weshalb sie aus Mangel an Beweisen einstweilen als unannehmbar gelten muss. Einigen Quellen zufolge sei der Pietismus durch schwedische Soldaten in die baltischen Provinzen gekommen.¹⁹ Viele Livländer hatten auf Seiten der Schweden im Großen Nordischen Krieg gekämpft und waren dabei in russische Kriegsgefangenschaft geraten. Es ist bekannt, dass in Tobol'sk seit 1709 ein Gefangenenerlager bestand, in dem die beiden Prediger Scharschmidt und Roloff aus Moskau als Vermittler fungierten. Sie sollen sogar Bücher aus Halle bzw. pietistische Literatur für die Gefangenen besorgt haben.²⁰ Diese Kriegsgefangenen seien nach ihrer Freilassung aus Russland heimgekehrt und hätten die Rigenser und auch andere Livländer mit dem Pietismus bekannt gemacht. Aber selbst wenn es so war, dann bleibt doch eine weitere Frage: Hatten diese Personen nach ihrer Rückkehr noch Zeit und Interesse, in Riga missionarisch tätig zu sein? Wir verfügen bislang über keinerlei genauere Quellen zu den Kontakten zwischen diesen Heimkehrern und den Rigensern.

Zwischen 1710 und 1720 treffen wir Pietisten bereits in einer größeren Anzahl in Livland an. Der Beginn der 1720er Jahre gilt als die Blütezeit des Pietismus in dieser Region. Während einiger Jahrzehnte war beinahe ganz Livland in Bewegung geraten; dies war eine Zeit stürmischer geistlicher Erweckung, von der die Gesellschaft umgestaltet wurde.²¹

¹⁷ Siehe auch *Baltische Länder* (wie Anm. 1), S. 282; ARVO TERING: Die Ausbildung der baltischen Prediger an deutschen Universitäten im 18. Jahrhundert, besonders in Halle, in: *Halle und Osteuropa* (wie Anm. 9), S. 129-143, hier S. 130, 132.

¹⁸ WEBERMANN, *Pietismus und Brüdergemeine* (wie Anm. 3), S. 150.

¹⁹ Eine Summarische Historische Nachricht von dem Anfang und Fortgang des Gnaden-Reichs Jesu Christi in Lettland (1773), in: *Archiv der Brüder-Unität, Herrnhut*, NB.I.3.148.mm., sowie in: *Lettisches Historisches Staatsarchiv (Latvijas Valsts vēstures arhīvs, künftig: LVVA)*, Riga, Bestand 237, Findbuch 1, Akte 8, Bl. 4.

²⁰ SUSANNE SCHULDES: *Netzwerke des Buchhandels. Buchexport aus der Buchhandlung des Waisenhauses (Halle/S.) in die protestantische Diaspora in Russland*, Erlangen 2003, S. 52.

²¹ KRĒSLIŅŠ, *Der Einfluß des hallischen Pietismus* (wie Anm. 9), S. 146.

Wie sich die Verhältnisse verändert hatten, kann anhand der Laufbahn des Pastors Christian Gotthold Neuhausen gezeigt werden, der in Halle studiert und später vor allem im lettischen Teil Livlands gearbeitet hatte. Nachdem er drei Jahre an Franckes Pädagogium mitgewirkt hatte, setzte er in Anbetracht des königlichen Befehls 1705 sein Studium in Pernau fort, erhielt aber im nächsten Jahr dennoch eine Absage auf seinen Ordinationsantrag. Erst nach der Errichtung der russischen Herrschaft wurde er 1711 zum Pastor ordiniert. Später stieg er bis zum Propst und zum Assessor des Oberkonsistoriums auf.²²

1718 bestätigte der Magistrat von Pernau den Pietisten Magnus Barthold Cahl als Schulrektor – ungeachtet des Widerstands der Kirchenkreise. Deren Ansicht nach hielt Cahl sich nicht an die reine Lehre und erkannte die Bekenntnisschriften nur insoweit an, als sie mit der Heiligen Schrift übereinstimmten. Zudem habe er in seiner Probepredigt zweifelhafte Ausdrücke verwendet. Der Magistrat von Pernau hingegen fand am Kandidaten für das Rektoramt nichts auszusetzen: Cahl habe guten Erfolg bei der Jugend gehabt und man könne sich mit ihm vollkommen zufrieden geben.²³

Die gegenseitige Verbindung und Unterstützung der Hallenser führten zu einem stetigen Wachstum der Zahl der pietistischen Lehrer in Livland und Estland. Ein breiter Strom von jungen, an der Universität Halle ausgebildeten Pfarrern, Hofmeistern und Lehrern kam ins Land, um dort viele im Krieg vakant gewordene Stellen einzunehmen. Einige von diesen Pietisten haben in kurzer Zeit eine glänzende Karriere gemacht.

So wurde Christoph Friedrich Mickwitz (1696–1748) 1724 Oberpastor der Domkirche in Reval und erhielt damit eines der höchsten geistlichen Ämter in Estland. Der Kreis der Pietisten begrüßte das als „das Öffnen einer großen Tür“.²⁴ Mickwitz hatte vier Jahre in Halle Theologie studiert und war einer der treuesten Anhänger von Graf Ludwig Nikolaus von Zinzendorf, der späteren Führungspersönlichkeit der Herrnhuter Bewegung.²⁵ Als überzeugter Pietist gründete Mickwitz in Reval die Stadtschule und eröffnete die Domschule wieder.²⁶ Nach dem Zeugnis eines Zeitgenossen waren Mickwitz' Predigten zwar fesselnd, doch seine Stimme recht schwach und er selbst aufgrund seiner „äußeren weltlichen Gaben“ nicht weiter auffällig.²⁷ Gemäß Franckes Empfehlungen las Mickwitz dreimal im Jahr die Bibel in den Originalsprachen von Anfang bis Ende durch. Dafür

²² WIKSNINSCH, Die Aufklärung und Agrarfrage (wie Anm. 2), S. 74, 84.

²³ SILD, August Hermann Francke mõjud (wie Anm. 2), S. 72ff.

²⁴ Ebenda, S. 41.

²⁵ WEBERMANN, Pietismus und Brüdergemeinde (wie Anm. 3), S. 152; MATTHIAS HASSELBLATT: Die Herrnhuter Brüdergemeinde im Baltischen Raum, in: Baltisches Jahrbuch (1987), S. 138–171, hier S. 146; MATI LAUR: Eesti ala valitsemine 18. sajandil [Die Verwaltung der estnischen Gebiete im 18. Jahrhundert], Tartu 2000 (Scripta archivi historici Estoniae), S. 47.

²⁶ WEBERMANN, Pietismus und Brüdergemeinde (wie Anm. 3), S. 153.

²⁷ SILD, August Hermann Francke mõjud (wie Anm. 2), S. 38.

las er acht Wochen lang jeweils vier Stunden täglich.²⁸ 1736 erhielten die Pietisten auch das Amt des livländischen Generalsuperintendenten. In das Amt eingesetzt wurde Jakob Benjamin Fischer (1684–1744), der in Halle studiert hatte und dessen Vater Johann Fischer bereits Generalsuperintendent in der schwedischen Zeit gewesen war.²⁹

Der Pietismus blieb nicht nur eine Domäne der Pastoren. Auch Adelige, darunter recht namhafte, schlossen sich der Bewegung an. So finden wir unter den eifrigsten Pietisten die Familie von Hallart, die auf dem Gut Wolmarshof lebte, sowie auch die bekannte Familie von Campenhausen aus Orellen. Beide Familien haben aus Halle Hausprediger berufen.³⁰ Der dänischstämmige Gutsherr von Maart in Harrien und ehemalige Präsident des Kriegskollegiums des Russischen Reichs, General Hermann Jensen Bohn, war sowohl mit Francke als auch mit Graf von Zinzendorf verbunden. Er unterstützte die Verbreitung von Gesangbüchern und die Herausgabe der ersten estnischsprachigen Gesamtbibel finanziell.³¹ Die pietistischen Ansichten breiteten sich auch unter vielen Adelsfamilien auf Ösel aus.³²

Der Estländische Landrat und Vizepräsident des Kammerkollegiums des Russischen Reichs, Baron Magnus Wilhelm von Nieroth, versuchte die Franckeschen Stiftungen in Halle zu kopieren und gründete 1719 auf dem Gutshof Alp in Jerwen ein Waisenhaus mit angebundener Schule. Das Vorhaben wurde von Francke selbst begeistert unterstützt.³³ In erster Linie nahm die Schule im Nordischen Krieg verwaiste Kinder auf, sowohl Esten als auch Deutsche sowie einige Russen; insgesamt waren es etwa hundert Kinder. Zum Lehrer berief Nieroth den Pastor von St. Johannis in Harrien, Heinrich Christoph Wrede, der in Halle studiert hatte. Nieroth versuchte auch die Kinder der russischen Elite zum Unterricht nach Alp zu locken. Das persönliche Interesse Peters I. an dem Vorhaben, ein „Estländisches Halle“ zu schaffen, gab Anlass zu der Hoffnung, dass dies gelingen könnte.³⁴

Obwohl auf Nieroths Lehrplan sowohl Latein als auch Französisch, Philosophie, Rechtswissenschaft, Geschichte und Festungsbau standen, war dies unter der Voraussetzung, dass den meisten Zöglingen zuerst das Lesen beigebracht werden musste, nur schwer umzusetzen. Zudem gefiel den Pietisten nicht, dass Nieroth in Alp Tanzen, Fechten und Reiten unter-

²⁸ Ebenda, S. 43.

²⁹ LAUR, *Eesti ala valitsemine* (wie Anm. 25), S. 93.

³⁰ KRĒSLIŅŠ, *Der Einfluß des hallischen Pietismus* (wie Anm. 9), S. 150.

³¹ TOOMAS PAUL: *Eesti piiblitõlke ajalugu* [Die Geschichte der estnischen Bibelübersetzung], Tallinn 1999 (*Eesti Teaduste Akadeemia Emakeele Seltsi Toimetised*, 72), S. 429f.; LAUR, *Eesti ala valitsemine* (wie Anm. 25), S. 47.

³² *Beiträge zur livländischen Sittengeschichte des 18. Jahrhunderts*, in: *Rigaer Almanach*, Riga 1873, S. 1–33, hier S. 7.

³³ WEBERMANN, *Pietismus und Brüdergemeine* (wie Anm. 3), S. 154.

³⁴ WINTER, *Halle als Ausgangspunkt* (wie Anm. 2), S. 268f.

richten wollte.³⁵ Die Schule und das Waisenhaus waren aber nur ein Teil der geplanten Vorhaben des hohen Staatsbeamten. Nieroth plante in Alp auch ein *collegium Arabicum* als Zentrum für das ganze Russische Reich zur Bekehrung der Tataren zum Christentum aufzubauen. Vor dem geistigen Auge des Barons erhoben sich in Alp noch eine Druckerei, eine Wollspinnerei und eine Textilfabrik.³⁶ Leider verschwand das einzige tatsächlich realisierte Vorhaben im Schatten dieser weitreichenden Träume. In der zweiten Hälfte der 1720er Jahre sank die Zahl der Schüler in Alp unter fünfzig. Von den aus Halle geschickten vier Vertrauensleuten Franckes, die die Lage prüfen sollten, kamen zwei unter geheimnisvollen Umständen ums Leben.³⁷ Es ist nicht ganz klar, wann die Schule geschlossen wurde. Mit hoher Wahrscheinlichkeit war die Schule von Alp noch bis in die 1730er Jahre hinein in Betrieb.³⁸

Die Energie und der Fleiß der pietistischen Pastoren trieben den Aufbau des Kirchenlebens nach dem Nordischen Krieg wesentlich voran. Heinrich Gutsleff, der nach dem Ende der Kriegshandlungen seine Arbeit als Pastor von Goldenbeck wieder aufnahm, schrieb nach Halle, diejenigen, die die Pest überlebt hätten, lebten „so liederlich, dass man es schwer glauben kann“.³⁹ Um die christliche Lebensweise zu fördern, gründete er sofort eine Schule und intensivierte den Konfirmandenunterricht, den er auf drei bis vier Sessionen in einem Jahr verteilte. Statt des Büffels des Katechismus unterrichtete Gutsleff „nach der Hallischen Methode“, die eine gründliche Erklärung des zu Lernenden verlangte und eine Verständniskontrolle beinhaltete.⁴⁰ 1719 schrieb Gutsleff nach Halle, dass die Schüler eifrig lernten; alle seien gehorsam, aufgeweckt und aufmerksam, und so mancher von ihnen nicht unbegabt.⁴¹

Der Pastor von Harjel, Ephraim Dietrich Hövel, der auch in Halle studiert hatte, stellte in einem Brief an die Saale fest, dass „die Bauern hierzulande wie das israelitische Volk in Ägypten sind, das wegen der Sklavenarbeiten selten an Gott denkt“.⁴² Als Hövel sein Amt antrat, musste er feststellen, dass sogar 50-60 Jahre alte Gemeindeglieder das Vaterunser nicht beherrschten und nicht wussten, wer es war, der sie geschaffen hat. Seinen eigenen Worten zufolge hielt er seine Predigt jeden Sonntag sowohl auf Deutsch als auch auf Estnisch und unterhielt sich davor länger mit denen, die am Abendmahl teilnehmen wollten. Darüber hinaus traf er

³⁵ Ebenda, S. 271f.

³⁶ Ebenda, S. 273.

³⁷ SILD, August Hermann Francke mõjud (wie Anm. 2), S. 29.

³⁸ WEBERMANN, Pietismus und Brüdergemeinde (wie Anm. 3), S. 154; SILD, August Hermann Francke mõjud (wie Anm. 2), S. 29.

³⁹ SILD, August Hermann Francke mõjud (wie Anm. 2), S. 84.

⁴⁰ Ebenda.

⁴¹ KONRAD VEEM: Eesti vaba rahvakirik [Die freie estnische Volkskirche], Stockholm 1988, S. 39.

⁴² SILD, August Hermann Francke mõjud (wie Anm. 2), S. 55.

schon donnerstags Vorbereitungen in den Dörfern, aus denen am Sonntag viele Menschen zum Abendmahl erwartet wurden.⁴³

Auch der bereits erwähnte livländische Landrat Balthasar von Campenhausen hat zu Beginn der 1720er Jahre gemeinsam mit dem späteren Oberpastor der Revaler Domkirche Mickwitz aus eigenem Antrieb eine Schule für die Bauern gegründet, damit „sie nach ihrem Tode als freigemachte vor Gott erscheinen mögen und nicht durch eine einzige Verschuldung nach abgelegter Sklaverei in dieser Welt auch ewige Sklaven des Teufels sein müssen.“⁴⁴

Das Interesse der Pietisten hinsichtlich der Schulbildung beschränkte sich nicht nur auf die Ebene der Kirchspiele. Der livländische Generalsuperintendent Jakob Benjamin Fischer legte ziemlich bald nach seinem Amtsantritt dem Landtag der Livländischen Ritterschaft, der im Jahr 1737 zusammenkam, einen umfangreichen Entwurf für eine Schulordnung vor.⁴⁵

Fischer zufolge hatten sich die Kenntnisse und die Fertigkeiten der Schulmeister zuvor auf das Lesen und schlechtes Singen beschränkt. Schreiben konnten nur wenige von ihnen, rechnen beinahe niemand. „Fast alle sind unordentlich, dem liederlichen Truncke und Völlerey ergeben.“⁴⁶ Daher hielt es Fischer für das wichtigste, geeignete Schulmeister zu finden und sie einzustellen. Am besten gefiel ihm die Lösung, einheimische deutsche Handwerker zu Schulmeistern auszubilden. Woran dem Pietisten Fischer besonders viel lag, war, dass diese Schulmeister imstande waren, auch den Katechismus auszulegen, womit die Undeutschen nach dem Ermessen des Generalsuperintendenten nicht zurecht kamen. Fischer hatte den Plan gehegt, die fähigsten Armenschüler aus der Kronschule der St. Jakobskirche zu Riga mit dem Einverständnis ihrer Eltern als Schulmeister in die Kirchspiele zu schicken, wo sie ihrerseits Deutsche für den Dienst in anderen Gemeinden vorbereiten sollten. Eine weitere Möglichkeit sah Fischer darin, einen tatkräftigen Theologiestudenten sowohl im estnischen als auch im lettischen Distrikt einzusetzen, der dann binnen dreier Jahre 16 bis 17 Jahre alte deutsche Jugendliche zu Schulmeistern heranbilden sollte.⁴⁷

Die in Fischers Entwurf gestellten Anforderungen an eine allgemeine Schulpflicht lehnte der livländische Landtag von 1737 zwar ab. Aber auf Druck der Zentralgewalt wurde der Entwurf für die Schulordnung in neuer Fassung 1765 verabschiedet. Weitgehend ungelöst blieb aber bis zum Ende des 18. Jahrhunderts die Frage, wo man die für die Bauernschulen geeigneten Lehrer finden sollte.⁴⁸

⁴³ Ebenda.

⁴⁴ HEINRICH SCHAUDINN: Deutsche Bildungsarbeit am lettischen Volkstum des 18. Jahrhunderts, München 1937, S. 17.

⁴⁵ Schulordnungsentwurf von Fischer, in: LVVA, 233-1-692, Bl. 99-109.

⁴⁶ Ebenda, Bl. 99.

⁴⁷ SCHAUDINN, Deutsche Bildungsarbeit (wie Anm. 44), S. 58f.

⁴⁸ Siehe näher hierzu MATI LAUR: Die Volksschulordnung Livlands im 18. Jahrhundert, in: Steinbrücke 1 (1998), S. 93-100.

Die Ausbreitung des Pietismus fiel mit der Zeit zusammen, in der in Livland und Estland das in den Jahren des Nordischen Kriegs zusammengebrochene Kirchenleben wiederhergestellt werden musste. Dank der Tatkraft und der Energie der pietistischen Geistlichen verlief dies sicher schneller und erfolgreicher, als es unter den Bedingungen des konservativen Luthertums möglich gewesen wäre.

* * *

Franckes Tod im Sommer 1727 war für die Pietisten Livlands ein sehr schwerer Schlag. Sie verloren ihre Leitfigur, wodurch sich eine weitgehende Orientierungslosigkeit ausbreitete. Dieser ideologischen und theologischen Leere standen die Aktivitäten von Graf Ludwig Nikolaus von Zinzendorf in der Oberlausitz gegenüber, der die Brüdergemeine in Herrnhut erneuert hatte. Ihn erwählten sich die livländischen Pietisten zu ihrem geistigen Führer. Die Beziehungen der schon erwähnten Familien von Hallart, von Campenhausen sowie einiger weiterer livländischer Sippen zu den Pietisten und auch zu von Zinzendorf selbst begünstigten, dass es die herrnhutischen Brüder werden sollten, die das geistige Vakuum ausfüllten. Ende September 1729 betraten die ersten deutschen Brüder den Boden Livlands in Riga, darunter mit Christian David auch einer der berühmtesten unter ihnen. Insofern kann man ab dem September 1729 über die Herrnhuter Brüdergemeine als Nachfolgerin des Pietismus sprechen – bis zum Jahr 1739. Es handelt sich dabei um eine Bewegung, die zu dieser Zeit allerdings nur die Deutschen in Livland ergriff. Die Letten und Esten betrachteten diese Bewegung zunächst als etwas Fremdes und Gefährliches, das wieder einmal von den Deutschen eingeführt und möglicherweise auch gegen sie selbst gerichtet war.⁴⁹

1736 kam Graf Zinzendorf nach Livland. Er besuchte Riga, wo er sich durch seine Predigten schnell einen guten Ruf erwarb, und kam später auch nach Reval. Im Gegensatz zu Lettland war die Herrnhuterbewegung in Estland bis zu dieser Zeit noch schwach vertreten und daher kaum bekannt. Der Besuch Zinzendorfs gab daher einen wichtigen Anstoß zur Verbreitung der Herrnhuter Brüdergemeine. In Reval wurde der Graf herzlich empfangen, und man ermöglichte es ihm, sowohl in der Domkirche als auch in der stattlichen Olaikirche in der Unterstadt Gottesdienste abzuhalten.⁵⁰ Die Sympathie war gegenseitig. Wie Zinzendorf selber sagte: „Reval allein hat mich für die ganze livländische Reise belohnt“.⁵¹

Doch das wichtigste Treffen fand in Wolmarshof bei Familie Hallart statt. Zinzendorf, Christian David, Generalin von Hallart und General-

⁴⁹ STRAUBE, *Latvijas brāļu draudzes diārijs* (wie Anm. 2), S. 49.

⁵⁰ SILD, *August Hermann Francke mõjud* (wie Anm. 2), S. 97.

⁵¹ JULIUS ECKARDT: *Livland im achtzehnten Jahrhundert*, Bd. 1: bis zum Jahre 1766, Leipzig 1876, S. 184.

leutnant von Campenhausen kamen in einer Diskussion über die weitere Entwicklung der Herrnhuter in Livland zu einer fast genialen Einsicht: Den größten Erfolg würden nicht fremde Missionare, sondern die eigenen Landsleute haben. Daher sollten einheimische Jugendliche von nun an in die Arbeit einbezogen werden. Am 23. August 1738 nahm das Schullehrerseminar im Wolmarshof als eine herrnhutische Einrichtung seine Arbeit auf. Und bereits 1739 haben die ersten Letten Wolmarshof als Schullehrer für Bauernschulen verlassen, um als Lehrer und gleichzeitig als Vertreter der Brüdergemeine – man kann sagen: als herrnhutische Missionare – tätig zu sein. Von diesem Zeitpunkt an ist es berechtigt, über die Bewegung der Herrnhuter Brüdergemeine auch unter den Letten und Esten zu sprechen.

Die dank des Pietismus nach Livland und Estland gekommene Brüdergemeine hatte somit endlich ihr Ziel erreicht. Während der reine Pietismus sich nur als eine vorübergehende Erscheinung für die livländischen Deutschen erwiesen hatte, stellte die Brüdergemeine als eine neue Stufe des Pietismus eine viel breitere, beständigere Bewegung dar, die auch unter den Einheimischen fest verankert war. Die Herrnhuter Brüdergemeine hat nachhaltigen Einfluss auf das soziale, kulturelle und geistige Leben der Letten und Esten ausgeübt, wobei sich insbesondere fünf Aspekte hervorheben lassen.

1. *Das Verhältnis zwischen Brüdergemeine und Christentum.* Für den lettischen Historiker Nikolajs Viksniņš stellt der Pietismus, aber in erster Linie die aus diesem hervorgegangene Bewegung der Brüdergemeine die eigentliche Reformation für die Letten dar, während ihnen der Protestantismus im 16.–17. Jahrhundert noch weitestgehend fern und fremd geblieben sei.⁵² Der Begründer der lettischen Kirchengeschichte, der Kirchenhistoriker Ludvigs Adamovičs, hat diesen Prozess als das „Hineinwachsen der Letten ins Christentum“ bezeichnet.⁵³ Es ist bezeichnend, dass die Kirchenvisitation in Livland bereits in den Jahren 1739 bis 1742 erkennen lässt, dass die Bauern plötzlich nicht nur das Gebet sehr gut beherrschten, sondern schon sehr vieles aus den Heiligen Schriften erklären konnten. Doch als die größte Überraschung für die Visitationskommission erwies es sich, dass nicht nur die Männer, sondern auch die Frauen sehr gute Lesefähigkeiten zeigten und imstande waren, zahlreiche Bibelstellen zu erklären. Das Gebet vor und nach dem Essen gehörte bei den lettischen Bauern längst zu Gewohnheit.⁵⁴

2. *Der Einfluss der Brüdergemeine auf die Bildungssituation.* Die Herrnhuter Brüdergemeine hat grundsätzlich die Bildungssituation in den Ostseeprovinzen verändert, insbesondere im Hinblick auf den Bauernstand. Das 1738 eröffnete Schullehrerseminar in Wolmarshof war eine entscheidende

⁵² WIHKSINŠ, Die Aufklärung und Agrarfrage (wie Anm. 2), S. 65.

⁵³ LUDVIGS ADAMOVIČS: *Latviešu ieaugšana kristietībā* [Das Hineinwachsen der Letten ins Christentum], Riga 1939, S. 135-153. Siehe auch BEYER, Strategien (wie Anm. 8), S. 128.

⁵⁴ STRAUBE, *Latvijas brāļu draudzes diarijs* (wie Anm. 2), S. 104.

Maßnahme, wodurch zahlreiche lettische Knaben die Möglichkeit bekamen, eine Schule zu besuchen. Als Ergebnis dieser Bemühungen ist eine ziemlich rasche Abnahme des Analphabetismus und damit verbunden die Zunahme der Lese- und sogar Schreibfähigkeit unter den Bauern zu beobachten. Hierdurch wurden Livland und Estland zu den Regionen mit dem höchsten durchschnittlichen Bildungsstand innerhalb des Russischen Reichs.⁵⁵ Als ein weiterer Beleg für diese logische Kette Brüdergemeine – Bildung – „kleine Gruppe der Elite“⁵⁶ (d. h. die Intelligenz) sei darauf hingewiesen, dass die ersten lettischen Literaten alle aus dem Milieu der livländischen Herrnhuter kamen. Hierzu zählten Ķikuļu Jēkabs (1740–1777?) und Jānis Ruģēns (1817–1876).⁵⁷

Aus der Herrnhuter Brüdergemeine traten auch die ersten estnischstämmigen Schriftsteller hervor. Neben eigenen Erzählungen und Gedichten übersetzte der Küster und Lehrer Michel Ignatius (1713–1777) aus Dorpat im Auftrag des Landrats Otto Fabian Rosen das mehr als tausendseitige pietistische Predigtbuch von Heinrich Schubert aus dem Deutschen ins Süd-Estnische⁵⁸; der Schulmeister von Urbs, Mango Hans (um 1713–1780), übersetzte die theologisch komplizierten „Vier Bücher vom wahren Christentum“ von Johann Arndt.⁵⁹

3. *Brüdergemeine und Musik.* Eng mit den bereits genannten Punkten ist auch der dritte Aspekt verbunden: Die Herrnhuter haben die musikalische Kultur und Bildung in Lettland und Estland sehr stark beeinflusst. Zum einen machten die Herrnhuter die Landbevölkerung mit mehreren neuen Musikinstrumenten bekannt, die ihr zuvor unbekannt waren: die Geige (in der Form, in der wir dieses Instrument heute kennen) sowie die bei den Herrnhutern sehr beliebten Posaunen und damit die Blasinstrumente. Zum anderen sind hier die Lieder und der Gesang zu nennen, die für die Brüdergemeine unabdingbar waren. Bereits Magnus Friedrich Buntebart, ein ehemaliger Theologiestudent aus Jena, der nach einer kurzen Vorbereitungszeit als Hausprediger und Hauslehrer auf dem Gut Orellen bei der Familie von Campenhausen tätig war, hat die Pflichten des Schullehrerseminars auf sich genommen und seine Seminaristen dabei auch das Singen nach Noten gelehrt. Auch hier konnten die Herrnhuter einen raschen Erfolg verbuchen. Die Visitation von 1742/43 kam zu dem Schluss, dass die

⁵⁵ PHILIPP, Die Wirksamkeit der Herrnhuter Brüdergemeine (wie Anm. 2), S. 354.

⁵⁶ KRISTĪNE VOLFARTE: Vai Rīga bija latviešu nācijas šūpulis? [War Riga die Wiege der lettischen Nation?], in: Kurzeme, Vidzeme, Latgale. Reģions un identitāte vēsturē [Kurland, Livland, Latgallen. Regionen und Identität in der Geschichte], Rīga 1999, S. 15–25, hier S. 15

⁵⁷ LUDVIGS ADAMOVIČS: Vidzemes baznīca un latviešu zemnieks 1710–1740 [Die Kirche Lettlands und der lettische Bauer 1710–1740], Rīga 1933, S. 577; ADAMOVIČS, Die lettische Brüdergemeine 1739–1860 (wie Anm. 2), S. 21f.; ANTONS BIRKERTS: Latviešu inteliģence savās cīņās un gaitās [Die lettische Intelligenz in ihren Kämpfen und Wanderungen], Bd. 2, Rīga 1927, S. 240.

⁵⁸ VEEM, Eesti vaba rahvakirik (wie Anm. 40), S. 81.

⁵⁹ WEBERMANN, Pietismus und Brüdergemeine (wie Anm. 3), S. 165.

Bauern im Gottesdienst endlich nicht mehr laut und chaotisch schrieten, wie das noch im 17. Jahrhundert Georg Mancelius in seiner Postilla vermerkt hatte, sondern tatsächlich melodisch sangen. In einigen Kirchengemeinden hatten die Pastoren mit ihren Bauern sogar schon komplizierte mehrstimmige Lieder zu verschiedenen Kirchenfesten einstudieren können.⁶⁰

Im Zusammenhang mit dem Gesang muss man allerdings auch den Vorwurf der Kritiker der Brüdergemeine bedenken, dass die Herrnhuter die Volkslieder ausgerottet hätten.⁶¹ Tatsächlich haben die Sammler des 19. Jahrhunderts in den typisch herrnhutischen Gebieten Livlands gar keine oder nur noch sehr wenige Dainas (Volkslieder) gefunden. Dieser Umstand lässt sich aber schlicht damit erklären, dass die Herrnhuter ihre Lieder angeboten haben. Diese waren viel melodischer, klangvoller und emotionaler, zudem verfügten sie über sehr sentimentale Texte, sodass in diesem Konkurrenzkampf die neuen herrnhutischen Lieder über die alten Volkslieder gesiegt haben dürften.

4. *Der Einfluss der Brüdergemeine auf die Landesarchitektur.* Die Brüdergemeine hatte einen nicht unerheblichen Einfluss auf die Landesarchitektur. Ihr Versammlungs- oder Gebetshaus war nicht das örtliche Kirchengebäude, sondern ein speziell für ihre Zwecke hergerichtetes Gebäude. In dessen Räumen hielten die Herrnhuter nicht nur Gottesdienste ab, sondern auch andere Veranstaltungen, wie z. B. Lesestunden, Chorversammlungen und Unterricht. Ihr erstes Haus bauten sie in Wolmarshof, unter aktiver Anteilnahme von Christian David. Insgesamt gibt es mehr als 130 derartige Gebäude in vielen Kirchspielen Livlands. Zwar waren dies ganz einfache Holzhäuser, doch legten die Bauern ihr Herz und ihre Seele hinein – und zuweilen auch buchstäblich ihr letztes Möbelstück, das sie zu Hause besaßen. Manchmal haben diese Gebäude in der Tat ein seltsames Aussehen, da schließlich jeder Bauer etwas anderes zur Baustelle mitgebracht hatte; es gab Versammlungshäuser, bei denen alle Fensterrahmen unterschiedlich waren. Der Architekturhistoriker Roberts Legzdiņš bezeichnet die herrnhutischen Versammlungshäuser demgegenüber aber als „die Essenz und Herrlichkeit der Blütezeit des lettischen Landbauwesens“.⁶²

Im 18. Jahrhundert war das livländische Bauernhaus, die Riege, ein Gemeinschaftshaus, in dem das ganze Hausgesinde in einem Raum wohnte:

⁶⁰ Vgl. hierzu die Visitationsprotokolle, in: LVVA, Bestand 233, Findbuch 4; Bestand 234, Findbuch 1.

⁶¹ MATTHIAS HASSELBLATT: Herrnhut in Livland. Erwecklicher Glaube und nationales Erwachen bei den Letten, in: 300 Jahre lettische Bibelübersetzung durch Ernst Glück und ihr Einfluss auf die lettische Kulturgeschichte, hrsg. von CLAUS VON ADERKAS, Lüneburg 2001 (Baltische Seminare, 2), S. 85-105, hier S. 105.

⁶² ROBERTS LEGZDIŅŠ: Brāļu draudzes saiešanu nami Latvijā [Die Versammlungshäuser der Brüdergemeine in Lettland], in: Brāļu draudzes kalendārs 1931, Rīga 1930, S. 18-35, hier S. 22. Leider sind heute nur noch wenige herrnhutische Versammlungshäuser in Lettland erhalten. In relativ gutem Zustand befinden sich nur noch drei Gebäude: das Versammlungshaus Rīņi nicht weit von Smiltene in Blome, ein Haus im Freilichtmuseum von Rīga und ein Gebäude in Piebalga.

der Wirt mit seiner Familie, die Knechte – verheiratete und unverheiratete – sowie die jungen Hirten. Das war nicht nur unhygienisch, sondern auch unsittlich. Doch während die lutherische Kirche nur von der Kanzel herab über Sittlichkeitsdelikte, sexuelle Beziehungen mit Minderjährigen und unehelich geborene Kinder lamentierte, wurden die Herrnhuter praktisch tätig. Sie forderten die Bauernwirte auf, in ihren Häusern Seitenkammern einzurichten; zunächst standen diese zwar nur unverheirateten jungen Mägden zu, doch gab es später auch separate Zimmer für alle anderen Mitglieder des Gesindes. Insofern brachten die Herrnhuter den Livländern bei, Mehrzimmerhäuser zu bauen.⁶³

5. *Brüdergemeine und Arbeitsethos*. Die Theologie der Brüdergemeine übte auch einen positiven Einfluss auf das Arbeitsethos der Bauern aus. Die Herrnhuter hielten die Bauern dazu an, viel und ehrlich zu arbeiten, weil nur ein arbeitender Mensch die Hoffnung auf Gottes Gnade besaß. Damit begünstigte das Wirken der Brüdergemeine das Entstehen einer wohlhabenden Bauernschaft. Die damaligen Herrnhuter Quellen betonten den allgemeinen Anstieg der Moral: so seien die Fronarbeiter auf den Feldern der Gutshöfe recht eifrig und fleißig geworden; Gutsverwalter hätten geklagt, dass die Wirtshäuser leer geblieben seien und dass Hochzeiten und Kindstaufen, die früher große Fress- und Trinkgelage gewesen seien, jetzt in Begleitung von leisen Gebeten und Kirchenliedern abliefen.⁶⁴

* * *

Doch der Erfolg der Brüdergemeine in Livland bedeutete nicht, dass der Pietismus Hallischer Prägung hier gänzlich verschwunden gewesen wäre. Das ganze 18. Jahrhundert hindurch und auch im 19. Jahrhundert finden sich immer wieder pietistische Prediger und andere deutsche Intellektuelle in der Region. Der Pietismus existierte hier, wie andere theologische Richtungen auch, parallel zum Wirken der Herrnhuter Brüdergemeine weiter. Wie bereits erwähnt, wurde die Herrnhuter Brüdergemeine in der Regel dort günstiger aufgenommen, wo auch der Pietismus tiefer verwurzelt war. Dennoch war die Einstellung der pietistischen Pastoren zu den Herrnhutern nicht immer gleich. Ein Teil der Pastoren schloss sich ohne Zögern der Tätigkeit der Brüdergemeine an. Der Pastor von Urbs, Johann Christian Quandt, der schon während seines Studiums mit Zinzendorfs Gesinnungsgenossen befreundet gewesen war, unterstützte die Herrnhuterbewegung in jeder Hinsicht: Er teilte die ‚Erweckten‘ in kleine Gruppen von 5 bis 8 Mitgliedern ein. Aus deren Mitte wurde ein Vorsteher gewählt,

⁶³ ANNA KRASTIŅA: *Zemnieku dzīvojamās ēkas Vidzemē kļaušu saimniecības sairšanas un kapitālisma nostiprināšanās laikā* [Die Wohnhäuser der Bauern in Livland während des Zerfalls der Fronwirtschaft und der Festigung des Kapitalismus], Rīga 1959, S. 86, 88-92.

⁶⁴ Beiträge zur livländischen Sittengeschichte (wie Anm. 32), S. 8.

der einmal in der Woche dem Pastor einen Bericht zu erstatten hatte.⁶⁵ In Urbs wurde bekanntermaßen auch das erste Bethaus der Herrnhuter Brüdergemeine in Estland errichtet.⁶⁶ Ein eifriger Unterstützer der Brüdergemeine war der Pastor von Kamby, Albrecht Sutor, der vorhatte, im Gut von Brinkenhof eine Brüdergemeine nach dem Vorbild von Wolmarshof zu schaffen.⁶⁷ Der Diakon von Arensburg, Franz Hölterhof, wollte auch in der evangelischen Gemeinde rasch die Herrnhuter Ordnung errichten.⁶⁸

Für einen großen Teil der Pietisten wie auch für viele andere gebildete Theologen blieb es jedoch unannehmbar, dass ungebildete Handwerker, die zudem, da sie frisch aus Deutschland kamen, die lokalen Verhältnisse nicht kannten, als Pastoren und Seelsorger auftraten. Oft beschuldigten die Herrnhuter die Pastoren, dass sie „das Gesetz und nicht das Evangelium verkünden sowie fleischlich und nicht – wie die Herrnhuter – geistlich predigen“.⁶⁹ Die Bibel wurde verglichen mit „Krücken, die man nicht braucht, wenn man den Heilsbringer im Herzen hat“.⁷⁰ Man kann den Ärger der pietistischen Pastoren verstehen, wenn die Frucht ihrer Bemühungen ganz und gar der Herrnhuterbewegung zu Gute kam: Deren Bethäuser waren überfüllt, während die Kirchen leer blieben. Oder wie es der pietistische Pastor von Trikaton, Gotthard Johannes von Dietz, bildhaft ausdrückte: „Andere haben gearbeitet und ihr seid zu deren Ernte gekommen“.⁷¹

Hinter der Haltung der Pastoren mag sich auch ein gewisses Maß an Neid oder aber Unbeholfenheit verborgen haben. Die Zahl der Brüder aus Herrnhut war nicht größer als die der lokalen evangelischen Geistlichen, doch war der Erfolg ihrer Tätigkeit bemerkenswert. Das bereits erwähnte Seminar von Wolmarshof erreichte innerhalb von einigen Jahren mehr für die Volksbildung als die jahrzehntelangen Bemühungen der Konsistorien und Ritterschaften. Da sie sich hauptsächlich unter dem einfachen Volk bewegten, waren die Herrnhuter in der Lage, die Sprache der einheimischen Bauern deutlich schneller zu erlernen, und konnten sich daher mehr als viele Pastoren verständlich machen. Selbstverständlich ließ es die Bauernschaft nicht unberührt, dass ein Deutscher sich ihr gegenüber nicht wie ein Herr, sondern wie ein Bruder benahm.⁷²

Die extremen Erscheinungen der Herrnhuterbewegung kompromittierten im Grunde die ganze lokale evangelische Kirche. Zu einer der markantesten Persönlichkeiten der Brüdergemeine wurde Tallima Paap aus Hahnhof, der behauptete, er sei ein von Gott gesandter Prophet, und eine

⁶⁵ SILD, August Hermann Francke mõjud (wie Anm. 2), S. 118.

⁶⁶ VEEM, Eesti vaba rahvakirik (wie Anm. 41), S. 46.

⁶⁷ SILD, August Hermann Francke mõjud (wie Anm. 2), S. 185.

⁶⁸ Ebenda, S. 99.

⁶⁹ Ebenda, S. 103.

⁷⁰ Ebenda, S. 121.

⁷¹ Ebenda, S. 122.

⁷² VEEM, Eesti vaba rahvakirik (wie Anm. 41), S. 45.

große Schar von Bauern um sich versammelte. Gemeinsam vernichteten sie Schmuck und bessere Kleidungsstücke. Der Bauer Koka Mihkli Peep hielt es für erforderlich, die Tür seines Bauernhauses zu verbrennen, weil die Türbretter aus dem Gutshof gestohlen waren. Da jetzt alle „wie Brüder und Schwester leben“, verlangte Tallima Paap, dass fortan selbst Eheleute auf den Geschlechtsverkehr verzichteten. Um „die Fleischeslust in den Wald zu jagen“, schlug die Brüdergemeinde, die sich unter der Anleitung von Paap ausgezogen hatte, sich gegenseitig mit Kienspänen. Tallima Paap, der selber ohne Hab und Gut auf dem Gesinde seines Bruders wohnte, empfahl der Brüdergemeinde der Reihe nach jeweils einen Hof zu bewohnen „und wenn alles aufgegessen“ sei, zum Gut Nursie zu gehen: „Wenn die Herrschaften nicht entgegenkommen wollen, muss man sie über den Zaun werfen“.⁷³

Die Machtlosigkeit der Konsistorien, die Bewegung der Brüdergemeinde unter Kontrolle zu halten, gab dem Adel eine gute Gelegenheit zu verlangen, den Anteil der Ritterschaften an der Kirchenverwaltung zu vergrößern. Noch bevor jedoch die Ritterschaften ihrerseits irgendwelche Maßnahmen ergreifen konnten, verbat Kaiserin Elisabeth am 16. April 1743 die Tätigkeit der Brüdergemeinde. Hinter dem Verbot stand in der Tat ein Teil des lokalen Adels, der in der Hauptstadt allerlei Gerüchte über die Aktivität der Brüdergemeinde verbreitet hatte. So schrieb zum Beispiel der sächsische Gesandte in die Heimat, die Herrnhuter Bauern hätten im Kreis Dorpat aus ihrer Mitte einen König gewählt und ihn mit einer Krone aus Eisen gekrönt. Aus den neugierigen Nachfragen der Kaiserin bei den Gouvernementsbehörden geht hervor, dass sie selber wohl nicht die geringste Ahnung von der Bewegung besaß, die sie verboten hatte.⁷⁴

Es folgten dennoch keine umfassenden Repressionen gegen die Brüdergemeinde. Auch die Pastoren, die die Herrnhuter eifrig unterstützt hatten, blieben im Amt. Viele Anführer der Brüdergemeinde gingen zurück nach Deutschland. Der Perückenmacher und Gemeinälteste der gesamten livländischen Diaspora, Friedrich Biefer, zog noch eine ganze Weile mit einem gefälschten Pass durch Livland und ging dann nach Pennsylvania.⁷⁵

Das Verbot der Brüdergemeinde traf auch die Pietisten schmerzlich. Die konservativeren Geistlichen, die in der Zwischenzeit unterlegen gewesen waren, nutzten die neue Situation und zwangen die Pastoren, sich vom Pietismus loszusagen, und verhinderten, dass neue Pietisten in Ämter eingesetzt wurden. 1745 wurde Jakob Andreas Zimmermann neuer livländischer Generalsuperintendent, dessen Wirken einen bedeutenden Beitrag zur Wiederherstellung der Positionen des dogmatischen Luthertums leistete. Der Einfluss des Pietismus im Baltikum wurde auch durch den

⁷³ OLAF SILD: Tallima Paap, in: *Usuteadusline Ajakiri* 1928/29, Nr. 3/4, S. 97-129, hier S. 105ff.

⁷⁴ LAUR, *Eesti ala valitsemine* (wie Anm. 25), S. 226-231.

⁷⁵ THEODOR HARNACK: *Die lutherische Kirche Livland und die herrnhutische Brüdergemeinde*, Erlangen 1860, S. 136.

Siegeszug des theologischen Rationalismus verringert, der mit der Aufklärungsbewegung, die in der zweiten Hälfte des 18. Jahrhunderts ihren Anfang nahm, verbunden war.⁷⁶ Dagegen blühte die Bewegung der Brüdergemeine im zweiten Viertel des 19. Jahrhunderts noch einmal auf, als an der Glaubensbewegung in Lettland und Estland zusammen mehr als 80 000 Menschen teilhatten.⁷⁷

Obwohl heutzutage die Bewegung der Brüdergemeine in mancherlei Hinsicht etwas naiv erscheinen kann, war ihre Bedeutung im 18. Jahrhundert für die lettische und estnische Bauernschaft doch außergewöhnlich groß. Die Brüdergemeine bot der bäuerlichen Bevölkerung Möglichkeiten zur Selbstverwirklichung, die bis dahin gefehlt hatten. Schließlich muss unterstrichen werden, dass dank der Tätigkeit der Herrnhuter die Letten und Esten den Weg zu ihrer eigenen Nation gefunden und die Herrnhuter damit maßgeblich zu ihrem „nationalen Erwachen“ beigetragen haben. Nicht umsonst wurde der herrnhutische Begriff ‚Erweckung‘ (lett.: *atmoda*, estn.: *ärkamine*) zum Synonym für die lettische wie für die estnische nationale Bewegung. Zahlreiche führende Persönlichkeiten der nationalen Bewegungen in den Ostseeprovinzen im 19. Jahrhundert – Jānis Cimze, Juris Neikens, die Brüder Reinis, Matīss Kaudzītes, Friedrich Reinhold Kreuzwald, Carl Robert Jakobson, Jakob Hurt – stammten aus Herrnhuter Familien.

SUMMARY

Pietism of Halle and the Moravian Brethren in Livonia and Estonia in the 18th Century

After Russia came to power in the Baltic Provinces after the Great Northern War (1700–1721), the cultural contacts between Livonia and Estonia and the Western Europe did not weaken. Since Russia's own cultural influence in the 18th century was almost non-existent, the relations between the Baltic area and the German cultural area became even closer. When in the 17th century the neighbourhood of Russia made Livonia and Estland a periphery to any kind of western manifestations of intellectual life, then the Europeanization of Russia which begun in the 18th century, also livened up the intellectual life here, making the Baltic area the culture bridge

⁷⁶ MATI LAUR: Pietism 18. sajandi Baltikumis [Der Pietismus im Baltikum im 18. Jahrhundert], in: *Õpetatud Eesti Seltsi Aastaraamat* (1988–1993), Tartu 1995, S. 161–169, hier S. 167f.

⁷⁷ VEEM, *Eesti vaba rahvakirik* (wie Anm. 41), S. 68.

between the Occident and the modernising Russia. The pressure of fundamental Lutheranism characteristic of the late Swedish hegemony disappeared and the new religious movements from Germany – first Pietism and the related movement of the Moravian Brethren – found support in Livonia and Estonia surprisingly quickly. In the 1720s and 1730s, the Pietists made it to the highest ecclesiastical positions. Many renowned Baltic German noblemen also joined the movement of Pietism. Baron Magnus Wilhelm von Nieroth, a district magistrate of Estonia and vice-president of Russia's chamber council, established a school-shelter in the manor house of Albu in Järvamaa which copied the similar establishments in Halle set up by August Hermann Francke. The energy and diligence of the Pietist teachers considerably quickened the overcoming of the post-Northern War recession of the church life.

In the 1730s, the large-scale movement of the Moravian Brethren gained strength in the Baltic area following the example of the German Herrnhuters. Joining the Moravians increased the evangelisation of Latvians and Estonians, it improved the situation of education, motivated the peasantry to learn how to write and to make music. The establishment of prayer houses influenced rural architecture. Closer attention was now paid to morality. For example, the dwellings of peasantry were divided into rooms under the influence of the Moravian movement. The movement brought about positive changes in the work ethic of peasantry.

However, not all Pietist parsons supported the Moravian Brethren. To many Pietist clergymen, the mass movement of theologically uneducated people was unacceptable. The entire movement was compromised by extreme manifestation; for instance, in some places, it was demanded that all sexual intercourse be terminated among married people, since everybody are to live "like brothers and sisters", and demands were made to collectivise the property. In 1743, Empress Elizabeth banned the movement of the Moravian Brethren, which also cast doubt on the Pietist teachers. The influence of Pietism in the Baltic area was further diminished because of the triumph of theological rationalism connected with the Enlightenment movement which emerged in the second half of the 18th century.

„... aus ächten und unverfälschten
Quellen“: Ernst Hennig, Wilhelm
Friedrich Freiherr von Ungern-Sternberg,
Johann Christoph Brotze und ihre Arbeit
an den Dokumenten aus dem Geheimen
Archiv in Königsberg

VON AIJA TAIMIŅA

I

„Wir Landräthe, Landmarschall, und sämmtliche Ritter und Landschaft des Herzogthums Livland, Wir Landes-Bevollmächtigter und Ritterschaftlicher Comité Namens E[ue]r Hochwohlgebornen Ritterschaft des Herzogthums Kurland, und endlich Wir, Landräthe, Ritterschafts-Hauptmann und sämmtliche Ritterschaft des Herzogthums Ehstland, urkunden und bekennen durch Endes Unterschreibene Unsere hiezu speziell Bevollmächtigte, hiemit öffentlich, dass Wir in Beherzigung des allgemeinen Interesses Unserer vaterländischen Provinzen und vorzüglich zur Bereicherung Unserer ältesten Landes-Geschichte aus ächten und unverwerflichen Quellen, nachstehende, die Abkopierung der Liv-, Kur- und Ehstländischen Urkunden des geheimen Archivs und der königlichen Schloß-Bibliothek in Königsberg betreffende Einigungs-Akte unter Uns verabredet, abgeschlossen und niederschreiben laßen, wie folget: (...)“¹

Diese Worte leiten das im Januar 1809 von Vertretern der drei Baltischen Ritterschaften unterzeichnete Dokument ein, in welchem die Ritterschaften von Livland, Kurland und Estland eine Zusammenarbeit vereinbarten: Dieser Vertrag wurde zur rechtlichen Grundlage für

¹ Vereinigungsurkunde der Liv-, Est- und Kurländischen Ritterschaft über die Anfertigung von Kopien von Urkunden im Geheimen Archiv und in der Königlichen Schlossbibliothek in Königsberg (...) Riga, Mitau, Reval, im Januar 1809, in: Estnisches Historisches Archiv (*Eesti Ajaloarhiiv*, Tartu, künftig: EAA), Bestand 854, Findbuch 2, Akte 69, Bl. 1-6, hier Bl. 1a. Die für die Estländische Ritterschaft ausgestellte Version des Vertrags trägt die Unterschriften von Wilhelm Friedrich von Ungern-Sternberg, Ferdinand Orgies von Rutenberg und Otto von Stackelberg sowie drei angeheftete Siegel in Silberkapseln.

die Zusammenstellung einer Dokumentensammlung des alten Livlands – „Corpus historico-diplomaticum veteris Livoniae“. Im Rahmen dieser einzigartigen umfangreichen Arbeit wurden im Laufe von vielen Jahren alte, bis dato unbekannte Dokumente aus den Archiven und Bibliotheken entdeckt, abgeschrieben, mit der Genauigkeit eines *facsimile* abgezeichnet, kommentiert und zusammengestellt. Den bedeutendsten Teil dieser Arbeit stellte die Erforschung der ältesten Sammlung livländischer Dokumente aus dem Königlichen Archiv, dem früheren Geheimen Archiv des Deutschen Ritterordens in Königsberg dar.

Für Historiker ist es das Wichtigste, sich auf ihre Quellen zu stützen, die am besten *de visu* überprüft werden müssen. Jede Nachricht über die von ihnen beschriebenen Geschehnisse sowie die Schreibweise von Orts- oder Personennamen, aber auch die Jahresangaben will kontrolliert sein. Sie müssen die Schreibweise alter Texte präzisieren und die verschiedenen Darstellungen vergangener Geschehnisse bei verschiedenen Autoren vergleichen. Nur so sind historische Ereignisse möglichst wahrheitsgetreu zu deuten und mitzuteilen „wie es in eigentlich gewesen“ (Leopold von Ranke). Historiker sind an den Rand der Verzweiflung zu bringen, wenn glaubwürdige Quellen nicht zu finden sind, Archive verheert wurden, Dokumente vernichtet und in alle Richtungen verstreut sind. In der Geschichte Livlands und seiner Historiographie gibt es mehrere ausdrucksvolle Zeugnisse über das traurige Ende von Sammlungen aus Archiven und Bibliotheken. Deshalb kann der Historiker sich lediglich auf „diese wenigen Nachrichten, die Krieg, Brand, Verwüstung und andere Unglücksfälle uns übrig gelassen“ haben,² mit einiger Sicherheit verlassen. So lautete das bittere Urteil des Konrektors des Rigaer Lyzeums Johann Gottfried Arndt (1713–1767) im Vorwort der von ihm erstellten Chronik des Livländischen Ordens. Er verstand sehr gut, wie schwierig es ist, eine historische Studie aufgrund von glücklicherweise erhalten gebliebenen Resten der ehemaligen Archive zu schreiben. In seiner Chronik schilderte er, wie 1479 unter der Führung des Meisters des Deutschen Ritterordens Bernhard (auch Berndt) von der Borch (1472–1483) das dem Erzbischof von Riga Silvester Stodewescher (1448–1479) gehörende Schloss in Kokenhusen eingenommen wurde. Bei der Schilderung dieses Ereignisses und des baldigen Tods des gefangen genommenen Erzbischofs – er kam „in Gefangenschaft und starb vor Gram“³ – wird ein besonderer Akzent hinsichtlich der furchtbaren Taten des Ordenmeisters auf die Geschichte der Niederbrennung des Kokenhusener Schlosses und des dabei vernichteten erzbischöflichen Archivs gelegt: Der Meister „verbrannte mit dem Schlosse das ganze schöne Archiv“.⁴ Dies ist nur ein Beispiel für die lange und traurige Chronologie

² JOHANN GOTTFRIED ARNDT: Der Liefländischen Chronik Andrer Theil von Lief-land unter seinen Herren-Meistern, welche alte Geschichte des Ordens und der benachbarten Völker erleutert, Halle 1753, S. 2 (Vorbericht).

³ Ebenda, S. 156.

⁴ Ebenda.

der Verluste von Sammlungen alter Dokumente. Vieles Erhaltene, darunter zahlreiche Quellen zur älteren Geschichte Livlands, wurde den Wissenschaftlern erst seit Ende des 19. und Anfang des 20. Jahrhunderts in Editionen zugänglich gemacht.

Alles damals Mögliche wurde für die Erforschung der Quellensammlungen aus den historischen Archiven getan; die Frucht dieser Arbeit waren das „Liv-, Ehst- und Curländische Urkundenbuch“⁵ sowie die „Livländischen Güterurkunden“⁶. Diese wissenschaftlichen Editionen fassten methodisch Tausende von Dokumenten aus Dutzenden von Sammlungen sowohl staatlicher und institutioneller als auch privater Provenienz aus dem In- und Ausland zusammen. Die jedem baltischen Historiker bestens bekannten Ausgaben sind zweifellos nur nach langfristiger und höchst fleißiger Arbeit entstanden, doch kann sich nicht jeder ein Bild von ihrem wirklichen Umfang und ihrer Bedeutung machen. Die mehrere Jahrzehnte lange Vorgeschichte der beiden genannten Editionsprojekte beginnt bereits am Ende des 18. Jahrhunderts; sie ist sehr interessant und beinahe unbekannt. Dabei verdienen die schon halb vergessenen Forscher, die Ende des 18. Jahrhunderts mit der breit angelegten Erforschung der Quellen begannen, höchste Anerkennung: Ernst Hennig,⁷ Archivar des Preussischen Königlichen Archivs, früher des Geheimen Archivs des Deutschen Ritterordens in Königsberg, Christoph Brotze,⁸ Historiker und Pädagoge in Riga, und Wilhelm Friedrich Freiherr von Ungern-Sternberg,⁹

⁵ Liv-, Ehst- und Curländisches Urkundenbuch nebst Regesten, hrsg. von FRIEDRICH GEORG VON BUNGE, ab Bd. 7, fortges. von HERMANN HILDEBRAND, PHILIPP SCHWARTZ und AUGUST VON BULMERINCQ; Abt. 2, hrsg. von LEONID ARBUSOW, Bd. 1-13, Reval, Riga und Moskau 1853-1914.

⁶ Livländische Güterurkunden, Bd. 1, hrsg. von HERMANN VON BRUININGK und NICOLAUS BUSCH, Riga 1908; Bd. 2, hrsg. von HERMANN VON BRUININGK, Riga 1923.

⁷ Abraham Ernst Hennig (1771-1815) – Theologe, Pädagoge, Historiker. Siehe Allgemeines Schriftsteller- und Gelehrten-Lexicon der Provinzen Livland, Esthland und Kurland, bearb. von JOHANN FRIEDRICH VON RECKE und KARL EDUARD NAPIERSKY, Bd. 1-4, Mitau 1827-1832, hier Bd. 2, Mitau 1829, S. 231-235.

⁸ Johann Christoph Brotze (1742-1823) – Pädagoge, Historiker, Sammler und Bibliophiler in Riga. Siehe RECKE, NAPIERSKY (wie Anm. 7), Bd. 1, S. 277-283; Deutsch-Baltisches biographisches Lexikon 1710-1960 (künftig: DBBL), hrsg. von WILHELM LENZ, Köln und Wien 1970, S. 108; BERNHARD HOLLANDER: Dr. Johann Christoph Brotze als Pädagog und als Geschichtsforscher († 2. August 1823), in: Mittheilungen aus dem Gebiete der Geschichte Liv-, Ehst- und Kurlands 23, Riga 1924-1926, S. 268-295; Anhang A. Manuskripte und Sammelbände von Johann Christoph Brotze [Verzeichniss], ebenda, S. 285-288. Hollander schildert auch kurz (S. 281-283) die Arbeit von Brotze an den Abschriften der Dokumente aus Königsberg.

⁹ Wilhelm Friedrich Freiherr von Ungern-Sternberg (1752-1832) – livländischer Landrat (seit 1797), Jurist in Riga, Fellin und Pernau. DBBL, S. 829; RECKE, NAPIERSKY (wie Anm. 7), Bd. 4, S. 413. Über die Tätigkeit und Kontakte von Hennig, Brotze und Ungern-Sternberg siehe auch KARL EDUARD NAPIERSKY: Fortgesetzte Abhandlung von livländischen Geschichtsschreibern. Ein literar-historischer und bibliographischer Versuch, Mitau 1824, S. 29, 30-34; in der Akademischen

livländischer Landrat in Riga und Dorpat. Carl Eduard Napiersky,¹⁰ Geistlicher, Historiker und Bibliograph in Riga, schloss sich diesem Trio in der Abschlussphase des Projekts an. Brotze ist der Nachwelt aufgrund seiner Zeichnungen über Livland und Estland gut bekannt, Napiersky aber wegen des von ihm erstellten „Allgemeinen Schriftsteller- und Gelehrten-Lexicons der Provinzen Livland, Esthland und Kurland“.¹¹ Die Verdienste der beiden anderen Wissenschaftler sind hingegen in Vergessenheit geraten.

Bevor jedoch die von Hennig, Ungern-Sternberg und Brotze 1809 angefangene „literarisch diplomatische Maßnahme“ (nach ihren eigenen Worten) geschildert wird, ist es notwendig, in einer Rückblende die Wurzeln dieser Idee zu reflektieren.

II

Im 18. Jahrhundert fanden immer neue „Liebhaber der vaterländischen Geschichte“ aus den literarischen Kreisen Livlands und Estlands die Bestätigung ihrer nationalen und geistigen Identität in der Erforschung der Geschichte des Heimatlands. Als der Pfarrer August Wilhelm Hupel¹² im estnischen Oberpahlen im Jahre 1792 mit der Herausgabe der Zeitschrift „Neue Nordische Miscellaneen“ begann, kündigte er an, hierin von Zeit zu Zeit bislang unveröffentlichte livländische Dokumente anzubieten – „Kennern, Forschern und Liebhabern der hiesigen Geschichte sind sie gewiß willkommen“.¹³ Noch wichtiger scheint Hupels hoffnungsvoller Aufruf an die Leser der Zeitschrift, insbesondere an den Adel, gewesen zu sein, in Zukunft die Erforschung der Heimatgeschichte zu unterstützen:

„Möchten sie doch Männern, welche ein Archiv, oder eine schon lange verschlossen gestandene alte Brieflade unter ihren Händen haben, zur Ermunterung dienen, die verborgenen Schätze endlich einmal zu öffnen, und die darin befindlichen Urkunden zur Berichtigung oder zur Bereicherung unsrer vaterländischen Geschichte durch eine geneigte Mittheilung gemeinnützig zu machen!“¹⁴

Bibliothek Lettlands, Abteilung für Handschriften und seltene Bücher (*Latvijas Akadēmiskā Bibliotēka, Rokrakstu un reto grāmatu nodaļa*, Riga, künftig: LAB R), ist das persönliche Exemplar von Napiersky mit seinen eigenhändigen Notizen und Ergänzungen zu finden (Inv. Nr. R 439).

¹⁰ Carl Eduard Napiersky (1793–1864) – Geistlicher, Pädagoge, Historiker und Bibliograph in Riga. DBBL, S. 540f.

¹¹ Allgemeines Schriftsteller- und Gelehrten-Lexicon (wie Anm. 7).

¹² August Wilhelm Hupel (1737–1819) – Geistiger, Verleger, Literat in Oberpahlen, Estland. DBBL, S. 349; RECKE, NAPIERSKY (wie Anm. 7), Bd. 2, 363–369; INDREK JÜRJO: Aufklärung im Baltikum: Leben und Werk des livländischen Gelehrten August Wilhelm Hupel (1737–1819), Köln u.a. 2006 (Quellen und Studien zur baltischen Geschichte, 19).

¹³ AUGUST WILHELM HUPEL: Vorerinnerung des Herausgebers, in: Neue Nordische Miscellaneen, Erstes und zweytes Stück, Riga 1792, S. 7f.

¹⁴ Ebenda, S. 8.

„... aus ächten und unverfälschten Quellen“

Hupel hatte gehofft, dass diese Zeitschrift sich zu einer Vermittlerin zwischen den Besitzern der alten Dokumente und den Historikern entwickeln werde, weshalb er sein „einsichtsvolles Publikum“¹⁵ bat, ihm diese Schriftstücke anzuvertrauen; natürlich versprach er „auf das theuerste, sie nach genommenen Abschrift unversehrt zurück zu liefern“.¹⁶ Es ist allerdings zu bezweifeln, ob irgendjemand der Adligen, der solche Dokumente besaß, sie aber „für unbedeutend [erachtete], weil sie etwa blos sein eignes oder ein andres kleines Gut, eine Theilung, Schenkung (...)“ betrafen,¹⁷ der Aufforderung Hupels gefolgt ist. In den weiteren Heften der Zeitschrift, die von 1792–1798 erschien, wurden Fragen der Geschichte Rigas und Livlands, der Numismatik oder Genealogie behandelt. Die meisten der Autoren hatten schon früher für Hupel gearbeitet, darunter auch Johann Christoph Brotze. Das von Hupel, Brotze und ihren Gesinnungsgenossen angestrebte Ziel, nach alten historischen Quellen zu forschen, geheime Archive zu öffnen, ihre Dokumente abzuschreiben und herauszugeben und auf diese Weise den Forschern zugänglich zu machen, konnte erst mehrere Jahre später erreicht werden. In dieser Phase ging es dann nicht mehr um die kleinen Privatsammlungen des Adels oder um einzelne Interessenten und auch nicht mehr um Publikationen in Periodika gemischten Inhalts. Fast zeitgleich begannen mehrere Forscher mit dem gründlichen Studium der Dokumente des Deutschen Ordens in Livland und schrieben sie ab: In Riga war es Brotze, in Königsberg – im Auftrag von August von Kotzebue¹⁸ – Hennig. Das Schicksal wollte es, dass die Leidenschaft für alte Dokumente und die Heimatgeschichte diese Forscher bald in ein gemeinsames Unternehmen einbinden sollte.

III

Brotzes leidenschaftliche Suche nach historischen Denkmälern und seine Forschungen zu alten Dokumenten waren seinen Zeitgenossen gut bekannt. Für seine Sammlung von Dokumenten- und Siegelkopien hatte er den Kodex „Sylloge diplomatum Livoniam illustrantium“¹⁹ erstellt. Diese Bände

¹⁵ Ebenda.

¹⁶ Ebenda, S. 9f.

¹⁷ Ebenda, S. 9.

¹⁸ August von Kotzebue (1761–1819) – Literat, Verleger, Diplomat. Siehe RECKE, NAPIERSKY (wie Anm. 7), Bd. 2, 507–540. Er verfasste auch eine Übersicht über die Geschichte Preußens: AUGUST VON KOTZEBUE: Preussens ältere Geschichte, Bd. 1–4, Riga 1808. Auf dieses Buch reagierten mehrere polemische Schriften, es gab auch die Ansicht, dass es „nur wegen der Texte vieler Dokumente wertvoll“ sei. Vgl. August von Kotzebue, in: Meyers Konversationslexicon, 4. Aufl., Leipzig und Wien 1885–1892, Bd. 10, S. 126.

¹⁹ JOHANN CHRISTOPH BROTZE: Sylloge diplomatum Livoniam illustrantium. Tomus primus [Riga 1786–1788]; Tomus secundus [Riga 1806], in: LAB R, Sammlung Brotze, Inv. Nr. 4978, 4979.

in folio beinhalten Abschriften mittelalterlicher Dokumente hauptsächlich aus dem Inneren, später auch dem Äußeren Archiv der Stadt Riga sowie aus Privatsammlungen. Die Abschriften wurden für private Bedürfnisse angefertigt, doch berücksichtigte Brotze dabei auch die Interessen anderer Geschichtsforscher, denn sie sollten die Interessenten mit den bisher unbekanntem, „in der Dunkelheit verbleibenden“ Dokumenten vertraut machen.²⁰ Fast gleichzeitig mit dieser Arbeit erstellte Brotze auf Bestellung gegen Bezahlung im Archiv der Stadt Riga Abschriften der Dokumente aus den Jahren 1220–1667.²¹ Einigen Zeugnissen zufolge fertigte er über mehrere Jahre zu Beginn des 19. Jahrhunderts Abschriften von Dokumenten aus verschiedenen Archiven im Auftrag des Landrats von Ungern-Sternberg an;²² diese fast 1 000 Abschriften waren für den „Codex diplomaticus Ducatus Livoniae“²³ bestimmt. Die Erfahrung Brotzes im Abschreiben, Transkribieren und Kommentieren der Dokumente, indem er präzise die Schrift des Originals nachahmte und Siegel sowie Unterschriften der Notare abzeichnete, unterliegt keinem Zweifel.

Als der Publizist August von Kotzebue im Winter 1805 im Geheimen Archiv des Deutschen Ordens in Königsberg²⁴ (am Nordturm des Ordenschlosses) Materialien über die preußische Geschichte sammelte, wurde ihm Ernst Hennig²⁵ als Helfer empfohlen. Kotzebue ist einer der ersten Forscher, denen es erlaubt war, mit den Pergamentdokumenten des

²⁰ BROTZE, *Sylloge* (wie Anm. 19), Bd. 2, S. [2] [Vorerinnerung]: „Et si poteris adde plura ita enim fiet, ut historia Livoniae certor et fide dignior reddatur, et ea qua ad huc obscuritate premuntur, illustrantur.“

²¹ JOHANN CHRISTOPH BROTZE: *Diplomata Rigensia descripta*, vol. I: 1220–1300; vol. II: 1304–1399; vol. III: 1403–1479; Vol. IV: 1481–1667, in: Lettisches Historisches Staatsarchiv (*Latvijas Valsts vēstures arhīvs*, Riga, künftig LVVA), Bestand 8, Findbuch 1, Akte Nr. 42.

²² Brotze schrieb, dass er 1805 für die Abschriften der Dokumente „im Abschlag“ aus der Kasse der Livländischen Ritterschaft 50 Albertustaler erhalten hatte. Brotzii vitae curriculum [Konvolut der handschriftlichen Dokumente und biographischen Materialien von Brotze], S. 160, in: LAB R, Sammlung Brotze, Inv. Nr. R 4976.

²³ Vereinigungsurkunde der Liv-, Est- und Kurländischen Ritterschaft (wie Anm. 1), Bl. 2a, 3b, 4b, 5a.

²⁴ Heute befinden sich die Sammlungen des Geheimen Archivs von Königsberg in Berlin, im Geheimen Staatsarchiv Preußischer Kulturbesitz.

²⁵ Ernst Hennig wurde in Königsberg geboren, hatte dort bis 1790 Theologie, Sprachwissenschaft und Geschichte studiert. Um 1790 war er auch als Hauslehrer in Kurland tätig, von 1800 bis 1806 war er Pastor in Preußen, ab 1806 lebte er wieder in Kurland, war Lehrer an der Academia Petrina in Mitau, später an der Bezirksschule in Goldingen. Hennig interessierte sich zeit seines Lebens für Archivalien, schrieb über die Geschichte Livlands in der Ordenszeit und publizierte alte Dokumente, so z. B. zur Geschichte Goldingens im 13.–15. Jahrhundert, die er im Goldinger Stadtarchiv bearbeitet hatte: ERNST HENNIG: Ueber die Goldingensche Komthurey, in: Neue wöchentliche Unterhaltungen (Mitau) 1808, Nr. 28, S. 20–29; Nr. 29, S. 42–48; Nr. 31, S. 73–80. Ab Januar 1809 lebte er in Königsberg, war Direktor des Preußischen Königlichen Archivs, früher Geheimes Archiv des Deutschen Ritterordens (seit 1811), Leiter der öffentlichen Bibliothek von Wallenrod, Professor für historische Hilfswissenschaften an der Königsberger Universität. Ein selbstver-

13.–15. Jahrhunderts zu arbeiten. Vor allem beim Entziffern der alten Abbreviaturen und Buchstabenschnörkel half ihm Hennig,²⁶ dessen tagelange Arbeit nicht in bar vergolten, sondern im Vorwort zu „Preussens ältere Geschichte“ dankbar erwähnt wurde. Das war jedoch nicht der einzige Nutzen, den Hennig daraus schöpfte; viel wichtiger war seine dabei gewonnene Überzeugung, „dass wir nie eine gute Spezialgeschichte von Lief-, Ehst- und Kurland erwarten können, so lange dieser Schatz von Urkunden noch unbekannt und in seiner Dunkelheit liegt.“²⁷ Von den Schätzen dieses Archivs zeugten auch die handschriftlich überlieferten Statuten²⁸ des Deutschen Ordens aus dem Jahre 1442, die Hennig zusammen mit Kotzebue studiert hatte und die sie veröffentlichen wollten. Hennigs Brief an seinen Landsmann Karl Wilhelm Cruse (1765–1834),²⁹ einem Professor für Geschichte an der Mitauer Academia Petrina, gibt ein Zeugnis vom ersten Impuls seiner weiteren langjährigen Tätigkeit. Hennig motivierte sowohl sein wissenschaftliches Interesse als auch der Entdeckereifer, und sein Wunsch, die Arbeit mit früher unbekanntem Dokumenten fortzusetzen, wurde immer stärker. Denn er glaubte, dass in Königsberg, im Archiv des Hochmeisters, auch die Dokumente aus den verschwundenen Archiven des livländischen Landesmeisters gefunden werden könnten:

„hier wäre der Ort, einen Codex diplomaticus Livoniae zu sammeln. Denn es ist sehr bemerkenswerth, dass gerade über die Zeit, da nach Arndts und Gadebuschs Zeugniß die liefländischen Urkunden schweigen, die in Preussen vorhandenen desto beredter sind; voraus sich schliessen lässt, dass das herrmeisterliche Archiv in das hochmeisterliche abgeliefert worden sey“.³⁰

Wahrscheinlich dachte Hennig dabei an die Forderung, der Landesmeister solle Mitteilungen und Dokumente über seine Tätigkeit an den Hochmeister senden. Über den wirklichen Umfang der Urkunden gab es damals noch keine genauen Vorstellungen. Einige Jahre später bemerkte Hennig, dass das Archiv damals „eben erst seiner jetzigen Behörde anvertraut“ worden war und „mit der Einrichtung desselben zum Gebrauch der Geschichtsforscher erst ein kleiner Anfang“ gemacht worden sei: „Nur ein

fasster Lebenslauf (bis 1809) findet sich in: DERS.: Geschichte der Stadt Goldingen in Kurland (Kurländische Sammlungen, 1), Mitau 1809, S. 341ff.

²⁶ KOTZEBUE, Preussens ältere Geschichte (wie Anm. 18), Bd. 1, S. VII (Vorbericht).

²⁷ Brief von Hennig an Karl Wilhelm Cruse (1765–1834), zit. n.: KARL WILHELM CRUSE: Literatur [Rezension über: Die Statuten des deutschen Ordens, hrsg. von ERNST HENNIG, Königsberg 1806], in: Wöchentliche Unterhaltungen für Liebhaber deutscher Lektüre in Russland, Nr. 39, Mitau, 30. September 1807, S. 209–215, hier S. 210.

²⁸ Die Statuten des Deutschen Ordens: nach dem Original-Exemplar, mit sinnerläuternden Anmerkungen, einigen historisch-diplomatischen Beylagen, und einem vollständigen historisch-etymologischen Glossarium, hrsg. von Dr. ERNST HENNIG. Nebst einer Vorrede von dem Herrn Kollegienrath von KOTZEBUE, Königsberg 1806.

²⁹ Brief von Hennig an Karl Wilhelm Cruse (wie Anm. 27), S. 210f.

³⁰ Ebenda.

Theil der alten Membranen, welche zu dem jetzt separirten Ordensarchiv gehörten, war damals vorrätig.“³¹ In seinem Brief an Cruse erwähnt Hennig mehr als 500 auf die Geschichte des Deutschen Ordens zu beziehende Pergamente – Kotzebue schrieb jedoch etwas später von 1300 Urkunden, die er zusammen mit Hennig studiert haben will.³² Es sollte sich jedoch bald herausstellen, dass im Archiv viel mehr auf Livland bezogene Dokumente aufbewahrt wurden. Die ältesten und wertvollsten Urkunden aus der Zeit des Rigaer Bischofs Albert (im Amt 1199–1229) lagen mit Staub bedeckt hauptsächlich im Gewölbesaal des Archivs.³³

Die Napoleonischen Kriege und die schweren Verluste Preußens zwangen Hennig, seine Pfarrstelle zu verlassen, woraufhin er die erste ihm angebotene Vakanz annahm und von nun an als Hauslehrer, später als Lehrer in Kurland tätig war. Kurland war für Hennig nicht nur ein Zufluchtsort vor dem Krieg, denn sein Forschungsinteresse galt der Geschichte des Deutschen Ordens. In Kurland konnte er eines der ehemaligen Ordensländer kennen lernen und sich der Arbeit mit bisher unbekanntem Urkundensammlungen widmen. In Goldingen studierte Hennig das seit Jahren verlassene Archiv des Stadtrats, veröffentlichte mehrere Artikel darüber und schrieb schließlich eine Geschichte der Stadt. Freundschaft und gemeinsame Interessen verbanden ihn mit seinem Studienkameraden Ulrich von Schlippenbach,³⁴ einem bekannten kurländischen Literaten, mit dem er die Ruinen des Goldinger Ordenschlosses untersuchte. Schlippenbachs Erinnerungen offenbaren die romantische Seite der Persönlichkeit Hennigs: „wir gingen lange über die Schutthaufen in der Mitte der Ruine, und dachten der Vergangenheit, wo ihre Züge immer mehr und mehr unkenntlich werden, und schon ein ziemlich starker Baum da wurzelt, wo ehemals kraftvolle Männer und Mauern gestanden.“³⁵ Elegische Überlegungen über

³¹ ERNST HENNIG: Bemerkungen über die Quellen der preussischen Geschichte und deren Benutzung von den Herren von Kotzebue und von Batzko, in: *Ruthenia, oder deutsche Monatsschrift in Russland*. siebenter Jahrgang, hrsg. von FRIEDRICH BERNHARD ALBERS und FRIEDRICH CHRISTOPH BROSE, Erster Band, Riga 1811, S. 130-144, hier S. 140.

³² KOTZEBUE, *Preussens ältere Geschichte* (wie Anm. 18), Bd. 1, Riga 1808, S. VII (Vorbericht).

³³ HENNIG, *Bemerkungen* (wie Anm. 31), S. 143.

³⁴ Ulrich Heinrich Gustav Freiherr von Schlippenbach (1774–1826) – Literat, Beamter in Kurland, Landrat (1807–1818). Siehe DBBL, S. 683; RECKE, NAPIERSKY (wie Anm. 7), Bd. 4, S. 82–86.

³⁵ ULRICH VON SCHLIPPENBACH: *Malerische Wanderungen durch Kurland, Riga und Leipzig* 1809, S. 274. Diese Arbeit wurde vor dieser Ausgabe auch in Fortsetzungen in einer Zeitschrift veröffentlicht: DERS.: *Beschreibung einiger Gegenden Kurlands etc.: Goldingen*, in: *Ruthenia*. Dritter Jahrgang der St. Petersburgischen Monatsschrift, hrsg. von F. C. SCHRÖDER und FRIEDRICH BERNHARD ALBERS, Erster Band, St. Petersburg und Mitau 1807, S. 83-109; zu den Treffen mit Hennig siehe S. 88. Hennig schickte Schlippenbach „mehrere interessante Mitteilungen über die Geschichte Kurlands“, die in der genannten Publikation von Schlippenbachs zu finden sind. Die Schlossruine besichtigten Hennig und Schlippenbach um das Jahr 1806.

die Vergänglichkeit der Dinge und Leidenschaften sowie über die Heiligkeit der Zeugnisse des Altertums kamen ihnen, als sie vor den Resten der in Holz geschnitzten Figuren vom Ehebett des kurländischen Herzogs im Wärterhäuschen der Ruine standen:

„die Reste eines alten herzoglichen Ehebettes, sagte man uns, wären verbrannt; wo einst die fürstliche Liebesgluth aufloderte, den Altar dieser hohen Flamme hat gemeines Feuer verzehrt. (...) Trümmer der Vorzeit, an die sich die Geschichte eines Landes deutend lehnt, sind heilig, sind (...) herzergreifend.“³⁶

Hennig veröffentlichte Schriften und Briefe lassen die Annahme zu, dass die Romantisierung des Altertums einen sehr wichtigen Platz in seiner Weltsicht einnahm; diese Stimmungen sind jedoch aufs engste mit dem Wunsch verbunden, das aus der alten Zeit noch Erhaltene vor der Vernichtung zu retten und zu erforschen. Für Hennig und für seine Geistesverwandten war das eine starke Motivation zur unermüdlichen Erforschung der mittelalterlichen Archive.

Auch in Kurland dachte Hennig an die zahlreichen Urkunden im Königsberger Archiv. Im Dezember 1807 erörterte das livländische Landratskollegium seinen Vorschlag, Abschriften der auf Livland bezogenen Urkunden des Archivs zu erstellen, und entschied, den Goldinger Lehrer zu unterstützen. Kurz darauf schlossen sich auch die Ritterschaften Kurlands und Estlands dem Unternehmen an; ein Jahr später erhielt Hennig Urlaub und machte sich mit seiner Frau und seinen Kindern auf den Weg nach Preußen.

Hennig begriff sich als Hupels Nachfolger und wollte nach dem Vorbild Brotzes bald mit der Sammler- und Forschertätigkeit historischer Quellen beginnen. In einem Brief an seinen Studienkameraden Eduard Philipp Körber,³⁷ den Pfarrer von Wenden bei Dorpat, schrieb er:

„Jetzt schickt mich der Lief- u[nd] Kurl[ändische] Adel, dem sich auch der Ehstl[ändische] anschliessen wird, nach Königsberg, um dort die im Geheimen Archiv u[nd] auf der Schlossbibliothek befindl[ichen] Lief- Ehst- u[nd] Kurl[ändischen] Urkunden zum Urtheil der Geschichte zu kopieren, wie es Brotze zeither gethan hat. Die Arbeit wird wenigstens ein Jahr dauern, da der Vorrath dort ist sehr gross. (...) Ich will die Hupelschen Miscellaneen durch dies Werk fortsetzen.“³⁸

Die weitere Arbeit sowie das weitere Leben Hennigs sollten bis zu seinem Tod untrennbar mit den Dokumenten aus dem Gewölbe des Königsberger Schlosses und aus der Königlichen Bibliothek verbunden sein.

³⁶ Ebenda.

³⁷ Eduard Philipp Körber (1770–1850) – Geistlicher, Bibliophiler, Sammler. Siehe RECKE, NAPIERSKY (wie Anm. 7), Bd. 2, S. 487–488; DBBL, S. 400.

³⁸ Brief von Hennig an Eduard Philipp Körber, Dorpat, 31. Oktober [o.J., vermutlich 1807], in: Estnisches Literaturmuseum (*Eesti Kirjandusmuuseum*, Tartu, künftigt: EKM), M 323:13, Bl. 1-3, hier Bl. 1, 1b.

IV

Wie war es Hennig, dem Lehrer aus Goldingen, gelungen, die Vertreter der drei Ritterschaften von der Notwendigkeit seines Projekts zu überzeugen und dessen langjährige Finanzierung zu sichern? Wie konnte er die Unterstützung von zwei Herrschern, des Kaisers von Russland und des Königs von Preußen gewinnen, um seine Tätigkeit im Königsberger Archiv überhaupt betreiben zu dürfen? Sowohl Alexander I. von Russland (1777–1825) als auch Friedrich Wilhelm III. (1770–1840) sagten ihre Unterstützung für die Anfertigung der Abschriften zu, wobei letzterer die Erlaubnis erteilte, in dem ihm unterstellten Archiv zu forschen.

Eine Übersicht über den weiteren Verlauf der Ereignisse und den komplizierten Prozess des Kopierens veröffentlichte Carl Eduard Napiersky,³⁹ der in den 1830er Jahren die Arbeit in Königsberg fortsetzte. Die von ihm veröffentlichten Materialien sowie die archivalisch überlieferten Aussagen der beteiligten Personen erlauben uns, mehrere Phasen dieses Projekts zu unterscheiden.

In das Zentrum der organisatorischen Maßnahmen des Projekts stellte sich der einflussreiche livländische Landrat Wilhelm Friedrich Freiherr von Ungern-Sternberg. Die Zeitgenossen haben dessen starke Persönlichkeit hoch geschätzt und sogar Ehrfurcht vor ihr empfunden. Ungern-Sternberg besaß eine hervorragende Rednergabe, seine guten Manieren sowie sein stattliches Erscheinungsbild ließen ihn als die ideale Führungspersönlichkeit erscheinen.⁴⁰ Er selbst hat seine Grundwerte und Triebkräfte 1812 folgendermaßen formuliert:

„Vor mehr denn vierzig Jahren fühlte ich schon das Unrecht, ein Fremdling in der Geschichte des eigenen Vaterlandes zu seyn. Sammeln war daher der erste Schritt zum hohen Ziel zu gelangen! Ich trug Sandkorn für Sandkorn und Stein für Stein herbei, Materialien zu künftigen stolzen Bau, bis es mir gelang, die Ritterschaften Liv-, Ehst- und Kurlands durch Vaterlandsliebe zu dem großen Zweck zu vereinen, unsere verlohrnen Schätze des Alterthums, aus dem seit Jahrhunderten unzugänglich gewesenen geheimen Archiv des Deutschen Ordens in Königsberg, dem Moder und der Vergessenheit entreißen und in einen Cod[ex] dipl[omatium] Livon[iae] zusammentragen zu lassen.“⁴¹

³⁹ Zu den Abschriften der Königsberger Dokumente vgl. CARL EDUARD NAPIERSKY: Vorrede, in: *Index corporis historico-diplomatici Livoniae, Esthoniae, Curoniae* (...). Erster Theil, vom Jahre 1198 bis zum Jahre 1449 incl., Riga und Dorpat 1833, S. I–XVI.

⁴⁰ Nekrolog [über Wilhelm Freiherr von Ungern-Sternberg], in: *Provinzialblatt für Kur-, Liv- und Ehstland*, Nr. 15, 13. April 1832, S. 57–59, hier S. 58.

⁴¹ WILHELM FREIHERR VON UNGERN-STERNBERG: Seiner Majestät (...) Alexander dem Ersten: [Widmung], in: LUCAS DAVID: *Preussische Chronik*, Bd. 1–8, Königsberg 1812–1815, hier Bd. 1, Königsberg 1812, [S. 4f.].

Man darf an dieser Stelle daran erinnern, dass der russische Staatskanzler Nikolaj Rumjancev⁴² zu dieser Zeit altrussische historische und Rechtsquellen im In- und Ausland sammelte und Nikolaj Karamzin⁴³ als Hofhistoriograph im Auftrag Alexanders I. eine Geschichte Russlands schrieb. Ungern-Sternberg war mit den höheren Kreisen im russischen Staat gut vertraut (und sollte später die privilegierte Lage Karamzins für das Projekt mit Hennig nutzen): „Er ist schon allerhöchst verordneter Reichshistoriograph, ist Russe, von Monarchen geschätzt, von den H[errn] Minister des Innern und der Aufklärung protigirt, ein Neuer Liebling der russischen Nation!“⁴⁴ Allerdings war Ungern-Sternberg recht kritisch gegenüber den rhetorisch ausdrucksvollen Beschreibungen, die seiner Ansicht nach der Objektivität der historischen Forschungen nicht zum Vorteil gereichten: Alles sei „mit den in Russland so beliebten schönen bunten Farben, wie gleich auch nicht mit dem ehernen Griffel der Wahrheit“ dargestellt.⁴⁵ Es war ihm auch klar, dass die Arbeit eines Historikers deutscher Abstammung in St. Petersburg nicht unbedingt unterstützt und geschätzt werde. Er wollte eine wenn nicht kontroverse, dann doch wenigstens parallele und objektive Zusammenfassung der historischen Quellen Russlands vorlegen, zu denen auch diejenigen der deutschen Ostseeprovinzen Russlands zählten.

Das Angebot Hennigs kam zur rechten Zeit, denn Ungern-Sternberg wollte schon seit längerem Abschriften von Urkunden aus dem Archiv der livländischen Ritterschaft in Riga zusammenstellen – zu diesem Zweck schrieb Brotze, wie erwähnt, Rigaer Dokumente ab. 1808, d. h. fast gleichzeitig mit dieser Arbeit, wurden Verhandlungen über den Erwerb von

⁴² Rumjancev, Nikolaj Petrovič (1754–1826) – Außenminister des Russischen Reichs seit 1807, Reichskanzler seit 1809, Bibliophiler und Sammler. Die Sammlungen Rumjancevs und das Rumjancev-Museum stellten die Grundlage für die Russische Staatsbibliothek in Moskau dar. Auf eigene Kosten organisierte er archäographische Forschungsreisen, sammelte altrussische Rechtsquellen und publizierte die *Собрание Государственных Грамот и Договоров, хранящихся в Государственной Коллегии иностранных дел* [Sammlung der staatlichen Urkunden und Verträge aus dem Staatlichen Kollegium der auswärtigen Angelegenheiten], Teil 1-5, Moskau 1813–1894 (Teil 1-4, 1813–1828; Teil 5, 1894, hier ca. 1 000 Dokumente aus dem 13.–17. Jahrhundert); für diesen Zweck gab er ca. zwei Millionen Rubel aus. Die von Rumjancev gesammelten Manuskripte und Dokumente sowie die für die Publikation gefertigten Abschriften befinden sich im Rumjancev-Bestand der Wissenschaftlichen Forschungsabteilung für Manuskripte der Staatlichen Bibliothek Russlands (256 Bestände, 1 249 Einheiten, darunter Nr. 563-864: Manuskripte in europäischen Sprachen).

⁴³ Karamzin, Nikolaj Michajlovič (1766–1826) – russischer Historiker, Schriftsteller, Hofhistoriograph seit 1803; ab 1804 arbeitete er im Auftrag des Kaisers an seinem *opus magnum* *НИКОЛАЙ КАРАМЗИН: История государства Российского* [Geschichte des russländischen Staats], Bd. 1-12, Moskau 1816–1829. 1805–1808 bereitete Karamzin die ersten drei Bände des Werks vor, die er Alexander I. vorlas.

⁴⁴ Brief von Ungern-Sternberg an Pastor Benjamin Fürchtgott Balthasar von Bergmann, Autogr., Pernaу, 8. Januar 1813, in: LAB R, Ms. 1130/4, Nr. 42, S. 1-4.

⁴⁵ Ebenda.

Abschriften aus dem Archiv der Adelsmatrikel geführt, über die der Senat in der Hauptstadt verfügte.⁴⁶ Ungern-Sternberg hatte bereits ein durch seinen Bruder vermitteltes Verzeichnis der dort befindlichen livländischen Urkunden erhalten und kam zu der Schlussfolgerung, dass „der Werth dieser Urkunden (...) demnach für unser Archiv und die vaterländische Geschichte unendlich viel größer (ist), als ich anfänglich vermuthen konnte.“ In diesem Brief an seinen Bruder meinte er sogar, dass sich vielleicht eine Möglichkeit ergebe, die Originale der Urkunden für einige Zeit aus St. Petersburg nach Riga zu senden, damit Brotze „schöne Abschriften“ davon machen könne.⁴⁷

V

Es war Ungern-Sternberg, der die Wichtigkeit dieser Mission begriff, und es ist im Nachhinein deutlich, dass der Maßstab seiner Pläne, seine Protektion, Beziehungen, organisatorische Fähigkeiten und seine Beharrlichkeit es ermöglichten, Hennigs Ideen überhaupt erst zu verwirklichen. Im Dezember 1807 hatte Hennig Ungern-Sternberg sein Projekt präsentiert und ihn gebeten, das Vorhaben zu unterstützen, um die Zustimmung des Landratskollegiums für die finanzielle Unterstützung (und sein Honorar) zu erreichen. Gleichzeitig schlug er vor, beim Königlich Preussischen Ministerkabinet einen entsprechenden Antrag zu stellen und um die Erlaubnis zu bitten, im Königsberger Archiv arbeiten zu dürfen. Nach dem positiven Beschluss des Landratskollegiums wurde Ungern-Sternberg zum bevollmächtigten „Direktor des Kopierungs-Geschäfts der Urkunden in Königsberg“ ernannt, der wiederum einen Vertrag mit Hennig abschloss.⁴⁸ Hiernach durfte Hennig zu Jahresbeginn 1808 seine Arbeit in Königsberg aufnehmen, für die ungefähr ein Jahr veranschlagt wurde.

⁴⁶ Rangarchiv des Senats (*Разрядный архив*), später Petersburger Staatsarchiv der alten Akten, dessen Sammlungen 1846–1850 an das Moskauer Archiv alter Akten (*Московский архив старых дел*) übergeben wurden, das heute Russländisches Staatsarchiv alter Akten heißt (*Российский государственный архив древних актов*, Moskau, künftig: РГАДА). Anzunehmen ist, dass es zu einer derartigen Übereinkunft über die Versendung bzw. die Abschrift der Dokumente des Senats nicht gekommen ist.

⁴⁷ Brief von Ungern-Sternberg an seinen Bruder, Autogr., Riga, 22. September 1808, in: LAB R, Inv. Nr. Rk 2416, Nr. 11, S. 1-5, hier S. 1. Hier berichtet Ungern-Sternberg über die Methodik des Abschreibens (nach Empfehlungen von Brotze), die Nachahmung alter Buchstaben, die Entzifferung der Abkürzungen und die Abzeichnung der Siegel. Dieser Brief bestätigt, dass er diese Fragen mit Brotze ausführlich besprochen hat. Später wurden mit ähnlichen Worten die Forderungen des Vertrags vom Januar 1809 über die Abschriften in Königsberg formuliert.

⁴⁸ WILHELM FREIHERR VON UNGERN-STERNBERG: Protocoll der Verhandlungen bey dem Geschäfte des Drucks des Inhalts-Verzeichnisses der Urkunden des alten Livland, Handschr., Riga 1831, in: LAB R, Ms. 94a., S. 1-31, hier S. 1-2.

Am 4. Februar 1808 unterzeichnete auch der Staatsminister Preußens August Friedrich Ferdinand Graf von der Goltz⁴⁹ die Erlaubnis für die Arbeit im Königsberger Archiv. Im Juni 1808 beschloss der Livländische Adelskonvent, dass die Arbeit nicht auf ein Jahr beschränkt werden solle. Ende Dezember erteilte Alexander I. auf Bitte der Livländischen Ritterschaft und persönlich Ungern-Sternbergs⁵⁰ Hennig den Urlaub vom Lehramt in Goldingen – einen „Urlaub mit Beibehalt seines Gehalts“ für die Zeit der Arbeit in Königsberg. Am 6. Januar 1809 schließlich machte sich Hennig auf den Weg nach Königsberg; über dieses „literarische Geschäft“ im Auftrag der Ritterschaften der deutschen Provinzen Russlands hatte er die Öffentlichkeit mit einer Anzeige im „Mitauschen Intelligenz-Blatt“ unterrichtet.⁵¹

In der zweiten Januarhälfte 1809 trafen die Ritterschaften Livlands, Kurlands und Estlands die bereits erwähnte Vereinbarung über die Zusammenarbeit bezüglich der Arbeit im Geheimen Archiv von Königsberg und der Bibliothek und bestätigten den mit Hennig schon zuvor abgeschlossenen Vertrag.⁵² In ihren 8 Punkten wurden die Vollmachten und Pflichten von Hennig, Ungern-Sternberg und Brotze festgelegt sowie die Prinzipien für die Auswahl und Ausfertigung der Abschriften bestimmt. Der Text dieser Vereinbarung bezeugt, dass von Anfang an ein gut durchdachter Handlungsplan erarbeitet worden und somit erstmals in der historischen Forschung Livlands ein Projekt zustande gekommen war, welches mit einer überschaubaren Struktur und optimaler Aufgabenteilung operieren sollte.

Im 2. Punkt der Vereinbarung (Bl. 3b) sind die Kriterien der Urkundenauswahl definiert: Abzuschreiben seien alle „Dokumente, briefliche Urkunden und andere Nachrichten“, die in den öffentlichen Archiven und Bibliotheken Königsbergs gefunden würden und die auf irgendeine Weise mit der Staatsverfassung Livlands, seinen Gesetzen, seiner Geschichte, den Lehen von Landgütern oder der Bestimmung ihrer Grenzen sowie mit der Gründung, den Privilegien, Rechten, der städtischen Gesetzgebung, der Stadtbezirke und Marktstellen, den Schlössern, Landgütern, Konventen, mildtätigen Stiftungen oder den einzelnen Korporationen der drei Provinzen Livland, Kurland, Estland samt Ösel verbunden seien.

Im 3. Punkt (Bl. 3b-4a) wird eine eindeutige Methodik für das Kopieren und Annotieren der Urkunden vereinbart. Wahrscheinlich wurden diese Prinzipien von Brotze und Ungern-Sternberg gemeinsam zuvor erarbeitet,

⁴⁹ August Friedrich Ferdinand Graf von der Goltz (1765–1832) – preußischer Staatsmann, seit Juli 1807 Staatsminister, leitete das Departement der auswärtigen Angelegenheiten. Sein Schreiben wird zitiert in der Vereinigungsurkunde der Liv-, Est- und Kurländischen Ritterschaft (wie Anm. 1), Bl. 2b.

⁵⁰ Brief von Ungern-Sternberg an seinen Bruder (wie Anm. 47), S. 3; Ungern-Sternberg hatte sich schon im August an mehrere Instanzen in St. Petersburg gewandt.

⁵¹ Anzeige, in: Mitausches Intelligenz-Blatt, Nr. 2, 6. Januar 1809, S. [7]. Hennig schrieb diese Anzeige in Goldingen am 23. Dezember 1808, dabei verwies er auf den gerade erhaltenen Erlass Alexanders I.

⁵² Vereinigungsurkunde der Liv-, Est- und Kurländischen Ritterschaft (wie Anm. 1).

denn als Muster dienten die von Brotze unter Aufsicht Ungern-Sternbergs bereits erstellten Abschriften für die Sammlung „Codex diplomaticus Ducatus Livoniae“. Die Qualität der Abschrift war hiernach nicht allein durch den präzise abbeschriebenen Text bestimmt. Darüber hinaus strebte man an, dass die Kopien in ihrer äußeren Gestaltung mit dem Schriftbild des Originals übereinstimmen und die ästhetische Qualität des Originals aufweisen sollten – derartige Abschriften nannten die Projektteilnehmer „schön“. Die Abschriften der Königsberger Dokumente sollten somit in der Größe des Originals, „mit derselben diplomatischen Genauigkeit und Schönheit“ angefertigt werden. Die Beachtung dieser Kriterien bedeutete, dass man auch auf die wissenschaftlich und paläographisch korrekte Beschreibung der Urkunden achten sollte: jede nummerierte Abschrift des Dokuments war mit einer Annotation oder Rubrik⁵³ zu versehen, in der festgestellt werden sollte, wer wann die Urkunde verfasst hatte, worum es im Dokument ging, wie der physische Zustand des Dokuments war, welches Material (Papier oder Pergament) verwendet wurde, wie viele Siegel vorhanden und wie viele davon übrig waren. Am Ende dieser einleitenden Annotation waren Verweise auf Aufbewahrungsort, Sammlung, Signatur sowie Informationen über eventuelle frühere Publikationen des Textes anzuführen. Daran schloss sich der Text des Dokuments an. Auch an die Abschrift des Textes wurden konkrete Forderungen gestellt: Ein kurzer Text (ein Blatt) war exakt vom Original zu kopieren, während im Falle eines längeren Dokuments nur die erste und die letzte Zeile in der präzisen Buchstabengestaltung des Originals abzuschreiben war; der übrige Text war in der einfachen Lateinschrift (d. h. Kursivschrift) zu kopieren. Schließlich waren auch die Zeichen (Signaturen) der Notare nachzuahmen sowie die angehefteten Siegel in Originalgröße farbig mit sämtlichen Schnüren oder Pergamentbändern nachzuzeichnen und zu beschreiben. Zu guter Letzt war die Übereinstimmung der Abschrift mit dem Original zu überprüfen und mit dem Siegel des Königsberger Archivs und der Unterschrift des Archivars oder Bibliothekars zu bestätigen, „damit gegen die Aechtheit der Abschrift kein Zweifel erregt werden koenne“.

Im 5. Punkt (Bl. 4a-4b) wurde die Vorgehensweise bestimmt, in der die drei Ritterschaften die gewünschten Abschriften der Dokumente erhalten sollten: In Königsberg sollten für die Livländische und Kurländische Ritterschaft zwei Ausfertigungen der Abschriften gemacht, die dann nach Riga zu schicken waren. Da die Estländische Ritterschaft den Wunsch geäußert hatte, die Kopien in lateinischer oder mittelniederdeutscher Sprache mit einer Übersetzung ins Hochdeutsche zu versehen, sollte unter der „speziellen Mitwirkung“ von Brotze jede aus Königsberg erhaltene Abschrift in Riga mit einer Übersetzung versehen werden. Aus Riga waren die für Estland vorgesehenen Abschriften in Lieferungen von je 25

⁵³ In der modernen Fachsprache der Diplomatie verwendet man den Begriff des Regests (Anm. der Redaktion).

Exemplaren weiter nach Reval zu senden. Sollten in Riga bei der Vorbereitung der Abschriften und Übersetzungen Schwierigkeiten entstehen, war Ungern-Sternberg bevollmächtigt, seinem Kollegen Hennig in Königsberg zu erlauben, noch weitere Kopisten einzustellen und auch die dritte, für die Estländische Ritterschaft gedachte Ausfertigung des Dokuments in Königsberg herzustellen.

Der 6. Punkt (Bl. 4b-5a) sah vor, dass jede der drei Ritterschaften eine identische und „ganz komplette Sammlung“ der Abschriften erhalten sollte, weshalb sich die Livländische Ritterschaft verpflichtete, auf gemeinsame Rechnung auch für die Archive der anderen beiden Ritterschaften „saubere“, d. h. qualitative Abschriften der Urkunden von den in den Rigaer Archiven bereits vorhandenen Originalen anzufertigen; die Estländische und Kurländische Ritterschaft sollten ihrerseits nach Anfrage von Ungern-Sternberg alle in ihren Urkundensammlungen gefundenen Register der mittelalterlichen Dokumente und (wenn notwendig) auch deren Abschriften nach Riga schicken.

Der 7. Punkt (Bl. 5a) regelte die Entlohnung: Hennig erhielt 2 000 Albertustaler pro Jahr, welche die Vertragsparteien durch Vermittlung eines Bevollmächtigten alle vier Monate in Raten abwechselnd bezahlten – das erste Drittel sollte die Livländische Ritterschaft decken, das zweite die Kurländische, das dritte die Estländische. Am Ende war hierüber ein Bericht anzufertigen. Damit diese sowie unvorhergesehene zukünftige Kosten in gleichen Teilen bezahlt wurden, sollte es am Ende eine abschließende Abrechnung darüber geben, was jede Ritterschaft unter Umständen zu viel bezahlt hatte, um dann die Kosten gleichmäßig zu verteilen. Jede Ritterschaft verpflichtete sich, die für die Herstellung ihrer jeweiligen Abschriften in Königsberg bzw. in Riga notwendigen Schreibutensilien sowie die Farben für die Zeichnungen, aber auch die Portokosten zusätzlich zu bezahlen.

Im 8. Punkt (Bl. 5b) wurde beschlossen, die Arbeit nach Ablauf eines Jahres so lange weiterzuführen, „bis alle für Unsern Zweck nützliche Quellen in Königsberg erschöpft worden sind“ – und die Kosten in gleichen Teilen zu decken.

Nach dem Inkrafttreten des Vertrags begann Ernst Hennig unverzüglich seine Arbeit in Königsberg, wobei er tätige Unterstützung seitens der staatlichen Institutionen Preußens bekam. Er erhielt auch das Versprechen Friedrich Wilhelms III. (worauf der entsprechende Erlass des Ministerkabinetts folgte), „zu dieser rühmlichen Absicht der verbundenen Ritterschaften“ nicht nur das Geheime Archiv Königsbergs und die Schlossbibliothek, sondern auch sämtliche Archive seines Staates zu benutzen.⁵⁴ Die Erkundung und das Abschreiben der Urkunden konnten beginnen.

⁵⁴ Vereinigungsurkunde der Liv-, Est- und Kurländischen Ritterschaft (wie Anm. 1), Bl. 3a.

VI

In der Zeit von Anfang 1809 bis Ende 1811 verlief die Arbeit von Hennig erfolgreich. In dieser Zeit wurden in Königsberg etwa 2 000 Abschriften angefertigt und verschickt. Hennig forschte zielstrebig die Bestände des Archivs und der Schlossbibliothek durch und beschäftigte sich mit der Auswahl und dem Abschreiben der Dokumente. Die Kopien im Estnischen Historischen Archiv⁵⁵ zeugen davon, dass Hennig mindestens zwei angestellte Abschreiber zur Verfügung standen,⁵⁶ die von den Originalen zwei bzw. drei Kopien für die Ritterschaftsarchive in Reinschrift ausfertigen sollten; zudem der Maler Steenbahr oder Stechebahr,⁵⁷ der die Siegel mit Gouachefarben abzeichnete. Die Abschriften wurden auf qualitativ hochwertigem, weißen oder gelblichen großformatigem Papier (*Royal folio* – 50 x 40 cm) aufgetragen. Auf jeder Seite wurde die Abschrift des Textes mit einer 4 mm dicken Linie in schwarzer Tusche umrahmt. Die Korrektheit der Abschrift bestätigte entweder Hennig selbst mit seiner Unterschrift und mit rotem Archivsiegel oder der Archivar Carl Faber. Dann wurde gewöhnlich einmal im Monat ein Fuhrmann nach Riga geschickt, der 20 bis 30 Abschriften transportierte. Gleichzeitig bekam Ungern-Sternberg die Register der abgeschrieben Dokumente mit kurzen Inhaltsbeschreibungen.⁵⁸ In Riga wurde jede Abschrift von Brotze überprüft, der mit den Kopien für die Livländische und die Estländische Ritterschaft beschäftigt war.⁵⁹ Am Ende der für die Estländer vorgesehenen Abschriften sind die von Brotze selbst geschriebenen Übersetzungen der Texte zu finden, oft kommentierte er die historischen Fakten, präzisierte den Typus der Schrift und erstellte ein Glossar der im Text verwendeten seltenen mittelniederdeutschen Wörter. Nicht selten fertigte Brotze eine neue Abschrift eines Königsberger Dokuments an und schrieb dabei auch den lateinischen Originaltext ab. Von der Beteiligung Brotzes am Projekt zeugt allerdings nur seine gut erkennbare Handschrift – die Übersetzungen und Abschriften sind von ihm nicht signiert.

Es ist anzunehmen, dass Brotzes Übersetzungen in vielen Fällen von anderer Hand geschrieben wurden – er selbst schrieb kalligraphisch nur

⁵⁵ Urkunden aus dem Ordensarchiv im Königsberg. Kopien vom Jahre 1220 bis 1593, Bd. I-VII, in: EAA, 854-2-534 bis 540.

⁵⁶ Zwei Königsberger Kopisten signierten ihre Abschriften: Fritsch und Fr. Klaag.

⁵⁷ Einige farbenprächtige Abzeichnungen der Siegel hatte der Maler unauffällig signiert, indem er mit weißer Farbe auf dem schwarzen Rand schrieb: „Steenbahr pinx, St. p.“ Urkunden aus dem Ordensarchiv in Königsberg, Bd. IV: Kopien von den Jahren 1400–1419, Nr. 573, 587, 667, 676, 715, 831, 907, in: EAA, 854-2-537.

⁵⁸ Auch Register wurden intensiv genutzt und an andere Forscher weitergeleitet; hiervon zeugt der Briefwechsel Ungern-Sternbergs.

⁵⁹ Brotze arbeitete laut einer von ihm erstellten Übersicht 1809 an 200 der in zwei Lieferungen (je 100 Stück) erhaltenen Königsberger Dokumente für die Livländische Ritterschaft und an 65 Dokumenten (in zwei Lieferungen) für die Estländische Ritterschaft. Brotzii vitae curriculum (wie Anm. 22), S. 162-165.

die Annotation und/oder die erste Zeile der Übersetzung. Wahrscheinlich kann man sich auf die Behauptung Napierskys verlassen, dass Brotze sämtliche 3 162 Abschriften durchgesehen hat. Notwendige paläographische und etymologische Erklärungen oder Glossare fügte er auf eigene Initiative an, vielfach zeichnete er auch Siegel ab.⁶⁰ Wenn Brotze gemäß Punkt 6 des Vertrags die Abschrift eines Dokuments aus dem Rigaer Ratsarchiv anfertigte, überprüfte der Kanzleisekretär der Livländischen Ritterschaft Ernst Moritz von Vegesack (1773-1816) oder der Notar von Rennenkampff diese Abschrift und bestätigte deren Richtigkeit mit seiner Unterschrift.

Im März 1810 erklärte der Livländische Adelskonvent im Zusammenhang mit den immer schwierigeren politischen Umständen wegen der Napoleonischen Kriege und den daraus entstehenden finanziellen Probleme, dass es wünschenswert sei, die Arbeit in Königsberg während dieses zweiten Jahres abzuschließen.⁶¹ Ungern-Sternberg schrieb Hennig im März, er solle Geld und Materialien sparen und Verschwendung vorbeugen:

„[Ich] stimme (...) gerne Dero Meinung mit bey, daß der Zeichner Stechebahr Sie beim Einkauf u[nd] der Anschaffung der Farbenmaterialien etc. sehr hintergangen und dafür gesorgt hat, daß Er für seine halbe Lebenszeit mit diesem versorgt seyn möge. Fast in jedem Monate eine Stange rothe u[nd] in zwey Monathen gewöhnlich eine, wo nicht gar zwey Stangen schwarzen Tusche zu verbrauchen, ist wahrlich sehr auffallend. Hr. Professor Brotze verbraucht im ganzen Jahre nicht zwey Stangen schwarze Tusche, obgleich er die mehresten Urkunden sogar mit aufgelöster Tusche schreibt u[nd] sie für den Codic[es] Diplomat[um] Livon[iae] – und für die ehst[ländische] Ritterschaft bearbeitet. Ich muss daher Ew[er] Wohlgeb[oren] ergebenst ersuchen, bei diesen schweren Zeiten und dem ausserordentlichen Geldmangel, eine bessere Oekonomie bei diesem Geschäft einführen zu wollen und lieber die erforderlichen Schreib- und Zeichnungs-Materialien en gros (...) ankauffen zu lassen u[nd] selbige in eigener Verwahrung zu nehmen, damit unsere ohnehin drückenden Kosten, nicht unnutzer und wol gar betrüglicher wise, vergrößert werden mögen“.⁶²

⁶⁰ Im Konvolut „Brotzii vitae curriculum“ sind die von Brotze erstellten langen Verzeichnisse der Abschriften Königsberger Dokumente zu finden, die er für die Estländische Ritterschaft, das Rigaer Archiv, die Livländische Ritterschaft und die Dorpater Universität vorbereitet hatte. Dort sind auch die von ihm abgezeichneten Siegel in den Kopien für die Livländische und Estländische Ritterschaft aufgelistet. Bezüglich der Kopien für die Estländische Ritterschaft erwähnte Brotze 46 Siegel-Zeichnungen (Lieferungen 1-6, in der Zeit vom Jahr 1809 bis zum 29. Mai 1810). Bis Oktober 1816 wurden 20 Lieferungen nach Reval geschickt, so dass Brotze noch viel mehr Zeichnungen anfertigte. In den Abschriften für die Livländische Ritterschaft registrierte Brotze ca. 160 Siegel-Zeichnungen. Siehe Brotzii vitae curriculum (wie Anm. 22), S. 197-200.

⁶¹ Auszug eines Schreibens von Ungern-Sternberg an Hennig, Riga, 16. März 1810, Autogr., in: LAB R, Ms. 94, Beilage, S. 1f., hier S. 1.

⁶² Ebenda, S. 2.

Mitte 1811 ging es mit Hennigs Karriere steil bergauf: Der preußische König ernannte ihn zum Direktor des Geheimen Archivs und bestätigte ihn auch als Professor für historische Hilfswissenschaften an der Königsberger Universität; gleichzeitig war er Leiter der öffentlichen Bibliothek von Wallenrod und Sekretär der Königlichen Deutschen Gesellschaft.⁶³ Zu seiner Verfügung standen jetzt „alle und jede“ in 300 Jahren entstandenen schriftlichen Zeugnisse, Kollektionen und Sammlungen der preußischen Geschichte. Hennig verstand den Umfang und die Probleme bezüglich der ihm anvertrauten Pflichten sehr gut, denn „was man seit 300 Jahren nicht geachtet und wie Kraut und Rüben durch einander gemengt“⁶⁴ hat, musste er jetzt klassifizieren, in Ordnung bringen und beschreiben. Hennig war überzeugt, dass bis Ende des Jahres der Grundkodex für die Livländische Ritterschaft beendet sein würde.⁶⁵ Aber es gab so viele historische Zeugnisse, dass er mehrere Jahre zu tun hätte. Deshalb hatte er beschlossen, auch die Abschriften der Dokumente aus der Reformationszeit in Livland anfertigen zu lassen. Seinem Briefwechsel ist zu entnehmen, dass der Livländische Generalsuperintendent Karl Gottlob Sonntag an diesen Materialien besonders interessiert war.

Hennig arbeitete sogleich auch an der Edition des Manuskripts der Preußischen Chronik von Lucas David.⁶⁶ Diese Veröffentlichung wurde ebenfalls im Auftrag der Liv-, Est- und Kurländischen Ritterschaft und mit deren finanzieller Unterstützung verwirklicht. Man war davon ausgegangen, dass die Einnahmen aus dem Verkauf der Chronik die Kosten des Urkundenprojekts wenigstens teilweise decken würden; leider hatte die Chronik keinen Gewinn gebracht.

Anfang 1812 wurde klar, dass der weitere Verlauf des Projekts aufgrund des Kriegs stark bedroht war. In den Kassen der Ritterschaften fehlte Geld; die wachsende Teuerung sowie der ungünstige Wechselkurs der Albertustaler und Rubel im Vergleich zur preußischen Mark machten sich bemerkbar. So trat die Kurländische Ritterschaft aus der Verabredung aus, während die beiden anderen Ritterschaften beschlossen, bessere Zeiten abzuwarten. Ungern-Sternberg begriff, dass das Projekt ein

⁶³ Der 1. Punkt (Bl. 3b) sah vor, dass Hennig keine anderen Pflichten übernehmen durfte: Er sollte sich auf seine Aufgabe konzentrieren. Aber Ungern-Sternberg meinte, dass Hennig sich vor etwaigen Vorwürfen nicht fürchten sollte, da seine sonstigen Pflichten das Königsberger Projekt nur förderten. Auszug eines Schreibens von Ungern-Sternberg an Hennig (wie Anm. 61), S. 1f.

⁶⁴ Brief von Hennig an Sonntag, Autogr., Königsberg, 10. August 1811, in: LAB R, Ms. 1112/14, 50. Einh., Nr. 14, S. 1.

⁶⁵ Ebenda.

⁶⁶ DAVID, Preussische Chronik (wie Anm. 41). Ernst Hennig arbeitete bis zu seinem Tode an der Veröffentlichung der Chronik und hatte die Bände 1-7 vorbereitet. Den Text der Chronik ergänzte er häufig durch Anlagen mit den Texten der im Archiv gefundenen Dokumente.

„schon halb erstorbenes Unternehmen“⁶⁷ geworden war, und wandte sich an Nikolaj Karamzin und mit dessen Unterstützung auch an den russischen Innenminister Osip Kozodavlev⁶⁸ und an Alexander I.

Der Kaiser entschied im Frühjahr 1812, die Archivarbeit in Königsberg auch weiterhin zu unterstützen, die für weitere 4 Jahre von Ungern-Sternberg geleitet werden sollte. Er bewilligte 20 000 Rubel „aus den Kaiserlichen Schatulle-Geldern“ bereitzustellen. Zudem war dem Innenminister Mitteilung über den Verlauf der Arbeiten zu machen und speziell für das Kaiserliche Kabinett hergestellte Lieferungen mit Königsberger Abschriften abzufertigen.⁶⁹ Der Vertrag mit Hennig wurde verlängert. Seit etwa Mitte 1812 wurde aus Sparsamkeit billigeres bläuliches Schreibpapier von niedriger Qualität im kleineren Format (*folio*) verwendet; auf den schmückenden Rand, Übersetzungen und Kommentare sowie auf die kalligraphischen Verzierungen wurde nun verzichtet. Solche Abschriften wurden an die Estländische Ritterschaft geliefert.⁷⁰

Zwischen Ungern-Sternberg und Hennig entstanden Meinungsverschiedenheiten aufgrund der unregelmäßigen Zustellung der Lieferungen sowie über die Qualität der Abschriften, über die Bezahlung und über den Verbrauch der Geldmittel. Einwände wurden auch gegen die von Hennig verfassten Urkundenregesten erhoben: Sie seien zu lakonisch und erläuterten den Inhalt der Dokumente nur ungenügend, weshalb sie wenig Wert für den Historiker hätten. Zudem habe Hennig die Abschriften für das Kaiserliche Kabinett nicht rechtzeitig hergestellt, was Ungern-Sternberg besonders besorgte:

„Vielleicht bin ich noch so glücklich auf diesem Umwege – wenn es anders nicht so kostbar ausfallen sollte – von d[em] H[errn] Dr. Hennig, einige Urkunden-Lieferungen zu erhalten, und dies würde mir um so schätzbarer seyn, da ich als dann dem Minister des Innern,

⁶⁷ WILHELM FREIHERR VON UNGERN-STERNBERG: Seiner Majestät dem Könige von Preussen Friedrich Wilhelm dem Dritten [Widmung], in: DAVID, Preussische Chronik (wie Anm. 41), T. 1., Königsberg 1812, S. [9].

⁶⁸ Kozodavlev, Osip Petrovič (um 1753–1819) – russischer Staatsmann, Literat, Innenminister Russlands (seit 1810), Verleger: 1809 gründete er die offizielle Zeitschrift „Северная Почта“ [Nördliche Post]. Ungern-Sternberg nutzte diplomatisch den Umstand, dass Karamzin einen starken Einfluss auf den Minister hatte. Kozodavlev gehörte zu den begeisterten Unterstützern Karamzins. Vgl. den Brief von Ungern-Sternberg an Pastor Benjamin Fürchtegott Balthasar von Bergmann (wie Anm. 44), S. 2.

⁶⁹ Napiersky zufolge wurden die dritten Ausfertigungen, nachdem die Kurländische Ritterschaft den Vertrag gekündigt hatte, nach St. Petersburg geschickt. Der Kaiser habe die Abschriften „gnädigst empfangen und durchgesehen“, danach wurden sie Kozodavlev und Karamzin überreicht; letzterer habe in seiner „Geschichte des russländischen Staates“ die Königsberger Dokumente sehr oft genutzt. NAPIERSKY, Vorrede (wie Anm. 29), S. VIII.

⁷⁰ Urkunden aus dem Ordensarchiv im Königsberg, Bd. I-XVIII, in: EAA 854-2-541 bis 557. Brotze bemerkt, dass diese Abschriften ab der Lieferung 16 erhalten wurden. Brotzii vitae curriculum (wie Anm. 22), S. 140.

ohnerachtet des Krieges, die für das Kaiserl[iche] Kabinet bestimmten Exemplare auf Royal-Papier, übersenden und Ihn von unserer Thätigkeit überzeugen könnte.“⁷¹

VII

Im Sommer 1812 spürte man auch in Riga die Kriegsgefahr. Brotze schrieb, dass die Stadt fast wie unter Belagerung lebte, viele Einwohner hätten die Stadt verlassen, im Rigaer Gymnasium sei ein Spital eingerichtet worden und die Zöglinge seien abgefahren.⁷² Seit der französischen Kriegserklärung waren im Juli/August 1812 aus Königsberg nach Riga keine Lieferungen mehr gekommen. Trotz Ungern-Sternbergs hartnäckigem Bemühen ist anzunehmen, dass seit Kriegsbeginn seine Briefe und Geldsendungen Königsberg nicht mehr erreichten. Hennig behauptete, dass er erst im Dezember 1812 Geld erhalten habe, wobei es über Göteborg und Hamburg umgeleitet werden musste.⁷³ Tatsächlich war es Ungern-Sternberg gelungen, die Postzustellungen von Riga nach Königsberg über lange und schwierige Umwege wieder aufzunehmen. Einer der Umwege führte über St. Petersburg, Stockholm und Stralsund.⁷⁴

Als sich die Truppen Napoleons Riga näherten, litt Ungern-Sternberg bereits an einer schweren Nervenkrankheit, verstärkt durch die Niederbrennung der Rigaer Vororte am 11./12. Juli 1812 zu Verteidigungszwecken, wobei er mehrere Häuser verlor. Als Mitglied des Livländischen Hofgerichts war er gezwungen, aus Riga nach Pernau umzusiedeln,⁷⁵ später nach Fellin und Dorpat. Aber wie Brotze, der seine Pflichten als Pädagoge nicht aufgegeben hatte und weiter an den Kopien der Urkunden arbeitete,⁷⁶ war auch Ungern-Sternberg weiter damit beschäftigt, die mit dem Königsberger Projekt verbundenen Fragen zu lösen.

Zu Beginn des Jahres 1813 wurde die Verbindung mit Königsberg unter Schwierigkeiten wiederhergestellt, und Ungern-Sternberg erhielt auf einmal mehrere Briefe von Hennig. Um stets über den Stand der Dinge im Bilde zu sein, suchte Hennig Boten, Beamte oder Angestellte, z. B. den

⁷¹ Brief von Ungern-Sternberg an Pastor Benjamin Fürchtgott Balthasar von Bergmann, Autogr., Pernau, 26. Oktober 1812, in: LAB R, Ms. 1130/4, Nr. 40, S. 1-4, hier S. 4.

⁷² JOHANN CHRISTOPH BROTZE: Rückblick in die Vergangenheit, 8tes und letztes Stück, Ein Programm zur Ankündigung des öffentlichen Examens im Kaiserl. Gouvernements-Gymnasium zu Riga am 3ten Julius 1812, und des Dimissionsaktes am 2ten und 3ten Julius 1814, Riga [1814], S. 3.

⁷³ Brief von Hennig an Sonntag, Autograph, Königsberg, 30. Januar n. St. 1813, in: LAB R, Ms. 1112/14, Einh. 50, Nr. 15, S. 1-4, hier S. 1.

⁷⁴ Brief von Ungern-Sternberg an Pastor Benjamin Fürchtgott Balthasar von Bergmann (wie Anm. 71), S. 4.

⁷⁵ Ebenda, S. 1.

⁷⁶ BROTZE, Rückblick (wie Anm. 72), S. 3.

Livländischen Generalsuperintendenten Karl Gottlob Sonntag oder den General der russischen Armee Grafen Sayn-Wittgenstein⁷⁷ als Informationsquellen auszunutzen. Dennoch mangelte es an gegenseitigen Informationen: Ende Januar äußerte Hennig in einem Brief an Sonntag den Verdacht, Ungern-Sternberg sei krank, verreist oder gar tot, da dieser keinen seiner fünf Briefe beantwortet habe. So hatten sich Ungewissheiten angesammelt, die in diesem Brief deutlich werden. Hennig erklärte, dass er im Januar seine Arbeit an den für das Kaiserliche Kabinett herzustellenden Abschriften wieder aufgenommen habe, und dies ungeachtet dessen, dass die Zahlungen und die Kontakte 1812 abgebrochen waren. Bevor im Januar die Lieferung der Kabinett-Abschriften fertig war, hatte er diese Lieferung sowie das Paket mit den in der Zeit vom 1. Juli bis 31. Dezember für die Livländische und Estländische Ritterschaft angefertigten Kopien dem Fuhrmann aus Riga nicht übergeben. Er hatte die von Alexander I. für das kommende Jahr versprochenen Geldmittel in Höhe von 5 000 Silberrubel sowie die Begleitbriefe von Ungern-Sternberg und Sonntag nicht erhalten.

Die Meinungsverschiedenheiten konnten jedoch auch dann nicht geklärt werden, als „nach einem sieben Monatlichen tiefem Schweigen“⁷⁸ Ungern-Sternberg auf einmal die fünf Briefe Hennigs erhielt. Der Landrat schrieb im Februar 1812 an Sonntag, dass er mit der Arbeit Hennigs gar nicht zufrieden sei: „Ich muss es Ihnen frey gestehen, dass ich mit den Arbeiten d[es] H[errn] Hennig's sehr unzufrieden bin, wenn ich sie auch nur nach seinen eigenen Geständnissen beurtheilen will“.⁷⁹

Die Ursache dieser Meinungsverschiedenheiten lag in den Versäumnissen bezüglich des Honorars. Der Landrat schrieb, dass er das Geld im Juli und Oktober 1812 zweimal nach Königsberg geschickt habe. Hennig dagegen erwähnte nur eine mit Verzögerung erhaltene Zahlung, die ihn erst im Dezember erreichte. Ungern-Sternberg warf Hennig zudem vor, dass die Abschriften für das Kaiserliche Kabinett in der zweiten Hälfte 1812 nicht vorlagen, worin er einen ernsten Verstoß gegen den Vertrag sehe.⁸⁰ Deshalb hatte der Landrat vermutet, dass Hennig die Arbeit an der Fertigstellung der Abschriften nicht mehr fortsetzen wolle, woraufhin er die fällige Zahlung verzögerte, bis Hennig vertragsgemäß die Kopien für das Kaiserliche Kabinett abliefere: „Ich behalte mir es daher bevor, Ihm dieses Benehmen ernstlich zu Gemüthe zu führen und, um Ihn zu seiner Kontraktmäßigen

⁷⁷ Ludwig Adolph Peter Graf zu Sayn-Wittgenstein (1769–1843) – General der russischen Armee, Feldmarschall. Im Januar 1813 befand sich Sayn-Wittgenstein mit seiner Armee in Königsberg, aber am 7. März traf er schon in Berlin ein. In einem Brief schreibt Hennig, dass am 28. Januar 1812 zu Sayn-Wittgenstein samt 12 Offizieren der russischen Armee und seiner Gemahlin auch das Königsberger Archiv, die Schlosskirche und -bibliothek besucht hatte, wobei er selbst als Führer gedient und viel über die Ereignisse in Livland erzählt habe.

⁷⁸ Brief von Ungern-Sternberg an Sonntag, Autograph, Fellin, 20. Februar 1813, in: LAB R, Ms. 1112/35, Einh. 117, Nr. 4, S. 1-3, hier S. 2f.

⁷⁹ Ebenda.

⁸⁰ Ebenda.

Pflicht zurück zu führen, die nun bald fällige Tertian-Zahlung solange zurück zu halten, bis er mir die Kabinets-Exemplare gehörig einliefert.“⁸¹

Am 23. Mai 1815 starb Ernst Hennig im Alter von 44 Jahren nach einer zweijährigen schweren Lungenerkrankung (wahrscheinlich hatte sich aus einer Lungentzündung Schwindsucht entwickelt).⁸² Möglicherweise waren es Feuchtigkeit und Staub im Königsberger Schlossarchiv, die Hennigs Gesundheit angriffen. Er hatte die Arbeit in Königsberg mit höchster Freude erwartet, weil sie für ihn eine Rückkehr nach Hause bedeutete.⁸³ Ungeachtet der Krankheit arbeitete Hennig bis zu seinem Tod unermüdlich am Kopieren der Urkunden und an der Edition der Chronik Davids.⁸⁴ Es ist anzunehmen, dass der Konflikt zwischen Ungern-Sternberg und Hennig schon bald behoben wurde. Denn der Landrat sprach von der Beharrlichkeit, Selbstverleugnung und dem hervorragenden Talent Hennigs stets mit größter Hochachtung. Nach dem Tode Hennigs übernahm der Archivar und neue Direktor des Archivs Karl Faber die Leitung der Schreiber-Werkstatt, in der die Abschriften entstanden.⁸⁵

VIII

Im Sommer 1816 wurden die Arbeiten im Königsberger Archiv und auch in der Schlossbibliothek beendet. Insgesamt wurden 3 361⁸⁶ Dokumente erfasst und abgeschrieben, aber zu der Zeit wurde fast keines veröffentlicht. Ungern-Sternberg sandte dem russischen Monarchen eine Mitteilung über die abgeschlossene Arbeit und schlug vor, den ganzen „Codex diplomaticus“ auf Staatskosten drucken zu lassen, wobei er darauf setzte, dass die acht *folio*-Bände in Riga gedruckt würden.

Als Ergebnis der siebenjährigen Arbeit sind vier Abschriftensammlungen entstanden. Im Rigaer Archiv der Livländischen Ritterschaft füllten die

⁸¹ Ebenda.

⁸² ERNST HENNING: Vorbericht, in: DAVID, Preussische Chronik (wie Anm. 41), Bd. 6, Königsberg 1814, S. III-IV. Hennig schreibt offen über seine Krankheit: Seit Oktober 1813 sei er dauernd ans Bett gefesselt und könne sein Zimmer nicht mehr verlassen. Er überwinde „mit unendlicher Mühe und Anstrengung“ seine „Schmerzen und Beschwerden“ und setze die Arbeit an der Chronik fort. In der Hoffnung auf Genesung begab sich Hennig nach Bad Pyrmont, doch starb er auf der Reise dorthin.

⁸³ Brief von Hennig an Eduard Philipp Körber (wie Anm. 38), Bl. 1a: „Dank dir, meine Freude! Eine Lieblings-Arbeit, im Kreise der Meinigen, an der Seite meines braven Vaters“.

⁸⁴ DANIEL FRIEDRICH SCHÜTZ: Vorbericht, in: DAVID, Preussische Chronik (wie Anm. 41), Bd. 8, Königsberg 1817, S. II.

⁸⁵ KARL FABER: Geschichte der Königlichen Bibliothek in Königsberg, in: Beyträge zur Kunde Preußens 3 (1820), S. 130-145, hier S. 142.

⁸⁶ Ungern-Sternberg erwähnt die Abschrift von 3 361 Dokumenten. Brief Ungern-Sternbergs an Hennig (wie Anm. 61), S. [2]. Napiersky nannte 3 162 Dokumente. NAPIERSKY: Vorrede (wie Anm. 39), S. VIII. In dieser Zahl sind die in Königsberg zuvor gefertigten Duplikate der Abschriften nicht enthalten.

Abschriften 21 *Royal folio*-Bände,⁸⁷ und der Notar der Livländischen Ritterschaft Rennenkampff wurde damit beauftragt, sie zu ordnen, zu nummerieren und einbinden zu lassen. Im Archiv der Estländischen Ritterschaft in Reval waren es acht *Royal folio*-⁸⁸ und 18 *folio*-Bände,⁸⁹ ein weiterer *folio*-Band beinhaltete die von Brotze ausgefertigten und an die Livländische Ritterschaft geschickten 200 Abschriften.⁹⁰ Die Kopien für die Kurländische Ritterschaft wurden gemäß dem Beschluss des Kurländischen Landtags aus dem Jahre 1823 dem Kurländischen Provinzialmuseum in Mitau überreicht.⁹¹ Das Staatsarchiv des Außenministeriums in Moskau erhielt zur „sorgfältigen Aufbewahrung“ die 1817–1823 für Alexander I. hergestellten und an Minister Kozodavlev geschickten Abschriften.⁹² Diese vier Sammlungen waren jedoch inhaltlich nicht identisch, denn die Auswahlprinzipien für die Urkunden wurden in erster Linie in Übereinstimmung mit der jeweiligen Ritterschaft festgelegt. Die vollständigste Sammlung erhielt Riga. Alle Sammlungen wurden nach Abschluss des Projekts gemäß der Chronologie der Urkunden gebunden. Deshalb sind in einem Band Dokumente zu finden, die in verschiedenen Jahren kopiert wurden.

In den privaten Papieren von Johann Christoph Brotze sind seine eigenhändigen, sorgfältig erstellten Verzeichnisse der Kopien erhalten geblieben,⁹³ die wertvolle Informationen über seine Tätigkeit auf diesem wenig bekannten Gebiet enthalten. Es ist anzunehmen, dass er nicht alle Nuancen seiner Arbeit vollständig fixiert hat. Aber die von ihm erstellten und erhaltenen Register zeugen davon, dass er 1809–1817 sehr viele

⁸⁷ Heute befinden sich die Abschriften aus dem Königsberger Geheimen Archiv im Bestand der Livländischen Ritterschaft: LVVA, 214-6-454 bis 493.

⁸⁸ Urkunden aus dem Ordensarchiv in Königsberg. Kopien vom Jahre 1220 bis 1593, Bd. I-VIII, in: EAA, 854-2-534 bis 540.

⁸⁹ Urkunden aus dem Ordensarchiv im Königsberg, Bd. I-XVIII, in: EAA, 854-2-541 bis 557. Diese Lieferung der Abschriften wurde aus Königsberg direkt nach Estland geschickt.

⁹⁰ Liv-, Ebst- und Kurländische Urkunden: Erste [und zweite] Centurie: [Abschr. von Brotze, Kopien vom Jahre 1263 bis 1500 (erste Hundert) und vom Jahre 1425 bis 1609 (zweite Hundert)], Riga 1810; mit chronologischen Inhaltverzeichnissen und Vorerinnerung von Brotze, in: EAA, 854-2-558: Brotzsche Abschrift. Urkunden des Königsberger Ordensarchivs. Im Vorwort erklärt Brotze, dass diese Sammlung die für Estland vorgesehenen Abschriften kleineren Formats aus den ersten 15 Lieferungen zusammenfasst. Diese Abschriften wurden gemäß dem Vertrag von den für die Livländische Ritterschaft vorgesehenen Abschriften gefertigt und enthalten auch mehrere von Brotze eigenhändig kopierte Dokumente aus dem Rigaer Stadtarchiv. In diesem Band sind auch 12 von Karl Faber in Königsberg bestätigte Abschriften eingebunden.

⁹¹ NAPIERSKY, Fortgesetzte Abhandlung (wie Anm. 9), S. 33f.

⁹² Jetzt befinden sich diese Abschriften in: РГАДА, 147-1-942: Ливонский орден и Лифляндия с Эстляндией [Livländischer Orden und Livland mit Estland] (1191–1555), siehe Российский государственный архив древних актов. Путеводитель в четырех томах [Russländisches Staatsarchiv alter Akten. Führer in 4 Bänden], т. 4, hrsg. von Ю. М. Эскин, Москва 1999. Zu Hennigs Abschriften im РГАДА siehe S. 59-60.

⁹³ Brotzii vitae curriculum (wie Anm. 22), S. 128-226.

Urkunden erhalten, in mehreren Exemplaren kopierte, übersetzte und weiterleitete. Brotze behielt das Register der Abschriften für sämtliche Lieferungen, und für gewöhnlich zählte er die Urkunden entsprechend ihrer chronologischen Reihenfolge auf, wobei die Bogenzahl jeder Abschrift sowie die erhaltene Bezahlung dafür notiert wurden. Brotzes Honorar war aufgrund der von Anfang an geltenden Sparsamkeit ziemlich kärglich.⁹⁴

Bei der Berechnung seines Honorars ließ Brotze das Alter der Urkunde und die paläographische Schwierigkeit des Textes unberücksichtigt – die Bezahlung erfolgte gemäß der Bogen-, Siegel- und Faksimilezahl im Dokument. Für ihn war es wichtig, in der Abschrift möglich authentisch eigenartige oder typische Merkmale des Originals darzustellen, z. B. ein altes Wasserzeichen, das er abzeichnete und kommentierte. Als er mit einem 1438 verfassten Bericht aus der Sammlung von Kotzebue arbeitete, demonstrierte er, wie das Pergament im 15. Jahrhundert zusammengefasst wurde, und dass die Bögen mit den durch sie gezogenen Lederstreifen zusammengehalten wurden.⁹⁵ Für diese Arbeit erhielt Brotze 10 Kopeken.⁹⁶ Die höchste Bezahlung – 8 Rubel und 42 Kopeken – erhielt Brotze für die aus 15 Bögen bestehende Beschwerde des Deutschen Ordens über den Rigaer Erzbischof Silvester Stodewescher (1478).⁹⁷ Diese Abschrift charakterisiert sehr gut die Arbeitsmethode Brotzes: Zunächst schildert er die zur Zeit der Entstehung der Urkunde bestehende historische Situation (3 Seiten), dann folgt der Text der Urkunde mit den *en facsimile* kopierten ersten fünf und letzten sechs Zeilen sowie mit zwei Nachzeichnungen der Siegel (eine in Tusche, eine zweite in roter Gouache) und der Übersetzung des Textes. Auf der linken Seite des Seitenpaares befindet sich die Abschrift des Originals in Mittelniederdeutsch, auf der rechten die Übersetzung ins Hochdeutsche. Zum Schluss stellt er auf fünf Seiten dieser für die Estländische Ritterschaft angefertigten Abschrift seine etymologischen Erklärungen zur Übersetzung vor.⁹⁸

Brotzes Register sind insoweit interessant, weil in diesen erstens die Reihenfolge fixiert ist, in welcher in Königsberg die Auswahl der

⁹⁴ Brotzii vitae curriculum, S. 160, 163. Am 12. Januar 1810 erhielt Brotze 50 Albertustaler. 1809 erhielt er z. B. für das Abschreiben von 80 Urkunden, von denen 44 aus den Jahren 1220–1298 stammten, aus der Kasse der Ritterschaft nur 45,20 Albertustaler, gewöhnlich 0,20 oder 0,30 Albertustaler pro Bogen. Aber für die Arbeit an den für die Estländische Ritterschaft vorgesehenen Abschriften – 472 Dokumente in 26 Lieferungen – erhielt Brotze insgesamt 132,64 Silberrubel, gewöhnlich 10 Kopeken für eine Abschrift. Ebenda.

⁹⁵ Vogt zu Jerwen, Schreiben an dem Hochmeister, 1438 (Abschr. von Brotze, Riga, um 1815?), in: Urkunden aus dem Ordensarchiv in Königsberg, Bd. 5, Kopien vom Jahre 1420 bis 1449, in: EAA, 854-2-538, Nr. 1454.

⁹⁶ Brotzii vitae curriculum, S. 211.

⁹⁷ Die Abschrift wurde im Sommer 1815 gefertigt. Ebenda, S. 213.

⁹⁸ Klage über den Erzbischof zu Riga Silvester, Wittenstein 1478, Freitag der Tiburtii (Abschr. von Brotze, Riga, Sommer 1815, Bl. 1a-27a), in: Urkunden aus dem Ordensarchiv in Königsberg, Bd. 6, Kopien der Urkunden vom Jahre 1450 bis 1499, in: EAA, 854-2-539, Nr. 2117.

abzuschreibenden Urkunden geschah. Es ist anzunehmen, dass die Manuskripte in sämtlichen Regalen und Truhen der Reihe nach durchgesehen wurden, deshalb befinden sich in jeder Lieferung Kopien von Dokumenten verschiedenen Alters und unterschiedlichen Inhalts. Zweitens machen es die Register möglich, andere Besitzer der Königsberger Abschriften zu identifizieren. Auch die Juristische Fakultät der Universität Dorpat hatte Brotze beauftragt, die Königsberger Dokumente zu kopieren, die mit der Geschichte Estlands verbunden sind; später wurden diese Abschriften in dem *folio*-Band „Abschriften historischer Urkunden die Vorzeit Livlands betreffend“⁹⁹ zusammengefasst. Heute befinden sich in der Universitätsbibliothek in Tartu auch andere von Brotze gefertigte Abschriften aus Königsberger in den *folio*-Bänden „Livonica. Historica rariora“.¹⁰⁰ Brotze hatte auch einige Sammlungen der Urkunden für den Pfarrer Eduard Philipp Körber kopiert.¹⁰¹ Diese Abschriften könnte man als eine Art zusätz-

⁹⁹ Abschriften von historischen Urkunden die Vorzeit Livlands betreffend (1196–1570, Nr. 1-171) (Abschr. von Brotze, Riga, 1813–1816), [379] Bl., in: Universitätsbibliothek Tartu (*Tartu Ülikooli Raamatukogu*, künftig TÜR), Mscr. 86. Die in Leder eingebundenen Abschriften wurden von 1812 bis zum Januar 1816 gefertigt und in fünf Lieferungen verschickt, wofür Brotze 23 Rubel und 20 Kopeken erhielt. Brotzii vitae curriculum (wie Anm. 22), S. 216–219. Ein Verweis auf diesen Band ist zu finden in EDUARD WINKELMANN: *Bibliotheca Livoniae historica: Systematisches Verzeichnis der Quellen und Hilfsmittel zur Geschichte Estlands, Livlands und Kurlands*, Berlin 1878, S. 13, Nr. 280.

¹⁰⁰ *Livonica. Historica rariora* (Abschr. von Brotze, Riga, 1809, 1814, 1817), 195 Bl., mit Vorbemerkung von Brotze, in: TÜR, Mscr. 86. In dieser Sammlung befinden sich auch mehrere umfangreiche Texte, zum Beispiel *Analecta Dorpatensia* (Bl. 1-71a), der Handelsvertrag aus dem Jahre 1228 zwischen Smolensk, Riga und Gotland (Bl. 73a-90), Auszüge aus einer so genannten Ordens-Chronik (Bl. 153-183). In der Sammlung ist auch die Abschrift einer Erlaubnis des russischen Zaren Aleksej Michajlovič zu finden, Mastholz in den Gebieten Smolensk und Vitebsk zu fällen und ohne Bezahlung der Akzisesteuer nach Riga flößen zu lassen (11. März 1660), mit Kommentar und Übersetzung (Bl. 185-192); die Abschrift dieses Dokuments *en facsimile* in Russisch ist auf einer 1,59 m langen Rolle aus bläulichem Papier gefertigt. Für diese am 15. Dezember 1817 beendete Abschrift erhielt Brotze 3 Rubel und 30 Kopeken. Brotzii vitae Curriculum (wie Anm. 22), S. 215. Das Inhaltsverzeichnis der ganzen Sammlung kann in der publizierten Liste von Brotzes Arbeiten eingesehen werden: HOLLANDER, Dr. Johann Christoph Brotze als Pädagog (wie Anm. 8), S. 287f.; in dieser Liste fehlt aber die Abschrift: „Schreiben der beiden sechs Jahr zu Moskau gefangen gehaltenen livländischen Edelleute Johann Taube und Elert Krause an der Herzog von Kurland Gotthard Ketler, worinn sie die Grausamkeiten des Zars Iwan Wasiljewitz II schildern vom Jahr 1572“ (Bl. 113-150); sie ist von einer parallelen Kopie erstellt worden, die sich im Königsberger Archiv befindet. WINKELMANN, *Bibliotheca* (wie Anm. 99), S. 240, Nr. 5491.

¹⁰¹ Körbers Sammlung landete in der Kollektion der Gelehrten Estnischen Gesellschaft zu Dorpat, jetzt befindet sie sich im Estnischen Literaturmuseum in Tartu, unter den Abschriften ist auch Brotzes Schreiben zu finden: Kurtze Inhaltsanzeige der Urkunden der Herrmeisters Walter von Plettenberg (Abschr. von Brotze, Riga, erhalten von Körber am 23. Julij 1817), [57] Bl., mit Vorerinnerung von Brotze, in: EKM, Ms. 67. Brotze fertigte diesen Text, indem er auf die Blätter Streifen mit einzelnen Auszügen geklebt hatte.

liche Einkommensquelle von Brotze betrachten. Zudem bereicherte er auch seine persönliche Sammlung durch vollständige oder auszugsweise Abschriften.¹⁰²

Im Januar 1817 erhielt Ungern-Sternberg die allerhöchste Erlaubnis für die Veröffentlichung der Dokumentensammlung. Als er im Februar 1818 einen umfangreichen Bericht über die in Königsberg durchgeführte Arbeit publizierte, äußerte er zum Schluss die Hoffnung, dass die „gelehrte Welt“ bald diese Sammlung benutzen könnte.¹⁰³ Aber die Edition der vollständigen Texte wurde nicht gedruckt und blieb Manuskript,¹⁰⁴ denn ungeachtet des kaiserlichen Erlasses und der mehrmaligen Anfragen von Ungern-Sternberg, die Druckkosten zu decken, hatte der russische Finanzminister Graf Gur'ev die Auszahlung der 57 000 Silberrubel verweigert.¹⁰⁵ Napiersky schrieb dazu, dass diese „diplomatische Sammlung nur ein Archiv-Stück“ geblieben sei, deren Gebrauch aber von den „über kleinliche Rücksichten erhabenen“ Ritterschaften dem „Geschicht-Liebhaber“ nicht vorenthalten werde.¹⁰⁶

¹⁰² Briefe aus Plettenbergs Regierungszeit, von ihm und andern v. 1494 bis 1533 geschrieben in kurtzen Auszügen gesammelt (Abschr. von Brotze, Riga, um 1812?), [4], 277 S., in: LAB R, Sammlung Brotze, Livonica 26, Inv. Nr. R5001; Sammlung: *Analecta Rigensia [und] Analecta Dorpatensia* (Abschr. von Brotze, Riga, Ende 1815), [2], 118 S., 67 S., in: LAB R, Sammlung Brotze, Inv. Nr. R5026.

¹⁰³ WILHELM FREIHERR VON UNGERN-STERNBERG: Literarische Berichtigung (Riga, im Hornung 1818), in: *Neue Inländische Blätter*, Nr. 10, Dorpat, den 9. März 1818, S. 77-79. Ungern-Sternberg verfasste diese Arbeit, um die Fehler in der Publikation zu berichtigen, die in der bedeutenden süddeutschen Zeitschrift „Morgenblatt für gebildete Stände“ (Stuttgart und Tübingen 1817, Nr. 2) veröffentlicht worden war; diese Publikation entstand aufgrund seiner Mitteilung in der „Северная Почта“. Er wies darauf hin, dass die Ungenauigkeiten dadurch entstanden seien, dass der Text aus dem Russischen ins Deutsche nicht korrekt übersetzt wurde, wobei das Wesen der Ereignisse unverstanden geblieben sei.

¹⁰⁴ *Corpus historico-diplomaticum veteris Livoniae*. Sammlung von Urkunden zur alten Geschichte Livlands: Erster Band: vom Jahre 1170 bis zum Jahre 1268, theils aus gedruckten Werken, theils aus dem koenigl. Preussischen geheimen Archive zu Koenigsberg, theils auch aus einheimischen Archiven; Zweyter Band: vom Jahre 1272 bis zum Jahre 1387; Dritter Band: vom Jahre 1388–1560, in: LAB R, Ms. 93, I-III, Inv. Nr. R2841, R2842, R2843. Drei *folio*-Bände aus der Sammlung Napierskys wurden der Rigaer Stadtbibliothek überreicht, jetzt befinden sie sich in der Akademischen Bibliothek Lettlands. Diese Bände enthalten vollständig vorbereitete handgeschriebene Texte der Dokumente. Für die baldige Übergabe der Manuskripte an die Druckerei gab es hier auch gedruckte Titelseiten und Korrekturbögen.

¹⁰⁵ Ungern-Sternberg zufolge habe der Minister „mir auf meine jedesmalige Anfrage um Geld“ stets geantwortet, „Er habe keines, und könne keines geben“. Brief von Ungern-Sternberg, Riga d. 24. Juni 1830, in: *Acta des Druck-Geschaeftes des Inhalts-Verzeichnisses der Urkunden des Alten-Livland's*, in: LAB R, Ms. 94a, Nr. 1, S. [3].

¹⁰⁶ NAPIERSKY, Vorrede (wie Anm. 39), S. IX.

IX

Im Jahre 1830 wurde die Arbeit an der Edition der alten livländischen Urkunden wieder aufgenommen. Da die Veröffentlichung der ganzen Texte der Urkunden aus Kostengründen nicht zu verwirklichen war, reichte Ungern-Sternberg am 24. Juni 1830 den Vorschlag an den Livländischen Landtag ein, das Inhaltsverzeichnis der 3 361 Abschriften der Dokumente in 500 Exemplaren in der Heckerschen Druckerei zu Riga einbinden zu lassen. Dank der Hartnäckigkeit Ungern-Sternbergs hatten die Livländische und Estländische Ritterschaft – später auch die Kurländische Ritterschaft – die für den Druck notwendigen Mittel in Höhe von je 710 Silberrubeln aufgebracht. Mit der Vorbereitung der Publikation wurde Carl Eduard Napiersky beauftragt, da Ungern-Sternberg wegen seines hohen Alters diese Aufgabe nicht mehr übernehmen konnte.

1831 wurden im Archiv der Livländischen Ritterschaft ganz unerwartet noch nicht eingebundene und nicht geordnete Abschriften der Dokumente gefunden, aus denen ungefähr sechs Bände gebildet werden konnten. Ein Teil dieser Abschriften, neun Rollen, war für die Estländische Ritterschaft vorgesehen gewesen, aber nicht abgeschickt worden.¹⁰⁷ Nun wurden sie alsbald nach Reval geliefert.

Landrat Wilhelm Friedrich von Ungern-Sternberg starb am 23. März 1832 an den Folgen einer überstandenen Cholera. Auf dem Sterbebett bevollmächtigte er Napiersky, alle Pflichten im Bereich der Veröffentlichung der Urkunden zu übernehmen. In seinen Sammlungen wurde noch ein weiterer Band der Königsberger Abschriften im Format *Royal folio* gefunden.¹⁰⁸

In den Jahren 1833–1835 bereitete Napiersky das chronologisch geordnete und kommentierte Verzeichnis der bedeutendsten 3 286 Urkunden, die in die Sammlungen der vollständigen Abschriften der Königsberger Urkunden eingegangen waren, für den Druck vor. Der sog. Napiersky-Index wurde in zwei Bänden veröffentlicht,¹⁰⁹ und ist in unserer Zeit zur bibliographischen

¹⁰⁷ WILHELM FREIHERR VON UNGERN-STERNBERG: Konzept des Schreibens an den Ehstl. Ritterschafts-Secretairen von Fock in Reval, Riga, 6. Februar 1831, in: LAB R, Ms. 94a, Nr. 12a.

¹⁰⁸ Sammlung Livländischer Geschichts- und Staatsrechtlicher Urkunden nach den Originalen des Geheimen Archivs des Hochmeisters des Deutschen Ordens zu Königsberg mit Allerhöchsten Genehmigung Ihrer Majestäten Unsers allergnädigsten Kaisers und des Königs in Preußen und auf Kosten Sr. Majestät des Kaisers und der zu diesem Zwecke verbundenen Ritterschaften Liv-, Ehst- und Kurlands im Laufe von sieben Jahren in chronologischer Ordnung zusammen getragen von W. Fr. Freyherrn von Ungern-Sternberg, Livländischer Landrath und Bevollmächtigter der genannten drey Ritterschaften. Tom I: Von Ao. 1196 bis Ao. 1256., Ms., 1809–1813, 1816, 1820. 98 S., in: LAB R, Ms. 94, Inv. Nr. R2845.

¹⁰⁹ Index corporis historico-diplomatici Livoniae, Esthoniae, Curoniae oder Kurzer Auszug aus derjenigen Urkunden Sammlung, welche für die Geschichte und das alte Staatsrecht Liv-, Ehst- und Kurlands mit Unterstützung Sr. Majestät des hochseligen Kaiser Alexander I. von Russland, und auf Verwilligung Sr. Majestät des Koenigs Friedrich Wilhelm III. von Preussen, aus dem Geheimen, ehemaligen

Rarität geworden. Diese Ausgabe wurde durch das Register der in anderen Archiven und Sammlungen gefundenen Urkunden¹¹⁰ und durch ein Hilfsregister ergänzt. Man darf den Worten Napierskys zustimmen, dass die monumental angelegte Sammlung der Abschriften der Königsberger Urkunden die eigentliche Grundlage für das viele Jahre später erschienene Livländische Urkundenbuch dargestellt hat.

Die Arbeit mit den Königsberger Urkunden kann nicht hoch genug eingeschätzt werden. Zum ersten Mal in der baltischen Historiographie wurde eine wissenschaftliche Methodik bei der Transkription und der Beschreibung schriftlicher Quellen verwendet. Obwohl an diesem Projekt, sieht man vom Professor für historische Hilfswissenschaften Hennig einmal ab, keine eigentlichen Historiker mitgearbeitet haben, läutete es das Ende der langen Periode des Provinzialismus und der Unprofessionalität der historischen Forschung ein.¹¹¹

Man hatte sich schon im Vorwege ernsthafte Gedanken über das System der Abschriften gemacht. Allerdings führte der durch den Krieg verursachte Geldmangel dazu, dass die ursprünglichen Qualitätsstandards nicht bis zum Ende eingehalten wurden. Aber nicht nur aufgrund ihres Inhalts, sondern auch wegen der von den Kopisten und Zeichnern erreichten ästhetischen Qualität sind die Abschriften der Königsberger Urkunden so wertvoll. Die Kopien der mittelalterlichen Schriftzeichen und die Nachzeichnungen der Siegel sind filigran gefertigt. Um einen authentischen Eindruck zu erzeugen, wurden die Dokumente sogar zum Teil als räumliche Objekte gezeichnet und z. B. wie ein Briefumschlag zusammengefaltet oder zu einer Rolle aufgedreht und am auseinander gerollten Blatt hing das angebundene Siegel. Zu den Nachteilen der Abschriften gehört allerdings z. B. die Tatsache, dass die Maße des Originals nicht gemessen und nicht fixiert wurden, da dies nicht zur vereinbarten Aufgabe gehörte.

Dabei war die unter Leitung Ungern-Sternbergs durchgeführte Zusammenstellung der Sammlung, der „Codex Livoniae diplomaticus“ für vier Archive, eigentlich gar nicht das Hauptziel der 1809 begonnenen Arbeit

Deutsch-Ordens-Archive zu Königsberg von den Ritterschaften Liv-, Ehst- und Kurlands zusammengebracht worden ist, und wie solche, mit einigen Stücken aus inländischen Archiven vermehrt, bei Einer Edlen Ritterschaft des Herzogthums Livland aufbewahrt wird. Auf Veranstaltung und Kosten der verbundenen Ritterschaften Liv-, Ehst- und Kurlands herausgegeben, Erster Theil: Vom Jahre 1198 bis zum 1449, Riga und Dorpat 1833, Zweiter Theil: Vom Jahre 1450 bis zum Jahre 1631, mit einigen Anhängen, Riga und Dorpat 1835.

¹¹⁰ Napiersky ergänzte das Werk mit Brotzes „Sylloge diplomatum Livoniam illustrantium“ (Bd. 1-2), mit der Abschrift der „Collectanea“ von Thomas Hiarne und mit dem Verzeichnis der Dokumente aus der Sammlung Johann Friedrich von Reckes.

¹¹¹ Über die Provinzialität der Forschungen nicht professioneller Historiker und Sammler (gewöhnlich Geistlicher) zu Anfang des 19. Jahrhunderts äußert sich wohlwollend HEINRICH BOSSE: *Geschichtsschreibung des baltischen Biedermeier*, in: *Geschichte der deutschbaltischen Geschichtsschreibung*, hrsg. von GEORG VON RAUCH, Köln und Wien 1986, S. 102-119, hier S. 110.

„... aus ächten und unverfälschten Quellen“

gewesen: Die Inhalte dieser Urkunden sollten mit Unterstützung der drei Ritterschaften auch veröffentlicht werden. Diese Aufgabe konnte aufgrund der äußeren Umstände nicht verwirklicht werden. So musste die Veröffentlichung der Sammlung immer wieder verschoben werden. Ungern-Sternbergs Primärziel war wohl eine objektive und in kurzer Zeit abzufassende Darstellung der Geschichte des alten Livlands, ja er hatte bereits ihren potentiellen Verfasser im Auge.¹¹² In diesem Falle hätte die Archivalsammlung einen sicheren Grund gebildet, um „aus ächten und unverfälschten Quellen“¹¹³ Informationen für ein zukünftiges Werk über die „Geschichte des Vaterlands“ zu schöpfen:

„Wenn einst unsere Vaterländische Geschichte, aus ächten und ungeübten Quellen geschöpft – mit derjenigen der größten Staaten wolleifern wird – dann werden Ew[re] Wohlehrwürden ihren Nahmen in dem Tempel des litterarischen Verdienstes – als ächter Sohn des Vaterlandes – glänzen sehen – und ich mich glücl[ich] schätzen – als schwaches, mitwirkendes Werkzeug, einige Steine zu diesem grossen Bau, hinzugetragen zu haben!“¹¹⁴

SUMMARY

*Ernst Hennig, Wilhelm Friedrich Freiherr
von Ungern-Sternberg, Johann Christoph
Brotze and their work on Livonian documents
from the Geheimes Archiv in Königsberg*

In January 1809 representatives of the three *Ritterschaften* of Livland, Kurland and Estland signed a contract in which they agreed upon a compilation of documents from the *Geheimes Archiv* in Königsberg concerning the medieval history of Livonia that was called “Corpus historico-diplomaticum veteris Livoniae”. The contract also fixed the principles for the selection of documents and the rules for their transcription. However, the most important part of this work was the research done in the Königsberg archive whose holdings contained the oldest collections of Livonian documents. This extensive work was carried out by Ernst Hennig, a teacher in Kurland who was later employed at the university and the *Königliches*

¹¹² Ungern-Sternberg bot Benjamin von Bergmann mehrmals an, die Geschichte Livlands zu schreiben. Vgl. seinen Briefwechsel, in: LAB R, Ms. 1130/4, Nr. 40-43.

¹¹³ Vereinigungsurkunde der Liv-, Est- und Kurländischen Ritterschaft (wie Anm. 1), Bl. 3a.

¹¹⁴ Brief von Ungern-Sternberg an Pastor Benjamin Fürchtgott Balthasar von Bergmann (wie Anm. 44), S. 4.

Archiv in Königsberg, Christoph Brotze, a historian and teacher in Riga, and Livonian *Landrat* Wilhelm Friedrich Freiherr von Ungern-Sternberg.

Both monarchs concerned, Alexander I of Russia and Friedrich Wilhelm III of Prussia, agreed to support this important project, although in the early stage nobody could exactly define the amount of work needed to accomplish the final goal of a printed collection of documents. In fact, as it turned out quite quickly, there were many more documents in the archive concerning Livonian history than hitherto had been assumed. After initial complications due to the Napoleonic wars, Hennig managed to register and transcribe 3 361 documents that were sent to Riga. There Brotze verified Hennig's copies and transcribed them for the *Kurländische* and the *Estländische Ritterschaft*, while Ungern-Sternberg tirelessly tried to secure financial support. After Hennig's death in 1815 the project was soon cancelled.

The cleric and historian Carl Eduard Napiersky was later authorised to prepare the publication of the collected documents. From 1833 to 1835 Napiersky managed to arrange a chronological index of 3 286 documents of those copies from Königsberg and provided them with a commentary. However, due to financial shortages, the documents were never published. As the result of seven years of intensive work, we have at our disposal today four large collections of transcripts that are kept in archives in Riga, Tartu and Moscow.

Der Ausbruch des Landeswehrkriegs. Die estnische Perspektive

VON AGO PAJUR

Ende 1918 befanden sich die beiden Republiken Estland und Lettland in einer vergleichbar schwierigen Lage. Sowohl der am 24. Februar 1918 ins Leben gerufene estnische als auch der am 18. November proklamierte lettische Staat befanden sich in ihrer Gründungsphase. Ihre Wirtschaft war von Krieg und Revolution ruiniert, deutsche Truppen und Militärbehörden hielten sich immer noch auf ihrem Boden auf, und vom Osten her wurden sie vom Einmarsch der Roten Armee bedroht, dem sie keine wirklich einsatzfähigen Truppen entgegenzusetzen hatten. Zunächst setzte man darauf, die Bolschewiki mit Hilfe der Entente zurückhalten zu können, und wartete im November und Dezember 1918 sehnsüchtig auf die Landung ihrer Truppen. Es stellte sich jedoch sehr schnell heraus, dass die Westmächte keine Truppen schicken würden und man sich mit der Präsenz eines britischen Geschwaders begnügen musste. Dessen Unterstützung war zwar äußerst wichtig, doch brachte es bei der Abwehr der auf dem Land operierenden Verbände der Roten Armee keinen unmittelbaren Vorteil.

In ihrem Bestreben, die Invasion der Bolschewiki aufzuhalten, setzte die Entente ihre Hoffnung auf die deutschen Streitkräfte. Zu diesem Zweck enthielt schon das Waffenstillstandsabkommen von Compiègne eine Klausel, der zufolge die deutschen Truppen aus dem ehemaligen russischen Territorium zurückgezogen werden müssten, „(...) sobald die Alliierten, unter Berücksichtigung der inneren Lage dieser Gebiete, den Augenblick für gekommen erachten.“¹ Die deutsche Armee jedoch war Ende 1918 von revolutionären Stimmungen durchsetzt, und die Soldatenräte, die neben der legitimen Führung tätig waren, machten sich vor allem darüber Gedanken, wie eine baldigstmögliche Heimkehr zu organisieren sei. Für die baltische Problematik interessierten sie sich nicht besonders.

Andererseits war die deutsche Führung besorgt über einen möglichen Einfall der Roten Armee nach Ostpreußen, weshalb sie daran interessiert war, die „rote Lawine“ schon im Baltikum zu stoppen. Der Wunsch der estnischen Militärs, aus deutschen Freiwilligen eine Einheit zum Schutz Estlands

¹ Der Waffenstillstand 1918–1919, Bd. 1: Der Waffenstillstandsvertrag von Compiègne und seine Verlängerungen nebst den finanziellen Bedingungen, Berlin 1928, S. 74–89, hier S. 77. Siehe auch www.dhm.de/lemo/html/dokumente/waffenstillstand (letzter Zugriff 17.2.2009).

zu formieren, stieß in Berlin zwar auf Widerstand; Lettland jedoch, näher an den deutschen Grenzen gelegen, hatte in dieser Hinsicht mehr Erfolg. Schon im November wurde mit der Formierung zweier Freiwilligentrupps begonnen – der Eisernen Brigade (der späteren Eisernen Division), die aus Deutschen aus dem Reich bestand, und der Baltischen Landeswehr, die sich aus Deutschbalten zusammensetzte. Am 7. Dezember unterschrieben der Generalbevollmächtigte des Deutschen Reichs für die baltischen Länder August Winnig und der Kriegsminister der Provisorischen Regierung Lettlands Jānis Zālītis ein Abkommen, wonach die Landeswehr zu einem nationenübergreifenden Verband mit 21 lettischen, 9 deutschen und einer russischen Einheit werden sollte. Ausrüstung und Finanzierung dieser reformierten Landeswehr sollte die deutsche Regierung übernehmen.

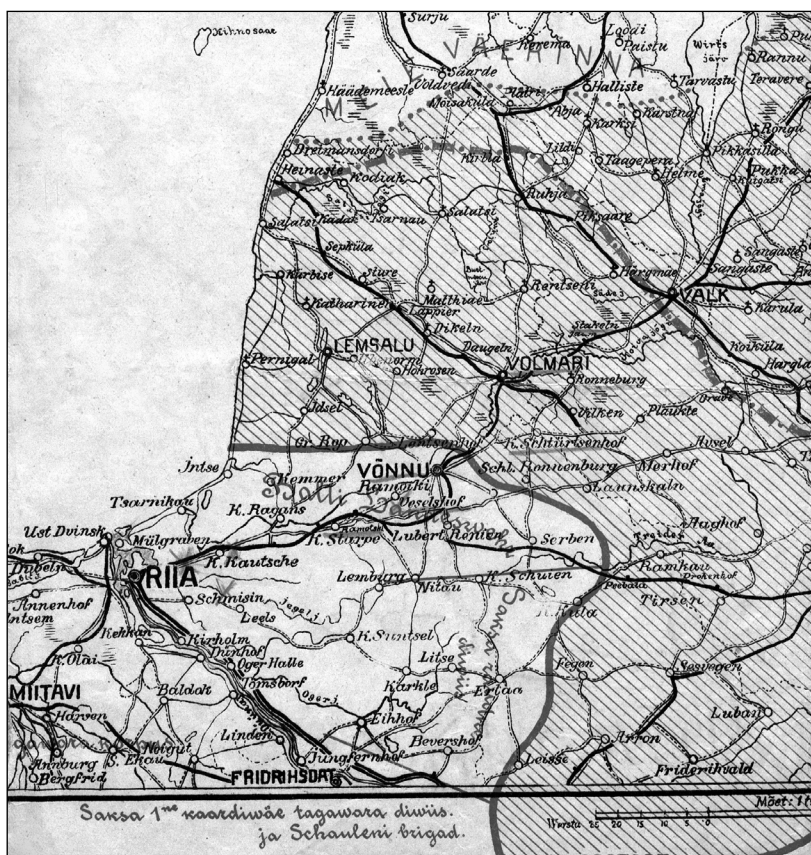
Die Formierung der lettischen nationalen Einheiten stieß jedoch auf ernsthafte Schwierigkeiten, vor allem aufgrund der mangelnden Anzahl an Freiwilligen. Deshalb war die Regierung von Kārlis Ulmanis gezwungen, am 29. Dezember ein neues Abkommen mit Deutschland zu unterzeichnen. Darin versprach sie, allen Freiwilligen aus Deutschland, die mindestens vier Wochen lang auf lettischem Boden am Kampf gegen die Rote Armee teilnahmen, die lettische Staatsbürgerschaft zu verleihen und damit das Recht, künftig in Lettland Land zu erwerben. Dieses Versprechen setzte unter Leitung der Anwerbungsstelle Baltenland eine umfangreiche Anwerbeaktion in Deutschland in Gang, in deren Ergebnis einige Zeit später erste deutsche Freikorps in Kurland eintrafen.²

Trotz der verschiedenen Maßnahmen, die für die Verteidigung Lettlands getroffen wurden, konnte sich der Vormarsch der Roten Armee zunächst ungehindert entwickeln. Am 3. Januar nahmen die lettischen Roten Schützenregimenter Riga ein, wodurch die Organe der Regierung Ulmanis sich gezwungen sahen, nach Liepāja umzuziehen. Dort war auch die Führung des deutschen 6. Reservekorps stationiert, dessen Oberkommandierender Generalmajor Rüdiger von der Goltz sich bereits im Finnischen Bürgerkrieg 1918 einen Namen gemacht hatte. Unter seiner Führung stoppten die Deutschen im Februar 1919 das Vordringen der Roten Armee am Mittellauf der Venta und begannen im März einen Gegenangriff, der die Frontlinie an die Lielupe vorschob. General von der Goltz war ebenfalls bereit, Riga anzugreifen, doch erhielt er für seinen Plan zunächst keine Erlaubnis aus Berlin.³

Zusammen mit den militärischen Erfolgen wuchsen auch die anti-lettischen Stimmungen unter den Deutschen. Immer deutlicher machten sich nun die erzkonservativen deutschbaltischen Kreise bemerkbar, die den Traum

² История Латвии. XX век [Geschichte Lettlands. 20. Jahrhundert], Рига 2005, S. 122f.; MINKEL KATTAI: Landesvääri ohu raskuspunkt [Der Schwerpunkt der Gefahr durch die Landeswehr], in: Södur [Soldat] 1934, Nr. 24/26, S. 675-678.

³ Siehe hierzu: Darstellungen aus den Nachkriegskämpfen deutscher Truppen und Freikorps. Bd. 2: Der Feldzug im Baltikum bis zur zweiten Einnahme von Riga. Januar bis Mai 1919, Berlin 1937; RÜDIGER VON DER GOLTZ: Meine Sendung in Finnland und im Baltikum, Leipzig 1920.



– Abb. 1. Meie väärinna liin 14. juunil 1919. a. [Unsere Frontlinie am 14. Juni 1919], [Tallinn, 1919]. Karte in der UB Tartu. Ausschnitt.

eines baltischen Herzogtums noch nicht aufgegeben hatten. Auch General von der Goltz machte aus seiner überheblichen Einstellung gegenüber der jungen Republik kein Hehl, die noch durch die Entente-Orientierung der Regierung Ulmanis verstärkt wurde.⁴ Daher konnten die konservativen Kreise der Deutschbalten darauf hoffen, in Goltz einen Gleichgesinnten gefunden zu haben. Diese Hoffnungen schienen bestätigt, als der General sich im Zusammenhang mit der so genannten Stryk-Affäre in die Angelegenheiten der lettischen Regierung einmischte. Der in Stockholm residierende Vertreter des Regenschaftsrats des Baltischen Herzogtums, Heinrich von Stryk, begann schon früh mit Vorbereitungen, um die Provisorische Regierung Lettlands durch ein prodeutsches Kabinett zu ersetzen. Im Februar 1919 kam er nach Liepāja und führte angeblich konkrete Pläne für einen Staatsstreich mit sich. Diese gelangten jedoch in die Hände lettischer Beamter, die eine Untersuchung einleiteten, wodurch diese Pläne zunichte gemacht

⁴ История Латвии (wie Anm. 2), S. 124f.

wurden.⁵ Die lettische Regierung schickte sich daraufhin an, die Verschwörer zu verhaften, woran sie jedoch durch General von der Goltz gehindert wurde, der wiederum versuchte, den Letten den ganzen Umsturzplan als ein bedeutungsloses Unterfangen darzustellen. Noch in seinen Erinnerungen beschrieb er von Stryk als Abenteurer, der einsam seine Geheimpläne geschmiedet habe.⁶

Indem von der Goltz die deutschbaltischen Mitverschwörer von Stryks gegen die Regierung Ulmanis in Schutz nahm, bereitete er weiteren Verschwörungen gegen die lettische Republik den Boden. Am 16. April entwaffnete das gerade aus Deutschland eingetroffene Freikorps Franz von Pfeffer die in Liepāja stationierten lettischen Truppen, und die von der Front beurlaubten Soldaten der Baltischen Landeswehr – der Stoßtrupp Hans von Manteuffel – besetzten die lettischen Regierungsgebäude, wo sie versuchten, Ulmanis' Minister zu verhaften. Die meisten Regierungsmitglieder, darunter auch der Ministerpräsident selbst, fanden aber Schutz in der Militärvertretung der Entente.⁷

Mit dem so genannten „Putsch von Libau“ ging die reale Macht in Lettland in die Hände der Deutschbalten über. Zunächst wurde aus den jungen und hitzköpfigen Landeswehroffizieren ein Sicherheitskomitee gebildet, woraufhin versucht wurde, ein dreiköpfiges militärisches Direktorium zu gründen. Am 11. Mai schließlich trat das aus sechs Letten und vier Deutschbalten bestehende neue Kabinett unter dem prodeutschen Pastor Andrievs Niedra seine Arbeit an.

Die lettischen Nationalpolitiker suchten in erster Linie bei der Entente Unterstützung. Die Westmächte standen dem Putsch zunächst jedoch abwartend gegenüber: Obwohl sie den Zuwachs des deutschen Einflusses im Baltikum nicht gerne sahen, war es vor allem wichtig, eine starke Front gegen die Bolschewiki aufzubauen. Eine ernste Konfrontation mit den Deutschen lag nicht in Interesse der Entente.⁸

Gleichzeitig aber verschlechterten sich die Beziehungen zwischen der Entente und Deutschland im Zusammenhang mit der Vorbereitung des Friedensvertrags von Versailles. Vermutlich trugen die Spannungen um den Vertrag dazu bei, dass General von der Goltz, als er Anfang Mai Berlin besuchte, dort auf deutlich mehr Verständnis stieß und seine Pläne für einen Angriff auf Riga Zustimmung fanden. Berlin verlangte allerdings,

⁵ Siehe ARVED FREIHERR VON TAUBE: Von Brest-Litovsk bis Libau, in: Von den baltischen Provinzen zu den baltischen Staaten. Beiträge zur Entstehungsgeschichte der Republiken Estland und Lettland, hrsg. von JÜRGEN VON HEHN, HANS VON RIMSCHA und HELLMUTH WEISS, Bd. 2, 1918–1920, Marburg/Lahn 1977, S. 70–236.

⁶ GOLTZ: Meine Sendung in Finnland und im Baltikum, S. 168.

⁷ История Латвии (wie Anm. 2), S. 124f.; GOLTZ, Meine Sendung in Finnland und im Baltikum, S. 179–181; EDUARD LAAMAN: Eesti iseseisvuse süünd [Die Geburt der estnischen Unabhängigkeit], 2. Aufl., Stockholm 1964, S. 522.

⁸ Siehe JÜRGEN VON HEHN: Der baltische Freiheitskrieg: Umriss und Probleme 1918–1920, in: Von den baltischen Provinzen zu den baltischen Staaten (wie Anm. 5), S. 1–43; HANS VON RIMSCHA: Die Episode Niedra, in: ebenda, S. 237–326.

eine Beteiligung von Reichsdeutschen an dieser Landeswehr-Operation auszuschließen, um diese als eine innere Angelegenheit Lettlands darstellen zu können.⁹

Nachdem er die Zustimmung erhalten hatte, bereitete von der Goltz mit seinem Stab den Angriff vor, den dann am 22. Mai die Befreiung Rigas aus den Händen der Bolschewiki krönte. Die Rettung vorm „roten Terror“ löste in der deutschbaltischen Bevölkerung Rigas eine Begeisterung aus, die auch die Soldaten der Landeswehr erfasste. Dadurch wurde die Verfolgung der geschlagenen Roten Armee vernachlässigt. Man begnügte sich damit, die Linie Gauja-Mündung - Bahnhof von Ropaži - Ikšķile einzunehmen.¹⁰ Diese Passivität ist jedoch nicht allein mit dem Rausch des Sieges, sondern auch durch politische Erwägungen zu erklären. Berlin hatte seine Zustimmung nur für die Eroberung Rigas, jedoch nicht für die Fortsetzung der Offensive gegeben. Zudem musste in der Stadt, die fünf Monate in den Händen der Bolschewiki gewesen war, erst einmal wieder elementare Ordnung Einzug halten. Aufgrund all dieser Umstände verlor die Landeswehr den Kontakt mit der Roten Armee und besaß nur eine vage Vorstellung von der Lage an der Front.

Die militärische Lage auf lettischem Gebiet wandelte sich in diesem Zeitraum jedoch rasch. Mitte Mai begann die 3. Division der estnischen Armee auf der Linie Ainaži - Salaca (Fluss) - Burtnieks See - Seda (Fluss) einen Großangriff in Richtung Süden. In den letzten Maitagen eroberte sie Salacgrīva, Limbaži, Valmiera und Smiltene, am Abend des 31. Mai marschierte das der estnischen Armee angeschlossene lettische Regiment in Cēsis ein. Ende Mai ging auch die 2. Division im Südosten Estlands zum Angriff über. Nachdem Alūksne und der Eisenbahnknotenpunkt Gulbene eingenommen worden waren, erreichten ihre Regimenter am 5. Juni die Daugava und eroberten Krustpils und Jēkabpils.¹¹

Am 29. Mai befahl Major Alfred Fletcher, der Befehlshaber der Landeswehr, den Vormarsch von Riga aus fortzusetzen und den Kontakt zur Roten Armee wiederherzustellen. Viele Autoren haben den Angriffsbefehl vom 29. Mai mit politischen Ambitionen in der Landeswehr verbunden: Man wollte sicherstellen, dass auch Südlivland unter die Verwaltung der Regierung Niedra kam.¹²

General von der Goltz seinerseits erklärte den Vorstoß mit der Notwendigkeit, ganz Lettland zu befreien und die nach der Eroberung Rigas aus Lettland fliehenden roten Verbände endgültig zu zerschlagen.¹³ Man darf

⁹ GOLTZ, *Meine Sendung in Finnland und im Baltikum*, S. 189-190; LAAMAN, *Eesti iseseisvuse süüd* (wie Anm. 7), S. 463.

¹⁰ Darstellungen aus den Nachkriegskämpfen (wie Anm. 3), S. 133-135.

¹¹ Siehe *Eesti Vabadussõda 1918–1920* [Der estnische Freiheitskrieg 1918–1920], Bd. 2, 3. Aufl., Tallinn 1997, S. 117-131.

¹² RIMSCHA, *Die Episode Niedra* (wie Anm. 8), S. 307; BEREND VON NOTTBECK: *Vorgeschichte einer Schlacht von Libau nach Wenden*, Tallinn 1992, S. 61.

¹³ GOLTZ, *Meine Sendung in Finnland und im Baltikum*, S. 196-197.

die Behauptungen des Generals durchaus ernst nehmen – in militärischer Hinsicht war es zweifellos notwendig, von Riga aus weiter vorzustoßen: vor allem nach Osten, aber zu Aufklärungszwecken auch nach Norden. Zudem war die deutsche Armeeführung immer noch an einer militärischen Zusammenarbeit mit Estland gegen die Bolschewiki interessiert. Entsprechende Vorschläge hatte General von der Goltz der estnischen Militärführung bereits im März und April wiederholt vorgetragen. Noch am 30. Mai erreichte Helsinki eine Bitte aus Liepāja, dem estnischen Oberkommando das deutsche Interesse an einer antibolschewistischen Zusammenarbeit mitzuteilen.¹⁴

Natürlich behielt die Landeswehr bei der Durchführung der Befehle von der Goltz' auch die eigenen politischen Ziele im Auge. Vor allem war man bemüht, eine im Namen der Ulmanis-Regierung durchzuführende umfangreiche Mobilisation der Letten zu verhindern. Ein militärischer Konflikt oder die gewaltsame Eroberung Nordlettlands dürften in diesem Augenblick nicht zu ihren Prioritäten gezählt haben. Es wurde auch nicht – wenigstens nicht öffentlich – verlangt, Lettland von den Esten zu säubern, und die Esten wurden auch nicht beschuldigt, ihren südlichen Nachbarn besetzen zu wollen. Es muss umgekehrt betont werden, dass die ersten Kontakte der estnischen Armee mit der Landeswehr durchaus einen friedlichen Charakter trugen. So zog sich die deutsche Vorhut, ohne dabei Anforderungen oder Ansprüche zu stellen, aus Cēsis, Straupe und Gaujiena zurück, sobald bekannt wurde, dass diese Orte bereits von den Bolschewiki befreit waren.¹⁵ Allerdings wollten die Deutschbalten, obwohl sie zunächst passiver waren als die Esten und keine Pläne hatten, diese mit Waffengewalt aus Lettland zu vertreiben, dem Kabinett Niedra in jedem Fall ein möglichst großes Gebiet sichern. Daher konnten sie an einem tieferen Eindringen der estnischen Truppen, die ja Ulmanis unterstützten, auf lettisches Gebiet kein Interesse haben.¹⁶

Der Weg in den Krieg

Am 2. Juni erreichte die von Riga aus anrückende Kolonne der Landeswehr den Eisenbahnknotenpunkt Ieriķi, von dem aus Gleise nach Pskov und Valka (estn. Valga) abzweigten. Hier kam es zu einem Treffen mit den Einheiten der estnischen Oberbefehl unterstehenden Nordlettischen

¹⁴ Darstellungen aus den Nachkriegskämpfen (wie Anm. 3), S. 72; NIKOLAI REEK: Lemsalu–Roopa–Võnnu–Ronneburgi lahing 19.–23. VI 1919. a. [Die Schlacht von Limbaži–Raupa–Cēsis–Rauna 19.–23. Juni 1919], in: Södur 1928, Nr. 6/8, S. 146–174, hier S. 142.

¹⁵ AGO PAJUR: *Cui bono?* Landeswehri sõja puhkemine [*Cui bono?* Der Ausbruch des Landeswehrkriegs], in: Akadeemia 1994, Nr. 6, S. 1123–1150, hier S. 1134.

¹⁶ REIGO ROSENTHAL: Laidoner – väejuht. Johan Laidoner kõrgema operatiivjuhi ja strateegia kujundajana [Laidoner – der Truppenführer. Johan Laidoner als oberster Operativführer und Strategiegestalter], Tallinn 2008, S. 249.

Brigade. Die Vertreter der Landeswehr gaben zu, dass der schnelle Vormarsch der estnischen Truppen für sie überraschend gekommen sei, gleichzeitig aber teilten sie Näheres über die Aufgaben der deutschen Einheiten und ihre Dislokation mit. Man entschied, sich am nächsten Tag erneut zu treffen, um die aufgetauchten Fragen im Detail zu besprechen. Das ganze Treffen fand in einer friedlichen Atmosphäre statt, und nichts deutete auf einen künftigen Konflikt hin.¹⁷

Auch der 3. Juni verlief friedlich. Wie der mit einem entsprechenden Aufklärungsauftrag entsandte Kommandeur des estnischen Panzerzugs mitteilte, hatten die Deutschen in Kärļumuiža, 7 km südlich von Cēsis, ihr Lager aufgeschlagen. Anzeichen einer feindlichen Absicht seien nicht zu erkennen gewesen, hieß es. Eher schon trug die Tätigkeit der Esten einen solchen Charakter. So gab der Stabschef der 3. Division, Oberstleutnant Nikolai Reek am Morgen den Befehl, die Deutschen nicht näher als 15 km an die Stellungen der estnischen Einheiten herankommen zu lassen. Bei Befehlsverweigerung seitens der Landeswehrsoldaten sollten diese mit Waffengewalt dazu gezwungen werden. Am selben Abend befahl der Stab der Panzerzugdivision, die Reiterschwadron der Landeswehr, die sich entlang der Landstraße Riga-Pskov bewegte, zu entwaffnen. Dieser Befehl, der leicht zu einem Zusammenstoß hätte führen können, wurde zum Glück nicht erfüllt, da aufgrund der schlechten Funkverbindung die Deutschen die Straße bereits verlassen hatten, als der Befehl seine Empfänger erreichte.¹⁸

Am 3. Juni um 12.30 mittags erließ der Oberbefehlshaber der estnischen Armee Generalmajor Johan Laidoner eine erste Direktive zur Landeswehr. Darin forderte er, den Eisenbahnknotenpunkt Ieriķi sofort einzunehmen, und wies die estnischen Truppen an, die Deutschen daran zu hindern, die Linie Gaujamündung - Sigulda - Nītaure - Vecpiebalga - Jaungulbene nordwärts zu überqueren.¹⁹

Laidoners Forderungen beschränkten sich somit nicht darauf, auf den erreichten Positionen zu bleiben und nur (mögliche?) Angriffsversuche der Landeswehr abzuwehren; er befahl seinen Truppen in neue Gebiete vorzustoßen, aus denen die Rote Armee bereits vertrieben worden war. Die in Laidoners Befehl erwähnte Notwendigkeit, unbedingt die Bahnlinie Valka - Ieriķi - Gulbene zu erreichen, ist zudem nicht besonders ernst zu nehmen. Natürlich wäre es bequem gewesen, sie nutzen und damit auch den Kampf gegen die Rote Armee erleichtern zu können, doch war dies

¹⁷ ARNOLD HINNOM: Põlise vaenlase vastu. Soomusrongide diviisi heitlusi landeswehriga [Gegen den Erbfeind. Der Kampf der Panzerzüge gegen die Landeswehr], Tallinn 1933, S. 44-46; JOHANNES POOPUU: Sõda Landeswehriga [Der Krieg mit der Landeswehr], Tallinn 1921, S. 8.

¹⁸ REEK, Lemsalu-Roopa-Võnnu-Ronneburgi lahing (wie Anm. 14), S. 144; HINNOM, Põlise vaenlase vastu (wie Anm. 17), S. 46; POOPUU, Sõda Landeswehriga (wie Anm. 17), S. 11.

¹⁹ Vabadusmonument [Das Freiheitsmonument], Bd. 1, Tallinn 1933, S. 104.

keineswegs „unbedingt notwendig“ – vor allem nicht dann, wenn die estnischen Truppen nur kurzfristig auf lettischem Territorium bleiben sollten und man vorhatte, sich möglichst schnell wieder auf das eigene Gebiet zurückzuziehen.

Am Abend des 3. Juni traf Oberstleutnant Reek in Cēsis ein, den Laidoner zu seinem Vertreter bei den Verhandlungen mit den Deutschen ernannt hatte. Kurz nach Mitternacht schickte Reek ein Telegramm an Major Fletcher, in dem er jenen aufforderte, seine Truppen hinter die in Laidoners Direktive genannte Linie zurückzuziehen. Seinem Ton und seiner Wortwahl nach erinnert dieser Text an ein Ultimatum.

Am Abend des 4. Juni kamen auch zwei Vertreter der Landeswehr in Cēsis an. Reek zufolge besaß keiner der beiden eine formale Vollmacht für Verhandlungen, weshalb er sich weigerte, diese zu eröffnen, und die beiden Landeswehrvertreter mit einer weiteren Nachricht an Major Fletcher zurückschickte. Diesmal handelte es sich auch dem Inhalt nach um ein Ultimatum, in dem es hieß, dass man die Landeswehr, sollten ihre Einheiten noch um 12.00 am 5. Juni nördlich der genannten Linie gesichtet werden, als feindliche Truppen behandeln werde.²⁰

Im Zusammenhang mit diesen Ereignissen ist die Tätigkeit von Oberstleutnant Reek besonders beachtenswert. Er verfasste den ersten Befehl, die Landeswehr nicht in die Nähe der estnischen Stellungen zu lassen und dazu notfalls auch Gewalt anzuwenden; dies geschah zu einer Zeit, als es noch keine entsprechenden Anordnungen vom Oberkommando gab. Reek war auch derjenige, der als erster forderte, die Landeswehr möge sich von ihren bisherigen Stellungen zurückziehen – ein entsprechender Befehl von Laidoner kam erst einen Tag später. Zudem war er es, der auf eigene Verantwortung die bilateralen Verhandlungen mit einem einseitigen Ultimatum beantwortete, denn von einer entsprechenden Anordnung des Oberkommandos fehlt jede Spur.

Schon am Abend des 4. Juni jedoch nahm Laidoner eine ebenso unbeugsame Haltung ein. Als der Chef der 3. Division Generalmajor Ernst Põdder bei ihm nachfragte, ob es erlaubt sei, die Deutschen bei Bedarf auch mit Gewalt aus Ieriķi zu vertreiben, deklarierte Laidoner:

„Ich erlaube es nicht nur, sondern befehle meine Direktive haargenau zu befolgen. Nur eines sollten Sie sich merken, wenn es gegen die Deutschen geht, dann mutig und fest entschlossen, damit der Sieg vollkommen unser sein wird. Wenn sie nicht gehorchen, dann müssen ihnen allen die Waffen abgenommen werden. Krieg ist Krieg!“²¹

In der estnischen Geschichtsschreibung wird meistens behauptet, dass die Entscheidung für den Krieg mit den Deutschen allein von Laidoner getroffen worden sei. Allerdings kann man nicht ausschließen, dass er diese Frage wenigstens mit Premier- und Kriegsminister Otto Strandman besprochen

²⁰ REEK, Lemsalu–Roopa–Võnnu–Ronneburgi lahing (wie Anm. 14), S. 144f.

²¹ Vabadusmonument (wie Anm. 19), S. 105.

hat, auch wenn es für derartige Beratungen der Armee- mit der Staatsführung keine schriftlichen Beweise gibt.²²

Am Mittag des 5. Juni wurde aus Ieriķi telefonisch mitgeteilt, dass Landeswehrvertreter an der Bahnstation Āraiši auf Abgesandte der Esten warteten, um Fletchers Antwort zu übergeben. Reek antwortete darauf, er führe keine Verhandlungen, solange die Landeswehr in Ieriķi stehe, und fuhr mit zwei Panzerzügen von Cēsis aus Richtung Süden. Kurz vor sieben Uhr abends erreichten sie den Fluss Amata, der die Gleise einige Kilometer vor Ieriķi quert. Da man annahm, dass die Brücke vermint sei, wurde ein Erkundungstrupp ausgeschiedt. Dabei kam es zu einem Schusswechsel mit Soldaten der Landeswehr. Eine Viertelstunde später habe sich dann eine Infanteristenkette mit schussbereiten Waffen und wurfbereiten Handgranaten den Panzerzügen genähert. Daraufhin eröffnete Reek zufolge der Panzerzug das Feuer mit Maschinengewehren, wodurch zahlreiche Landeswehrsoldaten tot bzw. verletzt auf dem offenen Feld liegen blieben. Die Züge kehrten nach Cēsis zurück.²³

Inzwischen hatte ein Brief Cēsis erreicht, in dem die Esten am selben Abend auf das Gut Ieriķi gebeten wurden, um die Antwort Major Fletchers und die Vorschläge der Regierung Niedra in Empfang zu nehmen. Diesmal hatten aber auch die Deutschen eine Drohung hinzugefügt: Sollte estnischerseits der Einladung nicht Folge geleistet werden, sehe man sich gezwungen anzunehmen, dass die deutschen Bedingungen den Oberbefehlshaber der estnischen Armee nicht interessierten. In diesem Falle werde man entsprechende Maßnahmen treffen.²⁴ Nach dem erwähnten Zwischenfall waren jedoch keine Verhandlungen mehr möglich – und kein Vertreter der Esten fuhr nach Ieriķi.

Am Abend traf eine weitere Direktive des Oberbefehlshabers ein, in der es hieß: „Falls nötig, muss sofort Waffengewalt gebraucht werden.“²⁵ Aufgrund dieser Direktive gab das Kommando der 3. Division in der Nacht zum 6. Juni ihren Einheiten den Befehl, mit den Kriegshandlungen gegen die Landeswehr zu beginnen.²⁶

Aus alldem geht eindeutig hervor, dass es die Esten waren, die während der ersten Kontakte der beiden Armeen deutlich aggressiver eingestellt waren, und dass Oberbefehlshaber Johan Laidoner und der Stabschef der 3. Division Oberstleutnant Nikolai Reek die eigentlichen Auslöser des Landeswehrkrieges waren. Während der Rolle Reeks beim Ausbruch des Krieges bislang kaum Aufmerksamkeit geschenkt worden ist, galten Laidoners Direktiven stets als Auslöser des Krieges. So gab Oberst August Traksmann 1934 in einem Artikel, der dem erstmals staatlich gefeierten Siegesfest (*võidupüha*)

²² ROSENTHAL, Laidoner – väejuht (wie Anm. 16), S. 256.

²³ REEK, Lemsalu–Roopa–Võnnu–Ronneburgi lahing (wie Anm. 14), S. 145f.; HINNOM, Põlise vaenlase vastu (wie Anm. 17), S. 56.

²⁴ REEK, Lemsalu–Roopa–Võnnu–Ronneburgi lahing (wie Anm. 14), S. 146.

²⁵ POOPUU, Sõda Landeswehriga (wie Anm. 17), S. 26.

²⁶ REEK, Lemsalu–Roopa–Võnnu–Ronneburgi lahing (wie Anm. 14), S. 146.

gewidmet war, offen zu: Mit der Anordnung vom 3. Juni, von der Laidoner später um keinen Deut zurückgewichen sei, „entschied man sich faktisch für den Krieg mit der Landeswehr“.²⁷

Der Behauptung von Traksmann wurde allerdings keine besondere Beachtung geschenkt, da sie im Schatten des Geschichtsmythos vom hinterhältigen Angriff der Deutschbalten gegen die junge estnische Republik stand, der so gut sowohl zur allgemeinen Konzeption vom Freiheitskrieg als auch zu den Überzeugungen und Einstellungen der Esten passte. Dabei spielten die estnischen Vorurteile gegenüber den Deutschbalten offensichtlich auch eine wichtige Rolle beim Ausbruch des Landeswehrkrieges.

Die Esten und die Deutschen

Die nationale Emanzipation der Esten war in einem stetigen Gegeneinander mit den Deutschbalten erfolgt. Die Generation der Esten, die Anfang des 20. Jahrhunderts auf die Bühne des öffentlichen Lebens trat, sahen in den Deutschbalten den Erbfeind der Esten. Den Riss zwischen den beiden Volksgruppen vertiefte der Erste Weltkrieg noch zusätzlich. Vor einem Sieg der Deutschen hatte man damals mehr Angst als vor einem russischen. Man glaubte, dass im Falle eines deutschen Siegs die baltische Region an Deutschland angegliedert werden würde, begleitet von einer nur noch weiter zunehmenden Vorherrschaft des deutschbaltischen Adels und einer deutschen Kolonisationsbewegung.²⁸ Weil man die Deutschbalten gern mit Deutschland gleichsetzte, brachen nun verstärkt anti-deutschbaltische Stimmungen hervor, welche durch die im ganzen Russischen Reich explodierende Germanophobie nochmals verstärkt wurden. Der Ruf der Deutschbalten war nun nicht mehr zu retten, denn sie wurden des Verrats, der heimlichen Kooperation mit dem Feind, der Sabotage und anderen Todsünden verdächtigt. Noch Ende der 1930er Jahre hieß es in der offiziellen estnischen Geschichtsschreibung: „Die Ankunft der deutschen Truppen in den baltischen Ländern wurde von den deutschstämmigen Einwohnern der Region schon seit dem Ausbruch des Weltkriegs 1914 vorbereitet.“²⁹

Der Hass gegen Deutschland und die Deutschbalten wurde noch zusätzlich durch das Leiden an der Front, die gefallenen Freunde und Verwandten und die kriegsbedingt schwierige Wirtschaftslage angefacht. Verständlicherweise sahen vor allem Offiziere und Soldaten mit Fronterfahrung in

²⁷ AUGUST TRAKSMANN: 23. juuni nüüd ja Vabadussõjas [Der 23. Juni heute und im Freiheitskrieg], in: Sõdur 1934, Nr. 24/26, S. 664-675, hier S. 667.

²⁸ TOOMAS KARJAHÄRM: Ida ja lääne vahel. Eesti-Vene suhted 1850–1917 [Zwischen Ost und West. Estnisch-russische Beziehungen 1850–1917], Tallinn 1998, S. 202-205.

²⁹ AUGUST TRAKSMAA: Lühike Vabadussõja ajalugu [Kurze Geschichte des Freiheitskriegs], Tallinn 1939, S. 35.

den Deutschen den Feind. Der spätere Stabschef der estnischen Armee Juhan Tõrvand schrieb am 22. April 1915 in sein Tagebuch:

„Es gibt kein Entkommen für sie [die Deutschen – A.P.]! Ganz recht so! Ich als Este werde mich über einen Sieg über die Teutonen tausendmal mehr freuen als die Russen. Das historische Hassgefühl gegen die Deutschen ist uns schon mit der Muttermilch eingetrichtert worden. Dieser Hass wird nur dann gestillt sein, wenn die deutsche Mächtigkeit (*saksa vägevus*) vernichtet ist.“³⁰

Ähnliche Gefühle hegten auch die estnischen Anführer des Landeswehrkrieges: Oberbefehlshaber Johan Laidoner und der Kommandeur der 3. Division Ernst Põdder.³¹

Das Verhältnis der Esten zu den Deutschbalten bzw. Deutschen wurde 1918 noch zusätzlich verschlechtert, als Estland in den Machtbereich der deutschen Militärdiktatur fiel. Die Deutschbalten, die während des Weltkriegs von der russischen Staatsmacht schikaniert worden waren und nach dem bolschewistischen Umsturz in eine geradezu lebensbedrohliche Lage gerieten, begrüßten die deutschen Truppen als Retter und Befreier. Gleichzeitig erhielten sie ihre früheren Machtstellungen zurück: Sie spielten eine Schlüsselrolle als Berater der deutschen lokalen Militärführung, übernahmen wieder die Verwaltung der Städte, verstärkten ihre Kontrolle über die Landgemeinden usw. Außerdem bekamen die Deutschbalten die Möglichkeit, ihre politischen Ziele zu verfolgen, die in der Gründung eines Baltischen Herzogtums münden sollten.³²

Gleichzeitig waren die Esten gezwungen, sich aus den leitenden Positionen des Landes zurückzuziehen. Die deutsche Militärführung hat weder die unabhängige Republik Estland, die estnische Provisorische Regierung noch den estnischen Landtag (*Maanõukogu* oder *Maapäev*) anerkannt. Die aus Esten bestehenden Kreis- und Stadtverwaltungen wurden aufgelöst, die gewählten Gemeindeversammlungen durch ernannte Ortsvorsteher ersetzt. Jegliche politische Aktivität wurde verboten, Parteien aufgelöst und die wenigen Zeitungen, die nicht eingestellt wurden, unterlagen von nun an der Zensur. Viele führende Politiker wurden verhaftet, darunter der Premierminister der Provisorischen Regierung Konstantin Päts, das Mitglied des Rettungskomitees Konstantin Konik, der Vorsitzende des Landtags Otto Strandman u. a. Andere mussten sich verstecken oder ins Exil gehen. Weiteren Unmut erzeugten die den Bauern auferlegte Verkaufspflicht für Lebensmittel sowie deren umfangreiche Ausfuhr aus Estland zu einer Zeit, in der die Städte immer mehr mit Versorgungsproblemen zu kämpfen hat-

³⁰ Väljavõte Juhan Tõrvandi päevaraamatust [Auszug aus dem Tagebuch von Juhan Tõrvand], in: Eesti Riigiarhiiv (Estnisches Staatsarchiv, Tallinn), Bestand 1131, Findbuch 1, Akte 1, Bl. 36.

³¹ ROSENTHAL, Laidoner – väejuht (wie Anm. 16), S. 249.

³² Siehe genauer: HANS KRUIUS, Saksa okkupatsioon Eestis [Die deutsche Besatzung in Estland], Tartu 1920; AUGUST TRAKSMAA, Lühike Vabadussõja ajalugu (wie Anm. 29), S. 35-43.

ten. Der spätere Geschichtspräsident der Universität Tartu (und damalige sozialrevolutionäre Landtagsabgeordnete) Hans Kruus befand 1920:

„Am Ende gab es keinen einzigen Bereich, den die Besatzungsmacht nicht unter ihre Aufsicht und Bevormundung genommen oder unter Druck gesetzt hätte. Dies war die schwierigste und schrecklichste Zeit in der Geschichte unserer Heimat, in der sich der Sieger nur von einem Grundprinzip leiten ließ: ‚Wehe den Besiegten!‘“³³

Die Einstellung der Esten zu den Deutschen verbesserte sich auch nach der Novemberrevolution nicht. Zunächst ließ sich die Militärverwaltung mit der Machtübergabe Zeit und behinderte die Formierung einer estnischen Volksarmee. Später setzte sie unter dem Deckmantel des Truppenabzugs die Ausfuhr von Lebensmitteln und sonstiger Werte nach Deutschland fort. Um dies zu verhindern, organisierten die estnischen Eisenbahner Mitte Dezember auf der Bahnlinie Tapa-Tartu einen von der Provisorischen Regierung genehmigten Streik, der wiederum in Tartu zu Zusammenstößen zwischen deutschen Soldaten und Mitgliedern des estnischen Schutzbundes (*Kaitseliit*) führte.³⁴ Zugleich häuften sich beim Rückzug der deutschen Truppen Willkürakte an der estnischen Zivilbevölkerung. All dies stellte die Grundlage für die Schlacht von Punapargi im südlichen Kreis Pärnu am 23. Dezember 1918 dar, nach der beide Seiten Opfern zu beklagen hatten.

Beim Übergang der Macht an die Esten lag es nicht zuletzt an diesem Misstrauen, dass die Deutschbalten keine Rolle mehr spielen sollten. Als erste bekamen dies die deutschbaltischen Mitglieder der Tallinner freiwilligen Bürgerwehr zu spüren, denen am 11. November 1918 die Waffen abgenommen wurden. Die Aufgabe der Bürgerwehr übernahm der auf nationaler Basis organisierte *Kaitseliit*, in den nur Esten aufgenommen wurden. Erst später, als man die Mitgliedschaft im Schutzbund zur Pflicht erklärte, wurden auch Deutschbalten aufgenommen, die aber gesonderte Einheiten bildeten, deren Kontakt mit den estnischen Mitgliedern sich auf das Minimum beschränkte.³⁵

Die gleichen Tendenzen waren auch bei der Formierung der nationalen Armee zu beobachten. Auch hier wurde den Deutschbalten der Eintritt verwehrt, obwohl auch sie bereit waren, gegen den Bolschewismus und für ihre Familie, ihr Heim und ihr Hab und Gut zu kämpfen. Zwar enthielt der Regierungsbeschluss über die Gründung der Armee noch keine Hinweise auf nationale Prioritäten, doch bezog sich der Befehl zur Zwangsmobilisation der Offiziere, Militärärzte und Beamten schon ausschließlich auf Esten.³⁶ Daher waren die Deutschbalten gezwungen, an

³³ KRUIUS, Saksa okkupatsioon Eestis (wie Anm. 32), S. 56.

³⁴ Ebenda, S. 150f.

³⁵ JARKKO KEMPPI: Viron suojeluskuntien organisoitumien ja toiminta 1917–1924 [Die Organisation und Tätigkeit des estnischen Schutzbunds 1917–1924], Joensuu 2000, S. 55ff.

³⁶ Riigi Teataja 1918, Nr. 1, S. 4f.

die Formierung eigener Einheiten zu denken. In dieser Frage wurde am 27. November mit der Regierung eine Übereinkunft getroffen. Im Vertrag wurde betont, dass „diese freiwillige Mobilisation der Deutschen Estlands mit voller Zustimmung und auf Wunsch der Regierung erfolgt“, welche zugleich die Verpflichtung übernahm, „etwaigen Verdächtigungen dieser Bestrebungen in dem Sinn, als ob es sich um separatistische gegen die Esten gerichteten Bestrebungen handelt, entgegenzutreten.“³⁷

Auf dieser Übereinkunft beruhend, formierten die Deutschbalten mehrere kleinere Einheiten, die Ende Dezember im so genannten Baltenregiment zusammengeführt wurden. Diese Abteilung war zunächst dem estnischen Oberkommando, später dem Russischen Nordkorps unterstellt und wurde von deutschbaltischen Offizieren befehligt.³⁸

Die Zahl der deutschbaltischen Offiziere im estnischen Freiheitskrieg blieb auch deshalb recht gering, weil es im Baltenregiment nur wenige Offiziersstellen gab und in der estnischen Armee Offiziere deutscher Herkunft nicht sonderlich erwünscht waren. Man kann daher nur der Behauptung von Mati Kröönsrõm zustimmen, dass es „zur Zeit des Freiheitskriegs kaum möglich gewesen wäre, eine aus Esten bestehende Einheit unter Leitung deutschbaltischer Offiziere zu formieren.“³⁹ Die wenigen deutschbaltischen Offiziere, die während des Freiheitskriegs in der Armee dienten (Arthur von Buxhoeveden, Voldemar Rieberg, Hermann von Salza u. a.), stellten lediglich die Ausnahme von der Regel dar. Nur in der estnischen Marine gab es im Durchschnitt mehr Deutschbalten, dort wurden sie jedoch nur deshalb aufgenommen, weil es nicht genügend Esten mit entsprechender Ausbildung gab.

Die Haltung der Deutschbalten gegenüber dem estnischen Staat und die sich daraus entwickelnden Aktivitäten sind ziemlich gründlich erforscht worden.⁴⁰ Deshalb sei an dieser Stelle nur festgehalten, dass das Verständnis dafür, sich den Veränderungen anpassen und mit der Tatsache abfinden

³⁷ EDUARD VON DELLINGSHAUSEN: Im Dienste der Heimat! Erinnerungen des Freiherrn Eduard von Dellingshausen ehem. Ritterschaftshauptmanns von Estland, Stuttgart 1930, S. 350.

³⁸ Siehe genauer: WILHELM VON WRANGELL: Geschichte des Baltenregiments. Das Deutschtum Estlands im Kampfe gegen den Bolschewismus 1918–1920, Reval 1928; zum Russischen Nordkorps siehe: KARSTEN BRÜGGEMANN: Die Gründung der Republik Estland und das Ende des „Einen und Unteilbaren Rußland“. Die Petrograder Front des Russischen Bürgerkriegs 1918–1920, Wiesbaden 2002 (Forschungen zum Ostseeraum, 6), Kp. III.1.2.; REIGO ROSENTHAL: Loodearmee [Die Nordwest-Armee], Tallinn 2006.

³⁹ MATI KRÖÖNSRÕM: Vene armee ohvitserkonna valikutest 1918–1920. Eesti Rahvaväe ja Valgearmee näidete põhjal [Über die Entscheidungen des Offizierskorps der russischen Armee. Am Beispiel der nationalen estnischen Truppen und der Weißen Armee], in: Akadeemia 2008, Nr. 7, S. 1517–1541, hier S. 1524.

⁴⁰ Siehe z. B.: MICHAEL GARLEFF: Die deutschbaltische Volksgruppe zwischen Anpassung und Widerstand bei der Staatsgründung der Republik Estland, in: Eesti Teaduste Akadeemia Toimetised. Ühiskonnateadused 1991, Nr. 1, S. 4–15; KARSTEN BRÜGGEMANN: Von der führenden Schicht zur nationalen Minderheit. Zur Klärung

zu müssen, dass man nunmehr nicht mehr die Oberschicht der Gesellschaft stellen würde, sondern lediglich als nationale Minderheit zu gelten hätte, sich nur mühsam durchsetzte; zugleich war die Volksgruppe in dieser Frage in mehrere Fraktionen gespalten. General von der Goltz hat diese Zersplitterung folgendermaßen charakterisiert:

„Die einen wollten Versöhnung mit dem neu gebildeten lettischen Staat, die andern hofften immer noch auf eine Angliederung an Deutschland, sogar als monarchischer Einzelstaat, die dritten sagten sich, dass ein neu erstehendes starkes Russland die Ostseeküste für sich beanspruchen würde.“⁴¹

In ihren groben Zügen trifft diese Charakterisierung wahrscheinlich zu, jedoch sei betont, dass die Zahl der deutschbaltischen Politiker, die sich an einer Aussöhnung mit den neuen Staaten interessiert zeigten, zunächst ziemlich klein war. Grund dafür war weniger der Widerwille, die Existenz des estnischen und lettischen Nationalstaates anzuerkennen, sondern der ehrliche Glaube, dass Kleinstaaten dieser Art keine Zukunft hätten. Derselben Meinung war im Übrigen auch die Mehrheit der antibolschewistischen weißen Russen, und auch zahlreiche Politiker in Westeuropa zweifelten die Zukunftsfähigkeit der Kleinstaaten an.

Wenn Deutschbalten Zweifel an der Zukunft des estnischen Staates äußerten, nahmen die Esten es besonders übel. Gern maßen sie deshalb alle Deutschbalten mit demselben Maß. Sogar estnische Spitzenpolitiker haben sich keine große Mühe gegeben, die Differenzen in den verschiedenen Strömungen der Deutschbalten zu erkennen, und orientierten sich meist an formellen (und dadurch leichter erkennbaren) Merkmalen. Als die Deutschbalten beispielsweise Georg von Stackelberg und Hermann Koch als Kandidaten für den Posten des deutschen Ministers in der Provisorischen Regierung vorschlugen, gaben die Esten einer deutschen Quelle zufolge Koch den Vorzug, weil sie keinen Minister mit Adelstitel akzeptieren wollten.⁴²

Entrüstung bei den Esten riefen auch von den Deutschbalten lancierte Gerüchte in der internationalen Presse hervor, welche die Situation in Estland verzerrt darstellen und die Autorität der estnischen Politiker und ihres Staates untergraben sollten. Als Mitte November 1918 zwei Sozialdemokraten Mitglieder der Regierung wurden, gelangten Berichte aus Tallinn nach Kopenhagen, denen zufolge die estnische Regierung hauptsächlich aus Bolschewiki bestehen würde. Einige Tage später, nachdem Jaan Poska, der zunächst das Amt des Premierministers provisorisch bekleidet hatte, zurückgetreten war, um den Posten Konstantin Päts zu übergeben, hieß es in einem Telegramm aus Tallinn, dass ein bolschewistischer Putsch in Estland stattgefunden habe. Der zunächst rasche Vormarsch der Roten Armee

der Rolle der estländischen deutschen Minderheit bei der Begründung der Republik Estland 1918–1919, in: Nordost-Archiv IV (1995), S. 453–478.

⁴¹ GOLTZ, Meine Sendung in Finnland und im Baltikum, S. 167.

⁴² DELLINGSHAUSEN, Im Dienste der Heimat! (wie Anm. 36), S. 298.

im Dezember 1918 wurde mit den bolschewistischen Sympathien der Esten erklärt und ihr anschließender Rückzug aus Estland den Deutschbalten zugeschrieben. Noch Anfang März 1919 hieß es in der britischen Presse, die Offiziere der estnischen Armee seien Deutsche, ja die ganze Armee bestehe vorwiegend aus Deutschen, Russen und Finnen, neben denen es nur einige kleine estnische Trupps gäbe. Als im April die mehrheitlich links orientierte Estnische Konstituante zusammenkam, wurden neue Gerüchte aus Tallinn übermittelt: der linke Flügel des Parlaments sei gegen die Unabhängigkeit Estlands.⁴³

Die Gerüchteküche brodelte aber auch in den estnischen Medien. Eine große Resonanz fand in dieser Hinsicht der Putsch in Liepāja. Wieder verbreiteten sich beunruhigende Nachrichten über deutsche Verschwörungen. Es hieß, die deutsche Regierung wolle mit den russischen Bolschewiki ein Abkommen schließen, wodurch der Krieg in Lettland eingestellt, eine direkte Verbindung zwischen Deutschland und Russland über lettisches Gebiet hergestellt und eine Einheitsfront gegen die Alliierten gebildet werden solle. Gleichsam als Nebenprodukt dieser Großmachtpläne sei die Eroberung Estlands durch eine gemeinsame Offensive von Landeswehr und Roter Armee vorgesehen.⁴⁴ Am 20. Mai verhafteten die estnischen Militärbehörden Friedrich von Stryck, der für die Gegenaufklärung des Russischen Nordkorps tätig war. Eines der Dokumente, die bei ihm gefunden wurden, befasste sich mit der politischen Lage im Baltikum – der Autor versuchte hierin die Möglichkeiten abzuschätzen, die sich aus einer gemeinsamen Offensive von General von der Goltz und den weißen Russen auf Petrograd bieten würden. Unter anderem befand der Autor, dass allein die Ankunft der deutschen Truppen an der estnischen Grenze die dortigen Unabhängigkeitsbemühungen zum Erliegen bringen würde. Selbst wenn die Deutschen Estland nicht okkupierten, kämen dort weitaus konservativere Kräfte an die Macht, die alle radikalen Veränderungspläne (u. a. die Bodenreform) zunichte machen würden. Verständlicherweise ließen solche Erwägungen das estnische Misstrauen gegenüber den Deutschbalten nicht gerade geringer werden.⁴⁵

Auch die legale politische Tätigkeit der estländischen Deutschen, vor allem in der im Dezember 1918 gegründeten Deutschen Partei in Estland, trug nicht viel zur Entspannung der Lage bei. Obwohl es unter den Mitgliedern der Partei sowohl liberale Intellektuelle als auch Geschäftsleute gab, wurde die Hauptlinie der Partei vorläufig vom Erbadel gestaltet, der der Idee des estnischen Nationalstaates mit unverhohlener Verachtung gegenüber stand. Viele der führenden Persönlichkeiten in der Partei zeigten offen ihre Freude

⁴³ Asutav Kogu. I istungjark. Protokollid Nr. 1-27 [Estnische Konstituante. I. Sitzungsperiode. Protokolle Nr. 1-27], Tallinn 1919, Sp. 96f.

⁴⁴ LAAMAN, Eesti iseseisvuse süüd (wie Anm. 7), S. 524.

⁴⁵ ROSENTHAL, Laidoner – väejuht (wie Anm. 16), S. 248.

über das Vorgehen ihrer Volksgenossen in Lettland, als diese am 16. April die Regierung Ulmanis stürzten.⁴⁶

Ebenso offen zeigte die Partei ihre Enttäuschung über die Wahlergebnisse der estnischen Konstituante, nachdem links orientierte Parteien die Mehrheit errungen hatten. Bis dahin hatte man gehofft, in der Frage der Sicherung des Privateigentums (d. h. von Grund und Boden) mit dem rechten Flügel der Provisorischen Regierung einen Kompromiss zu finden. Jetzt war ein Übereinkommen unmöglich geworden und es bestand die Wahrscheinlichkeit, dass das Parlament der Landreform in einer Form zustimmen würde, die eine direkte Bedrohung für die wirtschaftliche Existenzgrundlage der Deutschbalten darstellte. Die Kreise, die bis dahin bereit gewesen waren, eine eingeschränkte Kooperation mit den Esten einzugehen, setzten von nun an auf Hilfe von außen. Ende April richteten die estländischen Deutschen ein Memorandum an die britischen und französischen Diplomaten, in dem ein Protektorat des Völkerbunds über Estland angestrebt wurde.⁴⁷ Für große Aufregung sorgte die Enthaltung der deutschbaltischen Parlamentariergruppe bei der Unterzeichnung der „Erklärung über die Selbständigkeit und Unabhängigkeit des Estnischen Staates“,⁴⁸ Nach estnischer Interpretation stellten sich die Deutschbalten damit gegen die estnische Eigenstaatlichkeit.

Die Befreiung Rigas und die Tatsache, dass die Landeswehr sich auf die estnische Grenze zubewegte, sorgten für Aufregung unter den Deutschbalten. Viele Deutschbalten seien der festen Überzeugung gewesen, schrieb Johannes P o o p u u, dass die Esten nicht in der Lage waren, die Landeswehr aufzuhalten, und „den Tag schon gekommen sahen, an dem sie ihren Rettern um den Hals fallen können“; manche Barone seien sogar so dreist geworden, dass sie sich zu Bedrohungen der Esten hinreißen ließen.⁴⁹

Auch die estnische Presse trug dazu bei, die Leidenschaften anzufachen. Am 4. Juni referierte das „Päevaleht“ (Tagesblatt) den Bericht des estnischen Militärvertreters in Lettland, Oberleutnant Julius Jürgenson, der die Situation in Riga, darunter auch die unzähligen Hinrichtungen beschrieb. Die Zeitung kommentierte, dass nach der Lektüre der Eindruck bleibe, hier werde versucht, die Rigaer Letten „planmäßig zu vernichten“. Zudem schrieb Jürgenson von Gerüchten über deutschbaltische Pläne: Die Gutsbesitzer hätten sich „ernsthaft vorgenommen, nach Estland einzudringen, um dort wieder die Macht zu ergreifen“. Zu diesem Zweck bereite man Agitatoren vor, welche estnische und lettische Soldaten aufstacheln sollten, einen Aufstand anzuzetteln, um dann mit der Landeswehr eingreifen und die Ordnung wiederherstellen zu können.⁵⁰

⁴⁶ MATI GRAF: *Parteid Eesti Vabariigis 1918–1934 koos eellooga (1905–1917) ja järellooga (1934–1940)* [Parteien in der Republik Estland 1918–1934 mit Vor- und Nachgeschichte (1905–1917 bzw. 1934–1940)], Tallinn 2000, S. 244–247.

⁴⁷ TAUBE, *Von Brest-Litovsk bis Libau* (wie Anm. 5), S. 205f.

⁴⁸ *Asutav Kogu* (wie Anm. 42), Sp. 473–484, 682f., 975.

⁴⁹ P O O P U U, *Sõda Landeswehriga* (wie Anm. 17), S. 38.

⁵⁰ *Päevaleht*, 4.6.1919; *Vabadusmonument* (wie Anm. 19), S. 102.

Derselbe Vortrag wurde auch in anderen größeren Zeitungen abgedruckt. Von nun an erschienen fast täglich neue Berichte, die den Deutschbalten gegenüber feindlich gesinnt waren. Am hitzigsten äußerte sich das Organ der sozialdemokratischen Partei:

„Natürlich sind wir nicht überrascht, wenn wir uns die Skrupellosigkeit der Barone vorstellen, weil wir von diesen Galgenhelden außer Skrupellosigkeit und Verbrechen auch nichts anderes erwartet haben, aber auch die Skrupellosigkeit hat ihre Grenzen und die Galgenheldentaten ihr Maß. (...) Mit giftigen Schlangen, die in ihren unterirdischen Höhlen ihre Zähne schleifen, muss man so verfahren, dass sie die Lust verlieren, noch einmal ihr Haupt zu erheben. Ein Schlangenhaupt wird sich aber erst dann nicht mehr erheben, wenn es von einem Pfeil durchbohrt wird. (...) Wir wagen zu hoffen, dass dieses Babylon von Gewalt, Skrupellosigkeit, Niedertracht, Betrug und Verkäuflichkeit von Leib und Seele nun zerstört wird. Es soll kein Stein auf dem anderen gelassen werden, kein Sandkorn auf dem anderen. Ein Pfeil in das Hirn der Schlangen.“⁵¹

Dabei war die Presse nicht bereit, Unterschiede zwischen der Landeswehr und den Deutschen in Estland einzusehen, und bemühte sich bewusst darum, beide gleichzusetzen.

Solche Aufrufe blieben nicht ohne Erfolg und die Behörden erlegten den Deutschen in Estland diverse Beschränkungen auf. Offiziell versicherte die Regierung zwar, dass sie eine allgemeine Internierung der Deutschbalten für unnötig erachte, behielt sich jedoch das Recht vor, Zwangsmaßnahmen gegen jene Personen zu ergreifen, deren Tätigkeit man als staatsfeindlich ansah. Die deutschen Einheiten des *Kaitseliit* wurden aufgelöst und Waffen, die sich in den Händen der Deutschbalten befanden, eingesammelt. Bis zum Ende des Landeswehrkriegs wurde es den Deutschbalten verwehrt, mit der Bahn, auf der Landstraße und mit Schiffen zu reisen. In den Landkreisen Tartu und Viljandi verloren die den Deutschbalten ausgestellten Genehmigungen, sich nachts frei zu bewegen, ihre Gültigkeit; zudem mussten sie sich beim lokalen *Kaitseliit*-Stab anmelden und wöchentlich dort vorstellig werden. In Valka wurden mehrere Dutzend Deutschbalten als Geisel genommen, Verhaftungen in kleinerem Umfang gab es auch anderswo. Dabei ereignete sich auch Willkür: In Tallinn rissen Matrosen einigen Deutschen aus dem Baltenregiment die Schulterklappen mit dem Regimentsabzeichen herunter.⁵² Die Situation wurde schließlich dermaßen kritisch, dass der Stabschef des Oberbefehlshabers, Generalmajor Jaan Soots sich am 12. Juni an die Presse wandte und um Hilfe dabei bat, die Gemüter zu beruhigen und weitere Willkürakte zu

⁵¹ Sotsialdemokraat, 7.6.1919.

⁵² LUULE RAND: Eestlased ja Eesti sakslased Vabadussõja perioodil. Seminaritöö [Die Esten und die estnischen Deutschen während des Freiheitskriegs. Seminararbeit], Tartu 1999, S. 23f. (Manuskript im Besitz des Autors); POOPUU: Sõda Landeswehriga (wie Anm. 17), S. 37-39; Päevaleht, 11.6.1919; Postimees, 11.6.1919.

vermeiden. Danach wurde der Ton in den Zeitungen tatsächlich etwas zurückhaltender.⁵³

Die Esten und die Letten

Ein weiterer wichtiger Grund für den Ausbruch des Landeswehrkriegs waren die estnisch-lettischen Beziehungen; auch hier spielten nationale Vorurteile eine wichtige Rolle. Trotz vieler Berührungspunkte in der Geschichte der beiden Nachbarvölker war das Verhältnis zwischen Esten und Letten um die Jahrhundertwende recht kühl. In den Jahren 1917–1919 drohte diese traditionelle Kühle in den gegenseitigen Beziehungen sogar in offene Feindseligkeit umzuschlagen. Als Ursache hierfür gilt die Einquartierung des 5 000 Mann starken Reserveregiments der Lettischen Schützen in Tartu im August 1917. Da diese Soldaten in ihrer Mehrheit zu Anhängern der Bolschewiki geworden waren, konnten sich die Roten in der Stadt auf die Waffen der Letten stützen. Manch einer der damaligen Einwohner erinnerte sich später daran, wie die Roten Schützen anfangen, sich mehr und mehr als die eigentlichen Herren der Stadt aufzuspielen und in die estnischen Angelegenheiten einzumischen.⁵⁴ Für die Esten war es ein doppeltes Gegenüber: zu dem ideologisch-politischen Gegensatz kam noch der nationale.

Zwar konnten sich die Esten im Februar 1918 zum Teil revanchieren, als sie zum beschleunigten Verschwinden der Bolschewiki und zum Abmarsch der Roten Schützen aus Tartu beitrugen, doch konnten die früheren Konflikte dadurch nicht begraben werden. Als im Dezember 1918 die bolschewistischen Lettischen Schützen als Eliteeinheit der Roten Armee die estnische Ostgrenze überquerten und die Umgebung der Städte Võru und Valka einnahmen, brach sich der nationale Hass erneut Bahn. Die Hauptlast der Kämpfe im Januar 1919 in Südestland trugen die Lettischen Roten Schützen. Die estnische Haltung ihnen gegenüber war ziemlich kompliziert. Militärisch wurden die im Weltkrieg erprobten und ruhmreichen lettischen nationalen Einheiten weitaus höher eingeschätzt als gewöhnliche Truppen der Roten Armee, sie wurden respektiert, vielleicht sogar gefürchtet. Andererseits wurden die Schützen umso stärker gehasst, da man – im Gegensatz zu den Russen, die in die Rote Armee zwangsmobilisiert worden waren und deswegen teilweise sogar Mitleid erweckten – in ihnen ideologische Gegner sah, die mit dem erklärten Ziel gekommen waren, den Esten den „kommunistischen Segen“ zu bringen.

Allerdings trugen auch die Beziehungen zwischen den estnischen Soldaten und der lettischen Zivilbevölkerung keineswegs den Stempel der

⁵³ RAND, Eestlased ja Eesti sakslased Vabadussõja perioodil (wie Anm. 51), S. 22f.

⁵⁴ Siehe EDUARD MEOS: Eesti tagavara pataljon ja temaga ühenduses olevad sündmused 1917–1918 [Das estnische Reservebataillon und die mit ihm zusammenhängenden Ereignisse], Tartu 1928.

gutnachbarlichen Beziehungen. Nach Ansicht der estnischen Soldaten war die bolschewistische Ideologie unter den Letten stärker verbreitet als in Estland. Besonders wunderte man sich darüber, dass auch wohlhabende Menschen sich von ihr beeinflussen ließen.⁵⁵ Die Letten wiederum begrüßten die estnischen Soldaten, als sie lettischen Boden betraten, keineswegs als Befreier von der bolschewistischen Schreckensherrschaft, sondern sahen in ihnen eigenmächtige Eroberer. Die Esten wurden beschuldigt, sie hätten lettisches Gebiet besetzt und sich Hab und Gut der Einwohner angeeignet. Lettischerseits begnügte man sich auch keineswegs mit passivem Widerstand, sondern wurde gegen die Esten aktiv. Die Ulmanis treuen Letten setzten zwar keine Waffen ein, doch widersetzten sie sich den Befehlen der estnischen Militärbehörden und versteckten ihre Vorräte vor der Requisition. Schuld daran waren auch die estnischen Militärbehörden, da sie die für den Krieg nötigen Vorräte – Lebens- und Transportmittel, Pferde, Pferdefuttermittel usw. – in großem Maß auf lettischem Gebiet zwangsweise beschlagnahmten und versuchten, die materiellen Güter, die in ihren Besitz gelangten, rasch nach Estland zu „evakuieren“.⁵⁶

Estnische Soldaten bekamen diese Einstellung erstmals im Januar 1919 zu spüren, als das 6. Infanterieregiment Rūjiena einnahm und gezwungen war, den Ort aufgrund der feindseligen Gesinnung seiner Einwohner nach einigen Tagen wieder zu verlassen. Ähnliches wiederholte sich später; am bekanntesten ist die Episode vom 25. April, die später als Katastrophe von Rūjiena bezeichnet wurde. Unter Einfluss der bolschewistischen Propaganda und aufgrund der feindseligen Umgebung in Rūjiena konnten die Soldaten des 6. Infanterieregiments den Lettischen Roten Schützen keinen Widerstand mehr leisten und liefen zum Teil sogar auf deren Seite über.⁵⁷

All das Geschilderte charakterisiert freilich nur die eine, die negative Seite der estnisch-lettischen Beziehungen zu jener Zeit. Es gab genügend Menschen unter den Letten, die sich darüber freuten, von den Bolschewiki befreit zu werden und die bereit waren, mit den Esten zusammenzuarbeiten. Vermutlich hatte der Redakteur des „Postimees“ (Postbote), Anton Jürgenstein, mit seiner Behauptung recht:

„Der tonangebende Teil der Letten weiß sehr wohl, dass wir keineswegs leichten Herzens und nur so aus Spaß mit unseren Truppen in Lettland eingedrungen sind und nicht gegen die Letten kämpfen, sondern gegen die gemeinsamen Feinde Lettlands und von uns.“⁵⁸

Besonders gute Beziehungen entwickelten sich zwischen den in Westeuropa tätigen Diplomaten beider Länder. Im August 1918 trafen sich in London Ants Piip und Zigfrīds Meierovics, die sehr bald eine freund-

⁵⁵ LAAMAN, *Eesti iseseisvuse süüd* (wie Anm. 7), S. 422.

⁵⁶ RIMSCHA, *Die Episode Niedra* (wie Anm. 8), S. 320.

⁵⁷ Vgl. JAAN MAIDE, ERNST VALDIN: *6. jalaväepolk Vabadussõjas 1918–1920* [Das 6. Infanterieregiment im Freiheitskrieg 1918–1920], Tallinn 1938.

⁵⁸ ANTON JÜRGENSTEIN: *Millega võib Võnnu vaherahu meile lõppeda* [Womit kann der Waffenstillstand von Cēsis für uns enden], in: *Postimees*, 14.6.1919.

schaftliche Beziehung entwickelten. Die enge Zusammenarbeit setzte sich 1919 auf der Pariser Friedenskonferenz fort, auf der sowohl die estnischen Vertreter unter Leitung von Außenminister Jaan Poska als auch die lettische Delegation unter dem Vorsitzenden des lettischen Volksrats Jānis Čakste und Außenminister Meierovics anwesend waren. Der estnisch-lettischen Zusammenarbeit schlossen sich nach und nach auch andere Grenzstaaten wie Litauen, die Ukraine oder Georgien an, wobei der lettische Außenminister oft als deren Fürsprecher bei den Gesprächen mit der Entente fungierte.⁵⁹

In der Heimat verlief die estnisch-lettische Zusammenarbeit bei weitem nicht so gut wie im Ausland. Im Dezember 1918 reiste der lettische Premierminister Kārlis Ulmanis auf der Suche nach Hilfe für sein Land in die Hauptstädte der Nachbarstaaten. Er besuchte auch Tallinn, wo er die estnische Regierung bat abzuwägen, ob sie nicht Hilfe leisten könne. Die estnische Führung betrachtete zwar die Existenz eines unabhängigen lettischen Staats als wesentlich für Estland und war im Prinzip bereit, der Regierung Ulmanis' militärische Hilfe zu leisten. Allerdings war die Lage in Estland selbst damals so schwierig, dass man dem Nachbarn nicht helfen konnte.

In der sich immer mehr zuspitzenden Lage wandte sich Ulmanis am 31. Januar 1919 erneut an die estnische Regierung.⁶⁰ Am 5. Februar wurde diese Bitte um Hilfe dem *Maanõukogu* vorgelegt. Weil dies eine geschlossene Sitzung war, ist nicht bekannt, was damals besprochen wurde. Im Protokoll wird nur die Ansicht des Sozialdemokraten Karl Ast referiert: der Lettischen Provisorischen Regierung sei „die Erlaubnis zu erteilen, mit unserer Hilfe Kriegshandlungen zu beginnen“, doch müsse man mit ihr einen „festen Vertrag in Sachen der Südgrenze unseres Landes“ abschließen.⁶¹ Auch wenn die estnische Führung damals bereit war, den Letten zu helfen, gibt es gute Gründe zu behaupten, dass sie zugleich die schwierige

⁵⁹ Siehe zu diesem Thema ANTS PIIP: *Tormine aasta: ülevaade Eesti välispoliitika esiajast 1917–1918. aastal dokumentides ja mälestusis* [Das stürmische Jahr: Eine Übersicht über die Anfangszeit der estnischen Außenpolitik 1917–1918 in Dokumenten und Erinnerungen], Tartu 1934; KAAREL ROBERT PUSTA: *Saadiku päevik* [Das Tagebuch eines Botschafters], New York 1964; JAAN POSKA: *Eesti iseseisvuse võitluses kõige põnevamal ajajärgul: J. Poska päevaraamat rahukonverentsilt* [Im Kampf für die estnische Unabhängigkeit in dessen allerspannendsten Zeiten: J. Poskas Tagebuch von der Friedenskonferenz], hrsg. von ANTON HANSEN TAMMSAARE, Tallinn 1921. Allgemein vgl. MARKO LEHTI: *A Baltic League as a Construct of the New Europe. Envisioning a Baltic Region and Small State Sovereignty in the Aftermath of the First World War*, Frankfurt/Main u.a. 1999 (European University Studies, Series III: History and Allied Studies, 817).

⁶⁰ *Eesti Vabadussõda 1918–1920* (wie Anm. 11), Bd. 1, 3. Aufl., Tallinn 1996, S. 147; LAAMAN, *Eesti iseseisvuse süünd* (wie Anm. 7), S. 421; *Eesti ja Läti suhted 1920–1925. Dokumentide kogumik* [Estnisch-lettische Beziehungen 1920–1925. Dokumentensammlung], hrsg. von HEINO ARUMÄE und TIIT ARUMÄE, Tallinn 1999, S. 13f.

⁶¹ *Maanõukogu protokollid 1917–1919* [Landtagsprotokolle 1917–1919], Tallinn 1935, S. 387–391.

Lage des Nachbarn im eigenen Interesse auszunutzen versuchte, indem sie Grenzfragen in einer möglichst günstigen Form zu lösen bestrebt war.

Am 18. Februar wurde das Abkommen vom estnischen Premierminister Konstantin Päts und den Vertretern der lettischen Regierung Jānis Ramans und Jorgis Zemitāns unterzeichnet. Diesem Vertrag zufolge sollte die estnische Regierung lettische Staatsbürger mobilisieren, die mobilisierten Männer ausbilden, aus ihnen eigene Bataillone bilden und sich um deren Ausrüstung, Vorräte und Verpflegung kümmern. Die lettischen Einheiten waren dem estnischen Oberkommando unterstellt und durften nur an der Südfront, d. h. im Grenzgebiet zu Lettland eingesetzt werden.

Die lettische Regierung ihrerseits verpflichtete sich, die Kosten der estnischen Seite zu decken. Sie erklärte sich damit einverstanden, dass die estnische Armee Teile des lettischen Territoriums kontrollierte, wenn es für die Kriegsführung notwendig sein sollte, und gestattete den Esten, auf diesem Gebiet Requirierungen durchzuführen. Das hier angesprochene Gebiet war je nach den Umständen recht großzügig beschnitten, denn dem Vertrag zufolge waren die lettischen Einheiten erst an der Linie Limbaži - Valmiera - Smiltene - Alūksne dem lettischen Oberkommando zu unterstellen. Artikel 7 des Abkommens legte fest, dass die Gemeinden Laatre und Ipiķi des Landkreises Valmiera, die Gemeinden Omuļi, Sooru, Paju, Lugaži und Laicene des Landkreises Valka sowie die Stadt Valka „vorübergehend als Teil der Republik Estland“ zu gelten hätten.⁶²

Somit war das Abkommen vom 18. Februar für die Esten äußerst günstig. Es entkräftete die Behauptung, estnische Truppen hätten Lettland besetzt, garantierte die Legalität der Requirierungen und ließ hoffen, dass viele der national gemischten Grenzgebiete zukünftig zu Estland gehören würden. Dieses Abkommen war aber sicherlich auch ein wichtiger Grund dafür, warum die Nachricht über den Putsch in Liepāja in Estland mit Entrüstung aufgenommen wurde. Während Ulmanis Estland gegenüber mehrere Verpflichtungen auf sich genommen hatte, war nicht bekannt, inwiefern die Regierung Niedra die früheren Abmachungen akzeptieren und wie ihre allgemeine Einstellung gegenüber dem nördlichen Nachbarn sein würde. Aus diesen Gründen akzeptierte die estnische Führung den lettischen Volksrat und die Provisorische Regierung Ulmanis als alleinige Träger der legitimen Macht in der Republik Lettland.

Kurz nach dem Putsch von Liepāja wurde unter Zustimmung der Esten in Valka am 23. April eine weitere lettische „Regierung“ gegründet, die der Ingenieur Markus Gailītis leitete, ein Vertreter der lettischen Zivilbehörden im befreiten Nordlettland. Die „Regierung Gailītis“ erkannte Niedra nicht an und veröffentlichte in ihrem Organ „Tautas Bals“ (Stimme des Volks) giftige Artikel über die Deutschbalten.⁶³

⁶² Eesti ja Läti suhted 1920–1925 (wie Anm. 58), S. 16f.

⁶³ RIMSCHA, Die Episode Niedra (wie Anm. 8), S. 283.

Ende Mai hatte die Führung der Nordlettischen Brigade, die unter estnischem Oberkommando kämpfte, die Idee, Premierminister Ulmanis vorzuschlagen, aus Liepāja in das von den Bolschewiki befreite Nordlettland zu kommen, wo er die Regierung des lettischen Staates und die Formierung seiner Armee wieder übernehmen konnte. Zwar wurde diese Idee auch vom estnischen Oberkommando unterstützt, doch zog es Ulmanis vor, in Liepāja zu bleiben. Vielleicht hoffte er, mit Unterstützung der Entente wieder an die Macht zu kommen, vielleicht hatte er Angst, in einen offenen Konflikt mit den Deutschen zu geraten.⁶⁴

In der späteren Geschichtsschreibung wurde nicht verheimlicht, dass es für die estnische Seite vor allem um die Unterstützung einer „geeigneten“ Regierung, d. h. der von Ulmanis ging. Auch General Laidoner betonte in seiner Direktive vom 3. Juni, die den Landeswehrkrieg auslöste: „Ich befehle, nur die lettischen Truppen zu unterstützen, welche die Provisorische Regierung Ulmanis anerkennen.“⁶⁵

Im Unterschied zur Militärführung waren sich die estnischen Politiker bei der Unterstützung der Regierung Ulmanis nicht so einig. Dies zeigte sich während der Sitzung der Konstituante am 17. Juni, auf der es um die auf lettischem Gebiet ausgebrochenen Kriegshandlungen ging. Die Vertreter aller größeren Fraktionen machten patriotische Erklärungen, verurteilten die „Treulosigkeit“ der Deutschbalten und versprachen, mit allen Kräften den Feind zu vernichten. Einzig die Rede des Abgeordneten des Landbunds, Konstantin Päts, brachte eine dissonante Note in die Sitzung. Der ehemalige Premierminister behauptete, dass das estnische Volk schon genug schwere Opfer gebracht hatte, und fürchtete, dass eine weitere Front zu einer Zeit, in der die Kämpfe mit der Roten Armee fortgesetzt würden, für den estnischen Staat zum Verhängnis werden könnte. Konkret schlug Päts vor, die estnische Armee aus Lettland abzuziehen und die Verteidigung des lettischen Territoriums den Letten selbst zu überlassen. Die Mehrheit der Konstituante missbilligte Päts' Vorschläge, er wurde sogar mehrmals unterbrochen und in Zwischenrufen als „estnischer Niedra“ bezeichnet. Zudem goss der Umstand Öl ins Feuer, dass bei der Abstimmung über die Parlamentsresolution nur die fünf Mitglieder des Landbunds und die drei deutschbaltischen Abgeordneten sich ihrer Stimme enthalten hatten.⁶⁶ Nur das Organ des Landbunds *Maaliit* setzte sich für Päts ein. Sein Herausgeber Artur Tupits brachte die Ansichten der Partei in einer sehr direkten Art und Weise auf den Punkt:

„Unsere erste Aufgabe muss es sein, Lettland zu verlassen, sobald die Sicherheit der Grenze es zulässt, ob da dann Ulmanis oder Niedra an

⁶⁴ ROSENTHAL, Laidoner – väejuht (wie Anm. 16), S. 257.

⁶⁵ Vabadusmonument (wie Anm. 19), S. 104.

⁶⁶ Asutav Kogu. II istungjärk. Koosolekute protokollid [Estnische Konstituante. II. Sitzungsperiode. Versammlungsprotokolle], Tallinn 1919, Sp. 1-26.

der Macht ist, soll uns egal sein. Wir halten es für unwichtig zu überlegen, wer von den beiden nun ‚besser‘ oder ‚schlechter‘ ist.“⁶⁷

Allerdings war dieser Standpunkt unter den Esten keineswegs populär; sowohl die Armee als auch die politische Führung hielten sich weiterhin an das Ziel, Ulmanis zur Macht zu verhelfen. Auch bei der Bewertung der Ergebnisse des Landeswehrkriegs wurde später stets die Rückkehr von Ulmanis an die Spitze der lettischen Regierung als einer der wichtigsten Erfolge bezeichnet.⁶⁸

* * *

Aus dem oben Dargelegten kann man drei Schlussfolgerungen ziehen:

1. Vor Beginn des Landeswehrkriegs war die estnische Seite in einer kriegerischen und aggressiven Stimmung; für die deutsch(baltisch)e Seite gilt dies in weitaus geringerem Maße. Eine besonders bemerkenswerte Rolle beim Ausbruch des Konflikts spielte die estnische Militärführung, in erster Linie der Oberbefehlshaber Generalmajor Johan Laidoner und der Stabschef der 3. Division Oberstleutnant Nikolai Reek. Sie unternahmen keinen Versuch, eine friedliche Lösung für den aufkommenden Konflikt zu finden, sondern stellten dem Gegner im Gegenteil wenig begründete, ultimative und sogar provozierende Forderungen. Sowohl die Landeswehr unter Führung von Major Alfred Fletcher als auch das Oberkommando der deutschen Truppen in Lettland (Generalmajor Rüdiger von der Goltz) hatten zwar durchaus politische Ambitionen, doch waren sie wenigstens vorläufig nicht daran interessiert, diese mit Waffengewalt durchzusetzen, und zogen es vor, relativ passiv zu bleiben.

2. Aus estnischer Perspektive muss als Hauptgrund für den Landeswehrkrieg die tief verwurzelte Abneigung gegen Deutschland und die Deutschbalten genannt werden. Die Anfänge dieses Deutschenhasses lagen in der Zeit des nationalen Erwachens; er vertiefte sich während des Ersten Weltkriegs und überschattete alle anderen Gefühle nach der Errichtung der deutschen Militärdiktatur 1918. Man machte keine Unterschiede zwischen den Reichsdeutschen und den Deutschbalten. Beide wurden beschuldigt, bis in die Gegenwart den Esten nur Leid zugefügt zu haben, und verdächtigt, in der Zukunft verbrecherische Absichten zu hegen. Die estnische Presse aus der Zeit des Freiheitskriegs nährte ihrerseits diesen Hass noch zusätzlich.

3. Ein sekundärer Anstoß für den militärischen Konflikt waren die estnisch-lettischen Beziehungen. Das gegenseitige Misstrauen rührte von den historischen Kontakten, aber vor allem von der Sympathie für die Bolschewiki her, die während des Freiheitskriegs in Lettland weit verbreitet war;

⁶⁷ ARTUR TUPITS: Maaliidu seisukoht Lätimaa sündmuste arutamisel [Der Standpunkt des Bauernbunds zur Erörterung der Ereignisse in Lettland], in: Maaliit, 21.6.1919.

⁶⁸ LAAMAN, Eesti iseseisvuse sünd (wie Anm. 7), S. 561.

es fand seinen Nährboden in den schweren Kämpfen gegen die Lettischen Roten Schützen und in der lettischen Einstellung gegenüber den Esten als Besatzer. All dieser Ballast verhinderte den Aufbau wirklich gutnachbarlicher und gegenseitig vorteilhafter Beziehungen. Deshalb hielten die estnische Staats- und Militärführung krampfhaft am Abkommen vom 18. Februar 1919 mit der Regierung Ulmanis fest, das eine günstige Lösung der Grenzfragen und anderer aktueller Probleme versprach. Dies führte wiederum zu einer ziemlich begrenzten politischen Weitsicht, die es unabänderlich für notwendig hielt, Ulmanis' Macht in Lettland wiederherzustellen, und keine alternativen Lösungen auch nur in Betracht zog.

Man kann natürlich nicht ausschließen, dass der Krieg mit der Landeswehr auch dann ausgebrochen wäre, wenn die Esten ihn nicht gewollt hätten. Nicht wegen des estnischen Hasses gegen alles Deutsche und ihres Misstrauens gegen die Letten, sondern aufgrund der politischen Ambitionen von General von der Goltz und der Deutschbalten aus der Landeswehr. Allerdings stellt dies nur eine Möglichkeit dar, da der Konflikt aus den in diesem Beitrag genannten Gründen von der estnischen Militärführung entfesselt wurde.

SUMMARY

Break Out of the Landeswehr War: The Estonian Perspective

In June 1919, an armed conflict erupted in the Cēsis area, in which from one side took part Estonia and Latvia and from the other side German and Baltic-German forces. When talking about the reasons of the conflict that became known as the *Landeswehr* war, it was a common practice in the Estonian historiography to blame the Germans for malevolence and treachery towards Estonians. It was only too often claimed as if it were the aim of the leadership of German forces and the local Baltic-German upper classes to abolish the independence of Estonia and Latvia and to form a Baltic Duchy from the local areas. Nevertheless, it was no more than a national history myth. Since during the later decades the *Landeswehr* war no longer merited any more attention, the question concerning the reasons and the people responsible for the break-out of the conflict has remained somewhat unclear up to now. The present article approaches the problem from the Estonian perspective and arrives at three main conclusions.

Before the *Landeswehr* war, the Estonian side was much more militant-minded than the (Baltic) Germans. The Estonian military leadership

– Commander-in-Chief Major General Johan Laidoner and Chief of Staff of 3rd Division Colonel Nikolai Reek – played an especially prominent role in the break out of the conflict. Neither of the officers even tried to find peaceful solutions to the threatening conflict, but instead presented to the adversary unreasonable, ultimatory and even provocative demands. Although both the German command in Latvia (Major General Rüdiger von der Goltz) and the *Baltische Landeswehr* (Major Alfred Fletcher) had political ambitions, neither of them was – at least before the conflict – interested in realising them with weapons and preferred to remain relatively passive. However, it is true that it cannot be claimed with complete certainty that the war could not have broken out independent of the will of Estonians, growing out of the aims of General Goltz and the Baltic Germans.

The main reason behind the break out of the *Landeswehr* war was the deep hatred towards Germany and the Baltic Germans that prevailed among the Estonians. This hatred against Germany begun already during the period of National Awakening and aggravated during World War I, especially in connection with the establishment of German military dictatorship over Estonia in 1918. Reich and Baltic Germans were identified with, they were blamed for hostile acts towards Estonia both in the distant past and at present and they were associated with criminal future plans. This hatred was strongly encouraged by the Estonian press of that time.

The second reason for the conflict was the mutual distrust in the Estonian-Latvian relations. This distrust rendered the cultivation of good-neighbourly and mutually beneficial relations difficult between the two neighbours. As a result of this, the Estonian leadership overestimated the agreement with the government of Kārlis Ulmanis concluded on February 18th 1919, which seemed to secure Estonia's interests in solving the border issue and other important questions. In order to ensure the continuance of the concluded agreement, the Estonian politicians were interested in restoring Ulmanis' power in Latvia. In order to do this, in turn, it was necessary to deal a crushing blow to the forces that had overthrown the government of Ulmanis, first and foremost to the *Baltische Landeswehr*.

Die Schlacht bei Cēsis, die Esten und das historische Bewusstsein der Letten

VON KASPARS ZELLIS

Prolog

Im Jahre 1930 wurde der erste bedeutende lettische Spielfilm „Lāčplēsis“ (Der Bärenjäger) uraufgeführt,¹ der nach den Worten des Dichters Edvarts Virza einen Spiegel darstellen sollte, in dem der „lettische Heldenmut“ zu sehen sei.² Dieser „große Film über die Entstehung Lettlands“, in dem das Sujet des 1888 von Andrejs Pumpurs (1841–1902) verfassten gleichnamigen nationalen Heldenepos mit den Ereignissen des Jahres 1919 verbunden war, sollte nicht nur als Katalysator eines nationalen Patriotismus, sondern auch der Popularisierung eines bestimmten Bildes von Lettland dienen. Im Dezember 1930 wurde dieser Film auch dem estnischen Publikum vorgeführt. Anstelle des erwarteten Triumphs erlebte der Film in Tallinn jedoch ein totales Fiasko.

In Lettland wurde dieser „Skandal“ aufmerksam verfolgt. Der Film sei im *Rekord*, „im besten Filmvorführhaus Tallinns“, angelaufen, dessen Besitzer Peeter Parikas 100 000 Kronen allein in die Werbung für „Lāčplēsis“ investiert hatte. Das ganze Theater sei „prachtvoll illuminiert“ gewesen und habe „einen unvergesslichen Eindruck“ gemacht. Der Premiere hätten das diplomatische Corps, Regierungsvertreter und andere hochgestellte Personen beigewohnt. Zweifellos hätte „Lāčplēsis“ auch in Tallinn großen Erfolg haben können, resümierte ein Autor in der Zeitschrift „Filma un Skatuve“ (Film und Bühne), wenn sich die Filmschaffenden „die Folgen ihrer Arbeit überlegt“ hätten, denn die Esten sahen darin eine „unverzeihliche Fälschung der Geschichte“ und waren

„zutiefst beleidigt, dass die Letten die Hilfe ihrer Brüder – der Esten – im Kampf für die Freiheit vergessen haben. Die ganze Sache ging so weit, dass sich anstelle der erwarteten Annäherung Lettlands und Estlands ein unangenehmer Zwischenfall ereignete. Die Gesellschaft für lettisch-estnische Annäherung weigerte sich, Ehrenkarten für die Erstaufführung

¹ Regisseur des Films war Aleksandrs Rusteiķis (1892–1958), produziert wurde er von den *Aizsargi*, der paramilitärischen lettischen Selbstschutzorganisation.

² EDVARTS VIRZA: Lāčplēsis [Lāčplēsis], in: Brīvā Zeme [Freies Land], 11. März 1930.

von ‚Lāčplēsis‘ zu versenden, und General Pödder³ untersagte den estnischen Soldaten, die Vorführungen dieses Films zu besuchen. Aufgrund dieser feindseligen Stimmung war das genannte Kino gezwungen, ‚Lāčplēsis‘ schon am zweiten Tag vom Programm abzusetzen und unserem Film damit einen schmerzhaften Schlag zu versetzen“.⁴

Obwohl die Presse darauf hinwies, dass lediglich die Filmemacher, die beim Kreieren des „historischen Bildes“ von „Lāčplēsis“ unverantwortliche Fehler zugelassen hätten,⁵ an diesem Skandal schuld seien, wurde er nicht näher untersucht. Zwar wurde der militärische Konflikt bei Cēsis in der damaligen Literatur nicht selten metaphorisch mit dem gemeinsamen Kampf von Lāčplēsis und Kalapuisis (estn. Kalevipoeg)⁶ gegen die Deutschen verglichen,⁷ doch war es in diesem Fall Lāčplēsis allein, der sich den Lorbeerkranz aufsetzen konnte.⁸ War dieser „Skandal von Tallinn“ nur ein einfaches Missverständnis oder bezeichnete er eine Veränderung im lettischen Verständnis der Geschichte, in dem die Esten keinen Platz mehr hatten? Das Ziel des vorliegenden Aufsatzes ist es nicht, die militärischen und politischen Entwicklungen im Sommer 1919 zu untersuchen. Es soll vielmehr um die Frage gehen, wie diese Ereignisse – und insbesondere der 22. Juni 1919, der Tag der Schlacht von Cēsis – im historischen Bewusstsein der Letten verankert sind.

Wie die Kämpfe bei Cēsis in das nationale Geschichtsbild der Letten eingeschrieben wurden

Wie Elias Canetti treffend bemerkte, ist die Geschichte der Nation für den normalen Menschen unwichtig:

„Er kennt weder ihren wirklichen Verlauf noch die Fülle ihrer Kontinuität; nicht das Leben, wie es früher war; und nur wenige Namen derer, die früher gelebt haben. Die Figuren und Augenblicke, die in sein Bewusstsein eingegangen sind, sind jenseits von allem, was der ordentliche Historiker unter Geschichte versteht.“⁹

³ Ernst Pödder (1879–1932) – Generalmajor der estnischen Armee, Teilnehmer an der Schlacht bei Cēsis.

⁴ Skandāls ar „Lāčplēsi“ Tallinā [Der Skandal um „Lāčplēsis“ in Tallinn], in: Filma un Skatuve [Film und Bühne], 20. Dezember 1930.

⁵ Ebenda.

⁶ Held des estnischen Nationalepos „Kalevipoeg“, das Friedrich Reinhold Kreutzwald (1803–1882) in den Jahren 1857–1861 verfasste.

⁷ Siehe FRICIS VIRSAITIS: Lāčplēša gara mūžīgums [Der ewige Geist von Lāčplēsis], in: Latvju varoņu gaitas. Brīvības cīņu chrestomatija [Wege der lettischen Helden. Chrestomathie der Freiheitskämpfe], hrsg. von DEMS., Riga 1938, S. 5–8, hier S. 7.

⁸ Die deutschbaltische Presse bezeichnete den Film als chauvinistisch, als bewusst unwahr und warf ihm vor, er wiege zum Völkerhass auf. „Lāčplēsis“ Liepājā [„Lāčplēsis“ in Liepāja], in: Kurzemes Vārds [Kurlands Wort], 18. März 1930.

⁹ ELIAS CANETTI: Masse und Macht, Frankfurt 1980, S. 198f.

Canettis „Namen“, „Figuren“ und „Augenblicke“ können als Zeichen- und Symbolsysteme betrachtet werden, deren Gesamtheit die sozial-politischen Mythen einer Nation formt. Jede Nation verfügt über Mythen ihrer Entstehung und Entwicklung. Einige dieser Mythen wurden von der politischen, wirtschaftlichen und intellektuellen Elite kreiert, um die Loyalität zum existierenden Regime zu sichern, andere jedoch bilden die Basis des historischen Bewusstseins der Nation, welche unabhängig von den jeweiligen Akzentsetzungen der politischen Macht bestehen bleibt: Sie definiert die Gruppenidentität, sichert die Übertragung sozialer und kultureller Normen und erzeugt ein bestimmtes Verständnis von Kontinuität.

Den Mythos der lettischen Nation schuf der lettische Nationalismus in der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts. Im Allgemeinen lautet er folgendermaßen: Bis zum 13. Jahrhundert lebten die lettischen Stämme auf dem Gebiet Lettlands glücklich und im Überfluss; dann kam in Gestalt der Kreuzfahrer der deutsche „Schwarze Ritter“, der die Letten für lange 600 Jahre unter das Joch zwang, das nur mit Hilfe des nationalen Selbstbewusstseins abgeschüttelt werden konnte. Dieser Mythos wurde in den Werken der lettischen Nationalromantiker wie Pumpurs, Auseklis¹⁰ usw. noch verstärkt, bis er sich in der ersten Hälfte des 20. Jahrhunderts in die Erzählung von der nun 700 Jahre zählenden Sklaverei und dem „wahren“ Erwachen der Letten verwandelte, als dessen Resultat ein eigener Staat gegründet und verteidigt wurde. Diese Erzählung formte schließlich die Grundlage des kollektiven lettischen Gedächtnisses, strukturierte soziale Glaubensinhalte und begründete emotionale sowie moralische Urteile über die gemeinsame Vergangenheit.

Charakteristischerweise ist dieser Mythos bipolar: Er spiegelt den Kampf der hellen und der dunklen Kräfte um die Bildung einer sozialpolitischen Ordnung, welche die Jahrhunderte alten Träume der Gesellschaft verkörpert. Vereinfacht gesagt ist diese Konstruktion ohne die „Guten“ (in diesem Fall die Letten) und die „Bösen“ (hier die Deutschen als „Nachfolger des Schwarzen Ritters“) nicht denkbar.¹¹ Allerdings

¹⁰ Auseklis (Pseud. für Miķelis Krogzemis, 1850–1879) war ein lettischer Dichter, in dessen Poesie – wie z. B. in „Gaismas pils“ (Schloss des Lichts) – der nationale Symbolismus sehr krass zum Ausdruck kommt.

¹¹ Im Bewusstsein der Letten gab es keinen wesentlichen Unterschied zwischen den Deutschbalten und den Deutschen aus Deutschland. So wurden die Letten 1915 im offiziellen Aufruf zur Bildung der lettischen Schützenbataillone aufgerufen, „nach 700 Jahren der Qualen und Erwartungen (...) gegen unseren historischen Feind zu kämpfen“, ungeachtet der Tatsache, dass ein großer Teil der Deutschbalten im Ersten Weltkrieg gemeinsam mit dem „großen russischen Volk unter den Flügeln des doppelköpfigen Adler kämpfte“. Der Historiker Raimonds Cerūzis erklärt dies als „Erbe der Leibeigenschaft“, das den stereotypen „ewigen“ Konflikt zwischen dem (deutschen) Herrn und dem (lettischen) Diener geschaffen habe, wie er im historischen Bewusstsein der Letten verwurzelt sei. RAIMONDS CERŪZIS: *Vācu faktors Latvijā 1918–1939: Politiskie un starpnacionālie aspekti* [Der deutsche Faktor in Lettland 1918–1939: Politische und Beziehungsaspekte zwischen den Nationen], Riga 2004, S. 18; siehe auch JĀNIS PORIETS: *Sāpju ceļš. Latviešu veco strēlnieku cīņu*

können die Ereignisse des Jahres 1919 beim besten Willen nicht in eine bipolare Skala eingeordnet werden, und ein einheitliches Verständnis war wenigstens in den 1920er und 1930er Jahren nicht zu erreichen. Das belegt nicht zuletzt die Tatsache, dass sich für die Militäraktionen des Jahres 1919 nicht einmal eine konkrete Bezeichnung durchsetzen konnte: Begriffe wie „Unabhängigkeitskrieg“ (*Neatkarības karš*), „Befreiungskämpfe“ (*Atbrīvošanās cīņas*) und „Freiheitskämpfe“ (*Brīvības cīņas*) wurden sogar in der akademischen Literatur synonym verwendet.¹²

Nicht jedes historische Ereignis wird zu einem Element der nationalen Mythologie: Rückübersetzung, Aktualisierung sowie die Einschreibung des Ereignisses in den einheitlichen Bestand der nationalen Mythologie sind die wichtigsten Prozesse, mit deren Hilfe ein bestimmtes Ereignis im Volksbewusstsein fixiert wird. Ein sozialpolitischer Mythos wird in diesem Fall von der Geschichte unterstützt, wobei die Ereignisse der Vergangenheit durch wissenschaftliche Monographien, Lehrbücher, Massenmedien, Museen, Kunst, Gedenktage, Denkmäler, Ortsbezeichnungen usw. tradiert und verbreitet werden.

Die Geschichte des „Befreiungskriegs“ ist in Lettland von Militärpersonen geschrieben worden, insbesondere von Generälen. Das erste zusammenfassende Werk erschien 1928 aus der Feder von Pēters Bērziņš (1882–1954), einem Militärbeamten, dessen Werk „Lettlands Freiheitskämpfe 1918–1919“¹³ entscheidend zur Verbreitung dieses Begriffs beigetragen haben dürfte, wie auch sein Artikel „Die Freiheitskämpfe“ im Lettischen Konversationswörterbuch aus demselben Jahr.¹⁴ Die von Bērziņš erarbeitete Chronologie des Kriegs wurde zur Grundlage für die später erschienenen Arbeiten: General Mārtiņš Peniķis' (1874–1964) zweibändiges Werk von 1932¹⁵ und die von ihm 1938 redigierte „Geschichte des Kriegs um die Befreiung Lettlands“¹⁶ an der General Eduards Kalniņš (1876–1964), der

laikmeta vēsturiskie dokumenti un atmiņas [Der Schmerzensweg. Die historischen Dokumente und Erinnerungen aus der Epoche der Kämpfe der alten lettischen Schützen], Riga 1932, S. 21–23.

¹² In den 1920er Jahren wurde noch die Bezeichnung „Verteidigungskämpfe“ (*aizstāvēšanas cīņas*) gebraucht, doch war dieser Begriff nicht sehr verbreitet. So besagte ein Gesetz vom 26. Juni 1923 „Über die historischen Kampfschauplätze“ z. B., dass die Orte, „an denen das lettische Volk in Verteidigungskämpfen Opfer zu beklagen“ gehabt habe, sowie die Gräber der gefallenen Soldaten „als historische betrachtet werden“. Zit. n. Valdības Vēstnesis [Regierungsbote], 26. Juni 1923.

¹³ PĒTERIS BĒRZIŅŠ: *Latvijas brīvības cīņas 1918–1920* [Lettlands Freiheitskämpfe 1918–1920], Riga 1928.

¹⁴ DERS.: *Brīvības cīņas* [Die Freiheitskämpfe] in: *Latviešu konversācijas vārdnīca* [Lettisches Konversationswörterbuch], Bd. 2, Riga 1928, Sp. 2942–2981.

¹⁵ MĀRTIŅŠ PENIĶIS: *Latvijas armijas sākums un cīņas Latvijā līdz 1919. g. jūlijam* [Anfänge der Lettischen Armee und Kämpfe in Lettland bis zum Juni 1919], Riga 1932; DERS.: *Latvijas Nacionālās armijas cīņas 1919. gada vasarā un rudenī* [Kämpfe der Lettischen Nationalarmee im Sommer und Herbst 1919], Riga 1931.

¹⁶ *Latvijas atbrīvošanās kara vēsture* [Geschichte des Krieges um die Befreiung Lettlands], hrsg. von DEMS., Bd. 1, Riga 1938.

an der Schlacht bei Cēsis teilgenommen hatte, mit dem Kapitel „Kämpfe der Truppen Nordlettlands“ beteiligt war.¹⁷ Außerdem erschienen Jubiläumsausgaben der Armee und Schriften über die Geschichte verschiedener Regimenter, die aber auch nicht von professionellen Historikern, sondern von Militärangehörigen geschrieben worden sind.¹⁸

Seinen Beitrag zur Darstellung der Schlacht bei Cēsis leistete auch General Krišjānis Berķis (1884–1942), der 1919 Kommandeur des 2. Cēsis-Regiments war und später als Oberbefehlshaber der Armee (ab 1934) und Kriegsminister in den letzten Monaten der Unabhängigkeit 1940 Karriere machte. Er betonte „die bewundernswerte Hilfe“ der Esten:

„Versorgung, Stab – all das wäre ohne sie (die Esten; K. Z.) nicht denkbar gewesen. Sie stellten unsere Soldaten ihrer eigenen Armee gleich und kamen uns in allen Fragen entgegen. Unsere Soldaten erhielten von ihnen Lohn und Waffen, da die Esten wussten und verstanden, dass ihr Schicksal zugleich unser Schicksal war. Wir selbst hatten nur den guten Willen.“¹⁹

Im Großen und Ganzen kann man feststellen, dass sich diese Werke, auch wenn ihre Autoren ein zu großes Interesse für die jeweilige Anzahl von Geschützten und Soldaten an den Tag legten und sie die internationale Politik sowie die innenpolitischen Prozesse nur oberflächlich behandelten, darum bemühen, das Vorgefallene zu begreifen. Berķis' lobende Worte über die Esten waren dabei übrigens keine Ausnahme: Keiner der Autoren bestritt die Bedeutung der Esten und ihren Beitrag während der Kampfhandlungen, auch wenn die lettischen Autoren die Rolle der Letten stärker betonten – dies auch auf semantischer Ebene: Formulierungen wie „die Armeen der Esten und Letten“,²⁰ die „vereinigten lettischen und estnischen Kräfte“ oder „der

¹⁷ EDUARDS KALNIŅŠ: Ziemeļlatvijas karaspēka cīņas. 2. Cīņas ar vāciem [Kämpfe der Truppen Nordlettlands. 2. Die Kämpfe mit den Deutschen], in: Latvijas atbrīvošanās kara vēsture (wie Anm. 16), S. 198–280.

¹⁸ Mūsu armija tapšanā, valsts izcīnīšanā un tagadējos sasniegumos [Unsere Armee in ihrer Entstehung, beim Erkämpfen des Staates und in ihren heutigen Eigenschaften], hrsg. von ALEKSANDRS KALĒJS, Riga 1929; Latvijas armija 20. gados [Die Lettische Armee in den 20er Jahren], hrsg. von HUGO ROZENŠTEINS, Riga 1940; Valmieras kājnieku pulka vēsture: 1919–1929 [Geschichte des Wolmar (Valmiera) Infanterieregiments: 1919–1929], hrsg. von ROBERTS KĻAVIŅŠ (u.a.), Riga 1929; Vidzemes artilērijas pulka vēsture [Geschichte des Vidzeme-Artillerieregiments], hrsg. von VALDEMĀRS ŠĒNFELDS, Riga 1938.

¹⁹ KRIŠJĀNIS BERĶIS: Cēsu kaujas [Die Schlachten bei Cēsis], in: Latvju varoņu gaitas (wie Anm. 7), S. 83–87, hier S. 87.

²⁰ Während der parlamentarischen Phase in der Zwischenkriegszeit bemühte sich sogar das offiziöse Presseorgan der Armee „Latvijas Kareivis“ (Der lettische Soldat) um Objektivität: „General Reek (...) war praktisch Kommandeur der Kämpfe bei Cēsis, er bestimmte die Handlungen sowohl der estnischen als auch der lettischen Kräfte. Ein Offizier der estnischen Armee (und nicht unserer Armee) war auch Valdemārs Ozols (...). Ein Regiment der Nordlettischen Brig[ade] beteiligte sich an den Kämpfen bei Cēsis, das der 3. estnischen Division untergeordnet war“, als deren Stabschef der damalige Oberstleutnant Reek fungierte. Die Führung der Schlacht sei von diesem Stab ausgegangen. Das Cēsis-Regiment sei operativ dem

Oberbefehlshaber der Nordarmeegruppe J. Zemitāns²¹ – Jorgis Zemitāns (1873–1928) war tatsächlich Kommandeur der Nordlettischen Brigade unter estnischem Oberbefehl – etc. erwecken beim Leser den Eindruck, dass die mächtige lettische Armee im Nordlivland (*Ziemeļvidzeme*) mit unbedeutender estnischer Hilfe die Deutschen vernichtet habe. Nach den Worten des Vorsitzenden der Estnisch-Lettischen Gesellschaft, des Juristen und Diplomaten Ants Piip (1884–1942), war es durchaus verständlich, dass die Letten aus der Perspektive des nationalen Ehrgefühls heraus den Sieg in der Schlacht bei Cēsis ihrer Armee und ihren Generälen zuschrieben.²²

Der eigentliche Vorwurf gegen die Generäle lautet daher, dass keiner von ihnen versuchte, die Ursachen der Kämpfe zu untersuchen – der Historiker Āris Puriņš nannte diese Ursachen mit Recht eine der „unklarsten Fragen in der Geschichte dieser Periode“.²³ Damals wurden in der Literatur zwei Kriegsgründe genannt: Zum einen hätten die Deutschbalten ganz Lettland der Regierung von Andrievs Niedra übergeben wollen,²⁴ und zum anderen sei es ihr Ziel gewesen, Lettland und Estland zu ihren Vasallenstaaten zu machen, um diese Länder für eine deutsche Kolonisation zu gewinnen.²⁵ Die von der estnischen Armee durchgeführten Requirierungen, Plünderungen und Gewalttaten gegen die Zivilbevölkerung wurden natürlich nicht erwähnt. Stattdessen wurde ein idealistisches Bild entworfen: Die Einwohner hätten keine Einwände gegen die Requirierungen oder die Mobilmachung erhoben, schließlich war ihnen klar, dass nur die Regierung von Kārlis Ulmanis sich Gerechtigkeit und Ordnung auf ihre Fahnen geschrieben hatte.²⁶

6. estnischen Regiment direkt untergeordnet gewesen. Siehe Tā nu gan nedrikstētu [So sollte man doch nicht], in: *Latvijas Kareivis*, 30. April 1933. Derartige Informationen sucht man in offiziellen Reden, Leitartikeln und Lehrbüchern vergebens.

²¹ Zemitāns' Name wäre eigentlich bekannt genug gewesen, um die Bedeutung der Kämpfe bei Cēsis und die Verdienste der „Nordletten“ in der lettischen Armee im kollektiven Gedächtnis zu behalten. Am 1. Juli 1928 wurde die Eisenbahnstation „Alexandertor“ in Riga nach ihm umbenannt, 1933 die Grundschule in Skrīveri; schließlich wurde 1995 auf dem nach ihm benannten Platz in Riga ein Denkmal errichtet. Die zentrale Straße Rigas, der Alexander-Boulevard, erhielt Anfang der 1920er Jahre den Namen „Brīvības iela“ (Straße der Freiheit) in Erinnerung an den 6. Juli 1919, als Zemitāns' Brigade nach Riga kam; die Vidzemes Chaussee, wo die so genannte Ehrenwache der Brigade von Balodis Zemitāns und seine Truppen erwartet hatte, wurde im Mai 1935 in „Brīvības gatve“ (Freiheitsallee) umbenannt. Vgl. Jauni Rīgas ielu un dāru nosaukumi [Die neuen Namen der Rigaer Straßen und Parks], in: *Valdības Vēstnesis*, 21. Mai 1935.

²² ANTS PIIP: Vēl par Latviju un Cēsu kaujām [Noch einmal über Lettland und Kämpfe bei Cēsis], in: *Latvijas Kareivis*, 15. Juli 1934.

²³ ĀRIS PURIŅŠ: Andrievs Niedra. Četri gadi un viss mūžs [Andrievs Niedra. Vier Jahre und das ganze Leben], Riga 2005, S. 335.

²⁴ EDUARDS KALNIŅŠ: Kā izveidojās Ziemeļlatvijas armija [Wie entstand die Armee Nordlettlands], in: *Latvijas Kareivis*, 26. Juni 1929.

²⁵ ALEKSANDRS GRĪNS: Der 22. Juni und seine Bedeutung [22. jūnijs un tā nozīme], in: *Students*, 21. Juni 1934.

²⁶ KALNIŅŠ, Kā izveidojās Ziemeļlatvijas armija (wie Anm. 24).

Auch die Rolle der Entente und des Deutschen Reichs wurde kaum untersucht. Meist wurde die außenpolitische Lage so geschildert, als ob die Alliierten in ihrer Naivität zu großes Vertrauen in die Deutschen gesetzt hätten. Für die Deutschen wiederum wäre ein Sieg bei Cēsis angeblich nützlich gewesen als Revanche für den verlorenen Krieg im Westen. Die Geschichte wird von den Siegern geschrieben, und hier haben wir es mit einem der seltenen Fälle zu tun, in denen die Letten dies tun konnten. Aufgrund der Ereignisse bei Cēsis wurde der Befreiungskrieg im historischen Bewusstsein der Letten zu einem Krieg gegen die Deutschen, wodurch die Bolschewiki – die ja nicht ganz in das allgemeine Bild passten, weil sie in ihrer Mehrzahl Letten waren –, und die Freiwillige Russische Westarmee unter dem Kommando von Pavel Bermond-Avalov in den Hintergrund rückten.²⁷

Der lettische Exil-Historiker Edgars Andersons hat darauf hingewiesen, dass nach dem Befreiungskrieg eine gewisse Spaltung zwischen den Soldaten von Oberst Oskars Kalpaks (1882–1919) bzw. den „Südletten“ (*dienvidnieki*), die im Frühjahr 1919 in Kurland agierten, und den Zemitāns-Leuten, den „Nordletten“ (*ziemeļnieki*) zu beobachten war. In der Krise der Republik im Juni 1919 seien die „Nordletten“ ihrer Pflicht nicht ausgewichen, sondern mit den Esten gemeinsam gegen die Deutschen ins Feld gezogen, während die Mehrheit der „Südletten“ in dieser verzweifelter Situation neutral geblieben sei. Aufgrund der Position des (später als Oberbefehlshaber zum General beförderten) Oberst Jānis Balodis (1881–1965), dem Nachfolger des im März 1919 gefallenen Kalpaks' und späteren Verteidigungsministers, seien die Verdienste der „Südletten“ überproportional stark hervorgehoben worden, während die der „Nordletten“ doch eher in den Hintergrund rückten.²⁸ In der Historiographie der Befreiungskriege wurde versucht, diese Spaltung in den Augen der Gesellschaft nicht nur zu vertuschen, sondern nach 1934 überhaupt aus der Erinnerung zu löschen. In den 1920er Jahren wurden die Ereignisse so dargestellt, dass die Brigade von Balodis zusammen mit der Landeswehr Riga von den Bolschewiken befreite, bevor sich die Deutschen in Richtung Cēsis bewegten. Die „Südletten“ – und damit die Teilung der Armee zu dieser Zeit – wurden einfach verschwiegen. Später entstand die Theorie, dass Balodis von Riga aus das Hinterland der Deutschen unsicher gemacht habe; auf diese Weise schuf man die Illusion einer einheitlich handelnden lettischen Armee. Nach dem Umsturz vom 15. Mai 1934

²⁷ Zu Bermond-Avalov vgl. WILHELM LENZ: Die Bermond-Affaire 1919, in: *Journal of Baltic Studies* 15 (1984), S. 17-26; DERS.: Die deutsche Reichspolitik, das Bermond-Unternehmen und die Deutschbalten 1918/1919, in: *Die deutsche Volksgruppe in Lettland während der Zwischenkriegszeit und aktuelle Fragen des deutsch-lettischen Verhältnisses*, hrsg. von BORIS MEISSNER, DIETRICH A. LOEBER und DETLEF HENNING, Hamburg 2000, S. 15-39 (Anm. d. Red.).

²⁸ EDGARS ANDERSONS: *Latvijas bruņotie spēki un to priekšvēsture* [Die lettischen Streitkräfte und ihre Vorgeschichte], Toronto 1983, S. 80f.

musste in der Geschichte der Schlacht bei Cēsis aber auch ein Platz für die „Südletten“ und General Balodis gefunden werden.²⁹ Schon im Juni 1934 schrieb General Berķis: „Um diese Männer [Ulmanis und Balodis – K. Z.] sammelte sich der Kern, aus welchem später unser Staat und unsere ganze Armee entstanden. Aus diesem Kern entwickelten sich auch unsere Kräfte in Nordlettland.“³⁰ Ende der 1930er Jahre erzählte Berķis dann pathetisch davon, wie das Heldentum von Balodis und der Kalpaks-Soldaten während der Schlacht „uns in den vielen schweren Augenblicken Kraft gab und unseren Glauben an den Sieg festigte“.³¹

In der Historiographie der Sowjetzeit wurde der Befreiungskrieg eindeutig als Angriff konterrevolutionärer Kräfte auf Sowjet-Lettland interpretiert. Die Kämpfe bei Cēsis aber wurden entweder verschwiegen oder als Kampf zwischen zwei imperialistischen Räubern dargestellt – mit Deutschland (Landeswehr und Eiserne Division) auf der einen und England („weiße Esten und die so genannte Lettische Armee“) auf der anderen Seite der Frontlinie.³²

Ende der 1980er Jahre wurde das Monopol der sowjetischen Ideologie in der Interpretation der Geschichte gebrochen; damals entstand das Interesse an der „vergessenen“ Geschichte. So zeichnete sich der 70. Jahrestag der Kämpfe bei Cēsis im Jahre 1989 dadurch aus, dass diese historischen Ereignisse ihren Platz im historischen Gedächtnis allmählich wieder zurück erlangten, obwohl ihre Deutung schwankte – vom Lavieren zwischen dem sowjetischen Historismus und den Klischees der nationalen Geschichte³³ bis zur kompletten Unkenntnis der Abläufe. So war in der Zeitung der Volksfront Lettlands „Atmoda“ (Erwachen) zu lesen, dass „die Schlachten bei Cēsis den Beginn des Freiheitskampfes darstellten, der am 11. November beendet wurde“.³⁴

²⁹ General Balodis mied jedoch Veranstaltungen, die mit dem Andenken an die Kämpfe bei Cēsis verbunden waren; er beteiligte sich z. B. nicht an der feierlichen Eröffnung der Gedenkstätten auf dem Schlachtfeld. Pieminekļis Latvijas atbrīvotājiem Liepas kalnā [Das Denkmal für die Befreier Lettlands auf dem Liepas Berg], in: Latvijas Kareivis, 13. August 1935; Nākotne pieder drošajiem [Die Zukunft gehört den Mutigen], in: Brīvā Zeme, 17. Mai 1938.

³⁰ KRĪŠJĀNIS BERĶIS: Atmiņas Cēsu kauju atceres dienās [Erinnerungen während der Gedenktage an die Kämpfe bei Cēsis], in: Latvijas Kareivis, 21. Juni 1934.

³¹ DERS.: Kā savienojās mūsu dienvidu un ziemeļu armija [Wie vereinigten sich unsere Süd- und Nordarmeen], in: Latvju varoņu gaitas (wie Anm. 7), S. 94-97, hier S. 96.

³² Latvijas PSR vēsture no vissenākiem laikiem līdz mūsdienām [Geschichte der Lettischen SSR vom Altertum bis zur Gegenwart], hrsg. von ALEKSANDRS DRĪZULIS, Rīga 1986, S. 64.

³³ Siehe ELMĀRS PELKAUS: Cēsu kaujas [Die Kämpfe bei Cēsis], in: Zvaigzne [Stern], 1989, Nr. 10; RIHARDS TREJS: Cēsu kaujas [Die Kämpfe bei Cēsis], in: Lauku Avīze [Landzeitung], 16. Juni 1989; ELMĀRS PELKAUS: 1919. gads pretspēku cīņā, Pretstatu cīņā. Latvija 1917–1950 [Das Jahr 1919 im Kampf der Gegenkräfte, im Kampf der Gegensätze. Lettland 1917–1950], hrsg. von VĪKTORS LEITĀNS, Rīga 1990, S. 73-99.

³⁴ A. KAVACIS: Gaidām Cēsis [Wir warten in Cēsis], in: Atmoda [Das Erwachen], 19. Juni 1989.

Nach der Wiederherstellung der staatlichen Unabhängigkeit Lettlands rief der Befreiungskrieg keine besondere Aufmerksamkeit bei den Historikern hervor. Damals entstanden nur einige Arbeiten über einzelne Episoden dieses Krieges. Als positive Ausnahme sei auf eine Ende der 1990er Jahre veröffentlichte Enzyklopädie³⁵ sowie ein biographisches Handbuch über die Kavaliere des Lāčplēšis-Militärordens (*Lāčplēša kara ordenis*) und die höheren Offiziere der Armee hingewiesen.³⁶ In der lettischen historischen Forschung zum 20. Jahrhundert werden heute vorwiegend andere Fragen erörtert: Der Verlust der Eigenstaatlichkeit, die sowjetische Besatzung und die deutsche Okkupation im Zweiten Weltkrieg. Das Jahr 1919 wird zumeist nach den Standards der „Geschichte der Generäle“ behandelt,³⁷ wobei immer noch betont wird, dass „die vereinigten estnischen und lettischen Militärkräfte ihre ewigen Feinde, die Nachfolger des Schwarzen Ritters – die Kräfte der deutschen Invasoren –, zerschlugen“.³⁸

Auch der Schulunterricht bedarf dringend einer Aktualisierung in Bezug auf den Befreiungskrieg, schon weil wir heute mehr über ihn wissen. Bereits in den 1920er Jahren beschränkte sich der Historiker und Pädagoge Frīdis Zālītis (1887–1944) auf ein einfaches Referat der Ereignisse und betonte, dass sich nach der Befreiung von Kurland und Livland „Kämpfe zwischen den Siegern“ entwickelt hätten,³⁹ als die Landeswehr und die Eiserne Division nach der Befreiung Rigas in Richtung Cēsis aufbrachen. Den damaligen Schülern stellte sich anscheinend gar nicht erst die Frage, warum dies geschah und was zu dieser Zeit die zuvor natürlich erwähnte Brigade

³⁵ Latvijas Brīvības cīņas 1918–1920. Enciklopēdija [Die Freiheitskämpfe Lettlands in den Jahren 1918–1920. Enzyklopädie], hrsg. von INTA PĒTERSONE, Riga 1999.

³⁶ Lāčplēša kara ordeņa kavalieri. Biogrāfiska vārdnīca [Kavaliere des Lāčplēša Kriegsordens. Biographisches Glossar], hrsg. von MODRIS ŠĒNBERGS, AINĀRS BAMBALS (u.a.), Riga 1995; Latvijas armijas augstākie virsnieki. 1918.–1940.: biogrāfiska vārdnīca [Höhere Offiziere der Armee Lettlands. 1918–1940: Biographisches Glossar], hrsg. von ĒRIKS JĒKABSONS und VALTERS ŠĀRBINSKIS, Riga 1998.

³⁷ Eine Ausnahme stellt die vom lettischen Historiker Āris Puriņš verfasste Biographie Andrievs Niedras da, in der der Autor versucht, die traditionelle historische Einschätzung der Ereignisse von 1919 zu revidieren. Er gibt zu, dass „die Ursachen der Kämpfe bei Cēsis sowohl in der internationalen als auch in der innenpolitischen Situation zu suchen sind, und dass die Beziehungen mit Estland auch insoweit ausschlaggebend waren“, als dass „mehrere Ursachen zu einem anders nicht lösbaren Knoten“ miteinander verknüpft gewesen seien; nur „der militärische Zufall“ habe „das Schicksal Lettlands“ entschieden. PURIŅŠ, Andrievs Niedra (wie Anm. 23), S. 336.

³⁸ JURIS ČIGANOVŠ: Cēsu kaujas 1919. gada vasarā [Die Kämpfe bei Cēsis im Sommer 1919], in: Tēvijas Sargs [Verteidiger des Vaterlands], 2000, Nr. 6; in einem vom Historischen Institut Lettlands veröffentlichten Werk werden die Ereignisse sogar als Ergebnis „der Verschwörung der baltischen Deutschen gegen den lettischen Staat“ bewertet. 20. gadsimta Latvijas vēsture [Geschichte Lettlands im 20. Jahrhundert], Bd. 2, Neatkarīgā valsts 1918–1940 [Unabhängiger Staat 1918–1940], hrsg. von VALDIS BĒRZIŅŠ, Riga 2003, S. 75–99.

³⁹ FRĪDIS ZĀLĪTIS: Latvijas vēsture skolām un pašmācībai [Geschichte Lettlands für Schulen und für Selbstunterricht], Riga 1921, S. 284; DERS.: Latvijas vēsture skolām un pašmācībai [Geschichte Lettlands für Schulen und für Selbstunterricht], Riga 1923, S. 296.

des „Befreiers von Riga“ Balodis unternahm. In den Lehrbüchern von Zālītis aus den 1930er Jahren wurden die Kämpfe bei Cēsis schon detaillierter beschrieben: Es waren die Deutschen, die den Verlauf der Ereignisse bestimmt hätten, da sie ja ganz Lettland unterwerfen wollten. Die Schlacht selbst war ein Kampf zwischen den Letten und den Deutschen, wobei Esten den Letten geholfen haben. Die estnische Unterstützung wurde als Ergebnis des von Ulmanis abgeschlossenen Vertrags mit der estnischen Regierung dargestellt. Die Angaben über die Zahl der Streitkräfte geben keine klaren Informationen darüber, wie viele Letten und Esten an den Kämpfen teilnahmen; die lettischen Schüler mussten sich damit begnügen, dass die Deutschen „von den lettischen und estnischen Regimenten“⁴⁰ geschlagen worden seien. In den von Pēteris Dreimanis (1879–1971), einem Historiker und Pädagogen, verfassten Lehrbüchern wiederum werden die Esten in den Beschreibungen der Juni-Kämpfe nur ganz selten erwähnt. Meist sprach er von der „Armee der Letten“, die sich nicht zurückgezogen, die überlegenen Kräfte des Gegners umzingelt und letztere schließlich geschlagen habe.⁴¹ Die Bedeutung der Kämpfe bei Cēsis lag für diesen Autor darin, dass „die Regierung von Niedra“ nicht mehr existierte, die Provisorische Regierung von Ulmanis zurückkehrte und die Nord- und Südgruppen der lettischen Armee vereinigt wurden. Viel pathetischer schilderte Dreimanis die „große politische Bedeutung“ der Kämpfe bei Cēsis in seinem Lehrbuch für die Mittelschule:

„Die Regierung von Niedra musste aufgelöst werden. A. Niedra selbst und alle Minister seines Kabinetts verschwanden. Ihnen folgten viele Deutsche: Alle Eisenbahnstationen in Richtung Deutschland waren mit lokalen und ausländischen deutschen Flüchtlingen überfüllt.“⁴²

Die Vorstellungen von den Kämpfen bei Cēsis wurden für die Schüler nicht nur von den Inhalten der Lehrbücher, sondern auch während der obligatorischen patriotischen Erziehung geprägt. Die Bestimmungen des Jahres 1926 über die militärische Erziehung in den Schulen sah vor, dass bei den Schülern eine tiefe Heimatliebe, das feste Bewusstsein für die Pflicht, das Leben für die Heimat zu opfern, und Nationalstolz entwickelt werden sollten. Dafür sei es notwendig, jedes Jahr Exkursionen zu historischen Orten wie den Bruderfriedhöfen, den Kampfstätten, den altlettischen Burgbergen sowie ins Kriegsmuseum und in andere vergleichbare Orte zu organisieren. Man hatte an den staatlichen Feiertagen mit den

⁴⁰ DERS.: *Latvijas vēsture vidusskolām* [Geschichte Lettlands für die Mittelschulen], Riga 1936, S. 339–342. Ähnliche Bemerkungen gibt es auch bei ALEKSANDRS GRĪNS: *Latvijas vēsture pamatskolām, papildskolām un pašmācībai* [Geschichte Lettlands für Grundschule, Abendschule und Selbstbildung], Riga 1938, S. 246f.

⁴¹ PĒTERIS DREIMANIS: *Latvijas vēsture pamatskolas V un VI klasei* [Geschichte Lettlands für die V. und VI. Klasse der Grundschule], Riga 1931, S. 169f.; siehe auch die ältere Ausgabe unter demselben Titel: Riga 1925, S. 157f.

⁴² DERS.: *Latvijas vēsture vidusskolām* [Geschichte Lettlands für Mittelschulen], Riga 1937, S. 267.

Schülern festliche Veranstaltungen und Umzüge durchzuführen sowie an Paraden und Ehrungen der Volkshelden teilzunehmen. Historische Lehr- und Lesebücher waren besonders aufmerksam auszuwählen, wobei solchen Büchern der Vorzug zu geben war, in denen Erzählungen über große Heldentaten, starke Heimatliebe und Beispiele einer Selbstaufopferung für die Heimat zu finden waren. Während des Geschichtsunterrichts mussten die Freiheitskämpfe der Letten in der vorchristlichen Periode und während der Befreiung Lettlands besonders betont und im Musikunterricht besonderer Wert auf patriotische Lieder gelegt werden.⁴³ Eine solche Haltung förderte eindeutig die höhere Wertschätzung der Rolle der Letten nicht nur in den Kämpfen bei Cēsis, sondern in der Geschichte allgemein, indem Mythen geschaffen wurden, in denen die Letten nur als ein Volk von Kriegern und Helden vorkamen. Besonders das Heldentum der Schülerkompanie von Cēsis wurde hervorgehoben, und ihre Fahne wurde zu einer Reliquie, die jedes Jahr in einer anderen Mittelschule in Nordlivland aufbewahrt wurde.⁴⁴

Während der sowjetischen und nationalsozialistischen Besatzung sollten die Schüler die Kämpfe bei Cēsis vergessen. Als am Ende der 1980er und zu Beginn der 1990er Jahre das sowjetische Bildungssystem zerfiel und dessen ideologisierte Lehrbücher unbrauchbar wurden, gab man, um den Mangel an Lehrmitteln für das Fach „Geschichte“ zu beseitigen, die alten Unterrichtswerke aus der Zeit des Ulmanis-Regimes neu heraus.⁴⁵ Damit wurden die alten Klischees wieder in Umlauf gebracht: Die Verdienste der Kalpaks-Soldaten und von General Balodis wurden besonders hervorgehoben, aber über die „Nordletten“ gab es nur allgemeine Informationen. Das Epizentrum des Befreiungskrieges wurde praktisch wieder aus Cēsis nach Riga und vom 22. Juni auf den 11. November verlegt.

Heutige Lehrbücher betrachten den Verlauf des Befreiungskrieges nicht mehr so detailliert – die Kämpfe bei Cēsis werden im besten Fall in ein paar Absätzen geschildert, wobei die Unterstützung der Esten nicht vergessen wird. In einigen Lehrbüchern wird betont, dass der Sieg durch die Unterstützung der Einwohner und durch das militärische Talent⁴⁶ des Kommandeurs der Nordlettischen Brigade Jorģis Zemitāns und seines Stabschefs Oberstleutnant Voldemārs Ozols (1884–1949) gesichert worden

⁴³ Noteikumi par militāro audzināšanu un apmācību valsts, sabiedriskās un privātās mācību iestādēs [Bestimmungen über die militärische Erziehung und Schulung in den staatlichen, öffentlichen und privaten Lehranstalten], in: Valdības Vēstnesis, 8. Februar 1926.

⁴⁴ ALEKSANDRS GRĪNS: Latvijas vēsture pamatskolām, papildskolām un pašmācībai [Geschichte Lettlands für Grundschule, Abendschule und Selbstbildung], Riga 1938, S. 247.

⁴⁵ FRĪDIS ZĀLĪTIS: Latvijas vēsture vidusskolām [Geschichte Lettlands für die Mittelschulen]. Riga 1991 (Reprint der Ausgabe Riga 1937).

⁴⁶ SARMĪTE GOLDMANE, JOLANTA KLIŠĀNE (u. a.): Latvija 20. gadsimtā. Vēsture pamatskolai [Lettland im 20. Jahrhundert. Geschichte für die Grundschule]. Riga 2006, S. 50.

sei; in anderen Lehrbüchern wird die entscheidende Bedeutung dagegen den Esten zugewiesen.⁴⁷ Andere Autoren beschränken sich auf die einfache Konstatierung der Fakten: Die Nordlettische Brigade als Teil der estnischen Armee schlug die Deutschen.⁴⁸ Im Allgemeinen wird diesem Ereignis jedoch keine besonders große Aufmerksamkeit gewidmet,⁴⁹ schon weil die Schilderung der Ereignisse nach 1940 viel mehr Umfang beansprucht. Aber die Lehrbücher sowie die wissenschaftliche und populärwissenschaftliche Literatur haben immerhin ein unvergessliches visuelles Denkmal der estnischen Unterstützung im Befreiungskrieg geschaffen: den Panzerzug. Tatsächlich werden die meisten Texte über die Kämpfe bei Cēsis mit Abbildungen der estnischen Panzerzüge illustriert, womit letztere gewissermaßen zu einer Art Ikone dieser Ereignisse wurden.⁵⁰

Ritualisierung

Das historische Gedächtnis einer Gesellschaft ist von sich aus nicht auf lange Dauer angelegt. Um ein historisches Ereignis zu einem nationalen Mythos zu machen, ist dieser zu ritualisieren. Rituale beleben die Geschichte, verwandeln sie in liturgische Dramen und lassen die Gesellschaft, für die ein Ritual geschaffen wurde, das Ereignis symbolisch miterleben. Die Ritualisierung der Erinnerung an die Kämpfe bei Cēsis begann am 27. Mai 1921, als zwölf Abgeordnete der lettischen Verfassunggebenden Versammlung eine Gesetzesvorlage einbrachten, den 22. Juni zum Gedenktag für die lettischen Befreiungskämpfer zu erklären.⁵¹ Am 30. September diskutierten die Abgeordneten über die Zweckmäßigkeit und den Sinn dieses Entwurfs. Markus Gailītis (1882–1942), ein Abgeordneter der parteilosen Kleingrundbesitzer, der 1919 Bevollmächtigter der

⁴⁷ DAINA BLEIERE, ILGVARS BUTULIS (u. a.): *Pasaules vēsture vidusskolai* [Weltgeschichte für die Mittelschule], Bd. 3, Rīga 2003, S. 21.

⁴⁸ GUNĀRS KURLOVIČS, ANDRIS TOMAŠŪNS: *Latvijas vēsture vidusskolai* [Geschichte Lettlands für die Mittelschule], Bd. 2, Rīga 2000, S. 67f.

⁴⁹ In der lettischen Historiographie ist bislang erst ein Buch erschienen, das sich mit einem der Partner Lettlands im Befreiungskrieg, in diesem Fall mit Polen, auseinandersetzt. ĒRIKS JĒKABSONS: *Piesardzīgā draudzība. Latvijas un Polijas attiecības 1919. un 1920. gadā* [Vorsichtige Freundschaft. Die Beziehungen zwischen Lettland und Polen in den Jahren 1919 und 1920], Rīga 2007. Hoffentlich wird es in Zukunft auch eine wissenschaftliche Arbeit über die Esten geben.

⁵⁰ Abbildungen estnischer Panzerzüge sind ein unabdingbarer Bestandteil der Monographien und Lehrbücher der 1920er und 1930er Jahre, auch in den meisten Lehrbüchern und publizistischen Werken der 1990er Jahre sind Bilder von Panzerzügen zu finden. 2008 gab das Staatliche Museum für die Geschichte Lettlands zum 90. Jahrestag der Staatsgründung einen prächtigen Bildband heraus, in dem die Ereignisse des Jahres 1919 mit Bildern von der „Nordlettischen Brigade der Armee Lettlands“ und den Soldaten der estnischen Armee in der Eisenbahnstation Cēsis illustriert sind. 90. *Latvijas gadi (1918–2008)* [90 Jahre Lettland (1918–2008)], Rīga 2008, S. 17.

⁵¹ *Satversmes Sapulces stenogrammas 1921. g., III sesija* [Stenogramme der Verfassunggebenden Versammlung, 1921, III. Tagungsperiode]. Rīga [1921], Sp. 1001.

Provisorischen Regierung der Republik Lettland in Nordlivland und Oberleutnant des Studentenbataillons gewesen war, erklärte, dass die Verabschiedung dieses Gesetzes „den Kämpfern für die Freiheit und Unabhängigkeit unseres Lettlands ein unvergängliches Denkmal“ setzen würde.⁵² Seiner Ansicht nach bedeutete der 22. Juni einen „Wendepunkt in der Geschichte der Heldenepoche Lettlands“, als man „gemeinsam mit den Esten den Feind geschlagen“ habe, den Feind, den Gailītis auch unseren „ewigen Feind“ oder einfach die „Fritzen“ nennt. Man habe ihm gegenüber nie die Wachsamkeit verlieren dürfen, so dass er „in seiner letzten Agonie im Herbst desselben Jahres“ endgültig zerschlagen worden sei.⁵³

Den von Gailītis initiierten Gesetzesentwurf unterstützte auch die größte Fraktion der Verfassungsgebenden Versammlung, die Sozialdemokratische Arbeiterpartei Lettlands mit ihrem Wortführer Fēlikss Cielēns (1888–1964). Dieser wies darauf hin, dass der 18. November ein Ereignis ideologisch-politischen Ursprungs gewesen sei, während die Kämpfe bei Cēsis „den ersten und ernsthaftesten Eckpfeiler für den lettischen Staat“ gelegt hätten.⁵⁴ Während der 11. August 1920, an dem der Friedensvertrag mit Sowjet-Russland unterzeichnet worden war, den Kampf gegen Russland symbolisiere, sollte sich Lettland doch lieber, wenn es einen „Siegestag“ feiern wolle, die „Kämpfe aussuchen, die gegen die langjährigen Herrscher Lettlands geführt wurden, deren Wappen sich in diesem Gebäude befindet“ – hier spielte Cielēns darauf an, dass die Verfassungsgebende Versammlung und später auch das Parlament (*Saeima*) der Republik Lettland im ehemaligen Haus der Livländischen Ritterschaft tagte: „Das wird das Volk am besten verstehen und diesen Tag segnen.“⁵⁵

Gegen diesen Gesetzesentwurf sprach sich der Vertreter des Bauernverbandes Lettlands (*Latvijas Zemnieku savienība* – LZS) Jānis Goldmanis (1875–1955) aus. Der ehemalige Abgeordnete der IV. Russischen Staatsduma und Begründer der Lettischen Schützenregimenter in der russischen Armee, der 1920/21 als Verteidigungsminister wirken sollte, erklärte seine Haltung damit, dass der lettische Staat „nicht an einem Tag und nicht in einem Jahr erkämpft“ worden sei.⁵⁶ Man dürfe sich bei dieser Entscheidung nicht vom „Lokalpatriotismus“ oder von der „Auszeichnung einzelner Gruppen“ beeinflussen lassen. Goldmanis schlug vor, den Feiertag auf den 11. August zu verlegen, denn erst an diesem Tag hätten die Letten „mit Stolz auf die Ergebnisse dieser Kämpfe zurückblicken und sagen

⁵² Satvermes Sapulces stenogrammas 1921. g., IV sesija [Stenogramme der Verfassungsgebenden Versammlung, 1921, IV. Tagungsperiode], Riga 1921, Sp. 1434.

⁵³ Ebenda, Sp. 1438.

⁵⁴ Ebenda, Sp. 1441.

⁵⁵ Ebenda, Sp. 1442.

⁵⁶ Der Repräsentant der Bauernpartei Lettgallens (*Latgales Zemnieku partija*) Jezups Kindzulis (1883–1941?) ergänzte Goldmanis' Argumentation während der Debatte indem er erklärte, dass „der Kampf um Lettland die ganzen 700 Jahre“ angedauert habe, weshalb es nicht richtig sei, den 22. Juni hervorzuheben. Ebenda, Sp. 1442.

können, dass wir alle unsere Feinde besiegt haben“.⁵⁷ Als am 30. September 1921 das Gesetz verabschiedet wurde, stimmten die Anhänger des 11. August sowie die deutschbaltischen Abgeordneten dagegen. Letzteres rief in der Verfassunggebenden Versammlung Zwischenrufe wie diesen hervor: „Wollen Sie den 22. Juni noch einmal erleben?“⁵⁸

Bereits im Juni 1922 fanden die ersten offiziellen Veranstaltungen statt, die sich aber im Grunde auf eine Kranzniederlegung auf dem Rigaer Bruderfriedhof beschränkten. In den Armeeeinheiten wurde die Ansprache des Verteidigungsministers und späteren Präsidenten Gustavs Zemgals (1871–1939) verlesen, in der betont wurde, die Geschichte habe bewiesen, „dass die Freiheit des Volkes nur mit Eisen und Blut erkämpft und verteidigt werden kann“. Dafür, dass der lettische Bauer im Frieden seine Furchen ziehen kann, könne er sich beim „Waffenglanz der nationalen Armee“ bedanken.⁵⁹ Die Verdienste der Esten wurden in der Rede des Ministers nicht erwähnt. Die Feierlichkeiten wurden nicht in dem Masse durchgeführt, wie es sich die Politiker erhofft hatten. Wie der menschowistische Sozialdemokrat Andrejs Petrevics (1883–1939) erklärte, habe dies daran gelegen, dass „kurz vor dem Johannisfest alle eher an Bierfässer, Kränze und andere Freuden als an die Trauer um unsere gefallenen Soldaten denken.“⁶⁰

Dies veranlasste die Abgeordneten, am 20. November 1923 die Debatten über den 22. Juni wieder aufzunehmen, dabei kam es während der zweiten Lesung des Gesetzentwurfs zu einigen Veränderungen. Erneut war es der Bauernverband, dem die Einführung des 22. Juni nicht behagte. Goldmanis schlug vor, den Gedenktag auf den zweiten Augustsonntag zu verlegen: er argumentierte, dass zu viele Feiertage zusammenkämen, da der 23. Juni ja bereits Vorabend des Johannistages war:

„Haben wir etwa im vorigen Jahr [1922], als die Bestimmung über den 22. Juni eingeführt wurde, nicht gesehen, was auf dem Bruderfriedhof am 22. Juni geschah? Es ist eine Schande, von der kleinen Hand-

⁵⁷ Ebenda, Sp. 1440.

⁵⁸ Ebenda, Sp. 1451.

⁵⁹ Iz apsardzības ministra pavēles Nr. 12 [Aus dem Befehl Nr. 12 des Verteidigungsministers], 17. Juni 1922, in: Valdības Vēstnesis, 21. Juni 1922.

⁶⁰ Latvijas Republikas Saeimas stenogrammas, III sesija (no 1923.g. 9. okt. līdz 1923. g. 14. dec.) [Stenogramme des Parlaments der Republik Lettland, III. Tagungsperiode (vom 9. Oktober 1923 bis zum 14. Dezember 1923)], Rīga [1924], Sp. 178. – In Estland gab es ähnliche Befürchtungen, wie anhand der Diskussionen um die Begründung des „Siegesfests“ (*võidupüha*) Anfang 1934 erkennbar ist. Vgl. KARSTEN BRÜGGEMANN: Võidupüha. Võnnu lahing kui Eesti rahvusliku ajaloo kulminatsioon [Das Siegesfest. Die Schlacht von Wenden als Kulmination der nationalen Geschichte Estlands], in: Vikerkaar 2003, Nr. 10–11, S. 131–142. Eine leicht abweichende deutsche Version ist auf www.eurozine.com veröffentlicht: DERS.: Estnische Erinnerungsorte: Die Schlacht von Wenden gegen die Baltische Landeswehr im Juni 1919 als Höhepunkt der nationalen Geschichte. URL: <http://www.eurozine.com/articles/2004-03-09-brueggemann-de.html> (letzter Zugriff 2. April 2009) (Anm. der Red.).

voll Leute zu sprechen, die am 22. Juni [1923] auf dem Bruderfriedhof gewesen sind.“⁶¹

Für die Sozialdemokratische Arbeiterpartei Lettlands (LSDSP) meinte der Wirtschaftsexperte und Journalist Jūlijs Celms (1879–1935) hier den Versuch zu erkennen, einen Kompromiss mit denjenigen zu finden, für die dieser Tag wie ein „Splitter im Auge“ sei und die die Kräfte, gegen die man bei Cēsis gekämpft hatte, nicht nur unterstützt, sondern auch organisiert hätten.⁶² An diesem 22. Juni hätten „die Gutsbesitzer in Lettland“ aufgehört zu existieren, von diesem Moment an sei die Agrarreform in Lettland faktisch und rechtlich eingeführt worden. „Wir erinnern uns nicht an eine bestimmte militärische Einheit, die sich an diesem Kampf beteiligt hat, sondern an die Tatsache, dass in der Geschichte Lettlands der Augenblick kam, in dem ein bestimmter historischer Kampf nun zu Ende war.“⁶³

Ungeachtet der Einwände des Bauernverbandes hielt Lettland während der parlamentarischen Periode an dem Gedenktag für die lettischen Freiheitskämpfer fest. Der Festtag wurde zu einem arbeitsfreien Tag erklärt, an dem Umzüge zum Bruderfriedhof und zu anderen Gedenkstätten des Befreiungskriegs veranstaltet wurden, Amtspersonen und Repräsentanten gesellschaftlicher Organisationen festliche Reden hielten und Kränze niederlegten. Zudem fanden in verschiedenen Orten des Landes Militärparaden statt. Die Presse veröffentlichte an diesem Tag Erinnerungen der Teilnehmer an den Kämpfen bei Cēsis und würdigte die Helden als „Lettlands mutige Herzen“, die „unter Führung von Oberst Berķis (...) in der entscheidenden Schlacht die Kräfte des schwarzen Ritters brachen und den Söldnern der Ritter einen so tödlichen Schlag versetzten, dass sie in panischer Angst ohne ihre Waffen und barfuß aus Cēsis flohen“.⁶⁴

Parallel zu der öffentlichen Ritualisierung dieses Tages wurden auch Gedenkstätten für die Gefallenen der Freiheitskämpfe begründet.⁶⁵ Am 22. Juni 1924 wurde in Cēsis der Grundstein für das Siegesdenkmal mit einer Zeremonie gelegt, an der Staatspräsident Jānis Čakste und Ministerpräsident Voldemārs Zāmuēls teilnahmen; dieses Denkmal galt als eines der ersten „großen“ Monumente zum Gedenken an den Befreiungskrieg.⁶⁶ Auch die Esten fanden spezielle Erwähnung: Schon im August 1923 wurde auf dem Friedhof von Veselava im Bezirk Cēsis ein Obelisk zum Andenken an die im lettischen Befreiungskrieg gefallenen estnischen Soldaten errichtet, der folgende Inschrift trug: „Sie haben das Leben geopfert und

⁶¹ Latvijas Republikas Saeimas stenogrammas (wie Anm. 60), Sp. 176.

⁶² Ebenda, Sp. 179.

⁶³ Ebenda, Sp. 180.

⁶⁴ 22. jūnija svinības Cēsīs [Die Feierlichkeiten am 22. Juni in Cēsis], in: Policijas Vēstnesis, 27. Juni 1924.

⁶⁵ In diesen Zusammenhang gehört auch die in Anm. 21 erwähnte Umbenennung der Rigaer Vidzemes Chaussee in die Brīvības gatve 1935. Jauni Rīgas ielu un darzu nosaukumi (wie Anm. 21).

⁶⁶ Insgesamt wurden bis 1924 13 Denkmäler errichtet, man begann mit dem Bau von vier weiteren. Latvijas Brīvības cīņas (wie Anm. 35), S. 233.

die Freiheit gebracht“.⁶⁷ Später wurden entsprechende Gedenkstätten auch in Kirchholm (Salaspils),⁶⁸ in Liepa⁶⁹ und in anderen Orten errichtet.

Parallel zu der öffentlichen Ritualisierung dieses Tages wurden auch Gedenkstätten für die Gefallenen der Freiheitskämpfe begründet. Insgesamt wurden bis 1924 13 Denkmäler errichtet, man begann mit dem Bau von vier weiteren.⁷⁰ Schon im August 1923 wurde auf dem Friedhof von Veselava im Bezirk Cēsis ein Obelisk zum Andenken an die im lettischen Befreiungskrieg gefallenen estnischen Soldaten errichtet, der folgende Inschrift trug: „Sie haben das Leben geopfert und die Freiheit gebracht“. Der Vorschlag, den Gailītis in der Verfassunggebenden Versammlung gemacht hatte, nämlich sämtlichen bei Cēsis Gefallenen ein Denkmal zu errichten, d. h. sowohl den Letten als auch den Esten und den Deutschbalten,⁷¹ blieb damals jedoch nur eine schöne Idee nationaler Versöhnung. Zweifellos wäre so etwas nach einem Bürgerkrieg notwendig gewesen,⁷² doch ist der Befreiungskrieg in Lettland nie als Bürgerkrieg aufgefasst worden.⁷³

Am 25. November 1934 strich Kārlis Ulmanis – bereits als „Führer des lettischen Volks“ – den 22. Juni aus der Liste der Feiertage und legte fest, dass der Gedenktag für die Freiheitskämpfer Lettlands am 11. August zu feiern sei.⁷⁴ Es ist schwierig zu sagen, ob die Argumente für die Verle-

⁶⁷ Dieses erste Denkmal für die Kämpfe bei Cēsis wurde mit Hilfe von Spenden der Lokalbevölkerung errichtet.

⁶⁸ Diese Gedenkstätte wurde im August 1929 auf dem Friedhof von Salaspils eingeweiht. Die Inschrift des Denkmals lautete (in Lettisch und Estnisch): „Ruhens in Frieden im fremden Land. Den für die Freiheit Lettlands 1919 gefallenen estnischen Helden / Die *Aizsargi* von Salaspils 19. VIII 29“. In der Sowjetzeit zerstört, wurde es 1990 wiederhergestellt. Ein zweites Denkmal wurde 1935 errichtet; es trug ebenfalls eine zweisprachige Inschrift: „Den für die Freiheit Lettlands 1919 gefallenen estnischen Helden / Die *Aizsargi* von Salaspils 1935“.

⁶⁹ Diese Gedenkstätte wurde am 11. August 1935 eingeweiht. Die Inschrift des Denkmals lautete: „Lette, die Freiheit der Heimat brachten dir die Helden als Preis, / wenn du diesem Ort näher kommst, senke deinen Kopf. / Esten! Zur Erinnerung an euch: helft uns im Unglück“.

⁷⁰ *Latvijas Brīvības cīņas* (wie Anm. 35), S. 233. In diesen Zusammenhang gehört auch die in Anm. 21 erwähnte Umbenennung der Rigaer Vidzemes Chaussee in die *Brīvības gatve* 1935. Vgl. *Jauni Rīgas ielu un dārzu nosaukumi* (wie Anm. 21).

⁷¹ *Satversmes Sapulces stenogrammas 1921. g., IV sesija* (wie Anm. 51), Sp. 1445.

⁷² Ein in diesem Kontext recht mutiger Versuch, die Ereignisse der Jahre 1918–1921 aus der Perspektive des Bürgerkriegs zu betrachten, findet sich in einem Lehrbuch für die Mittelschule. VALDIS KLIŠĀNS: *Vēsture vidusskolai* [Geschichte für die Mittelschule], Bd. 3, Riga 2005, S. 68–71.

⁷³ Das erlaubten schon die unterschiedlichen Benennungen des Kriegs nicht. Der Begriff „Befreiungskrieg“ (*Atbrīvošanas karš*) provoziert zwingend die Frage: Befreiung von wem? Die hiermit verbundene Antwort würde lauten: von den Deutschen und den Bolschewiken. Der Begriff „Freiheitskämpfe“ (*Brīvības cīņas*) weist jedoch darauf hin, dass alle Gegner der Provisorischen Regierung Ulmanis Gegner der „Freiheit“ waren.

⁷⁴ *Pārgrozījumi likumā par Latvijas brīvības cīnītāju piemiņas dienu* [Änderungen im Gesetz über den Gedenktag für die lettischen Freiheitskämpfer], in: *Valdības Vēstnesis*, 1. November 1934.

gung des Gedenktags denjenigen entsprachen, die in der Verfassunggebenden Versammlung und der I. Saeima geäußert wurden, denn wir verfügen über keine Quellen darüber. Ein indirektes Zeugnis liefert jedoch eine kleine Bemerkung der Redaktion des offiziellen Presseorgans der Armee „Latvijas Kareivis“: Die Leitung „unserer Armee“ – wohl ein Hinweis auf Balodis – habe die Idee geäußert, diesen Tag überhaupt nicht zu feiern, da er „sowieso die Eintracht zwischen zwei Staaten, die Schulter an Schulter mit dem gemeinsamen Feind kämpften“, nicht stärken würde.⁷⁵ Heißt dies, dass die Esten mit ihrer überzogenen Interpretation ihrer unterschätzten Bedeutung daran schuld waren? Eher nein. Der 22. Juni war einfach ein unbequemer Tag, denn die neue politische Elite – und in erster Reihe General Balodis – hatten damals ja keine besondere Rolle gespielt. Wenn man davon ausgeht, dass solche Feiertage in erster Linie dazu da sind, einen Ausgleich zwischen der Geschichte und der individuellen Überzeugung zu vermitteln,⁷⁶ d. h. zu vereinigen, und nicht in einer ohnehin schon gespaltenen Gesellschaft noch breitere Gräben zu ziehen, kann man den 22. Juni aus heutiger Perspektive nur als einen unglücklich gewählten Gedenktag bezeichnen, da er weder den Kalpaks-Soldaten noch den Deutschbalten etwas sagte.

Andererseits war die wichtigste Errungenschaft des Befreiungskriegs ein demokratisches Lettland – das am 15. Mai 1934 von Ulmanis zerstört wurde. Daher brauchte das neue Regime eine neue Geschichte, in der die wahre Freiheit eben erst an jenem 15. Mai dadurch erreicht wurde, dass der „hundertköpfige Drache“ – das Parlament – vertrieben wurde. Damals erklärte man den 11. August zu einem einfachen Gedenktag, an dem die Menschen zur Arbeit gehen mussten und den man auch am ersten Sonntag nach diesem Datum feiern konnte.⁷⁷ Dies zeigt eindeutig die veränderte Haltung zu diesem Datum, d. h. dessen Nivellierung.

Epilog

Heute sind in Lettland beide Tage Gedenktage – sowohl der 22. Juni⁷⁸ als Heldengedenktag als auch der 11. August als Gedenktag an die lettischen Freiheitskämpfer.⁷⁹ Tatsächlich darf man davon ausgehen, dass

⁷⁵ Latvijas Kareivis, 15. Juli 1934.

⁷⁶ BARRY SCHWARTZ: Collective Memory and Abortive Commemoration: President's Day and the American Holiday Calendar, in: Social Research 75 (2008), S. 75-110, hier S. 76.

⁷⁷ Pārgrozījumi likumā par Latvijas brīvības cīņtāju piemiņas dienu (wie Anm. 69).

⁷⁸ Gemäß den am 21. September 1995 vom Parlament verabschiedeten Gesetzesänderungen: Likums par svētku un atceres dienām [Gesetz über Fest- und Gedenktage] (in Kraft ab dem 5. Oktober 1995). URL: <http://www.likumi.lv/doc.php?mode=DOC&cid=37110> (letzter Zugriff 1. Februar 2009).

⁷⁹ Gemäß den am 18. Mai 2000 vom Parlament verabschiedeten Gesetzesänderungen: Likums par svētku un atceres dienām [Gesetz über Fest- und Gedenktage] (in Kraft

heute beide Tage aus dem historischen Bewusstsein der Gesellschaft verschwunden sind. Während noch 1994 die Präsidenten und Ministerpräsidenten sowohl Lettlands als auch Estlands Cēsis am 22. Juni besucht haben, um zu demonstrieren, dass die 75 Jahre zuvor gemeinsam geführten Kämpfe als Grundlage des „heutigen Bündnisses“⁸⁰ betrachtet wurden, wurde dieser Tag schon wenige Jahre später zu einem „Fahnentag“, an dem das Gesetz vorschreibt, an allen Gebäuden die Staatsfahne zu hissen. Keiner fragt mehr, warum das gemacht wird, denn die Massenmedien tun nichts dafür, dieses Datum zu aktualisieren, und beschränken sich auf kurze Mitteilungen – vor so und so vielen Jahren ereigneten sich diese und jene Kämpfe. Eine Ausnahme stellt vielleicht die Stadt Cēsis selbst dar,⁸¹ in der weiterhin regelmäßig Gedenkveranstaltungen organisiert werden: Hier geht es aber eigentlich nur noch um die Lokalisierung des historischen Gedächtnisses.

Man könnte argumentieren, dass man heute diese beiden Tage durch den 11. November – den Lāčplēsis-Tag – ersetzt hat,⁸² an dem Gedenkveranstaltungen, Militärparaden, Konzerte usw. stattfinden. Aber eine von „TNS Latvia“ durchgeführte Umfrage hat ergeben, dass nur 23 % der lettischen Bevölkerung wissen, warum dieser Tag gefeiert wird; 25 % sind der Meinung, dass dieser Tag der lettische Heldengedenktag sei.⁸³

Dieses Informationsdefizit wird üblicherweise in den Massenmedien dem Bildungssystem zur Last gelegt,⁸⁴ aber die Gründe für das „Vergessen“ dieses Gedenktags sind möglicherweise anderswo zu suchen. Der Zweite Weltkrieg und das Leben unter dem Sowjetregime haben den Nationalmythos der Letten transformiert und den deutschen „Unterdrücker“ während der langen „700 Jahre“ durch den „Russen“ ersetzt. In den 1920er Jahren war der 22. Juni ein für die Gesellschaft bestens verständliches Datum: es war der „Tag des Sieges über den Deutschen“. Heute vermag

ab dem 1. Juni 2000). URL: <http://www.likumi.lv/doc.php?mode=DOC&cid=7435> (letzter Zugriff 1. Februar 2009).

⁸⁰ LĪGA LAIZĀNE: Latvijas un Igaunijas prezidenti godina Cēsu kauju varoņus [Die Präsidenten von Lettland und Estland ehren die Helden der Schlachten bei Cēsis], in: Diena, 24. Juni 1994.

⁸¹ Auch im einzigen Buch zum 80. Gedenktag an die Schlachten bei Cēsis geht es vor allem um diese Stadt: Cēsu kauju piemiņai / Vōnnu lahingute mālestuseks [Zum Gedenken an die Kämpfe bei Cēsis], Cēsis 1999. Der Gedenktag wird regelmäßig auch bei der Zusammenarbeit zwischen der Lokaladministration von Cēsis, den Museen und den Nationalen Streitkräften erwähnt. Aber republikweit wird dieser Tag nicht gefeiert.

⁸² An diesem Tag wird der Vertreibung der Armee Bermond-Avalovs aus dem Rigaer Stadtteil Pārdaugava im Jahre 1919 gedacht.

⁸³ Lielākā daļa Latvijas iedzīvotāju nezina, kāpēc tiek atzīmēta Lāčplēša diena [Die Mehrheit der Einwohner Lettlands weiß nicht, warum der Lāčplēsis-Tag gefeiert wird], in: TNS Latvija, 11. November 2008. URL: <http://www.tns.lv/?lang=lv&fullarticle=true&category=showuid&id=2863> (letzter Zugriff 1. Februar 2009).

⁸⁴ ASKOLDS RODINS: Bārenīte Lāčplēša diena [Waisenkindchen Lāčplēsis Tag], in: Diena, 12. November 2008.

diese Konstruktion nicht mehr mit dem Geschichtsbild der Gesellschaft zu korrelieren. Das heutige historische Bewusstsein der Letten stützt sich auf den Verlust der Unabhängigkeit im Jahre 1940, den sowjetischen Terror, die Deportationen, das Leben unter dem Sowjetregime und die Wiedererlangung der Unabhängigkeit. Die 90 Jahre zurückliegenden Ereignisse sind zu guter Letzt apolitisch geworden. Sie haben sich in eine Geschichte für die Historiker verwandelt. Damit sind wir aufgerufen, diese für die Vergangenheit der Letten, Esten und Deutschbalten so wichtigen Ereignisse in möglichst objektiver Weise und ohne gegenseitige Vorwürfe und Schuldzuweisungen zu betrachten.

SUMMARY

*The Battle at Cēsis, the Estonians and the
Historical Consciousness of Latvians*

The article analyses the importance of the battles at Cēsis in the historical consciousness of Latvians. These battles between German units, the *Baltische Landeswehr* supporting the government of Andrievs Niedra, and the Northern Latvian units as part of the Estonian army that recognized the government of Kārlis Ulmanis took place in June 1919. The analysis is based on the assumption that historical consciousness can be perpetuated through research of history, writing of school textbooks, commemorations, monuments and the creation of new toponyms. The article describes how the events at Cēsis were perceived and how this perception was transformed in the 1920s and 1930s.

Particular attention is paid to the representation of the role of Estonians in the historical memory of Latvians, which became a source of disagreement between both sides in the 1920s. Although the Latvians sometimes tended to exaggerate their own military merits during the particular battles, the assistance of the Estonians during the Liberation war was never denied and their role was honoured.

During the 1920s the battles at Cēsis were incorporated into the national interpretation of history. This interpretation has changed in the past 90 years. Initially it was portrayed as the apogee of the long fight of Latvians against the Baltic Germans which finally gave the people “real freedom”. In recent scholarship these battles mean simply an episode during the Liberation war 1919–1920. Thus, it can be stated that the consequences of World War II and the Soviet regime definitively transformed the composition of the national myth about “700 years of slavery” under the Germans. As a

Die Schlacht bei Cēsis

consequence, the perception that prevailed in the 1920s, being focused on the defeat of the Germans, has no place in the current understanding of the notion “historical enemy of the nation.” Nowadays Latvian historical consciousness is focused on events related to the loss of independence in 1940, the Soviet terror, the deportations, life under the Soviet regime and the process of regaining statehood since the late 1980s.

Wie bekämpft man die Waldbrüder? Die baltische Frage im Kreml Ende 1944

VON TÖNU TANNBERG

Während des Zweiten Weltkriegs musste sich die Kreml-Führung nicht nur in diplomatischer, sondern auch in innenpolitischer und militärischer Hinsicht mit der baltischen Frage auseinandersetzen. Seit Ende 1943 und vor allem im Laufe des Jahres 1944, als die militärische Rückeroberung des estnischen, lettischen und litauischen Territoriums bevorstand, wurde dieses Problem besonders aktuell. Zur selben Zeit beschäftigten sich die Großmächte auf internationaler Ebene mit der Frage der Nachkriegsordnung, wobei bekanntlich auch das Schicksal der baltischen Länder zur Sprache kam.

Der diplomatische Aspekt der baltischen Frage war bereits 1940 in den Vordergrund getreten, nachdem Estland, Lettland und Litauen von der Sowjetunion besetzt worden waren. Wie würden die Westmächte darauf reagieren, würden sie die Eroberungen Moskaus anerkennen? Folglich war es, nachdem der deutsch-sowjetische Krieg ausgebrochen war, eines der wichtigsten Ziele Moskaus, die eigene Westgrenze mit dem Stand vom 22. Juni 1941 bestätigt zu bekommen, d. h. die territorialen Erweiterungen der Jahre 1939–1941, darunter die Annexion der baltischen Staaten. Zwar haben die Westmächte die Inkorporation des Baltikums de jure nicht anerkannt, doch gaben sie sich de facto mit der Situation zufrieden. Der vorliegende Aufsatz beschäftigt sich jedoch weniger mit diesen diplomatischen Rahmenbedingungen als vielmehr mit der gewaltsamen Durchsetzung der Sowjetmacht auf baltischem Boden.

Für den Kreml war zu dieser Zeit sicherlich der innenpolitische Aspekt der baltischen Frage entscheidend, schließlich musste auf die militärische Eroberung der Region notwendigerweise ein stringenter und wirksamer Sowjetisierungsprozess erfolgen, um die Existenz und die Funktionsfähigkeit des neuen Regimes langfristig zu garantieren. Dazu wiederum musste ein verlässliches System von Kontrollmechanismen etabliert, mit der ideologischen Gleichschaltung der Gesellschaft begonnen und möglichst rasch jeglicher Widerstand gegen die neue Ordnung erstickt werden.

Ende Oktober und Ende November 1944 wurde die baltische Frage im Orgbüro des Zentralkomitees der VKP(b) (*Vsesojuznaja Kommunističeskaja Partija [Bol'seviki]* – Kommunistische Allunions-Partei [Bolschewiki]), an der Kreml-Spitze also, erörtert. Damals wurden auch „Fehler und Mängel“ in der Arbeit der Parteiorganisationen der drei Republiken verhandelt und

in Beschlussform gefasst. Schon zu diesem Zeitpunkt wurde neben den Problemen des ökonomischen Wiederaufbaus, die, wie auch andere Fragen, besprochen wurden, der Notwendigkeit Nachdruck verliehen, sich vordringlich auf den Kampf gegen den „bürgerlichen Nationalismus“ zu konzentrieren.¹ Eines der vorrangigsten Ziele Moskaus war es somit, auf den gerade eroberten Territorien die ideologische Kontrolle zu übernehmen. Schon zuvor war der Kreml ähnlich vorgegangen – in der Ukraine und in Weißrussland.

Zweifellos formulierten diese Beschlüsse wichtige Richtlinien für die Gestaltung der Politik in den drei baltischen Unionsrepubliken und können daher als Grundsatzdokumente für die Sowjetisierung Estlands, Lettlands und Litauens in den kommenden Jahren gelten. Die Führungen der baltischen Sowjetrepubliken haben dies auch entsprechend wahrgenommen.²

Über den Inhalt dieser Direktiven und die Hintergründe der Beschlussfassung wissen wir bereits recht viel. Hervorzuheben sind in diesem Zusammenhang vor allem die bahnbrechenden Studien von Elena Zubkova³ und

¹ Siehe den Beschluss des Orgbüros des ZK der VKP(b) „О недостатках и задачах в области политической работы партийной организации Эстонской ССР“ [Über Mängel und Aufgaben auf dem Feld der politischen Arbeit der Parteiorganisation der Estnischen SSR], 30.10.1944, in: Russisches Staatsarchiv für sozialpolitische Geschichte (*Российский государственный архив социально-политической истории*, Moskau, künftig: РГАСПИ), Fond 17, Findbuch 117, Akte 459, Bl. 1-4. Der entsprechende Beschluss über die Litauische SSR wurde am 1. November (РГАСПИ 17-117-460, Bl. 8-11) und der über die Lettische SSR am 3. November (РГАСПИ 17-117-464, Bl. 16-18) gefasst.

² So begann Nikolai Karotamm seinen 1950 an Stalin gerichteten „Bußbrief“ mit der Feststellung, dass die Richtlinien vom 30. Oktober 1944 immer noch nicht erfüllt worden seien. Siehe Karotamms Brief an Stalin, 17.2.1950, in: Filiale des Estnischen Staatsarchivs (*Eesti Riigiarhiivi filiaal*, künftig: ERAF), Bestand 1, Findbuch 46, Akte 6, Bl. 1.

³ ЕЛЕНА ЗУБКОВА: Советский фактор в Балтийском регионе: кадровая политика как механизм советизации (1944–1947 гг.) [Der sowjetische Faktor im Baltikum: Kaderpolitik als Sowjetisierungsmechanismus (1944–1947)], in: Сталин. Сталинизм. Советское общество: Сборник статей [Stalin. Stalinismus. Sowjetische Gesellschaft. Sammelband], Москва 2000, S. 194-211; ДЬЕС.: Москва и Балтия: механизмы советизации Латвии, Литвы и Эстонии в 1944–1953 годах [Moskau und das Baltikum: Mechanismen der Sowjetisierung Lettlands, Litauens und Estlands 1944–1953], in: Труды института российской истории. Вып. IV [Schriften des Instituts für russländische Geschichte. Heft 4], Москва 2004, S. 266-283; ДЬЕС.: Феномен „местого национализма“: „Эстонское дело“ 1949–1952 годов в контексте советизации Балтии [Das Phänomen des „lokalen Nationalismus“: Der „estnische Fall“ von 1949–1952 im Kontext der Sowjetisierung des Baltikums], in: Отечественная история 2001, Nr. 3, S. 89-102; JELENA SUBKOVA: Kaderpolitik und Säuberungen in der KPdSU (1945–1953), in: Terror. Stalinistische Parteisäuberungen 1936–1953, hrsg. von HERMANN WEBER und ULLRICH MÄHLERT, Paderborn u.a. 1998, S. 187-236; ЕЛЕНА ЗУБКОВА: Estland unter sowjetischer Herrschaft 1944–1953, in: Vom Hitler-Stalin-Pakt bis zu Stalins Tod. Estland 1939–1953, hrsg. von OLAF MERTELSMANN, Hamburg 2005, S. 266-281; ЕЛЕНА ЗУБКОВА: Проблемная зона: особенности советизации республик Балтии в послевоенные годы. 1944–1952 гг. [Problemzone: Besonderheiten der Sowjetisierung der baltischen Republiken in den Nachkriegsjahren. 1944–1952], in: Новый мир истории России. Форум

ihre kürzlich erschienene Monographie über die Moskauer Baltikumpolitik 1944–1953.⁴ Mit einer längeren Abhandlung hat sich auch der Autor dieser Zeilen zur Frage der Moskauer Kontrollmechanismen zu Wort gemeldet.⁵ Allerdings hat die Forschung den Moskauer Aktivitäten bei der Unterdrückung des Widerstands in der Anfangsphase des Sowjetisierungsprozesses bislang eher weniger Aufmerksamkeit geschenkt. Als Reaktion auf den Einmarsch der Roten Armee sowohl in die West-Ukraine und in den westlichen Teil Weißrusslands als auch ins Baltikum war aber 1944 auf breiter Front bewaffneter Widerstand ausgebrochen, der für den Kreml eine immer wichtiger werdende Frage aufwarf: Wie war dieser Widerstand zu ersticken?

Im offiziellen Moskauer Sprachgebrauch handelte es sich dabei um den Kampf gegen das „Banditentum“. In der sowjetischen Terminologie gab es einen klaren Unterschied zwischen den kriminellen Banditen auf der einen und der „banditisch-aufständischen Aktivität“ (*banditsko-mjatežnaja dejatel'nost'*) bzw. dem politischen Banditentum auf der anderen Seite, das in den Augen der sowjetischen Behörden von „bürgerlich-nationalistischen Elementen“ ausging. In dieser Hinsicht stellten Estland, Lettland, Litauen, die West-Ukraine, das westliche Weißrussland und andere von der Sowjetunion 1939–1940 besetzte Gebiete Osteuropas eine Sonderzone dar. Die politische Widerstandsbewegung bestand in der Praxis der sowjetischen Sicherheitsorgane aus zwei verschiedenen Ebenen: Das Volkskommissariat für Staatssicherheit (*Narodnyj komissariat gosudarstvennoj besopasnosti*, NKGB) bekämpfte die Leitungsebene, d. h. die Organisationen des Widerstands, während das Volkskommissariat für Inneres (*Narodnyj komissariat vnutrennych del*, NKVD) für die Vernichtung der bewaffneten Widerstandsgruppierungen zu sorgen hatte. Für die Erfüllung dieser Aufgabe wurde im Rahmen des NKVD eine Abteilung für den Kampf gegen das Banditentum (*Otdelenie po bor'be s banditizmom*, OBB) gegründet, der die kommissariatseigenen Truppen und die Vernichtungsbataillone unterstanden.⁶

японских и российских исследователей [Die neue Welt der Geschichte Russlands. Forum japanischer und russländischer Wissenschaftler], hrsg. von Геннади Бордюгов, Нориэ Исии und Такэси Томита, Москва 2001, S. 355–374.

⁴ Елена Зубкова: Прибалтика и Кремль, 1940–1953 [Das Baltikum und der Kreml 1940–1953], Москва 2008.

⁵ Tõnu Tannberg: Moskva institutsionaalsed ja nomenklatuursed kontrollmehhanismid Eesti NSV's sõjajärgsetel aastatel [Moskauer institutionell oder in der Nomenklatur verankerte Kontrollmechanismen in der Estnischen SSR in den Nachkriegsjahren], in: Eesti NSV aastatel 1940–1953. Sovietiseerimise mehhanismid ja tagajärjed Nõukogude Liidu ja Ida-Euroopa arengute kontekstis [Die Estnische SSR 1940–1953. Die Mechanismen und Folgen der Sowjetisierung im Kontext der Entwicklungen in der Sowjetunion und in Osteuropa], hrsg. von Tõnu Tannberg, Tartu 2007 (Eesti Ajaloohiivi Toimetised 15 [22]). S. 225–272; Тыну Таннберг: Политика Москвы в республиках Балтии в послевоенные годы (1944–1956). Исследования и документы [Moskaus Politik in den baltischen Republiken in den Nachkriegsjahren (1944–1956). Studien und Dokumente], Тарту 2008, S. 13–61.

⁶ Siehe auch: Джеффри Бурдс: Борьба с бандитизмом в СССР в 1944–1953 гг. [Kampf mit dem Banditentum in der UdSSR 1944–1953], in: Социальная история.

Der Ziel dieses Aufsatzes ist es, die Tätigkeit Moskaus bei der Unterdrückung des bewaffneten Widerstands in Estland, Lettland und Litauen in den letzten Monaten des Jahres 1944 zu analysieren: Wie sahen die institutionellen Rahmenbedingungen und die Methoden der Unterdrückung des Widerstands aus, welche Ergebnisse wurden dabei erzielt und inwieweit haben die Grundprinzipien, die 1944 zur Geltung kamen, den Kampf in den späteren Jahren beeinflusst.

Zur Beantwortung dieser Fragen kann man die bisherigen Studien heranziehen, die den bewaffneten Widerstand der Nachkriegsjahre behandeln.⁷ Außer Zubkova hat sich allerdings niemand mit den Ereignissen der letzten Monate des Jahres 1944 aus der Perspektive Moskaus beschäftigt. Im vorliegenden Text wird versucht, diese Lücke zu schließen. Hierzu sollen vor allem die in den letzten Jahren in Russland veröffentlichten Quellenpublikationen sowie Dokumente aus dem ehemaligen Parteiarchiv, das heute eine Filiale des Estnischen Staatsarchivs ist, herangezogen werden.⁸

Ежегодник 2000, Москва 2000, S. 169-190.

⁷ Hier sei nur auf einige neuere Studien hingewiesen: The Anti-Soviet Resistance in the Baltic States, hrsg. von ARVYDAS ANUŠAUSKAS, Vilnius 1999; VALDUR OHMANN: Eesti NSV Siseministeeriumi institutsionaalne areng ja arhivaalid (1940–1954) [Die institutionelle Entwicklung und die Archivalien des Innenministeriums der Estnischen SSR (1940–1954)], Magisterarbeit Universität Tartu, Tartu 2000; PEARU KUUSK: Nõukogude võimu lahingud Eesti vastupanuliikumisega. Banditismivastase Võitluse Osakond aastatel 1944–1947 [Die Gefechte der Sowjetmacht mit der estnischen Widerstandsbewegung. Die Abteilung für den Kampf gegen das Banditentum 1944–1947], Tartu 2007; DERS.: Julgeolekuorganite võitlus Eesti vastupanuliikumisega sõjajärgsetel aastatel: Banditismivastase Võitluse Osakond (1944–1947) [Der Kampf der Sicherheitsorgane mit der estnischen Widerstandsbewegung in den Nachkriegsjahren: Die Abteilung für den Kampf gegen das Banditentum 1944–1947], in: Eesti NSV aastatel 1940–1953 (wie Anm. 5), S. 321–351, hier 322–325; MEELIS SAUEAUK: Riikliku julgeoleku rahvakomissariaat (NKGB) Eestis 1944–1946 [Das Volkskommissariat für Staatssicherheit (NKGB) in Estland 1944–1946], in: Tuna 2008, Nr. 3, S. 33–57; ЕЛЕНА ЗУБКОВА: „Лесные братья“ в Прибалтике: война после войны [Die „Waldbrüder“ im Baltikum: Der Krieg nach dem Krieg], in: Отечественная история 2007, Nr. 2, S. 74–90; Nr. 3, S. 14–30; АЛЕКСАНДР КОКУРИН: Органы НКВД-НКГБ СССР по борьбе с вооруженным националистическим подпольем (Западная Украина и Белоруссия, Латвия, Литва и Эстония) (1939–1953) [Die Organe des NKVD-NKGB der UdSSR im Kampf gegen den bewaffneten nationalistischen Untergrund (West-Ukraine und West-Weißrussland, Lettland, Litauen, Estland)], in: Труды общества изучения истории отечественных спецслужб [Schriften der Gesellschaft für die Erforschung der Geschichte der vaterländischen Spezialdienste], Bd. 3, Москва 2007, S. 254–276; TILLMANN TEGELER: Der litauische Partisanenkampf im Lichte sowjetischer Akten, München 2001; BJÖRN M. FELDER: „Tod dem Roten Terror!“ Antikommunismus, gesellschaftlicher Konsens und Widerstand in Lettland 1943 bis 1946, in: Jahrbuch für Historische Kommunismusforschung 13 (2007), Nr. 20, S. 137–159.

⁸ Siehe vor allem: Лубянка. Сталин и НКВД-НКГБ-ГУКР „Смерш“. 1939–март 1946 [Die Lubjanka. Stalin und „Smers“ des NKVD-NKGB-GUKR. 1939 bis März 1946], Москва 2006; Органы государственной безопасности СССР в Великой Отечественной войне [Die sowjetischen Staatssicherheitsorgane im Großen Vaterländischen Krieg]. Т. 5, кн. 2: Границы СССР восстановлены (1 июля–31 де-

Der Aufbau der Abteilungen für den Kampf mit dem Banditentum

Mit dem Aufbau der organisatorischen Struktur für den Kampf gegen das Banditentum wurde schon 1941 begonnen. Auf Anordnung des Volkskommissars für Inneres vom 30. September 1941 wurde innerhalb des NKVD als selbständige Einheit die OBB gegründet, zu deren Aufgaben es gehörte, mit Hilfe operativer Agenten- und Ermittlungstätigkeit alle „Banditenformationen“ und „Einzelbanditen“ auf dem Gebiet der Sowjetunion zu liquidieren und deren Helfershelfer zu fassen. Eine weitere Hauptaufgabe der OBB war es, zusammen mit der Miliz illegale Waffen, die noch im Besitz der Bevölkerung waren, aufzuspüren. Zum Leiter der OBB wurde der Major der Staatssicherheit Sergei Klepov⁹ ernannt, dem später Aleksandr Leont'ev nachfolgte. Entsprechende Unterabteilungen sollten in allen Unionsrepubliken und *oblasti* aufgebaut werden. Da zur Zeit dieser Anordnung die baltischen Staaten bereits von der Wehrmacht besetzt waren, war es dort nicht möglich, lokale OBBs zu gründen.

Nachdem 1944 in den westlichen Grenzregionen der UdSSR heftiger Widerstand gegen die sowjetische Besatzung ausgebrochen war, wurde die OBB am 1. Dezember 1944 in eine Hauptverwaltung (*Glavnoe upravlenie*) umorganisiert, deren Leiter Leont'ev blieb. Ihm waren sieben nach dem territorialen Prinzip unterschiedene Abteilungen, einige Sonderabteilungen sowie das Sekretariat der Hauptverwaltung unterstellt. Für das Baltikum war die 2. Abteilung mit ihren 21 Mitarbeitern unter Leitung von Oberstleutnant Venjamin Karlin zuständig, deren Aufgabe es war, den Kampf gegen die antisowjetischen Untergrundorganisationen und den bewaffneten Widerstand auch in Weißrussland zu koordinieren. Innerhalb der Abteilung waren die Zuständigkeitsbereiche wie folgt verteilt: Während die 1. und 2. Unterabteilung sich mit den illegalen Organisationen in Weißrussland bzw. im Baltikum beschäftigte, war die 3. für die Unterdrückung des bewaffneten Widerstands im ganzen Tätigkeitsgebiet der 2. Abteilung zuständig. Die Koordination der Vernichtungsbataillone auf dem Territorium der UdSSR wurde von der 6. Abteilung der Hauptverwaltung übernommen.¹⁰

кабря 1944 г.) [Bd. 5, Buch 2: Die Grenzen der UdSSR sind wiederhergestellt (1. Juli – 31. Dezember 1944)], Москва 2007; НКВД-МВД СССР в борьбе с бандитизмом и вооруженным националистическими подпольем на Западной Украине, в Западной Белоруссии и Прибалтике (1939–1956): Сборник документов [Das NKVD-MVD der UdSSR im Kampf mit dem Banditentum und dem bewaffneten nationalistischen Untergrund in der West-Ukraine, West-Weißrussland und dem Baltikum (1939–1956): Dokumentensammlung], hrsg. von НИКОЛАЙ ВЛАДИМИРЦЕВ und АЛЕКСАНДР КОКУРИН, Москва 2008.

⁹ Anordnung des Volkskommissars für Inneres der UdSSR, Berija, Nr. 001414, 30.9.1941, in: НКВД-МВД СССР (wie Anm. 8), S. 474f.

¹⁰ НКВД-МВД СССР (wie Anm. 8), S. 431f.

Bereits im März 1944 hatte die OBB der Estnischen SSR ihre Tätigkeit in Leningrad aufgenommen. Hier wurden zunächst die aus Estland Evakuierten „bearbeitet“ und man versuchte, in den grenznahen Gebieten im Rayon Kingissepp Agenten zu werben. Die Abteilung verfügte über Informationen zu den Waldbrüdern in Estland und hatte bis zum Juli 1944 zumindest zwei Agenten – mit den Tarnnamen Kotkas (Adler) und Mets (Wald) – in das deutsche Hinterland entsandt.¹¹ Zum Leiter der sowjet-estnischen OBB war schon im Januar 1944 der Hauptmann der Staatssicherheit Konstantin Kolk ernannt worden, der nach seinem Amtsantritt am 1. Februar jedoch bereits im August durch den Oberstleutnant der Staatssicherheit Vladimir Glušanin ersetzt wurde.¹² Für Sowjet-Litauen wurde im Juli 1944 der Oberstleutnant der Staatssicherheit Nikolai Slepnev auf den entsprechenden Posten bestellt und im November durch den Oberstleutnant der Staatssicherheit Aleksander Gusev ersetzt, der später zum Oberst befördert wurde. Als Leiter der sowjet-lettischen OBB war von März 1944 bis zu seiner in der Folge tödlichen Verletzung Ende April 1945 Major der Staatssicherheit Karl Bedik tätig.¹³

Die folgende Tabelle gibt einen Überblick über die Personalstärke der OBBs in den baltischen Sowjetrepubliken.

– **Tabelle 1.** *Zahl der Mitarbeiter der NKVD-OBBs der baltischen Sowjetrepubliken (Stand 12.10.1944)*

Unionsrepublik	Zahl der Mitarbeiter		Insgesamt
	im Zentralapparat	auf dem Land	
Estnische SSR	31	46	77
Lettische SSR	23	63	86
Litauische SSR	20	75	95
Insgesamt	74	184	258

Quelle: HKВД-МВД СССР (wie Anm. 8), S. 436, 444.

Die Angaben in der Tabelle zeigen, dass die OBBs in den baltischen Republiken verhältnismäßig klein waren und damit sicher nicht in der Lage gewesen sind, den wachsenden Widerstand im Spätherbst 1944 und im darauf folgenden Winter erfolgreich zu bekämpfen. Während in der Ukrainischen und der Weißrussischen SSR, wo der Widerstand deutlich stärker war, die Organe für den Kampf mit den Banditentum im Dezember

¹¹ Mitteilung des Leiters der 6. Abteilung der OBB des NKVD der UdSSR, Golovlev, 6.7.1944, in: HKВД-МВД СССР (wie Anm. 8), S. 164f. Die Gründung der OBB des NKVD in der Estnischen SSR behandelt Pearu Kuusk in seiner Magisterarbeit: KUUSK, Nõukogude võimu lahingud (wie Anm. 7), S. 28-42; DERS., Julgeolekuorganite võitlus (wie Anm. 7), S. 322-325.

¹² KUUSK, Nõukogude võimu lahingud (wie Anm. 7), S. 28, 31. Glušanin hatte sein Amt bis Oktober 1946 inne.

¹³ HKВД-МВД СССР (wie Anm. 8), S. 436, 444.

1944 zu Verwaltungen aufgewertet wurden, wodurch sie in erster Linie ihren Mitarbeiterstab aufstocken konnten, blieben die OBBs in den baltischen Republiken von der strukturellen Hierarchie her unverändert.¹⁴

Gemeinschaftsoperationen der Organe des Innenkommissariats und der Staatssicherheit

Eigentlich war Moskau sich schon im Frühherbst 1944 dessen bewusst, dass die baltischen Volkskommissariate für Inneres mit der Unterdrückung des bewaffneten Widerstands allein nicht klar kommen würden. Deshalb wurde die Notwendigkeit betont, in jeder Beziehung mit dem Volkskommissariat für Staatssicherheit zusammenzuarbeiten. Im Oktober 1944 erklärte Vsevolod Merkulov, der sowjetische Volkskommissar für Staatssicherheit, in seinen Richtlinien für die litauischen Sicherheitsorgane eindeutig, dass trotz des Prinzips, dem zufolge der „Kampf mit dem Banditentum“ Aufgabe des NKVD sei, die Sicherheitsorgane sich hierbei nicht heraushalten dürften. Merkulov zufolge sollten die Sicherheitsorgane dem NKVD allseitige Hilfe leisten, um „bei der Durchführung entsprechender Operativmaßnahmen und Agententätigkeit die Liquidation der Bandenformationen zu gewährleisten.“ Beachtenswert ist auch die Begründung Merkulovs, die „von den Deutschen gegründeten Banden“ in Litauen seien „ihrem Wesen nach antisowjetische Organisationen“.¹⁵ Solche antisowjetischen Organisationen gehörten in der Tat in den Kompetenzbereich der Sicherheitsorgane. Es unterliegt keinem Zweifel, dass die NKGBs der Estnischen und Lettischen SSR ähnliche Anweisungen erhalten haben.

Erste Früchte dieser aufgezwungenen Kooperation waren die im Oktober 1944 von Moskau aus in Gang gesetzten gemeinsamen Operationen der lokalen Volkskommissariate für Staatssicherheit und Inneres auf der Grundlage der von den beiden Unionsvolkskommissaren erlassenen Anordnungen. Die erste von ihnen betraf die Koordination der Aktivitäten in der Ukrainischen SSR; am 12. Oktober 1944 folgten ähnliche Erlasse für die Weißrussische und die Litauische SSR.¹⁶

Die geplanten Aktionen zur Bekämpfung der Widerstandsbewegungen können zusammenfassend in organisatorische und operativ-taktische Maßnahmen unterschieden werden. Zu den organisatorischen Maßnahmen, die gewährleisten sollten, dass die gegen die Widerstandsbewegung gerichteten

¹⁴ Siehe НКВД-МВД СССР (wie Anm. 8), S. 431, 435ff.

¹⁵ Richtlinien des sowjetischen Volkskommissars für Staatssicherheit Merkulov an das NKGB der Litauischen SSR, 4.10.1944, in: КОКУРИН, Органы (wie Anm. 8), S. 399f.

¹⁶ Gemeinsame Anordnung des Volkskommissars der UdSSR für Inneres, Berija, und des Volkskommissars für Staatssicherheit, Merkulov, über die Verschärfung des Kampfs gegen den Widerstand in der Litauischen SSR, 12.10.1944, in: Опра- ны (wie Anm. 8), S. 454-457.

Aktionen erfolgreich durchgeführt wurden, gehörten in der Litauischen SSR die folgenden: Die Hauptverantwortung wurde dem Volkskommissar für Inneres Juozas Bartašiūnas übertragen, zu seinen Stellvertretern wurden Aleksandras Guzevičius, der Volkskommissar für Staatssicherheit, sowie Pavel Vetrov, der Kommandeur der 4. Division der NKVD-Truppen, ernannt. Diese Personen erhielten das Recht, die in der Unionsrepublik stationierten Einheiten der NKVD-Truppen¹⁷ bei Bedarf operativ zu verlegen. In den Gebieten, die „am meisten von Banditentum infiziert“ waren, sollten bei den Kreisabteilungen des NKVD drei bis fünf Mann starke Unterabteilungen der OBB gegründet und die Normzahl der Mitarbeiter der litauischen Abteilung um 15 Personen erhöht werden. Zur personellen Verstärkung der Organe für Inneres und der Staatssicherheit wurden 35 erfahrene Mitarbeiter aus Moskau und anderen Regionen der UdSSR für drei Monate nach Litauen abkommandiert. Die in der Litauischen SSR stationierten Grenztruppen bekamen den Befehl, die grenznahen Gebiete von „antisowjetischen und banditisch-spionierenden Elementen“ zu säubern. Auch mussten die operativen Einsätze, die Ermittlungen sowie die Aktionen gegen Sabotage bei der Eisenbahn verschärft werden. Dafür wurden dem Leiter der 14. Division der Eisenbahntrouppen des NKVD Panzerzüge mit einer 100 Mann starken Besatzung, 150 Offiziersschüler der NKVD-Nachrichtentruppen und zwei operative Ermittlungsgruppen aus der 3. Verwaltung des NKGB zur Verfügung gestellt. Um die Manövrierfähigkeit der in der Litauischen SSR stationierten NKVD-Truppen zu erhöhen, wurden 30 Lkws und 24 Funkstationen des Typs „Belka“ zusammen mit ausgebildeten Funkern in die Republik geschickt. Außerdem wurden dem Leiter der Operation zwei Geländewagen des Typs „Willys“ übergeben. Um die Verhöre der Verhafteten effizienter zu gestalten, wurde das Normpersonal der Ermittlungsabteilung des sowjet-litauischen NKVD um sieben Stellen erhöht. Die wohlmöglich aufschlussreichen Informationen aus den Verhören sollten unverzüglich an die entsprechenden Beamten weitergeleitet werden, damit sie möglichst schnell operativ eingesetzt werden konnten. Auch die Parteiführung musste ständig auf dem Laufenden gehalten werden.¹⁸

Die operativ-taktischen Maßnahmen wurden durch konkrete Anweisungen erläutert, wie gegen die Widerstandsbewegung vorzugehen sei. Zunächst sollten Waffen- und Munitionslager sowie Lebensmittelvorräte, Vervielfältigungsapparate usw., über die der Widerstand verfügte, entdeckt und vernichtet werden. Bei der Durchführung militärischer und tschekistischer Operationen sollte rechtzeitig für deren Absicherung gesorgt werden: So waren den Waldbrüdern mögliche Rückzugswege abzuschneiden, um den Feind möglichst umfassend zu vernichten. Betont wurde auch die

¹⁷ In die Litauische SSR wurde die 4. Division der NKVD-Truppen aus dem Nordkaukasus geschickt, nach Lettland die 5. und nach Estland die 63. Schützendivision.

¹⁸ Gemeinsame Anordnung (wie Anm. 16).

gründliche Vorbereitung der Aktionspläne zur Liquidierung der bewaffneten „Banden“, die dann Schritt für Schritt auszuführen waren. In erster Linie war dabei darauf zu achten, dass bei der Auslöschung einer bestimmten Gruppe bzw. beim „Säubern“ eines bestimmten Gebiets garantiert werden musste, dass später keine neuen Trupps einsickerten. Um dies zu verhindern, sollten an besiedelten Punkten und an den vermuteten Routen der Waldbrüder kleine kampffähige Garnisonen eingerichtet bzw. Hinterhalte errichtet werden. Bei der Liquidation illegaler Organisationen oder bewaffneter Trupps sollte die lokale Bevölkerung möglichst umfassend in Form der von den Milizbezirken organisierten bewaffneten Einheiten „ehrlcher Sowjetbürger“ einbezogen werden. Vor allem setzte man dabei auf Familienmitglieder von Rotarmisten, Vertreter des lokalen Sowjet- und Parteiaktivs sowie auf Menschen, die unter den Waldbrüdern gelitten hatten.¹⁹

Die gemeinsamen Operationen der Organe des Innenkommissariats und der Staatssicherheit, die im Oktober 1944 in den westlichen Gebieten der Ukraine und Weißrusslands sowie in der Litauischen SSR begonnen hatten, erstreckten sich 1945 auch auf Lettland und Estland. Nach Estland kam Anfang 1945 auch der ehemalige Chef der sowjet-litauischen OBB, Nikolai Slepnev, um hier neue Kampfmethoden zur Anwendung zu bringen.²⁰

Moskauer Sicherheitskommissare führen „Säuberungsoperationen“ im Baltikum durch

Hinsichtlich der im Herbst 1944 begonnenen Gemeinschaftsoperationen verdienen zwei Momente besondere Aufmerksamkeit. Erstens handelte es sich dabei um so genannte vereinheitlichte Maßnahmen, die in der Westukraine, im westlichen Weißrussland und im Baltikum grundsätzlich uniform angewandt wurden. Lokale Eigenarten oder regionale Besonderheiten wurden dabei nicht berücksichtigt. Zweitens war für diese gemeinsamen Operationen charakteristisch, dass zu ihrer Durchführung mehrheitlich Mitarbeiter der Staatssicherheit als praktische Vollstrecker eingesetzt wurden, die aus Moskau, Leningrad und anderen Zentralregionen der Sowjetunion in Form der „Kaderhilfe“ abkommandiert wurden. Besonders wertvoll waren dabei sicherlich Personen, die im Kampf mit Widerstandsbewegungen bereits Erfahrung besaßen.²¹ Noch beachtenswerter ist allerdings die Tatsache, dass in den letzten Monaten des Jahres 1944 allerhöchste Vertreter der NKVD- und NKGB-Zentrale den baltischen Sowjetrepubliken höchstpersönlich eine Visite abstatteten, um den

¹⁹ Ebenda.

²⁰ KUUSK, Julgeolekuorganite võitlus (wie Anm. 7), S. 325-328.

²¹ Bis zum Oktober 1944 waren in die westlichen Gebiete der Ukraine und Weißrusslands sowie nach Litauen bereits über 3 800 Tschekisten als „Kaderhilfe“ aus anderen Regionen der UdSSR entsandt worden. Rechnet man Lettland und Estland hinzu, dürfte diese Zahl deutlich höher gewesen sein.

Kampf gegen den Widerstand vor Ort zu koordinieren und die „Säuberungsoperationen“ zu leiten.

So war eine Operativgruppe aus Moskau unter Leitung Merkulovs im November und Dezember 1944 in Tallinn, der in dieser Zeit das sowjet-estnische NKGB und NKVD unterstellt waren. Natürlich hatte man Merkulovs Besuch geflissentlich vorbereitet: Bereits am 5. Oktober waren alle Wohnräume der am 22. September in die Hände der Roten Armee gefallen estnischen Hauptstadt nach planmäßig kontrolliert worden.²² An dieser Operation, die vom Tallinner Kommandanten Oberst Denisov geleitet wurde, nahmen 1 486 Personen teil, verhaftet wurden 401 Menschen, von denen 205 später wieder freigelassen worden sind. Die Akten über die Verhafteten wurden dem *Smersj* der Leningrader Front übergeben. Militärisch wurde die Operation von Generalmajor Ivan Pankin, dem Kommandeur der NKVD-Schutztruppen im rückwärtigen Heeresgebiet der Leningrader Front abgesichert.²³

Der Besuch Merkulovs, der vermutlich am 5. oder 6. November 1944 in Tallinn eingetroffen war, könnte mit der „Entlarvung“ der kurz vor der Eroberung der Stadt gebildeten estnischen Regierung von Otto Tief durch das sowjet-estnische NKVD in Zusammenhang gestanden haben. Auf Initiative Merkulovs wurde das estnische Gebiet nun für die Durchführung von „Säuberungsoperationen“ in sieben operative Sektoren eingeteilt (Tallinn, Rakvere, Pärnu, Viljandi, Tartu, Haapsalu und Saaremaa), in die insgesamt 70 Agenten geschickt wurden, deren Gruppen ausnahmslos von Tschekisten aus Moskau oder Leningrad angeführt wurden. Um das Personal der Kreisorgane des NKVD aufzustocken, waren weitere 50 Personen aus Moskau und anderen Gebieten in die Estnische SSR abkommandiert worden.²⁴ Die Listen der zu Verhaftenden sowie der Operationsplan waren vom estnischen NKVD und NKGB zusammengestellt und von Boris Kumm, dem sowjet-estnischen Volkskommissar für Staatssicherheit, Aleksander Resev, dem Volkskommissar für Inneres, sowie dem Vertreter Moskaus Leonid Raihmann unterzeichnet worden, der damals stellvertretender Leiter der 2. Hauptverwaltung des sowjetischen NKGB war. Daraufhin legte man den Plan Merkulov zur Genehmigung vor. Die praktische Durchführung, d. h. die Verhaftung der in die Listen eingetragenen Personen, war Aufgabe der so genannten Troikas, zu denen neben den Mitarbeitern des NKVD und NKGB auch ein Soldat des 260. NKVD-Regiments gehörte. Eine Extragruppe war für das Ausstellen der Verhaftungsbefehle zuständig. Dabei wurde davon ausgegangen,

²² Siehe einen undatierten Plan zur Kontrolle der Tallinner Bevölkerung, in: ERAF, 17SM-4-9, Bl. 239ff.

²³ SAUEAUK, Riikliku julgeoleku rahvakomissariaat (wie Anm. 7), S. 43.

²⁴ Mitteilung des Volkskommissars der UdSSR für Staatssicherheit, Merkulov, an das Staatliche Verteidigungskomitee der UdSSR über die Organisation der Operativ- und Agentenarbeit in der Estnischen SSR, 14.11.1944, in: КОКУРИН, Органы (wie Anm. 7), S. 588ff.

dass die Verhaftungen keine Sanktion durch den Staatsanwalt benötigten. Sondereinheiten wurden auch dafür gebildet, um die Verhafteten in den Gefängnissen in Empfang zu nehmen und Ermittlungen durchzuführen. Die Aufgabe der so genannten „Empfangsgruppen“ war es, die Verhafteten zu durchsuchen und darauf zu achten, dass nicht etwa Bekannte in eine Zelle gesteckt wurden. Zu jeder Empfangsgruppe gehörte auch ein NKGB-Mitarbeiter, die alle Gegenstände, die bei den Verhafteten zu Hause beschlagnahmt worden waren, registrieren und dafür sorgen musste, dass sie den Ermittlern übergeben wurden.²⁵

Während der Säuberungsoperationen zwischen dem 6. und 14. November haben die Sicherheitsorgane in Estland 1116 Personen (davon 575 in Tallinn) verhaftet. Besonders konzentrierte man sich dabei auf die Verhaftung der Mitglieder der Selbstschutzorganisation *Omakaitse*.²⁶ Die Mehrheit der Verhafteten waren ehemalige Soldaten der Wehrmacht oder Personen, die sich der Mobilisation in die Rote Armee verweigert hatten.²⁷ Merkulov ordnete nun an, die Fälle der prominenten Persönlichkeiten, die vom sowjet-estnischen NKVD verhaftet worden waren – in erster Linie die Kabinettsmitglieder der Regierung Tief –, dem lokalen NKGB zur weiteren Ermittlung zu übergeben.²⁸

Zu dieser Zeit wurde im Süden der Insel Saaremaa noch gekämpft, denn erst am 24. November 1944 eroberte die Rote Armee die Halbinsel Sõrve als letzten Fleck auf estnischem Boden. Bereits am 17. November war als Moskauer Vertreter der Oberstleutnant der Staatssicherheit Pavel Pastel'ňjak angekommen, der zum Leiter des Operativsektors Saaremaa ernannt worden war. Er verfügte über praktisch unbegrenzte Macht, um vor Ort Repressionen durchzuführen. Für die Verhaftungsaktion wurden acht Operativgruppen gebildet, an deren Aktionen auch die lokale Miliz beteiligt wurde. Am 20. November kam Merkulov persönlich auf die Insel. Im offiziellen Briefwechsel wurde erneut betont, wie wichtig das gemeinsame und koordinierte Vorgehen von NKVD und NKGB im Kampf gegen die Widerstandsbewegung sei.²⁹

²⁵ Plan zur Ergreifung des „antisowjetischen und spionierenden Elements“ in Tallinn, November 1944, in: ERAF, 17SM-4-9, Bl. 228-231. Zur Operation vom 12. November in Tallinn siehe SAUEAUK, Riikliku julgeoleku rahvakomissariaat (wie Anm. 7), S. 43f.; PEARU KUUSK: Vabastajad või vallutajad? Siseasjade Rahvakomissariaadi Tartu Linnaosakonna tegevusest 1944. aastal [Befreier oder Eroberer? Über die Tätigkeit der Tartuer Stadtabteilung des Volkskommissariats für Inneres 1944], in: Tuna 2008, Nr. 3, S. 19-32, hier S. 25.

²⁶ Zu diesem Zeitpunkt waren 421 *Omakaitse*-Mitglieder von den Sicherheitsorganen verhaftet worden.

²⁷ KUUSK, Vabastajad või vallutajad? (wie Anm. 25), S. 25.

²⁸ Siehe einen Tätigkeitsbericht zum 4. Quartal des NKVD der Estnischen SSR an den Volkskommissar der UdSSR für Inneres, Berija, Januar 1945, in: ERAF, 17SM-4-7, Bl. 84-98; SAUEAUK, Riikliku julgeoleku rahvakomissariaat (wie Anm. 7), S. 44.

²⁹ Siehe einen Bericht von Pastel'ňjak an den Leiter der OBB des NKVD der ESSR, Glušanin, 1.12.1944, in: ERAF, 17SM-4-3, Bl. 31; KUUSK, Vabastajad või

Auch nach Lettland und Litauen wurden zur Koordination des Kampfs gegen den lokalen Widerstand hohe Emissäre aus Moskau entsandt. In Litauen traf im November 1944 an der Spitze einer „Gruppe von verantwortlichen Mitarbeitern“³⁰ Sergej Kruglov ein, der stellvertretende Volkskommissar der UdSSR für Inneres. Merkulov wiederum begab sich im Anschluss an seinen Besuch in Estland direkt nach Lettland. Im Januar 1945 war er mit seinen Leuten in Riga, wo er „dringend notwendige organisatorische Maßnahmen“ traf, um die Arbeit der lettischen Sicherheitsorgane zu verbessern und die operative und Agententätigkeit zu stärken.³¹ Grundsätzlich wurde in Lettland dasselbe Szenario umgesetzt wie in Estland.

Das sowjetisch kontrollierte lettische Territorium – Kurland blieb bekanntlich bis zur Kapitulation im Mai 1945 in deutscher Hand – wurde in sechs Operativsektoren eingeteilt, die von „qualifizierten operativen Mitarbeitern“, die aus Moskau abkommandiert worden waren, geleitet wurden. Auch die Einheiten der NKVD-Truppen wurden nach Sektoren eingeteilt. Auch hier wurde die „Kaderhilfe“ aus Moskau zur Verstärkung der lokalen Organe von NKVD und NKGB eingesetzt. Schon im Januar 1945 waren 40 Tschekisten aus Moskau und anderen Gebieten in Lettland eingetroffen; zugleich wurden weitere hundert Einsatzkräfte abkommandiert.

Zwischen dem 8. und 20. Januar 1945 wurden 1 396 Personen von NKGB und NKVD in der Lettischen SSR festgenommen; seit Juli 1944 waren es damit insgesamt 5 223. Unter den im Januar verhafteten Personen waren acht in Riga wohnhafte Deutsche, die unverzüglich ins Lager geschickt wurden. Somit wurde die Deportation der Deutschen schon Anfang 1945 vorbereitet.³² Außerdem waren die Sicherheitsorgane daran interessiert, die Kirche unter ihre Kontrolle zu nehmen. Aus einem Bericht Berjias an Stalin geht hervor, dass die Verhaftung des Oberhauptes der evangelisch-lutherischen Kirche Lettlands vorbereitet wurde, um einen „unserer Agenten“ an die Spitze der Kirchenhierarchie zu stellen, der sowohl unter der Bevölkerung als auch unter den Geistlichen über Autorität verfügen sollte.³³ Zu diesem Zeitpunkt waren die höheren Geistlichen der orthodoxen und katholischen Kirchen Lettlands schon verhaftet worden. Sei-

vallutajad? (wie Anm. 25), S. 24f.; САУЕАУК, Riikliku julgeoleku rahvakomissariaat (wie Anm. 7), S. 44.

³⁰ Siehe einen Bericht Berjias an Stalin und Molotov, 1.12.1944, in: НКВД-МВД СССР (wie Anm. 8), S. 211f. Gleichzeitig wurde der Stellvertretende Volkskommissar der UdSSR für Staatssicherheit, Bodgan Kobulov, nach Weißrussland entsandt.

³¹ Sondermitteilung Berjias an Stalin, Molotov und Malenkov über die Ergebnisse der „Säuberung“ des lettischen Territoriums, 26.1.1945, in: Лубянка (wie Anm. 8), S. 487.

³² In der Estnischen SSR fand die Deportation der Deutschen im Sommer 1945 statt. Vgl. hierzu AIGI RAHI-TAMM: Deportation und Verfolgung in Estland 1939–1953, in: Vom Hitler-Stalin-Pakt bis zu Stalins Tod (wie Anm. 3), S. 211–237.

³³ Sondermitteilung Berjias (wie Anm. 31), in: Лубянка (wie Anm. 8), S. 488.

nen Bericht schoss Berija mit der üblichen Formulierung, dass „die Arbeit zur Säuberung des Territoriums der Lettischen SSR fortgesetzt“ wird.³⁴

Die folgende Tabelle gibt die quantitativen Ergebnisse der Aktionen zur Unterdrückung des Widerstands wider, die Ende 1944 unter Leitung der hohen Funktionäre aus Moskau (Merkulov, Kruglov) durchgeführt worden waren.

– **Tabelle 2.** *Resultate der „Säuberungsaktionen“ der Sicherheitsorgane in der Estnischen, Lettischen und Litauischen SSR (November 1944 – Januar 1945)*

Kategorien der Verhafteten	Estnische SSR (Stand 14.11.1944)	Lettische SSR (Stand 20.01.1945)	Litauische SSR (Stand 01.01.1945)
Agenten gegnerischer Aufklärungs- und Gegenaufklärungsorgane	48	625	449
Mitarbeiter gegnerischer Aufklärungs- und Gegenaufklärungsorgane	97	379	26
Mitglieder von estnischen, lettischen, litauischen nationalistischen Organisationen	421	479	1 007
Verräter, deutsche Komplizen und Handlanger	206	2 721	5 456
Mitglieder der Bandenformierungen und ihre Handlanger	-	376	543
Verschiedene antisowjetische Elemente	344	643	992
Insgesamt	1 116	5 223	12 449

Quelle: Sondermitteilung Berijas (wie Anm. 31), S. 486f.; Mitteilung des Volkskommissars für Staatssicherheit der UdSSR Merkulov an das Staatliche Verteidigungskomitee der UdSSR, 14.11.1944, in: *Органы* (wie Anm. 8), S. 589; Bericht der Volkskommissare der Litauischen SSR für Sicherheit und Inneres, Bartasiūnas und Guzevičius, an den Volkskommissar der UdSSR für Inneres, Berija, 5.1.1945, in: *НКВД-МВД СССР* (wie Anm. 8), S. 230.

Der Umfang der gegen den Widerstand gerichteten Aktionen wird unter anderem durch die Anzahl der Gefängnisinsassen deutlich. Noch am 10. November 1944 gab es in estnischen Gefängnissen insgesamt gerade einmal 202 Insassen, nach der „Massenverhaftung der konterrevolutionären Elemente“ in den letzten Monaten des Jahres waren die Haftanstalten Anfang 1945 allerdings schon zum Bersten voll. Am 1. Januar gab es insgesamt 4 218 Häftlinge, von denen 2 378 im Tallinner Gefängnis saßen, das

³⁴ Ebenda, S. 490.

für 1 300 Gefangene gedacht war. Im Tartuer Gefängnis, das 415 Plätze besaß, waren zur selben Zeit 855 Personen untergebracht. Während in der gesamten Sowjetunion die Überbelegung der Gefängnisse Anfang 1945 134 % betrug, lag diese Quote in der Litauischen und Lettischen SSR bei 141 % bzw. 198 % (9 578 bzw. 3 193 Insassen) und in der Estnischen SSR bei 137. Insgesamt befanden sich in den Gefängnissen der drei baltischen Sowjetrepubliken 16 989 Gefangene, die somit immerhin 6,2 % der Gesamtzahl aller Gefangenen in der Sowjetunion stellten.³⁵

Einiges kann man auch aus den Angaben über die so genannte Behördenzuständigkeit der Gefangenen herauslesen (siehe Tab. 3). Hier sieht man, welche Institutionen mit der „Säuberung“ der Gesellschaft beschäftigt waren und wie groß ihr Anteil an den durchgeführten Repressionen war. In der Estnischen und Lettischen SSR war in den letzten Monaten des Jahres 1944 der Haupttäter das NKGB, während man in Litauen, wo deutlich mehr Personen betroffen waren, das NKVD als solchen bezeichnen muss.

– **Tabelle 3.** Die Strafgefangenen in den Gefängnissen der Sowjetunion und den baltischen Sowjetrepubliken nach Behördenzuständigkeit (Stand 1. Januar 1945)

Gliederung der Gefangenen nach Behörden	UdSSR	Litauische SSR	Lettische SSR	Estnische SSR
NKGB	19 675	2 227	1 221	2 860
Smerš	3 077	167	55	163
NKVD	22 564	4 246	579	204
Miliz	34 358	330	96	126
Staatsanwaltschaft	4 844	562	319	218
Gerichte	26 227	298	181	102
Sonderkonferenz	6 296	80	26	1

Quelle: КОКУРИН, Тюрмы НКВД (wie Anm. 32), S. 188f.

Für die Organisation des Kampfs gegen den bewaffneten Widerstand und die dabei erzielten Resultate wurden die Beteiligten mit hohen staatlichen Auszeichnungen belohnt. 1944 und Anfang 1945 bekamen insgesamt

³⁵ АЛЕКСАНДР КОКУРИН: Тюрмы НКВД Латвии, Литвы и Эстонии (1944–1953 гг.) [Die Gefängnisse des NKVD in Lettland, Litauen und Estland (1944–1953)], in: Padomju okupācijas režīms Baltijā 1944–1959. gadā: Politika un tās sekas. The Soviet occupation regime in the Baltic States 1944–1959. Policies and their consequences. Materials of an international conference, 13–14 June 2002, Riga, Riga 2003, S. 185–192, hier S. 188f.; Bericht des Volkskommissars der ESSR für Inneres, Resev, an den Volkskommissar der UdSSR für Inneres, Berija, Januar 1945 (ungenau datiert), in: ERAF, 17/1SM-1-8, Bl. 97–98.

4 327 Einsatzkräfte für die Unterdrückung des bewaffneten Widerstands in der Ukraine, in Weißrussland und im Baltikum eine staatliche Auszeichnung überreicht.³⁶

Moskaus Sicherheitsbevollmächtigte

Die zentralen Figuren in den 1944 gebildeten wichtigen Kontrollinstrumenten Moskaus – den Büros der Sowjetrepubliken – waren die Bevollmächtigten der Sicherheitsorgane (NKVD und NKGB). In Estland bekleidete diese Stelle zunächst, ab dem 22. November, Nikolaj Sazykin, der im September 1945 von Nikolaj Gorlinskij abgelöst wurde.³⁷ Die Tatsache, dass solche im Zentralapparat der Sicherheitsorgane hoch geschätzte Personen zu Bevollmächtigten des Büros ernannt wurden, kann als Beleg dafür dienen, dass in der Perspektive des Kremls Estland keineswegs ein zweitrangiges Gebiet war. Zweifellos hat man gehofft, dass die früheren Erfahrungen Sazykins und Gorlinskij bei der Sowjetisierung des Landes nutzbar gemacht werden konnten.

- Nikolaj Sazykin war im Sommer 1941 Volkskommissar der Moldawischen SSR für Staatssicherheit gewesen und hatte dort eine groß angelegte Deportation organisiert. Während des Kriegs war er zunächst Kommandeur einer Spezialabteilung der Südfront, bevor er zum Leiter der 3. Abteilung in der NKVD-Zentrale berufen wurde.

- Nikolaj Gorlinskij hatte seine Erfahrungen in der Ukraine gesammelt, wo er 1938–1940 stellvertretender Volkskommissar für Inneres gewesen war. Später war auch er im Zentralapparat der Sicherheitsorgane tätig.

Sowohl Gorlinskij als auch Sazykin waren Vertrauenspersonen Berijas. So wurden sie nach Stalins Tod 1953 Leiter zentraler Abteilungen des vereinigten Innenministeriums. Zuvor war Gorlinskij kurzfristig (Februar bis April 1949) Sicherheitsminister der Litauischen SSR gewesen und damit verantwortlich für die Durchführung der März-Deportation. Aus Litauen ging er nach Leningrad, wo er die Sicherheitsverwaltung leitete und zu einer der Schlüsselfiguren in der „Leningrader Affäre“ (*leningradskoe delo*) wurde.³⁸ Mit dem Fall Berijas ging zwangsläufig auch die Karriere der beiden Sicherheitsfunktionäre zu Ende.

Auch der Sicherheitsbevollmächtigte des lettischen Büros, Aleksej Babkin (im Amt vom 10. März 1945 – April 1946), hatte Erfahrungen auf Ministerebene sammeln können: Von 1940–1943 war er Volkskommissar

³⁶ Siehe НКВД-МВД СССР (wie Anm. 8), S. 438, 448–452.

³⁷ Zu ihren Biographien vgl. НИКИТА ПЕТРОВ, КОНСТАНТИН СКОРКИН: Кто руководил НКВД 1934–1941 [Wer leitete das NKVD 1934–1941], S. 372f.; КОНСТАНТИН ЗАЛЕСКИЙ: Империя Сталина [Stalins Imperium], S. 122f., 402f.

³⁸ ВЕНЖАМИН ТРОМЛЫ: The Leningrad Affair and Soviet Patronage Politics, 1949–1950, in: *Europe-Asia Studies* 56 (2004), S. 707–729.

der Kasachischen SSR für Inneres und Staatssicherheit und 1944–1945 Leiter der NKGB-Gebietsverwaltung in Čeljabinsk.³⁹

Die Aufgaben des Büro-Sicherheitsbevollmächtigten reichten von Führungsfunktionen bei der Bekämpfung des Widerstands und der Säuberung der Gesellschaft von „feindlichen Elementen“ bis zur Koordination der Arbeit der republikanischen NKVD- und NKGB-Organen. Außerdem musste er die Führung der jeweiligen Sowjetrepublik in Auge behalten und entsprechende Informationen nach Moskau weiterleiten. Ein gutes Beispiel bietet der Sicherheitsbevollmächtigte des litauischen Büros des ZK der VKP(b), Ivan Tkačenko,⁴⁰ der z. B. im Juni 1945 Berija persönlich über die Situation in der Führung der Litauischen SSR informierte – wie regelmäßig dieser oder jener zur Arbeit ging und, was freilich noch wichtiger war, wie widerwillig sich dieser oder jener am Kampf gegen die „antisowjetischen Elemente“ beteiligte. Tkačenko beschwerte sich bei dieser Gelegenheit darüber, dass die Führung der Unionsrepublik sich hinter verschlossenen Türen beraten habe, ohne „russische Genossen“ einzuladen. Gemeint war dabei vor allem der zweite Sekretär der Litauischen KP(b) Aleksandr Isačenko.⁴¹ Zugleich war es Tkačenko nicht entgangen, dass Michail Suslov, der Vorsitzende des litauischen Büros, „wenig arbeitet“, und dass er während der Arbeitszeit oft „bei der Lektüre von Belletristik“ angetroffen worden sei. Zudem habe Suslov die meiste Zeit in Moskau verbracht und kaum einmal eine Reise in die litauische Provinz gemacht.⁴²

Einige Ergebnisse

Seit 1944 war die Kremelführung sowohl aus innen- wie auch aus außenpolitischen Gründen daran interessiert, den bewaffneten Widerstand in der Ukraine, in Weißrussland und im Baltikum so schnell wie möglich zu unterdrücken. Die 1943/44 wiedererrichtete Sowjetmacht konnte sich nicht sicher fühlen, solange dieses Phänomen, das die Sowjetisierung der neu angegliederten Gebiete behinderte, anhielt. Dem Ausland wiederum wollte man in erster Linie die unverbrüchliche Einheit des Imperiums demonstrieren. Daher sollte die bisher in der Literatur vertretene Meinung zumindest hinterfragt werden, der zufolge der Kreml Ende 1944 und Anfang 1945 dem Kampf gegen den bewaffneten Widerstand in den

³⁹ ПЕТРОВ, СКОРКИН, Кто руководил НКВД (wie Anm. 37), S. 97.

⁴⁰ Suslov hatte den Leiter der lokalen Staatssicherheit Tkačenko aus Stavropol mitgenommen.

⁴¹ Sondermitteilung des Bevollmächtigten des NKVD und des NKGB des Litauischen Büros des ZK der KPdSU, Tkačenko an Berija, 19.6.1945, in: Лубянка (wie Anm. 8), S. 528–532.

⁴² Ebenda, S. 532. Zu Tkačenos Tätigkeit vgl.: Lietuva 1940–1990: okupuotos Lietuvos istorija [Litauen 1940–1990: Geschichte des besetzten Litauens], hrsg. von ARVYDAS ANUŠAUSKAS, Vilnius 2005, S. 272ff., 283, 305, 350.

baltischen Sowjetrepubliken keine größere Aufmerksamkeit gewidmet habe.⁴³ Die Führungsspitze in Kreml war über die Ereignisse im Baltikum wohl informiert, schon weil in dieser Zeit mehrere entsprechende Lageberichte auf Stalins Schreibtisch landeten. Vom besonderen Interesse Moskaus zeugt auch die Tatsache, dass allerhöchste Führungskräfte der Sicherheitsorgane – Volkskommissare und deren Stellvertreter – in die drei Sowjetrepubliken entsandt wurden, um dort die zur Unterdrückung des bewaffneten Widerstands notwendigen „Säuberungsaktionen“ zu koordinieren und natürlich auch, um realistische Informationen vor Ort zu gewinnen. Derartige „Konsultationen“ auf einer so hohen politischen Ebene hat Moskau bei der Sowjetisierung anderer Gebiete nicht für notwendig gehalten.

Nach Auffassung der sowjetischen Sicherheitsorgane bestand die Widerstandsbewegung aus zwei verschiedenen Ebenen. Dementsprechend setzte man sich seit 1944 in Estland, Lettland und Litauen gegen den „nationalistischen Untergrund“ sowie gegen die mit ihm verbundenen „Banden“, d. h. gegen den bewaffneten Widerstand, zur Wehr. Aufgabe des NKBG war es dabei, die höhere Ebene, also die Organisationsstrukturen zu vernichten, während das NKVD für die Liquidation des von diesen illegalen Strukturen gegründeten bzw. geleiteten bewaffneten Widerstands zuständig war. Moskau hatte zudem kein Vertrauen zu den lokalen Abteilungen für den Kampf mit dem Banditentum der Innenkommissariate der Sowjetrepubliken, weshalb es sie zur Zusammenarbeit mit den zentralen Sicherheitsorganen zwang. Eines der Resultate dieser Kooperation waren die schon 1944 in Litauen begonnenen Gemeinschaftsoperationen von NKGV und NKVD unter Leitung der Sicherheitsemissäre aus Moskau. Im Jahr darauf wurde diese Kampfmethode auch in Estland und Lettland eingeführt. Natürlich war diese Vorgehensweise nicht auf die baltischen Sowjetrepubliken beschränkt, sondern hatte schon zuvor in den westlichen Gebieten der Ukraine und Weißrusslands Anwendung gefunden. Die aufgezwungene Kooperation sorgte dabei nicht allein für Konkurrenz zwischen den Volkskommissariaten für Inneres und für Staatssicherheit, sondern auch für gegenseitige Anschuldigungen. Nimmt man eine längere Perspektive in den Blick, lässt sich ohne weiteres behaupten, dass schon 1944 die Grundlagen für einen Prozess gelegt wurden, in dem die Bekämpfung des bewaffneten Widerstands Schritt für Schritt aus der Zuständigkeit des Volkskommissariats (bzw. des späteren Ministeriums) für Inneres in diejenige der Sicherheitsorgane überging. Seinen Abschluss fand dieser Prozess 1947 mit der Übergabe der Abteilungen für den Kampf gegen das Banditentum vom NKVD MVD an das NKGB MGB.

Moskau hatte auch kein Vertrauen zu den lokalen Kadern, weshalb 1944 zahlreiche Einsatzkräfte aus Moskau, Leningrad und anderen innersowjetischen Regionen den NKVDs und NKBGs der baltischen Sowjetrepubliken

⁴³ ЗУБКОВА, Прибалтика и Кремль (wie Anm. 4), S. 224f.

zugeteilt wurden. Unter Leitung dieses Personals wurden die vorgesehenen Maßnahmen zur Bekämpfung des bewaffneten Widerstands ergriffen und aktiv umgesetzt. Obwohl die meisten von ihnen nach einiger Zeit auf ihre früheren Dienststellen zurückkehrten, blieben einige von ihnen in den baltischen Sowjetrepubliken, wo sie führende Positionen in den Organen für Inneres und Staatssicherheit übernahmen. Sie spielten eine zentrale Rolle bei der Durchführung der Repressionen der Nachkriegsjahre.

Als lokale Vertreter Moskaus fungierten in erster Linie aber die Sicherheitsbevollmächtigten der 1944 gegründeten Büros der Sowjetrepubliken beim ZK. Bis diese Büros 1947 aufgelöst wurden, waren die unionsrepublikanischen Volkskommissare (bzw. Minister) für Inneres und für Staatssicherheit sowohl formell als auch praktisch Moskaus Sicherheitsbevollmächtigten unterstellt und mussten eigene Initiativen mit ihnen abstimmen.

Die prinzipielle Entscheidung für die massive Anwendung von Gewalt, die von der Sowjetmacht 1944 für die Bekämpfung des Widerstands auf verschiedenen Ebenen getroffen worden war, hatte für längere Zeit Bestand. Zu den wesentlichsten Methoden in den baltischen Sowjetrepubliken gehörten dieselben militärischen und tschekistischen Operationen, die auch bei der Niederwerfung des bewaffneten Widerstands in den westlichen Regionen der Ukrainischen und Weißrussischen SSR angewandt wurden.

So setzten die Behörden in dieser Auseinandersetzung bis 1953 ausschließlich auf Gewalt. Allerdings war auf lange Sicht die 1944 getroffene Wahl ungünstig, denn sie hat nicht dazu beigetragen, die gesetzten Ziele zu erreichen. Nicht einmal das kurzfristige Ziel, die Liquidation des bewaffneten Widerstands, konnte bis 1945 erreicht werden. Dieser Kampf verlangte über Jahre hinweg – vor allem in Litauen – zahllose Opfer. Nach Stalins Tod gab Berija zu, dass es ein Fehler gewesen sei, in der Nachkriegszeit einzig auf Gewalt zu setzen. Nun plädierte er dafür, die Bekämpfung des mittlerweile stark geschwächten Widerstands in der westlichen Peripherie des Imperiums auf eine neue Grundlage zu stellen.⁴⁴

⁴⁴ Siehe Tõnu TANNBERG: Die Pläne Moskaus für Estland im Sommer 1953, in: Vom Hitler-Stalin-Pakt bis zu Stalins Tod (wie Anm. 3), S. 282-295; DERS. [Тõну ТАННБЕРГ]: Новый курс Л. Берии по подавлению движения сопротивления в Прибалтике и Западной Украине весной 1953 года [L. Berijas neuer Kurs bei der Unterdrückung der Widerstandsbewegungen im Baltikum und in der Westukraine im Frühjahr 1953], in: Tuna. Спецвыпуск по истории Эстонии с 17 по 20 век [Eine Sonderausgabe zur estnischen Geschichte vom 17. bis 20. Jh.], Tartu und Tallinn 2006, S. 192-210.

SUMMARY

Fighting the Forest Brethren. The Baltic Question in the Kremlin at the End of 1944

At the end of 1944 a large-scale Sovietization process took place on the territory of the Baltic States that were reconquered by the Red Army. In the early stages of this process the Kremlin paid close attention to the use of means directed against the guerrilla movement. The Kremlin was interested in the quick crushing of the armed resistance in the Baltic for reasons pertaining to both foreign as well as domestic policy: without suppressing the resistance the Soviet regime could not exert full control over these territories, the conquest could not be considered final. It was also necessary to demonstrate to the world the monolithism of the empire in order to reject the possible accusations of the West. For this reason, in order to suppress any armed resistance, corresponding institutions were at once established (departments combating banditism which were part of the People's Commissariats for Internal Affairs), arrests and "purges" were organised (including also the joint operations of the People's Commissariats for Internal Affairs and for State Security). Moscow did not trust the local cadre and placed numerous security staff from Moscow, Leningrad and from other internal regions of the Soviet Union under the command of Estonian, Latvian and Lithuanian People's Commissariats for Internal Affairs and State Security. The entire process was coordinated by the highest leaders of Moscow's organs of internal affairs and state security – People's Commissars and their primary deputies (Vsevolod Merkulov, People's Commissar of State Security of the USSR, and Ivan Serov, Deputy Commissar of the People's Commissariat for Internal Affairs). This was the only sphere of Sovietization in the Baltic area where Moscow employed this type of high level "counselling". After the so-called process was set into motion, Moscow's local representatives in the matters of state security were security deputies inaugurated as part of the Soviet Buros created in 1944. Until 1947 when these Buros were dissolved, the People's Commissars/Ministers of Internal Affairs and State Security were in essence subordinate to Moscow's security deputies and the Commissars had to bring their actions into line with them. After 1947, Moscow's direct control somewhat diminished also in the questions of state security. The process against the guerrilla movement that begun during the final months of 1944 was also important because at that time the main directions of the activities of Soviet power to suppress the resistance movement on different levels – primarily the commitment to large-scale repressions – were set for a long time. In the crushing of the armed resistance the main method of this course of action was carrying out the so-called military-Chekist operations. The use of these types of

Die baltische Frage im Kreml Ende 1944

unified methods by the organs of internal affairs and state security was characteristic of suppressing the armed resistance movements in the Baltic area, the western Ukraine and western Belarus. The brutal opposition continued in the Baltic area until Stalin's death.

Die Darstellung der „Juniwende“ vom 21. Juni 1940 in der sowjet- estnischen Presse 1945–1960

VON TIJU KREEGIPUU

Der Vergangenheit wird von der Gesellschaft stets eine bestimmte Rolle und Funktion zugewiesen. In der Sowjetzeit diente die Geschichte zweifellos als Waffe der Propaganda und Mittel der Erziehung. Die Ideologie, mit deren Hilfe die Vorherrschaft der kommunistischen Partei und die Überlegenheit des sowjetischen Systems belegt werden sollte, formte aus der Sowjetunion und dem ganzen durch den Eisernen Vorhang vom Westen abgeschirmten Ostblock eine Einheit und schloss alle Abweichungen und Zweifel am kommunistischen Regime aus. Deshalb wurde diese Ideologie nicht nur zur direkten Kontrolle und der damit verbundenen Repression, sondern auch als permanentes Druckmittel genutzt, um das Volk von den Vorzügen der Loyalität zu überzeugen. Dahinter steckte der Wunsch der Machthaber, im Vielvölkerstaat UdSSR ein homogenes sowjetisches Volk zu schaffen. Jedes Individuum des Imperiums sollte sich in erster Linie als Sowjetmensch und nicht z. B. als Este, Lette oder Ukrainer fühlen. Ein wichtiges Instrument bei der Konstruktion dieses *Homo sovieticus* war die Formung und Durchsetzung einer uniformen Geschichtsauffassung und eines einheitlichen Erinnerungs- und Interpretationsmodells.

Damit war die Geschichtsinterpretation ein wichtiges Instrument der Macht, das dazu dienen sollte, die bisherigen nationalen Identitäten durch eine sowjetische zu ersetzen. Auch in Estland begann man gleich nach der sowjetischen Inkorporation damit, die nationalen Traditionen aggressiv zu zerschlagen. Alle bisher verwurzelten Bindungen an die Vergangenheit sollten durchtrennt werden, während die Knotenpunkte auf der Werteskala der Vergangenheitsauslegung neu definiert wurden. Somit war ein neues Geschichtsmodell durchzusetzen, in dem die nationalen historischen Narrative und Interpretationen durch eine Interpretation der Vergangenheit zu ersetzen waren, die dem offiziellen marxistischen Schema folgte. Dabei glichen die theoretischen Rahmenbedingungen, der ideologische Hintergrund und die praktischen Mittel, welche bei der Durchsetzung der sowjetischen Geschichtskonzeption in Estland eingesetzt wurden, denjenigen, die in Lettland und Litauen, aber auch in anderen Sowjetrepubliken und den Ländern Osteuropas Anwendung fanden.¹ Für das hier

¹ Vgl. dazu, wie die Geschichte in Lettland und Litauen für die Zwecke der Sowjetmacht benutzt wurde, ALEKSANDRS IVANOV: *Sovietization of Latvian Historiography*

oktroyierte sowjetische Geschichtsmodell war charakteristisch, dass es axiomatisch nur die eine und damit „richtige“ Geschichtsauffassung zuließ. Da der ideologische Gehalt eines historischen Texts vom Staat einheitlich bestimmt wurde, waren der Freiheit des Historikers in der Auswahl seiner Fakten, bei der Akzentsetzung, dem Stil und in der Art des Narrativs enge Grenzen gesetzt. Die Ideologie war Bestandteil jeder einzelnen Studie, doch hob sich diese häufig befremdlich und unangebracht anmutende ideologische Botschaft paradoxerweise klar vom restlichen Text ab. Somit bildeten die ideologischen Passagen keine homogene Einheit mit dem übrigen Text, wodurch letztere (unbeabsichtigt?) ideologisch weniger wirksam wurden. Jaan Undusk hat treffend angemerkt, dass die Moral, soweit sie durchschaubar war, im Grunde auch ignoriert werden konnte.²

Von den Historikern wurde gefordert, nicht nur die Zeitgeschichte bzw. die direkt mit der sowjetischen Zeit verbundenen Ereignisse neu zu interpretieren, sondern die ganze estnische Geschichte umzuschreiben.³ Es ist gleichwohl fraglich, ob man in Bezug auf die Sowjetzeit, besonders aber auf ihre ersten Jahre, tatsächlich von einem derartigen „Umschreiben der Geschichte“ sprechen kann. Enn Tarvel hat darauf hingewiesen, dass während der ersten sowjetischen Jahrzehnte weder theoretisch noch methodologisch grundsätzlich neue Geschichtskonzeptionen ausgearbeitet worden sind. Man bediente sich demgegenüber weiterhin des historischen Narrativs in seiner bisherigen Form, wobei sich aber die Werturteile änderten: Das, was zuvor als positiv beurteilt worden war, wurde nun negativ konnotiert und umgekehrt. Neue Fakten oder Theorien sucht man in den entsprechenden Texten jedoch vergebens.⁴

1944–1959. Overview, in: *The Hidden and Forbidden History of Latvia under Soviet and Nazi Occupations 1940–1991: Selected Research of the Commission of the Historians of Latvia*, hrsg. von VALTERS NOLLENDORFS und ERWIN OBERLÄNDER, Riga 2005, S. 256–355; RÜDIGER RITTER: *Prescribed Identity. The Role of History for the Legitimization of Soviet Rule in Lithuania*, in: *The Sovietization of the Baltic States*, hrsg. von OLAF MERTELSMANN, Tartu 2003, S. 85–110. Zum Vergleich mit anderen Sowjetrepubliken kann die Ukraine dienen: SERHY YEKELCHUK: *Stalin's Empire of Memory. Russian-Ukrainian Relations in the Soviet Historical Imagination*, Toronto u.a. 2004.

² JAAN UNDUSK: *Retooriline sund Eesti nõukogude ajalookirjutuses* [Der rhetorische Zwang in der sowjet-estnischen Geschichtsschreibung], in: *Võim ja kultuur* [Macht und Kultur], hrsg. von ARVO KRIKMANN und SIRJE OLESK, Tartu 2003, S. 41–68, hier S. 42f.

³ Zu den neuen Inhalten, dem Rahmen und der institutionellen Basis der Geschichtswissenschaft vgl. ANTS VIIRES: *Eesti ajalugu stalinistlikus haardes* [Estnische Geschichte in der stalinistischen Zange], in: *Tuna* 2003, Nr. 1, S. 32–47; АНТС ВИЙРЕС: *История Эстонии в сталинских тисках* [Estnische Geschichte in der stalinistischen Zange], in: *Tuna. Спецвыпуск по истории Эстонии с 17 по 20 век* [Tuna. Sonderausgabe zur estnischen Geschichte des 17.–20. Jahrhunderts], hrsg. von TÕNU TANBERG und OTT RAUN, Tartu und Tallinn 2006, S. 157–172.

⁴ ENN TARVEL: *Kas ajalugu saab kirjutada objektiivselt?* [Kann man Geschichte objektiv schreiben?], in: *Tuna* 2005, Nr. 3, S. 4–9, hier S. 7; ЭНН ТАРВЕЛ: *Можно*

Zu den axiomatischen Konzeptionen für sowjet-estnische Historiker gehörten der „Klassenkampf“, die „estnisch-russische Völkerfreundschaft“ sowie der „historische Gegensatz zu den Deutschen“.⁵ Diese Konzepte wurden als Rahmen für die historische Wissenschaft verstanden, der von den Historikern forschend auszufüllen war. Somit war Geschichte entsprechend der vorgegebenen Muster gleichsam von oben nach unten zu schreiben. Um das Ganze überzeugender zu gestalten, suchte man sich diejenigen Aspekte der estnischen Vergangenheit heraus, die mit den genannten Konzeptionen in Einklang zu bringen waren und nicht nur dem Geist der sowjetischen Geschichtstheorien entsprachen, sondern darüber hinaus auch für die estnische Bevölkerung als akzeptabel gelten konnten. Hierzu gehörte z. B. die schon in den 1920er Jahren zum Rückgrat des estnischen nationalen historischen Gedächtnisses gewordene Konzeption vom Kampf der Esten gegen die Deutschen von alters her, die besonders im Kontext des Zweiten Weltkrieges an Bedeutung noch gewann. Die Betonung der „historischen Freundschaft“ zwischen den Esten und den Russen wirkte da schon etwas künstlicher, war allerdings in der estnischen Historiographie auch nicht ganz neu – gewisse Parallelen zur älteren, aus slawophiler Feder stammenden Richtung in der Erforschung der Geschichte der Esten und Letten, die stets den inneren Drang der baltischen Bauern betont hatte, sich der Orthodoxie anzuschließen und mit der „großen russischen Familie“ zu verschmelzen, waren durchaus vorhanden.⁶

Besonders fremd aber war das Konzept des Klassenkampfes, welches daher auch künstlicher als andere Axiome wirkte, doch aus ideologischen Gesichtspunkten von wesentlicher Bedeutung war. Es war nicht leicht, die Geschichte der estnischen Werktätigen als Geschichte eines Klassenkampfes zu präsentieren: Trotz der ideologischen Richtlinien gelang es nicht, die Existenz eines zahlenmäßig starken und klassenbewussten kämpferisch-revolutionären Proletariats in die estnische Geschichte hineinzuschreiben. Dennoch versuchte man in der sowjetischen Historiographie das Motiv des Klassenkampfes zu verfolgen. Zu diesem Zweck stellte man vor allem das Gegeneinander verschiedener gesellschaftlicher Klassen sowie den unvermeidlichen Konflikt zwischen Kapitalismus und Sozialismus heraus.⁷

ли писать историю объективно? [Kann man Geschichte objektiv schreiben?], in: Tupa. Спецвыпуск (wie Anm. 3), S. 8-14, hier S. 11f.

⁵ VIIES, Eesti ajalugu (wie Anm. 3), S. 38.

⁶ МАРЕК ТАММ: Monumentaalne ajalugu. Mida me mäletame Eesti ajaloost? [Die monumentale Geschichte. An was erinnern wir uns aus der estnischen Geschichte?], in: Vikerkaar 2003, Nr. 10/11, S. 60-68, hier S. 64. Siehe auch TIIT ROSENBERG: Die russische baltische Historiographie in der zweiten Hälfte des 19. und Beginn des 20. Jahrhunderts, in: Estland und Russland. Aspekte der Beziehungen beider Länder, hrsg. von OLAF MERTELSMANN, Hamburg 2005 (Hamburger Beiträge zur Geschichte des östlichen Europa, 11), S. 77-108.

⁷ Siehe auch ВИКТОР МААМÄGI, АРТУР ВАССАР: Kümme aastat ajalooteadust Nõukogude Eestis [Zehn Jahre Geschichtswissenschaft in Sowjet-Estland], in: Nõukogude teaduse arengust Eesti NSV-s 1940–1950 [Über die Entwicklungen

Obwohl eigentlich die ganze estnische Geschichte umzuschreiben war, waren die Ereignisse um die Errichtung der Sowjetmacht in Estland von besonderer Wichtigkeit. So wurde zwar der Beginn des Sowjetisierungsprozesses auf die Tage der Oktoberrevolution 1917 gelegt, doch markierte nach sowjetischer Auffassung die so genannte Juniwende am 21. Juni 1940 den entscheidenden Umsturz – der Tag, den die heutige Geschichtsschreibung mit der Okkupation Estlands, der führenden Rolle Andrej Ždanovs beim Regierungswechsel und den prosowjetischen Demonstrationen unter bewaffnetem Beistand der Roten Armee verbindet. Durch die Ereignisse dieses Tages wurde demgegenüber in der sowjetischen Historiographie die Sowjetmacht als Volksmacht legitimiert.

Es brauchte mehrere Versuche, um die Geschehnisse des 21. Juni endgültig an das Muster des sowjetischen Geschichtsbilds anzupassen. Mit der Zeit bildete sich eine Art „Junimythos“ heraus, demzufolge die im Juni 1940 erfolgte sowjetische Okkupation und die spätere Annexion als Willensausdruck des estnischen Volks dargestellt wurde, als eine Revolution, die sich einzig aufgrund der inneren Gegensätze der estnischen Republik entwickelt habe, ohne dass die Sowjetunion sich hätte direkt einmischen müssen. Dabei wurden die äußeren Umstände der Ereignisse sowie zahlreiche Details verschwiegen.⁸

Im Folgenden wird versucht, einen Überblick darüber zu geben, wie die sowjet-estnische Presse, d. h. in erster Line die zentrale Zeitung der Kommunistischen Partei Estlands (KPE), „Rahva Hää!“ (Stimme des Volkes), in den Jahren 1945–1960 das historische Bild der Juniwende geprägt hat. In diesen Jahren wurde die sowjet-estnische Geschichtskonzeption ausgearbeitet, wobei jeder Ansatz, die nationalen Traditionen weiterzupflegen, unterdrückt wurde, und man alle Möglichkeiten prüfte, das Schema des Historischen Materialismus auf die estnische Geschichte anzuwenden. Während dieser Zeit gab es Debatten darüber, wo bei der Darstellung des Juniumsturzes die Schwerpunkte zu setzen waren und welche allgemeine Bedeutung ihm beigemessen werden sollte. Unter anderem ging es darum, ob es sich dabei um eine „sozialistische Revolution“ oder bloß um die Vorstufe einer so genannten „Volksrevolution“ gehandelt habe. Zudem stritt man um die Rolle, die den damals aktiven Personen sowie der Kommunistischen Partei und der Roten Armee beizumessen sei. 1960 gab man schließlich zwei umfangreiche Sammelbände mit Dokumenten und Erinnerungen über die Ereignisse von 21. Juni heraus. Nun hatte sich offen-

der sowjetischen Wissenschaft in der Estnischen SSR 1940–1950], Tallinn 1950, S. 11–42.

⁸ ANDRES ADAMSON: 1940. aasta juunisündmuste ajaloolisest seletusest Eestis aastail 1940–1989. Magistritöö [Über die historische Erklärung der Ereignisse im Juni 1940 in Estland 1940–1989. Magisterarbeit], Tartu 1994, S. 3 (Manuskript in der UB Tartu).

sichtlich ein Kanon für die zukünftige „wahre“ Darstellung der Ereignisse herauskristallisiert.⁹

* * *

Die Ereignisse vom 21. Juni 1940 wurden jedes Jahr an diesem Tag in „Rahva Hääl“ erörtert – wenn am 21. keine Zeitung erschien, dann fand sich mit Sicherheit am 20. oder 22. ein entsprechender Text in der Zeitung. Allein die Ausgabe vom 21. Juni 1950 durchbrach diese ansonsten so stoisch verfolgte Tradition, denn in ihr wurden die gerade zehn Jahre zurückliegenden Ereignisse mit keiner Silbe gewürdigt. Stattdessen füllte Josif Stalin mit seinem Aufsatz „Der Marxismus und die Fragen der Sprachwissenschaft“ die ganze Zeitung. Der 21. Juni wurde erst am 22. und 23. Juni in „Rahva Hääl“ gewürdigt, während in der Tartuer Zeitung „Edasi“ (Vorwärts) die Ereignisse von 1940 wie üblich am 21. Juni thematisiert wurden und Stalins Aufsatz erst am nächsten Tag erschien. Deutlich wird hieran, dass die ideologisch bedeutsamste und am meisten kontrollierte Zeitung als erste über die ideologisch wichtigsten Themen berichten sollte. Die in der Hierarchie folgenden Zeitungen waren nicht befugt, entsprechende Themen zu erörtern, bevor sie nicht in der wichtigsten Zeitung der Sowjetrepublik diskutiert worden waren.

Von 1945–1960 erschienen in „Rahva Hääl“ 25 Artikel über den 21. Juni 1940. Von ihrem Genre her kann man sie als historische Schilderungen bezeichnen, wobei jeweils wenigstens ein Drittel des Textes die Gesellschaftsordnung, die ökonomischen Bedingungen und die Machthaber der Republik der Zwischenkriegszeit anschwärzte, während ein etwa gleich großer Abschnitt die aktuellen Verhältnisse und die sozialistische Ordnung pries. Den übrigen Platz nahm in der Regel eine recht knapp gehaltene Schilderung der Ereignisse vom 21. Juni ein. Ab 1956 wurden diese unpersönlichen Beschreibungen nach und nach durch Erinnerungen von Augenzeugen ersetzt. Damit änderte sich auch der Stil der Artikel, denn von nun an fielen die Ausführungen zu diesem historischen Tag dank der Erinnerungen viel persönlicher und emotionaler aus. Außerdem konnte man nun auch Abweichungen von den Dogmen und eingefahrenen Klischees beobachten.

Die Ähnlichkeiten in Aufbau und Stil dieser Artikel erklärt sich durch die einheitlichen Anforderungen an die Rhetorik sowie die Darstellungs- und Argumentationsweise, der die Verfasser verpflichtet waren. Zudem war der Kreis der Autoren, die vergleichbare Artikel schrieben, recht klein.

⁹ 1940. aasta sotsialistlik revolutsioon Eestis: dokumente ja materjale [Die sozialistische Revolution von 1940 in Estland: Dokumente und Materialien], hrsg. von VIKTOR MAAMÄGI, Tallinn 1960; Saabus päev: 1940. aasta revolutsioonilistest sündmustest osavõtjad jutustavad [Es kam der Tag: Die Teilnehmer an den Revolutionsereignissen des Jahres 1940 erzählen], hrsg. von M. TEDER, Tallinn 1960.

Während des Zweiten Weltkriegs wurden in der UdSSR Texte über den 21. Juni (nicht nur in der Presse) zumeist von Partei- und Staatsfunktionären, aber nicht von professionellen Historikern verfasst¹⁰ – eine Praxis, die auch in den ersten Nachkriegsjahren fortgesetzt wurde. So gehörten die Autoren der Beiträge über den Verlauf und die Bedeutung dieses Tages in „Rahva Hääl“ vom 21. Juni 1945 zur estnischen politischen Führungsriege: Nikolai Karotamm (Erster Sekretär des ZK der KPE[b]), Eduard Päll (ZK-Sekretär für Propaganda und Agitation), und Johannes Vares (Vorsitzender des Präsidiums der Obersten Sowjet der Estnischen SSR). Dass es die höchsten estnischen Funktionäre waren, die bei dieser Gelegenheit die Juniereignisse schildern durften, kann als Beleg für die These gewertet werden, dass solche Beiträge in den ersten Jahren der Sowjetzeit vor allen Dingen das neue Regime absichern sollten. Als später mehrere Akteure des Juni 1940 in Ungnade gefallen waren und man schon auf Parteihistoriker zurückgreifen konnte, die im Netzwerk der sowjetischen historischen Institutionen verankert waren, wurde es zur Regel, professionelle Historiker damit zu betrauen, den 21. Juni zu preisen – Professionalität war dabei jedoch eher ein Hinweis auf das Amt und nicht auf die Ausbildung. Unter diesen Autoren war es vor allem Joosep Sa a t, der hierzu auserkoren wurde und sechs Mal aus diesem Anlass in „Rahva Hääl“ publizieren durfte.¹¹

Die sowjetische Ideologie verlangte eine neue Sprache, in der die Wörter nicht dem entsprachen, was sie eigentlich ausdrückten. Die Beziehung zwischen dem Bezeichnenden (*significant*) und dem Bezeichneten (*signifié*) verwandelte sich in ihr Gegenteil.¹² Françoise Thom hat für die Sprache des Kommunismus den treffenden, auf George Orwell zurückgehenden Begriff „Newspeak“ benutzt, weil ihre Struktur absolut einheitlich war und ihre Ausdrucksweise ein Monopol auf die Wahrheit beanspruchte.¹³ Die sowjetische Historiographie entwickelte eine neue „Wissenschaftssprache“, in der Begriffe wie „Kampf“, „Marxismus“, „Formation“, „Klasse“, „Proletariat“, „Revolution“ usw. zu Schlüsselwörtern wurden.¹⁴ Durch den Sprachgebrauch wollte man das eigene Geschichtsbild glaubwürdiger machen und die eigenen ideologischen Werte durchsetzen. Deshalb macht es Sinn, für das Verständnis der Mechanismen, mit Hilfe derer die

¹⁰ ADAMSON, 1940. aasta juunisündmuste ajaloolisest seletusest (wie Anm. 8), S. 25.

¹¹ Zu dieser Zeit war Joosep Saat (1900–1977) schon ein verdienter Parteihistoriker. Sein Interesse für die Geschichte entwickelte sich in der Gefangenschaft in Estland (1924–1938); als die Sowjets an die Macht kamen, bekam er eine Stelle im Institut für Parteigeschichte des ZK der KPE und wurde 1951 zum Mitglied der Akademie der Wissenschaften gewählt. Er publizierte zudem sowohl vor als auch nach 1953 zum Thema des 21. Juni.

¹² MORTEN THING: The Signs of Communism – Signs of Ambiguity: Language and Communism, in: Communism. National & International, hrsg. von TAUNO SAARELA und KIMMO RENTOLA, Helsinki 1998 (Studia Historica, 58), S. 241–257, hier S. 244.

¹³ FRANÇOISE THOM: Newspeak. The Language of Soviet Communism, London und Lexington 1989, S. 14.

¹⁴ IVANOV, Sovietization of Latvian Historiography (wie Anm. 1), S. 261.

neuen Machthaber ihre Ideologie durchsetzten, Methoden der wissenschaftlichen Textanalyse heranzuziehen; einer der möglichen Ansätze ist dabei die verschiedene Anknüpfungspunkte bietende Diskursanalyse.¹⁵

In erster Linie musste der 21. Juni 1940 selbst mit einem möglichst wichtig klingenden Namen herausgehoben werden. Diese Bezeichnung, die im Grunde bereits der ganzen Konzeption eine ideologische Richtung gab – die „Juniwende“ –, war das Resultat konstruierender Strategien. Dabei fällt auf, dass in den Texten über den 21. Juni 1940 vorwiegend eine Nominalisierung, d. h. die Verwendung von Verbalsubstantiven erkennbar ist. Norman Fairclough zufolge gehen bei dieser Technik Zeit und Modalität der Ereignisse verloren und auch die Akteure bleiben oft unerwähnt; die Nominalisierung abstrahiert und kreiert Zusammenhänge zwischen dem einen konkreten Ereignis und anderen ähnlichen.¹⁶ In den analysierten Texten wird für die Ereignisse des 21. Juni am häufigsten das Wort „Juniwende“ (*juunipööre*) benutzt. Darüber hinaus werden auch viele Verbalsubstantive gebraucht, die im Estnischen auf *-mine* enden: „Machtergreifung“ (*võimuhaaramine*), „Sturz“ (eig. „das Stürzen“: *kukutamine*), „Regierungswechsel“ (*valitsuse vahetumine*) usw. Dieser Prozess der Nominalisierung, in dessen Folge die Ereignisse abstrahiert und die Akteure quasi eliminiert wurden, erreichte seinen Höhepunkt in den frühen 1950er Jahren, als die stalinistische Ideologie in voller Blüte stand; er nahm erneut in ähnlicher Weise zu während einer neuen Russifizierungswelle am Beginn der 1980er Jahre.¹⁷

Um die Veränderungen anzuzeigen, die der Juni 1940 gebracht hatte, kamen vorzugsweise Worte in Gebrauch, die von *pööramine* (das Wenden, Umwälzen) abgeleitet waren – schon 1940 wurde in diesem Zusammenhang der Begriff *pööripäev* (wörtlich: Wendetag) genutzt, der auch auf die kalendarisch nahe Sommersonnenwende hinwies.¹⁸ Seit 1946 findet sich vornehmlich der erwähnte Begriff *juunipööre* (Juniwende). Diese Bezeichnung, die weder etwas darüber aussagt, wer gewendet hat, noch darüber, was gewendet wurde – was auch auf die davon abgeleiteten *pöördelised*

¹⁵ Eine Studie über die estnische Historiographie während der Sowjetzeit mit Hilfe der Diskursanalyse liefert PERTTI GRÖNHOLM: Jutustus ja argumentatsioon: diskursianalüüs nõukogude ajalookirjutuse kriitilises lähivaates [Erzählung und Argumentation: Die Diskursanalyse in der kritischen Nahaufnahme der sowjetischen Historiographie], in: Ajaloolise tõe otsingul [Auf der Suche nach historischer Wahrheit], Bd. 2, hrsg. von ENN TARVEL, Tallinn 2000, S. 7-39.

¹⁶ NORMAN FAIRCLOUGH: *Analysing Discourse. Textual analysis for social research*, London und New York 2003, S. 143f.

¹⁷ KRISTA KERGE: Kirjakeele kasutusvaldkondade süntaktiline keerukus [Die syntaktische Komplexität der Verwendungsgebiete der Schriftsprache], in: Tekstid ja taustad. Artikleid tekstianalüüsist [Texte und Hintergründe. Beiträge zur Textanalyse], Tartu 2002 (Tartu Ülikooli eesti keele õppetooli toimetised, 23), S. 29-46, hier S. 37.

¹⁸ Bereits am Folgetag, d. h. in der *Rabva Hääl*-Ausgabe vom 22. Juni 1940, hieß es im Aufruf des Premierministers der neuen Regierung, Johannes Vares-Barbarus, dass „der gestrige Tag von seiner Bedeutung her zum größten Wendetag [*pöördpäev*] in der Geschichte des estnischen Volks“ geworden sei.

sündmused (umwälzende Ereignisse) oder den *pöördepunkt* (Wendepunkt) zutrifft –, setzt sich in der späteren Geschichtsschreibung bis zum Ende der Sowjetzeit fest. Das in diesem Sinne eindeutige *riigipööre* (eig. „Staatswende“, d. h. Staatsstreich) kommt in den analysierten Texten nur ein einziges Mal vor, und zwar in einem Artikel von Joosep Saat aus dem Jahr 1946. Allerdings wurde dieser Begriff, welcher der auf dem Konzept der historischen Kontinuität beruhenden Legitimationsstrategie der Sowjets (hierzu siehe unten) widersprach, in der späteren ausgereiften Rhetorik nicht mehr gebraucht.

Durchgehend schrieb man von „Kundgebungen“ (*meeleavaldused*), „Meetings“ (*miitingud*) und „Volksversammlungen“ (*väljaastumised*), deren Folge der „(historische) Sieg“ gewesen sei. Der Hinweis auf die Kämpfe und den Sturz der alten Ordnung stützte dabei unmittelbar das für die marxistische Geschichtsauffassung wesentliche Dogma des Klassenkampfes. Wurde nur indirekt auf den Klassenkampf hingewiesen, so wurde der 21. Juni mit einem weiteren, äußerst wichtigen Axiom der sowjetischen Historiographie in Verbindung gebracht – dem der proletarischen Revolution.

Dabei stellte sich aber heraus, dass die Bezeichnung der Juniereignisse als „Revolution“ nicht ganz unproblematisch war. Um zu zeigen, dass der Sozialismus in Estland durch eine Revolution auf den Weg gebracht worden war, musste der äußere Faktor verschwiegen werden, sodass die Ereignisse als unvermeidliche Folge lokaler Entwicklungen zu präsentieren waren. Wenn man jedoch alle Fakten, die gegen eine vom Volk initiierte umfassende Revolution sprachen, außen vor ließ, stieß man als Historiker auf verschiedene ideologische Ungereimtheiten innerhalb der sowjetischen Konzeption. Falls die Regierung, die am 21. Juni an die Macht gebracht wurde, den Willen des Volkes vertrat, wieso wurden dann ihre Mitglieder 1950 verurteilt und ihre Taten für „volksfeindlich“ erklärt? Wieso konnte das estnische Volk in so kurzer Zeit (vom sowjetischen Ultimatum am 16. Juni bis zum Regierungswechsel am 21. Juni) reif werden für eine sozialistische Revolution? Ob es sich bei diesen Geschehnissen tatsächlich um eine Revolution gehandelt hat, und wenn ja, in welchem Maße, gehörte zu den Themen, über welche die Historiker Mitte der 1950er Jahre diskutierten. Um die historische Bedeutsamkeit der Juniereignisse etwas herunterzuschrauben, bediente man sich schließlich der so genannten Theorie der zwei Revolutionen: Nun durfte man die Ereignisse des 21. Juni zwar als „Revolution“ betrachten, doch hatte man davon auszugehen, dass es nur eine *Volksrevolution* und keine echte, eine neue Ordnung schaffende *sozialistische Revolution* gewesen war.¹⁹

Der Begriff „Revolution“ erschien in „Rahva Hääl“ erstmals 1950, als der 21. Juni noch zum Beginn einer sozialistischen Revolution erklärt wurde.

¹⁹ ADAMSON, 1940. aasta juunisündmuste ajaloolisest seletusest Eestis (wie Anm. 8), S. 55f.

Im Leitartikel von 1955 wurde hingegen bereits auf den Prozesscharakter dieser Form der Revolution hingewiesen:

„1940 wurde eine neue, leuchtende Seite im Leben der estnischen Werktätigen aufgeschlagen. Arbeiter und Bauern nahmen die Macht in ihre Hände. (...) Die revolutionäre Wende des 21. Juni 1940 war der Beginn der Hinwendung unseres Volkes zum sozialistischen Entwicklungsweg.“²⁰

Diese Konzeption, die vorsah, dass die Juniereignisse nur die erste Etappe der sozialistischen Revolution darstellten, wurde auch in späteren Texten häufig genutzt. Erst 1969 wurde diese „Theorie der zwei Revolutionen“ unter professionellen Historikern endgültig aufgegeben.²¹

Ferner wurden bei der Kennzeichnung des 21. Juni Argumentationstechniken benutzt, die man als auf Kontinuität abzielende Makrostrategien bezeichnen kann. Es war wichtig zu zeigen, dass die Ereignisse des 21. Juni eine historische Konsequenz ausdrückten. Man war davon überzeugt, dass die Umstände, welche die neue Regierung an die Macht gebracht hatten, eine *Wiederherstellung* der Sowjetmacht darstellten. Beinahe in allen analysierten Texten wurde direkt oder indirekt – z. B. durch die Erwähnung der „alten Banner der Revolution“ – darauf hingewiesen, dass die Sowjetmacht in Estland schon 1917 errichtet worden sei und die Republik Estland den „natürlichen Entwicklungsweg“ nur unterbrochen habe:

„Der Anfang der Arbeiterbewegung und des Kampfes der Arbeiterklasse in Estland reicht weit in die Vergangenheit zurück. (...) Vor 76 Jahren, im Sommer 1872, brach in Narva, in der Kreenholmer Manufaktur, der erste größere Streik aus. Die Arbeiter fingen an, aktiv für ihre Klasseninteressen zu kämpfen, und 1905 brach im ganzen Land ein bewaffneter Aufstand aus. Zwar wurde dieser unterdrückt, doch nahm der Kampf zu, das politische Bewusstsein der Arbeiterklasse wuchs und mit der Kommunistischen Partei schuf sich das Proletariat seine Avantgarde und seinen Führer im Kampf, der in den Tagen der Großen Oktoberrevolution 1917 das estnische werktätige Volk organisiert zur Errichtung der Sowjetmacht führte. (...) Wie Feuer unter der Asche glühte in den Jahren der bürgerlichen Unterdrückung der Kampf unter Leitung der tief in den Untergrund gedrängten kommunistischen Partei und flammte am 21. Juni in voller Kraft auf.“²²

Da im sowjetischen politischen Diskurs das „Wir“ (*meie*) semantisch mit dem „Volk“ (*rahvas*) gleichgesetzt wurde, offenbart sich die Kategorie „Wir“ wiederum im Begriff „Volk“.²³ Wenn von den Teilnehmern an den

²⁰ Eesti töötajate ajalooline võit (juhtkiri) [Der historische Sieg der estnischen Werktätigen (Leitartikel)], in: Rahva Hääl, 21.6.1955.

²¹ ADAMSON, 1940. aasta juunisündmuste ajaloolisest seletusest Eestis (wie Anm. 8), S. 81.

²² LEMBIT REMMELGAS: 21. juuni [Der 21. Juni], in: Rahva Hääl, 20.6.1948.

²³ ANDREAS VENTSEL: „Meie“ konstrueerimine Eesti poliitilises retoorikas 1940.–1953. a. Magistritöö [Die Kontruktion des „Wir“ in der estnischen politischen Rhetorik 1940–1953. Magisterarbeit], Tartu 2005, S. 87–88 (Manuskript in der UB Tartu).

Ereignissen die Rede war, wurden Nomina und Adjektive benutzt, die zwar auf eine große Zahl hindeuteten, im Grunde aber unkonkret blieben: eine „Menge“ (*hulgad*), eine „breite Masse“ (*laiad hulgad*), die „Volksmenge“ (*rahvamurd*), die „Menschenmasse“ (*rahvamass*), „zahlreiche Menschen“ (*rohkesti rahvast*), unzählige Menschenmengen (*tohutud inimhulgad*). Da die Geschehnisse des 21. Juni als ein revolutionäres Ereignis dargestellt werden sollten, musste auch der Kreis der Beteiligten etwas eingeschränkt werden und konkreter wirken als das allumfassende „Volk“. So wurde der Begriff „Volk“ (*rahvus*) auch selten alleinstehend benutzt; häufiger trifft man auf Kombinationen wie „die Werktätigen“ (*töörabvas*), „die arbeitende Bevölkerung“ (*töötav rahvas*) oder einfach „die Arbeiter“ (*tööliised*). Allerdings beziehen sich diese Formulierungen auf eine ideologisch wichtigere Kategorie als das „Volk“ – nämlich die „Klasse“.

Obwohl es im Allgemeinen schwierig war, in der estnischen Geschichte Aspekte des Klassenkampfes zu finden, hielt man es im Kontext der Ereignisse, die in die Errichtung der Sowjetmacht mündeten, durchaus für möglich, das Thema des Klassenkampfes zu integrieren.²⁴ So wurden die Volksversammlungen und Demonstrationen des 21. Juni als „Sieg der progressiven arbeitenden Bevölkerung über die Bourgeoisie, die Kapitalisten und Imperialisten“ bezeichnet. Da ein Hineinschreiben des wörtlichen Begriffs „Arbeiterklasse“ in die estnische Situation der sowjetischen Ideologie Schwierigkeiten bereitete – schließlich war im Sommer 1940 die Zahl der Arbeiter in Estland gering, und von einem Klassenbewusstsein konnte kaum die Rede sein –, wurde die ideologisch korrekte Kategorie der „Klasse“ mit der des „Volks“ kombiniert; dies geschah sicherlich auch im Bemühen, es der Zielgruppe verständlicher zu machen. So verbreiteten sich die Wendungen „estnisches Arbeitervolk“ (*eesti töötav rahvas*) und „estnische Werktätige“ (*eesti töörahvas*), die als eine Kombination dieser zwei Kategorien gesehen werden können. Die Konzeption des „Volks“, welche zur Umwandlung der traditionell eher *national* zentrierten Mentalität der estnischen Gesellschaft schon seit dem ersten Tag der Sowjetmacht in Gebrauch war, verweist somit in diesem speziellen sowjetischen Diskurs eher auf die Klassen- als auf die ethnische Zugehörigkeit.²⁵

²⁴ Es ist zu bezweifeln, ob „Klasse“ tatsächlich als eine gesellschaftliche Basiskategorie in der sowjetischen Realität gegolten hat, vor allem nach dem Umbruch in der Nationalitätenpolitik in den 1930er Jahren, als man dazu überging, bei der Verbreitung der Ideologie und dem Aufbau des Kommunismus anstelle des Internationalismus die Rolle der Nation (insbesondere der russischen) zu betonen. SHEILA FITZPATRICK: *Ascribing Class. The Construction of Social Identity in Soviet Russia*, in: *Stalinism. New Directions. Rewriting Histories*, hrsg. von SHEILA FITZPATRICK, London 2000, S. 20-46. Andererseits bewahrte die Betonung der „Klassenkonzeption“ und des „Klassenkampfes“ wenigstens in der ideologischen Rhetorik und damit auch in der Geschichte ihre Bedeutung.

²⁵ ANDREAS VENTSEL: *Meie kategooria konstrueerimine Nõukogude eesti poliitilises retoorikas 1940. aasta „juunisündmustest“ kuni 1941. aasta juulini* [Die Konstruktion der Kategorie „Wir“ in der politischen Rhetorik in Sowjet-Estland seit

Um trotzdem den Klassenkampfcharakter der Ereignisse zu betonen, nutzte man den Begriff „Arbeiterklasse“ (*tööliklass*). Dabei stand dieser nur selten alleine, meistens wurde er durch Wendungen wie „mit den Bauern verbündet“ oder „gemeinsam mit den arbeitenden Intellektuellen“ u. ä. ergänzt. Auf die Arbeiterklasse als auslösenden Faktor der Ereignisse wies 1945 z. B. Eduard Päll hin:

„Wir haben allen Grund, die große Bedeutung dieser historischen Ereignisse zur Kenntnis zu nehmen, die darin besteht, dass diese Ereignisse die progressiven Kräfte unserer arbeitenden Bevölkerung von der Bedrückung durch die reaktionären Kräfte befreiten, dass die estnische Arbeiterklasse unter Führung der Kommunistischen Partei Estlands (Bolschewiki) an die Spitze dieser progressiven Kräfte getreten ist.“²⁶

Es war ebenfalls Saat, der 1946 und 1958 eine interessante Konstruktion nutzte: das „Bündnis der (revolutionären) Arbeiterklasse mit der gesamten arbeitenden Bevölkerung“. Dies kann als Hinweis darauf gelesen werden, dass die „arbeitende Bevölkerung“ nicht einfach mit der „Arbeiterklasse“ gleichgesetzt werden konnte.²⁷ Zugleich untergrub diese Konzeption die Vision eines allgemeinen Volksaufstands, da es nur wenige gab, die im strengen Sinne in die Kategorie der „Arbeiterklasse“ fielen. Da es sich bei ihnen nur um Anstifter zur Revolution handelte, und nicht um deren eigentliche Agenten, konnte man nicht von einer wahrhaftigen sozialistischen Revolution sprechen. Diese Widersprüche versuchte man mit der schon erwähnten „Theorie der zwei Revolutionen“ aufzuheben.

Die Ereignisse im Juni 1940 wurden als Ausdruck des inneren Willens und als innigster Wunsch des Volks dargestellt, welches nach der langen Zeit „unter bourgeoisen Druck“, in der es sich nicht äußern konnte, nun aktiv wurde. So musste das Volk im Kontext der Juniereignisse als aktives Subjekt gezeigt werden, das seinen Willen realisiert. Bei der Beschreibung der späteren Geschehnisse und Entwicklungen war dieser Punkt allerdings schon nicht mehr so aktuell, da nun der Volkswille bereits durch die Sowjetmacht repräsentiert wurde. Bei näherer Betrachtung der Verben, die im Zusammenhang mit dem Volk benutzt werden, zeigt sich letzteres als in aggressiver Form aktiv: Das estnische „Volk“ „stand auf“, „forderte“, „entschied“, „siegte“, „eroberte“, „schüttelte das Joch ab“, „nahm sein Schicksal in die eigenen Hände“, „organisierte eine bewaffnete Verteidigung“, „stürzte die bürgerliche Ordnung“, „errichtete die Diktatur

den „Juniereignissen“ 1940 bis Juli 1941], in: Acta Semiotica Estica, Bd. 2, Tartu 2005, S. 82-98, hier S. 89.

²⁶ EDUARD PÄLL: Suure murrangu ajajärk [Die Epoche des großen Umbruchs], in: Rahva Hääl, 21.6.1945.

²⁷ JOOSEP SAAT: 21. juuni pööre Eestis 1940. aastal [Die Wende des 21. Juni in Estland 1940], in: Rahva Hääl, 21.6.1946; JOOSEP SAAT: Eesti kodanluse võimu kriisi ja rahvavõimu kehtestamine [Die Machtkrise der estnischen Bourgeoisie und die Errichtung der Volksherrschaft], in: Rahva Hääl, 21.6.1958.

des Proletariats“, „zerstörte die alte bourgeoise Staatsmaschinerie“, „zerriß die Ketten der Sklaverei“. Der aggressive Ton, der die Aktivitäten des „Volks“ begleitet, sollte letzteres natürlich nicht diskreditieren. Er richtete sich gegen seinen Gegner, das alte Regime: Ihm gegenüber war die sowjetische Rhetorik von totaler Konfrontation gekennzeichnet.

Allerdings wird auch aus den Erinnerungen deutlich, dass der Hass und die Wut des Volks nicht immer als Ausdruck plangemäßen Verhaltens zu sehen waren: „Die Führung des Protestmarschs war bemüht, den Hass des Volkes zurückzuhalten“, schrieb z. B. Oskar Sepre in seinen Memoiren.²⁸ In den Erinnerungen von Aleksander Resev über die Befreiung der politischen Gefangenen, die den Organisatoren der „Revolution“ tatsächlich aus den Händen glitt, zeigt sich deutlich die Ratlosigkeit und Panik unter den Aktivisten, als sie von einer überraschenden Wendung im Lauf der Dinge erfuhren:

„Kaum konnte ich J[ohannes] Lauristin die Geschehnisse in Kadriorg beschrieben, als jemand hastig berichtet, dass einige Gruppen sich aus dem zurückkehrenden Protestzug auf der Narvaer Chausee gelöst haben und sich durch Nebenstraßen an der Hafenseite dem Zentralgefängnis nähern, um dort die politischen Gefangenen gewaltsam zu befreien. Das Patarei-Gefängnis ist jedoch eine Festung, die Gefängniswärter sind bewaffnet (...). Der Überbringer der Nachricht kann J. Lauristins Frage nicht beantworten, ob sich unter den in Richtung Patarei aufgebrochenen Personen auch Kommunisten befänden, die sich in der Situation zurechtfinden. Nach kurzer Überlegung wendet sich J. Lauristin an mich: ‚Die Lage ist ernst, schnell, lauf zum Patarei. Mal sehen, was man da machen kann!‘“²⁹

Obwohl das estnische „Volk“ als jemand präsentiert wird, der aktiv seinen Willen in die Tat umsetzt, wird es in keinem der untersuchten Texte als völlig selbständig gezeigt. Stets wird die Rolle der KPE betont, die „erklärt“, „lenkt“, „führt“, „vereinigt“ und „zeigt“, kurzum – die Ereignisse im Hintergrund initiiert: „Die estnische Arbeiterklasse hörte immer aufmerksamer auf die Stimme der KPE, die sie aufrief, das faschistische Regime zu stürzen, und sie von der Notwendigkeit überzeugte, sich entscheidend in den Lauf der Ereignisse einzumischen.“³⁰ Noch in den Kriegsjahren hatte sich in der Geschichtskonzeption die These der führenden Rolle der KPE bei der Durchführung der Juniereignisse gefestigt. Mit der Zeit nahm die Bedeutung der KPE in den Berichten auf Kosten der Sowjetunion und

²⁸ OSKAR SEPPE: Jälle hakkas lehvima punane lipp [Die rote Fahne wehte wieder], in: Rahva Hääl, 21.6.1957.

²⁹ ALEKSANDER RESEV: Saabus otsustav päev [Es kam der entscheidende Tag], in: Rahva Hääl, 21.6.1960. Zu den hier geschilderten Ereignissen vgl. auch AGO PAJUR: Die Auflösung der estnischen Armee im Sommer 1940, in: Forschungen zur baltischen Geschichte 3 (2008), S. 198-223, hier S. 199-202.

³⁰ Revolutsioonilised sündmused Eestis 1940. a. juunis ja juulis (juhtkiri) [Die revolutionären Ereignisse in Estland im Juni und Juli 1940 (Leitartikel)], in: Rahva Hääl, 21.6.1949.

der Roten Armee immer mehr zu.³¹ In der Realität hätte die KPE 1940 als eine bislang illegale Partei mit wenigen Mitgliedern und ohne reale Macht freilich ohne sowjetische Hilfe kaum die Möglichkeit gehabt, irgendetwas zu organisieren.

Ein weiterer Faktor, der zum „großen Sieg der estnischen Werktätigen“ beitrug, war „die Hilfe und das Vorbild des freundschaftlich gesinnten russischen Volks“:

„Die Brudervölker der Sowjetunion, allen voran unser historischer Freund und Verbündeter, das große russische Volk, zertrümmerten endgültig die Feinde unseres Volks, die deutschen räuberischen Eindringlinge und deren Handlanger, die estnischen bürgerlichen Nationalisten.“³²

Es fällt jedoch auf, dass die Hinweise auf die russische Hilfe (oder die der Brudervölker) recht allgemein blieben und nicht mit konkreten Beispielen illustriert wurden.

Eine Argumentationsstrategie bei der Legitimierung der Macht ist das Verschweigen von möglicherweise negativ erscheinenden Fakten und Tatsachen bzw. die direkte Lüge. Eines der markanteren Beispiele für eine derartige Aneignung der Fakten ist die Frage nach der Zahl der Teilnehmer an der Demonstration vom 21. Juni in Tallinn. Die Angaben der Zeitungen des nächsten Tages schwankten zwischen 6 000–7 000 im noch nicht sowjetisierten „Päevaleht“ und 30 000–40 000 im bereits von der neuen Macht kontrollierten „Rahva Hääl“. Die Moskauer „Pravda“ wiederum gab die Version von Petr Izmešt'ev, dem Korrespondenten der sowjetischen Nachrichtenagentur TASS wider, der die Zahl der Demonstranten auf 5 000 schätzte und hinzufügte, dass ungefähr zweimal so viele Menschen sich als Zuschauer auf den Straßen versammelt hätten. Nach dem Zweiten Weltkrieg gab es bei sowjetischen Historikern hingegen neue Zahlen zu lesen: Arkaadi Uibo schrieb 1945 von „Hundertern von Tausenden“ Demonstranten überall in Estland. 1947 übernahm Aleksander Jõeäär die Zahl 30 000–40 000 aus dem „Rahva Hääl“ vom 22. Juni 1940, die sich von nun an durchsetzte.³³

Noch bedeutsamer als die Teilnehmerzahl an den Ereignissen war die Rolle der Sowjetunion und der Roten Armee bei der Durchführung der Demonstrationen und Volksversammlungen, war dies doch ein Faktor, der die Konzeption der „Revolution“ bzw. der „Realisierung des Volkswillens“ widerlegt hätte. So wird der sowjetischen Regierung, der Parteiführung, der Roten Armee sowie den konkreten Personen, die den Ablauf der Ereignisse tatsächlich koordiniert hatten, kaum Bedeutung zugemessen. Einzig die moralische Hilfe und das anspornende Vorbild der Sowjetunion und des russischen Volks findet Erwähnung. Allerdings wissen wir heute, wie lange im Voraus der so genannte Volksaufstand von den Sowjets im Detail

³¹ ADAMSON, 1940. aasta juunisüüdmuste ajaloolisest seletusest (wie Anm. 8), S. 24.

³² PÄLL, Suure murrangu ajajärk (wie Anm. 26).

³³ ADAMSON, 1940. aasta juunisüüdmuste ajaloolisest seletusest (wie Anm. 8), S. 10.

geplant worden war, und dass auch der Regierungswechsel von Moskau mit Andrej Ždanov als Koordinator vorgeschrieben wurde.³⁴ Von den tatsächlichen Geschehnissen unterschied sich auch das Bild, das von der Rolle der Roten Armee am 21. Juni gezeichnet wurde. Dies geschah unter anderem visuell: Auf den Fotos von den Juniereignissen wurden sowjetische Panzerfahrzeuge und Rotarmisten entfernt. Auch in den offiziellen Darstellungen zum 21. Juni wird die Rote Armee mit keinem Wort erwähnt. Vor allem anhand der Presseberichte ist zu sehen, wie die Rolle der sowjetischen Streifkräfte nach und nach heruntergespielt wurde. In den meisten analysierten Texten wird dieses Thema schweigend übergangen, wohingegen hin und wieder durchaus betont wird, dass die Rote Armee passiver Zuschauer (und Unterstützer) war:

„Der Sieg der sozialistischen Revolution im Juni und Juli wurde durch die Anwesenheit der sowjetischen Armee ermöglicht, obwohl ihre Truppen sich nicht im Geringsten in die inneren Angelegenheiten des Landes eingemischt haben.“³⁵

In einigen, vor allem in den Jahren 1957–1960 veröffentlichten Erinnerungen wurde die sowjetische Militärpräsenz bei den Demonstrationen in Tallinn in dem einen oder anderen Zusammenhang jedoch durchaus erwähnt:

„Die Menschenmenge, deren Zahl schon auf Zehntausende angewachsen ist, nimmt einmütig die Forderungen an, die der bürgerlichen Staatsmacht vorgelegt werden sollen, (...) stimmt der Grußbotschaft an die Rote Armee zu und begrüßt mit stürmischem Beifall die Ansprache des Vertreters der Roten Armee.“³⁶

Eine wichtige Strategie bei der Konstruktion des „Wir“ ist die der Konfrontation. Um das positive Image der Begriffe „Wir“ und „unsere Zeit“ zu betonen, wird das negative Bild des „Anderen“ konstruiert. Die „Anderen“, die Feinde der Sowjetmacht, wurden für die sowjetische Version der estnischen Geschichte nach dem Vorbild des dogmatischen „Kurzen Lehrgangs der Geschichte der KPdSU“ konstruiert. Schon in der Einleitung dieses Werks werden die wichtigsten „Feinde der Werktätigen“ aufgelistet: „die Gutsbesitzer, Kapitalisten, Kulaken, Schädlinge, Spione, alle Söldlinge der kapitalistischen Umwelt“.³⁷ Bei der Analyse der Beiträge zum 21. Juni aus „Rahva Hääl“ stellt sich heraus, dass die Konfrontation auf drei Ebenen vollzogen wird.

³⁴ ERICH KAUP: Andrei Ždanovist ja tema missioonist Eestisse 1940. aasta suvel [Zu Andrej Ždanov und seiner Mission in Estland im Sommer 1940], in: Tuna 2005, Nr. 2, S. 83–91; Nr. 3, S. 75–83; TÕNU TANNBERG, ENN TARVEL: Documents on the Soviet Military Occupation of Estonia in 1940, in: Trames 2006, Nr. 1, S. 81–95.

³⁵ ALEKSANDER AULE: 1940. aasta 21. juuni kui sotsialistliku revolutsiooni algus Eestis [Der 21. Juni 1940 als der Beginn der sozialistischen Revolution in Estland], in: Rahva Hääl, 22.6.1950.

³⁶ RESEV, Saabus otsustav päev (wie Anm. 29).

³⁷ Üleliidulise Kommunistliku (bolševike) Partei ajalugu. Lühikursus [Die Geschichte der Kommunistischen Partei der Sowjetunion (Bolschewiki). Ein kurzer Lehrgang], Tallinn 1951, S. 3.

1) In die Kategorie der „Anderen“ fallen alle Gesellschaften außer der sowjetischen. „Unser“ Staat – das ist in erster Linie die Sowjetunion (die Estnische SSR als ein Teil davon steht in der zentralisierten Gesellschaftshierarchie der Sowjetunion erst an zweiter Stelle). Als „Andere“ wurde in den analysierten Texten vor allem die Republik Estland dargestellt, deren Vernichtung als wichtigstes Element der Juniereignisse gesehen wurde. In mehreren Beiträgen wurden auch Estlands Schicksalsgenossen Lettland und Litauen im selben Geist erwähnt. Als feindliche Regime wurden außerdem das „faschistische“ bzw. „Hitler-Deutschland“ sowie die „imperialistischen Westmächte“ genannt, wobei letztere regelmäßig erst seit 1949 vor dem Hintergrund des ausgebrochenen Kalten Kriegs in diesem Kontext auftauchen.

2) Da die positive Bestimmung des „Wir“ vor allem aufgrund der Klassenzugehörigkeit definiert wird, stellt der Begriff der „Klasse“ zumeist die Grundlage der Konfrontation in der sowjetischen Rhetorik dar. Somit fiel alles, was mit der Bourgeoisie oder dem Kapitalismus zusammenhing, automatisch unter die Kategorie des „Anderen“. Wie oben bereits erwähnt, mussten bei der Definition der Klasse in der Darstellung der Juniereignisse gewisse Zugeständnisse gemacht werden. Zu den „Anderen“ gehörten im sowjetischen Diskurs jedoch explizit das „Bürgertum“ (*kodanlased*), die „Kapitalisten“ (*kapitalistid*), die „Landbesitzer“ (*maaomanikud*), die Großbauern bzw. „Kulaken“ (*kulakud*), aber auch die als äußere Feinde dargestellten „ausländischen Imperialisten“ (*välisimperialistid*). Diese negativen Verallgemeinerungen kommen in den analysierten Texten ständig vor, wobei sie auch konkretisiert auftauchen können: die „bürgerlichen Nationalisten“ (*kodanlikud natsionalistid*), die „grauen Barone“ (*hallparunid*), Bankiers (*pankurid*), das städtische Großbürgertum (*linnade suurkodanlus*) oder das „internationale Finanzkapital“ (*rahvusvaheline finantskapital*).

3) Zu den feindlichen Ideologien zählen in den analysierten Texten zumeist der „Faschismus“ und der „Nationalismus“. Am markantesten wird jedoch das negative Image der anderen sozialistischen Bewegungen gezeichnet. Die Gegner der Kommunistischen Partei, die von den Bolschewiki „bekämpft“ werden sollten, wurden schon im „Kurzen Lehrgang der Geschichte der KPdSU“ vorgestellt: „die Sozialrevolutionäre (und früher noch [...] deren Vorläufer, die Volkstümler), die Menschewiki, Anarchisten, bürgerlichen Nationalisten aller Spielarten“. Noch gefährlicher jedoch waren die opportunistischen Strömungen innerhalb der Kommunistischen Partei selbst, die „Trotzkisten, Bucharinleute, Vertreter nationalistischer Abweichungen und andere antileninistische Gruppen“.³⁸

Die Konstruktion des „Anderen“ drückte sich in verschiedenen Argumentationsstrategien und linguistischen Mitteln der Realisation aus. Die „anderen“ Gesellschaftsordnungen wurden grundsätzlich mithilfe von negativen Begriffen charakterisiert. Die Republik Estland wurde mit

³⁸ Ebenda.

Adjektiven wie „rückschrittlich“ (*tagurlik*), „reaktionär“ (*reaktsiooniline*), „bürgerlich“ (*kodanlik*), „faschistisch“ (*fašistlik*) beschrieben, ihre Regierung eine „Cliquenherrschaft“ (*klikivõim*), „(blutige) Diktatur“ (*[verine] diktatuur*), „Regierung der Kriegsprovokateure“ (*sõjaprovokaatorite valitsus*) oder „Terrorregime“ (*terrorirežiim*) genannt.

Besonders stark ausgeprägt ist die negative Lexik im Zusammenhang mit Personen. Während unter dem „Wir“ nur selten konkrete Namen und Personen genannt werden, ist das Bild des „Feindes“ um einiges personenbezogener und viel „farbiger“ dargestellt. Präsident Konstantin Päts, der Oberbefehlshaber der Armee Johan Laidoner und Premierminister Jüri Uluots sind „Hitlers Handlanger“ (*Hitleri käsilased*) und „Marodeure“ (*marodööriid*). Saat nannte 1953 Päts einen „Anführer der estnischen Bourgeoisie“ (*eesti kodanluse ülem*) und „Bluthund“ (*verekoer*). Noch zu Stalins Lebzeiten wurde sogar der Name des „verräterischen Trockij“ in die Artikel über die Juniereignisse hineingeschrieben.³⁹ Wohl noch deutlicher zeigt sich die negative Lexik in der Beschreibung der Sozialisten: „Die Sozialisten, die eine weiße Schürze vor dem blutigen Henkersbeil der estnischen Bourgeoisie darstellten, waren die treuesten Helfershelfer des Bürgertums.“⁴⁰

Die Zeit der estnischen Republik wurde eindeutig negativ bewertet, wobei man zwischen der demokratischen und der 1934 errichteten autoritären Ordnung nicht unterschied. Die Tätigkeit der estnischen Regierung galt pauschal als „volksfeindlich“, die wirtschaftliche Kooperation mit einem beliebigen westlichen Land als Zusammenarbeit mit dem „Lager der Hitleristen“ interpretiert. Mit dem Wort „bürgerlich“ bekam jeder Begriff plötzlich eine negative Konnotation, egal ob es sich um „bürgerliche Kulturpolitik“ oder „bürgerliche Parteien“ handelte.

Obwohl die „Anderen“ in den analysierten Texten ziemlich wortreich und detailliert beschrieben werden, kommen sie im Diskurs nicht als gefährliche Rivalen, sondern als kraftlose, früher oder später zwangsläufig zum Untergang verurteilte Gegner daher. Wenn die historischen Feinde auch als blutige Kriegshetzer und Provokateure bezeichnet werden, liegt all das doch in ferner Vergangenheit, die sich dank der Sowjetmacht mit Sicherheit nie wiederholen wird. Warnungen kommen nur in hypothetischer Form vor:

„Was wäre passiert, wenn die estnischen Werktätigen am 21. Juni 1940 den entscheidenden Schritt nicht getan und die Lenkung ihres Schicksals nicht in die eigenen Hände genommen hätten – die estnische Bourgeoisie hätte das estnische Volk auf eine ähnlich unheilvolle Bahn gebracht, wie die Bourgeoisie Finnlands, Ungarns, Rumäniens und anderer späterer deutschen Satelliten ihre Völker in einen wahn-

³⁹ AULE, 1940. aasta 21. juuni (wie Anm. 35).

⁴⁰ Töörahva võimuletulek Eestis (juhtkiri) [Die Machtübernahme der Werktätigen in Estland (Leitartikel)], in: Rahva Hääl, 22.6.1950.

sinnigen Krieg zur Durchsetzung von Hitlers Weltoberungsplänen hineingerissen hat.⁴¹

* * *

Die Presse als mächtigste Propagandawaffe der Partei musste nicht nur die vorläufige historiographische Lücke füllen, die durch das Fehlen ideologiekonformer Literatur bedingt war, sondern auch wiederholt, beständig und intensiv die sowjetische Version des Tages suggerieren, an dem in Estland die Sowjetmacht errichtet wurde. Die so genannte offizielle Geschichte, vom Regime aggressiv oktroyiert, streng ideologisiert und in vielen Lebensbereichen kanonisiert, die in Schulen unterrichtet und mithilfe der Geschichtsbücher weitergegeben wurde, rief als Gegenreaktion die Entstehung der so genannten inoffiziellen Geschichte/n im Privaten hervor.

Interessanterweise haben sich die beiden antagonistischen Leitbilder – das von den Machthabern vorgeschriebene und das in der Bevölkerung verbreitete – gegenseitig beeinflusst, auch wenn die inoffizielle/n Geschichtsversion/en ihre Kraft in erster Linie aus der Konfrontation mit dem offiziellen Bild schöpfte/n, der verzerrten Wahrheit, welche die „eigentliche Geschichte“ verschwieg. Um die historischen Interpretations-schemata, die in der Bevölkerung verbreitet waren, aufzubrechen, stützte sich die offizielle Geschichte teilweise auf frühere Traditionen. Zugleich formten viele in den offiziellen Darstellungen vertretene Standpunkte auch nichtoffizielle historische Narrative heraus.⁴² Gerade die Herausbildung – und vor allem die Beständigkeit – der inoffiziellen Geschichte im Laufe der Jahrzehnte unter sowjetischer Herrschaft zeugen allerdings von einer bescheidenen Erfolgsbilanz der ideologischen Bemühungen des Regimes.

⁴¹ REMMELGAS, 21. juuni (wie Anm. 22).

⁴² Eine Untersuchung der offiziellen und inoffiziellen Geschichtsversionen in der Sowjetzeit aufgrund estnischer Erinnerungen findet sich z. B. bei JAMES WERTSCH: *Mind as Action*, Oxford und New York 1998, S. 141ff.

SUMMARY

*Representation of the “coup d’état” of
June 21st 1940 in the Soviet Estonian
Press during the Years 1945–1960*

History, as the domain that creates national identity and represents and affects the values that dominate in the society, assumed in the eyes of the authorities the role of an especially important ideological weapon in the Estonia subjected to the conditions of Soviet occupation. In Estonia, as anywhere else in the entire Soviet Union, the previous national conception of history was to be substituted with the Soviet one. As part of the general Sovietization process, the people had to be given a new historical memory which legitimised the Soviet power in order to support the process of moulding the *homo soveticus* loyal to the authorities.

Deriving from this, history teaching in schools and any kind of public conception of history was reshaped. During the first years of the Soviet regime when there were yet no new history books that proceeded from the Marxist history scheme, the press played an important role in the introduction of the new Soviet conception of history; the press, in turn, was cast in the role of the ideological propaganda weapon of the Communist Party. Thus, the newspapers and magazines of the Estonian SSR of the 1940's and 1950's were a good source material in researching the framing and spreading of the Soviet conception of history. The present article looks at the forming of the concept of one such event that received canonical treatment – the so-called *June coup d'état* (the Soviet *coup d'état* in Estonia on June 21st 1940), which later became an illustrative example of the use of the Marxist history model – through the medium of *Rahva Hääl*, the ideologically most important newspaper in Estonian SSR, during the years 1945–1960. When analysing the writings which deal with these events (editorials, articles, memoirs), certain rhetorical devices, e.g. the establishment of canons and dogmas over the years, but also disputes and doubts in employing certain history schemes (those that were unsuitable in Estonian conditions, but which were nevertheless determined by the general framework that was supposed to apply to all of the USSR) become apparent. For instance, when comparing the writings spanning 15 years, it becomes evident how the dogma of the *old-established friendship between Estonian and Russian peoples* was employed or how the term *June coup d'état* together with revolutionary connotations suitable for the scheme of Marxist class struggle was established. In addition, several strategies were implemented – the distorting and forging of facts, especially the construal of the opposition *us vs. them*. This was done with the aim of creating a Soviet identity in the minds of the readers, a perception of *us* as one of the members of the

Soviet peoples (whereas *people* as a concept substantially closer to *class* was supposed to replace the concept of *nation*). Together with the attempts to create the perception of the *us-group* with the help of positive linguistic and discursive means went the creation of the *them-group* with the help of destructive discursive strategies. *They* were portrayed as enemies with the help of negative wording and comparisons, by generally transferring everything bad to *them* and by making *their* negativity concrete with numbers and statistics that were otherwise a taboo in the Soviet rhetoric; this enemy included all possible people, groups, regimes and ideologies both from the present as well as from the past that represented non-Soviet world views and social orders. Such writings of the *June coup d'état*, that were quite similar both in form as well as in content, were regularly published in *Rahva Hääl* (but also in other newspapers) on the anniversary of the event, and gradually the conception of the events in June became more and more similar in the press and since the 1960's we can talk about an established canonical conception. Thus the press as hopefully the party's most powerful propaganda weapon had to not only fill the preliminary void deriving from the lack of history books, but also to intensively and persistently create and spread the Soviet conception of the day when the Soviet government seized power in Estonia.

MITTEILUNGEN

„Kodu lugu“ – zwanzig Jahre später

VON LAURI VAHTRE

Vor zwanzig Jahren sind in der hauptsächlich belletristisch orientierten Publikationsreihe „Loomingu Raamatukogu“ (Bibliothek der Zeitschrift „Looming“) zwei hundertseitige Bände einer „Kodu lugu“ (Heim[at]geschichte) erschienen¹ – zum ersten Mal nach dem Zweiten Weltkrieg wurde damals eine originale Gesamtdarstellung der estnischen Geschichte veröffentlicht, die sich nicht nach den Forderungen und Vorschriften der sowjetischen Ideologie richtete. „Die schweren Zeiten sind noch nicht vorbei“, hieß es im Vorwort des Werks. Obwohl die „Singende Revolution“ den größeren Teil der Esten schon unter den Nationalflaggen versammelt hatte, waren die Verwaltungsgebäude immer noch mit roten Fahnen geschmückt, der russische Rubel diente als Währung und der ganze Staat war von Truppen der sowjetischen Armee überflutet. Dass es nur zwei Jahre dauern sollte, bis die Unabhängigkeit wieder hergestellt war, konnte damals niemand vorhersagen. „Wir müssen uns vernünftig bewegen und dabei alle vorhandenen Kraftreserven ins Spiel bringen können. Einen festeren Halt soll uns dabei auch unsere Geschichte bieten, deren Wahrheiten wir uns wieder ins Bewusstsein rufen müssen“ – dies deklarierten die Autoren damals als erklärtes Ziel ihrer „Kodu lugu“.

Die Idee des Buches wurde Ende 1981 oder im Jahr darauf während einer Unterhaltung zwischen zwei Geschichtsstudenten der Staatlichen Universität Tartu geboren. Weder Mart Laar noch Lauri Vahtre konnten sich jedoch Ende 2008 noch genau daran erinnern, wer von den beiden diese Idee als erster ausgesprochen hatte.

Wichtiger als der Urheber der Idee war diese selbst – heimlich eine Geschichte Estlands zu schreiben, die frei sein müsste von kommunistischen Lügen, und die den historischen Prozess nicht aus der Perspektive des Klassenkampfes und des russischen Chauvinismus, sondern vom Standpunkt des estnischen Volks aus erzählte, ohne dabei in einen engstirnigen

¹ MART LAAR, LAURI VAHTRE, HEIKI VALK: Kodu lugu [Heim(at)geschichte], unter Redaktion von SULEV VAHTRE, Tallinn 1989 (Loomingu Raamatukogu, Nr. 40/41-42/43). 2. Aufl.: Tallinn 1992.

Nationalismus abzudriften. Diese Geschichte sollte eine Geschichte der Esten sein, eine gerechte allerdings, die nicht der Rechtfertigung oder Verherrlichung diene.

Solch ein Text konnte aufgrund der damaligen Umstände nur einen populärwissenschaftlichen Überblick bieten und keine tiefgreifende Studie sein, schließlich waren viele Archivmaterialien sowie Literatur, die vor dem Zweiten Weltkrieg bzw. im Ausland erschienen war, nicht öffentlich zugänglich. Allerdings war es von Anfang an das Ziel, möglichst viele neuere Studien heranzuziehen, damit ein möglichst moderner Überblick entstünde und kein Referat veralteter Texte, dem dann mechanisch eine Darstellung der Ereignisse während und nach dem Zweiten Weltkrieg angehängt würde.

Die Autoren haben sich damals nicht übermäßig den Kopf darüber zerbrochen, auf welche Weise das zukünftige Buch verbreitet werden sollte. Eine Möglichkeit wäre gewesen, es in aller Heimlichkeit im so genannten *samizdat* zu veröffentlichen; auch die Möglichkeit, das Manuskript ins Ausland zu schaffen, um es dort herauszugeben, war nicht ganz undenkbar. Die Veröffentlichung einer solchen Geschichte hätte sich dann auch in Estland herumgesprochen, und auf irgendeine Weise wäre sie dann auch verbreitet worden, wie so viele andere verbotene Bücher zuvor.

Allerdings musste diese Geschichte erst einmal geschrieben werden, was natürlich auch eines der wesentlichsten Ziele dieser zugegebenermaßen etwas romantischen Unternehmung war. Die Initiatoren der Idee spürten, dass sie diese Arbeit vor allem auch für sich selbst erledigen mussten: das Wissen über die estnische Geschichte, das sie an der Uni, aber auch aus anderen Quellen zusammengetragen hatten, in einen einzigen Text zusammenzufügen, die einzelnen Stränge zu einer Erzählung miteinander zu verbinden – zu einer Geschichte über die Esten und ihren Weg durch die Zeiten bis zu allerjüngsten Vergangenheit.

Als dritten Autoren gewannen Laar und Vahtre ihren Kommilitonen Heiki Valk hinzu und teilten die Epochen der estnischen Geschichte wie folgt untereinander auf: Valk sollte über die Vorgeschichte bis zum Aufstand in der Georgsnacht (1343–1345) sowie über den Volksglauben im Mittelalter-Kapitel schreiben; Vahtre übernahm das Mittelalter und die Neuzeit bis zur Zeit des nationalen Erwachens (Mitte des 19. Jahrhunderts); über das nationale Erwachen und die Zeit danach bis zum Ersten Weltkrieg schrieben Vahtre und Laar gemeinsam; den Rest, d. h. die Zeit vom Esten Weltkrieg bis zu den 1980er Jahren nahm sich Laar vor. Einige kürzere Abschnitte wurden noch von den Kommilitonen Toivo Kamenik und Tauno Pukk (1957–1983) sowie dem damaligen Aspiranten Mati Laur geschrieben. Über dieses Vorhaben war Sulev Vahtre (1926–2007, der Vater des Autoren – *Red.*) informiert, der als Professor für ältere Geschichte Estlands an der Universität Tartu tätig war, sich aber in dieser Etappe nicht direkt in den Prozess einmischte.

Im Frühjahr 1983 war das Manuskript bis zum Jahr 1944 in einer ersten Version fertig; allerdings ging die Arbeit nicht weiter. Der ideologische

Druck in der Sowjetunion war unter der Führung des ehemaligen KGB-Chefs Jurij Andropov wieder stärker geworden, Dissidenten und deren Sympathisanten wurden eifrig verfolgt, was sich auch im Leben der Staatlichen Universität Tartu widerspiegelte. Einer der Autoren – Lauri Vahtré – wurde aus politischen Gründen exmatrikuliert; dasselbe Schicksal drohte auch Laar und Valk. Es wäre daher unklug gewesen, am Manuskript weiterzuarbeiten, während man jederzeit mit Verhaftungen oder Hausdurchsuchungen rechnen musste.

Deshalb wurde das Manuskript „konserviert“: Valk schaffte das einzige Exemplar des teils maschinen-, teils handgeschriebenen Texts aufs Land zu seinem Großvater nach Vasula bei Tartu, wo er es im Kuhstall unter einem Heuhaufen versteckte. Damals konnte niemand ahnen, ob es überhaupt jemals wieder hervorgeholt werden würde.

Genau dies geschah jedoch bereits fünf Jahre später – im Herbst 1988. Es war das Jahr, in dem Estland die „Singende Revolution“ erlebte, die gewaltlose „Zeit des neuen Erwachens“ mit ihren patriotischen Liedern und den wieder öffentlich gezeigten Nationalfahnen, mit denen unmissverständlich der Wunsch verkündet wurde, die nationale Unabhängigkeit wiederherzustellen. Das Volk lechzte nach Freiheit und Wahrheit, wozu auch die historische Wahrheit zählte. 50 Jahre lang war das historische Wissen mit Lügen und Halbwahrheiten beschmutzt worden – die Menschen wollten sich endlich davon befreien.

In dieser Situation war es nur natürlich, dass das Manuskript aus seinem Versteck wieder ans Tageslicht gebracht wurde. Diesmal übernahm Professor Sulev Vahtré als Redakteur und „geistiger Vater“ des Projekts die Führungsrolle. Unter seiner Leitung wurde die Konzeption des Werkes ausgearbeitet: Es musste eine Geschichte über das Zuhause der Esten – Estland – sein, die nach einem bestimmten Prinzip in verschiedene Perioden unterteilt wurde: grundsätzliches Kriterium sollte sein, wer gerade in diesem Zuhause herrschte, die Esten oder jemand anderes. So entstand die folgende Gliederung:

1. „Heim und Herd“ (*Koda ja kolle*): die älteste Zeit bis zum Ende der frühzeitlichen Unabhängigkeit;
2. „Untertan im eigenen Haus“ (*Käsualuseks omas kojaks*): Mittelalter und Neuzeit bis zur Gründung der estnischen Republik 1918;
3. „Herr im eigenen Haus“ (*Oma tuba, oma luba*): die Republik Estland in der Zwischenkriegszeit;
4. „In die Ecke gedrängt“ (*Nurka surutud*): die Jahrzehnte der sowjetischen Okkupation.

Es war auch Sulev Vahtré, der als Titel „Kodu lugu“ vorschlug – die Geschichte des Heims und damit der Heimat.²

² Die hier benutzten Übersetzungen stammen von KARSTEN BRÜGGEMANN: „Wir brauchen viele Geschichten“. Estland und seine Geschichte auf dem Weg nach Europa?, in: GegenErinnerung. Geschichte als politisches Argument im Transforma-

Zum Hauptautor avancierte Mart Laar, dessen Kapitel zwar zeitlich nur 60 bis 70 Jahre umfassten, quantitativ aber ungefähr die Hälfte des Umfangs ausmachten. Hierzu gehörten auch die letzten Jahrzehnte, über die bis dato nur wenige nennenswerte Arbeiten geschrieben worden waren (vor allem von dem US-Esten Rein Taagepera); kein einziger dieser Texte war jedoch in Estland geschrieben worden oder stammte aus der Feder von Autoren, welche die sowjetische Lebenswelt hautnah erlebt hatten.

Nach einer intensiven Bearbeitungs- und Redaktionsphase wurde „Kodu lugu“ im Herbst 1989 veröffentlicht und wurde sogleich vom Publikum mit großem Interesse aufgenommen. Die erste Auflage betrug 35 000 Exemplare, bald wurde eine zweite notwendig. Der Text wurde auch ins Russische und Ungarische übersetzt.³

Der Erfolg von „Kodu lugu“ lässt sich mit dem Zusammenfallen mehrerer Tatsachen erklären. Erstens gab es eine starke Nachfrage nach historischen Darstellungen, die frei von sowjetischen Propagandalügen waren. Zweitens bekam der estnische Leser dank Laars Arbeit erstmals einen zusammenhängenden Überblick über die Ereignisse des Zweiten Weltkriegs und dessen Folgen in Estland. Drittens mussten auch kritische Leser zustimmen, dass das Buch flott geschrieben war und man es wie einen Roman lesen konnte – was freilich auch eines der Ziele beim Schreiben gewesen war.

Kritiker brachten gegen das Buch vor allem das Argument in Stellung, dass es allzu sehr auf die Esten bezogen sei. Allerdings war genau dies, wie oben erwähnt, die Absicht gewesen. Außerdem bedeutete dieses in gewisser Weise estozentristische Weltbild nicht zwangsläufig, dass der Rest der Welt oder andere Völker ignoriert oder Estland und die Esten zum Nabel der Welt erklärt worden wären. Im Gegenteil, die Autoren waren sich durchaus dessen bewusst – und haben es auch im Text betont –, dass zahlreiche Ereignisse und Prozesse in Estland sich auf Dinge zurückführen lassen, die sich in anderen Regionen der Welt abgespielt hatten, sei es die lutherische Reformation, die Schnapsbrennerei oder die Kundgebungen von 1905. Im Kontext der Geschichte der Esten ist allerdings vor allem das von Bedeutung, was in Estland passiert ist, auch wenn die Ursprünge dieses Geschehens anderswo liegen. Ganz gewiss handelte es sich bei „Kodu lugu“ auch nicht um einen Versuch, am historischen Existenzkampf der Esten irgendetwas zu beschönigen, denn die Autoren haben sich durchaus Kritik an ihrem eigenen Volk erlaubt. Dies war auch das programmatische Ziel der Bemühungen: Die sowjetische Propaganda sollte nicht mit

tionsprozeß Ost-, Ostmittel- und Südosteuropas, hrsg. von HELMUT ALTRICHTER, München 2006 (Schriften des Historischen Kollegs, 61), S. 27-50, hier S. 30f. (*Anm. d. Übers.*).

³ MART LAAR, LAURI VAHTRE, ХЕЙКИ ВАЛК: История родного края [Heimatgeschichte], Tallinn 1992; MART LAAR, LAURI VAHTRE, ХЕЙКИ ВАЛК: Очерки истории Эстонского народа [Grundriss der Geschichte des estnischen Volks], Tallinn 1992; MART LAAR, LAURI VAHTRE, HEIKI VALK: Észtország története [Estnische Geschichte], Szombathely 1999.

„Kodu lugu“ – zwanzig Jahre später

einem national-propagandistischen „Gegenschlag“ konfrontiert, sondern die (manchmal auch bittere) Wahrheit weitergegeben werden – soweit sie uns bekannt war.

Heute, zwanzig Jahre später, kann festgestellt werden, dass „Kodu lugu“ halb ungewollt zu einem behelfsmäßigen Normtext geworden ist, mit dem nicht nur der Periode der sowjetischen Verfälschungen und Lügen ein Ende gesetzt, sondern auch neue Wege für neue Geschichtsinterpretationen eröffnet wurden, die ihrerseits nicht mehr so estenbezogen und estlandzentriert sein mussten. Einige Kapitel des Buches sind heute freilich überholt, darunter auch die Abhandlung über die älteste Geschichte; nach zwanzig Jahren ist dies allerdings nur natürlich.

Zwanzig Jahre nationale Mobilmachung

VON ANDREI HVOSTOV

Um über das Werk von Mart Laar, Lauri Vahtre und Heiki Valk zu schreiben, bieten sich drei durchaus unterschiedliche Anfänge an.

I.

Am Ende der 1980er und zu Beginn der 1990er Jahre hatten meine Kommilitonen an der Universität Tartu ein reichlich spezifisches Problem, das sich beim Nachhausetrampen am Wochenende ergab. Die Autofahrer nämlich, die sie mitnahmen, wollten immer mal wieder wissen, was wohl der junge Mensch so studiert. Sobald nun also als Antwort „Geschichte“ erklang, folgte darauf unbedingt die Frage, ob man denn nun an der Uni endlich die „richtige Geschichte“ unterrichtete. Es war nicht ganz leicht, darauf zu antworten; da man aber wusste, was diese Frage eigentlich meinte, konnte man sich mit der Erklärung herausreden, dass niemand mehr die Unfehlbarkeit und den messianischen Charakter des Kommunismus unterrichtete und man von der progressiven Mission eines gewissen Brudervolkes schon lange nichts mehr gehört hatte.

Wenn man nun Laars, Vahtres und Valks „Kodu lugu“ im Lichte der für diese Zeit typischen Selbstfindung und Selbstsuche betrachtet, kann man wohl behaupten, dass die drei Musketiere, die irgendwann in den 1980ern in Klios Dienst eingetreten sind, zweifellos eine „richtige Geschichte“ geschrieben haben. Um Klio zu dienen, haben sie ihr die estnische Nationaltracht angezogen.

Beide Hefte des Werkes hatten eine Auflage von 35 000 Exemplaren. Anu Saluäär, die Redakteurin der Reihe *Loomingu Raamatukogu*, hat irgendwann dem Autor dieser Zeilen gegenüber einmal behauptet, dass es sich dabei um die größte Auflage dieser Reihe überhaupt gehandelt hat. Soweit ich mich erinnern kann, wurde „Kodu lugu“ von den Geschichtsstudenten damals nicht gelesen, weil alles das, was darin stand – wenigstens im Bereich der älteren Geschichte – sich nicht besonders von dem unterschied, was uns in den Vorlesungen erzählt wurde. Für Menschen hingegen, die keine Verbindung zur Historischen Fakultät der Universität Tartu hatten, dürften diese Heftchen wie eine Offenbarung gewirkt haben.

II.

Der mit seinen Arbeiten zum zentraleuropäischen Nationalismus bekannt gewordene Robert A. Kann hat im ersten Band seines Buchs „Das Nationalitätenproblem der Habsburgermonarchie“ die Charakteristik überliefert, die Graf Stephan Szécheny von der nationale Begeisterung seiner ungarischen Landsleute gegeben hat:

„Während ein anderes Volk sich einzig durch die Güte der Sache bestimmen lässt, wenig bekümmert, woher und welcher Gestalt es kommt, will der Ungar alles, vom Kleinsten bis zum Größten, in ein magyarisches Gewand hüllen und was nicht in diesem erscheint, ist ihm schon verdächtig. Mir wenigstens ist kaum ein wirklicher Ungar bekannt, der, wie sehr auch sein Haar gebleicht sei, wie tief ihm auch Erfahrung und Lebensweisheit die Stirne gefurcht, nicht, gleich einen Verrückten, dessen fixe Idee berührt wird, sich den Regeln der Billigkeit, ja sogar Gerechtigkeit, mehr oder weniger entzöge, wenn die Angelegenheit unserer Sprache und Nationalität aufs Tapet kommt.“¹

Wenn man dem elektronischen estnischen Literaturkatalog ESTER glaubt, ist die einzige Übersetzung der „Kodu lugu“ ins Ungarische erfolgt. Vielleicht ist dies gar kein Zufall. Obwohl die Worte des Grafen Stephan Szécheny an einem anderen Ort, in einer anderen Zeit und eigentlich nur den Ungarn galten, lässt sich auch die Kompromisslosigkeit unserer Autoren recht gut damit beschreiben.

Zum Beispiel schildern Laar, Vahre und Valk die Rolle der Esten unter der Ordensherrschaft und behaupten, dass sie die eigentlichen Schöpfer der materiellen Werte gewesen seien und auch ihre politische Bedeutung nicht gänzlich eingebüßt hätten. Über ihren militärischen und außenpolitischen Anteil heißt es an dieser Stelle:

„Das estnische Aufgebot (*malev*) war für den Orden in seinen Kämpfen mit Litauen und den Russen, aber auch bei den internen Auseinandersetzungen schlicht unverzichtbar. Wenn man will, könnte man übrigens aus der Tatsache, dass solch ein Trupp über eine längere Zeit existierte, eine relative Loyalität gegenüber den Herren herauslesen. Wenn es auch so war, dann handelte es sich dabei aber ganz gewiss nicht um blinden Gehorsam. Die Esten konnten sich auch weigern, sich für die Ziele der Ritter zu opfern, indem sie vor der Schlacht die Ordenstruppen verließen, wodurch sie einige Male an der Niederlage des Ordens beteiligt waren. Die Esten nahmen aktiv an der Ostpolitik des Ordens teil, sie waren die Initiatoren und Exekutoren der gegen Russland gerichteten Aktionen und natürlich auch die ersten, die die Feldzüge aus dem Osten entgegennehmen mussten“ (Bd. 1, S. 50).

¹ ROBERT A. KANN: Das Nationalitätenproblem der Habsburgermonarchie. Geschichte und Ideengehalt der nationalen Bestrebungen vom Vormärz bis zur Auflösung des Reiches im Jahre 1918. Bd. 1: Das Reich und die Völker, Graz 1964, S. 109.

In dieser Konstruktion wird freilich die Möglichkeit nicht zugelassen, dass die Esten die Ordenstruppen vielleicht genau in dem Moment verlassen haben könnten, in dem eine Schlacht mit den Russen bevorstand. Ein derartiges Räumen des Schlachtfeldes kam nur in Frage, wenn die Litauer oder die Truppen des Bischofs dem Orden gegenüberstanden.

Offensichtlich hat nach Ansicht der Autoren die Estnische Legion aus der Zeit des Zweiten Weltkriegs schon im Mittelalter ihre ersten Sprossen getrieben.

III.

Der ukrainische Historiker Georgij Kas'janov hat in einem seiner Vorträge behauptet, der Kanon der nationalen Historiographie sei teleologisch: „[W]enn die Frage aufkommt, warum die Staatlichkeit (oder die Nation) über Tausende von Jahren gefehlt hat, dann ist es nicht die Aufgabe des Historikers zu erklären, warum die Nation oder „ihr“ Staat existiert – denn sie existiert permanent, außerhalb der Zeit – sondern zu erklären, warum sie manchmal fehlt. Und dann werden Begriffe ins wissenschaftliche Instrumentarium eingeführt wie der der „nationalen Wiedergeburt“.²

In seiner Vorlesung vom 13. November 2008 analysierte Kas'janov zwar historiosophische Wirrungen und Konflikte in der heutigen Ukraine, doch kann man seine Worte in vollem Maße auch dazu verwenden, um die zwanzig Jahre früher erschienene „Kodu lugu“ zu charakterisieren.

Am Ende des zweiten Heftes der „Kodu lugu“ wird die Geschichtskonzeption der Autoren präsentiert:

„Die Estnische Republik erhob sich, um das vergehende Alt-Estland (*Muinas-Eesti*) zu ersetzen. Es ist offensichtlich, dass die Estnische Republik nicht im Jahr 1918 begann, dass alles seine Vorgeschichte hat und die Vorgeschichte wiederum ihre Vorgeschichte. So kann man die Keime [der Republik; Anm. d. Übers.] zumindest schon in der Reformationszeit suchen, vielleicht sogar noch früher – falls man unter der Estnischen Republik die Ankunft der Esten in Europa und unter die Kulturvölker der Welt versteht sowohl im wirtschaftlichen, politischen als auch im kulturellen Sinne. (...) Wie im Falle Alt-Estlands bedeutet auch das Verschwinden der Estnischen Republik von den Karten keineswegs ihre endgültige Vernichtung. Sie lebt weiter selbst in Tausenden von gewöhnlichen Kleinigkeiten des Alltags, ganz zu schweigen von den Werten oder der lebendigen Erinnerung“ (Bd. 2, S. 106).

² Man kann diese Vorlesung im Internet einsehen: ГЕОРГИЙ КАСЬЯНОВ: Национализация истории в Украине [Die Nationalisierung der Geschichte in der Ukraine], URL: <http://www.polit.ru/lectures/2009/01/06/ukraine.html> (letzter Zugriff 12.3.2009).

* * *

Der Leser ist aufgefordert, sich einen beliebigen der drei vorgestellten möglichen Anfänge auszusuchen. Egal, wie man anfängt, das Ende ist stets dasselbe. Und das geht so: „Kodu lugu“ ist ein in der Zerfallsperiode der Sowjetmacht produzierter „Kampftext“. Weil das Buch dazu beitrug, das Volk zu mobilisieren, sollte man es auch nach diesem Kriterium bewerten: Wie groß war sein mobilisierender Wert tatsächlich? Leider kann ich darauf keine Antwort geben, weil ich keine Studie kenne, die sich mit dieser Frage auseinandergesetzt hätte.

Heute, zwanzig Jahre später, macht diesen Text aber schon die Tatsache beachtenswert, dass man wenigstens von zwei der drei Autoren – Lauri Vahre und Mart Laar – sagen kann, dass es sich um ihren ersten und gleichzeitig auch ihren letztgültigen Text handelt. Alle weiteren Arbeiten von ihnen wiederholen dieselben Thesen.

Mit Miroslav Hroch könnte man über Laar und Vahre sagen, sie stellen eine Art „Spätlese der nationalen Agitation“ dar. Interessanterweise wirken sie ungeachtet dessen trotzdem als Subjekte und nicht als Objekte der estnischen Geschichtswissenschaft.

Dies wiederum ist ein Phänomen, das in der Tat eine eigene Studie verdient.

P.S.: Meine Kommilitonen haben sich letztlich einen einwandfrei funktionierenden Trick ausgedacht, um die lästigen Autofahrer ruhig zu stellen – sich behaupteten einfach, sie studierten Quantenphysik.

„Ein sicherer Halt“: Zum Verhältnis von Geschichte und Analogieprinzip in „Kodu lugu“

VON LINDA KALJUNDI

Es gibt mehrere Möglichkeiten, Mart Laars, Lauri Vahtre und Heiki Valks „Kodu lugu“ (Heim[at]geschichte)¹ zwanzig Jahre später zu interpretieren. Auch die kritische Interpretin muss zunächst eine gewisse Unentschlossenheit zugeben; schließlich darf man weder die Rolle der ersten zensurfreien Gesamtdarstellung der estnischen Geschichte bei der Wiedererlangung der Unabhängigkeit Estlands noch die zahlreiche Leserschaft, die dieses populäre Werk im Zeitalter der „Krise der historischen Wahrheit“ (Ene Kõresaar) gefunden hat, unterschätzen. Gerade die Rolle aber, die der Geschichte bei den Unabhängigkeitsbemühungen, d. h. im Dienste der diesbezüglichen politischen Interessen zugeteilt war, bietet einen ersten und möglicherweise sogar den bedeutendsten Interpretationsrahmen von „Kodu lugu“. Zweifellos haben auch die Autoren den funktionalen Zusammenhang zwischen nationaler Historiographie und Unabhängigkeit damals erkannt: „Einen sicheren Halt bietet uns auch unsere Geschichte, deren volle Kraft wir uns wieder bewusst machen müssen“ (Bd. 1, S. 9). Tatsächlich stellt „Kodu lugu“ ein Handbuch der ideologischen Grundlagen der „Republik der Historiker“ dar, um Marek Tamm's treffenden Begriff, den er für das Estland der Wendezeit Ende der 1980er/Anfang der 1990er Jahre geprägt hat, an dieser Stelle zu zitieren.² Die estnische Geschichtskultur dieser Übergangsphase ist ein bislang unerforschtes Thema, das sicherlich ein größeres Interesse verdient hätte, schon weil wir anhand der „Kodu lugu“ ein Beispiel dafür haben, wie Geschichte und kulturelles Erbe damals genutzt wurden, um die Krise zu überwinden.³ Heutzutage ist die damals festgezurrte Interpretation der Vergangenheit im Kontext der Arbeiten zu den Erinnerungskonflikten der letzten Jahre wieder aktuell geworden. In diesen Arbeiten wird deutlich herausgearbeitet, dass jene Mittel, die damals für die Mobilisierung der Menschen,

¹ MART LAAR, LAURI VAHTRE, HEIKI VALK: Kodu lugu [Heim(at)geschichte], unter Redaktion von SULEV VAHTRE, Tallinn 1989 (Loomingu Raamatukogu, Nr. 40/41-42/43). 2. Aufl.: Tallinn 1992.

² MAREK TAMM: „Vikerkaare ajalugu?“ Märkmeid üleminekuaja Eesti ajalookultuurist [Die Geschichte der Zeitschrift „Vikerkaar“? Anmerkungen zur estnischen Geschichtskultur der Übergangszeit], in: Vikerkaar 2006, Nr. 7-8, S. 136-143.

³ Hierauf hat u. a. hingewiesen FRANCOIS HARTOG: Time and Heritage, in: Museum International 57 (2003), Nr. 3, S. 7-18.

die Wiederherstellung der Unabhängigkeit zu unterstützen, herangezogen wurden, nicht unbedingt dazu beigetragen haben, einer dialogfähigen und heterogenen Geschichtsauffassung sowie einer ebenso gearteten Geschichtspolitik den Boden zu bereiten.⁴

„Kodu lugu“ ist gewiss eine klassische teleologische Nationalgeschichte, die sich gut mit den Worten Pierre Noras charakterisieren lässt, die auf die Historiographie des 19. Jahrhunderts gemünzt sind: „a tone of national responsibility assigned to the historian – half preacher, half soldier“.⁵ In den letzten 200 Jahren ist die nationale Geschichtsschreibung überall in Europa aus bekannten Gründen das dominierende historiographische Genre gewesen. Allerdings bleibt festzuhalten, dass die Deutung der Nation in der estnischen Historiographie überwiegend auch heute keineswegs vom sozialen Konstruktivismus, sondern von einer essentialistischen Interpretation geprägt ist – oder zumindest von der Voraussetzung, dass der Übergang von der Ethnie zur Nation in der Tat ohne weiteres mit der Metapher vom „Erwecken und Erwachen“ zu erklären sei.⁶ Somit hängt die Interpretation von „Kodu lugu“ unmittelbar mit dem Problem der Nation zusammen und illustriert damit vortrefflich nicht nur den politischen Kredit, den die nationale Geschichte genießt, sondern auch die Tendenzen der estnischen Geschichtsschreibung, theoretische Konstruktionen zu vermeiden.

Im Rahmen einer gründlichen, intertextuell angelegten Studie wäre es also viel versprechend, den Einfluss von „Kodu lugu“ auf das gängige nationale und historische Narrativ, aber auch in einem breiteren Kontext auf das Repertoire des historischen Gedächtnisses zu untersuchen. Schließlich lässt die Aktivität von Mart Laar und Lauri Vahtre nicht nur als Autoren populärwissenschaftlicher Darstellungen und Lehrbücher, sondern auch an der politischen Front die Annahme zu, dass sie einen ständigen (und fortdauernden) Einfluss darauf haben, welche Verbindungen mit der Geschichte der Staat zu erhalten gedenkt – und welche nicht. Genauso interessant könnte die Analyse der Vorbilder von „Kodu lugu“ und ihrer Kontinuitätsbotschaft sein, ließ dieses populäre Werk seine Quellen von nur einigen wenigen Ausnahmen abgesehen doch unerwähnt. Hierbei darf man sicherlich davon ausgehen, dass der Redakteur Sulev Vahtre seine Autorität als Geschichtspräsident geltend gemacht hat, doch dürfte es sich durchaus lohnen, auch den Auswirkungen der oralen Traditionen der

⁴ Vgl. *Contested and Shared Places of Memory. History and Politics in North Eastern Europe* (Special Issue of „Journal of Baltic Studies“), hrsg. von JÖRG HACKMANN und MARKO LEHTI, in: *Journal of Baltic Studies* 39 (2008), S. 377-533.

⁵ PIERRE NORA: *Between Memory and History: Les Lieux de Mémoire*, in: *Representations* 26 (1989), S. 7-25, hier S. 11.

⁶ Darauf hat Eva Piirimäe in ihrem Überblick über die gängigen Nationalismustheorien in der neueren estnischen Geschichtsschreibung hingewiesen. Siehe EVA PIIRIMÄE: *Eesti rahvuslus Euroopa kontekstis* [Der estnische Nationalismus im europäischen Kontext], in: *Ajalooline Ajakiri* 2007, Nr. 1 (119), S. 93-109.

Vergangenheitsvermittlung in der Sowjetzeit nachzugehen.⁷ Ann Rigney hat es auf den Punkt gebracht: „the starting point of [historiography; L.K.] is not silence, but what has been said already“.⁸

Im Folgenden soll eine weitere Möglichkeit entworfen werden, „Kodu lugu“ heute neu zu lesen. Dabei soll auf einige Aspekte hingewiesen werden, mit deren Hilfe die Geschichtsinterpretation der Wendezeit das Modell der früheren, vor allem der nationalpädagogischen Historiographie der 1930er Jahre, ihren eigenen Zwecken gemäß angepasst und unter dem Einfluss des inzwischen vergangenen halben Jahrhunderts letztlich überschrieben und auch verschärft hat. „Kodu lugu“ ist damit in der Tat ein gutes Beispiel für die gegenwärtige Natur der Historiographie, die Reinhart Koselleck in seiner Interpretation der Geschichtserfahrung als „gegenwärtige Vergangenheit“ charakterisiert hat, welche auf die „vergegenwärtigte Zukunft“ ziele.⁹ In diesem Zusammenhang stellen die Autoren von „Kodu lugu“ fest: „Indem das estnische Volk an seiner Vergangenheit festhielt, bahnte es sich tatsächlich den Weg in die Zukunft“ (Bd. 2, S. 66). Eben jene, in der „Kodu lugu“ deutlich werdende Perspektive einer „Geschichte der Zukunft“ eröffnet die Möglichkeit, dieses Werk als einen wichtigen Meilenstein in der jüngeren Geschichte der estnischen Historiographie sowie ihrer alternativen Versionen zu bezeichnen.

Festzurren der Kategorien

Bereits die im Titel angelegte starke Metapher des „Zuhause“ bzw. des „Heims“ (*kodu*) spielt eine wichtige Rolle bei der Schaffung einer konsequenten Erzählung. Auf ihre politische Liquidität deutet schon der erste Satz der Einführung hin: „Die Geschichte Estlands, gesehen durch die Augen eines Esten, ist die Geschichte von unserem Zuhause (...), das unsere Vorfahren durch ihre tägliche Arbeit aufgebaut haben, und das unser Eigen zu nennen wir das allerheiligste Recht haben“ (Bd. 1, S. 9). Das Werk ist in vier Teile geteilt („Heim und Herd“, „Untertan im eigenen Haus“, „Herr im eigenen Haus“, „In die Ecke gedrängt“), „in Abhängigkeit davon, welche Rolle im Laufe der Zeit die Esten bei der Regierung ihres Landes gespielt haben. Die Bedeutung dieser Frage dürfte gerade heute besonders

⁷ Dabei muss man in Betracht ziehen, dass diese Traditionen der Sowjetzeit überwiegend durch Biographien und andere Materialien repräsentiert werden, die nach der Wiederherstellung der Unabhängigkeit aufgeschrieben und damit selbst stark von der Geschichtskultur der 1980er und 1990er Jahre beeinflusst sind. Siehe ENE KÕRESAAR: *Elu ideoloogiad. Kollektiivne mälu ja autobiograafiline minevikutõlgendus eestlaste elulugudes* [Ideologien des Lebens. Das kollektive Gedächtnis und die autobiographische Geschichtsinterpretation in estnischen Biographien], Tartu 2005.

⁸ ANN RIGNEY: *Time for Visions and Revisions: Interpretative Conflict from a Communicative Perspective*, in: *Storia della Storiografica* 22 (1992), S. 86–91.

⁹ REINHART KOSELLECK: *Vergangene Zukunft. Zur Semantik geschichtlicher Zeiten*, Frankfurt am Main 1979, S. 354f.

verständlich sein“ (Bd. 1, S. 10). Allerdings wird abgesehen von diesem rhetorischen Aufbau der räumlichen Dimension des „Eigenen“ (Territorium, Grenzen, aber auch das Lebensumfeld) keine besondere Aufmerksamkeit geschenkt. Das Verständnis eines funktionierenden Gemeinschaftskörpers wird eher über die gemeinsame Geisteswelt vermittelt – Raum und Zeit des „Eigenen“ sind somit vor allem imaginär. Indirekt geben die Autoren dies auch freimütig zu:

„Mehr als es in historischen Gesamtdarstellungen allgemein üblich ist, wird hier der Geistes- und Gedankenwelt des Volkes Raum gegeben. Da es hier gerade um die Darstellung der Geschichte des Volkes geht, wird sich dieser Akzent hoffentlich bewähren. Wir sind durch viele Fäden mit der Vergangenheit verbunden, vielleicht am meisten in unserer Denkweise“ (Bd. 1, S. 10).

Hierbei handelt es sich also um den Versuch, den „Volkgeist“ zu definieren und zugleich die Herausbildung der historischen Identität als gleichbedeutend mit der Entwicklung der persönlichen Identität darzustellen.

Die Geisteswelt steht in der „Kodu lugu“ für das Tradierte und Bewahrte, das trotz allen Änderungen in der Zeit konstant bleibt und damit eng mit der Herkunft und der Kontinuität, d. h. mit den beiden grundlegenden Begriffen einer jeden Nationalgeschichte zusammenhängt.¹⁰ Die Wurzeln der Herkunft liegen wie erwartet im finnougri-schen Ursprung der Nation:

„Leben und leben lassen – so könnte man sowohl unsere Lebenseinstellung als auch die der anderen Finnougrier der Waldzone charakterisieren. Traditionell haben Sesshaftigkeit, Stabilität, Arbeitsamkeit, Heim- und Heimatliebe sowie die Kontinuität der Generationen und des Volkes einen hohen Stellenwert auf der Werteskala der Esten genossen“ (Bd. 1, S. 32).

Gleichwohl haben die Kontakte mit dem „Fremden“ die Esten vor dem traurigen Schicksal der anderen finnougri-schen Völker bewahrt:

„Die ständigen Kontakte mit den westlichen Völkern haben uns eine gute Portion an kriegerischer Lebenseinstellung, Selbstbewusstsein und stolzer, sich von Zeit zu Zeit aktiv entladender Kampfbereitschaft verliehen, aber auch einen aufgeschlossenen und nach außen gerichteten indogermanischen Geist. Dieser Geist (...) hat sich sowohl in den Seereisen der Ostwikingen und im frühzeitlichen Freiheitskampf (*muistne vabadusvõitlus*) offenbart als auch in den späteren Kämpfen, die im Namen des eigenen Landes und der eigenen Freiheit geführt wurden“ (Bd. 1, S. 32).

Einen zentralen Wert stellt dabei allerdings die Bewahrung der früheren Lebenseinstellung dar. Im Kontext dieses Traditionsbewusstseins nimmt unter all den anderen Kategorien in erster Linie die Religion eine

¹⁰ CHRIS LORENZ: Representations of Identity: Ethnicity, Race, Class, Gender and Religion. An Introduction to Conceptual History, in: The Contested Nation: Ethnicity, Class, Religion and Gender in National Histories, hrsg. von STEFAN BERGER und CHRIS LORENZ, Houndmills 2008, S. 24-59.

herausragende Position ein – man könnte in ihrer Betonung sogar eines der Charakteristika der „Kodu lugu“ sehen. Der frühe heidnische Glaube hat in der estnischen nationalen Geschichtsauffassung seit ihrer Entstehung eine große Bedeutung gehabt; hier aber verleihen ihm die außerordentlich zahlreichen Beschreibungen dieser sorgsam tradierten „frühzeitlichen Glaubensvorstellungen“ eine zentrale Rolle bei der Bekräftigung der historischen Kontinuität. „Auch die Mentalität der heutigen Esten dürfte zum großen Teil aus der Frühzeit stammen. Die Ursprünge vieler unserer Lebenseinstellungen müssen in der Zeit gesucht werden, als wir noch ein Waldvolk waren“ (Bd. 1, S. 31). Indem auf die Spuren des Überlebens der alten Gottheiten und Gebräuche sowie auf die Entstehung einer synkretistischen heidnisch-katholischen Religion hingewiesen wird, lässt sich eine Kontinuität selbst im Mittelalter betonen, einer Zeit also, die als Anfang des Bruchs zwischen der Vorzeit und der Gegenwart verstanden wird. Tatsächlich dehnt „Kodu lugu“ das Zeitalter des Synkretismus sogar bis zur Verbreitung der Herrnhuter Brüdergemeine aus. Der Raum, der hier dem Glaubensleben gewidmet wird, ist auch im Hinblick auf die späteren Perioden vergleichsweise groß – die positive Rolle der Frühreligion wird nun allerdings durch die evangelisch-lutherische Kirche übernommen, die während der früheren Etappen des Narrativs geringer geschätzt wurde. Sie erhält eine positive Bedeutung sowohl im Kontext des Zarenreichs als auch der Sowjetzeit, indem sie die kontinuierlichen Beziehungen mit dem westlichen Kulturraum symbolisiert. Die Entfernung von der Kirche während der Sowjetzeit wird dabei sogar als ein Merkmal für die „Anpassung an das System“ verstanden: „Als ein Anzeichen für den Verfall des moralischen Niveaus des Volkes kann seine plötzliche Entfremdung von der Kirche, die eine bedingungslose moralische Ethik fordert, in den 1960er Jahren verstanden werden“ (Bd. 2, S. 78). Von der allgemeinen Säkularisierung in der westlichen Welt lesen wir an dieser Stelle nichts.

Der traditionsbewussten Haltung wird die Aneignung des „Fremden“ gegenübergestellt. Seit dem Mittelalter habe die „Germanisierung“ eines Menschen markiert, dass er für die eigene Nation verloren gegangen sei. Die „Russifizierung“ insbesondere am Ende des 19. Jahrhunderts wird in diesem Zusammenhang nicht einfach nur negativ bewertet, sondern sie bekommt ihre endgültige Bedeutung, Rolle und Gewicht erst durch die Parallele mit der entsprechenden Politik in der Sowjetzeit. Diese Analogie erreicht ihren Höhepunkt in der Beschreibung der Russifizierungszeit Ende der 1970er Jahre. Der Erste Sekretär des ZK der Estnischen Kommunistischen Partei Karl Vaino (1978–1988) wird hier einfach als „Nachfolger des Fürsten Šachovskoj“ bezeichnet, also des estländischen Gouverneurs unter Alexander III. (1885–1894) (Bd. 2, S. 91).

Die Darstellung der Sowjetzeit bietet eine weitere mögliche Parallele in Hinblick auf das Thema der Bewahrung der traditionellen Lebensart, indem sie die Frage stellt, auf welche Weise das Alltagsleben der

Unabhängigkeitszeit während der sowjetischen Jahre überlebt hat. Das „Estnische“, das die Mentalität der Unabhängigkeitszeit ausgezeichnet habe, beginnt im Zusammenhang mit der oben erwähnten „Anpassung an das System“, merklich zu bröckeln. Natürlich bedeutet dies, dass die Vorstellungen der Autoren von einer „eigenen Kultur“ aus der Zeit vor dem Zweiten Weltkrieg stammen, woran man erkennen kann, dass die hier kritisch gesehene Verbreitung der Konsumkultur zur Sowjetzeit nicht mit den allgemeinen kulturellen Tendenzen in der westlichen Welt in Verbindung gebracht werden:

„Man hatte keine Lust mehr, in das Gemeindezentrum zur Theaterprobe zu laufen; lieber saß man bei sich zu Hause und blätterte im finnischen Fernsehprogramm herum. Der Kulturkonsum wuchs zwar rapide, und man ging oft ins Theater, auf Konzerte und in Ausstellungen. Die eigene Teilnahme des Volkes an der Kulturproduktion jedoch schrumpfte“ (Bd. 2, S. 82f.).

Eine ähnliche, die Zeiten übergreifende Verschärfung findet man auch bei der Definition und dem Gebrauch der Kategorien des „Fremden“. Erwartungsgemäß ist die wichtigste, obwohl nicht die einzige dieser Kategorien – die Nation. Es sei gleich darauf hingewiesen, dass im Gegensatz zu den andersnationalen „Fremden“ im eigenen Lande die estnische Exilgemeinde in das Narrativ der Nachkriegsgeschichte integriert ist. (Dabei darf man natürlich deren politische Bedeutung nicht vergessen: dank der Exilregierung und den Konsularvertretungen wurde die politische Kontinuität der Republik bewahrt.) Die Rolle des archetypischen „Fremden“ hatte in der estnischen nationalen Historiographie noch die mittelalterliche deutschsprachige Elite gespielt. In „Kodu lugu“ lesen wir: „Die Macht der Herrscher Alt-Livlands war nicht aus diesem Lande herausgewachsen, sondern schwebte gleichsam über ihm“ (Bd. 1, S. 47). Das Stichwort des Kolonialismus, das für die Interpretation der „fremden“ Macht benutzt wird, erhält seine eigentliche Kraft allerdings aus der späteren Zeit. Zwar wird auch der mittelalterlichen Elite eine „kolonialisatorische Mentalität“ nachgesagt, weshalb sie „das eroberte Land auch nach Jahrhunderten nicht vollkommen als ihr eigenes erkannt“ hätte (Bd. 1, S. 49). Seine Vollkommenheit erreicht der „Kolonialismus“ in der estnischen Geschichte aber erst in der Sowjetzeit: „Ziel [der Sowjetisierung; L.K.] war ja nicht ein blühendes sozialistisches Estland, sondern die sichere Angliederung der neuen Kolonie an das Imperium“ (Bd. 2, S. 65). Die ganze Politik der Sowjetunion wird in erster Linie als „Kolonialpolitik“ definiert, die dadurch zu charakterisieren sei, dass sie eine totale Kontrolle über Landwirtschaft, Industrie und Energiereserven zu erlangen suchte. In diesem Urteil spiegeln sich im Wesentlichen auch die Umstände, die zur Wiederherstellung der Unabhängigkeit führen würden, aber auch die damit verbundene Rhetorik – „Migration“ und „Russifizierung“, „Ausbeutung“ der Natur und durch die Industrie als nationale und ökologische „Katastrophe“. All dies wird in „Kodu lugu“ als

essenzielles Ergebnis der sowjetischen Herrschaft, d. h. der Herrschaft eines Kolonialimperiums verstanden.

Seit den großen Kriegen der Frühen Neuzeit wird auch das Thema des physischen Überlebens der Nation von den Autoren mit der Kolonialpolitik in Verbindung gesetzt. Zu den Kriegsverlusten als Grund dieser Befürchtung kommt später noch die Angst vor Neuansiedlern hinzu. Sowohl das Thema der Menschenverluste als auch die Sorge wegen der Kolonisten erhalten ihre endgültige Gestaltung im Zusammenhang mit dem Zweiten Weltkrieg und seinen Folgejahren; sie kulminieren schließlich in der Darstellung der Immigration der 1970er und 1980er Jahre. Schließlich gehörte es damals zu den brennenden Sorgen und politisch aktuellsten Themen, dass die Esten zu einer nationalen Minderheit im eigenen Lande zu werden drohten. Zur ökologischen und kulturellen Katastrophe kam die Gefahr der Gewalt, welche im Text in ein unerwartet scharfes Bild von der Konfrontation der Esten und den im Lande lebenden Russen mündet: „die sich auf den Straßen herumtreibenden Russenbanden fühlten sich immer potenter“ (Bd. 2, S. 93). Zu den maskulinen Raufereien gesellt sich aber auch eine feminine nationale Konfrontation auf der körperlich-biologischen, ja sogar rassistischen Ebene, indem die Gebärfreudigkeit der estnischen und russischen Frauen miteinander verglichen wird (z. B. Bd. 2, S. 83).

Die Kategorien des „Fremden“ werden allerdings nicht allein auf nationaler Grundlage definiert, sondern auch mit Hilfe einer (linken) Ideologie sowie einer Klasse – natürlich des Proletariats. Erstmals finden beide gemeinsam Erwähnung im Zusammenhang mit der industriellen Entwicklung:

„Die Klassen, die für das kapitalistische System typisch sind, haben sich herausgebildet. Der Streik von Kreenholm 1872 gehört zwar nicht direkt in die Geschichte der Esten, doch darf er nicht unerwähnt bleiben. (...) [V]on bewussten und ausgeprägten Klassenkonflikten kann man wenigstens in Hinblick auf die ländlichen Esten im ganzen 19. Jahrhundert nicht sprechen“ (Bd. 1, S. 98).

Die Arbeiterbewegung, die Revolution von 1905 und die Verbreitung des sozialistischen Gedankenguts auch in Estland werden zwar vergleichsweise häufig angesprochen, doch werden sie letzten Endes nicht wirklich ernst genommen. Einerseits drückt sich dies in leichtem Spott aus: die Linken hätten „das Manna vom Himmel“ versprochen, ihr Erfolg beruhe auf „linker Euphorie“ sowie „der Hoffnung der einfacheren Volksschichten, mit Hilfe der Kommune ins Paradies zu kommen“ (z. B. Bd. 2, S. 17). Diese Ironie wird in Bezug auf die Errichtung der Sowjetmacht schließlich zu ihrem Abschluss gebracht, habe man doch damals „dem Volk eine vollkommene Blüte in allen Lebensbereichen“ versprochen (Bd. 2, S. 50). Andererseits werden alle sozialistischen Ideen vom „roten Terror“ gleichgeschaltet – zugleich muss aber erwähnt werden, dass der so genannte weiße Terror von den Autoren nicht verschwiegen wird.

Das Narrativ: Zyklen und Analogien

Die Aufgabe einer nationalen Geschichte ist es, eine kontinuierliche Erzählung zu konstruieren, die vom Ursprung der Nation bis zu ihrer Gegenwart reicht. In der estnischen nationalen Historiographie wird die Geschlossenheit dieser Erzählung einerseits durch die 1868 von Carl Robert Jakobson kreierte (mitnichten originelle) Metapher von den Zeitaltern des Lichts, der Finsternis und der Morgendämmerung symbolisiert.¹¹ Andererseits hält die Vorstellung eines immer währenden (bzw. sich immer wieder von neuem wiederholenden) Freiheitskampfs diese Erzählung zusammen.¹² Während das historiographische Narrativ der 1930er Jahre noch von der Idee des linearen Fortschritts dominiert wurde, kommt bei der eine neue Zeit des nationalen Erwachens verkündenden „Kodu lugu“ eine recht deutliche zyklische Note hinzu (z. B. Bd. 2, S. 96).

Auch „Kodu lugu“ präsentiert die Erzählung von der alten Zeit der Freiheit bzw. des Lichts, welche von der Eroberung durch die Kreuzritter und der 700 Jahre langen Nacht der Knechtschaft unter der Fremdherrschaft unterbrochen worden sei. Im Narrativ der 1920er und 1930er Jahre kam der ewige Kampf, der einst im so genannten frühzeitlichen Freiheitskampf begonnen hatte, im Freiheitskrieg der Jahre 1918–1920 zu seinem Ende. Da dieses Modell nun aber in der „Kodu lugu“ bis in die Gegenwart verlängert wird, ändert sich auch die Beurteilung der früheren Zeit: Nun fing die allerfinsternste Nacht nicht mehr im Mittelalter an, sondern erst nach dem Nordischen Krieg: „Als das estnische Volk unter die Herrschaft Russlands fiel, hatte sein Weg durch die Nacht seinen allerfinsternen Abschnitt erreicht“ (Bd. 1, S. 77). Die Sowjetzeit hingegen wird hier zumeist durch den in der einen oder anderen Form hervorgetretenen Widerstand, also durch das Prisma des fortwährenden Freiheitskampfs beschrieben. So wird beispielsweise dem Phänomen der „Waldbrüder“ ziemlich viel Platz eingeräumt.¹³ Dabei wird auch der Bereich der Kultur in diesen Widerstandsdiskurs miteinbezogen. Sie legt auf der einen Seite ein Zeugnis vom anhaltenden Widerstand selbst zu einer Zeit ab, in der der bewaffnete Kampf schon zu Ende war: „Estland hatte keine andere Möglichkeit, der Welt von seiner Existenz zu künden, als durch die Vermittlung der Kultur, die somit zu einem eigenen Mittel des Widerstands wurde“ (Bd. 2, S. 81). Auf der anderen Seite gab die Idee der Widerständigkeit der Kultur die Möglichkeit, die Konzeption einer „neuen Zeit des

¹¹ Diese Idee hat Carl Robert Jakobson in seiner „Ersten Vaterländischen Rede“ 1868 in Umlauf gebracht. CARL ROBERT JAKOBSON: *Kolm isamaa kõnet* [Drei vaderländische Reden], Tallinn 1991.

¹² Zum Gedanken des ewigen Freiheitskampfs siehe MAREK TAMM: *History as Cultural Memory: Mnemohistory and the Construction of the Estonian Nation*, in: *Contested and Shared Places of Memory* (wie Anm. 4), S. 499–516.

¹³ Später hat Mart Laar über dieses Thema auch ein populäres und einflussreiches Buch veröffentlicht: MART LAAR: *Metsavennad* [Die Waldbrüder], Tallinn 1993.

nationalen Erwachens“ mit der nationalen Bewegung und dem Nationalismus des 19. Jahrhunderts in Verbindung zu setzen:

„Wie vor hundert Jahren begann der Geist des Volkes, sich mithilfe der Wiederherstellung des historischen Gedächtnisses zu erheben. Zu einer Brücke zwischen der Gegenwart und dem vorigen Jahrhundert wurden sowohl die den Liedern der Zeit des nationalen Erwachens gewidmeten Konzerte des Philharmonischen Kammerchors, das sich explosionsartig verbreitende Chorlied ‚Ärkamise aeg‘ [Zeit des Erwachens] von René Eespere oder die Lebenswerke von J[akob] Hurt und V[illem] Reimann, die ihre Stelle im estnischen Geschichtsbewusstsein wieder einnahmen“ (Bd. 2, S. 96).

Hier wiederholt sich die Vorstellung von der Funktion der Geschichte beim „Erwecken“ des Volkes, aber auch der Prozess des „nationalen Erwachens“ des 19. Jahrhunderts selbst. Nachdem 1985 Michail Gorbachev im Kreml an die Macht gekommen war und die so genannte Politik der *glasnost* einsetzte, fand der Gedanke der Wiederherstellung der Geschichte nicht nur Ausdruck im gedruckten Wort, sondern auch in symbolischen Taten wie z. B. der Denkmalschutzbewegung. In Analogie zur Nationalbewegung des 19. Jahrhunderts nimmt die Idee der „singenden Revolution“ eine zentrale Stellung ein.

„Die Voraussetzungen für ein breiteres ‚Erwachen‘ waren geschaffen. (...) Alles dies musste nur noch das Volk erreichen. Die Situation erinnerte an die Lage der nationalen Bewegung vor dem Sängerfest von 1869, als alle Voraussetzungen für einen Aufschwung bereits vorhanden waren, und nur die Symbole fehlten, um das Volk zusammenschweißen und ein echtes Gemeinschaftsgefühl zu schaffen“ (Bd. 2, S. 100).

Auch den Sängerfesten des 19. Jahrhunderts wird eine besondere Bedeutung beigemessen – so heißt es zum ersten Sängerfest 1869: „das Landvolk kam zum Sängerfest zusammen und sang sich dort zu einer Nation“ (Bd. 1, S. 92). Die Musikveranstaltungen Ende der 1980er Jahre (die Populärmusiktage in Tartu, die nächtlichen Sängerfeste usw.) erfüllen und wiederholen ihrerseits die „Aufgabe des Sängerfests von 1869“.¹⁴ Diese These wiederum soll den Primat des Kulturmodells bestätigen, das die erste Nationalbewegung getragen hatte, und das auch durch die Aktivierung des Vereinslebens bestätigt wurde: „Das Selbstbewusstsein und die Schaffenskraft des Volkes wuchsen zusehends, überall in Estland wurden verschiedene Vereine und Gesellschaften gegründet und die alten wiederhergestellt“ (Bd. 2, S. 101). Man vergleiche diesen Befund aber mit der bereits erwähnten Kritik an der Konsumkultur.

¹⁴ Zu den Sängerfesten und ihrer Rolle in der estnischen nationalen Identität siehe KRISTIN KUUTMA: Cultural Identity, Nationalism and Changes in Singing Traditions, in: Folklore, Bd. 2, Dezember 1996, S. 124-141. Siehe auch unter der URL: <http://www.folklore.ee/Folklore/vol2/ident.htm> (letzter Zugriff 8.3.2009).

Dabei bezieht sich die Analogie zum ersten nationalen Erwachen nicht allein auf die Taten, sondern auch auf die Aktivist:innen. Die Nationalbewegung des 19. Jahrhunderts bietet neben dem Volkskörper als dem eigentlichen Helden in „Kodu lugu“ weitere Persönlichkeiten zur Identifikation an – was zugleich den Rhythmus der Erzählung verlangsamt und in ihren Lauf zahlreiche Details einfließen lässt. Zudem wurden von nun an Unterschiede zwischen den Männern der Ideale und den Männern der Wirtschaft gemacht, wobei dieses Modell später als Präzedenz für die Autorengenwart genutzt wird. Als „Gründungspar“ für dieses Modell fungieren Jakob Hurt und Carl Robert Jakobson:

„Hurt hielt die Kultur für das Wichtigste, d. h. die Entwicklung des Geistes, der Sprache und der Bildung des Volkes, während für Jakobson die Hauptsache war, eine sozialökonomische Wende zu erreichen, auf welche dann die Veränderungen im Geistesleben folgen würden“ (Bd. 1, S. 94).

Zugleich wird die Universalität dieses Modells für die gesamte nationale Geschichte postuliert:

„Im allgemeinen ist die Existenz solcher Hauptströmungen, deren Vertreter sehr vereinfacht als Männer der Ideale und Männer der Wirtschaft bezeichnet werden können, charakteristisch für jede Zeit, in der die Zukunftsperspektiven des Volkes zur Debatte stehen“ (Bd. 1, S. 94).

Das zweite Paar bilden Jaan Tõnisson und die „Tallinner Männer der Wirtschaft“, d. h. in erster Linie Konstantin Päts. Tõnissons Rolle war es, sich in den entscheidenden Momenten in die Entwicklung des Landes einzumischen, wobei vor allem seine Ansicht, das eigene Schicksal nicht zu sehr mit Russland zu verbinden, für das Narrativ der „Kodu lugu“ bedeutsam wird. Zunächst tritt Tõnissons Russlandskepsis bei der Schilderung der Folgen der Russischen Revolution von 1917 hervor; später ist es sein Versuch, Päts 1940 wenigstens zu symbolischem Widerstand gegen die Rote Armee zu überreden.

Mart Laar hat während der Wendezeit seinen Konflikt mit der Volksfront (*Rahvarinne*) beschrieben, indem er ihn mit den Gegensätzen zwischen Jakobson und Hurt bzw. Tõnisson und Päts verglichen hat. „Kodu lugu“ zufolge entpuppen sich in der Tat sowohl Jakobsons als auch Päts' Entscheidungen kumulativ als falsch: Jakobsons Mitläufertum in Bezug auf die Forderungen des Zarenregimes hat demzufolge Päts' „widerstandslose Unterwerfung“ unter die Sowjetmacht vorbereitet. Und genau dies markiert das wichtigste Trauma des Buchs: der Verrat an der jungen patriotischen Generation. Hurts und Tõnissons Entscheidungen hingegen werden unwiderlegbar als zu jeder Zeit gültig und beständig präsentiert: „Die alte Losung von J. Hurt – um zu bestehen, muss man über kulturelle Größe verfügen – schien nun [in den 1980er Jahren; L.K.] aktueller denn je. (...) Die Ideale von J. Hurt hatten sich auch dieses Mal als lebendig erwiesen“ (Bd. 2, S. 88).

Tatsächlich endet „Kodu lugu“ nahezu zwangsläufig mit einem Zitat Tõnissons:

„Estland ist wieder an einem Wendepunkt seiner Geschichte angelangt, an dem es nicht überflüssig ist, sich der Worte J. Tõnissons aus dem Sommer 1917 zu erinnern: ‚Unser politisches Ideal muss die Eigenstaatlichkeit sein. Wenn wir als Volk nicht in der Lage sind, den jetzigen Moment für die Umsetzung unseres Eigenstaatlichkeitsideals auszunutzen, dann weiß ich nicht, wann dafür ein noch günstigerer Augenblick kommen sollte. Jetzt oder nie!‘“ (Bd. 2, S. 102).

* * *

Man darf es als ein charakteristisches Merkmal der „Kodu lugu“ bezeichnen, dass die Metapher vom „Erwachen“ und die von den Autoren hergestellten Analogien bis zum Ende der Erzählung ernst genommen und als absolut verstanden werden. Gleiches gilt für den am Anfang des Texts erwähnten Glauben an das problemlose „Erwecken“ eines Volkskörpers, welcher sich zwischenzeitlich in den Zustand einer latenten Ethnie zurückgezogen hatte, sowie für die Überzeugung von der entscheidenden Rolle der lokalen nationalen Elite beim „allmählichen nationalen Heranreifen der Estenmengen“ (*eestlaskhulkade järk-järgulises rahvuslikus küpsemises*, Bd. 1, S. 93).

Das Werk ist während einer Wendezeit verfasst worden – viele Ereignisse lagen damals noch in der Zukunft, wovon auch die leeren Seiten am Ende der „Kodu lugu“ zeugen. Heutzutage ergibt sich daraus die Gelegenheit, darüber nachzudenken, in welcher einzigartig paradoxen Lage sich die drei Autoren, vor allem aber Mart Laar, befunden haben. Sie konnten nicht nur an das allgemein gültige Prinzip der Analogie in der estnischen Geschichte glauben und darüber schreiben, sondern auch die Chance nutzen, auf der Grundlage dieses Glaubens am Boom der Geschichte teilzuhaben und die restaurative (National-)Politik der Wendezeit mitzugestalten. Zwar hat sich damals die Geschichte nicht wiederholt, doch erlebte sie das eine oder andere Mal ihre Wiederaufführung.

Der Regierende Graf Wilhelm zu Schaumburg-Lippe und die Kräuter- und Wurzeltrocknung Johann Georg Eisens

VON ALEXANDER EWIG

Der Briefwechsel Johann Georg Eisens mit dem Regierenden Grafen Wilhelm zu Schaumburg-Lippe¹ hinsichtlich seiner Kräuter- und Wurzeltrocknung fand in der deutschsprachigen Forschung bisher nur wenig Beachtung. Zwar erwähnten u. a. Hubertus Neuschäffer und vor allem Erich Donert die angesprochene Korrespondenz,² doch hat sich bislang niemand die Mühe gemacht, den Briefwechsel detailliert rekonstruiert in seinem Gesamtkontext vorzulegen, was um so bedauerlicher ist, als er nicht nur die gesamteuropäische Bedeutung des Eisen'schen Verfahrens

¹ Johann Georg Eisen, geb. 19. Januar 1717 in Polsingen/Mittelfranken, gest. in Jaropolč, Gouvernement Moskau 4. Februar 1779. Geistlicher und Schriftsteller, wirkte in Kurland und Russland, v. a. aber in Torma und Lohusu in Livland. Entschiedener Gegner der Leibeigenschaft im Russischen Reich. Zahlreiche Forschungen auf biologisch-agrarischem und medizinischem Gebiet – so war er u. a. in Livland Vorreiter der Einimpfung von Kuhpocken zum Schutz gegen die „schwarzen Blattern“. Entwickler einer neuen Methode der Konservierung von Gemüse und Salaten. Vgl. Deutschbaltisches Biographisches Lexikon, hrsg. von WILHELM LENZ, 2. Aufl., Wedemark 1998, S. 185.

Graf Wilhelm zu Schaumburg-Lippe, geb. 9. Januar 1724 in London, gest. 10. September 1777 in Haus Bergleben/Schaumburg-Lippe; Regierender Graf zu Schaumburg-Lippe (1748–1777), Generalissimus der Armee des Königreichs Portugal, Generalfeldmarschall des Großbritannischen Heeres, Oberbefehlshaber der Artillerie der Alliierten Armee des Herzogs zu Braunschweig und Lüneburg im Siebenjährigen Krieg etc. Siehe THEODOR SCHMALZ: Denkwürdigkeiten des Grafen Wilhelm zu Schaumburg-Lippe [1783], Starnberg 1986; GERD STEINWASCHER: Wilhelm Friedrich Ernst Graf zu Schaumburg-Lippe, in: Schaumburger Profile. Ein historisch-biographisches Handbuch, hrsg. von HUBERTUS HÖING, Bielefeld 2008, Bd. 1 (Schaumburger Studien, 66), S. 276–280; HANS H. KLEIN: Wilhelm zu Schaumburg-Lippe. Klassiker der Abschreckungstheorie und Lehrer Scharnhorsts, Osnabrück 1982.

² Eine erste Erwähnung des Briefwechsels findet sich schon bei FRIEDRICH KONRAD GADEBUSCH: Livländische Bibliothek, Bd. 1, Riga 1777, S. 271–276. Vgl. HUBERTUS NEUSCHÄFFER: Der livländische Pastor und Kameralist Johann Georg Eisen von Schwarzenberg. Ein deutscher Vertreter der Aufklärung in Rußland zu Beginn der zweiten Hälfte des 18. Jahrhunderts, in: Rußland und Deutschland. Aufsätze, hrsg. von UWE LISZKOWSKI, Stuttgart 1974 (Kieler Historische Studien, 22), S. 120–143, hier S. 138f.; ERICH DONNERT: Johann Georg Eisen 1717–1779. Ein Vorkämpfer der Bauernbefreiung in Rußland, Leipzig 1978, S. 117f., sowie den Kommentar in: ROGER BARTLETT, ERICH DONNERT: Johann Georg Eisen. Ausgewählte Schriften, Marburg 1998, S. 68f.

demonstriert, sondern ihm auch Entscheidendes über die Wesenszüge des Tormaer Predigers zu entnehmen ist.

Nachdem Eisen sich schon zu Beginn der 1750er Jahre intensiv mit dem Gartenbau auseinandergesetzt hatte,³ kam er im September 1771 auf die Idee, Kräuter, Wurzeln und andere Speisepflanzen durch Trocknung zu konservieren und somit ein Mittel gegen den Militärwesen und Hochseeschiffahrt gefährdenden Skorbut („Scharbock“) zu entwickeln.⁴ Eisens erste Versuche, Küchengewächse zu konservieren erfolgten an Weiß- bzw. Sauerkohl,⁵ aus dem die russischen Bauern eines ihrer Nationalgerichte, die Kohlsuppe namens *Šči*, zubereiten. Dass Eisen bei der Konservierung des Kohls und dessen anschließender Wiederaufbereitung als *Šči* von Anfang an hauptsächlich von militärischen (und nautischen) Gesichtspunkten geleitet wurde, bezeugt eines seiner Gelegenheitsgedichte, welches sich in einem Brief an Staatsrat Jacob von Stählin vom 24. April 1772 findet.⁶ Die Küchengewächse behalten durch die Trocknung „Farbe, Geschmack und Kräfte“,⁷ allerdings verlieren sie während des Vorgangs durch den Flüssigkeitsverlust erheblich an Volumen, was einer militärischen oder nautischen Nutzung ausdrücklich entgegenkommt. Nach Ablauf der Prozedur werden die getrockneten Pflanzen ähnlich dem Tabak in kleine Kartusen verpackt und können somit bequem transportiert werden.

Eisen versuchte, seine Erfindung populär zu machen; daher wollte er eine Anleitung („Unterricht“) seines Trocknungsverfahrens unter seinem Namen drucken lassen, was sich allerdings hinsichtlich der Provinzialität

³ Eisen verfasste 1750 ein estnischsprachiges „Gartenbuch“, welches nur als handschriftliches Manuskript vorliegt und zum Gebrauch durch die lokalen Bauern gedacht war. Dass es ursprünglich nicht bei diesem einen Werk bleiben sollte, verdeutlicht dessen Titel, der von Erich Donnert mit „Aja ramat“ (estn. Jahrbuch, Annalen, Chronik) angegeben wird. DONNERT, Eisen (wie Anm. 2), S. 108.

⁴ Siehe GADEBUSCH, Livländische Bibliothek (wie Anm. 2), S. 261.

⁵ In einem Brief an Friedrich Konrad Gadebusch vom 2. April 1772 heißt es diesbezüglich: „Die Nachricht, daß man in Engl[and] wider den Scharbock auf der Flotte den Sauerkohl eingeführt, und daß sich der Sauerkohl auf den Russisch[en] Schiffen (...) nicht habe halten wollen, ist die Quelle von dem Einfall [der Gemüsekonservierung; A.E.]. Eisen an Gadebusch, Torma den 2. April 1772; hier zit. n. BARTLETT, DONNERT, Johann Georg Eisen (wie Anm. 2), S. 606.

⁶ Eisen an Stählin. Torma, den 24. April 1772, zit. n. BARTLETT, DONNERT, Johann Georg Eisen (wie Anm. 2), S. 608. Der Anfang des Gedichts lautet mit implizitem Bezug auf den Türkisch-Russischen Krieg von 1768–1774: „Ich hab von meinem Schtschie dir nur noch eins zu sagen:/Richt nicht nach dem Geschmack, wo du in Wollust schwamst;/du wolltest vielmehr einen Helden Rußlands fragen:/Sag mir woher du doch die warme Suppe nahmest,/da du, um dem Vizier den Endenschluß zu bringen: (...)/Den Strom durchschwammst.“

⁷ Eisen an Gadebusch. Torma, den 2. April 1772, zit. n. BARTLETT, DONNERT, Johann Georg Eisen (wie Anm. 2), S. 604. Gadebusch bemerkt hierzu, dass sich die von ihm selbst gegessenen getrockneten Kräuter von den frischen geschmacklich kaum unterschieden. Siehe GADEBUSCH, Livländische Bibliothek (wie Anm. 2), S. 262.

der Druckereien der Ostseeprovinzen⁸ als schwierig erwies. Zudem wurde das Trocknungsverfahren ständig erweitert und verbessert, weshalb eine fertige Version in kürzester Zeit schon wieder als überholt erscheinen musste.

Zudem sprach er auf Vermittlung Stählins in St. Petersburg beim Leiter des Admiraltätskollegiums Graf Ivan Grigor'evič Černišev vor, von welchem er zu Vorführungszwecken zu einem Mittagessen eingeladen wurde. Zugegen waren unter anderem der Bruder des letzteren, Graf Zachar' Grigor'evič Černišev, Graf Kyrill Grigor'evič Razumovskij und der österreichische Gesandte Fürst Joseph Maria Karl von Lobkowitz, der, wie Eisen mit unverhohlenem Stolz an den Dorpater Justizbürgermeister Friedrich Konrad Gadebusch berichtete, „2 Teller voll davon gegessen hat“⁹. Weiter schreibt Eisen, der *Šči* sei „delikat, wie ers wirklich ist. Man schloß auf den großen Nutzen für die Armee und Flotte“.¹⁰ Dass Eisen sich in dieser Runde an die richtigen Gesprächspartner wandte, ist offensichtlich, denn die Brüder Černišev mussten zwangsläufig ein gesteigertes Interesse an Eisens Erfindung zeigen. Dem Grafen Ivan Černišev unterstand als Leiter des Admiraltätskollegiums die gesamte

⁸ Eisens Verärgerung über die „kleinen und entfernten Pressen“ kommt in einem Brief an Stählin zum Ausdruck, in dem der Revaler Drucker Lindfors als „im Antworten so langsam“ kritisiert wird. Eisen an Stählin. Torma, den 2. August 1773, zit. n. BARTLETT, DONNERT, Johann Georg Eisen (wie Anm. 2), S. 629. Lindfors sollte trotzdem noch im selben Jahr den „Unterricht“ veröffentlichen. Unter den deutschsprachigen Höfen setzte sich jedoch die 1774 in Wien auf Vermittlung des Fürsten Lobkowitz in der kaiserlichen Hofbuchdruckerei erschienene Ausgabe als die meistverbreitete durch. Der erste, wenn auch noch sehr unvollständige Druck erschien schon 1772 unter dem Titel: „Die Kunst, alle Küchenkräuter und Wurzeln zu trocknen und in Kartuse zu verpacken, um dadurch ein neues Nahrungsmittel anzuzeigen“ in verschiedenen livländischen Verlagshäusern, u. a. bei Hartknoch in Riga. Vgl. HEIKE MATZKE: Bücherkataloge zur Bibliothek des Grafen Wilhelm im Schloss Bückeberg (WN) und zur Bibliothek der Militärschule auf dem Wilhelmstein (WST). Anhänge zur Diplomarbeit: Die Bibliotheken des Grafen Wilhelm zu Schaumburg-Lippe (1724–1777), Bd. 2, Hannover 2003, S. 174.

⁹ Eisen an Gadebusch. Torma, den 2. April 1772. Abgedruckt in BARTLETT, DONNERT, Johann Georg Eisen (wie Anm. 2), S. 605. In Eisens Brief wird von einem „Hetman“ berichtet, der an diesem Essen teilnahm. Bartlett und Donnert vermuten eine Teilnahme des Grafen Aleksej K. Razumovskij, was nicht sehr wahrscheinlich ist. Der „Hetman“ dürfte vielmehr dessen Vater, der Graf Kyrill Grigor'evič Razumovskij gewesen sein. Das in Frage kommende Hetmanat in der Ukraine wurde durch kaiserlichen Ukaz von Anna I. am 31. Januar 1734 aufgelöst. Erst unter Elisabeth I. wurde 1750 ein neuer Hetman ernannt – der erwähnte Graf Kyrill Grigor'evič Razumovskij, der dieses Amt bis 1764 bekleidete. Unter Katharina II. wurde das ukrainische Hetmanat endgültig aufgelöst, an seine Stelle trat am 10. November 1764 erneut ein „Kleinrussisches Kollegium“ wie es phasenweise schon vor 1750 bestanden hatte. Vgl. ERIK AMBURGER: Geschichte der Behördenorganisation Russlands von Peter dem Großen bis 1917, Leiden 1966, S. 394ff. Graf Aleksej K. Razumovskij, geb. 1748, war später von 1807–1810 Kurator des Moskauer Lehrbezirks und von 1810 bis 1816 kaiserlicher Minister für Volksaufklärung. Ebenda, S. 194, 191.

¹⁰ Eisen an Gadebusch. Torma, den 2. April 1772. Abgedruckt in BARTLETT, DONNERT, Johann Georg Eisen (wie Anm. 2), S. 605.

Verwaltung der Kriegsmarine, er war somit auch in Fragen der Ernährung der Schiffsbesatzungen zuständig,¹¹ während sein Bruder Zachar' als Leiter des Kriegskollegiums den Vorsitz über die zentrale Militärbehörde des Russischen Reiches inne hatte.¹² So traten denn die Brüder Černišev auch tatsächlich bei Kaiserin Katharina II. für Eisens Erfindung ein.¹³

Ein ausschließlicher Gebrauch durch die Russischen Streitkräfte war aber nicht in Eisens Interesse, er dachte weitläufiger und versuchte in der Folgezeit Proben seiner Erfindung in St. Petersburg unter den Gesandten der europäischen Mächte zu verteilen und populär zu machen, damit diese sie an ihre Monarchen weiterleiteten. Gadebusch bemerkte hierzu: „Solchergestalt kamen seine Proben nach Stockholm, London, Haag, Kopenhagen, Dresden, Berlin, Madrid usw.“¹⁴

Der nordwestdeutsche Duodez-Staat Schaumburg-Lippe unterhielt selbstverständlich keine Gesandtschaft in St. Petersburg, an die Eisen seine Präparate hätte übermitteln können. Dennoch erwies sich der Kontakt zur schaumburg-lippischen Residenzstadt Bückeburg als fruchtbarer und nachhaltiger als die meisten Übermittlungsversuche der europäischen Gesandten. Das lag zum einen an dem in Bückeburg regierenden Grafen Wilhelm, einem reformorientierten und hoch gebildeten aufgeklärten Monarchen, unter dem die Grafschaft Schaumburg-Lippe ihre kulturelle und wirtschaftliche Blütezeit erlebte. Graf Wilhelm gelang es, verschiedene Geistesgrößen seiner Zeit an den Bückeburger Hof zu rufen, so etwa Thomas Abbt, mit dem der Graf auch persönlich eng verbunden war, und 1771 auch Johann Gottfried Herder, der bis 1776 das Amt eines Konsistorialrates und Superintendenten in Bückeburg bekleidete. In Herders Person nun liegt der zweite Grund für das erfolgreiche Zustandekommen des Kontakts zwischen Eisen und Bückeburg. Obwohl Herder Eisen nicht persönlich kannte, war es ihm doch ein Leichtes, im Auftrage des Grafen Wilhelm den Prediger aus Torma zu kontaktieren: Sowohl Herder wie auch Eisen ließen ihre Schriften zumindest zum Teil in Riga bei Johann Friedrich Hartknoch drucken. So bittet Herder im Auftrag seines Souveräns Hartknoch, sich doch bei Eisen „um das eigentliche Recept des Aufbewahrens der Küchengewächse“ zu erkundigen.¹⁵

¹¹ Siehe AMBURGER, Geschichte der Behördenorganisation (wie Anm. 9), S. 349.

¹² Ebenda, S. 294.

¹³ Eisen an Herder. Torma, den 8. April 1773, in: Niedersächsisches Staatsarchiv Bückeburg (künftig: NStaBü), F 1 A XXXV 18. 97, 61. Ein von Eisen an Ivan Černišev für die Kaiserin gedachtes Kabinett der getrockneten Kräuter erreichte diese allerdings nicht. GADEBUSCH, Livländische Bibliothek (wie Anm. 2), S. 264.

¹⁴ GADEBUSCH, Livländische Bibliothek (wie Anm. 2), S. 264.

¹⁵ Herder an Hartknoch. Bückeburg, den 10. März 1773. Hier zit. n. JOHANN GOTTFRIED HERDER: Briefe, Bd. 1-8, hrsg. von WILHELM DOBBEK und GÜNTER ARNOLD, Weimar 1977, hier Bd. 2, S. 320. Im gleichen Brief erwähnte Herder auch explizit, dass er die Erkundigungen im Auftrage des Grafen Wilhelm einzuholen gedenke. Ebenda, S. 620f.

Anderthalb Monate später berichtet Herder an Graf Wilhelm, dass er zwar keinen Kontakt zu Eisen herstellen konnte, da dieser nach St. Petersburg beordert worden sei, Hartknoch habe ihm jedoch versichert, dass die Kräuter, die Eisen „zur Probe“ geschickt hätte, so gut schmeckten, „als wenn sie aus dem Garten kämen“. Herder werde „also nicht nachlassen, bis ich das eigentliche Recept erhalte“.¹⁶

Graf Wilhelm äußert in einem kurzen Antwortschreiben vom selbigen Tag seinen Dank für die Bemühungen Herders und bekräftigt seinen Wunsch nach Übersendung des genauen Trocknungsverfahrens.¹⁷ Der Graf sollte nicht lange warten müssen. Schon eine Woche darauf meldet Herder, Eisen, vom „Eifer für seine Sache angetrieben“, habe ihm „nicht bloß die begehrte Anweisung, sondern eine doppelte Probe seiner Kräuter nebst der Note ihres Gebrauchs“ übersandt.¹⁸ Am 15. Juli 1773 schließlich schickte Eisen einen vervollständigten, allerdings immer noch handschriftlichen „Unterricht“ nach Bückeburg.¹⁹

Graf Wilhelms Pläne hinsichtlich Eisens Kräutertrocknung waren vorrangig rein militärischer Natur. Einerseits ließ er ab Mitte der 1760er Jahre im Steinhuder Meer im äußersten Norden der Grafschaft Schaumburg-Lippe auf mehreren künstlichen Inseln eine Festung („Wilhelms Inseln“; heute Wilhelmstein) bauen, in der die schaumburg-lippische Militär- bzw. Offiziersschule untergebracht war. Als aufgeklärter Monarch legte Graf Wilhelm großen Wert auf die geistige Bildung seiner Offiziere, um deren strategische Fähigkeiten im Felde und deren Führungskraft innerhalb der eigenen Truppen zu erhöhen.

Eine sehr wertvolle Analyse der Bibliothek auf dem Wilhelmstein findet sich in der Diplomarbeit von Heike Matzke zu den dortigen Bibliotheksbeständen. Matzke listet für die Regierungszeit Graf Wilhelms – also bis 1777 – nicht weniger als vier verschiedene Ausgaben von Eisens

¹⁶ Herder an Graf Wilhelm. Bückeburg, den 28. Mai 1773. HERDER, Briefe, Bd. 3 (wie Anm. 15), S. 21.

¹⁷ Graf Wilhelm an Herder. Schloss Baum, den 28. Mai 1773. Hier zit. n. GRAF WILHELM ZU SCHAUMBURG-LIPPE: Schriften und Briefe, Bd. 1-3, hrsg. von CURD OCHWARDT, Frankfurt am Main 1983 (Veröffentlichungen des Leibniz-Archivs, 8), hier Bd. 3, S. 359.

¹⁸ Herder an Graf Wilhelm. Bückeburg, den 5. Juni 1773. HERDER, Briefe, Bd. 3, (wie Anm. 15), S. 25. Einige der getrockneten Kräuter Eisens befinden sich noch heute in den Beständen des Staatsarchivs Bückeburg, wo der Autor sie im August 2008 selbst in Augenschein nehmen konnte. Auch nach 235 Jahren sind an ihnen keinerlei Verwesungs- oder Zerfallserscheinungen sichtbar gewesen.

¹⁹ Dieses Exemplar trägt den Titel „Unterricht von der allgemeinen Kräuter- und Wurzel-Trocknung. Erster Teil: Von den Zugemüsen, Salaten und Gewürzen, wie selbige getrocknet und in Kartuse verpacket werden sollen“. In einem erneuten Begleitschreiben an Graf Wilhelm entschuldigte sich Eisen für diese Art der Darstellung: „Unsere kleinen und entfernten Pressen geben mir keine Hoffnung, eher was Gedrucktes liefern zu können, als der ganze Sommer für diesmal verlorengegangen sein wird“. Eisen an Graf Wilhelm. Torma, den 15. Juli 1773, in: NStABü F 1 A XXXV 18.97.62, 63.

„Unterricht“ bzw. dessen Vorläufern auf, was für einen Zeitraum von nur fünf Jahren seit dem Erscheinen der ersten Fassung bei Hartknoch 1772 eine erstaunliche Anzahl ist. Zudem verdeutlicht dies, welchen Nutzen Graf Wilhelm in der Erfindung Johann Georg Eisens für seine Offiziere sah.²⁰ Leiter der Festungsbibliothek war zu Wilhelms Lebzeiten Johann Christian Döring.²¹ Dieser durfte Bücher, Manuskripte u. ä. allerdings nur nach persönlicher Genehmigung durch den Grafen Wilhelm an die Offiziere weiterreichen.²² In einer seiner zahlreichen überlieferten tagebuchartigen Notizen und Memoranden vermerkte Graf Wilhelm hinsichtlich Dörings und der Festung Wilhelmstein am 1. Juli 1774: „Befehle an Döring gegeben, Provision getrocknete Gemüse [betreffend], nach Eisenschem Unterricht“.²³ Hieraus geht hervor, dass man sich auf dem Wilhelmstein auch mit Versuchen nach Eisens Vorbild beschäftigte und dazu die Anleitung aus der Bibliothek brauchte. All dies diente neben der Schulung der Offiziere auch zu deren Verpflegung, wie das undatierte Memorandum 556 besagt: „Practische Ingenieur- und Artillerieschule Exercitia mit zur Arbeit nutzen. Vermehrung derer Lebensmittel durch Korn, Mehl, trockene Gartengewächse“.²⁴ Im November 1774 fragte sich der Graf: „Ob Kräuter-Cartusen gemacht worden?“²⁵ Eine weitere Notiz stammt aus dem Hochsommer 1775, in der sich Wilhelm mit der Verbesserung des Dörrofens beschäftigt hat.²⁶

Neben der Ausbildung und Verpflegung der eigenen Offiziere bezweckte Graf Wilhelm aber noch etwas anderes mit Eisens Erfindung, was mit seiner Eigenschaft als ehemaliger Generalissimus der Portugiesischen Armee im Siebenjährigen Krieg zu tun hatte. Portugal war im Zuge dieses Krieges 1762 von den Heeren Frankreichs und Spaniens angegriffen worden. Graf Wilhelm, der sich schon auf dem deutschen Kriegsschauplatz als Oberbefehlshaber der alliierten Artillerie ausgezeichnet hatte, wurde auf Vermittlung des mit Portugal verbündeten Großbritanniens dem dortigen König sowie dem einflussreichen Ersten (Premier) Minister Sebastião

²⁰ MATZKE, Bücherkataloge (wie Anm. 8), Bd. 2, S. 174. Die Titel variieren von Ausgabe zu Ausgabe. Der Graf selbst besaß Matzke zufolge (S. 46) in seiner Privatbibliothek noch ein weiteres, allerdings theologisches Werk Eisens: Das Christenthum nach der gesunden Vernunft und der Bibel, Riga 1777.

²¹ „Es ist vor itzo der Lieutenant Döring mit der Aufsicht dieser Bibliothek chargiret, es ist derselbe vor [sic!] die Erhaltung und Ordnung derer [sic!] Bücher, Plans, Charten, Manuscripte und Instrumente responsable, er muß von allen diesen einen richtigen Catalogum halten“. Reglement, die Studia und Exercitia derer Schaumburg-Lippe-Bückeburgischen Ingenieurs und Artilleristen betreffend [1770], in: WILHELM ZU SCHAUMBURG-LIPPE, Schriften und Briefe (wie Anm. 17), Bd. 2, S. 78-89, hier S. 80.

²² Ebenda.

²³ Memorandum 554, in: WILHELM ZU SCHAUMBURG-LIPPE, Schriften und Briefe (wie Anm. 17), Bd. 1, S. 376.

²⁴ Memorandum 556, in: ebenda.

²⁵ Memorandum 561, in: ebenda, S. 377.

²⁶ Memorandum 568, in: ebenda, S. 379.

José de Carvalho e Melo²⁷ als Heerführer vorgeschlagen und vom portugiesischen König am 3. Juli 1762 zum Generalissimus (eigentlich mit dem französischen Titel *maréchal général*) der portugiesischen Armee ernannt.²⁸ Die Verbindungen nach Portugal und besonders zum Marquês de Pombal sollten bis zu Wilhelms Tod 1777 bestehen bleiben.²⁹ Auch Johann Georg Eisen wusste um diese Verbindung. So schrieb er Herder bereits am Beginn der Korrespondenz, dass er seine Erfindung auch in Hinblick auf Portugal anpreise: Er habe den „vorläufigen Unterricht an alle europäischen Höfe geschickt“, nur nach Lissabon habe er noch keine Gelegenheit gehabt:

„Portugall (sic!) wird sich dieses Nahrungsmittel auf seinen Ost- und Westindischen Fahrten bald nützlich zu bedienen wissen; und wie wird es nicht in den Bergwerken zu statten kommen? Besonders aber werden die sauren Suppen wegen ihrer feinen vegetabilischen Säure in dem unterirdischen Aufenthalt gute Dienste tun.“³⁰

Nachdem er somit schon Herder auf den Nutzen für das Königreich Portugal hingewiesen hatte, wiederholte Eisen diesen Aspekt in seinem Schreiben vom 15. Juli 1773 auch an den Grafen persönlich.³¹ Nach einigen Wochen der Überlegung stimmte Graf Wilhelm dem Anliegen Eisens zu.³² In der Tat erfolgte Anfang Oktober 1773 eine Nachricht des Grafen Wilhelm an den Marquês de Pombal, in welcher es heißt:

„Excellence! Un ecclésiastique à Torna [sic!] en Livonie a inventé depuis peu une méthode pour sécher plusieurs sortes de légumes, de manière à se conserver très longtems [sic !] en très petit volume. Cette invention pouvant être de grande utilité, soit pour les magasins militaires dans les places de guerre et aux armées, aussi bien pour les avitaillements des vaisseaux pour les voyages de long cours et en bien d'autres occasions, j'ay prié Mr. le colonel Ferrier de se charger d'en présenter quelques épreuves à V.E. de celles que cet ecclésiastique m'a envoyées de Livonie le printemps passé, avec la description de la préparation et

²⁷ Conde de Oeyras; seit 1770 Marquês de Pombal. Die Bedeutung Pombals für die portugiesische Geschichte des 18. Jahrhunderts charakterisiert am Besten Werner Thielemann, der das 18. Jahrhundert aufgrund von Pombals herausragender Stellung als „Jahrhundert Pombals“ bezeichnet. WERNER THIELEMANN: *Introdução*, in: *Século XVIII: Século das Luzes – Século de Pombal* [Das 18. Jahrhundert. Jahrhundert der Aufklärer – Jahrhundert Pombals], hrsg. von DEMS., Frankfurt am Main 2001, S. 7.

²⁸ KLEIN, Wilhelm zu Schaumburg-Lippe (wie Anm. 1), S. 154.

²⁹ Es sind vom Grafen Wilhelm alleine an den Marquês de Pombal aus dem Zeitraum vom 22. Juli 1762 bis zum 30. Dezember 1776 34 Briefe erhalten. Siehe WILHELM ZU SCHAUMBURG-LIPPE, *Schriften und Briefe* (wie Anm. 17), Bd. 3, S. 199–431.

³⁰ Eisen an Herder. Torma, den 1. April 1773, zit. n. BARTLETT, DONNERT, Johann Georg Eisen (wie Anm. 2), S. 622.

³¹ Eisen an Graf Wilhelm. Torma, den 15. Juli 1773, in: NStaBü F 1 A XXXV 18.97.62,63.

³² Herder an Hartknoch. Bückeberg, undatiert [Anfang August 1773], in: HERDER, *Briefe*, Bd. 3 (wie Anm. 15), S. 36. Da Hartknoch auf diesen Brief nicht antwortete, schickte Herder am 15. September 1773 einen weiteren Brief gleichen Inhalts nach Riga. Ebenda, S. 43.

de la manière de les apprêter pour l'usage. La proximité du départ du colonel n'a pas permis de traduire cette description, qui est en langue allemand".³³

Am 8. Oktober 1773, in seinem Dankesschreiben an Eisen, versicherte der Graf auch diesem, dass die Erfindung in Portugal Verwendung finden soll.: „Da eben der Herr Oberste *Ferrier Chef* eines königlichen portugiesischen Artillerieregimentes (...), nunmehr wieder zurück nach Portugal reisete, so habe ich des Herrn *Premier-Minister's Marquis von Pombal Excellenz*, bey dieser Gelegenheit von Ew. Hochwohllehrwürden so allgemein nützlichen Erfindung, und daß Dieselben mir Proben davon zu senden beliebt haben, Nachricht gegeben, und Dero Verlangen gemäß, zugleich eine Sammlung derer mir günstigst überschickten *Praeparata* beygefüget".³⁴

Die weitere Vorgehensweise des Marquês de Pombal passt nicht mehr in die Thematik dieses Beitrages; sicher ist jedoch, dass auch in Portugal Versuche der Gemüsekonservierung nach Eisens Methode erfolgten.

Noch vor dem Kontakt nach Portugal richtete Herder, wie bereits erwähnt, im August 1773 über Hartknoch den vorläufigen Dank des Grafen Wilhelm an Eisen aus,³⁵ bevor der Graf sich im Oktober des gleichen Jahres selbst mit einem Schreiben an Eisen wandte, um seinen „ergebenen Dank abzustatten".³⁶ Schon im Sommer 1773 ließ Graf Wilhelm eigene Trocknungsversuche anstellen, die zwar noch nicht hundertprozentig gelangen, doch hoffte er nach der Übersendung der detaillierten Anleitung, „daß der Erfolg nunmehr glücklicher seyn werde".³⁷ Bei diesen eher schlichten Danksagungen aus Bückeberg sollte es freilich nicht bleiben. Graf Wilhelm, dem Beispiel anderer europäischer Monarchen folgend, beauftragte Herder im Winter 1773/74 mit der Übersendung von Entwürfen für eine geeignete Gedenkmünze an Eisen, wobei der Kontakt erneut über

³³ Graf Wilhelm an Sebastião José de Carvalho e Melo, 1^o Marquês de Pombal. Bückeberg, Anfang Oktober 1773, hier zit. n. WILHELM ZU SCHAUMBURG-LIPPE, Schriften und Briefe (wie Anm. 17), Bd. 3, S. 360. [„Exzellenz! Ein Geistlicher aus Torna (sic!) in Livland hat vor kurzem eine Methode erfunden verschiedene Arten von Gemüse auf eine solche Weise zu trocknen, dass sie sich über sehr lange Zeit bei sehr kleinem Volumen erhalten. Diese Erfindung kann von großem Nutzen für die Vorratsspeicher auf Kriegsschauplätzen und bei der Armee wie auch für die Vitaminversorgung auf Schiffen bei Langstreckenfahrten und bei anderen Gelegenheiten sein. Ich habe den Hrn. Oberst Ferrier beauftragt einige Proben, die dieser Geistliche mir aus Livland im vergangenen Frühling geschickt hatte, Eurer Exzellenz zusammen mit einer Beschreibung der Herstellung und ihrer Zubereitung vorzulegen. Die Kürze der Zeit bis zur Abreise des Obristen hat es nicht erlaubt, diese Beschreibung, die in deutscher Sprache verfasst ist, zu übersetzen.“]

³⁴ Graf Wilhelm an Eisen. Bückeberg, den 8. Oktober 1773, hier zit. n. GADEBUSCH, Livländische Bibliothek (wie Anm. 2), S. 272. Hervorhebung im Original.

³⁵ Herder an Hartknoch. Bückeberg, undatiert [Anfang August 1773], zit. n. HERDER, Briefe, Bd. 3 (wie Anm. 15), S. 36.

³⁶ Graf Wilhelm an Eisen. Bückeberg, den 8. Oktober 1773, zit. n. GADEBUSCH, Livländische Bibliothek (wie Anm. 2), Bd. 1, S. 271.

³⁷ Ebenda, S. 272.

Hartknoch läuft.³⁸ Bei der Eitelkeit Eisens ist es erstaunlich, dass er ganz uneigennützig eine der silbernen Münzen an Gadebusch verschenkte.³⁹ Wie letzterer korrekt bemerkte, hatte Eisen die ihm durch Graf Wilhelm gezeigte Ehre „mit keinem livländischen Gelehrten gemein“.⁴⁰ Der Sendung an Hartknoch durch Herder waren Begleitschreiben sowohl Herders als auch Graf Wilhelms beigelegt, wobei letzterer dieses laut Gadebusch „mit eigener Hand geschrieben“⁴¹ hatte.⁴²

Eisen erfährt allerdings nicht von Hartknoch, sondern von seinem Bekannten Gadebusch, dass eine Sendung des Grafen Wilhelm in Riga angekommen sei. In wenig bescheidener Art schreibt er aus Torma an Gadebusch:

„Aber nun wollen wir Eines fest verabreden. Ist es von Portugal eine Medaille, oder voll 500 Dukaten, oder vom Gr. Schaumburg 100 Dukaten voll, so können Sie es jedermann sagen, wenn Sie selbst wollen. Ist es aber das von einem oder dem andern nicht, so wollen wir es, um den übrigen Soverains kein böses Beispiel zu geben, in den Morast der ewigen Vergessenheit vergraben, und Dornen des strengsten Stillschweigens auf das Grab säen. Ein kleines Geschenk zieht mir hier nur Spott zu. Danken aber werde ich ihm privatim, wenn es auch so wenig ist“.⁴³

Interessant ist an dieser Stelle natürlich besonders die Aussage „um den übrigen Soverains kein böses Beispiel zu geben“, was wiederum verdeutlicht, dass Eisen persönliche Anerkennung – um es positiv zu sagen – mindestens genauso wichtig war wie die Verbreitung seiner Erfindung.⁴⁴ Dass Eisen persönliche Auszeichnungen dennoch besonders wichtig waren und ihn in seinem Ehrgeiz anspornten, erkennt auch sein Bekannter Gadebusch: „Dergleichen Belohnungen“ hätten den Eifer des „in ganz Europa geehrten Mannes von Tage zu Tage mehr und mehr“ gereizt, „sich dem gemeinen Besten zu widmen“.⁴⁵

³⁸ Herder an Graf Wilhelm. Bückeburg, den 29. März 1774, zit. n. HERDER, Briefe, Bd. 3 (wie Anm. 15), S. 78f.

³⁹ WILHELM ZU SCHAUMBURG-LIPPE, Schriften und Briefe (wie Anm. 17), Bd. 3, S. 275.

⁴⁰ Ebenda, S. 276.

⁴¹ Ebenda, S. 275.

⁴² Graf Wilhelm an Eisen. Bückeburg, den 16. Juni 1774, zit. n. WILHELM ZU SCHAUMBURG-LIPPE, Schriften und Briefe (wie Anm. 17), Bd. 3, S. 367.

⁴³ Eisen an Gadebusch, Torma, den 21. Juli 1774, zit. n. BARTLETT, DONNERT, Johann Georg Eisen (wie Anm. 2), S. 644f.

⁴⁴ Eisen dürfte davon ausgegangen sein, dass durch ein „nur“ kleines Geschenk seine Erfindung in den Augen der anderen Herrscher Europas als wenig effizient angesehen würde. Aber er hatte schon im April 1774 z. B. vom polnischen König, einem weitaus mächtigeren Herrscher als dem Grafen zu Schaumburg-Lippe, eine goldene Medaille erhalten, die nach Gadebusch „12 Dukaten“ wog. GADEBUSCH, Livländische Bibliothek (wie Anm. 2), S. 274. Auch vom preußischen König hatte er 1773 eine goldene Medaille erhalten.

⁴⁵ GADEBUSCH, Livländische Bibliothek (wie Anm. 2), S. 276.

Es war aber eben nicht nur das „gemeine Beste“ allein, was Eisen antrieb. Vielleicht kann man ihn daher auf Grundlage des dargebotenen Briefwechsels am besten mit einem Paradoxon charakterisieren: als einen sich nach persönlicher Anerkennung sehnenen gemeinnützigen Philanthropen.⁴⁶ Ungeachtet dessen entspricht es den Tatsachen, dass Eisen sich nun vollends in die Arbeit mit dem Trocknungsverfahren vertieft hat. Sein Bekannter Jacob von Stählin vermerkte in einem weithin bekannten Kommentar ironisch, dass das Pastorat in Torma während Eisens Hauptbeschäftigungszeit mit der Kräutertrocknung mehr einer Konservenfabrik als einem Pfarrhof glich.⁴⁷ Nachdem Eisen sein Pfarramt in Torma im darauf folgenden Jahr (1775) niedergelegt hatte, trat seine intensive Beschäftigung mit der Kräutertrocknung allerdings mehr und mehr in den Hintergrund. Eisen ging nach Kurland und war dort u. a. als Berater des kurländischen Herzogs tätig.

⁴⁶ An dieser Stelle wäre es psychoanalytisch interessant, einmal die Kindheit Eisens in Mittelfranken zu untersuchen. Eine derartige Analyse liegt nicht vor und wird wohl auch nur schwerlich zu erstellen sein, trotzdem könnte sie den Charakter dieses zweifelsohne bedeutenden Mannes noch näher beleuchten. Eine von Eisen konzipierte periodische Schrift hieß zudem „Der Philanthrop“, dessen einzige Ausgabe kurz vor seinem Tod 1777 in Mitau bei Jakob Friedrich Hinz erschien. Darin kündigte er u. a. Schilderungen neuer Entdeckungen im Bereich der Kräuter- und Wurzeltrocknung an. Vgl. *Der Philanthrop. Eine Periodische Schrift. Erstes Stück. Mitau 1777*, zit. n. BARTLETT, DONNERT, Johann Georg Eisen (wie Anm. 2), S. 479-494, hier S. 479. Zu einer Umsetzung dieses Vorhabens sollte es freilich nicht mehr kommen.

⁴⁷ Stählin, hier zit. n. NEUSCHÄFFER, *Der livländische Pastor* (wie Anm. 2), S. 139; DONNERT, Eisen (wie Anm. 2), S. 20; DERS.: *Agrarfrage und Aufklärung in Lettland und Estland. Livland, Estland und Kurland im 18. und beginnenden 19. Jahrhundert*, Frankfurt am Main 2008, S. 74.

Grasleben, Goslar, Göttingen, Koblenz – Stationen der ausgelagerten Bestände des Revaler Stadtarchivs (1944–1990)

VON WILHELM LENZ

Paul Johansen, ehemaliger Professor für hansische und osteuropäische Geschichte in Hamburg, bis 1939 Direktor des Revaler Stadtarchivs, schrieb am 18. November 1948 an den Leiter des Zonalen Archivlagers in Goslar:

„Es liegt mir völlig fern, Ihnen oder deutschen Stellen Vorwürfe zu machen. Es liegt mir lediglich daran, das altherwürdige Stadtarchiv aus seiner babylonischen Gefangenschaft zu befreien. Und da werden Sie zugeben, dass in den letzten drei Jahren so gut wie nichts getan worden ist. Das ist es auch, was in Schweden ungläubiges Staunen hervorgerufen hat.“¹

Die im Alten Testament erwähnte Gefangenschaft der Juden dauerte von 597 bis 538 vor Chr., also 60 Jahre, die Revaler Bestände kehrten nach 46 Jahren zurück. Johansen meinte aber mit dem Vergleich nicht die Verschleppung der Archivalien, sondern deren Unbenutzbarkeit. Wenn dieser Beitrag Zitate von allgemein anerkannten Persönlichkeiten enthält, die man von ihnen vielleicht nicht erwarten würde, so geht es hier keineswegs um moralische Bewertungen, sondern nur darum, zu verdeutlichen, wie sich fachliche Ansichten im Laufe der Zeit verändern können.

Einer zeitgenössischen estnischen Aufzeichnung folgend erschienen am Morgen des 14. Juni 1944 Hellmuth Weiss, Leiter der Kulturverwaltung im Generalkommissariat Estland, und Adolf Eugen Dzelskaley, ein lettischer Mitarbeiter des Reichskommissars für das Ostland, mit Lastautos und Kriegsgefangenen als Transportarbeitern und forderten die sofortige Auslieferung der im Tresor der Estnischen Staatsbank sichergestellten

Grundlage dieses Aufsatzes ist ein Vortrag, den der Verfasser auf der vom Stadtarchiv Tallinn zu dessen 125. Gründungsjubiläum veranstalteten Tagung am 13. Oktober 2008 gehalten hat.

¹ Geheimes Staatsarchiv Preußischer Kulturbesitz, Berlin (künftig: GStA), I. HA. Rep. 178 G, Bd. 247. Zu dem Thema dieses Aufsatzes vgl. WILHELM LENZ: Die Verlagerung des Revaler Stadtarchivs im Rahmen des „Archivschutzes“ während des Zweiten Weltkrieges, in: Reval. Handel und Wandel vom 13. bis zum 20. Jahrhundert, hrsg. von NORBERT ANGERMANN, WILHELM LENZ, Lüneburg 1997 (Schriften der Baltischen Historischen Kommission, 8), S. 397–443; neu zu der Thematik STEFAN LEHR: Ein fast vergessener „Osteinsatz“ – Deutsche Archivare im Generalgouvernement und im Reichskommissariat Ukraine, Düsseldorf 2007.

Archivbestände.² Als sich die zu dem Zeitpunkt verantwortliche Leiterin des Archivs, Epp Siimo, weigerte, der Aufforderung zu folgen, zitierte Weiss drei Funktionsträger der estnischen Selbstverwaltung herbei, in deren Anwesenheit dann die mündliche Anordnung des Ersten Landesdirektors der Estnischen Verwaltung, Hjalmar Mäe, verlesen wurde. Noch am gleichen Tage verließen 171 Kisten mit den Revaler Archivalien die Stadt. Das offizielle Übergabeprotokoll enthielt die Formulierung: „Die Evakuierung lässt die Fragen des Besitzrechtes unberührt und das ausgelieferte Archivmaterial wird spätestens nach Abschluss dieses Krieges nach Reval zurückgebracht und in die Bestände des Revaler Stadtarchivs wieder einverleibt werden.“ Bereits Anfang des Jahres 1944 hatte der Reichskommissar für das Ostland den Einsatzstab Reichsleiter Rosenberg in Riga gebeten, sich wegen der bedrohten Frontlage um die Sicherung der Kulturgüter in Estland zu bemühen, dabei allerdings jede Beunruhigung der einheimischen Bevölkerung zu vermeiden. Um einen Überblick über die Sicherungsmaßnahmen zu gewinnen, reiste Helmut Speer, Haupteinsatzführer des Einsatzstabes, nach Reval, wo er die bereits erfolgte Unterbringung von Kulturgütern in Gutshäusern aus militärischer Sicht sehr kritisch beurteilte und sich für eine Verbringung nach Kurland bzw. in das Deutsche Reich einsetzte. Gegen eine Verlagerung außerhalb des Landes waren nicht nur die estnischen Stellen, sondern zunächst auch der Generalkommissar Karl Litzmann wegen der schädlichen psychologischen Wirkung auf die Bevölkerung. Speer hatte in seinem Abschlussvermerk festgehalten: „Es ist für mich untragbar, mit den Esten zu verhandeln, wo ausschließlich befohlen werden muss.“³

Die Bestände kamen zunächst nach Ostpreußen und Mitte Dezember 1944 nach Grasleben bei Helmstedt in den dortigen Salzbergwerkstollen. Dass Salz- und Kalibergwerke für die kriegsbedingte Sicherung von Kulturgütern nicht nur wegen des Schutzes tief unter der Erde, sondern auch der Trockenheit und des großen Fassungsvermögens wegen besonders geeignet waren, hatte die Dienststelle des Kommissars für den Archivschutz, die vom Direktor des Reichsarchivs geleitet wurde, frühzeitig erkannt. Allerdings ist hier anzumerken, dass es im Salzschatz Grasleben, der sich in 425 m Tiefe über eine Länge von 5 km ausdehnte, im Juni 1945 einen Brand gegeben hat, dem auch Archivalien (aber nicht Revaler Provenienz) zum Opfer gefallen sind. Dennoch: Die Lagerung in diesem Schacht war für das weitere Schicksal der Revaler Bestände von ausschlaggebender Bedeutung, lag doch das zur Britischen Besatzungszone gehörende Grasleben unmittelbar an der Zonengrenze zum sowjetisch besetzten Teil Deutschlands.

² Ebenda. Vgl. EDDA-CARY VENDLA: Wie das Revaler Stadtarchiv geplündert wurde, in: Kodumaa, 27.7.1974.

³ LENZ, Verlagerung (wie Anm. 1), S. 414, Anm. 69.

Nach Kriegsende blieben die aus dem Osten stammenden Archivbestände am längsten in dem Graslebener Stollen und wurden von der Britischen Militärregierung erst Mitte 1946 in das neu eingerichtete Zonenarchivdepot (später Zonales Archivlager) in Goslar überführt. Die Haupttätigkeit bestand zunächst in der Vorbereitung der Abgaben an Polen. Die Briten waren der polnischen Forderung entgegengekommen, nicht nur die vor Kriegsbeginn zu Polen gehörenden, sondern auch die aus den deutschen Gebieten stammenden Archive (wie Stettin und Elbing) auszuliefern. An dieser Entscheidung wurden deutsche Archivare nicht beteiligt.⁴ Die Rückführung im Umfang von 19 Eisenbahnwaggons erfolgte im Mai 1947.

Parallel zu den britisch-polnischen Vereinbarungen verhandelten die Briten auch mit den russischen Behörden über einen gegenseitigen Austausch von verlagertem Archivgut, das sich in ihren Besatzungszonen befand. Aus dem Gebiet der Sowjetunion stammten die Bestände des Staatsarchivs Königsberg und des Revaler Stadtarchivs. In einem Bericht über die erste Archivkonferenz der deutschen Archivare in der Britischen Zone Ende 1946 hieß es, dass die Verhandlungen mit den Russen bisher nur wenig Erfolg hatten.⁵ Auf deutscher Seite bestand verständlicherweise die Befürchtung, dass die Briten – wie schon gegenüber Polen – auch die russischen Wünsche allzu großzügig erfüllen könnten. Paul Johansen fragte brieflich in diesem Zusammenhang den Leiter des Archivlagers:

„Haben Sie den Eindruck, Herr Kollege, dass es den englischen Herren klar geworden ist, welche Verantwortung sie vor der europäischen Geschichtsforschung haben – ich meine in Bezug auf die eventuelle Auslieferung der Ostarchive nach Asien, speziell meines lieben Revaler Stadtarchivs? Wenn Sie meinen, dass es einen Sinn hat, wäre ich gern bereit, einen Brief an die englischen Herren zu richten, zugleich mit einem Gutachten über den kulturellen Wert der Archivalien.“⁶

Der Leiter antwortete, dass sich die britischen Herren „durchaus ihrer Verantwortung vor der europäischen Geschichtsschreibung bewusst und peinlich genau um die Erhaltung und Sicherung der Archive bemüht“ seien. Einen aufklärenden Brief über den Wert des Revaler Archivs hielt er für verfrüht. Seiner Meinung nach würden die Fragen sicherlich im Friedensvertrag geregelt werden, doch glaubte er kaum, „dass man russischerseits auf die Ostarchive verzichten“ werde.⁷

Im Juni 1947 übernahm ein neuer Leiter das Archivlager, der aus dem Provisorium nach seinen eigenen Worten „möglichst bald ein gut benutzbares Archiv“ machen wollte.⁸ Die Schwierigkeiten, die sich diesem Ziel

⁴ CECIL A. F. MEEKINGS: Rückgabe von Archiven an Polen, in: *Der Archivar* 2 (1948), Sp. 71-74.

⁵ Bericht von Aloys Schmidt, 11.12.1946, in: *GStA* (wie Anm. 1), Bd. 2.

⁶ Paul Johansen an Aloys Schmidt, 20.10.1946, in: *GStA* (wie Anm. 1), Bd. 50.

⁷ Aloys Schmidt an Paul Johansen, 30.10.1946, in: ebenda.

⁸ KARL MEYER: Das zonale Archivlager in Goslar, in: *Der Archivar* 3 (1949), Sp. 37-40, hier Sp. 39.

entgegenstellten, waren allerdings erheblich: äußerst knappe Personalausstattung, fehlende Regale, im Winter ungeheizte Räume u. a. mehr. Priorität hatte zunächst die Nutzbarmachung des größten und wichtigsten Bestandes – die Unterlagen des Deutschen Ordens aus dem Königsberger Staatsarchiv. Die Kisten des Revaler Stadtarchivs wurden erst im Sommer 1948 geöffnet – gut vier Jahre, nachdem sie ihre Heimatstadt verlassen hatten.⁹ Von den 171 Originalkisten waren 2 beim Transport zerbrochen und durch neue ersetzt worden. Auch „weitere Kisten trugen offensichtliche Spuren einer früheren Öffnung und Durchsuchung“ – wie es im Bearbeitungsvermerk heißt. Die Archivalien waren in Aktenbündel verschnürt und trugen „Signaturen, die nur für die Eingeweihten bzw. an Hand der Findbücher verständlich sind.“¹⁰ Inhaltsverzeichnisse waren den Kisten nicht beigegeben.

Verwunderlich ist, dass man sich in Goslar bisher nicht um die Beschaffung eines Katalogs bemüht hatte, bestand doch der Kontakt mit Johansen schon seit 1946.¹¹ Erst jetzt – im August 1948 – wandte sich der Leiter an Wolfgang Mommsen, den späteren Präsidenten des Bundesarchivs, der 1940/41 im Rahmen der deutsch-estnischen Kulturgutverhandlungen in Reval tätig gewesen war.¹² Dieser stellte nicht nur seine Kataloge leihweise zur Verfügung, sondern wies auch darauf hin, dass der Mitarbeiter des Stadtarchivs Aleksander Margus seinerzeit den Archivalientransport nach Deutschland begleitet hatte. Dass Margus nach Australien ausgewandert war, wusste Mommsen noch nicht.¹³ Seine bei dieser Gelegenheit abgegebene Stellungnahme zur Restitutionsfrage stellt ein gutes Beispiel für die verschiedenen Argumentationsmuster dar:

„Im übrigen möchte ich nur hoffen, dass diese Archivalien Deutschland erhalten bleiben. In früheren Zeiten, als man eine Umsiedlung ganzer Völker und Volksteile nicht kannte, war eine Entfremdung von ihrem Entstehungsorte natürlich ein Unsinn. Im Gegensatz zu einer Äußerung des ‚Archivars‘¹⁴ stehe ich jedoch zu der Anschauung, dass es nichts mit imperialistischen Forderungen zu tun hat, wenn Deutschland diese Akten behalten möchte; denn Akten sind einmal an ihren

⁹ Vermerk von Karl Meyer, 26.8.1948, in: GStA (wie Anm. 1), Bd. 247.

¹⁰ Ebenda.

¹¹ Paul Johansen an Aloys Schmidt, 5.9.1946, in: GStA (wie Anm. 1), Bd. 50.

¹² Karl Meyer an Wolfgang Mommsen, 26.8.1948, in: GStA (wie Anm. 1), Bd. 247.

¹³ Wolfgang Mommsen an Karl Meyer, 30.8.1948, in: ebenda.

¹⁴ Gemeint ist die folgende Äußerung von C. A. F. MEEKINGS: Liste der Archivbestände, die sich im Zonendepot in Goslar befinden, in: *Der Archivar* 1 (1948), Nr. 2, Sp. 73-76, hier Sp. 76: „Die ausgesprochen nationalistische und unwissenschaftliche Lösung des Problems, die bekanntlich von einigen Wissenschaftlern befürwortet wird, daß nämlich die Archive, da sie und andere Bestände aus ehemals deutschen Gebieten des Ostens – zufälligerweise – in die britische Zone gerettet worden sind und deshalb dort bleiben und in den Archiven der britischen Zone deponiert werden sollten, kann vom internationalen und wissenschaftlich objektiven Standpunkt nicht gebilligt werden.“

Entstehungsort gebunden, zum zweiten aber auch an das Volk, auf das sie Bezug haben. Wenn beides auseinander fällt, wie in dem vorliegenden Falle – denn dass das Stadtarchiv Reval allein eine Sache der deutschen Bürgerschaft der Stadt Reval gewesen ist, ist jedem klar, der die Bestände des Stadtarchivs kennt – müsste man m. E. dem letzteren den Vorzug geben, oder man könnte doch sehr ernsthaft darüber diskutieren, ohne in den Verdacht eines Imperialismus zu kommen.“

Die normale Benutzung der Revaler Archivalien konnte erst Mitte 1950 beginnen.¹⁵ Gut ein Jahr vorher hatte der Lübecker Archivdirektor Ahasver von Brandt das Angebot gemacht, die Reval-Bestände in Lübeck aufzustellen, wo Platz, Regale, Fachleute und sonstiges Personal vorhanden waren. Nach seiner Kenntnis habe die Britische Militärregierung ihre – derzeitig ausgesetzten – Verhandlungen mit den Russen über die Rückgabe der Lübecker Bestände unter der Vorraussetzung des Austausches der Reval-Archivalien geführt. „Schließlich ist unser Archiv seit jeher eine bevorzugte Arbeitsstätte der auch an Reval besonders interessierten wissenschaftlichen Kreise: der hansischen, norddeutschen und skandinavischen Forschung.“¹⁶ Zweifellos ein überzeugender Vorschlag, dem jedoch die britische Besatzungsmacht ihre Zustimmung versagte. Überraschenderweise hatte dann Anfang 1950 die UdSSR angeboten, die Hamburger und Lübecker Archivalien im Tausch gegen das „Deutschordensarchiv“ zurückzugeben, was jedoch von deutscher Seite abgelehnt wurde. Bemerkenswert bei diesem Vorgang ist allerdings, dass der Vorsitzende des späteren Deutschen Archivarsvereins Bernhard Vollmer im Auswärtigen Ausschuss des Deutschen Bundestages für die Annahme des Tauschgeschäfts plädierte, unter der Voraussetzung, dass vorher die Unterlagen verfilmt würden.¹⁷

Am 18. März 1952 übernahm das Land Niedersachsen von der Britischen Besatzungsverwaltung die Bestände in Goslar, für die nunmehr das Staatliche Archivlager in Göttingen eingerichtet wurde. Die Unterbringung in einer Villa entsprach dem provisorischen Charakter der neuen Dienststelle. Für die Göttinger Lösung hatten sich die dortigen Historiker, an der Spitze Percy Ernst Schramm, eingesetzt, denen es vor allem um die Überlieferung des Deutschen Ordens ging.¹⁸ Als mögliche Interessenten galten schon damals auch das Bundesarchiv und das Herder-Institut in Marburg.

Ein neuer sowjetischer Vorstoß erfolgte nach Aufnahme der diplomatischen Beziehungen Ende 1956, diesmal speziell auf das Stadtarchiv Reval bezogen. Das Marburger Herder-Institut und das Bundesministerium für gesamtdeutsche Fragen hatten zum sowjetischen Restitutionsanspruch getrennte Gutachten angefertigt. Entscheidend war die ablehnende Stellungnahme des Rechtsreferates des Auswärtigen Amts: Erstens fehle der UdSSR die „Aktivlegitimation“ für die Herausgabeforderung, weil die

¹⁵ Karl Meyer an Ahasver von Brandt, 7.6.1950, in: GStA (wie Anm.1), Bd. 247.

¹⁶ Ahasver von Brandt an Karl Meyer, 6.1.1949, in: ebenda.

¹⁷ LENZ, Verlagerung (wie Anm. 1), S. 425, Anm. 110.

¹⁸ Ebenda, S. 425, Anm. 111.

Bundesrepublik die Annexion Estlands nicht anerkannt habe. Zweitens sei das Archiv als Kulturgut der in der Bundesrepublik lebenden Deutschen aus Reval zu betrachten. Erwähnenswert ist, dass in diesem Zusammenhang Hellmuth Weiss den neuen Leiter des Staatlichen Archivlagers in Göttingen, Kurt Forstreuter, zu einer vertraulichen Besprechung aufgesucht hatte.¹⁹ Folgt man Forstreuters Bericht an seine vorgesetzte Stelle, dann waren sich beide einig, „dass unter Umständen eine Auslieferung des Stadtarchivs Reval an seinen Ursprungsort zu befürchten ist.“ Man könne nicht, wie im Falle des Königsberger Staatsarchivs argumentieren, dass mit der Aussiedlung der gesamten Bevölkerung eine neue Lage geschaffen worden sei. „Man muss wohl abwarten, ob baltische Geschichtsforscher oder estnische Emigranten sich für die Erhaltung des Stadtarchivs Reval einsetzen.“²⁰ Immerhin, für den Fall der Fälle wurde jetzt in großem Maßstab mit der Mikroverfilmung der Bestände begonnen, die sich bis 1969 hinziehen sollte. Als ungefähr zur gleichen Zeit der Moskauer Hanse-Forscher Michail P. Lesnikov sich um Mikrofilme von Revalern Archivalien bemühte, hielt man es für opportun, „ihn möglichst schnell und gut zu bedienen.“²¹

Mitte 1958 griff das Auswärtige Amt anlässlich der bevorstehenden Verhandlungen über den kulturellen und technisch-wirtschaftlichen Austausch mit der UdSSR die Restitutionsfrage wieder auf. Diesmal wurde auch das Bundesarchiv zu einer Stellungnahme aufgefordert, das sich daraufhin an Kurt Dülfer wandte, den Leiter der Marburger Archivschule, der seinerzeit „Beauftragter für die Sicherung der Kulturgüter aus den besetzten Ostgebieten“ gewesen war. Der Direktor des Bundesarchivs Georg Winter schrieb ihm:

„Besonders würde mich Ihre Ansicht interessieren, wer denn nun eigentlich Eigentumsansprüche geltend machen kann. Die deutsch-estnische Ritterschaft? (...) Werden wir mit dem neuen deutschen Prinzip, dass die Archive nicht zum Boden, sondern zum Blut, d.h. zu dem fraglichen Volkstum, gehören, den Russen gegenüber auftrumpfen können? Ist das Revaler Archiv ausschließlich volksdeutsche Sache?“²²

Dülfer, der die Archivalien „als Eigentum der deutschen Stadt Reval“ bezeichnete, plädierte für ein Abkommen, „das dem einem Teil die Originale und dem anderen die Verfilmung“ zugestehe.“²³ Auf Grund des vom

¹⁹ Kurt Forstreuter an Staatskanzlei Hannover, 11.3.1957, in: GStA (wie Anm. 1), Bd. 247.

²⁰ Ebenda.

²¹ Kurt Forstreuter an Hellmuth Weiss, 26.3.1957, in: ebenda.

²² Bundesarchiv an Kurt Dülfer, 30.12.1958, in: Bundesarchiv, B 198/3421.

²³ Kurt Dülfer an Bundesarchiv, 15.1.1959, in: ebenda. Eine Randnotiz von Mommssen zum Brief von Dülfer lautet: „Ob wir den Russen gegenüber recht haben oder nicht, ist nicht wichtig. Wir müssen nur das Gesicht wahren, und dafür scheint die ‚Bluttheorie‘ geeignet. Haben wir 1940 wirklich verzichtet? Und wenn schon: wir standen unter Druck. Auch blieben damals viele Deutsche in Estland.“

Bundesarchiv erstellten Berichts teilte das Bundesministerium des Innern dem federführenden Auswärtigen Amt mit, dass 1) die Bundesregierung keinen Rechtsanspruch auf das Stadtarchiv geltend machen könne; 2) die Rückgabe nur im Austausch gegen die noch in Russland befindlichen Teile der hansischen Stadtarchive Bremen, Hamburg und Lübeck erfolgen sollte; 3) vor der Rückgabe der Bestand fotokopiert werden müsste.²⁴ Auch wenn die Rückgabebeforderung bei den folgenden deutsch-sowjetischen Verhandlungen nicht zur Sprache kam, so behielten doch diese drei Punkte bis zum Ende ihre Gültigkeit.

Während der Göttinger Zeit – insbesondere in den 60er Jahren – war die Benutzung der Revaler Archivalien am intensivsten. Zu dieser Entwicklung hatte in nicht unerheblichem Maße Friedrich Benninghoven, damals stellvertretender Leiter des Archivlagers, später Direktor des Geheimen Staatsarchivs Preußischer Kulturbesitz, beigetragen. Aus den Revaler Beständen hatte er 1968 für eine Wanderausstellung in Niedersachsen 52 Exponate ausgewählt, die in einem ausführlichen Katalog mit dem Titel „Hansestadt Reval. Siebenhundert Jahre nordosteuropäischer Geschichte im Spiegel eines Stadtarchivs“ erläutert wurden.²⁵ Eine weitere Aktion startete Benninghoven im gleichen Jahr mit der Versendung eines Rundbriefs an Professoren, in dem er auf Grund der in Göttingen vorhandenen Archivüberlieferung mehr als 30 Themen zur Revaler Geschichte für Doktorarbeiten vorschlug. Die Resonanz hielt sich in Grenzen, blieb aber nicht ohne Ergebnis.²⁶ Der Rundbrief begann mit der nüchternen Feststellung: „Das Stadtarchiv wird zweifelsohne nicht dauernd in deutschem Besitz verbleiben und zu einem noch nicht absehbaren Zeitpunkt nach Reval zurückkehren.“

Den dienstlichen Jahresberichten des Staatlichen Archivlagers aus der Zeit von 1958 bis 1976 ist zu entnehmen, dass unter den ausländischen Benutzern die Skandinavier bis Anfang der 1970er Jahre dominierten, wobei nach dem Deutschordensarchiv die Revaler Bestände am zweitmeisten benutzt worden sind. Zu den frühesten Benutzern gehörten die finnischen Historiker Erkki Kuujo und Vilho Niitemaa. Der Finne Jorma Ahvenainen hatte für seine Dissertation über den Getreidehandel Livlands im Mittelalter längere Zeit in Göttingen gearbeitet. Er war auch der erste finnische Forscher nach dem Krieg, der Zugang zu den in Tallinn verbliebenen Beständen bekam. Über seine dortigen Eindrücke schrieb er 1960 an Hans Koeppen, den neuen Leiter des Archivlagers: „Besonders spärlich waren die Sprachkenntnisse (d. h. Deutsch) der Studenten oder Jungakademiker. Dieses macht es, dass die dortigen Urkunden ihnen

²⁴ LENZ, Auslagerung (wie Anm. 1), S. 428.

²⁵ Hansestadt Reval. Siebenhundert Jahre nordosteuropäischer Geschichte im Spiegel eines Stadtarchivs. Eine Archivalienausstellung, zusammengestellt von FRIEDRICH BENNINGHOVEN, Göttingen 1968.

²⁶ Friedrich Benninghoven an Ahasver von Brandt, 30.8.1968, in: GStA (wie Anm. 1), Bd. 247.

unlesbar sind.“²⁷ Kurz vor seiner Abfahrt wurden ihm seine Aufzeichnungen abgenommen, weil sie in Moskau überprüft werden mussten. Deshalb seine Empfehlung: „Bitte, die in Göttingen liegenden Urkunden den Russen nicht zurückgeben.“ Allerdings sah er zweieinhalb Monate später die Sache schon wieder anders, nachdem er alle seine Notizen und auch noch Mikrofilme bekommen hatte.²⁸

Während insgesamt an dem Ordnungszustand der Archivalien in der Exilzeit keine Änderungen vorgenommen worden sind, so ist doch auf eine Ausnahme hinzuweisen, die Hans Koeppen Ende der 60er Jahre initiiert hatte. Nach dem Vorbild des Königsberger Ordensbriefarchivs wurden die Briefe bis 1510 aus den Akten herausgenommen und chronologisch in einem eigenen Bestand zusammengeführt, dem so genannten Revaler Briefarchiv.²⁹

In die Göttinger Zeit fallen auch umfangreiche, von Koeppen und Benninghoven angeregte editorische Arbeiten. Roland Seeberg-Elverfeldt hatte in drei Bänden die Briefe der deutschen, niederländischen und skandinavischen Städte sowie die Testamente der Revaler Bürger und Einwohner regestenartig erschlossen und Reinhard Vogelsang in zwei Doppelbänden das Kämmereibuch der Stadt aus den Jahren 1432–1507 sowie die Revaler Schiffslisten ediert.³⁰

1978 kamen die Revaler Bestände im Zuge der Auflösung des Göttinger Archivlagers zur treuhänderischen Verwahrung ins Bundesarchiv nach Koblenz, dem letzten Ort ihres Exils. Kurze Zeit vorher hatte in Bonn der neue sowjetische Botschaftsrat Igor' Maksimyčev die Rückgabefrage erneut aufgerollt, indem er auf die Resolution des Internationalen Archivrates verwies, wonach verlagerte Bestände an ihren Ursprungsort zurückzuführen seien. Das Bundesarchiv vertrat die Auffassung, dass der Austausch, d. h. die Rückgabe des Revaler Archivs gegen Abgabe der in Moskau befindlichen Hansearchivalien aus Bremen, Hamburg und Lübeck, nunmehr zügig in Angriff genommen werden sollte. Verzögert wurde der Austausch über mehrere Jahre durch die Haltung der deutschen Bundesregierung, die insbesondere den Bedenken der Vertriebenenverbände Rechnung trug. Der offizielle Durchbruch erfolgte – vor dem Hintergrund des Entspannungsprozesses zwischen Ost und West – anlässlich des Moskau-Besuches von

²⁷ Jorma Ahvenainen an Hans Koeppen, 9.7.1960, in: ebenda.

²⁸ Jorma Ahvenainen an Hans Koeppen, 30.9.1960, in: ebenda.

²⁹ Hans Köppen an Reinhard Wittram, 16.4.1969, in: ebenda. Nach der Rückführung der Bestände ist das Briefarchiv wieder aufgelöst worden.

³⁰ Ohne Kenntnis der in Göttingen vorbereiteten Edition hatte in Tallinn die frühere Archivmitarbeiterin Epp Siimo ebenfalls die Kämmereibücher an Hand von Mikrofilmen vollständig für eine Veröffentlichung transkribiert. Das in der ersten Hälfte der 1970er Jahre entstandene, siebenbändige maschinenschriftliche Manuskript, inkl. Vorwort und Register, wird in der Akademischen Bibliothek der Universität Tallinn und im Nachlass von Frau Siimo im Stadtarchiv Tallinn verwahrt. (Die freundliche Mitteilung verdanke ich Frau Lea Kõiv).

Helmut Kohl im Oktober 1988.³¹ Die tatsächliche Übergabe fand – nach Abschluss der von der Baltischen Historischen Kommission geforderten Rückvergrößerung der Sicherungsfilme – zwei Jahre später statt.

Dass die Verlagerung der Revaler Archivalien eine Unrechtsmaßnahme der NS-Staates war, dürfte heutzutage allgemein akzeptierte Auffassung sein. Unbestritten ist, dass die Exilierung der Bestände in wissenschaftlicher Hinsicht aufgrund der zahlreichen Veröffentlichungen in Deutschland auch eine positive Seite hatte.³² Darüber hinaus waren die Reval-Bestände als Faustpfand für die Archive von Bremen, Hamburg und Lübeck ein Glücksfall, da die wechselseitige Rückführung der Unterlagen gerade noch rechtzeitig vor Auflösung der Sowjetunion über die Bühne ging. Bekanntermaßen sind seitdem keine so genannten Beuteakten mehr von Russland an Deutschland abgegeben worden.

³¹ Vgl. HENNING VON WISTINGHAUSEN: Im freien Estland. Erinnerungen des ersten deutschen Botschafters 1991–1995, Köln u.a. 2004, S. 26–32.

³² Vgl. HEINZ VON ZUR MÜHLEN: Revals Geschichte im Schrifttum der Nachkriegszeit, in: Zeitschrift für Ostforschung 38 (1989), S. 558–569.

Die Erinnerungen eines lettischen Historikers und das kollektive Gedächtnis

VON INETA LIPŠA

„All the history books and archives combined make up only a tiny part of history. The real history hides in people’s memories, in their experiences, their testimonies and stories. Collecting every historical detail has never been possible because as people leave this world so do their stories and knowledge“.¹

Mit diesem Aufruf wandten sich im Herbst 2008, kurz vor dem 90. Jubiläum des lettischen Staates, die Autoren des Projekts „Collective Memory“ (offizieller Name in Lettisch: „Dzīvā vēsture“ – „Lebendige Geschichte“) an die Einwohner Lettlands und forderten sie auf, Erzählungen ihrer Verwandten auf Video aufzunehmen und diese Aufnahmen der Homepage des Projekts zur Veröffentlichung zur Verfügung zu stellen. Unser „gemeinsames kollektives Gedächtnis“ so hieß es hier, sei lebendige Geschichte und zugleich eine Sammlung von Zeugnissen aus der Vergangenheit.

„It doesn’t matter whether the story is about something global or personal, love or tragedy, general fact or specific experience. It needs only to be relevant or interesting to the storyteller’s life which is worth keeping for our future generations. This project represents respect for our past, love for our relatives and a message for our future“.²

Anfang 2009 waren binnen weniger Monate 104 Episoden persönlicher Erinnerungen dokumentiert worden. Die Zahl der interviewten Personen ist jedoch niedriger, denn viele haben mehrere persönliche Erzählungen beigesteuert. Die Autoren des Projekts setzten das kollektive Gedächtnis mit der „lebendigen“ Geschichte gleich. Aber für den Menschen ist die Denkweise in Gegensätzen charakteristisch, Gegensätze als rhetorische Strategie, mit deren Hilfe wir über die Realität nachdenken.³ Daher erkennen wir auch die Existenz einer „leblosen“ Geschichte, welche am häufigsten wohl mit der akademischen, der „trockenen“ Geschichte assoziiert wird, welche nach Ansicht der Projektleiter nur mit Hilfe der individuellen Erfahrung der Menschen verständlich und interessant gemacht werden könne. Deshalb ist die Frage entscheidend, wie die Vergangenheit in der

¹ <http://www.collectivememory.tv/about.php> (letzter Zugriff am 4.3.2009).

² Ebenda.

³ J. EDWARD CHAMBERLIN, SANDER L. GILMAN: Degeneration: An Introduction, in: Degeneration: The Dark Side of Progress, hrsg. von DENS., New York 1985, S. IX-XIV, hier S. X.

Gegenwart erlebt wird. Nicht jede Episode aus der Vergangenheit ist jedoch dafür geeignet, sondern nur eine, die den Menschen emotional berührt.

Einige Historiker sind der Meinung, dass die Vergangenheit genauso existiere wie sie selbst. Andere behaupten, die Vergangenheit gebe es gar nicht, sondern nur ihre physischen Überreste, die so genannten historischen Quellen; ihre kreative Nutzung wiederum sei notwendig, um überzeugende Vergangenheitsbilder zu konstruieren. Der Historiker Eelco Runia von der Universität Groningen vertritt die Ansicht, dass sich beide Parteien irren, da die Vergangenheit im Hier und Jetzt deutlich abwesender (*absent*) sei, als die erste Gruppe der Historiker zu glauben bereit ist; zugleich sei die Vergangenheit aber deutlich anwesender (*present*), als die zweite Gruppe zugeben möchte.⁴ Wie genau die Vergangenheit existiert, erklärt Runia mit dem Begriff der Anwesenheit (*presence*). Letztere sei nur im Hier und Jetzt möglich – in den Augenblicken, wenn die Vergangenheit uns ergreift, fesselt, hinreißt. Deshalb sei es kompliziert, die Anwesenheit, d. h. die Existenz der Vergangenheit im Hier und Jetzt, zu begründen.⁵ Man kann sie erleben, aber nicht dokumentieren. Sie ist zwar nicht theatralisch, aber sehr ausweichend, und es ist unmöglich, sie zu isolieren. Sie kann den Menschen rühren; aber nur, wenn er zu sich kommt, kann er mit Bestimmtheit sagen, dass sie da gewesen ist.

So geht es einem bei der Lektüre der Kindheitserinnerungen von Ilgvars Butulis (geb. 1948), dem bekannten Geschichtspräsidenten der Lettischen Universität in Riga. Sie sind in der Rubrik „Quellen der Geschichte“ (*Vēstures avoti*) des ersten Hefts des „Latvijas Vēstures Institūta Žurnāls“ (Zeitschrift des Lettischen Historischen Instituts) im Jahre 2008 veröffentlicht worden, um den 60. Geburtstag des Autors zu würdigen.⁶ Diese Publikation ist nicht nur deshalb ein Ereignis, weil zum ersten Mal nach 1991 in Lettland ein Historiker zur Feder greift, um autobiographische Prosa zu verfassen. Tatsächlich handelt es sich hierbei um den eher seltenen Fall in der modernen lettischen Literatur, dass Kindheitserinnerungen an die Sowjetzeit nicht etwa zur politischen Rechtfertigung aufgeschrieben werden, sondern schlicht um ihrer selbst willen.

Es gibt eine durchaus ernsthafte Memoiren-Tradition in der lettischen Literatur. Hier wären etwa die autobiographischen Werke der Schriftsteller Jānis Jaunsudrabiņš (1877–1962),⁷ Anna Brigādere (1861–1933),⁸ Dzidra

⁴ EELCO RUNIA: Spots of Time, in: *History and Theory* 45 (2006), S. 305–316, hier S. 305f.

⁵ Ebenda, S. 310.

⁶ ILGVARS BUTULIS: Manas bērības atmiņas [Erinnerungen an meine Kindheit], in: *Latvijas Vēstures Institūta Žurnāls* 2008, Nr. 1, S. 145–152. Zitate aus diesem Aufsatz werden im Text in Klammern nachgewiesen.

⁷ JĀNIS JAUNSUDRABIŅŠ: Baltā grāmata: simts tēlojumu vārdos un līnijās [Das weiße Buch: Hundert Bilder in Worten und Linien], [Bd. 1–2], Rīga [1914–1921].

⁸ ANNA BRIGĀDERE: Dievs, Daba, Darbs: bērības grāmata, veltīta jauniem un veciem [Gott, Natur, Arbeit: Ein Kindheitsbuch, gewidmet den Jungen und den Alten], Rīga 1926.

Zeberīna (geb. 1923)⁹ und Andrejs Johansons (1922–1983)¹⁰ zu nennen. Aber in diesen Texten geht es um die Zeit vor 1940. Nur die Schriftstellerin Vizma Belševica (1931–2005) schrieb über die Sowjetzeit.¹¹ Es scheint, als ob die Letten, die ihre Kindheit unter den Bedingungen des sowjetischen Alltags erlebt haben, sich nur äußerst zurückhaltend über diese Jahre in literarischer Form äußern. Natürlich wäre es interessant zu vergleichen, ob man dieses Phänomen vielleicht auch in anderen postsozialistischen Ländern beobachten kann. Ein Grund hierfür wäre wohl darin zu suchen, dass auf der einen Seite die Öffentlichkeit die politische Seite dieser Vergangenheit eindeutig missbilligt, während auf der anderen Seite gerade Kindheitserinnerungen nahezu zwangsläufig unpolitische Alltagsbeschreibungen liefern über all die kleinen Freuden und Leiden, wobei es durchaus vorkommen kann, dass die Sowjetzeit in positivem Licht erscheint. In dieser Hinsicht sind die Kindheitserinnerungen von Butulis auch ein kühner Versuch, eine gewisse undefinierbare, aber äußerst sensible Grenze im gesellschaftlichen Raum zu überqueren.

Die Publikation dieses Erinnerungsfragments wurde durch eine zufällige Wendung in einem Gespräch ermöglicht, das die Autorin dieses Beitrags in ihrer Eigenschaft als Herausgeberin des „Latvijas Vēstures Institūta Žurnāls“ Ende 2007 mit dem Autoren geführt hat. Es stellte sich damals heraus, dass Butulis schon drei Jahre zuvor begonnen hatte, seine Erinnerungen bis zur Immatrikulation an der damaligen Lettischen Staatlichen Universität niederzuschreiben. Die veröffentlichten Fragmente erzählen von seiner Kindheit in Riga etwa von Mitte der 1950er bis Mitte der 1960er Jahre. Die Erinnerungen sind nicht chronologisch geordnet, sondern folgen einem thematischen Prinzip, weshalb sie sich auch als übersichtlich strukturierte Kurzgeschichten lesen lassen. Die Titel dieser Erzählungen – „Spēles un rotaļas“ (Spiele und Spielzeuge), „Masu informācijas līdzekļi“ (Massenmedien) – zeugen davon, dass sie zur Textsorte der alltäglichen Geschichte gehören. Und sie erwecken so das Interesse des Lesers, denn als kollektive „Eingangspunkte“ sind sie im Stande, die Phantasie anzuregen und individuelle Assoziationen aus der eigenen Vergangenheit hervorzurufen.¹²

Der Text lässt sich in mehreren Ebenen verstehen – als Tatsachen, Kontext, Verhalten – und ist nicht nur als spannende Literatur zu genießen,

⁹ DZIDRA ZEBERIŅA: Kad es maza biju [Als ich klein war], Brooklyn 1969.

¹⁰ ANDREJS JOHANSONS: Visi Rīgas nami skan: atmiņas un kultūrvēsturiski tēlojumi [Alle Rigaer Häuser klingen: Erinnerungen und kulturhistorische Schilderungen], Brooklyn 1970.

¹¹ VIZMA BELŠEVICA: Bille jeb kad vecāmate bija maziņa: autobiogr[āfisks] stāsts vid[ējām] un vec[ākām] sk[olas] vecumam [Bille oder als die Oma noch klein war: autobiographische Erzählung für Kinder im mittleren und höheren Schulalter], Rīga 1995; DIES.: Billes skaistā jaunība [Billes schöne Jugend], Rīga 1999.

¹² ILVA ĶĪLE: Autobiogrāfiskās atmiņas sociālie līmeņi [Soziale Ebenen der autobiographischen Erinnerung], in: Atmiņa un vēsture no antropoloģijas līdz psiholoģijai [Gedächtnis und Geschichte von der Anthropologie bis zur Psychologie], hrsg. von ROBERTS ĶĪLIS, Rīga 1998, S. 45–53, hier S. 50.

sondern auch als historische Quelle zu analysieren. Das Werk umfasst einerseits eine individuelle Erzählung über das Kind, dessen Familie zu wenig Geld hat, um Spielzeug zu kaufen, und über die Versuche dieses Kindes, seine Wünsche doch noch zu verwirklichen. Andererseits geht es hier aber auch um den größeren sozialen Kontext: So erinnert sich Butulis daran, wie ältere Menschen bereits mehrere Stunden vor Erscheinen der Abendzeitung „Rīgas Balss“ (Rigaer Stimme) „in großen Gruppen an den Kiosken“ gewartet und „die neue und unverständliche Welt“ kritisiert hätten. Auch sein Vater, der gerade einmal über eine vierjährige Schulbildung verfügte, hätte sorgfältig die Lokalnachrichten studiert, um sie später in einer Kladde kritisch zu kommentieren, deren Umschlag einen „ausdrucksvollen Titel“ getragen habe: „Unanständigkeiten und Unfug der Kommunisten. Niedergeschrieben vom Rentner J. Butulis“ (S. 149).

Das Spielzeug seiner Kindheit unterteilt der Autor in Perioden, deren erste die Zeit der Holzwürfelbaukästen war. Damals sei „ein kommunistisch gefärbter Wunsch“ unerfüllt geblieben: „eine aus blauen und roten Holzringen gebildete Pyramide mit dem roten Sternchen an der Spitze“. In Bezug auf den Inhalt dieser Episode ist die Bewertung des Historikers spürbar: „Der symbolische Kreml wartete lange im Spielzeugkiosk des Vidzeme-Markts auf mich, aber er verschwand aus dem Leben des Sowjetstaates mitsamt anderer negativer Erscheinungen bald nach dem 20. Parteitag“ (S. 145). Diese Bewertung zeigt, dass Inhalt und Form von Erinnerungen aus Elementen bestehen, die sich aus der Beteiligung des Individuums an der sozialen Interaktion ergeben. Das individuelle Gedächtnis stellt ein Bündel unterschiedlicher Vorstellungen dar, deren Quelle die sozialen Einflüsse sind, denen es ausgesetzt war.¹³ Butulis' Wertung wurde zweifellos durch seinen Beruf bestimmt, dank dessen er sich in der „Geschichte“ auskennt, die er an der Universität unterrichtet. Manchmal nutzt er auch Begriffe aus diesem Bereich, indem er z. B. Radio und Fernsehen als die zwei wichtigsten „Universitäten“ seiner Kindheit bezeichnet, die ihm zudem viele Möglichkeiten der Fächerwahl geboten hätten (S. 150f.). Hier ist das biographische Gedächtnis vom sozialen Gedächtnis durchdrungen, und im Ergebnis werden die erlebten historischen Ereignisse in persönliche Erlebnisse umgewandelt.¹⁴ Aus diesem Grunde ist es eigentlich ungenau, hierfür den Begriff „Bewertung“ zu verwenden, denn eigentlich handelt es sich dabei eher um eine Denkweise, eine Art Bestätigung dafür, dass die Gegenwart zu sich selbst als Vergangenheit zurückkehrt. Vergangenheit und Gegenwart sind nicht einfach zwei aufeinander folgende Augenblicke, sondern zwei nebeneinander existierende Elemente: Ein Element ist die Vergangenheit selbst, die auch weiter bestehen bleibt, „aber durch dieses Element gehen alle Schichten der Gegenwart hindurch“.¹⁵

¹³ ROBERTS KĪLIS: Sociālās atmiņas jēdziens [Der Begriff des sozialen Gedächtnisses], in: Atmiņa un vēsture (wie Anm. 12), S. 16-29, hier S. 22.

¹⁴ Ebenda, S. 27.

¹⁵ JULES DELHAIZE: Atmiņa kā virtuālā līdzāspastāvēšana [Gedächtnis als virtuelle Koexistenz], in: Kentauris 2005, Nr. 38, S. 91-105, hier S. 96.

Die in Butulis' Erinnerungen geschilderten Situationen spiegeln sich zuweilen auch in einer eleganten Selbstironie. So schildert der Autor die Bedeutung der polnischen Filmzeitschrift „Ekran“ (Bildschirm) und gesteht plötzlich, dass er damals fast sklavisch unter den schädlichen Einfluss des Auslands und in die eiserne Umklammerung einer dem sowjetischen Menschen fremden Ideologie geraten war:

„Jede „Ekran“-Ausgabe habe ich zuerst feierlich beschnüffelt, gestreichelt und danach in einer stillen Ecke jedes Bild genossen. (...) Die Bilder der Schauspielerinnen waren markant und künstlerisch, manchmal allerdings auch ziemlich erotisch; sie kreierte die weibliche Attraktivität der Filmstars. Mir wurde schwindelig, die Kehle wurde trocken, und es entstand das Gefühl, dass ich zum Besitzer eines großen Harems geworden war“ (S. 150).

Der ausgeprägte Sinn für Humor, der den Autor auch im Alltag charakterisiert, die leichte und spielerische Sprache ergreift den Leser, sie lässt ihn lächeln und umhüllt ihn mit einem angenehmen gemütlichen Gefühl und trägt ihn „auf einmal – mit einem Zug, mit einem Schlag“¹⁶ in die Vergangenheit. Da findet eine Berührung – egal, ob im direkten oder übertragenen Sinn – mit Menschen, Dingen, Ereignissen und Gefühlen statt, die einen zu der Persönlichkeit gemacht haben, die man heute ist.¹⁷ Genau das betont auch Butulis mit den Worten: „und hol's der Teufel, wenn das heute nicht mein Kapital ist!“ (S. 152), mit denen er die „Universitäten“ seiner Kindheit bewertet und einen Punkt an das Ende des ersten veröffentlichten Fragments seiner Erinnerungen setzt.

Das soziale Gedächtnis ist die Vernetzung der Erinnerungsdimensionen, in dem das biographische und das kollektive Gedächtnis, aber auch die Historiographie – als das offizielle Gedächtnis der Gesellschaft, nicht als völlig objektive Niederschrift der Ereignisse – und sogar die Chronologie, die lediglich die für das gesellschaftliche Bewusstsein wichtigen Geschehnisse fixiert, ihren Platz finden. Was – wenn überhaupt – unterscheidet die Erinnerungen des professionellen Historikers von den Memoiren seiner Zeitgenossen, die einen anderen Beruf ausgeübt haben? Es wäre schon interessant, irgendwann einmal eine empirische Antwort auf diese Frage zu erhalten.

Eines ist aber inzwischen schon klar: Die Veröffentlichung der umfangreichen Erinnerungen von Ilgvars Butulis ist nur eine Frage der Zeit. Es ist Anfang 2009 und zu meiner Verfügung stehen bereits die nächsten zwei Kurzgeschichten in Manuskriptform. Sie tragen die Titel „Juglas vasaras“ (Juglas Sommer) und „Mēģinājumi tuvoties mākslām“ (Versuche der Annäherung an die Künste). Es sind staunenswerte Texte – über die individuelle Vergangenheit in der Sowjetzeit und die Erinnerungen an sie.

¹⁶ Ebenda, S. 95.

¹⁷ RUNIA, Presence (wie Anm. 4), S. 5.

BESPRECHUNGEN

Ajalookirjutaja aeg. Aetas historicorum (Eesti Rahvusraamatukogu Toimetised. Acta Bibliothecae Nationalis Estoniae, 11; A. Raamat ja aeg. Libri et memoria, 1). Hrsg. von PIRET LOTMAN. Verlag Eesti Rahvusraamatukogu. Tallinn 2008. 247 S. ISBN 9789949413218.

Das von der Estnischen Nationalbibliothek (*Eesti Rahvusraamatukogu*) publizierte Sammelwerk umfasst unter dem Titel „Die Zeit des Geschichtsschreibers“ verschiedene Aufsätze, die sich mit Geschichtsphilosophie, rhetorischen Texten, Historiographieanalyse, handschriftlichen Texten zum städtischen Alltag, Historiker-Netzwerken oder dem Schicksal des historischen Erbes beschäftigen.

Auf der Grundlage einer umfangreichen geschichtstheoretischen Literatur beschäftigt sich einleitend Marek Tamm mit dem Verhältnis zwischen der Geschichtsschreibung und dem Phänomen der Zeit – vor der sich der Historiker nach Fernand Braudel ja ohnehin nicht retten kann. Und es ist auch Braudel, dessen berühmten Ansatz der „longue durée“ mit ihren drei Zeitschichten Tamm hier als Beispiel dafür vorstellt, wie Historiker sich darum bemüht haben, die „Zeit zu zähmen“; genau diese „Zähmung der Zeit“ macht Tamm zufolge Geschichtsschreibung ihrem Wesen nach aus.

Kristiina Savin analysiert das vom Politik- und Rhetorikprofessor der Universität Uppsala Johannes Schefferus (1621–1679) verfasste rhetorische Werk „*Memorabilium Sueticae gentis exemplorum liber singularis*“, das im Jahre 1671 veröffentlicht wurde und als eines der wichtigsten Lehrmittel diente, um die schwedische Jugend, insbesondere die künftige Elite, zur Heimatliebe und zur Übung der Tugenden anzuhalten. Was die Struktur und Komposition dieses Buches betrifft, so stützt es sich auf die vom römischen Rhetoriklehrer des 1. Jahrhunderts Valerius Maximus verfasste Arbeit mit dem Titel „*Factorum et dictorum memorabilium libri novem*“, die im 17. Jahrhundert in Europa, darunter auch in Schweden, als Lehrbuch breite Verwendung fand. Schefferus präsentiert in seinem Text Hunderte von positiven Beispielen aus der schwedischen Geschichte, deren Komposition in erster Linie auf Wirkung beim lauten Vorlesen und das emotionale Resultat beim Zuhörer zielte. Zudem drücken diese Beispiele den Grundsatz aus, die Geschichte sei eine Lehrerin des Lebens. Somit leitet dieser Beitrag von Savin hervorragend in die Rhetorik des 17. Jahrhunderts ein.

Tiina Kala analysiert die Aufzeichnungen im Rechnungsbuch der Revaller Nikolaikirche, die aus der Feder des Kaufmanns und Ratsherrn Hans

Rotgers stammen, der als Vorsteher der Kirche fungierte; diese Aufzeichnungen reichen von den 1480er Jahren bis 1520. Auf dieser Grundlage liefert Kala ein anschauliches Bild des städtischen Alltags sowie der Mentalität der Stadtbewohner „in der ruhigen Zeit“, als das Leben in Reval weder von Kriegen noch von verheerenden Epidemien bedroht war.

Lea Kõiv behandelt den im Jahre 1662 ausgebrochenen Konflikt zwischen dem Revaler Magistrat und den Stadtgeistlichen, in deren Verlauf man in erster Linie über die Sitzordnung auf festlichen Versammlungen stritt. Die Geistlichen waren der Ansicht, dass ihre soziale Position derjenigen der Bürgermeister gleichkäme. Dass der Magistrat wiederum die Geistlichen auf eine Stufe mit den jungen Ratsherren stellte, empfanden die Pastoren als Diskriminierung. Darüber hinaus fanden sie es ungerecht, dass der Magistrat das Recht hatte, die Geistlichen ihres Amtes zu entheben, wozu er ihrer Ansicht nach als Repräsentant der weltlichen Macht nicht befugt war. Die mit dem angesprochenen Streit verbundenen Quellen liefern Kõiv wichtige Anhaltspunkte für die Behandlung der Mentalitäten dieser beiden wichtigen sozialen Gruppen in Reval. Da solche Streitfragen typisch für die ganze ständische Gesellschaft waren, bieten die hier dargelegten Informationen gute Vergleichsmöglichkeiten für die Untersuchung der anderen Führungsschichten der ständischen Gesellschaft.

Janet Laidla analysiert ein in Estland wenig bekanntes chronikalisches Werk: „An account of Livonia“, das 1701 in London herausgegeben und vier Jahre später in Utrecht auch in einer französischen Übersetzung veröffentlicht wurde. Da diesem Buch über die baltischen Länder kaum Bedeutung beigemessen wurde, ist es in der Fachliteratur nur selten rezipiert worden. Zugleich war es im englisch- und auch im französischsprachigen Raum eines der wenigen Werke überhaupt, das einen Überblick über die Geschichte der baltischen Länder bot. Das Werk ist in Form von Briefen an einen Freund verfasst – ein literarischer Kniff, der sich im 18. Jahrhundert recht großer Beliebtheit erfreute. Als Verfasser des „Account“ gilt der kurländische Adlige Carl Johann von Blomberg, der in den 1680er Jahren in England kolonialpolitische Interessen des Herzogs von Kurland vertrat. Daher verdienen die Passagen über Kurland besonderes Interesse. Laidla berichtet ausführlich sowohl über die in der Chronik aufgezeichneten Ereignisse als auch über die darin referierten Autoren.

Die Herausgeberin Piret Lotman hat die bisher veröffentlichten biographischen Angaben über den Chronisten Thomas Hjärne (1638–1678) zusammengefasst und sie durch neue Archivangaben ergänzt. Die Darstellung der Tätigkeit und des Netzwerks von Hjärnes Beziehungen im schwedischen Mutterland und in den Ostseeprovinzen trägt dazu bei, die Hintergründe der Abfassung der 1676 fertig gestellten Chronik „Ehst-, Lyf- und Lettlaendische Geschichte“ aus einer neuen Perspektive zu verstehen. In Bezug auf die Biographie des Autoren stellt Lotman fest, dass im Unterschied zu seinem Bruder Urban, der eine steile Karriere machen konnte,

das Schicksal Thomas gegenüber nicht besonders gnädig war, schon aufgrund seiner sich mit der Zeit verschärfenden Gesundheitsprobleme – und ungeachtet seiner hohen Fürsprecher. Dieses ungnädige Schicksal zeigte sich auch bei der Abfassung der Chronik. Hjärne war zwar imstande, sie in großer Eile fertig zu stellen, doch scheiterte die Absicht, sie als eine reichlich illustrierte Ausgabe herauszugeben, sodass die Chronik erst mehr als ein Jahrhundert später im Druck erschienen ist.

Aivar Pöldvees Beitrag, der mit seinem Umfang von 86 Seiten fast einer Monographie gleichkommt, behandelt das 1685 erschienene Buch „Der Einfältigen Ehsten Abergläubische Gebräuche“, das eine der wichtigsten Grundlagen für die Erforschung des estnischen Volksglaubens darstellt. In den bisherigen Abhandlungen und Nachschlagewerken wurde angenommen, dass es aus der Feder von Johannes Forselius stamme, während Johann Wolfgang Boecler in allen Untersuchungen und Lexika des literarischen Diebstahls bezichtigt wurde. Aufgrund der kritischen Auswertung der Urquelle kommt Pöldvee zu dem Schluss, dass das besprochene Buch vom Pastor von Goldenbeck Heinrich Göseken dem Älteren begonnen, jedoch von seinem Schwiegersohn Johann Wolfgang Boecler vollendet wurde. Somit war Forselius, der in der estnischen Bildungsgeschichte große Verdienste aufzuweisen hat, nicht der Autor dieses Buches. Der Artikel behandelt auch Boeclers Rolle als Mittler zwischen den Initiatoren der Übersetzung der Kirchenliteratur ins Estnische und dem schwedischen Königshof. Die Zusammensetzung des Netzwerks von Boeclers Beziehungen, das ganz Europa umfasste, zeugt vom Geschick des Autors, seine detaillierte Untersuchung durchzuführen. Um nachzuweisen, wie der aus Erfurt, d. h. einer sowohl vom Luthertum als auch vom Katholizismus geprägten Region stammende Boecler, der die letzten Jahrzehnte seines Lebens in Köln verbrachte, im Zeitalter religiöser Intoleranz sowohl im katholischen Wilna als auch im lutherischen Schweden und in dessen Provinz Estland tätig sein konnte, hat Pöldvee eine große Anzahl von Quellen über Boeclers Beziehungen zu den damaligen Staatsmännern, Gelehrten und Sekten sowie die Literatur über die politische und kirchliche Geschichte der Stationen seines Lebenswegs durchgearbeitet. Als Desiderat der Forschung zeigt Pöldvee im Mosaik des Boeclerschen Netzwerks auch zahlreiche Lücken auf, die noch geschlossen werden müssen. Neue Angaben über Boeclers Tätigkeit könnten außer den litauischen und polnischen Archiven auch – nach dem Einsturz des Stadtarchivs zu Köln – diejenigen in Stockholm und Erfurt bieten. Einer ergänzenden Untersuchung bedürfen sowohl die theologischen Ansichten von Boecler, der Wieksche Gelehrtenkreis in den 1670er Jahren (Boecler, Göseken der Ältere und der Jüngere, Thomas Hjärne), die eventuelle Verwandtschaft zwischen Boecler und dem Gelehrten Johann Heinrich aus Straßburg und Uppsala sowie Boeclers Rolle als einer Person mit Einfluss hinter den Kulissen der zwischenstaatlichen Beziehungen.

Sirje Lusmägi behandelt das Schicksal der reichhaltigen Bibliothek des Dorpater Bürgermeisters Friedrich Konrad Gadebusch (1719–1788) und sein biobibliographisches Lexikon „Livländische Bibliothek nach alphabetischer Ordnung“. In ihrem Aufsatz macht Lusmägi auf die in der Estnischen Nationalbibliothek aufbewahrten, persönlich Gadebusch gehörenden Exemplare des Lexikons aufmerksam. Zudem weist sie auf die zwischen die bedruckten Seiten des Buchs eingefügten Blätter hin, auf denen Gadebusch zahlreiche neue biographische Angaben aufgezeichnet hat. Diese handschriftlichen Ergänzungen, von denen einige hier auch als Beispiele gebracht werden, sind für die Autoren zukünftiger biographischer Nachschlagewerke sicherlich sehr hilfreich.

Der auf Estnisch verfasste Sammelband ist mit englischsprachigen Resümees versehen. Leider fehlt jedoch ein Namenregister, was umso bedauerlicher ist, da die herausgebende Institution doch die Repräsentationsbibliothek Estlands ist. Sollte sich jemand etwa für Johannes Schefferus interessieren, muss er in insgesamt drei Beiträgen dieses Sammelbands nach den entsprechenden Informationen suchen.

ARVO TERING

JOACHIM TAUBER, RALPH TUCHTENHAGEN: *Vilnius. Kleine Geschichte der Stadt*. Böhlau Verlag. Köln u.a. 2008. 284 S. ISBN 9783412202040.

Wenn man sich in fremde und nicht allzu gut bekannte Länder aufmacht, muss man sich vorsichtig bewegen: Wilde Tiere und Moskitos, sumpfiger Boden und Malaria können sehr leicht die Erwartungen täuschen, kurz gesagt – die fremde Wirklichkeit ist viel komplizierter als ein Nachmittagsspaziergang in der gewohnten Umgebung. Diese Erfahrung haben auch zwei deutsche Historiker gemacht, die zu einer Reise in die Vergangenheit der litauischen Hauptstadt Vilnius aufbrachen, um eine kleine Geschichte der Stadt zu schreiben und ihre Ergebnisse vor allem einer deutschen Leserschaft darzubieten. Wie es Ralph Tuchtenhagen und Joachim Tauber gelang, diese Aufgabe zu meistern, soll auf den folgenden Seiten erörtert werden.

Als Auftakt der Darstellung dienen die trefflichen Äußerungen von Czesław Miłosz und Tomas Venclova, die wissen lassen, dass in Vilnius „jeder Stein von der Geschichte“ kündigt, und dass kein einziges Volk behaupten könne, „dass Vilnius ihm allein gehört“ (S. 5). Die facettenreiche Geschichte der Stadt lohnt in jedem Fall als attraktiver Gegenstand

der Forschung, wobei die Verfasser selbst ihrer Faszination deutlich Ausdruck geben. Aber um die Ansprüche des an der Geschichte der Stadt interessierten Publikums zu befriedigen, muss man erst einmal diesen ersten Ansporn in eine griffige Erzählung verwandeln. Zu vermuten ist, dass die historiographischen Rahmenbedingungen und Grundlagen für ein solches Unterfangen nicht allzu günstig sind, denn bis heute fehlt es an einer dem aktuellen Forschungsstandard entsprechenden Synthese der Vergangenheit der Stadt.¹ Es fehlt sogar an zuverlässigen Stadtführern. Daher ist der synthetisierende Forscher auf einzelne Monographien, Aufsätze und eigentlich sogar auf eigene Quellenforschungen angewiesen.

Den formellen Anlass für dieses Buch bot die Tatsache, dass Vilnius 2009 der Titel einer „Kulturhauptstadt Europas“ zuerkannt worden ist. Das von zwei Fachleuten verfasste Buch lässt auf einen wertvollen und gut lesbaren Text schließen, den man wohl in der Gattung einer Populärgeschichte auf hohem Niveau verorten könnte. Tatsächlich zeigt die Struktur des Textes, dass wir es hier nicht mit einem einfachen Stadtführer zu tun haben. Der historische Stoff wird einer strengen chronologischen Ordnung unterzogen: I. Das mittelalterliche Vilnius; II. Die Frühe Neuzeit; III. Das 19. Jahrhundert. IV. Das 20. Jahrhundert. Innerhalb dieser Gliederung finden sich thematische Kapitel zu verschiedenen Facetten des städtischen Lebens: Vilnius als Hauptstadt Litauens, als Residenz des Hofadels, als Ort des Zusammenlebens verschiedener Ethnien und Kulturen usw. Am Ende des Buchs befindet sich ein Anhang, der eine Zeittafel zur Geschichte der Stadt, Listen der Würdenträger, weiterführende Literatur und andere spezielle Indices umfasst, die unmissverständlich darauf hindeuten, dass dieses Buch für sich in Anspruch nimmt, die Rolle einer verlässlichen Einführung in die Geschichte von Vilnius im deutschsprachigen Raum zu erfüllen.

Bevor wir nun versuchen, unser Urteil über dieses Buch mit konkreten Belegen zu stützen, erlauben wir uns schon hier darauf hinzuweisen, dass es sich gut in zwei Hälften teilen lässt, welche mit ihren jeweiligen Autoren zu identifizieren sind. Auch wenn der Rezensent erst nach der Lektüre darauf aufmerksam wurde, ist diese Form der Betrachtung doch notwendig, um dem Text gerecht zu werden. Also sei daran erinnert, dass die Abschnitte über die Periode von der Urgeschichte bis zum Ende des 18. Jahrhunderts von Ralph Tuchtenhagen stammen, während die darauf folgende Zeit bis in die Gegenwart von Joachim Tauber behandelt worden ist.

¹ Die 1968 und 1972 erschienene Geschichte von Vilnius ist schon lange überholt; leider gibt es keinen zufriedenstellenden Ersatz: *Vilniaus miesto istorija*, Bd. 1: nuo seniausių laikų iki Spalio revoliucijos [Geschichte der Stadt Vilnius, Bd. 1: Von den ältesten Zeiten bis zur Oktoberrevolution], hrsg. von JUOZAS JURGINIS u. a., Vilnius 1968; Bd. 2: nuo Spalio revoliucijos iki dabartinių dienų [Bd. 2: Von der Oktoberrevolution bis zu den heutigen Tagen], hrsg. von JUOZAS ŽIUGŽDA u. a., Vilnius 1972.

*

Beginnen wir mit den tiefer liegenden Schichten der Historie. Der Autor versucht zum einen, so gut es ihm angesichts der geschilderten Ausgangslage möglich ist, die Ursprünge von Vilnius zu erläutern und dabei die verschiedenen gesellschaftlichen Schichten (den Hof- und Dienstadel, die Kaufleute und Handwerker), die seit Jahrhunderten in der Stadt zusammenlebenden Nationalitäten (Litauer, Ruthenen, Deutsche, Polen, Juden, Tataren und sogar Karaiten, die sehr früh in Vilnius lebten) sowie die unterschiedlichen konfessionellen Gruppen (Katholiken, Orthodoxe, Unierte, Reformierte usw.) zu beschreiben. Zum anderen bemüht er sich darum, Vilnius im breiteren Kontext der Geschichte des Großfürstentums Litauen zu betrachten und Anknüpfungen an europaweite Entwicklungen zu zeigen. Letzteres ist von der Anlage her wertvoll und inspirierend für die künftige Forschung. Aber wenn wir in die Details gehen, kommen doch einige Probleme zum Vorschein.

Was die Ursprünge von Vilnius angeht, ist rasch zu sehen, dass es schon hier einige Widersprüche gibt: Auf der einen Seite erfahren wir, König Mindaugas sei „von Bischof Heidenreich von Kulm höchstwahrscheinlich in Vilnius gekrönt“ worden (S. 14). Und weiter: „Bereits 1251 erlaubte Mindaugas Christen, sich in Vilnius niederzulassen und erteilte Befehl, die erste Kirche Litauens in Vilnius zu bauen“ (S. 14f.). Demgegenüber heißt es gleich darauf, dass „die Quellen der Mindaugas-Zeit stumm“ bleiben, „wenn es um die Stadt Vilnius geht“ (S. 15). Aber wenn die Quellen stumm sind, wie können wir wissen, was „höchstwahrscheinlich“ in Vilnius 1251 passiert ist? Wie können wir z. B. wissen, dass die zweite Frau des litauischen Großfürsten Algirdas (1345–1377), Ul'jana von Tver', nicht nur die zwei orthodoxen Kirchen in Vilnius stiftete, sondern sogar ihre letzte Ruhestätte in einer von ihnen gefunden hat (S. 23) – obwohl sie in Wirklichkeit 1392 in Vitebsk gestorben ist?

Um auf diese Fragen eine präzise Antwort geben zu können, sei darauf hingewiesen, dass auf den ersten Seiten dieses Buchs ganz viel zu erfahren ist über das litauische Heidentum, über legendäre Fürsten oder aber über die Gründungslegende von Vilnius, in der ein eiserner Wolf auftritt, der im Traum dem Fürsten Gediminas die Botschaft über den bevorstehenden Ruhm von Vilnius mitteilt. Was diese Mythologie mit der Geschichte der Stadt insgesamt zu tun haben soll, ist nicht in Erfahrung zu bringen. Aber man kann vermuten, dass der Verfasser möglichst viele Töne in seiner Komposition der vorgeschichtlichen Periode der Stadt anklingen lassen wollte. Niemand kann dem widersprechen, schließlich hat der Autor das Recht, Buntes und Reizvolles in seinem Narrativ zu verwenden. Aber ich frage nach der Funktion dieser sprachlichen Ausschmückungen im Text. Diese historisch kaum nachweisbaren Erzählungen können meiner Meinung nach im Ganzen nur dazu dienen, Litauen und Vilnius (unbewusst)

zu orientalisieren. Dort herrscht eben wirklich ein anderes Klima, wo sehr vieles anders ist als „bei uns“. Kein Wunder, dass einem in solch einem Orient wirklich sehr seltsame Erscheinungen vor Augen kommen können! Auch die Orthodoxen sind hier von einer ganz besonderen Natur gewesen: „Gediminas’ Schwester, eine orthodoxe Nonne, barg den Leichnam (des gemarterten Franziskaners Ulrich; D.B.) und verbrannte (!) ihn in ihrem Kloster“ (S. 23); den bislang bekannten Quellen zufolge war Ulrich auf übliche Weise bestattet worden. Tuchtenhagen aber scheint von diesem Brauch ganz fasziniert zu sein, denn er berichtet an anderer Stelle, dass Feuerbestattungen noch im 17. Jahrhundert in Litauen ganz verbreitet waren (S. 97).

Der Verfasser präsentiert noch eine weitere Legende über die drei orthodoxen Heiligen Antonij, Johannes und Eustathios in einer ganz besonderen Weise. Ja, der Leser mag sich dafür interessieren, wer diese Märtyrer aus der Algirdas-Zeit waren, und erhält die folgende Antwort: Sie seien „als Teil einer Moskauer Mission von 1347 an den Hof von Algirdas“ gekommen (S. 47). Tatsächlich gibt es unter den heutigen Litauern solche, die glauben, dass alles, was mit der Orthodoxie zu tun hat, immer und überall von Moskau abhängig und inspiriert war und ist, sogar im 14. Jahrhundert (vielleicht gibt es auch unter den heutigen Orthodoxen in Vilnius Anhänger dieser Vorstellung). Historisch gesehen und quellenkritisch betrachtet ist eine solche These allerdings völlig unhaltbar. Indem der Autor auf das vermutliche Datum der Heiligsprechung der drei im Jahre 1364 verweist, bleibt er der russischen historiographischen Tradition des 19. Jahrhunderts treu. Selbstverständlich ist nicht alles, was im 19. Jahrhundert geschrieben worden ist, falsch oder minderwertig; aber sogar phantasierende orthodoxe Mönche am Ende des 19. und zu Beginn des 20. Jahrhunderts dürften sich kaum zu solch einer simplen Auffassung herabgelassen haben, der zufolge die drei Höflinge von Algirdas für die „religiösen Belange der Fürstin Sorge“ getragen hätten (S. 47) – Algirdas’ Frau war orthodox. Dann waren die „drei orthodoxen Geistlichen“ (S. 48) also Priester! Hier haben wir es mit einer weiteren Mythologisierung zu tun, die zwar unbeabsichtigt vollzogen wird, aber immerhin der Feder eines Fachmanns unterläuft.²

Unbekannte Bereiche sind nicht nur für den Autor, sondern auch für die Leser gefährlich. Sogar der Spezialist kann, wie die letzten Beispiele zeigen, der Kraft der Geschichtsschreibung dort leicht zum Opfer fallen, wo er auf schwache Untersuchungen angewiesen ist und sich selbst im aktuellen Forschungsstand kaum auskennt. Letzterer ist vor allem durch die litauische Archäologie und die Historiker vor Ort in den letzten Jahren erweitert worden. So ist die Vermutung, die Kathedrale von Vilnius sei von Mindaugas gegründet worden, zwar verbreitet, doch entspringt

² Zu diesem Thema vgl. DARIUS BARONAS: The Three martyrs of Vilnius: a fourteenth-century martyrdom and its documentary sources, in: *Analecta Bollandiana* 122 (2004), S. 83-134. Hier finden sich auch Hinweise auf weiterführende Literatur.

sie eher romantisierenden Quellen, und einen Beleg dafür, dass derartige Pläne – wir erinnern uns, die Quellen aus dieser Zeit sind „stumm“ – unter Mindaugas verwirklicht worden wären, gibt es nicht. Es dürfte ihm auch schwer gefallen sein, eine Kathedrale bauen zu lassen zu einer Zeit, in der Litauen noch eine stadtlose Gesellschaft war. Da Vilnius sich erst am Ende des 13. bzw. zu Beginn des 14. Jahrhunderts zu einer Stadt entwickelt hat, sind Behauptungen, dass „der Hügel bereits in der jüngeren Steinzeit (Neolithikum) befestigt war“ oder Gediminas die Burg „mit Feldsteinen und Ziegeln ausbauen und durch eine Steinmauer mit Türmen befestigen ließ“ (S. 33), mit großer Skepsis zu betrachten. Auch eine weitere hier wiederholte Vermutung – der heutige Dom stehe auf den Platz eines ehemaligen heidnischen Tempels – ist verbreitet und enthält vielleicht auch einen wahren Kern; aber bis heute hat noch niemand behauptet, dass Reste des Tempels auch „in den Gewölben des Doms von Vilnius“ gefunden worden seien (S. 19). Hier ist Tuchtenhagen zu weit gegangen.

Mit diesen Beispielen sei nur angedeutet, dass es dem Autor nicht immer geglückt ist, die kritische Methode auf die Geschichte von Vilnius anzuwenden. Demgegenüber ist die Einbettung in die litauische Gesamtgeschichte durchaus zufriedenstellend umgesetzt worden. Hier zeigt sich, dass der Text von einem Fachmann stammt, der vor allem die größeren Zusammenhänge darzustellen versteht. Aber auch im Hinblick auf die litauischen Angelegenheiten muss man in diesem Teil des Buchs zuweilen sehr vorsichtig sein. Eine Reihe von Fehlern ist dabei wohl der Eile zuzuschreiben, die solchen Projekten stets anhaftet. Es ist freilich ganz amüsant zu lesen, dass ein Fürst sogar vor seiner Geburt seine Leute mit Ländereien beschenken konnte. So wird der Stammvater der Manvydas-Familie hier nicht nur mit Gediminas' Sohn Manvydas († 1348) identifiziert (was nicht stimmt), sondern auch noch von Fürst Vytautas mit dem Gut Lazduny beschenkt, zu einer Zeit also, als der Fürst, der von ca. 1348–1430 lebte, aller Wahrscheinlichkeit nach noch nicht geboren war (S. 38).³ Das Agieren vor der Geburt scheint in der Tat ungewöhnlich gewesen zu sein – häufiger noch waren Menschen nach ihrem Tod aktiv. So konnte z. B. der 1407 gestorbene Bischof von Vilnius die durch den Brand von 1419 zerstörten Kirchen wiederaufbauen lassen (S. 43). Der erste Drucker von Vilnius, Pranciškus Skorina, der angeblich um 1512 gestorben war, konnte sein erstes Buch 1522 herausgeben (S. 122). Ein letztes Beispiel ereignete sich zur Zeit der Aufklärung, als das erste Observatorium Polen-Litauens in

³ Für die Genealogie der Gediminas-Familie kann die Monographie von Jan Tękowski empfohlen werden: JAN TĘKOWSKI: Pierwsze pokolenia Giedyminowiczów [Die ersten Generationen der Gediminiden], Poznań 1999. Für den litauischen Adel des 14./15. Jahrhunderts ist die folgende Arbeit unersetzlich: RIMVYDAS PETRAUSKAS: Lietuvos diduomenė XIV a. pabaigoje – XV a.: sudėtis, struktūra, valdžia [Der litauische Hochadel am Ende des 14. und im 15. Jahrhundert. Zusammensetzung – Struktur – Herrschaft], Vilnius 2003.

den Jahren 1782–1786 unter der Leitung des 1758 gestorbenen Architekten Tomas Žebrauskas entstand (S. 116).

Als Grundlage der Kapitel, die die Neuzeit behandeln (ab S. 50), gibt es weitaus mehr Quellen und auch zahlreiche zuverlässige wissenschaftliche Aufarbeitungen. Aber auch hier wiederholt sich die oben angedeutete Situation: Solange es um die politische Geschichte geht, solange die politischen und sozialen Rahmenbedingungen betrachtet werden, ist alles mehr oder weniger in Ordnung. Sobald aber die rein litauische oder Vilniuser Ebene der Darstellung berührt wird, tauchen wieder Fehler auf, die eigentlich leicht zu vermeiden gewesen wären. Für den Rezensenten war es z. B. durchaus überraschend zu erfahren, dass der extrem konservative Katholik und Vilniuser Wojewode Albertas Goštautas († 1539) sich hier als ein „großer Förderer der Reformation“ (S. 91) und Gönner eines der ersten litauischen Reformatoren Abraomas Kulvietis († 1545) entpuppt. Diese Geschichte taucht mehrmals im Text auf, muss aber auf irgendeinem Missverständnis beruhen, denn die Kontakte zwischen Goštautas und Kulvietis waren kurzfristig; als Letzterer seine Reformationsbestrebungen ernsthaft im Angriff nahm, war Goštautas zudem schon einige Jahre tot (vgl. S. 37, 86, 89). Man kann eine ganze Reihe solcher „Neuigkeiten“ oder „Erfindungen“ anfügen:

- König Žygimantas der Alte (1506–1548) habe 1517 in Vilnius „erstmals seine zweite Frau, Bona Sforza d’Aragona“ empfangen (S. 74) – warum nicht in Krakau?
- „der spätere Wojewode von Vilnius (ab 1604) Mikalojus Kristupas Radvila“ habe „ein Kloster für die Bernhardiner-Schwester in Vilnius bauen“ lassen (S. 98) – warum nicht der Vilniuser Wojewode Leonas Sapiega?
- Kazimieras der Heilige habe „den ungarischen Königsthron“ bestiegen (S. 100) – wirklich?
- der Wojewode von Vilnius, Jonas Povilas Sapiega habe „Stadt und Reich vergeblich gegen die Moskauer zu verteidigen“ versucht (S. 70) – warum nicht Jonušas Radvila (poln. Janusz Radziwiłł)?

Es gibt weitere Ungereimtheiten: Noch im 18. Jahrhundert soll der Barock-Architekt Johann Christoph Glaubitz die Große Synagoge von Vilnius im Stil der italienischen Renaissance umgebaut haben (S. 135). Das Bildnis der Muttergottes von Aušros Vartai (poln. Ostra Brama) ist bisher, auch nicht in fernster Vergangenheit, noch nie als Schwarze Madonna von Vilnius bekannt geworden; diese Bezeichnung weist eher in die Richtung des polnischen Jasna Góra als nach Vilnius (S. 99). Die Hauptstraße der Vilniuser Altstadt, *Pilies gatvė* (Burgstraße) hat nie den Namen einer Kanonikergasse getragen, obwohl Kirchenvertreter tatsächlich dort Häuser besaßen (S. 126). Diese falsche Bezeichnung verweist wie auch diejenige der „heutigen Długa-Straße“ (bzw. Długoszowa-Straße) nach Krakau (S. 98); in der Altstadt von Vilnius gibt es eine so benannte Straße jedenfalls nicht. Schließlich bin ich mir sicher, dass Leser, die ein

wenig mit der Geschichte der Kirchenunion von Brest vertraut sind, es kurios finden werden, dass der Kiever Wojewode Konstantin Ostrožski, der einer der bedeutendsten Gegner dieser Union war, die Gründung der „Unierten Kirche“ unterstützt haben soll (S. 104).

Solche Missverständnisse, Fehler und Ungenauigkeiten gibt es in großer Zahl. Daraus kann man folgern, dass der Verfasser seinen Stoff nicht beherrscht. Über gute Ansätze geht es meist leider tatsächlich nicht hinaus. Selbst in der recht präzisen und aufschlussreichen Darstellung des Bildungswesens gibt es einige Fehler, auch wenn sie nicht so zahlreich sind (S. 110–122).⁴ Wären die anderen Kapitel in diesem Teil des Buchs genauso gut abgefasst worden, wäre das Ganze nicht nur gut lesbar, sondern auch recht zuverlässig ausgefallen. Aber so bleibt festzuhalten, dass der Autor bei aller Mühe, die er sich gemacht hat, nur wenige Erfolge erzielen konnte. Es bleibt zu hoffen, dass vor allem Studenten, die sich für die mittelalterliche und frühneuzeitliche Geschichte von Vilnius interessieren, mit manchen Informationen aus diesem Buch sehr vorsichtig umgehen.

*

Nachdem der Rezensent nun pflichtgemäß die völlig unerwünschte Rolle des Zoilos gespielt hat, darf er das andere Ufer des Buchs betreten. Wenn wir den Boden des 19. Jahrhunderts berühren, befinden wir uns auf dem gut gepflasterten Weg in die Gegenwart. Dieser letzte Teil des Buchs kann wirklich sehr positiv bewertet werden. Es ist durchaus als Erfolg zu verstehen, in einfacher Sprache, aber zugleich ausführlich und genau zu schreiben und nicht nur einen lesbaren, sondern auch einen zuverlässigen Text fabriziert zu haben. Man kann hier alltägliche Details finden, wie z. B. die Zahl der Autos oder Fahrräder in Vilnius vor dem Ersten Weltkrieg, den Wandel der ethnischen Zusammensetzung im Laufe des 19. und 20. Jahrhunderts, die technischen Innovationen und vieles andere mehr. Dabei sind die größeren allgemeineschichtlichen wie auch die konkret Vilnius betreffenden Linien klar und eindrucksvoll gezeichnet. Die kulturellen, wirtschaftlichen, und sozialen Lebenswelten sind in ausreichendem Umfang dargestellt, auch der Nationalbewegung der Litauer, den Auseinandersetzungen zwischen ihnen und den Polen, wird genügend Platz gewidmet. Man findet eine ausführliche Darstellung des Vilniuser

⁴ Die Ausnahme gilt z. B. für die Annahme, dass der Vilniuser Wojewode Mikalojus Radvila „der Rote“ „die von Kulvietis gegründete „Klassische Schule“ wiedereröffnen“ ließ (S. 121). Die Aktivitäten dieses Calvinisten im Bereich der Gründung der Schule der Reformatoren liegt im Dunkeln, und er ist mehr bekannt durch seine Bemühungen, die Gründung des Jesuiten-Kollegs zu verhindern. Hierzu siehe z. B. RAIMONDA RAGAUSKIENĖ: Lietuvos Didžiosios Kunigaikštystės Kanceleris Mikalojus Radvila Rudasis (apie 1515–1584 m.) [Mikalojus Radvila „der Rote“, der Kanzler des Großfürstentums Litauen (ca. 1515–1584)], Vilnius 2002, S. 269.

Judentums einschließlich ihres furchtbaren Schicksals während des Zweiten Weltkrieges.

Sachliche Fehler finden sich kaum. Allerdings ist der Rezensent als Mediävist weniger beschlagen darin, Ungenauigkeiten in Hinblick auf die jüngere Vergangenheit aufzuspüren. Immerhin wurde das Denkmal für den sowjetischen General Ivan Danilovič Černjachovskij († 1945) nicht „unmittelbar am Bahnhof“ (S. 228) errichtet, sondern auf einem ihm gewidmeten Platz vor dem litauischen Regierungsgebäude. Aber vor solchen Ungenauigkeiten ist niemand, nicht einmal der furchtbarste Zoilos, gefeit.

Abschließend seien jedoch denjenigen unter den Fachleuten (aber nicht nur!), die von der Geschichte der Stadt Vilnius fasziniert sind, einige nützliche Hinweise mit auf den Weg gegeben. Wenn man vom beispiellosen Mord an den Juden spricht, ist es tatsächlich sehr wichtig zu zeigen, dass es sogar unter den Bedingungen des Holocaust Menschen gab – Deutsche, Litauer, Polen –, die Juden retteten, obwohl die Mehrheit der Bevölkerung dem jüdischen Schicksal gleichgültig gegenüberstand (S. 214). Aber bei der Lektüre des Abschnitts über die polnisch-litauischen Zwistigkeiten in der Zwischenkriegszeit haben wir eine vergleichbare Information vermisst. Auch damals gab es unter der polnischsprachigen Bevölkerung Menschen, welche der nationalistischen Politik des polnischen Staats kritisch gegenüberstanden und sich für eine unbehinderte Entwicklung aller Nationalitäten in Vilnius engagiert haben. Diese Leute konzentrierten sich um die Zeitung *Przegląd Wileński* (Vilniuser Rundschau), die unter der Leitung von Ludwik Abramowicz († 1939) veröffentlicht wurde. Sie knüpften an die Jagiellonische Idee und an die Tradition des Großfürstentums Litauen an, und obwohl der *Przegląd* nur eine Minderheit ansprach, vertrat er doch eine bemerkenswerte Facette von Vilnius.

Tauber schenkt den Sowjets und ihren Bemühungen, aus Vilnius eine sozialistische Hauptstadt zu machen, besonders viel Aufmerksamkeit. Zwar ist das durchaus in Ordnung, doch sei darauf aufmerksam gemacht, dass auch in diesem Bild einige Töne fehlen. So wird man in diesem Buch vergeblich danach Ausschau halten, dass es in Vilnius ein sowjetologisches Forschungsinstitut gab, das als eines der ersten in der Welt gilt (1930–1939).⁵ Man wird hier auch vergeblich nach einer leibhaftigen Legende aus dem Vilnius der Zwischenkriegszeit suchen: Marian Zdziechowski (1861–1938), der ehemalige Rektor (1925–1927) der Stephan-Bathory-Universität.⁶ Dieser

⁵ Siehe MAREK KORNAŁ: *Polska szkoła sowietologiczna, 1930–1939* [Die polnische Schule der Sowjetologie], Kraków 2003.

⁶ Siehe ZBIGNIEW OPAK: *W kręgu Polski, Rosji i słowiańszczyzny: myśl i działalność społeczno-polityczna Mariana Zdziechowskiego do 1914 roku* [Inmitten von Polen, Russland und dem Slawentum: Die Ideen und die sozialpolitische Tätigkeit von Marian Zdziechowski bis 1914], Gdańsk 1996; ZBIGNIEW OPAK: *Między uniwersalizmem a partykularizmem: myśl i działalność społeczno-polityczna Mariana Zdziechowskiego 1914–1938* [Zwischen Universalismus und Partikularismus. Der Gedanke und die sozialpolitische Tätigkeit von Marian Zdziechowski 1914–1938], Gdańsk 2006; vgl. auch Lietuvių katalikų mokslo akademijos Metraštis [Jahrbuch der

vom philosophischen Pessimismus geprägte Denker war einer der wenigen, der ganz ausdrücklich voraussah, dass die Welt in einer von den Nazis und den Bolschewiki verursachten Katastrophe untergehen würde. In wenigen Monaten stürzte dann die Welt, wie sie die Zeitgenossen kannten, ein; viele von ihnen kamen gewaltsam zu Tode und gerieten in Vergessenheit. Wenn wir, die Historiker von heute, uns um eine Rekonstruktion des geschichtlichen Bilds bemühen, müssen wir uns selbst fragen, inwieweit unsere Voraussetzungen durch die Überlieferung bestimmt sind, in der bekanntlich die *damnatio memoriae* eine berüchtigte Rolle spielt.

Diese Bemerkungen sollen eigentlich nur auf einen Umstand hinweisen – Vilnius bietet deutlich mehr, als in diesem inhaltsreichen Buch zu finden ist. Allerdings darf nicht unterschlagen werden, dass ein Buch wie dieses, dessen Autoren sich um eine lesbare Darstellung der bekannten und weniger bekannten Seiten der Geschichte der litauischen Hauptstadt bemühen, ein Ereignis an sich darstellt. Indem ich es gewagt habe, die Fehler des ersten Teils des Buchs zu veranschaulichen, bin ich nur der Pflicht des Rezensenten gefolgt. Es hat ein wenig weh getan, diesen Weg durch die Fehler zu machen, die vor allem aus Mangel an Zusammenarbeit mit litauischen Archäologen und Historikern entstanden sind.⁷ Zwanzig Jahre nach dem Ende des Eisernen Vorhangs ist dieser Umstand durchaus bemerkenswert. Immerhin bleibt das Gesicht des Buchs durch gute Ansätze im ersten Teil und insbesondere durch den zweiten Teil gewahrt. Mögen sich viele Leser selbst ein Urteil bilden.

DARIUS BARONAS

Litauischen Katholischen Akademie der Wissenschaften], Bd. 31, Vilnius 2008 (im Druck). In diesem Band werden die Ergebnisse einer polnisch-litauischen Konferenz versammelt, die dem Andenken an Marian Zdziechowski gewidmet war.

⁷ In der letzten Zeit sind einige wichtige Monographien sowie Quellen- und Artikelsammlungen erschienen; hier kann nur auf einige von ihnen aufmerksam gemacht werden. Grundlegend für die Elite-Forschung des frühneuzeitlichen Vilnius ist die Monographie: AIVAS RAGAUSKAS: *Vilniaus miesto valdantysis elitas XVII a. antrojoje pusėje (1662–1702)* [Die herrschende Elite von Vilnius in der zweiten Hälfte des 17. Jahrhunderts], Vilnius 2002. Eine sehr wichtige Quelle (oder sogar eine Fundgrube) für das Vilnius vor der Zeit der moskovitischen Besatzung 1655–1661 in struktur- wie alltagsgeschichtlicher Hinsicht bieten die Quartiermeister-Register aus den Jahren 1636 und 1639: MINDAUGAS PAKNYs: *Vilniaus miestas ir miestiečiai 1636: namai, gyventojai, svečiai* [Die Stadt und die Stadtbürger von Vilnius 1636: Häuser, Einwohner, Gäste], Vilnius 2006. Vor kurzem ist der erste Band eines Jahrbuchs zur Vilniuser Geschichte veröffentlicht worden: *Vilniaus istorijos metraštis = Annales historiae Vilnensis*, Bd. 1, Vilnius 2007. Mehr oder weniger regelmäßig sind Forschungen zu den Burgen von Vilnius erschienen. Vgl. z. B. *Vilniaus Žemutinė pilis XIV a. – XIX a. ptađioje: 2005–2006 m. tyrimai* [Die untere Burg von Vilnius vom 14. bis zum Anfang des 19. Jahrhunderts], hrsg. von LIUDAS GLEMŽA, Vilnius 2007.

VALTER LANG: *The Bronze and Early Iron Ages in Estonia* (Estonian Archaeology, 3). Verlag Tartu University Press. Tartu 2007. 298 S., 156 Abb. ISBN 9789949117260.

Vor einigen Jahren begann die Universität Tartu mit der Herausgabe einer ambitionierten und höchst willkommenen Publikationsreihe unter dem Titel „Estonian Archaeology“, in deren Rahmen fünf englischsprachige Bände vorgesehen sind, die eine historische Übersicht über die estnische Archäologie der Vorgeschichte, des Mittelalters und der Neuzeit geben sollen. Archäologen aus acht Ländern sind im Redaktionskollegium vertreten, das von Valter Lang, dem Professor für Archäologie an der Universität Tartu und geistigen Vater dieser Reihe, geleitet wird. 2006 erschien der erste Band der Serie über die Geschichte der estnischen archäologischen Forschung,¹ im Jahr darauf der hier anzuzeigende dritte Band über die Bronze- und Eisenzeit in Estland (18. Jahrhundert v. Chr. – 450 n. Chr.). Der zweite Band über die Steinzeit in Estland, der von Aivar Kriiska vorbereitet wird, steht demnächst zur Veröffentlichung an.

Valter Lang ist zweifellos der beste Kenner der estnischen Bronzezeit, obgleich zu seinem wissenschaftlichen Interessenskreis neben der Stein- und Eisenzeit auch theoretische Fragen der Archäologie gehören. Lang hat zahlreiche Ausgrabungen zu verschiedenen Epochen in Estland geleitet und die Einführung der Landwirtschaft sowie die soziale und politische Organisation der frühen Gesellschaften erforscht. Seit Mitte der 1980er Jahre hat er drei Monographien und mehr als 140 Artikel veröffentlicht; neben der pädagogischen und administrativen Arbeit an der Universität ist er Chefredakteur der Zeitschrift „Estonian Journal of Archaeology“ und der Publikationsreihe „Muinasaja teadus“ (Wissenschaft der Vorzeit). Langs hier anzuzeigende Monographie hat nach ihrem Erscheinen gebührende Aufmerksamkeit unter den Archäologen erhalten und auch in Lettland eine positive Aufnahme gefunden.²

Dieses Werk behandelt einen Zeitabschnitt von ungefähr 2 250 Jahren. In dieser Zeit haben in den Gesellschaften des Ostbaltikums wesentliche Veränderungen stattgefunden, sie differenzierten sich in sozialer Hinsicht, gingen zur Produktionswirtschaft über und begannen mit der Metallverarbeitung. Schon in der ersten Hälfte des 20. Jahrhunderts erklärte der australisch-britische Archäologe Vere Gordon Childe (1892–1957) die neolithische und die urbane Revolution zu den beiden bedeutendsten Transformationen in der Geschichte der Menschheit. Dieser Meinung schließt sich

¹ Archaeological Research in Estonia 1865–2005, ed. by VALTER LANG und MARGOT LANEMAN, Tartu 2006 (Estonian Archaeology, 1). Siehe die Rezension von ANDREJS VAKS, in: Forschungen zur baltischen Geschichte 3 (2008), S. 266–269.

² Vgl. die Rezension von ANDREJS VASKS, in: Latvijas Vēstures Institūta Žurnāls 2008, Nr. 2, S. 171–175.

auch Lang an, indem er die Bedeutung sowohl der Produktionswirtschaft als auch der Urbanisierung in der Geschichte der Menschheit betont.

In der Vorgeschichte wurden regionale Unterschiede natürlich nicht von den heutigen politischen Staatsgrenzen bestimmt, sondern von unterschiedlichen Umweltbedingungen sowie von diversen sozialen, wirtschaftlichen, ethnischen und kulturellen Prozessen. Lang nutzt zum Vergleich archäologische Zeugnisse aus den benachbarten Regionen – hauptsächlich aus Finnland und Lettland. Aus diesem Grund stellt diese Arbeit eigentlich den Epochenverlauf an der ganzen östlichen Küste der Ostsee dar.

In der modernen Archäologie, zu deren Repräsentanten Lang gehört, wird das im 19. Jahrhundert eingeführte System der drei Epochen nicht mehr offensiv vertreten und man ist auch eher zurückhaltend beim Gebrauch des Begriffs der archäologischen Kultur. Nichtsdestotrotz sind diese Termini in einem breiteren Kontext weiterhin durchaus zulässig. Lang selbst erklärt in seinem Vorwort, dass er keine archäologischen Kulturen, sondern Gesellschaften analysiere (S. 11). Unter Berücksichtigung der zur Verfügung stehenden archäologischen Zeugnisse gliedert er seine Monographie in zwei Teile: die Frühere (1800–1100 v. Chr.) und die Jüngere Bronzezeit (1100–500 v. Chr.) sowie die Frühere Eisenzeit (bzw. die vorrömische [500 v. Chr. – 50 n. Chr.] und die römische Eisenzeit [50–450 n. Chr.], die aus einer früheren und späteren Periode besteht, als deren Grenzbereich die Zeit um 200 n. Chr. gilt). Lang zufolge erlaubt die Zunahme der archäologischen Zeugnisse uns schon jetzt, bedingt auch eine Mittlere Bronzezeit (1300 – 900 v. Chr.) von den anderen Epochen zu unterscheiden.

Aus der Früheren Bronzezeit, welcher der erste Teil gewidmet ist (S. 19–48), gibt es nach wie vor nur sehr wenige archäologische Zeugnisse – das gilt nicht nur für Estland, sondern auch für die anderen Länder der Region. In Estland sind nur einige Siedlungen bekannt, doch konnten bislang weder Begräbnisstätten noch Depots lokalisiert werden. Der Autor analysiert Keramikfunde und späte Steinäxte, er nutzt die Angaben von Bodenuntersuchungen und die vorhandenen Informationen zu Ansiedlungen, doch gibt er zu bedenken, dass aufgrund der niedrigen Einwohnerzahl und der zerstreuten Siedlung kaum von einer archäologischen Kultur der Früheren Bronzezeit die Rede sein könne. Aber diese Zeit habe die notwendigen Voraussetzungen dafür geschaffen, dass in einem langen Prozess von ca. 2 500 bis 3 500 Jahren Agrargesellschaften entstehen konnten. Dieser Prozess sei in den Küstenregionen Estlands früher abgeschlossen worden, wo sich bereits im II. Jahrtausend v. Chr. eine frühe Agrargesellschaft herausgebildet habe; in den zentralen Gebieten hingegen könne man sie erst auf das I. Jahrtausend v. Chr. datieren, als Gruppen von Sammlern, Fischern und Jägern Gemeinschaften (engl. *household*) bildeten und sich neue, für die Landwirtschaft günstige Lebensareale erschlossen. Die Zersplitterung der größeren sozialen Gruppen in kleinere Gemeinschaften stellt eine Eigenart dieser Periode in Estland da, die in Europa nur in

Skandinavien Parallelen hat. Lang berücksichtigt moderne Tendenzen bei der Erklärung für soziale Transformationen, wobei er den Vorzug nicht mehr den Umweltfaktoren gibt, sondern diese Veränderungen mit der Dynamik der sozialen Verhältnisse, der Herausbildung sozialer Konkurrenz und den Tauschnetzen von Prestigewaren (erste Metallerzeugnisse) verbindet. Bronze kam hauptsächlich aus Skandinavien nach Estland, während im Gegensatz dazu Lettland und Litauen mit den Metallbearbeitungszentren Zentraleuropas verbunden waren – insbesondere mit Ostpreußen. Gerade in den Regionen, in denen die Konkurrenz härter und der Kontakt zwischen den Gemeinden und ihren Stammesfürsten enger war, sei diese Transformation durch ein höheres Tempo gekennzeichnet gewesen.

Anschließend behandelt Lang die mehr als 3 000 archäologischen Zeugnisse aus der Jüngeren Bronze- und der Früheren Eisenzeit sowie die vorgeschichtliche Periode. In seinen weiteren Kapiteln geht es ihm um die Abläufe in den einzelnen estländischen Regionen, ihre Gemeinsamkeiten und Unterschiede. Dabei teilt er Estland in sechs regionale Zusammenhänge ein: Nordwesten, Nordosten, Zentralgebiet, Südosten, Südwesten und Westen (einschließlich der Ostseeinseln).

Lang hat eine besondere Vorliebe für die Landschafts- und Siedlungsarchäologie; daher setzt seine Darstellung der jüngeren Bronze- und frühen Eisenzeit mit den Siedlungsplätzen ein (S. 49-94). Diese werden in offene (*open*) und geschlossene Siedlungen (*enclosures*) unterteilt. Offene Siedlungen waren nach Langs Ansicht die am meisten verbreitete Siedlungsform, wo eine Familie (eine Gemeinschaft) von Ackerbauern wohnte. Aber Lang weist auch darauf hin, dass von den ca. 90 Siedlungen bislang nur fünf bis sechs archäologisch untersucht worden sind, weshalb es viel zu wenig Material gebe, um eine abschließende Bewertung zu formulieren. Solche Siedlungen sind in der Natur auch schwierig zu identifizieren, denn sie sind nicht groß, haben eine nur schwach ausgeprägte Kulturschicht und bieten nur ein paar Funde. Einfacher ist es, geschlossene Siedlungen in der Natur zu erkennen. Für diese Siedlungen schlägt der Autor eine eigene dreiteilige Klassifikation vor: befestigte Siedlungen mit ca. 100 Menschen (*fortified settlements*; für diese Siedlungen sind eine intensive Kulturschicht und mächtige Befestigungen typisch – z. B. die Burgberge Iru, Asva und Ridala), kleinere Hügelsiedlungen (*hilltop settlements*; charakterisiert durch eine schwache Kulturschicht, wenig Funde und keine Befestigungen), sowie die für den Westteil und die Inseln typischen Kultus- und Versammlungsorte, die mit ringförmigen Wällen (*ring forts*) befestigt sind (z. B. Kaali) oder auf Landzungen errichtet wurden (*early promontory hill forts*; diese Orte dienten wahrscheinlich nur zur Verteidigung). Zu diskutieren wären die beiden ersten Gruppen, denn ihre Kriterien sind nur auf die archäologisch erforschten Wohnplätze anwendbar und nicht auf ihre visuelle Erscheinung.

Die Vielfältigkeit der Siedlungsplätze bietet nach Ansicht Langs Hinweise auf ihre Hierarchie, die von verschiedenen lokalen und sozialen Funktionen abhängig war. Im Kontext der geschlossenen Siedlungen erörtert der Autor auch die Frage der Bearbeitungszentren von Bronze, wobei der lettische Archäologe Andrejs Vasks zu ähnlichen Schlussfolgerungen in Hinblick auf die Burgberge der Jüngerer Bronzezeit in Lettland gekommen ist. Bronzebeschaffung und -bearbeitung war ein sozialer Prozess, der die aufeinander abgestimmte Tätigkeit mehrerer Menschen erforderlich machte (Schiffs- und Befestigungsbau, Metallbearbeitungsprozess), wobei diese Gemeinschaften sich nicht durch die Landwirtschaft, sondern durch den Tausch ihrer Produktion versorgten. An der Spitze dieser Gemeinschaften standen möglicherweise Stammesfürsten (*chiefs*).

Bei der Gründung von befestigten Siedlungen spielten nach Ansicht des Rezensenten auch ideologische Faktoren eine große Rolle, doch waren die Funktionen der Siedlungen und Burgberge recht ähnlich. Daher scheint die Hierarchie der Orte, die mit dem vom Autor vorgeschlagenen dreischichtigen Schema der Gesellschaft einiges gemein hat, diskutabel zu sein. In der lettischen und litauischen Archäologie wird für die geschlossenen Siedlungen die gemeinsame Bezeichnung „Burgberg“ gebraucht, die ihrem Wesen nach auf Langs erste und zweite Gruppe bezogen werden kann; als ein befestigter und geschlossener (umgebener) Siedlungsplatz auf einem Hügel korreliert der Burgberg allerdings mit allen geschlossenen Siedlungen.

Im dritten Teil betrachtet Lang detailliert Landwirtschaft und Handwerk in der späten Bronze- und der früheren Eisenzeit (S. 95-146). Die Entwicklung der Landwirtschaft wird mit Hilfe der Funde (Agrarwerkzeuge, Mühlsteine, Pflanzensamen etc.) und Agrarsysteme bzw. fossilen Ackerfelder charakterisiert. Gerade das System der Ackerfelder wird vom Autor ausführlich erörtert. Aufgrund seiner langjährigen Forschungen, aber auch aufgrund der von ihm selbst beeinflussten lettischen und litauischen Arbeiten schlägt er vor, neben dem Begriff der keltischen Ackerfelder (*Celtic fields*) auch den der baltischen Ackerfelder (*Baltic fields*) einzuführen. Letztere sind chronologisch älter und zeichnen sich im Unterschied zur ausdrücklich regelmäßigen Planung der keltischen Ackerfelder durch unregelmäßige Feldergrenzen aus. Der Autor kommt zu einigen durchaus diskutablen Schlussfolgerungen, zu denen z. B. die These zu zählen ist, dass die Gemeinschaften das Prinzip des Privateigentums an den Ackerfeldern kannten. Diskutieren kann man auch über die Herleitung des Abgabensystems aus dem Mangel an Ackerflächen und der sozialen Stratifikation sowie über Langs Ansicht zur Benutzung des Pfluges eisens im Ackerbau.

Dem Handwerk schenkt der Autor seine größte Aufmerksamkeit. Die Bronzebearbeitung und der Tausch der Produktion waren eng miteinander verbunden, denn die Rohstoffe oder Bronzelegierungen mussten erst nach Estland eingeführt werden. Die Bearbeitung von Bronze wurde in allen

vier Burgbergen der späten Bronzezeit betrieben, in denen auch zahlreiche Gießformen aus Ton für den Guss der Bronzeringe gefunden worden sind – ähnliche Funde wurden auch in den Burgbergen in Lettland und Nordostlitauen gemacht. Ein Teil dieser Ringe könnte auch als Schmuck betrachtet werden, aber tatsächlich dürfte ihre Funktion noch weitgehend unklar sein. Mit Hilfe des Kommunikationsmodells zwischen Zentrum und Peripherie entwickelt Lang eine interessante Erklärung für die Bedeutung dieser Bronzeringe: Sie seien aus dem speziell zu diesem Zweck eingeführten skandinavischen Altmetall lokal umgeschmolzen und dann nach Skandinavien zurückgebracht worden, wobei allerdings ein Teil der Ringe und der Bronze zurück blieb.

Erste Gegenstände aus Metall wurden um die Mitte des I. Jahrtausends v. Chr. in das Ostbaltikum eingeführt, aber schon ein paar Jahrhunderte später setzte die Gewinnung und Bearbeitung des lokal vorhandenen Eisens ein. Die Eisenbearbeitung, die auf die allmähliche Verbreitung von Stätten der Metallgewinnung folgte, war nicht nur wirtschaftlich bedeutend, sondern auch ein wesentlicher Faktor bei der Umstrukturierung der sozialen Verhältnisse, denn dabei verschwanden die Kommunikations- und Tauschnetze der Bronzezeit. Daher kam es zu dieser Zeit zu zwei wichtigen Veränderungen – Stein wurde durch Bronze und Bronze später durch Eisen ersetzt. Natürlich war die Metallbearbeitung nicht das einzige Handwerk. Lang untersucht auch die Herstellung von Textilien und berichtet über Holz- und Knochenbearbeitung, die nach wie vor wichtige Handwerkszweige darstellten. In Bezug auf die Töpferei führt der Autor den Terminus „Keramikstil“ (*style of pottery*) ein und identifiziert insgesamt 10 Stile, die sich in ihrer Verwendung, Verbreitung, Fertigung und Ornamentik unterscheiden.

Der vierte Teil ist den Beerdigungstraditionen, Gräberfeldarten und den Grabfunden gewidmet (S. 147–219). In der untersuchten Periode gab es in Estland eine große Vielfalt von Bestattungsarten: mit Stein ausgelegte Gräber, bootsförmige Steinsetzungen (*shipsettings*), in Stein gesetzte Hügelgräber, Gräber vom Typus *tarand* (viereckige Steinsetzung) etc. Die ¹⁴C-Methode erlaubt es, die Datierung einiger Kulturmerkmale zu präzisieren, so stammen z. B. die Hügelgräber mit Steinsärgen in den West- und Nordregionen Estlands bereits aus dem Ende der frühen Bronzezeit, aus einer Zeit also, als sie auch in Lettland und Westlitauen üblich wurden. Verschiedene Gräberfelder mit Steinkonstruktionen gehören zur späten Bronze- und vorrömischen Eisenzeit, dabei verbindet der Autor ihre Verbreitung im größten Teil Estlands nicht mit Wanderungsbewegungen, sondern mit religiösen und ideologischen Vorstellungen. Mehrere Bestattungstraditionen wie z. B. die bootsförmigen Steinsetzungen und die Verwendung von importierten Gegenständen wurden in Estland nicht weiterentwickelt und blieben Episode.

Der letzte Teil des Buchs ist nach Ansicht des Rezensenten am interessantesten. Hier beschäftigt sich Lang mit den Menschen, mit der Gesellschaft, der Demographie, mit den Tauschkontakten und der Religion der späten Bronze- und der früheren Eisenzeit (S. 221-265). Er fasst seine Erkenntnisse mit Hilfe verschiedener Interpretationen zusammen und zeichnet ein umfassendes Bild der Gesellschaft in der Jüngerer Bronzezeit. Er betont die Verstärkung der sozialen Ungleichheit, indem er die Siedlungsplätze und Bestattungen der Elite hervorhebt. Um die gesellschaftlichen Verhältnisse und die materielle Kultur zu charakterisieren, nutzt Lang das bereits erwähnte Konzept der Kulturstile, indem er sich ihrer Unterscheidung in der Keramik und beim Schmuck bedient. Einige Stile werden dabei mit der gesellschaftlichen höher stehenden Schicht, andere mit der mittleren oder unteren verbunden. Nach Ansicht Langs bildete sich eine stratifizierte Agrargesellschaft an der West- und Nordküste Estlands an der Wende vom II. zum I. Jahrtausend v. Chr. heraus, wobei die Unterschiede zu den Binnenregionen erst in der vorrömischen Eisenzeit verschwanden. Gleichzeitig aber blieb die unterschiedliche materielle Kultur in jeder Region bestehen. Wegen des Mangels an Material ist die Frage nach den territorialen Einheiten am Ende der Bronzezeit nicht zu beantworten; dabei misst der Autor allerdings dem räumlichen Charakter der Macht des Stammesfürsten und seiner Kontrolle über das Land und die Ressourcen nach Ansicht des Rezensenten eine zu große Bedeutung bei, denn hier wird der Einfluss der Menschen unterschätzt, der vor allem während der Begründung des Instituts der Stammesfürstenmacht durchaus von Wichtigkeit war.

Die religiösen Vorstellungen und ihre Ausdrucksformen charakterisiert der Autor mit Hilfe der Grabfunde und der Kultsteine. Er beschreibt die Kultstätten, ihre nähere Umgebung sowie die wenigen Depots und weist darauf hin, dass die Steinkonstruktionen an der Oberfläche der Grabfelder auch als Ritualstätten benutzt wurden. Es ist durchaus denkbar, dass verschiedene Fruchtbarkeits- und Ahnenkulte Rituale begründet haben, doch hatten militärische Faktoren mit Sicherheit eine eigene Bedeutung.

Untersuchungen zur Bronzezeit in Europa erklären die Veränderungen in dieser Epoche hauptsächlich mit der zentral-peripher-marginale Dynamik der Regionen und mit dem Modell des Weltsystems.³ Diese modernen Ansätze setzt auch Lang um, indem er den Einfluss der Beziehungen zwischen Zentrum (Skandinavien) und Peripherie (Estland) auf die Veränderungen der lokalen Sozialstruktur schildert, obgleich diese beiden Regionen völlig unterschiedlich waren. Das Modell von Zentrum und Peripherie ist auch während der römischen Eisenzeit in Estland zu beobachten, als die Süd- und Zentralregionen ähnliche strukturelle

³ Vgl. ANTHONY HARDING: *European Societies in the Bronze Age*, Cambridge 2000; KRISTIAN KRISTIANSEN: *The Rise of Bronze Age Society. Travels, Transmissions and Transformations*, Cambridge 2005.

Veränderungen erlebten, wie sie vorher schon in den Nord- und Westgebieten zu beobachten gewesen waren.

Valter Längs Monographie kommt zur rechten Zeit, sie ist wissenschaftlich notwendig und höchst aktuell. Die letzte zusammenfassende Übersicht über die Bronze- und frühere Eisenzeit auf dem Gebiet Estlands stammt aus den 1970er Jahren und wurde im Rahmen einer Darstellung der Vorgeschichte des Landes veröffentlicht.⁴ Hinzu kommt natürlich der Vorteil einer Publikation in englischer Sprache. Die Archäologie hat in den letzten 30 Jahren ihre Materialbasis entscheidend ausweiten können, und es sind zahlreiche Artikel und Monographien zu speziellen Fragen publiziert worden. Zudem ist sie am Beginn des 21. Jahrhunderts vielfältiger als noch vor drei Jahrzehnten, denn heute wird mit neuen Ansätzen, Theorien und Konzeptionen operiert, es werden interdisziplinäre Deutungen erarbeitet und nicht einfach nur Fundmaterial dokumentiert. Moderne Forschungen zur Vorgeschichte wären nicht vollständig, wenn sie keine Interpretationen und keine sozialen und kulturellen Theorien enthielten. Valter Lang hat mit seinen Publikationen einen wichtigen Beitrag geleistet, um die Archäologie in den baltischen Ländern an moderne Perspektiven heranzuführen. Auch die vorliegende Arbeit liefert nicht allein eine einfache Addition der archäologischen Zeugnisse, sondern bietet viele neue, originelle und auch diskutabile Ideen und Erklärungen an und trägt somit zu einem neuen Verständnis der Bronze- und früheren Eisenzeit in Estland und seinen Nachbarregionen bei.

ANDRIS ŠNĒ

SILVIA LAUL, HEIKI VALK: *Siksälä. A Community at the Frontiers. Iron Age and Medieval* (CCC Papers 10). University of Tartu, Institute of History and Archaeology. Tallinn und Tartu 2007. 237 S., Abb. ISBN 9789985405277.

Der Prozess der Europäisierung im Ostseeraum, in dessen Ergebnis sich die lokalen Gesellschaften der späteren Eisenzeit und der Wikingerzeit in die für das mittelalterliche Westeuropa charakteristischen sozialen, politischen und religiösen Strukturen einfügten, hat im letzten Jahrzehnt die Aufmerksamkeit vieler Wissenschaftler auf sich gezogen. Einer der bedeutendsten Spezialisten für diesen Prozess ist der schwedische Historiker Nils

⁴ LEMBIT JAANITS, SILVIA LAUL, VELLO LÕUGAS, EVALD TÕNISSON: *Eesti esiajalugu* [Vorgeschichte Estlands], Tallinn 1982.

Blomkvist; das unter seiner Leitung durchgeführte internationale Projekt „Culture Clash or Compromise: Europeanisation of the Baltic Rim 1100–1400“ (CCC) rief großes Interesse hervor. 1999 begann die Veröffentlichung der Serie „CCC Papers“, die sich der Projektthematik annahm. Die estnischen Archäologen Silvia Laul und Heiki Valk präsentierten 2007 als 10. Band der Reihe eine Analyse der Materialien aus dem archäologischen Komplex Siksälä (Siksali). Im Vorwort erklären die Autoren, Ziel ihrer Arbeit sei es, anhand des Beispiels einer kleinen, an einer *frontier* lebenden Gemeinde die allgemeinen sozialen, politischen, kulturellen und religiösen Prozesse aufzuzeigen, die das Gebiet der livländischen Peripherie im Kontext der Europäisierung gekennzeichnet habe (S. 7). Dabei ist zu berücksichtigen, dass die Gemeinde von Siksälä im Mittelalter in einer Kontaktzone westlicher und östlicher Kulturen lag – heute gehört diese Gemeinde zum südöstlichen Teil Estlands, ca. 5 km westlich der russischen und 3 km nördlich der lettischen Grenze gelegen.

Der bedeutendste Teil des archäologischen Komplexes Siksälä ist der Friedhofsberg, an dem die von Silvia Laul und Jüri Peets geleiteten archäologischen Ausgrabungen (1980–1988, 1990–1991 und 1993) 268 Gräber (279 Bestattungen) freigelegt haben. Zugleich sind auch kleinere Untersuchungen an der Siedlung und am Burgberg durchgeführt worden, während der anliegende Berg mit der katholischen Kapelle und dem Friedhof aus der Frühen Neuzeit 2003/04 unter der Leitung von Heiki Valk erforscht worden ist. Zum Komplex gehören noch zwei Siedlungen sowie mehrere Eisenverarbeitungsstätten (Schmelzhütten) und drei Kiefern mit eingeschnitzten Kreuzen. In der Umgebung befinden sich noch eine (vierte) Siedlung und mehrere sagenhafte Orte, die in der oralen Überlieferung mit einem „Polnischen Weg“, einer Steinfestung und mit heiligen Hainen verbunden werden. Der Friedhof von Siksälä wurde ununterbrochen vom 11. bis zum 15. Jahrhundert benutzt, doch wurden dort sowohl frühere als auch spätere Begräbnisstätten entdeckt, die sogar ins 17./18. Jahrhundert reichen. Im Unterschied zu anderen archäologischen Orten erlaubt diese Tatsache, hier den Übergang von der Eisenzeit zum Mittelalter im 13. Jahrhundert zu verfolgen. Wie im Falle der archäologischen Zeugnisse auf dem Gebiet Lettlands ist es auch in Estland nicht einfach, die Bestattungen aus der ersten Hälfte des 13. Jahrhunderts exakt zu erkennen, einer Zeit, in der der Konflikt bzw. die Koexistenz der lokalen Eisenzeit mit der mittelalterlichen Kultur einsetzte. In diesem Zusammenhang besitzt der Komplex von Siksälä eine Ausnahmestellung.

Das Buch besteht aus drei Teilen und wird durch vier umfangreiche Appendices ergänzt, die spezifischen Fragen der Untersuchung archäologischer Funde gewidmet sind. So berichtet Jüri Peets über die Eisengewinnung und -bearbeitung in der früheren Eisenzeit und über die auf dem Friedhof gefundenen Waffen und spitzen Gegenstände; Mauri Kiudsoo charakterisiert die in Siksälä gefundenen Münzen und Depots in der

Umgebung; Leiu Heapost schreibt über die Analyse des osteologischen Materials der Bestatteten und über paläodemographische Tendenzen. Dieses Buch stellt keine traditionelle Dokumentation archäologischer Friedhofsfunde dar, denn es geht hier nicht um die Beschreibung, sondern um eine sorgfältige Analyse und um interessante Interpretationen.

Im ersten Teil des Buchs wird der zwischen den Seen Hino und Pulli liegende archäologische Komplex vorgestellt. Er waren schon in der früheren Eisenzeit (erste Hälfte des I. Jahrtausends n. Chr.) besiedelt und blieb seit dem Mittelalter bewohnt. Der aus der späteren Eisenzeit und dem Mittelalter stammende Friedhof von Siksälä wurde 1918 entdeckt, als man beim Pflügen auf das Grab einer Frau mit prachtvollen Gaben stieß. Man darf darauf hinweisen, dass in der südöstlichen Region Estlands nicht viele archäologische Denkmäler bekannt sind. Daher versuchen die Autoren, mehrere Fragen – z. B. zum Besiedelungsmodell in der zweiten Hälfte des I. Jahrtausends oder zu den Friedhöfen des 11./12. Jahrhunderts – in Analogie zu den benachbarten Regionen zu beantworten. Zum Vergleich werden auch ethnographische Informationen z. B. über die Kleidungs-traditionen der Bevölkerung sowie die lokale Folklore verwendet, mit der sich Valk bereits seit Längerem auseinandersetzt. Tatsächlich finden sich Parallelen zu den Funden in Siksälä auch im nordöstlichen Teil Lettlands, wo die Zahl der archäologischen Denkmäler nicht groß ist und die vorhandenen kaum erforscht sind.

Im zweiten Teil charakterisieren die Autoren die Bestattungstraditionen auf dem Friedhof von Siksälä und die von dort stammenden Funde. Bei der Arbeit wurden statistische Methoden angewendet, auch wenn die Autoren selbstverständlich um die Relativität derartiger Aussagen wissen. Schließlich werden sich diese Methoden in der Zukunft verändern, so dass ihre Ergebnisse lediglich hilfreich sind, um allgemeine Tendenzen zu charakterisieren. Während der Ausgrabungen wurden ca. vier Fünftel des Friedhofs untersucht, wobei man 252 Gräber mit Gerippen als auch 27 Feuerbestattungen fand. Nur ein Teil der Grabstellen war beim Pflügen zerstört worden, so dass sich deutliche Anhaltspunkte für lokale Beerdigungstraditionen und die Veränderungen der materiellen Kultur ergaben. Als mittelalterliche Einäscherungsgräber zutage kamen, nahmen die Archäologen zunächst an, diese seien in Estland nahezu einmalig. Spätere Untersuchungen im Süden Estlands haben aber gezeigt, dass Feuerbestattungen bis zum 16. Jahrhundert existierten, obwohl die Gesamtzahl derartiger Gräber nicht sehr hoch ist. Auch in Lettland gibt es mehrere mittelalterliche Friedhöfe, auf denen noch im 15. Jahrhundert Feuerbestattungen üblich waren. Nach den Kreuzzügen und infolge der Christianisierung wurde die Erdbestattung der toten Körper aber auch in Siksälä dominierend.

Eine besondere Tradition im mittelalterlichen Siksälä stellt die entgegengesetzte Orientierung der weiblichen und männlichen Gräber dar, die

offensichtlich noch vor den Kreuzzügen entstanden ist. Die Grabbeigaben in Siksälä stellen die größte und reichste Sammlung altertümlicher Gegenstände dar, die je auf estnischen Friedhöfen der späteren Eisenzeit und des Mittelalters gefunden wurde. Die Autoren beschreiben die vielfältigen Funktionen dieser Gaben in Hinblick auf den sozialen Status, die Bedürfnisse nach dem Tod oder die Elemente des Bestattungsrituals, wobei sie zugeben, dass es nicht immer möglich ist, etwa zwischen Beigaben und Kleidung des Verstorbenen zu unterscheiden. Typisch für den Friedhof von Siksälä sind Waffen, die im 12.–14. Jahrhundert sowohl in die Gräber der erwachsenen Männer (und einer Frau) als auch in die von Kindern gelegt wurden. In 23 Gräbern sind auch Münzen gefunden worden, es gab Tier- und Vogelknochen sowie – insbesondere in den weiblichen Gräbern – Metallschmuck. Einen besonderen Platz nehmen im archäologischen Material aus Siksälä auch Textilien ein, die zum Teil dank des beiliegenden Bronzeschmucks sehr gut erhalten sind. Die Analyse dieser Zeugnisse ist sehr zeitaufwendig, weshalb sie bislang noch nicht abgeschlossen ist, doch lassen sich aus dem untersuchten Material sogar Trachten rekonstruieren.

Soziale, religiöse, ethnische und kulturelle Fragen werden im dritten Teil erörtert, der Siksälä in den Kontext der politischen, sozialen und kulturellen Situation in dieser Region stellt. Hier wird mit Hilfe einer produktiven Kombination des archäologischen Materials mit den schriftlichen Quellen ein umfassendes Bild der regionalen Entwicklung gezeichnet. Um die Gemeinde von Siksälä genauer zu charakterisieren, versuchen die Autoren auch, demographische Angaben zu machen. Aufgrund der Tatsache, dass auf dem Friedhof insgesamt ca. 350 Grabstellen gefunden worden sind, und aufgrund der Annahme, dass die Sterbequote bei 35–40 % gelegen haben mag, dürfte die Gemeinde im Mittelalter aus durchschnittlich 35 bis 40 Menschen bestanden haben; wenn ein Haushalt aus 6 bis 8 Personen bestand, kann man somit von 4 bis 6 oder 5 bis 7 Familien ausgehen. Dabei muss berücksichtigt werden, dass bis zum 15. Jahrhundert die Zahl der Haushalte – bei einer Verringerung ihrer jeweiligen Größe – möglicherweise gestiegen ist. Bemerkenswert ist die Tatsache, dass die Einwohnerzahl nach den Kreuzzügen gewachsen ist; die Autoren erklären dies durch den Zustrom neuer Einwohner. Möglich wäre auch die Annahme, dass die Gemeinde vom Schwarzen Tod, der 1351 sowohl in Lettland als auch in Pskov wütete, verschont blieb.

Bei der Analyse der Bestattungen und Gegenstände wurden wie erwähnt quantitative Methoden verwendet: so z. B. die Methode NAT (*number of artefact types*), die in Skandinavien und Estland weit verbreitet ist und teilweise auch in Lettland angewendet wird. Die Autoren haben alle Bestattungen datiert, wobei sie mit langen Zeitabschnitten operieren, die es ihnen erlauben, mehrere hypothetische Bestattungsgruppen zu unterscheiden. Die Autoren bringen diese Gruppen mit verschiedenen Haushalten in

Verbindung, von denen jeder seine eigenen Bestattungsplätze hatte, aber sich in Hinblick auf den sozialen Status im 13. und 14. Jahrhundert kaum unterschied. Offensichtlich war die Gesellschaft zu dieser Zeit noch homogen, während sich im 15. Jahrhundert die Situation ein wenig veränderte, als der Wohlstand in mehreren Familien sank. Die zahlreichen hier gefundenen Waffen weisen wiederum darauf hin, dass sie in diesem Grenzgebiet wichtiger waren als anderswo in Südestland – im Grunde kann man davon ausgehen, dass alle Vertreter der Familien bewaffnet waren. Die Autoren beschäftigen sich ausführlich mit den sozialen Verhältnissen in der Gemeinde von Siksälä und unterscheiden mehrere Gegenstände, welche den individuellen Status symbolisierten: Kleidungsstücke, Waffen und Reitzubehör. Interessant sind die Bestattungen von zwei Paaren, die auf das dritte Viertel des 12. und das Ende des 13. Jahrhunderts datiert werden. Soweit es anhand der Fundstücke zu erkennen ist, handelt es sich bei ihnen um Stammesfürsten der Gemeinde, die mit ihren Frauen bestattet wurden. Schließlich gelangen die Autoren noch zu einer weiteren untypischen Schlussfolgerung: Ungeachtet des Geschlechts konnten auch ältere Menschen über einen hohen sozialen Status verfügen.

Die archäologische Forschung ist eng mit Fragen nach der Kultur und der Nation verschmolzen und auch dieses Werk geht an ihnen nicht vorbei, wobei jedoch Fragen der Identität unterstrichen werden. Während die Feuerbestattungen in Siksälä im 11./12. Jahrhundert mit Elementen der finnischen Kultur verbunden werden können, hat der dortige Friedhof in der Zeit nach den Kreuzzügen – für diese Epoche nutzen die Autoren konsequent den Begriff „Eroberung“ – nichts mehr mit der Situation in Südestland gemein. In Siksälä blieben die archaischen Bestattungstraditionen erhalten, wobei einzelne Funde und die daraus abgeleiteten Traditionen denjenigen Ostlettlands ähneln. Hinzu gesellt sich ein spürbarer Einfluss der orthodoxen slawischen Kultur aus Pskov. Aus diesen Gründen spiegeln Siksälä und seine Umgebung eine breitere ethnokulturelle Identität wider, die zur Bildung eines spezifischen Ethnos beitrug, das eventuell mit den in den Quellen erwähnten „Čuden von Očela“ in Verbindung stehen könnte und sich von den in der Nähe lebenden Esten, Letgallen und Setu unterschied.

Die Lage Siksäläs im Grenzgebiet beeinflusste auch die Beziehungen zwischen den vorchristlichen – die Autoren vermeiden den Begriff „heidnisch“ – und den christlichen Religionen, aber auch die Veränderungen der lokalen religiösen Vorstellungen nach den Kreuzzügen. In den Grabstätten wurde eine ganze Reihe von Gegenständen gefunden, die mit der christlichen Symbolik und mit dem christlichen Glauben zu verbinden sind. Nach der Eroberung änderte sich die Orientierung der Gräber, wobei die Bestattungen von Kindern genauso wichtig waren wie die von Erwachsenen. Auch wurde eine Kapelle errichtet, doch war die Affinität der Bewohner von Siksälä zur katholischen Kirche im Mittelalter kaum

ausgeprägt. Natürlich ist den Autoren zuzustimmen, wenn sie bemerken, dass wir eigentlich keine Ahnung haben, welche Bedeutung die Einwohner der livländischen Grenzgebiete im Mittelalter Texten und Gebeten beigemessen haben. Die vorchristlichen Bestattungstraditionen sind in Siksälä häufiger als anderswo zu beobachten; im Mittelalter kam es eben ganz langsam und allmählich zur Christianisierung, die sich an verschiedenen Orten Livlands unterschiedlich rasch auswirkte. So gab es z. B. am Oberlauf der Düna noch im 15. Jahrhundert Feuerbestattungen.

Die Autoren befassen sich auch mit der geopolitischen Lage Siksäläs, das in der späteren Eisenzeit möglicherweise keine Verbindung zu einem Zentrum hatte, da die nächstgelegenen Burgberge recht weit entfernt sind: Der Tempelberg von Marienburg (*Alūksnes Tempļa kalns*) ist ca. 20 km entfernt, während bei den Ausgrabungen des Burgbergs Korneti Gegenstände aus früheren Zeiten gefunden wurden. Aber es wäre zu berücksichtigen, dass solch ein Zentrum nicht unbedingt bei den Burgbergen lokalisiert werden muss, denn dessen Funktionen könnten am Ende der Vorzeit auch Siedlungen übernommen haben. Dabei ist den Autoren darin Recht zu geben, dass zu jener Zeit die Gesellschaft in Gestalt kleiner regionaler Einheiten mit Stammesfürsten an der Spitze organisiert war, die wahrscheinlich militärisch zusammengearbeitet haben. Ähnlich wie im Falle anderer Gesellschaften im Ostbaltikum stellten die Kreuzzüge auch die Gemeinde von Siksälä vor die Wahl, welcher Glauben und welche Macht anzuerkennen sei. In den 1220er Jahren entschied sich Siksälä für die römisch-katholischen Deutschen, eine Überlebensstrategie, die sich auf lange Sicht als produktiv erwies. Dabei blieb an den Grenzen Livlands noch Jahrhunderte nach den Kreuzzügen eine relative Freiheit erhalten, denn erst die archäologischen Zeugnisse aus dem 15. Jahrhundert lassen den Verlust der Freiheit und des früheren Status' der Einwohner erkennen. Bis zur Mitte des 14. Jahrhunderts hatte der Prozess der Europäisierung kaum Einfluss auf die Grenzregionen, und sogar noch im 17. Jahrhundert erhielt sich Siksälä im Vergleich zu den anderen Regionen Alt-Livlands ein höheres Maß an archaischen Strukturen – und auch an Unabhängigkeit.

ANDRIS ŠNĒ

ANTI SELART: *Livland und die Rus' im 13. Jahrhundert* (Quellen und Studien zur baltischen Geschichte, 21). Böhlau Verlag. Köln, Weimar und Wien 2007. 373 S. ISBN 9783412160067.

Nach ihrem Erscheinen in estnischer Sprache im Jahr 2002 liegt Anti Selarts Dissertation seit 2007 nun auch in deutscher Sprache im Druck vor und kann damit von einer um ein Vielfaches zahlreicheren Leserschaft rezipiert werden. Angesichts des vom Verfasser selbst gesteckten Ziels, nicht etwa der unüberschaubaren Zahl von Arbeiten, die über die Beziehungen zwischen der deutschen Herrschaftsbildung im Ostbaltikum und ihren östlichen Nachbarn im 13. Jahrhundert seit den Anfängen der modernen Historiographie publiziert wurden, einfach eine weitere hinzuzufügen, sondern die seit dem 19. Jahrhundert etablierten gegensätzlichen Interpretationsmuster, die in der diesbezüglichen Literatur bis heute dominieren, zu widerlegen, ist dies grundsätzlich zu begrüßen. Zwar wurden in den letzten Jahren bereits einzelne Aspekte der frühen livländisch-rus'sischen Geschichte im Sinne Selarts neu beleuchtet, so dass sich der Verfasser zumindest auf die aus diesen Untersuchungen resultierenden, im Rahmen von Aufsätzen vorgelegten Ergebnisse stützen konnte, eine das ganze 13. Jahrhundert umfassende Überprüfung und Revision der traditionellen Sichtweisen stellte aber bislang noch ein Forschungsdesiderat dar.

Eine der Voraussetzungen, um diese Lücke in adäquater Weise schließen zu können, bringt der Verfasser unzweifelhaft mit, wie allein schon ein Blick auf das etwa 650 Einzeltitel umfassende Literaturverzeichnis am Ende der Monographie und den umfangreichen Anmerkungsapparat verrät, nämlich vielfältige Sprachkenntnisse. So konnte Selart praktisch die gesamte für das Thema relevante Literatur, die bisher auf deutsch, russisch, englisch, französisch, finnisch, dänisch, schwedisch, estnisch, lettisch, litauisch und polnisch erschien, bei der Abfassung seiner Arbeit berücksichtigen. Und auch über die für die selbständige quellenkritische Arbeit notwendige Kenntnis des Mittellateinischen, Altrussischen sowie Mittelhochdeutschen verfügt der Verfasser offenkundig, wie aus dem ca. 150 Publikationen zählenden Quellenverzeichnis hervorgeht. Darüber hinaus lässt das umfangreiche Verzeichnis der für die Untersuchung verwendeten Quellen- und Literaturtitel eine genaue Kenntnis des in der Studie behandelten historischen Geschehens und dessen Deutung und Wertung in der bisherigen Historiographie erwarten.

Selart leitet die Legitimation für seine ausführliche Darstellung der livländisch-rus'sischen Geschichte im „langen 13. Jahrhundert“ (S. 12), das für ihn mit den ersten lateinischen Missionsbemühungen im Gebiet der Dünamündung 1180 einsetzte und Mitte des 14. Jahrhunderts endete, von der Bedeutung her, welche die damaligen Ereignisse im Ostbaltikum für die weitere Entwicklung des gesamten Raums und für die Geschichtsbilder aller betroffenen Völker bis heute haben. Zwar wurde

dieser Forschungsgegenstand entsprechend intensiv seit etwa der Mitte des 19. Jahrhunderts vor allem von deutschen, russischen und schwedischen, später auch von finnischen, estnischen und lettischen Historikern behandelt, jedoch standen sich dabei bis noch vor wenigen Jahren national, religiös bzw. ideologisch begründete Interpretationen unversöhnlich gegenüber. Selart erkannte daher zurecht das Desiderat, die seit den Anfängen der modernen Historiographie fest etablierten, kaum modifizierten und bis heute vorherrschenden Interpretationsmuster des im 13. Jahrhundert im Ostbaltikum Geschehenen einer neutralen Überprüfung zu unterziehen.

Die traditionelle Interpretation wertet die im 13. Jahrhundert im livländisch-rus'sischen Grenzgebiet geführten Kriege nicht als lokale Kämpfe, sondern als Teile einer umfassenden Auseinandersetzung zwischen Ost und West, zwischen Orthodoxie und Katholizismus, in der die regionalen Mächte als Instrumente der überregionalen Mächte „katholische Kirche“ und „römisch-deutsches Reich“ einerseits und „orthodoxe Rus“ andererseits jeweils monolithisch geschlossen agierten. In der russischen bzw. sowjetischen Historiographie galt als der entscheidende Maßstab für die Beurteilung der Ereignisse ihr vermeintlicher Nutzen im Hinblick auf die Entstehung eines starken russischen Zentralstaates und dessen territoriale Expansion. Die deutsche Herrschaftsbildung in Livland stellte dieser Interpretation zufolge das Ergebnis einer westlichen, d. h. von der katholischen Kirche und den Deutschen („Drang nach Osten“) vorgetragenen Aggression dar, die nicht nur gegen die heidnischen Völker des Ostbaltikums, sondern von Anfang an auch gegen die orthodoxe Rus' gerichtet war, schließlich habe die Region vor der Ankunft der Dänen, der Schweden und vor allem der Deutschen ja unter der Oberherrschaft der Rus' gestanden. Ein wichtiges Element dieser Interpretation war die stetige heldenhafte Verteidigung der Rus' gegen das westliche, insbesondere deutsche Expansionsstreben, die von den Siegen Aleksandr Nevskijs gegen die Schweden 1240 an der Neva und den Deutschen Orden 1242 auf dem Eis des Peipussees beispielhaft symbolisiert wurde. Demgegenüber wurden die hier behandelten historischen Geschehnisse in der deutschbaltischen, schwedischen, finnischen und estnischen Historiographie traditionell nach ihrem scheinbaren Nutzen für die Expansion bzw. die Verteidigung des lateinisch-deutschen Kulturraums im Ostbaltikum beurteilt, weshalb die Rus' als Bedrohung und Aggressor galt.

Seit wenigen Jahren werden die genannten traditionellen Interpretationen vor allem unter westlichen Historikern Schritt für Schritt in Frage gestellt. Umso erstaunlicher ist Selarts Zögern, seine Arbeit in diese relativ junge Forschungstendenz explizit einzuordnen und sie als das längst überfällige Desiderat auszugeben, das sie im Grunde darstellt. Stattdessen präsentiert der Verfasser die neuen Forschungstendenz nur ganz knapp und oberflächlich (S. 7), wobei wesentliche Arbeiten – wie z. B. die von Bern-

hard Dircks¹ und Igor' N. Danilevskij² – entweder gar nicht gewürdigt werden oder – wie beispielsweise die von Edgar Hösch³, John H. Lind⁴ und Boris N. Florja⁵ – nur im Anmerkungsapparat erscheinen. Gerade die genannten Arbeiten von Hösch, Lind und Dircks, welche im Prinzip Selarts Thesen bereits vorwegnehmen, auch wenn sie dies nicht in einer derartig umfassenden oder ins Detail gehenden Art und Weise leisten wollen wie er, haben nicht die ihnen in diesem Kontext gebührende Aufmerksamkeit erfahren.

Ausgehend von der grundsätzlichen Zielsetzung der Studie, die traditionellen Vorstellungen vom Geschehen im Ostbaltikum im 13. Jahrhundert in Frage zu stellen, formuliert Selart in seiner Einleitung folgende Schlüsselfragen für seine Untersuchung: Herrschte im 13. Jahrhundert zwischen lateinischen und orthodoxen Christen im Ostbaltikum eine kulturelle Kluft und religiös begründete Feindseligkeit und wenn ja, war sie Bedingung und Ursache oder Folge der Auseinandersetzungen? Wie wurde, sofern vorhanden, diese Feindseligkeit zum Ausdruck gebracht bzw. instrumentalisiert? Richteten sich die katholischen Kreuzzüge nur gegen die heidnischen Völker des Ostbaltikums oder – entweder von Anfang an oder erst im Laufe der Auseinandersetzungen – auch gegen die Rus'? Wer initiierte die Kriegszüge gegen die heidnischen Völker des Ostbaltikums und später die Rus' – Päpste, Kaiser oder lokale Kräfte? Welche Einflussmöglichkeiten besaßen Letztere überhaupt? Wurde die Politik im Ostbaltikum überhaupt von konfessionellen Überzeugungen bestimmt?

Selart zufolge sind die Auseinandersetzungen zwischen Livland und seinen östlichen Nachbarn im 13. Jahrhundert nicht als Teil eines religiös bestimmten, umfassenden Ringens zwischen Ost und West zu sehen, in

¹ BERNHARD DIRCKS: Krieg und Frieden mit Livland (12.–15. Jahrhundert), in: Deutsche und Deutschland aus russischer Sicht 11.–17. Jahrhundert, hrsg. von DAGMAR HERRMANN, München 1988 (West-östliche Spiegelungen. Reihe B, 2), S. 116–145; DERS.: Russisch-livländische Beziehungen in der zweiten Hälfte des 13. Jahrhunderts, in: Jahrbuch des baltischen Deutschtums 33 (1986), S. 25–42.

² ИГОРЬ Н. ДАНИЛЕВСКИЙ: Древняя Русь глазами современников и потомков (IX–XII вв.). Курс лекций [Die Kiever Rus' in den Augen der Zeitgenossen und Nachkommen (9.–12. Jh.). Vorlesungen], Москва 1998; DERS.: Русские земли глазами современников и потомков (XII–XIV вв.). Курс лекций [Die russischen Lande in den Augen der Zeitgenossen und Nachkommen (12.–14. Jh.). Vorlesungen], Москва 2000.

³ EDGAR HÖSCH: Die Ostpolitik des Deutschen Ordens im 13. Jahrhundert, in: Balten – Slaven – Deutsche: Aspekte und Perspektiven kultureller Kontakte. Festschrift für Friedrich Scholz zum 70. Geburtstag, hrsg. von ULRICH OBST und GERHARD RESSEL, Münster 1999 (Veröffentlichungen des Slavisch-Baltischen Seminars der Universität Münster. Sprache – Literatur – Kulturgeschichte, 1), S. 87–102.

⁴ JOHN H. LIND: Early Russian-Swedish Rivalry. The Battle on the Neva in 1240 and Birger Magnussons' Second Crusade to Tavastia, in: Scandinavian Journal of History 16 (1991), S. 269–295.

⁵ БОРИС Н. ФЛОРИЯ: У истоков конфессионального раскола славянского мира (XIII в.) [Am Ursprung der konfessionellen Spaltung der slawischen Welt], С.-Петербург 2004.

dem regionale Mächte als Instrumente der überregionalen Kräfte „katholische Kirche“ und „römisch-deutsches Reich“ einerseits und „orthodoxe Rus“ andererseits gewirkt hätten. Weder der „Osten“ – die Rus’ – noch der „Westen“ – der lateinische Teil Europas – waren politische Entitäten, die sich monolithisch einander gegenüberstanden. Im Gegenteil, sowohl „im Westen“ als auch „im Osten“ konkurrierten zahlreiche Machtzentren miteinander. Ja sogar Livland für sich betrachtet war in politischer Hinsicht ein „Konglomerat selbständiger Kräfte“ (S. 14), deren Zusammenarbeit eher die Ausnahme als die Regel war. Dagegen deckten sich durchaus immer wieder die Interessen regionaler Kräfte in Livland und in der nordwestlichen Rus’, was zu Kooperationen über die konfessionelle Grenze hinweg führte. Selart bezweifelt insgesamt, ob sich im Untersuchungszeitraum im Ostbaltikum zwei *communities* gegenüberstanden, die sich als in sich geschlossen und voneinander grundsätzlich verschieden verstanden. Die Auseinandersetzungen im Ostbaltikum waren nach Selarts Überzeugung vielmehr durch konkrete Interessengegensätze der regionalen Mächte motiviert, die bestrebt waren, sich die Unterstützung überregionaler Kräfte zu sichern. Dementsprechend liegt das Augenmerk der Untersuchung auch auf den „gegenseitigen Beziehungen örtlicher bzw. regionaler Kräfte“ (S. 17). Zugleich hält der Verfasser aber eine Beschränkung des Untersuchungshorizonts allein auf das Ostbaltikum für unangemessen, da das politische Geschehen in Livland und der nordwestlichen Rus’ in die Entwicklungen im ganzen östlichen Ostseeraum und in Ostmitteleuropa eingebettet war.

Der Verfasser strebt ganz bewusst keine rein imagologische Untersuchung an, da eine solche allzu leicht zu „verallgemeinernde[n] Aussagen mit nur wenig konkreter Substanz“ führt, die „eher die Wunschvorstellungen des Historikers als die vor Jahrhunderten herrschende Situation“ (S. 13) ausdrücken. Selart führt drei Argumente für seinen methodischen Ansatz an: Erstens sei die Quellenbasis relativ schmal, zweitens lieferten die Quellen nur Bruchstücke eines „Fremdbildes“ und drittens seien die Quellen in einer konkreten aktuellen Situation entstanden, weshalb sie weniger eine allgemein verbreitete, über einen längeren Zeitraum gültige Meinung ausdrückten, sondern einen konkreten politischen, oft gerade auch polemischen Zweck erfüllten. Aus diesem Befund leitet Selart die Notwendigkeit ab, die in den Quellen enthaltenen Fremdbilder „im Kontext der in der Zeit ihrer Aufzeichnung herrschenden politischen Beziehungen zu untersuchen“ (ebenda). Zu den von Selart im Rahmen seiner Studie analysierten Quellen gehören die im Untersuchungszeitraum entstandenen livländischen Urkunden, die Livländische Chronik des Heinrich von Lettland, die Livländische Reimchronik, die Viten Aleksandr Nevskijs und des Pleskauer Fürsten Dovmont und die Novgoroder und Pleskauer Chroniken, wobei das russische *letopisi* entgegen den sprachlichen Gepflogenheiten etwas irreführend mit „Annalen“ übersetzt wird.

Bei aller Wertschätzung für das von Selart gewählte Forschungsvorhaben, seine Deutung und Wertung der untersuchten Ereignisse sowie die von ihm mit unglaublicher Detailversessenheit geleistete Quellenarbeit unter Berücksichtigung der gesamten einschlägigen Literatur, müssen hier doch einige Probleme und Mängel angesprochen werden. Zuerst ist auf ein Fragezeichen in methodischer Hinsicht hinzuweisen: Selart erklärt Äußerungen religiöser Feindschaft gegenüber den „Lateinern“ oder den „russischen Schismatikern“ mit dem jeweiligen tagespolitischen Interesse des Verfassers, also mit dessen Absicht, Religion für konkrete politische Zwecke zu instrumentalisieren, sprich den politischen Gegner moralisch ins Unrecht zu setzen. Dies setzt aber voraus, dass der Verfasser der Quelle davon ausgehen konnte, dass die Verunglimpfung der jeweils anderen Seite mittels Verweis auf deren „falsche“ Religion in der politischen Realität auf irgendeine Resonanz stoßen und irgendeine Wirkung entfalten würde. Andernfalls bliebe diese religiöse Verunglimpfung des Gegners unverständlich und sinnlos. In dem von Selart gewählten Interpretationsansatz lauert somit die Gefahr, die tatsächliche Bedeutung von religiösen Negativurteilen in den Quellen zu verkennen, sie nicht ernst genug zu nehmen und damit zu entwerten. Auch verleitet die Vorstellung, Äußerungen von religiöser Feindschaft in Quellen seien vor allem auf die tagespolitischen Interessen des Verfassers zurückzuführen, allzu leicht dazu, die Aussagen der Quellen nicht ergebnisoffen zu untersuchen, sondern in ihnen nach einer Verfasserintention zu suchen, die den eigenen Erwartungen entspricht, bzw. sich mit einer solchen allzu schnell zufrieden zu geben, selbst wenn sie nur vordergründig stimmt und einer genaueren quellenanalytischen Überprüfung nicht standhält.

Nach dieser grundsätzlichen Überlegung sollen noch gewisse methodische Ungenauigkeiten angesprochen werden. So genügt Selarts Quellenkritik nicht immer höchsten Ansprüchen. Fakten, die zwar in der Darstellung genannt werden, was ja deutlich beweist, dass sie dem Verfasser bekannt sind, bleiben wiederholt ausgerechnet dort unberücksichtigt, wo sie für eine saubere – beispielsweise quellenkritische – Argumentation wichtig wären. Während Selart zum Beispiel auf den Umstand hinweist, dass das Bistum Üxküll in einer von Papst Clemens III. 1188 ausgestellten Urkunde und in der Livländischen Reimchronik als „in Ruthenia“ gelegen beschrieben wird (S. 75f.), fehlt diese wichtige Beobachtung in dem vorausgehenden Kapitel, in dem der Verfasser die höchst umstrittene Frage der rus'ischen Herrschaft im Ostbaltikum um 1200 behandelt, gänzlich. An anderer Stelle formuliert Selart, ausgehend von einer als solche erkennbaren Hypothese, eine Schlussfolgerung, die nun jedoch den Charakter einer Tatsachenfeststellung trägt (S. 48f.) – ein wissenschaftlich unzulässiges Vorgehen, für das allerdings nicht unbedingt der Verfasser, sondern ebenso der Übersetzer die Verantwortung tragen mag.

Neben diesen methodischen Einwänden fordert Selarts Arbeit durchaus auch Kritik an inhaltlichen Defiziten heraus. So werden bei der Darstellung der vielfältigen Verbindungen und Kontakte zwischen der Rus' und dem lateinischen Teil Europas auch nach dem vermeintlich endgültigen Bruch zwischen der Ost- und der Westkirche 1054 einige wesentliche und besonders aussagekräftige Beispiele erstaunlicherweise überhaupt nicht erwähnt. Hierzu zählen die dynastischen Verbindungen der Rjurikiden sowohl mit französischen Kapetingern als auch mit deutschen Herrschern und Hochadeligen wie beispielsweise die Ehe des römisch-deutschen Kaisers Heinrich IV. mit der Tochter des Großfürsten Vsevolod Jaroslavič von Kiev Adelheid (Eupraxia/Praxedis). Auch die kurzzeitige Annäherung zwischen den Machtzentren des lateinischen Europas und der orthodoxen Kiever Rus', die aus dem Aufenthalt des aus Kiev vertriebenen Großfürsten Izjaslav Jaroslavič und seiner Gattin Gertrud samt ihres Sohnes Jaropolk-Petr Izjaslavič und dessen Frau Irina bei Heinrich IV. respektive bei Papst Gregor VII. in Rom (1073–1076) resultierte und von der bis heute der berühmte, in Cividale (Friaul) verwahrte Egbert- oder Gertrud-Psalter eindrucksvoll Zeugnis ablegt, wäre hier zu nennen gewesen. Erwähnung hätte in diesem Zusammenhang auch die Verehrung des Antonij Rimljanin, eines auf wundersame Weise aus Rom nach Novgorod gelangten Lateiners, der zu Beginn des 12. Jahrhunderts in Novgorod ein Kloster gründete und in der Folge hier intensive Verehrung genoss, finden können.

Bei der Diskussion einer der zentralen Fragen zur ostbaltischen Geschichte des 13. Jahrhunderts, nämlich der Frage nach der Intensität der rus'schen Herrschaft in den von baltischen und finno-ugrischen Völkern besiedelten, später unter deutsche, dänische bzw. schwedische Herrschaft geratenen Gebieten, beschränkt sich der Verfasser leider darauf, die gegensätzlichen russischen und „westlichen“ Standpunkte sowohl in den Quellen als auch in der Forschungsliteratur einander gegenüberzustellen (S. 55–69), anstatt zu versuchen, die diesbezüglich einander widersprechenden Quellenaussagen durch kulturelle Missverständnisse zu erklären, die aus gänzlich unterschiedlichen Verstellungen von Herrschaft im lateinischen Teil Europas und in der orthodoxen Rus' in jener Zeit resultierten. Auf diese Weise hätte sich auch der Gegensatz zwischen den Wertungen in der russischen und „westlichen“ Historiographie bezüglich dieser Frage entschärften lassen.

Zu bedauern ist auch, dass die für Selarts Gesamtargumentation zentrale Frage, welche Bedeutung im Hochmittelalter das Papsttum und der Ostseeraum füreinander hatten, gerade einmal auf drei Seiten abgehandelt wird (S. 51–54). Diese Ausführungen sind – gemessen an den weitreichenden Schlussfolgerungen, die an sie geknüpft werden, – einfach viel zu knapp und oberflächlich. Außerdem sei auf eine erstaunliche Lücke bei der Darstellung der Auseinandersetzungen zwischen den skandinavischen Mächten und Novgorod um Einfluss in der östlichen Ostsee in der

2. Hälfte des 12. Jahrhunderts hingewiesen (S. 46), bleibt hier doch der Kriegszug der Novgoroder und Karelier gegen das schwedische Sigtuna 1187 unerwähnt, als dessen Ergebnis der Legende zufolge die berühmten, in Magdeburg gegossenen Bronzetüren des Westportals der Novgoroder Sophienkathedrale in die Stadt am Volchov gelangt sein sollen. Darüber hinaus finden sich auch vereinzelte inhaltliche Irrtümer. So heißt es, der Kampf um die Vorherrschaft in der nordöstlichen Rus' sei im 14. Jahrhundert zwischen den „Fürsten von Tver' und von Perejaslavl' (später Moskau)“ ausgetragen worden (S. 16), obwohl Perejaslavl' in diesem Kontext bekanntermaßen keinerlei Bedeutung zukommt. Auch erfolgte die Aufwertung der Bischöfe von Novgorod zu Erzbischöfen nicht irgendwann „ab 1148“, sondern 1165 (S. 23).

Der wichtigste Kritikpunkt betrifft jedoch nicht einzelne inhaltliche Defizite, sondern die gesamte Art der Aufbereitung und Darstellung. Es ist nicht einmal für den thematisch „vorbelasteten“ Leser leicht, sich in Selarts Prosa zu orientieren. Seine Gedankengänge sind oft nur schwer nachzuvollziehen, weil die von Fakten, Personennamen und Jahreszahlen dominierten Ausführungen meistens weder im voraus noch im nachhinein zusammenfassend interpretiert werden, so dass das Verständnis ihrer Bedeutung für die Gesamtargumentation des Autors in der Regel allein dem Leser überlassen bleibt. Zum Teil wird auch innerhalb der einzelnen Abschnitte gar nicht argumentiert, ja vereinzelt sind sogar explizite Schlussfolgerungen aus den faktographischen Schilderungen nicht nachvollziehbar (z. B. S. 81). Darüber hinaus enthalten die detaillierten Schilderungen auch Fehler und Widersprüche, die zu zusätzlicher Verwirrung führen – so z. B. die Nennung von „Graf Albert von Holstein (bzw. von Orlamünde)“ im Fließtext, während dieselbe Person in der Fußnote unter Verweis auf Heinrich von Lettland als „Albert von Lauenburg“ bezeichnet wird (ebenda). Die mangelnde Klarheit der inhaltlichen Struktur manifestiert sich auch in Abschweifungen, gedanklichen Sprüngen und Exkursen, die für die Abhandlung des Gesamtthemas eigentlich unnötig wären, wie z. B. die Diskussion über die Datierung der Schlacht an der Kalka (S. 99f.).

Wie so oft wäre auch im Fall von Selarts Studie weniger mehr gewesen, wenn nämlich aus dem Strom der behandelten Ereignisse und Phänomene nur einzelne, für die Argumentation des Autors besonders aussagekräftige ausgewählt worden wären. So vermisst man auch eine selbständige, in sich abgeschlossene Abhandlung der großen Leitfragen und Themenkomplexe, die vom Verfasser in der Einleitung angesprochen wurden wie beispielsweise die Zersplitterung Livlands in mehrere miteinander konkurrierende, manchmal auch kooperierende Kräfte. Insgesamt geht das für die Absicht des Autors Wesentliche leider viel zu oft im – mehr oder weniger chronologisch geordneten – faktographischen Strom der Details unter. Oft werden Schlüsselpersonen und -ereignisse gar nicht oder nicht rechtzeitig eingeführt, d. h. im Grunde wird beim Leser eine umfassende

Kenntnis des chronologischen Ablaufs der Ereignisse einfach vorausgesetzt. Zur Veranschaulichung dieses Missstandes mag folgendes Beispiel dienen: Ohne dass vorher die Gründung der Stadt Riga und die Einsetzung Alberts als Bischof erwähnt wurden, thematisiert der Verfasser den Aufenthalt des Erzbischofs von Lund Anders Sunesen in Riga im Jahr 1206 und weist dabei besonders auf die Abwesenheit Bischof Alberts hin (S. 80).

Bei einer inhaltlich komplexen Arbeit ist die Qualität der Übersetzung stets die Achillesferse. Leider sind die sprachlichen Mängel in dieser Monographie ziemlich zahlreich, wofür durchaus auch der Verlag Verantwortung trägt, zeigt sich doch hier wieder einmal, wohin der Verzicht auf ein professionelles Lektorat im ungünstigen Fall führt. Zu den sprachlichen und stilistischen Defiziten gesellen sich problematische Bezeichnungen wie „Mohammedaner“, die Verwendung von zeitgebundenen, pejorativ gebrauchten Attributen wie „schismatisch“, „häretisch“, „heidnisch“, „andersgläubig“ sowie Bezeichnungen wie „Gegner des Christenvolks“ ohne Anführungszeichen, als habe es dem Autor an der notwendigen Distanz zu den Quellen gemangelt (vgl. z. B. „Vjačkos fortwährende Verräterei“, S. 121). Warum konsequent der falsche Vatersname „Vsevolodič“ statt „Vsevolodovič“ gebraucht wird, ist ebenso unverständlich.

Der Anhang bietet ebenso Anlass zu Lob wie zu Kritik. Positiv ist die mehrsprachige Ortsnamenkonkordanz hervorzuheben, welche nicht nur dem Leser, sondern jedem, der sich mit der Geschichte Livlands wissenschaftlich beschäftigt, als wertvolles Hilfsmittel dienen kann. Das Register hilft dem Leser ungemein, einzelne Informationen zu bestimmten Orten und Personen in dem Werk zu finden. Leider sind die beigelegten Karten viel zu klein, so dass zum Teil die geographischen Bezeichnungen kaum lesbar sind. Bedauerlicherweise fehlt es auch an einer Karte von Livland, auf der die zahlreichen historischen Landschaften und politischen Territorien, die in der Darstellung Selarts eine so wichtige Rolle spielen, verzeichnet sind. Außerdem sucht man unter den zahlreichen Herrschertabellen ausgerechnet nach einer Auflistung der für den Untersuchungsgegenstand der Studie so wichtigen Fürsten von Novgorod und Pleskau vergebens, während die Großfürsten von Vladimir durchaus tabellarisch erfasst sind.

Trotz der zahlreichen Kritikpunkte stellt die von Anti Selart vorgelegte Studie eine aner kennenswerte Leistung dar, die von keinem Fachkollegen, der sich in Zukunft mit der Geschichte der livländisch-rus'ischen Beziehungen im Hochmittelalter beschäftigt, übergangen werden kann, schließt doch die faktenreiche Darstellung eine wichtige Lücke in der bisherigen Forschungsliteratur. So wurden erstmals die traditionellen Interpretationsmuster nicht nur hinsichtlich einzelner Aspekte und Ereignisse, sondern für die gesamten ersten 150 Jahre der deutsch-rus'ischen Nachbarschaft im Ostbaltikum einer gründlichen Überprüfung unterzogen. Dem kommt dadurch, dass sich mit Anti Selart ein estnischer Nachwuchshistoriker beim Blick auf die frühe Geschichte der Beziehungen zwischen den

politischen Kräften im Ostbaltikum für die neue Perspektive entschieden hat, noch zusätzliche Bedeutung zu.

REINHARD FRÖTSCHNER

MARGUS LAIDRE: *Dorpat 1558–1708. Linn vae ja vaenu vabel* [Dorpat 1558–1708. Eine Stadt zwischen Macht und Feindseligkeit]. Verlag Argo. Tallinn 2008. 704 S. ISBN 9789949438303.

Dieses von Margus Laidre, einem Experten für die estnische frühneuzeitliche Militärgeschichte verfasste Buch handelt von der Geschichte Dorpats vom Livländischen Krieg bis zum Großen Nordischen Krieg. Dabei handelt es sich nicht um eine klassische Stadtgeschichte, die alle städtischen Lebensbereiche wie Handel, Handwerk oder Bildungswesen zu umfassen versucht, sondern um eine Geschichte der Politik, der Diplomatie und des Militärs. Dabei hat der Autor zwei verschiedene Blickwinkel geschickt kombiniert. Zum einen verwendet er die makrogeschichtliche Perspektive, in der das Schicksal Dorpats als Prisma dient, durch das die politischen Entwicklungen im weiteren nordeuropäischen Raum betrachtet werden. Diese Betrachtungsweise steht am Anfang eines jeden Kapitels und bietet dem Leser eine gute Übersicht über den weiteren Kontext der Ereignisse. Den größeren Teil der Narration bilden jedoch mikrogeschichtliche Nahaufnahmen, die ausführlich zeigen, wie die weiteren politischen Entwicklungen das Handeln und die Schicksale der realen Menschen vor Ort – Amtsträger, Soldaten, Stadtbürger – beeinflusst haben. Besonders detailliert gibt Laidre die Ereignisse während der Belagerungen von Dorpat wieder, deren es in der betrachteten Zeitspanne immerhin neun gab. Der Leser bekommt eine genaue Vorstellung sowohl von der damaligen Militärtechnik und -taktik, von den Kapitulationsverhandlungen und -verträgen als auch von den Pflichten und Leiden der Stadtbewohner vor, während und nach den Belagerungen. Diese beiden Perspektiven des Autors sind nicht streng voneinander getrennt – so sind die Berichte über die diplomatischen Missionen keine trockenen Analysen der politischen Kraftverhältnisse, denn auch hierin ist all das, was den Gesandtschaften widerfahren ist, harmonisch eingeflochten.

Das Buch ist in fünf größere Kapitel und einen epilogartigen „letzten Akt“ unterteilt. Die Titel des ersten, dritten und fünften Kapitels – „Die erste Ankunft“, „Die zweite Ankunft“ und „Die dritte Ankunft“ – bezeichnen die Hauptachse des Werkes: Russlands Ambitionen auf das estnische

Gebiet und seine Bemühungen darum in der zweiten Hälfte des 16. Jahrhunderts, in der Mitte des 17. Jahrhunderts und am Anfang des 18. Jahrhunderts. Das erste Kapitel handelt vom Zeitraum 1554–1571 und wendet dabei der Problematik des Dorpater Tributs besondere Aufmerksamkeit zu, welcher als eine der Begründungen für den Moskauer Angriff galt. Doch wird auch ein kompetenter Überblick über die politische Ordnung, die inneren Zustände und die außenpolitische Lage Alt-Livlands im 16. Jahrhundert gegeben. Das zweite Kapitel konzentriert sich auf die Periode von 1582–1625, als Polen-Litauen und Schweden miteinander um Dorpat und ganz Livland kämpften. Neben der Beschreibung der Kriegsergebnisse betrachtet der Autor auch die Veränderungen, die die wiederholten Machtwechsel der Stadt brachten.

Das dritte Kapitel stellt auf mehr als einhundert Seiten den Russisch-Schwedischen Krieg 1656–1661 dar, in dessen Verlauf es Moskau noch einmal gelang, Dorpat zu erobern, wenn es auch auf Grund des Friedens von Kardis schließlich darauf verzichten musste. Das folgende vierte Kapitel handelt von der Geschichte der Stadt Dorpat vom Frieden von Kardis bis zum Nordischen Krieg (1661–1700). Dieser Zeitabschnitt ist als „Zwischenzeit“ dargestellt und trägt den teleologisch formulierten Titel „Vor dem großen Sturm“. In einem separaten Unterkapitel wird die große Hungersnot, die 1695–1697 die Ostseeprovinzen traf, und ihre Folgen für Dorpat recht ausführlich behandelt.

Die Hungerkatastrophe ist für Laidre wie eine Einleitung in das neue Unheil, das Dorpat am Anfang des nachfolgenden Jahrhunderts traf. Darauf geht das fünfte Kapitel näher ein. Wieder wurden Dorpat und seine Umgebung zum Schauplatz der nordeuropäischen großen Kriege – 1704 eroberten die russischen Truppen die Stadt. Im Epilog beschreibt Laidre die Deportation der Einwohner Dorpats nach Vologda und die totale Zerstörung der Stadt im Jahre 1708.

Der von Laidre gewählte zeitliche Rahmen und die Struktur der Narrative sind in jeder Hinsicht logisch. Trotzdem stellt sich die Frage, ob der Autor hier nicht Zweifel an seiner eigenen These vom „Hundertjährigen Krieg der nordischen Länder“ im Zeitraum von 1558–1661 aufkommen lässt.¹ Wenn Laidre nun doch eine 150-jährige Zeitspanne gewissermaßen als Einheit darstellt, muss man das nicht als indirekte Bestätigung der Periodisierung des englischen Historikers Robert Frost deuten, die der Autor früher kritisiert hat?² Frost nämlich sieht eine Schnittmenge zwischen allen bewaffneten Konflikten an der Ostsee vom Livländischen Krieg bis zum Nordischen Krieg und bezeichnet sie in toto als „Die Nordischen

¹ MARGUS LAIDRE: Der Hundertjährige Krieg (1558–1660/61) in Estland, in: Forschungen zur baltischen Geschichte 1 (2006), S. 68–81.

² MARGUS LAIDRE: Põhjapanevalt Põhjasõdadest [Grundlegend zu den Nordischen Kriegen], in: Eesti Ekspress, 10.8.2005.

Kriege“.³ Laidre begründet seine Zäsur 1661 in erster Linie damit, dass sich die Großmacht Schweden als „alleiniger Sieger“ der langen Kriegspe-riode herausgestellt habe und „die Rzeczpospolita, Dänemark und Rus-land gezwungen waren, Schwedens Triumph anzuerkennen“. Außerdem habe der Tod von Karl X. „das Ende der aggressiven Expansionspolitik“ Schwedens bedeutet (S. 414). Im Grunde hat die These vom „Hundertjäh-ri-gen Krieg der nordischen Länder“ zwei Seiten: Erstens muss bewiesen werden, dass die Friedensverträge 1660/61 eine fundamentale Wandlung in der nordeuropäischen zwischenstaatlichen Politik markieren, welche die vorangegangene Periode mit einer ausreichenden Konturierung von der nachfolgenden unterscheidet; zweitens muss die Kontinuität der bewaff-neten Konflikte von 1655–1661 mit den früheren Konflikten bewiesen wer-den, damit der „Hundertjährige Krieg“ ein Ganzes darstellt. Es treten aber auf beiden Seiten Schwierigkeiten auf. Für Polen-Litauen und Russland bedeuteten der Frieden von Oliwa und der Frieden von Kardis nicht das Ende der Kriegszeit, da ihre Kämpfe noch bis 1667 andauerten. Da diese Staaten eine zentrale Rolle in der ganzen Konzeption des „Hun-dertjährigen Krieges“ spielen, können wir sie jetzt nicht übergehen und uns auf eine schwedenzentrische Perspektive konzentrieren. Aber auch aus schwedischer Perspektive bedeuteten diese Verträge nicht den Beginn einer länger währenden Friedensperiode. Die Tatsache der schwedischen „Alleinherrschaft“ war den damaligen Staatsmännern keineswegs klar – besonders auf Revanche aus waren die Dänen, die schon 1675 die mit den Friedensverträgen von Brömsebro (1645) und Kopenhagen (1660) verlorenen Provinzen zurückzuerobern versuchten. Dänemark nutzte den Umstand, dass Schweden gerade Brandenburg angegriffen hatte, was seinerseits darauf hinweist, dass Schweden seine aggressive Außenpolitik nicht ganz aufgegeben hatte (wenn es sich auch auf Druck seines langjährigen Ver-bündeten Frankreich in den Krieg eingemischt hatte, der damit gedroht hatte, die für Schweden lebenswichtigen Subsidien nicht mehr zu bezah-len). Diese Kriege, die 1672 mit dem Konflikt zwischen Frankreich und den Niederlanden begannen, gingen erst 1679 mit einer Reihe von Friedens-verträgen zu Ende. Was die Rzeczpospolita und Russland betrifft, hat-ten sie neben den Konflikten untereinander in den folgenden Jahrzehnten viel mit den Ottomanen und Tataren zu tun. Doch als sich wieder eine Gelegenheit ergab, versuchte man sich bei den Schweden zu revanchie-ren, trotz der „ewigen Frieden“, in denen versprochen worden war, auf alle Ansprüche auf verlorene Territorien zu verzichten. Nichts bringt das allein aufgrund der Umstände aufgeschobene Sinnen auf Revanche besser zum Ausdruck als die Tatsache, dass Russland im Jahre 1700 nur einen Tag, nachdem der Friedensschluss zwischen Schweden und der Türkei bekannt geworden war, Schweden den Krieg erklärte (S. 512). Auch Laidre selbst

³ ROBERT I. FROST: *The Northern Wars. War, State and Society in Northeastern Europe, 1558–1721*, Harlow 2000.

stellt den Russisch-Schwedischen Krieg 1656–1661 als den Auftakt zum Nordischen Krieg dar,⁴ womit er eher gerade die Einheit der 150-jährigen Periode betont. Von einem Umbruch der 1660er Jahre können wir nur im Zusammenhang mit der Wandlung der Grundlinie in der schwedischen Außenpolitik sprechen. Hier muss man Laidre auf jeden Fall zustimmen: Schwedens Außenpolitik wurde defensiver und war fortan eher auf Bestandssicherung als auf fortdauernde Expansion gerichtet. Aber auch das ist eine zu schmale Grundlage, um von einer grundsätzlich neuen Epoche im ganzen nordischen Raum zu sprechen.

Nun zum zweiten Aspekt, der die Kontinuität der Kriege von 1655–1661 mit der früheren Periode betrifft. Richtig ist, dass diese Kriege aus den früheren Auseinandersetzungen „erwachsen“,⁵ aber dies unterschied sich nicht grundsätzlich davon, wie die im vorangegangenen Absatz erwähnten Kriege ihrerseits an die Kriege von 1655–1661 anknüpften. Das einzige bindende Glied, das die Kriege von 1655–1661 mit den vorangegangenen, aber nicht mit den nachfolgenden verbindet, ist der polnisch-schwedische Konflikt, der zuvor nur mit Waffenstillständen beigelegt worden war (1611, 1618, 1622, 1629, 1635), denn Polen weigerte sich, die Legitimität des „Usurpators“ Karl IX. und seiner Erben auf dem schwedischen Thron anzuerkennen. Erst 1660 mit dem Frieden von Oliwa können wir in gewisser Hinsicht von einer endgültigen Lösung sprechen. Andererseits begann diese Konfliktlinie erst 1600. Zudem herrscht von 1629 bis 1655 Frieden, weswegen es zweckmäßiger ist, von einem polnisch-schwedischen „Dreißigjährigen Krieg“ zu sprechen.⁶ Zugleich kann man auch in den schwedisch-russischen Beziehungen keine Linie einer einhundertjährigen Kontinuität ziehen, denn mit Moskau war der „ewige Frieden“ schon 1595 in Täyssinä und 1617 in Stolbovo geschlossen worden; dies gilt auch für die schwedisch-dänischen Beziehungen, denn hier begannen die Kriege in ziemlich regelmäßigen Abständen aufgrund verschiedener Anlässe, aber aus sehr ähnlichen Gründen. Stets endeten diese Konflikte mit Verträgen, die einen ewigen Frieden versprachen (1563–1570, 1611–1613, 1643–1645, 1657–1658, 1658–1660, 1675–1679).

Wenn man jetzt diese Kriegsperiode vom estnischen Gebiet aus betrachtet – schließlich hat Laidre in seinen früheren Abhandlungen den Begriff des „Hundertjährigen Kriegs in Estland“ benutzt –, dann ist das größte Problem, wie man das über dreißig Jahre andauernde „Loch“ von 1625–1656

⁴ Laidre hat von diesem Konflikt auch als „Generalprobe für die Ereignisse, die ein halbes Jahrhundert später stattfanden“, gesprochen. LAIDRE, Pöhjanevalt Pöhjasödadest (wie Anm. 2).

⁵ „Wie vielen anderen Historikern entgeht auch Frost, dass vor allem die Folge der auseinander hervorgehenden Konflikte im Zeitraum von 1558 bis 1661, die zusammen den Hundertjährigen Krieg der nordischen Länder bilden, dem Kampf um die Vorherrschaft seine Kontinuität gibt“. Ebenda.

⁶ Diesen Begriff hat auch Laidre benutzt: LAIDRE, Der Hundertjährige Krieg (wie Anm. 1), S. 74.

überbrückt, in dem auf estnischem Gebiet tatsächlich keinerlei Kampfhandlungen stattfanden. Da der 1635 in Stuhmsdorf abgeschlossene Waffenstillstand für volle 26 Jahre gelten sollte, herrschte auch eine ausreichende psychologische Sicherheit für die Zukunft, um so mehr, als die Zeitgenossen sich dessen sehr bewusst waren, dass der „echte“ Friedensvertrag keine wesentlich sicherere Garantie für die Vermeidung des Krieges in der Zukunft gab. Laidre hat darauf hingewiesen, dass auch der als Hundertjähriger Krieg bezeichnete Konflikt zwischen England und Frankreich im 14. und 15. Jahrhundert gleichfalls aus getrennten, von England ausgehenden königlichen Expeditionen und aus einer Reihe von kleineren Kampagnen und Raubzügen bestanden hat.⁷ Doch gelang es damals zu keiner Zeit, die Kämpfe dauerhaft einzustellen. Zieht man nun wieder eine Parallele mit dem estnischen Gebiet, kann man wohl eher denjenigen zustimmen, die den Zeitabschnitt 1558–1625/29 als eine lange Kriegsperiode in der estnischen Geschichte betrachten, welche somit durchaus die Bezeichnung Siebzigjähriger Krieg verdient. Es folgte eine lange Periode der ruhigen Entwicklung, die von dem Russisch-Schwedischen Krieg 1656–1661 nur für eine kurze Zeit unterbrochen wurde. Dieser Krieg und die Bestimmungen des Friedensvertrags von Kardis (die Bestimmungen wiederholten größtenteils die Vereinbarungen von Stolbovo) hatten keinen langfristigen Einfluss auf die innere Ordnung, die Wirtschaft oder die Demographie des estnischen Gebiets.

Diese Diskussion berührt jedoch keineswegs den grundsätzlichen Inhalt und die wichtigsten Positionen von Laidres hier anzuzeigender Arbeit. Man muss die Fähigkeit des Autors hervorheben, das Material fesselnd und lesbar darzustellen, ohne freilich dem Lesefluss die faktische Genauigkeit und die Wissenschaftlichkeit zu opfern. Die ganze Untersuchung ist sehr ausführlich sowohl mit Sekundärliteratur als auch mit Quellen fundiert. Besonders viel Quellenmaterial stammt aus dem Bestand des Magistrats von Dorpat im Estnischen Historischen Archiv. Vor allem die Ratsprotokolle werfen ein Licht auf bisher weniger erforschte Begebenheiten in der Geschichte der Stadt. Außerdem haben noch Materialien des Schwedischen Staatsarchivs, des Militärarchivs und des Lettischen Historischen Archivs Eingang in die Darstellung gefunden. Es bleibt nur zu hoffen, dass auch weniger dramatische Perioden in der Geschichte der Stadt Dorpat in Zukunft eine ebenso gründliche, sachkundige und fesselnde Behandlung finden werden wie in Laidres Werk über eine Zeit der Feindschaft und der Tränen.

PÄRTEL PIIRIMÄE

⁷ Ebenda, S. 80.

ARVO TERING: *Eesti-, liivi- ja kuramaalased Euroopa ülikoolides 1561–1798* [Est-, Liv- und Kurländer an den Universitäten Europas 1561–1798]. Verlag Eesti Ajalooarhiiv. Tartu 2008. 831 S., Abb. ISBN 9789985858608.

Vor mir liegt das Ergebnis einer jahrzehntelangen wissenschaftlichen Arbeit: eine monumentale Studie über die Hintergründe der Entstehung der baltischen Akademikerschicht. Die Abhandlung setzt ein mit der Darstellung des zeitgenössischen geistigen Lebens, an welche sich die Untersuchung von Zahl und Dynamik der immatrikulierten Studenten baltischer Abstammung an europäischen Universitäten anschließt. Dabei wird auch ihre soziale und ethnische Herkunft erläutert sowie die Möglichkeiten der ethnischen Esten und Letten, eine Universitätsbildung zu erhalten. Arvo Tering hält es dabei für wenig wahrscheinlich, dass junge Männer bäuerlicher Herkunft im 17. Jahrhundert dieses Ziel erreicht haben könnten. In den letzten 25 Jahren der schwedischen Herrschaft jedoch seien die Voraussetzungen dafür geschaffen worden, dass im nächsten Jahrhundert sowohl pietistisch geprägte Bauernsöhne als auch junge Männer lokaler Abstammung aus den Städten eine höhere Ausbildung genießen konnten. Allerdings gelangten einige Esten und Letten schon früher in die Universitätsstädte – als Diensthofen ihrer Gutsherren. Im Umgang mit ihnen konnten die jungen Herren Estnisch bzw. Lettisch sprechen, wodurch diese Sprachen zu einer Art Geheimsprache wurden. In den studentischen Reisealben findet man ab und zu tatsächlich Einträge in diesen Sprachen; manches davon ist eher geschmacklos, doch finden sich zuweilen auch durchaus weise Sprüche darunter.¹

Viel Aufmerksamkeit widmet der Autor den Studenten adliger Herkunft, deren Anteil verhältnismäßig hoch war. Auch Söhne von Geistlichen, Lehrern, Kaufleuten und Ratsherrn waren in größerer Anzahl vertreten als Söhne von Handwerkern. Tering zufolge kann man in Bezug auf die Universität Dorpat nur bei einer Minderheit der Adligen das Bemühen erkennen, ein ernsthaftes Studium anzustreben. Ihre Immatrikulation sollte eher als eine Art Treuezeugnis dem Staat gegenüber verstanden werden. Dabei verdient die Tatsache Erwähnung, dass die jungen Adligen oft eine gute Ausbildung bei ihren Hauslehrern genossen hatten. Viele Adlige ließen sich, bevor sie z. B. nach Kopenhagen reisten, um an der dortigen Universität zu studieren, an einer anderen Universität immatrikulieren, um den damals üblichen Depositionsritus zu umgehen, dem man sich nach der ersten Immatrikulation unterziehen musste. Zu erwähnen wäre hier ein Fall aus Kopenhagen, wo ein ausländischer Student, um diesem Ritus zu

¹ Als Ergänzung zur Bibliographie in Terings Buch seien folgende Aufsätze erwähnt: VELLO HELK: Einige Stammbucheintragen aus dem 17. und 18. Jahrhundert in lettischer Sprache, in: *Ceļi* [Die Pfade] XV (1972), S. 16–24; DERS.: Weitere Stammbucheintragen aus dem 17. und 18. Jahrhundert in lettischer Sprache, in: *Ceļi* XVI (1977), S. 35–50; DERS.: Lettische Eintragungen im Stammbuch des Johann Conrad Arnold, in: *Ceļi* XVII (1979), S. 90–96.

entgehen, bei der Immatrikulation anstelle eines üblichen Testimoniums aus der ersten Universität sein Reisealbum vorlegte. Der Revaler Johann Kniper benutzte dieses Album 1638 als Zeugnis für sein früheres Studium in Uppsala, was der Universitätssenat schließlich akzeptierte.² Außerdem ließen sich einige Adlige immatrikulieren, um unter den Schutz der akademischen Jurisdiktion zu kommen.

Oft war auch die von Tering nur flüchtig behandelte *tour de cavalier* einer der Gründe, warum Adelsöhne europäische Universitätsstädte besuchten. Im damals territorial zersplitterten Europa musste der Reisende oft seinen Reisepass vorzeigen. Vor allem in Südeuropa wurde nach Ausbruch einer Epidemie ein spezieller Gesundheitspass verlangt. Allerdings gilt es hierbei zu beachten, dass solche Dokumente keine Abbildung, ja nicht einmal eine Personenbeschreibung enthielten, weshalb es durchaus möglich war, seine Identität zu wechseln. So benutzte Ludwig Holberg für seine Italienreise 1715–1716 den Pass eines Landsmanns und reiste unter den Namen des Aacheners Michel Recco. Damit umging er gleichzeitig auch die konfessionellen Probleme. Ich habe im anzuzeigenden Werk viele Einträge entdeckt, die auf falschen Angaben beruhen und bei denen falsche Namen benutzt worden sind. Viele Reisende bürgerlicher Herkunft sind fern von ihrer Heimat, besonders in Südeuropa, als Adlige aufgetreten. Kaufmannsöhne, die genügend Geld besaßen, konnten sich zum Beispiel in Paris als Barone vorstellen. In Bezug auf Italien ist es nicht immer sicher, ob ein *nobilis Danus* tatsächlich ein Adliger ist. Es gibt zudem auch Beispiele dafür, dass ein Reisebericht auf reiner Phantasie beruht hat.³ Möglicherweise sind auch nicht alle Balten ehrliche Leute gewesen?

Eine gute Einführung in das Thema stellt der Überblick über die voruniversitären Studien in der Heimat und im Ausland dar. Tering nennt Beispiele aus Dorpat, wo trotz der engen Möglichkeiten der Stadtschule versucht wurde, über persönliche Beziehungen der Schulrektoren den dortigen Jungen einen Weg an eine Universität zu bahnen. Tering zufolge war diese Praxis auch unter den anderen Stadtschulrektoren verbreitet. Nach den Erfahrungen des Rezensenten gilt dies auch für Arensburg.⁴

Der Abschnitt über die Reisebedingungen stellt eine wahre kulturgeschichtliche Perle dar. Hier werden Schiffsreisen analysiert, mit der Reise über Land verglichen und verschiedene Routen beschrieben; zudem bekommt der Leser einen Überblick über die Reisekosten. Dies alles ist durchwoben mit zahlreichen Beispielen und Vergleichen. Für solch eine Reise brauchte es damals wahrlich Engelsgeduld – die durchschnittliche Geschwindigkeit während einer Schiffsreise betrug zwei bis vier

² DERS.: Stambogsskikken i det danske monarki indtil 1800 [Die Studentenalben im königlichen Dänemark bis 1800], Odense 2001, S. 244.

³ DERS.: Dansk-norske studierejser 1661–1813 [Dänisch-norwegische Studienreisen 1661–1813], Bd. 1, Odense 1991, S. 146–148.

⁴ DERS.: Die Stadtschule in Arensburg auf Ösel in dänischer und schwedischer Zeit, Lüneburg 1989.

Stundenkilometer. Eine Seereise konnte zudem gefährlich sein. Wir haben wenig Ahnung davon, wie viele von den Auslandsreisenden oder Heimkehrern in den Wellen der Ostsee ihr Leben verloren haben. Trotzdem hatte eine Seereise ihre Vorzüge, denn vor allem war sie viel billiger. Um in eine deutsche Universitätsstadt zu gelangen, konnte es sowohl über den Land- als auch über den Seeweg einen oder sogar mehrere Monate dauern.⁵

Anschließend werden die Zieluniversitäten der Balten betrachtet. Es werden Hintergrundinformationen über ihre Gründung und Entwicklungsrichtungen gegeben sowie Immatrikulationszahlen in verschiedenen Epochen verglichen. Hierbei liegt das Hauptaugenmerk auf den Universitäten Deutschlands, danach kommen die niederländischen Institutionen mit der Uni Leiden an Spitze. Auf S. 270 findet sich ein allerdings irreführender Tippfehler: nicht erst seit den 1710er sondern bereits seit den 1610er Jahren gehörte diese Universität den Studentenzahlen nach zu den größten Europas. Man kann nur hoffen, dass der Autor bei den Immatrikulationen eine Eigenart Leidens berücksichtigt hat: Dort nämlich wurden die Studenten zu Beginn des neuen Studienjahres erneut in die Matrikel eingetragen – so taucht manch ein Name wiederholt auf.

Die Lieblingsuniversitäten der Balten haben sich von Zeit zu Zeit geändert, so galt z. B. die Mitte des 16. Jahrhunderts als die „Rostocker Zeit“. Wegen des Dreißigjährigen Kriegs beherbergte in den 1630er und 1640er Jahren Königsberg die höchsten Studentenzahlen unter den deutschen Universitäten, sodass die Bedeutung dieser Institution auch für die Balten wuchs. Von der Mitte der 1630er bis zur Mitte der 1650er Jahre waren auch die Universitäten Leiden und Franeker (in Friesland) für Est- und Livländer von größter Bedeutung. Danach stieg bis Ende des Jahrhunderts der Anteil Wittenbergs. Im 18. Jahrhundert bevorzugte die est- und livländische Jugend die Universität Jena, die Kurländer jedoch Königsberg. Die populärste deutsche Universität des Jahrhunderts war allerdings Halle, wo auch viele junge Männer Estländer studierten.

Im Zusammenhang mit der Universität Lund wird die Möglichkeit erwähnt, dass die Dänen von Skåne lieber in Kopenhagen als in Lund studiert hätten. Dies stimmt zwar, auch wenn Schweden versucht hat, eine wissenschaftliche Mauer zu errichten, indem es den Bewohnern von Skåne verbot, in Kopenhagen zu studieren. Dieses Verbot wurde damit zu umgehen versucht, dass man sich erst einmal in Greifswald immatrikulierte.

Unter den italienischen Universitäten liegt Padua im Mittelpunkt des Interesses. Angaben über die dortigen baltischen Studenten stammen vor allem aus der Matrikel der Germanischen Nation. Zwar kann in Padua ein Matrikeleintrag tatsächlich ein Studium bedeuten, jedoch darf man sich bei den Einträgen in Siena nicht mehr so sicher sein. Die Nationen

⁵ Siehe auch ARVO TERING: Die Seereisen baltischer Studenten in die Universitätsstädte Nord- und Westeuropas im 17. und 18. Jahrhundert, in: Forschungen zur baltischen Geschichte 3 (2008), S. 103-131. (Red.)

der Universitäten waren besonders an den Studenten adliger Abstammung interessiert, deren Namen ihre Matrikel schmücken sollten. Viele Durchreisende haben auf ihrem Weg nach Rom oder zurück auf Wunsch der Nation ihren Namen hier eingetragen, um dann ihre Reise fortzusetzen. Dies gilt auch für die Germanischen Nationen der französischen Universitäten, deren Matrikel ebenfalls manchmal nur als Gästebücher dienten.

Außer Betracht gelassen sind die katholischen Hochschulen, wie z. B. das Seminar zu Braunsberg. Dies ist insbesondere deshalb zu bedauern, weil dieses Thema dem Rezensenten sehr vertraut ist und er hierzu zahlreiche interessante Zusammenhänge anklingen lassen könnte. So finden wir hier z. B. den Edelmann Christopher Lode, der 1607 zwar noch in Königsberg, jedoch schon im darauf folgenden Jahr in Braunsberg immatrikuliert wurde. Eine vergleichbare Dynamik gab es auch in umgekehrter Richtung. Johannes Stribing aus der Gegend um Pernau wurde 1590 ins Seminar zu Braunsberg aufgenommen, 1592 in Königsberg immatrikuliert und zwei Jahre später in Braunsberg in den Jesuitenorden aufgenommen. Zu nennen wäre noch Melchior von Fölkersam aus Kurland, der Jesuitenschüler in Wilna und Braunsberg war, aber auch in Königsberg und Rostock studiert hat. Der Livländer Detlev Tiesenhausen studierte drei Jahre am Wiener Jesuitenkonvikt und wurde danach im Jahr 1576/1577 als Student der Jurisprudenz an der Universität Wien immatrikuliert.⁶ Zu erwähnen wäre auch noch das päpstliche Seminar in Wilna, an dem viele Balten studiert haben.

Bei der Wahl des Studienfaches ließ man sich von bedeutenden Wissenschaftlern inspirieren. Eine der Attraktionen der Universitäten stellten auch ihre Lehrkräfte dar, was bei Tering durch die ausführliche Darstellung der Vorlesungen von August Ludwig Schlözer in Göttingen in den Jahren 1770–1796 erläutert wird.

Viel Aufmerksamkeit schenkt Tering den Dissertationen, doch fehlt es an einem Überblick über deren Vorgänger, die Übungsdisputationen, die gemeinsam mit den *orationes*, den Festtagsreden, einen wichtigen Teil des Unterrichts bildeten. In den Bibliotheken der jeweiligen Universitäten befinden sich zahlreiche von den Studenten verfasste Disputationstexte.⁷

Des Weiteren werden die übrigen Seiten der wissenschaftlichen Beschäftigungen der Studenten behandelt, wie z. B. ihre Mitarbeit in den wissenschaftlichen Vereinen oder die Praktika. Auf der Grundlage der Inventarlisten, die über den Besitz der in Göttingen verstorbenen baltischen Studenten Auskunft bieten, kann der Autor auch einen Überblick über die studentischen Privatbibliotheken geben. Außerdem hat er untersucht,

⁶ VELLO HELK: Die Jesuiten in Dorpat 1583–1625: Ein Vorposten der Gegenreformation in Nordosteuropa, Odense 1977, S. 241, 244, 247, 252.

⁷ Siehe z. B. DERS.: Baltisches Schrifttum in der Lintrup-Sammlung der Kopenhagener Universitätsbibliothek, in: Reval und die baltischen Länder. Festschrift für Hellmuth Weiss zum 80. Geburtstag, hrsg. von JÜRGEN VON HEHN und CSABA JANOS KENÉZ, Marburg-Lahn 1980, S. 417–437.

wie die deutschbaltischen Studenten die Universitätsbibliothek Göttingen benutzt haben. Die Deutschbalten haben auch an der Tätigkeit der Landsmannschaften (Nationen), Freimaurerlogen und Studentenorden teilgenommen. Unter den Freimaurern spielten kurländische Adlige übrigens eine wichtige Rolle. In diesem Zusammenhang wird auch von Duellen berichtet und von Studenten, die in Jena auf diese Weise ums Leben gekommen sind. In Kiel hat im Dezember 1780 ein Duell großes Aufsehen erregt, in dessen Folge der dänische Graf Magnus Ernst Christian Stolberg durch die Hand des Kurländers Eichstedt gefallen ist. Letzterer wird auch als Mitglied des Ordens der Unanimisten erwähnt. Einer der Sekundanten sei Ernst Strobel aus Reval gewesen, der zwar relegiert wurde, seine Studien jedoch in Jena fortsetzen durfte und später über 20 Jahre lang Pastor im estländischen Hapsal war.⁸

Kurz kommt auch das Thema des studentischen Liebeslebens zur Sprache, wobei hier insbesondere ihre unehelichen Kinder behandelt werden. Vereinzelt gab es Eheschließungen und Heiratspläne; es scheint jedoch, dass im Kontext einer Universitätsstadt ein aus der Peripherie stammender Student keine besonderen Möglichkeiten hatte, einen standesgemäßen Ehepartner zu finden.

Ein ganzes Kapitel ist den Ausgaben während der Studienzeit in der zweiten Hälfte des 18. Jahrhunderts gewidmet, eine Zeitwahl, die mit der guten Quellenlage begründet wird. Tering stellt hier verschiedene Ausgaben eines Studenten vor: Wohnungskosten (Miete und Reinigung), Ausgaben für Lebensmittel, Kleidung und Hygiene, für Gebrauchsgüter und die Korrespondenz oder auch einfach für den Zeitvertrieb. Dazu kamen außerordentliche Kosten für Medikamente, Alimente und Bestattungen, zu denen sich auch noch Probleme mit Schulden oder Wechseln gesellen konnten. Durchaus begründet fragt sich Tering in diesem Zusammenhang, ob all diese Ausgaben eine rentable Investition darstellten oder ob es sich dabei um zum Fenster hinausgeworfenes Geld handelte. Er kommt zum Schluss, dass die Eltern, die ihren Sohn (bzw. ihre Söhne) zum Studieren ins Ausland schickten, eine sichere Investition in die Zukunft ihrer Kinder tätigten, weil Akademiker im Baltikum sehr gut verdienten, in jedem Fall mehr als ihre Kollegen auf deutschem Boden. Allerdings räumt Tering durchaus ein, dass junge Männer, die weit entfernt vom wachsamen elterlichen Auge ein selbstständiges Leben führen mussten, nicht selten Berge von Schulden anhäuften oder gar Alimente an die Mütter ihrer unehelichen Kinder zu zahlen hatten.

Einen guten Überblick bekommt der Leser in diesem Zusammenhang auch über die Finanzierungsquellen des Studiums. Hierzu zählte die Unterstützung von Eltern, Stipendien und Mäzenen. Ein wenig konnte man sich auch in der Universitätsstadt dazu verdienen.

⁸ DERS.: *Stambogsskikken* (wie Anm. 2), S. 168, 273.

Am Ende des Buches werden die Arbeitsmöglichkeiten zu Hause und in der Fremde diskutiert. Bei den Angaben zu den Personen, die im Universitätsdienst waren, sollte der Arensburger Ratsherrensohn Balthasar Boy ergänzt werden, der 1676 in Königsberg immatrikuliert und fünf Jahre später dort Konrektor eines Gymnasiums wurde. Nachdem er 1685 den Magistergrad erworben hatte, wurde er 1691 kurz vor seinem Tod als Professor für Poetik an die Universität Königsberg berufen.⁹ Unter den Juristen von Ösel wurde Nicolaus Schaffshausen, ein Sohn des Arensburger Bürgermeisters, nach der Promotion 1632 Rat des Herzogs von Sachsen-Lauenburg in Wittenberg und später Kanzler von Lauenburg.¹⁰ Juristen, die im Ausland bei erfahrenen Kollegen eine Ausbildung absolvierten, ließen sich nicht immer in die Matrikel eintragen.

Anstelle eines Epilogs gibt Tering einen Überblick über die Rückholaktion der baltischen Studenten 1798 im Folge der aufgrund der Französischen Revolution verabschiedeten Verordnung des russischen Kaisers Paul I. sowie über die Schließungen der darauf folgenden drei Jahre, die zwar viele negative Folgen hatte, gleichzeitig aber die schon allzu verzögerte Wiedereröffnung der Universität Dorpat 1802 beschleunigte.

Das Buch wird durch insgesamt 62 Tabellen ergänzt, die einen detaillierten Überblick über die besprochenen Themen geben. Die Liste der benutzten Quellen und Literatur ist imposant und lässt nur ahnen, wie viel Zeit es gekostet hat, all diese Materialien nicht nur zu finden, sondern auch noch durcharbeiten. Unter den einschlägigen Abbildungen sind die farbigen Zeichnungen aus studentischen Reisealben ein besonderer Augenschmaus. Ein wenig ermüdend sind die zahlreichen statistischen Berechnungen im Text, besonders wenn es um oft nur einstellige Prozentzahlen geht.

Das Vorwort des Buches ist vom 1. Dezember 2003 datiert, somit hat das Werk einen langen Weg hinter sich. Das Ergebnis ist umso imponierender, weil es dem Autor dank der modernen Technik und seinen guten Hilfskräften gelungen ist, seine Arbeit trotz seiner nachlassenden Sehkraft erfolgreich zu vollenden.

VELLO HELK

⁹ HELK, Die Stadtschule in Arensburg (wie Anm. 4), S. 35. Die Angaben über Boys Karriere in Königsberg stammen aus dem Lexikon JOHAN FRIEDRICH VON RECKE, KARL EDUARD NAPIERSKY: Allgemeines Schriftsteller- und Gelehrten-Lexicon der Provinzen Livland, Esthland und Kurland, Bd. 1-4, Mitau 1827–1832.

¹⁰ Ostdeutsche Familienkunde 11 (1986–1987), S. 101.

Kurland. Vom polnisch-litauischen Lehnsherzogtum zur russischen Provinz. Dokumente zur Verfassungsgeschichte 1561–1795, hrsg. von ERWIN OBERLÄNDER und VOLKER KELLER. Verlag Schöningh, Paderborn 2008. 332 S. ISBN 3506765361.

1993 und 2001 erschienen die ersten beiden Sammelbände über die Geschichte des Herzogtums Kurland und Semgallen, die das Ergebnis der langjährigen Arbeit einer von Erwin Oberländer angeführten Forschungsgruppe am Institut für osteuropäische Geschichte der Gutenberg-Universität Mainz darstellen.¹ Den Kern dieser Gruppe stellten Oberländers Studenten, die verschiedene Aspekte aus der Geschichte des Herzogtums Kurland zum Thema ihrer wissenschaftlichen Arbeiten gewählt haben, wobei stets auch Wissenschaftler aus Lettland herangezogen wurden, um möglichst gründliche Forschungen zu gewährleisten. Zur Dokumentation der Arbeitsergebnisse dienen die angesprochenen Publikationen, deren dritter Band nun erschienen ist, der die wichtigsten schriftlichen Quellen zur Geschichte des Herzogtums vereint. Neben Oberländer fungiert dessen Schüler Volker Keller als Mitherausgeber. Somit schließt sich ein ganzer Zyklus intensiver Forschung, deren Ergebnisse unser Wissen über das Herzogtum wesentlich erweitern.

Diese Quellensammlung bietet keinesfalls nur selektiv ausgewählte Dokumente. Sie wird von zwei ausführlichen Aufsätzen eingeleitet, die einen soliden Überblick über die Geschichte des Herzogtums Kurland bieten. Während Volker Keller sich in kompakter Form mit der Entstehungsphase des Herzogtums von 1561 bis zum Großen Nordischen Krieg (1700–1721) beschäftigt (S. 17–28), behandelt Oberländer das 18. Jahrhundert (S. 29–51). Dabei untersucht Keller die rechtlichen Aspekte und das politische Milieu zur Zeit der Entstehung des Herzogtums und verweist auf den besonderen politischen Status des von Sigismund August verliehenen Privilegs, das der Ritterschaft Rechte und Freiheiten auf dem ganzen Territorium Livlands garantierte und deshalb für die Ritterschaft sowohl in Livland und Estland als auch im Herzogtum Kurland und Semgallen verbindlich war (S. 18). Skizziert werden auch Regierungskrisen und die Probleme, die sich während der Doppelherrschaft der Brüder Friedrich und Wilhelm Kettler ergaben, sowie Wilhelms Konflikt mit dem Adel, der zur Annahme der so genannten *Formula Regiminis* führte, die ebenfalls hier abgedruckt ist.

Bei der Lektüre der historischen Einführung profitiert der Leser davon, dass sie Verweise auf die entsprechenden Dokumente enthält – auch interessierte Laien können sich so leicht im Buch orientieren. Bei der Behandlung

¹ Das Herzogtum Kurland: Verfassung, Wirtschaft, Gesellschaft, hrsg. von ERWIN OBERLÄNDER und ILGVARS MISĀNS, Lüneburg 1993; Das Herzogtum Kurland 1561–1795: Verfassung, Wirtschaft, Gesellschaft, Bd. 2, hrsg. von ERWIN OBERLÄNDER, Lüneburg 2001.

der Zeit zwischen der Alleinherrschaft Herzog Friedrichs und dem Ende des 17. Jahrhunderts betont Keller, dass gerade diese Phase in Bezug auf legislative Initiativen relativ ereignisarm war, was sich im Dokumententeil des Buches durchaus widerspiegelt (S. 21). Keller erwähnt auch den unermüdlichen Kampf des Herzogtums für die eigene Neutralitätspolitik, der jedoch stets von kleineren oder größeren Misserfolgen behindert wurde (S. 23).

Seit der Herrschaft Friedrichs kontrollierte der kurländische Adel die Gesetzgebung des Herzogtums und versuchte, nur solche Gesetze zu verabschieden, die ihm ausschließlich Vorteile brachten. Dabei gab es durchaus Fälle, in denen das Gegenteil passierte und neue Gesetze dem Adel Verluste einbrachten. Hier wäre z. B. das Gesetz über das Verkaufsrecht von Eigentum zu nennen, bei dessen Verabschiedung der Adel schlicht übersehen hatte, dass auch der Herzog Käufer sein und auf diese Weise mit ihm in Konkurrenz treten konnte (S. 28).

Wie Erwin Oberländer richtig bemerkt, änderten sich die Verhältnisse im Herzogtum ganz wesentlich während des Großen Nordischen Kriegs. Nun begann die russische Expansionspolitik, die sich im Laufe des Jahrhunderts intensivierte (S. 29). Damals kam nicht nur das Ende der Kettler-Dynastie, sondern es verstärkte sich auch die Kontrolle durch das Russische Reich, das Kurland sukzessive unter sein Protektorat brachte. So können im 18. Jahrhundert drei wesentliche Perioden unterschieden werden: Eine erste ist durch den Abschied der Kettlers von der historischen Bühne gekennzeichnet, aber auch von der Diskussion über das Schicksal des Herzogtums und den Beginn der Herrschaft der Bironen; eine zweite beginnt mit dem Sturz von Peter Biron und seinem Exil und setzt sich mit den 18 Jahren ohne Herzöge sowie mit der Herrschaft Karls, des Sohns des polnischen Königs August III., fort; eine dritte beginnt in etwa mit dem Jahr 1762, das in die Restauration der Herrschaft Bironen mündete, und endet mit dem Anschluss Kurlands an Russland im Verlauf der Dritten Teilung Polens (S. 29f.).

Durch den Sieg Russlands im Großen Nordischen Krieg wurde das Herzogtum zum direkten Nachbarn des Reichs, wodurch Peter I. seinen Einfluss auf das politische und wirtschaftliche Leben des Herzogtums unmittelbar ausüben konnte. Oberländer zufolge behandelte Russland Kurland als eigene Provinz, zumal das schwache Polen-Litauen in dieser Hinsicht den Zaren weder behindern noch das Herzogtum verteidigen konnte. Positiv anzumerken bleibt, dass sich der deutsche Historiker nicht weiter mit den Spekulationen über den Tod des Herzogs Friedrich Wilhelm beschäftigt, der sehr bald nach dessen Hochzeit erfolgte, und auch nicht versucht, den Schuldigen zu entlarven (S. 30).

Während des 18. Jahrhunderts setzte sich der ununterbrochene Kampf um die Macht zwischen dem Adel und dem Herzog fort. Das spiegelt sich auch in den Beschlüssen des kurländischen Landtags in den Jahren 1746

und 1752, die zwar auf der einen Seite die Macht des Herzogs beschränkten, aber zugleich, wie Oberländer mit Recht betont, die Attraktivität dieser Macht keineswegs verringerten (S. 41).

Die letzten Jahre des Herzogtums waren nicht leicht, und Herzog Peter Biron hatte keine Aussicht mehr, über das Schicksal seines Herzogtums mitzubestimmen. Im Januar 1795 wurde er nach St. Petersburg beordert, um über die Zukunft zu verhandeln, doch war diese Einladung nur ein Betrugsmanöver, um zu verhindern, dass er am Landtag teilnahm. So endete das Herzogtum durch das am 18. März 1795 unterzeichnete Manifest über den Bruch des Lehenverhältnisses mit Polen-Litauen, die bedingungslose Unterwerfung unter Russland und durch die Abdankung des Herzogs am 28. März desselben Jahres in St. Petersburg – alle drei Dokumente werden im anzuzeigenden Band veröffentlicht. Den Anschluss des Herzogtums an das Russische Reich im Jahre 1795 definiert Oberländer als Annexion (S. 31). Am 28. Januar (8. Februar) 1796 wurde aus dem Herzogtum Kurland und Semgallen das russische Gouvernement Kurland gebildet. Damit war die 234 Jahre lange Geschichte des Herzogtums beendet.

Die Herausgeber des Sammelbandes haben 23 Dokumente für ihre Edition ausgewählt. Darunter sind folgende Urkunden zu finden: die *Pacta Subiectionis* vom 28. November 1561, das *Privilegium Sigismundi Augusti*, das Privileg Gothard Kettlers und sein Testament sowie die *Formula Regiminis* vom 18. März 1617, in der die Beziehungen zwischen dem Herzog und der Ritterschaft nach dem Konflikt mit Wilhelm neu geregelt wurden. Außerdem finden sich hier mehrere Dokumente aus der Regierungszeit von Biron, aber auch aus der herzoglosen Zeit. Den Abschluss bilden die Texte aus der Zeit der Auflösung des Herzogtums. Alle Urkunden sind in der Originalsprache abgedruckt und mit einer deutschen Übersetzung versehen, wenn es sich z. B. um lateinische Texte handelt. Ergänzt wird der Sammelband durch eine wertvolle thematisch strukturierte Bibliographie, die aus verständlichen Gründen nur eine Auswahl darstellt, sowie durch Personen-, Sach- und Ortsregister und eine kleine Karte.

Diese Urkundensammlung wird sowohl für Fachhistoriker und Geschichtsstudenten als auch für all diejenigen, die sich für die Geschichte des Herzogtums Kurland und Semgallen interessieren, vom hohen Nutzen sein. Sie ermöglicht uns, die Ereignisse, Handlungen und ihren rechtlichen Kontext besser zu verstehen. Oberländers und Kellers Forschungsprojekt zur Geschichte des Herzogtums Kurland und Semgallen kann nicht hoch genug bewertet werden und stellt einen bedeutsamen Betrag zur Erforschung der lettischen Geschichte dar.

GVIDO STRAUBE

ГУЗЕЛЬ ИБНЕЕВА: *Путешествия Екатерины II: Опыт «освоения» имперского пространства* [Die Reisen Katharinas II.: Der Versuch der „Aneignung“ des imperialen Raums]. Verlag Казанский государственный университет. Kazan' 2006. 254 S. ISBN 5981803398.

Guzel' Ibneeva beschäftigt sich in ihrem Buch mit den drei wichtigsten Reisen der Kaiserin Katharina II. (1762–1796): 1764 fuhr sie in die Ostseeprovinzen, 1767 in die Wolgaregion und 1787 auf die Krim. Letztere Reise ist aufgrund der sprichwörtlichen „potemkinschen Dörfer“ wohl die bekannteste unter ihnen. Obwohl somit nur ein Drittel des Buchs die Ostseeprovinzen behandelt, sprechen mehrere Gründe dafür, Ibneevas Studie an dieser Stelle zu rezensieren. Zum einen ist die hier angesprochene Problematik im Kontext der baltischen Geschichte von einiger Bedeutung, und zum anderen haben wir es mit der ersten derartig ausführlichen Abhandlung über die Baltikumpolitik Katharinas II. aus der Feder einer zeitgenössischen russischen Historikerin zu tun.

Die Reise der Kaiserin nach Liv- und Estland im Sommer 1764 war in ihrem Prunk die aufsehenerregendste in der Geschichte der Ostseeprovinzen. Eine vergleichbare „innerstaatliche Visite“ ließ wohl bis 1987 auf sich warten, als ein weiterer aufgeklärter Herrscher seine baltischen Besitztümer inspizieren kam. Allerdings war die Einstellung der baltischen Untertanen gegenüber der Zentralmacht 1764 zweifellos eine völlig andere als 223 Jahre später. Die Lokalelite hatte sich mit ihrem Schicksal, russische Untertanen zu sein, nicht nur völlig zufrieden gegeben, sondern genoss es sogar aus ganzem Herzen. Noch ließ nichts die schon bald aufkommenden Spannungen mit der Zentralmacht erkennen. Im inneren Leben der Ostseeprovinzen hatte jedoch eine ernsthafte Gärung eingesetzt, deren Folgen im wahrsten Sinne auch bis zu den kaiserlichen Augen vordrangen. Die Episode mit dem Dorpater Maurermeister Georg Melck, der ein kritisches Transparent über die Beziehungen zwischen dem Rat und den Bürgern am Weg, den die Kaiserin nahm, aufhängte, wird in Ibneevas Werk gründlich behandelt (S. 24–28) und mit einer hochwertigen Abbildung aus der Sammlung von Johann Christoph Brotze illustriert (Nr. 8).

Noch interessanter als die Reisebeschreibung ist in Ibneevas Abschnitt über die Ostseeprovinzen allerdings der Überblick über die Agrarverhältnisse in der Region (S. 31–67). Dabei wird der zu ihrer Verbesserung gefasste Beschluss des Landtags der Livländischen Ritterschaft von 1765 ausführlich behandelt. Natürlich sieht Ibneeva einen Zusammenhang zwischen dem Aufkommen der Agrarfrage und der kaiserlichen Visite von 1764 – anders ist auch deren Besprechung im Kontext der kaiserlichen Reisen nicht zu erklären. Nun ist die Autorin weit davon entfernt zu behaupten, allein ihre Reise hätte bei der Kaiserin den Wunsch aufkommen lassen, sich mit der Agrarreform in den Ostseeprovinzen auseinanderzusetzen. Allerdings habe der Besuch dazu beigetragen, diese Entscheidung „herauszukristallisieren“ (S. 232). Die

Darstellung selbst hat in erster Linie einen referierenden Charakter. Abgesehen von den „Klassikern“ der baltischen Geschichte des 18. Jahrhunderts, Julius Eckardt oder Janis Zutis, stammt Ibneevas neuere Literatur größtenteils aus den 1960er und 1970er Jahren. Sie verbindet Katharinas Druck auf die Livländische Ritterschaft vor allem mit den staatlichen Fiskalinteressen und sieht den wichtigsten Punkt der Reformen darin, dass die Bauern Eigentumsrechte bekommen sollten. Man muss ihr darin zustimmen, dass Katharina II. in ihren ersten Regierungsjahren intensiv nach Lösungen für den Bauernschutz gesucht hat – nach Ansicht des Autors dieser Zeilen in erster Linie aufgrund ihrer physiokratischen Überzeugungen. In diesem Zusammenhang hatten die Ostseeprovinzen bzw. die Deutschbalten einen recht bedeutenden Einfluss auf die Kaiserin. Die Urteile der Historiker über die Wirksamkeit des 1765 in Livland eingeführten neuen Rechtstatus der Bauern sind ziemlich widersprüchlich. Dem Standpunkt Ibneevas, es habe sich dabei um ein „beispielloses Dokument“ gehandelt, das den Bauern Bürgerrechte angeboten habe, kann man generell zustimmen. Die juristische Bestätigung der Eigentumsrechte – das de facto bestehende Eigentum der Bauern an mobilem Inventar haben die Ritterschaften auch vor 1765 nicht angefochten – war ohne Zweifel ein wichtiger gesetzlicher Schritt, der die juristische Situation der livländischen Bauern auf ein höheres Niveau hob, und das nicht nur im Vergleich zu den Bauern der zentralrussischen Gouvernements, sondern auch im Kontrast zu ihren Nachbarn im Gouvernement Estland.

Einen weiteren wichtigen Exkurs auf baltisches Terrain stellt Ibneevas Untersuchung der Frage dar, wie Katharina II. in den früheren Werken Johann Gottfried Herders präsentiert wurde, besonders in seinen in Riga gehaltenen Festreden (S. 67–77). Die Autorin liefert damit erneut die Bestätigung, dass es sich bei dem jungen Herder um einen unerschütterlichen Apologeten der aufgeklärten Herrscherin gehandelt hat. Herders Patriotismus-Diskurs erklärt Ibneeva als treuen Dienst für das neue Vaterland und dessen Kaiserin.

Für einen Leser, der sich ein wenig in der baltischen Geschichte auskennt, bietet Ibneevas Werk keine größeren Überraschungen. Wenn man allerdings die Tatsache in Betrachtung zieht, wie zurückhaltend sich die russische Geschichtsschreibung der baltischen Problematik angenommen hat, kann man davon ausgehen, dass die vorliegende Arbeit für den russischen Leser zweifellos erhellend sein muss. Unlängst ist im renommierten Böhlau-Verlag ein „Lexikon zum Aufgeklärten Absolutismus in Europa“ erschienen, das auch zwei Beiträge enthält, die in engem Zusammenhang mit Ibneevas Arbeit stehen: „Aufgeklärter Absolutismus (Russland)“ und „Katharina II.“, beide verfasst vom Altmeister Erich Donnert.¹ Keiner der beiden Artikel erwähnt die Ostseeprovinzen auch nur mit einem Wort.

MATI LAUR

¹ Lexikon zum Aufgeklärten Absolutismus in Europa, hrsg. von HELMUT REINALTER, Wien u.a. 2005, S. 84–87, 364–370.

ERICH DONNERT: *Agrarfrage und Aufklärung in Lettland und Estland. Livland, Estland und Kurland im 18. und beginnenden 19. Jahrhundert*. Verlag Peter Lang, Frankfurt am Main u.a. 2008. 238 S. ISBN 9783631570210.

Erich Donnert ist der mit Abstand bedeutendste Forscher auf dem Gebiet der baltischen Geschichte, den die DDR hervorgebracht hat. Er befasst sich schon seit den 1950er Jahren wiederholt mit Themenkomplexen der Aufklärung im Russischen Kaiserreich wie auch mit den ehemaligen Ostseeprovinzen im Allgemeinen, wobei speziell seinem Bestreben, die Schriften und Briefe Johann Georg Eisens in gedruckter Form zu präsentieren, besondere Bedeutung für die nachfolgenden Forschergenerationen zukommt.¹ Es ist hier allerdings nicht der Platz für eine Hommage an Donnert, da eine Rezension die Persönlichkeit und die Lebensleistung des Verfassers vollkommen außer Acht lassen und sich explizit dem anzuzeigenden Werk zuwenden muss. Bevor jedoch auf dessen Inhalt eingegangen werden kann, müssen zunächst einige technische Aspekte kurz Erwähnung finden.

Von den drei Abschnitten des Textes unterscheiden sich der erste und der zweite auf formalem Gebiet qualitativ enorm vom dritten Teil, was beim ersten Lesen die Vermutung nahe legt, dass sie erst nach Fertigstellung des letzten Kapitels und zudem in stark überhasteter Art und Weise verfasst worden sind. Hier fallen vor allem die eklatanten Fehler bei der Wiedergabe von Lebensdaten der im Text auftretenden historischen Persönlichkeiten sowie bei Daten sonstiger historischer Ereignisse ins Auge. So erreicht der Ratgeber Kaiser Alexanders I., Michail M. Speranskij, beispielsweise das stolze Alter von 117 Jahren (1722–1839; S. 47), was noch übertroffen wird von Siegmund Jakob Baumgarten, denn dieser blickt bei seinem Tode sogar auf ein Leben von 151 Jahren zurück (1606–1757; S. 54).² Man könnte denken, hier handelt es sich schlichtweg um vereinzelte Tippfehler, die dem Autoren bzw. seiner Assistentin beim Verfassen des Manuskripts aus Versehen unterlaufen und vom zuständigen Redakteur (?) bei Durchsicht des Textes nicht bemerkt worden sind. Dem ist aber nicht so, denn diese offensichtlichen Fehler ziehen sich durch die gesamten ersten beiden Kapitel: Ernst Glück, bekanntermaßen gestorben 1705 in Moskau, erwarb bei Donnert 1779 und 1780 (!) Hebräischkenntnisse in Hamburg, wo er auch August Hermann Francke, gest. 1727, kennen lernte (S. 54), der Diakon Johannes Loder (1687–1775) wird 1828 in Riga nachgewiesen (S. 56), der Rigaer Ratsherr Johann Christoph Berens, gest. 1792, trifft sich noch drei Jahre nach seinem Tod mit Immanuel Kant in Königsberg (beide Jahreszahlen erscheinen

¹ JOHANN GEORG EISEN: *Ausgewählte Schriften. Deutsche Volksaufklärung und Leibeigenschaft im Russischen Reich*, hrsg. von ROGER BARTLETT und ERICH DONNERT, Marburg 1998.

² Dieser Fehler findet sich nicht nur im laufenden Text, sondern wird auch im Personenregister (S. 231) wiederholt.

auf S. 68 in einem einzigen Satz!)³ und schließlich, gewissermaßen als Krönung dieser Auflistung, widmet sich der Verfasser auf S. 65 noch dem bekannten estnischen Herrnhuteraktivisten Hans Mango. Wörtlich heißt es: „Hier [im livländischen Errestfer; A.E.] war auch der Este Hans Mango (um 1713–1780) als Schulmeister und Küster tätig, der 1605 Johann Arndts ‚Vier Bücher vom wahren Christentum‘ ins Estnische übersetzte“. Selbst wenn das falsche Jahrhundert gewählt wurde, ist es doch mehr als erstaunlich, dass hier die Jahreszahl „05“ auftritt, die sich in keiner Form mit den Lebensdaten Mangos deckt.⁴ Die Häufung dieser Fehler ist unbegreiflich.

Doch damit nicht genug, auch mit historischen Begrifflichkeiten wird auf ähnliche Art und Weise verfahren; hierzu sei ein Beispiel bezüglich Christian David Lenz' gegeben, der im vorliegenden Werk an einer Stelle die Ämter eines „Generalintendenten (sic!) von Livland“ und eines Präses des dortigen „Oberkonsisteriums (sic!)“ (beide S. 58)⁵ bekleidete. Der Oberpahlener Prediger August Wilhelm Hupel wirkte auf S. 33 in Estland, somit also nicht in Livland; und zur Zeit Georg Friedrich Parrots wird von „Dorpat-Jurever (sic!) Universitätsprofessoren“ gesprochen (S. 174). Zur Begrifflichkeit sei noch Folgendes erwähnt: Ungeachtet dessen, dass die Deutschbalten als kleinste Bevölkerungsgruppe der Ostseeprovinzen angeführt werden (S. 54) – was sie ja im Grunde nicht waren⁶ –, zeigt sich auch ansonsten zuweilen eine recht seltsam anmutende Landeskenntnis.

Am Ende dieses gezwungenermaßen recht kritischen Teils der Rezension soll noch kurz auf Donnerts Schreibstil eingegangen werden, da auch hier einige Stilblüten zu finden sind. Es beginnt mit harmlosen Tautologien wie etwa „gedelte deutsche Adelshäuser“⁷ (S. 24) und übertriebenem Pathos: „Indem Merkel die Letten in den Rang einer Nation in modernem Sinne erhob und die Lehre von den Menschenrechten auf sie

³ Der Fehler bei Berens erscheint schon in: *Deutschbaltisches Biographisches Lexikon*. Im Auftrage der Baltischen Historischen Kommission begonnen von OLAF WELDING und unter Mitarbeit von ERIK AMBURGER und GEORG VON KRUSENSTJERN hrsg. von WILHELM LENZ, 2. Aufl. Wedemark 1998, S. 46. An dieser Stelle kann man kaum von einem kritischen Quellenstudium sprechen.

⁴ Richtig ist vielmehr, dass Arndt selbst sein Werk 1605 publizierte. Es ließen sich noch mehr Beispiele dieser Art aufzeigen; so dauerten die Rigaer Kalenderunruhen Donnert zufolge erstaunlicherweise von 1584–1559 (S. 9).

⁵ Ebenfalls auf S. 58 wird noch von einem „Estländischen Konsisterium (sic!)“ gesprochen. An anderer Stelle werden diese Termini allerdings in ihrer korrekten Form als „Generalsuperintendent“ und „Oberkonsistorium“ dargeboten.

⁶ Selbst wenn die zahlreichen Minderheiten in Riga und Kurland (Russen, Juden, Polen, Weißrussen u. a.) als nicht alteingesessen unberücksichtigt bleiben, waren die salischen und kurländischen Liven wie auch die Küstenschweden mit Sicherheit im 18. Jahrhundert nicht so zahlreich in den Ostseeprovinzen vertreten wie die Deutschbalten.

⁷ Ähnliches lässt sich auch über die dargebotene Schilderung von Gadebuschs Vergleich mit den ehemals leibeigenen, fremdethnischen Bauern der zeitgenössischen deutschen Ostgebiete sagen, die Donnert, ohne Gadebusch ausdrücklich zu zitieren, als „Wenden, Slawen und Kaschuben“ bezeichnet (S. 99). Wenden und Kaschuben sind selbstverständlich (West)Slawen.

anwandte, reihte er sich in die große Phalanx der Erwecker der Völker Ostmitteleuropas ein, deren größter – Johann Gottfried Herder – von ihm zeitlebens verehrt wurde“ (S. 162).

Dies sind Fragen der literarischen Ästhetik, für die es das vorliegende Werk nicht übermäßig zu kritisieren gilt, wenngleich man sich doch an manchen Stellen einen sachlicheren Ton wünschen würde, da es sich hier nicht um ein belletristisches Werk handelt. Was allerdings beim Lesen wirklich aufstößt, sind zwei pejorative Formulierungen, die an – zum Glück – längst vergangene Zeiten erinnern. Zum einen ist auf S. 164 von Johann Christoph Petris Werk „Neueste Kunde aus Amerika“ die Rede, wo Donnert, und zwar nicht in Zitatform, von Petri den Ausdruck „Negersklaven“ übernimmt. Nur zur Erinnerung, das Publikationsdatum des vorliegenden Werkes ist 2008, nicht 1908! Noch sonderbarer erscheint folgende Behauptung hinsichtlich Karl Gottlob Sonntags, die hier ohne größeren Kommentar wiedergegeben sei (auch hier handelt es sich um eine Formulierung Donnerts und nicht um ein Zitat): „Die Bauernreformen von 1816 und 1819 mit ihrer asozial (sic!) wirkenden Trennung von Gutsherr und Bauer brachte nicht die Erfüllung von Sonntags Wünschen“ (S. 182).⁸ Sicherlich hat Donnert es nicht so gemeint, wie es auf den ersten Blick betrachtet dem Leser in der Druckversion erscheinen muss. Nichtsdestotrotz ist eine solche Formulierung natürlich vollkommen indiskutabel.

Kommen wir nun zum Inhalt. Diese bei Peter Lang veröffentlichte Abhandlung, von Donnert, wie er selbst sagt, „am Ende seiner Zeit“ (S. 8) verfasst, enthält, wie eingangs bereits erwähnt, drei verschiedene Abschnitte: 1. Agrargesetzgebung und Bauernfrage; 2. Letten und Esten im Wirkungsbereich von Pietismus und Herrnhuter Brüdergemeine; 3. Die Agrar- und Leibeigenschaftsfrage im Urteil der baltischen Aufklärung. Im letzteren liegt der Fokus in einzelnen Unterkapiteln auf dem Wirken von Johann Georg Eisen, Karl Friedrich Schoultz von Ascheraden,⁹ Erich Johann von Meck, Friedrich Konrad Gadebusch, August Wilhelm Hupel, Heinrich Johann von Jannau, Wilhelm Christian Friebe, Garlieb Helwig Merkel, Johann Christoph Petri, Karl Phillip Snell und Karl Gottlob Sonntag. Thematisch wird zunächst ersichtlich, dass der Titel des Werkes augenscheinlich nicht mit seinem Inhalt übereinstimmt, da von Kurland in der gesamten Abhandlung so gut wie gar nicht die Rede ist.¹⁰ Das Werk sollte sich somit auch im Titel nur auf Liv- und

⁸ Hier liegt zudem auch ein grammatikalischer Fehler vor: die Bauernreformen brachten keine Ergebnisse. Donnert, als deutschem Muttersprachler, sollte überdies der konnotative Unterschied zwischen „asozial“ und „unsozial“ geläufig sein.

⁹ Freiherr Schoultz von Ascheradens Vorname schreibt sich „Carl“ und nicht „Karl“.

¹⁰ Es bleibt diesbezüglich bei knappen Erwähnungen, die allerdings mehr den Charakter von Randnotizen haben. Gotthard Friedrich Stender, sicherlich einer der bedeutendsten Aufklärer im Bereich der lettischen Kultur, findet z. B. nur in einem einzigen Satz die Aufmerksamkeit des Verfassers (S. 146f.). Auch hinsichtlich des kurländischen Staatsrechts hätte man sich eine detaillierte Erwähnung zumindest Christoph Georg von Ziegenhorns gewünscht.

Estland beschränken. Des Weiteren wünscht man sich, da gezwungenermaßen häufig mit dem Begriff „Aufklärung“ gearbeitet wird, eine genauere Definition desselben, da die Aufklärung keinesfalls als eine monolithische philosophische Strömung zu betrachten ist, wie Donnert implizit selbst erläutert, wenn er Hupel und Sonntag beispielsweise ausdrücklich als Vertreter der „Theologischen Aufklärung“ bezeichnet (S. 119, 178). Eine kurze begriffliche Erläuterung wäre also durchaus angebracht gewesen.

Außer der Hinzuziehung Kurlands und einer Begriffsklärung lässt das Werk vor allem zwei weitere Dinge vermissen: einerseits die medizinische Aufklärung, die indirekt an die Landfrage gebunden war,¹¹ andererseits die Rolle der baltischen Freimaurerlogen. Eine genauere Untersuchung der Aktivitäten dieser beiden Gruppierungen, die sich in Gestalt ihrer Vertreter untereinander wie auch mit den anderen Gruppen der Aufklärer partiell überschneiden, hätte das gebotene Bild der baltischen Aufklärung und der Agrarfrage vervollständigt. Dieses trifft umso mehr zu, als auch in einem gesonderten Kapitel die Herrnhuter Brüdergemeinen vorgestellt werden, die den angeführten Aufklärungsschriftstellern sicherlich in ihrer deutlichen Mehrheit ferner standen als die Freimaurer und die medizinischen Aufklärer. Es wäre ebenfalls zu wünschen gewesen, eine kurze Darstellung der Rolle der baltischen Verlagshäuser zu liefern, die mit dem Erscheinen der Aufklärungsschriften aufs Engste verbunden waren (v. a. natürlich den Hartknochischen Verlag in Riga).

Diese fehlenden Aspekte lassen sich dadurch erklären, dass das Werk Donnerts eine thematisch nahezu deckungsgleiche Vorlage hat, nämlich die Dissertation von Nikolajs Viksniņš aus dem Jahr 1933 mit dem fast analogen Titel: „Die Aufklärung und die Agrarfrage in Livland“¹², aus der Donnert allerdings nur wenig gekennzeichnete Zitate bringt und deren Vorbildcharakter er konsequent verschweigt. Trotzdem ist die deutliche Musterfunktion dieses Werks unverkennbar. Die Publikation von Viksniņš ist strukturell analog unterteilt; auch in diesem Werk wird zunächst die historische Entwicklung der Rechtslage der Bauern bis ins 18. Jahrhundert geschildert, wobei Viksniņš seine Darstellung schon mit der Eroberung des Landes durch die Deutschen beginnt (Donnerts Werk wird eröffnet durch eine Schilderung der Rechtslage zur polnisch-schwedischen Zeit und erstreckt sich bis zur Zeit der Bauernbefreiung unter Kaiser Alexander I.), woran sich dann ebenfalls ein zweiter Abschnitt in Form einer kurzen Skizze des Pietismus und der Herrnhuter Brüdergemeine in Livland anschließt. Viksniņš erörtert zudem noch einige englische und französische

¹¹ Man denkt hier an Peter Ernst Wilde oder auch an Daniel Georg Balk, wobei letzterer zudem in Kurland wirkte. In vorliegendem Band wird aber nur kurz Hupels partielle Beschäftigung mit medizinisch-aufklärerischen Thematiken erwähnt.

¹² N[IKOLAJS] VIHKSNIŅŠ: Die Aufklärung und die Agrarfrage in Livland, Bd. 1: Die ältere Generation der Vertreter der Aufklärung in Livland. Inaugural-Dissertation zur Erlangung der Doktorwürde genehmigt von der Hohen Philosophischen Fakultät der Friedrich-Wilhelms Universität zu Berlin, Riga 1933.

Projekte zu Agrarreformen, bevor auch er sich den Aufklärungsschriftstellern zuwendet, die erneut partiell deckungsgleich mit denen Donnerts sind. Der Unterschied beider Texte besteht zum einen darin, dass Viksniņš nur alle Aufklärer, deren bedeutendste Werke vor Merkels „Die Letten“ erschienen sind, erörtert,¹³ zum anderen darin, dass er entschieden konsequentere Quellenarbeit geleistet hat als Donnert. Letzterer beschränkt sich meist darauf, die wichtigsten Werke der einzelnen Autoren mit einigen wenigen Zitaten vorzustellen, wobei er leicht in Nebensächlichkeiten verfällt, wie etwa bei Garlieb Merkel: Donnert führt den Lebenslauf des Vaters an, der immerhin eine komplette Druckseite (S. 142f.) in Anspruch nimmt, mit der zu behandelnden Thematik aber höchstens sekundär zu tun hat. Hierdurch entsteht eine Disproportionalität im Vergleich zu den Schilderungen anderer Autoren.

Während Merkel demnach äußerst ausführlich geschildert wird, finden andere Aktivisten bei Donnert kaum Erwähnung, so beispielsweise Karl Phillip Snell, der nur auf drei Seiten behandelt wird (bei Merkel sind es 22!). Gerade die in Viksniņš's Werk nicht vorkommenden späteren Autoren, also dementsprechend auch Snell, wären aber von größerem wissenschaftlichen Interesse gewesen. Wenn Donnert Quellenarbeit betreibt, weist diese zum Teil verblüffende Ähnlichkeit mit größeren Passagen aus Viksniņš's Werk auf. Vor allem bei Heinrich Johann von Jannau ist dies der Fall, den Donnert von den älteren Autoren am quellenintensivsten darbietet. Der Leser mag sich ob der Ähnlichkeit selbst ein Urteil bilden. Zu Jannaus Hauptwerk „Geschichte der Slavery und Charakter der Bauern in Lief- und Ehstland. Ein Beitrag zur Verbesserung der Leibeigenschaft“ heißt es bei Viksniņš (links) und bei Donnert (rechts), wobei letzterer hier keineswegs Viksniņš zitiert:

„Hier [d.h. in Jannaus Werk; A.E.] wird besonders betont, dass die Liven nicht sogleich zu Sklaven gemacht wurden, dass die Beziehungen zwischen ihnen und den Deutschen diejenigen von Vasallen und Lehnsherren gewesen sind, und dass bis 1223 die Liven und die Letten einen selbständigen „Landesstand“ gebildet haben. (...)

„Dabei betonte er [Jannau; A.E.], dass die Liven nicht sogleich zu Sklaven gemacht wurden und Liven und Letten einen selbständigen *Landesstaat* [sic!] bildeten. Erst 1223, nach der Einnahme Dorpats durch die Ordensritter, wurden die Bauern wieder in Untertänigkeit gezwungen und hörten auf, ein *Landstand* [sic!] zu sein. Jedoch

¹³ Auch die Reihenfolge ist bei Viksniņš etwas anders; er beginnt mit Eisen, Schoultz von Ascheraden, von Meck – diesem Unterkapitel ist außerdem noch Johann Christian Wöllner beigelegt, auf den Donnert nicht näher eingeht –, es folgen dann von Jannau und Friebe und zum Abschluss ein gemeinsames Unterkapitel für Hupel und Gadebusch.

Jedoch war der Bauer noch nicht das Eigentum seines Herrn, über welches letzterer verfügen konnte, wie es ihm gefiel. Die Bauern verloren ihre Freiheit während der Ordenszeit, die der Verfasser von 1229–1581 rechnet. Indem er seiner Schrift in dieser Frage hauptsächlich Arnchts Chronik zu Grunde legt, sieht Jannau den Verlust der Freiheit der Bauern als eine Folge der Bauernunruhen und besonders des Bauernkrieges von 1343 an. Die Rechtslage der Bauern verschlechtert sich immer mehr (...). 1537 verlieren die Bauern das Recht frei zu handeln und 1545 – Waffen ohne die Erlaubnis ihres Herrn zu tragen“.¹⁴

Eine solche Analogie kann kein Zufall sein, es fehlt hier entschieden an einer Quellenangabe Donnerts.

Positiv zu erwähnen ist, dass bei der Behandlung der einzelnen Autoren stets auf den aktuellen Forschungsstand hingewiesen wird, sowie der häufig erfolgende Vermerk auf das loyale Verhältnis der Aufklärungsschriftsteller zum russischen Kaiserhof, da hier sehr gut der partikularistische Charakter der Ostseeprovinzen innerhalb des Russischen Reiches und die konträren Auffassungen der Autoren hinsichtlich der Mehrheit der deutschbaltischen Adelschicht und des allrussischen Hochadels verdeutlicht werden. Auch dass es Donnert gelingt, die textimmanenten Bezüge der einzelnen Autoren untereinander zu beleuchten und kurze biographische Details der Protagonisten einzuflechten, ist positiv zu vermerken, wengleich auch Viksniņš sich dieser Methodik bedient. Im Allgemeinen kommt es Donnert zu Gute, dass er die Arbeit von Viksniņš weiterführt, indem er Merkel, Petri, Snell und Sonntag in seine Analyse miteinbezieht. Zudem verfolgt er selbst die Rechtsentwicklung bis zur Bauernbefreiung. Trotzdem lehnt sich das Werk viel zu stark an die in diesem Zusammenhang unerwähnt bleibende Vorlage an und wirkt auch durch

¹⁴ WIHKSNIŅSCH, Die Aufklärung und die Agrarfrage (wie Anm. 12), S. 282. Die Aussparung bietet ein kurzes Zitat Jannaus zur Eroberung Dorpats durch die Ordensritter.

¹⁵ Bei Donnert auf S. 127. Es haben sich hier auch noch erneute unnötige Terminologiefehler bei „Landesstaat“ bzw. „Landstand“ und dem Landtag zu Wemel eingeschlichen. Man fragt sich zudem, warum die Bauern „wieder“ in Untertänigkeit gezwungen wurden, wenn sie vorher als freier Landesstand existierten?

die enorme Quantität an terminologischen und orthographischen Fehlern nicht vollkommen überzeugend.

Vielleicht hätte Donnert sich explizit auf die Zeit der Spätaufklärer konzentrieren und diese detailliert und fundiert auf ihr Wirken hinsichtlich der Agrarfrage untersuchen sollen. Auf diese Art hätte die vorliegende Publikation von höherem wissenschaftlichen Wert sein können, zumal wenn die medizinische Aufklärung und die Freimaurerlogen, Kurland und eine Begriffsdefinition der Aufklärung in die Analyse mit einbezogen worden wären. Wünschen wir daher Erich Donnert, dass er „am Ende seiner Zeit“ noch einmal die Möglichkeit findet, mit einer anspruchsvolleren Publikation von der Bühne der internationalen Wissenschaft abzutreten; ganz so, wie er es auf Grund seiner Lebensleistung verdient hätte.

ALEXANDER EWIG

VYTAUTAS PETRONIS: *Constructing Lithuania. Ethnic Mapping in Tsarist Russia, ca. 1800–1914* (Acta Universitatis Stockholmiensis. Stockholm Studies in History, 91; Södertörn Doctoral Dissertations, 21). Verlag University of Stockholm. Stockholm 2007. 310 S., zahlr. Abb. und Ktn. ISBN 9789185445790 (Stockholm University) und 9789189315785 (Södertörns högskola).

Schon die wegweisende Arbeit von Vejas Gabriel Liulevičius über die deutsche Besatzungsverwaltung Ober-Ost im Ersten Weltkrieg hat gezeigt, wie sehr die ethnische Gemengelage in den Nordwestprovinzen des russischen Zarenreichs (nicht nur) deutschen gängigen Vorstellungen von lebensräumlicher „Ordnung“ widersprach.¹ Vytautas Petronis gelingt es in seiner Södertörner Dissertation zu demonstrieren, wie bereits zuvor jeglicher Versuch, diese „Ordnung“ wenigstens kartographisch (also visuell) zu erreichen, scheitern musste und letzten Endes kaum einmal dem Schicksal entging, als Legitimation für diverse ethno-territoriale politische Forderungen zu dienen. Damit betritt der Autor Neuland, indem er im Bereich der historischen Baltikumforschung Karten nicht nur als Illustration verwendet, sondern ihren Herstellungsprozess untersucht und ihre Rolle bei der qualitativen Definition imperialer bzw. ethnischer Territorien darlegt – der so genannte „spacial turn“ hat nun auch unser Untersuchungsgebiet

¹ VEJAS GABRIEL LIULEVICIUS: *War Land on the Eastern Front. Culture, National Identity, and German Occupation in World War I*, Cambridge 2000 (Studies in the Social and Cultural History of Modern Warfare, 9).

erreicht. Sehr zu begrüßen ist, abgesehen vom innovativen Ansatz dieser Studie, auch ihre Publikation in Englisch, womit sie international rezipierbar ist und sich bewusst in die Welle der internationalen Imperiumsforschung der letzten Jahre einreihet, die gerade die Nordwestprovinzen zu ihrem Lieblingsuntersuchungsobjekt erkoren hat.²

Petronis' Arbeit gliedert sich in vier Hauptkapitel, die sich einer informativen Einleitung anschließen, in der die für Historiker ja nicht immer sogleich abrufbaren, hier aber als theoretische Grundlage dienenden Entwicklungen vor allem in der Historischen Geographie und in der Kartenanalyse nachgezeichnet werden. Es folgen sodann Ausführungen zur administrativen Gliederung des Russischen Reichs im frühen 19. Jahrhundert, indem vor allem verschiedene Projekte zur Neuaufteilung der Verwaltungsregionen – darunter auch die bekanntlich bereits durchaus „national“, also ethnisch orientierten Vorstellungen der Dekabristen – sowie in aller Kürze die Bemühungen um eine exakte Landvermessung nachgezeichnet werden. Gerade letzteres diente der horizontalen Integration des Imperiums, wofür aber Kenntnisse der tatsächlichen ethnographischen Verhältnisse benötigt wurden. Diesem Komplex der wissenschaftlichen Expeditionen in die unbekanntere Vielvölkerwelt Russlands widmet sich ein zweites Kapitel, das den Fokus vor allem auf die Gründung der Kaiserlichen Geographischen Gesellschaft und ihren wissenschaftlichen Initiativen mit Bezug zur Nordwestregion legt. Einer ausführlichen Darstellung der ersten russischen Karten dieser Region im dritten Kapitel folgt dann in einem weiteren die Analyse der später einsetzenden Versuche von Vertretern der litauischen nationalen Bewegung, einen eigenen litauischen Raum mithilfe der Karten zu konstruieren. Wie der Autor betont, benutzten sie dafür gerade auch die älteren russischen Karten, doch blieb ihnen mangels eigener ethnographischer Institutionen, die in der Lage gewesen wären, umfangreiche Expeditionen auszurüsten und den Druck von Karten zu finanzieren, auch kaum etwas anderes übrig.

Hervorzuheben sind die zahlreichen abgedruckten, meist farbigen Ausschnitte aus den besprochenen Karten, welche ihre Interpretation für die Leser auch visuell nachvollziehbar machen. Ein Anhang mit großformatigen Faksimiles der wichtigsten hier besprochenen Exemplare wäre aber wohl ein Geschenk gewesen, das heutzutage nicht mehr finanzierbar ist.

Allerdings ist diese wissenschaftliche Exkursion in litauische, imperialnationale Kartenwelten wohl zwangsläufig etwas einseitig angelegt. Eine Gemeinschaft erzeichnen heißt auch Grenzen ziehen, doch kommt dieser Prozess in der Darstellung zu kurz – sowohl was den russischen als auch den litauischen Nationalismus betrifft. Dieser Prozess war nicht auf

² Hierzu gehört auch die Arbeit von DARIUS STALIŪNAS: *Making Russians. Meaning and Practice of Russification in Lithuania and Belarus after 1863*, Amsterdam und New York 2007 (*On the Boundary of Two Worlds: Identity, Freedom, and Moral Imagination in the Baltics*, 11).

die graphischen Darstellungen ethnischer Territorien beschränkt, sondern stand in engem Zusammenhang mit der imperialen Ethnographie. Ihre Expeditionen und Ergebnisse lieferten die Daten, mit deren Hilfe die Karten hergestellt wurden, was Petronius mit gutem Recht ja auch – zumindest von der organisatorischen Seite – darstellt.

So logisch und arbeitsökonomisch der geschilderte Aufbau der Arbeit und ihre Konzentration auf Karten auch erscheinen, kann man somit doch bemängeln, dass Petronis nichts zur Analyse des russischen Litauerbilds beiträgt, in dessen Kontext es vor allem interessant gewesen wäre, die Letten einzubeziehen. Auf zahlreichen Karten, die hier besprochen werden, findet sich die farbliche Gleichsetzung der lettisch und litauisch besiedelten Gebiete; die Verwandtschaft dieser beiden „Stämme“ fand ihren Niederschlag in der imperialen Ethnographie, die gerne auch eine enge Verbindung mit den Slaven postulierte.³

Während Petronis in diesem Punkt eigentlich sogar etwas über den bestehenden Forschungsstand hinauschießt, muss man seinen Wortgebrauch zumindest in einem Fall doch als Rückschritt bezeichnen. Die Fixierung der litauischen Nationalbewegung durch die Abkürzung „LNM“ (Lithuanian National Movement) und die Verwendung der Formulierung „members of the LNM“ (S. 227) erzeugt unwillkürlich die Vorstellung einer Art eingetragenen Vereins mit Mitgliedsversammlungen und -beiträgen. Dass der Autor kurz darauf seine Darstellung genau in dem Moment abbricht, als Kartographen sich anschicken, Politik zu machen, überrascht dann doch. Man hätte einfach zu gern mehr gewusst über den Gerichtsprozess, den der litauische Ingenieur Antanas Maciejauskas 1903 gegen Fürst N. V. Šachovskoj gewann, der damals dem Höchsten Publikationskomitee vorstand. Maciejauskas hatte in St. Petersburg eine Karte produzieren lassen, die in lateinischen Buchstaben das „Litauisch-Lettische Land“ darstellte – mit den wichtigsten Straßen und Eisenbahnlinien (S. 236). Da diese Karte nun in der illegalen litauischen Presse annonciert und in Litauen selbst verkauft wurde, womit das damals noch gültige Verbot lateinischer Buchstaben griff, ließ Šachovskoj auf Bitten des Wilnaer Gouverneurs die Bestände konfiszieren. Dass Maciejauskas von dem späteren Mitbegründer der Konstitutionell-Demokratischen Partei Avgust Kaminka verteidigt wurde, wirft ein bezeichnendes Schlaglicht auf die oppositionelle Zusammenarbeit zwischen Russen und Litauern in diesen Jahren. Leider belässt es Petronis bei einer allzu knappen Zusammenfassung.

Natürlich ist dies nicht weiter problematisch, da nur der des Litauischen unkundige Rezensent die angegebene weiterführende Literatur nicht verarbeiten kann, zufälligerweise aber genau an solcherart russisch-baltischen

³ Vgl. z. B. Народы России. Этнографические очерки, том I [Die Völker Russlands. Ethnographische Skizzen, Bd. 1], Санктпетербург 1878, S. 179. Die Verwandtschaft mit den Slawen betonte z. B. НИКОЛАЙ АЛЕКСАНДРОВ: Прибалтийский или остзейский край. Эсты, Ливы и Латыши [Die baltische oder die Ostsee-Region. Esten, Liven und Letten], Москва 1900, S. 3.

Kooperationen interessiert ist, die weder in den baltischen noch in den russischen historischen Narrativen der Gegenwart einen rechten Platz finden wollen. Für die „imperiale Perspektive“ des (russischen) Zentrums auf seine ethnisch fremde Peripherie, welche ja nicht zuletzt in den Karten konzipiert wurde, aber auch für die politische Zielvorstellung einer Integration der Grenzgebiete ist Petronis' Feststellung maßgeblich, dass all diese imperialen wissenschaftlichen Expeditionen ein durchaus zweischneidiges Schwert in Bezug auf die Litauer darstellten. Zum einen mag es manch einem russischen Beamten, der – wenn man so will: aus dienstlichen Gründen – an einer weitestgehend einheitlichen Bevölkerung interessiert war, durchaus gefallen haben, dass im Ergebnis die Litauer selbst begannen, sich für ihre Kultur und Geschichte zu interessieren, da sie sich so dem Einfluss der Polen zu entziehen schienen. Auf der anderen Seite jedoch war die hierdurch angestoßene nationale Bewegung nicht wirklich daran interessiert, den polnischen mit dem russischen Einfluss zu ersetzen, wie es unserem Beamten letztlich vielleicht vorgeschwebt haben mag (S. 164).

Dass es sich hierbei um eine wichtige Parallele zu den Entwicklungen in den „deutschen“ Ostseeprovinzen Russlands handelt, liegt auf der Hand. Leider muss man aber feststellen, dass die Erforschung der imperialen Geschichte der Esten und Letten mittlerweile den Anschluss verloren hat an die Entwicklungen in der Untersuchung der diversen kulturellen Prozesse in den Nordwestgebieten, mit denen sich gerade auch eine Riege jüngerer russischer Historiker intensiv beschäftigt (Michail Dolbilov, Aleksej Miller). Hier bleibt zu hoffen, dass die Zukunft weitere Forschungen bringt, die nicht zuletzt Petronis' vor allem im Vergleich fruchtbaren Ansatz der kartographischen Diskursanalyse auch für die Ostseeprovinzen umsetzen.

KARSTEN BRÜGGEMANN

ERICH DONNERT: *Die Universität Dorpat-Juřev 1802–1918. Ein Beitrag zur Geschichte des Hochschulwesens in den Ostseeprovinzen des Russischen Reiches*. Verlag Peter Lang, Frankfurt am Main 2007. 256 S., Abb. ISBN 3631564775 und 9783631564776.

Das Buch von Erich Donnert behandelt eine der wichtigsten Epochen in der Geschichte der im Jahre 1632 gegründeten Universität Dorpat – die Periode der kaiserlichen Universität von der Neugründung der deutschsprachigen Universität im Jahre 1802 bis zum Ende der russischen Universität im Frühlingsemester 1918. Der Autor begründet die Notwendigkeit seiner Untersuchung damit, dass „die Geschichte der Universität Dorpat-Juřev in der deutschen Historiographie bislang keine wissenschaftlich ausreichende Darstellung erfahren“ hat (S. 10).¹

Donnerts Buch stützt sich auf die bisher veröffentlichten, zum größten Teil deutschsprachigen Studien über die Geschichte der Universität sowie auf eine Reihe russischsprachiger Artikel. Vergleicht man das anzuzeigende Buch mit dem gründlichsten bisher verfassten, dreibändigen estnischsprachigen Sammelwerk „Tartu ülikooli ajalugu“ (Geschichte der Universität Dorpat), das im Wesentlichen chronologisch aufgebaut ist,² so besticht die ansonsten recht zusammenfassende Abhandlung Donnerts dadurch, dass sie nach den Wissenschaftsgebieten und -schulen, welche die baltischen Gelehrten vereint haben, gegliedert ist (S. 81–198). Indem er so das Hauptgewicht seiner Untersuchung auf diese wissenschaftlichen Netzwerke legt, betrachtet Donnert zugleich die Herausbildung der geistigen Mentalität der lokalen Intelligenz, zu der sowohl die Intellektuellen, die in früheren Zeiten aus Deutschland eingewandert waren, als auch die reichsdeutschen Universitätsprofessoren beigetragen haben. Besondere Aufmerksamkeit richtet der Autor auf die wissenschaftlichen Beziehungen verschiedener Generationen sowie auf die wissenschaftliche Öffentlichkeit. Somit beschäftigt sich die anzuzeigende Studie detailliert mit den wissenschaftlichen Schulen des gemeinsamen deutschsprachigen

¹ Von den deutschsprachigen Überblickswerken zur Geschichte der Universität Dorpat (bzw. Tartu) seien erwähnt: Die Universitäten Dorpat/Tartu, Riga und Wilna/Vilnius 1579–1979. Beiträge ihrer Geschichte und ihrer Wirkung im Grenzreich zwischen West und Ost, hrsg. von GERT VON PISTOHLKORS, TOIVO U. RAUN, PAUL KAEGBEIN, Köln und Wien 1987 (Quellen und Studien zur baltischen Geschichte, 9); Academia Gustaviana 370 – Kaiserliche Universität Dorpat 200. Das Jubiläum der Universität Tartu 2002. Festschrift, hrsg. von REET MÄGI und WOLFGANG DRECHSLER, Tartu 2004. Als bislang neueste allgemeine Darstellung für einen breiteren Leserkreis sei hingewiesen auf Universitas Tartuensis 1632–2007, hrsg. von TOOMAS HIIO und HELMUT PIIRIMÄE, Tartu 2007.

² Tartu ülikooli ajalugu [Geschichte der Universität Tartu], Bd. 1: 1632–1710, hrsg. von HELMUT PIIRIMÄE, Tallinn 1982; Bd. 2: 1798–1918, hrsg. von KARL SIILIVASK, Tallinn 1982; Bd. 3: 1918–1982, hrsg. von KARL SIILIVASK und HILLAR PALAMETS, Tallinn 1982.

Wissenschaftsraums und die Rolle, die den Gelehrten und Zöglingen der Universität Dorpat dabei zukam.

Die im Aufklärungszeitalter erfolgte Wiedereröffnung der Universität bildete einen Höhepunkt jener Epoche. Die Anordnung, die Universität in Dorpat, „als an dem in jeder Hinsicht geeignetsten Ort“ zu gründen, erließ Zar Paul I. allerdings am 4. Mai 1799, nicht am 31. März 1799 (S. 27). Der Plan der Gründung einer protestantischen Universität sah vor, die Universität für das ganze russische Imperium, in erster Linie aber für die Zwecke der Livländischen, Estländischen und Kurländischen Ritterschaft zu gründen (§ 1), wobei ihr das Recht eingeräumt wurde, den Namen einer kaiserlichen Universität zu führen (§ 3). Somit geht das Attribut *kaiserlich* bereits auf die Absicht Zar Pauls zurück, die Universität zu gründen, und nicht erst auf die Anordnung Alexanders I. von 1802, wie Donnert im Rückgriff auf frühere Untersuchungen behauptet (S. 31).³ Mit der Gründungsakte, die Alexander I. am 12. Dezember 1802 unterzeichnete, wurde zwar die Reichsuniversität gegründet, doch wurde mit diesem Schritt die Autonomie der Universität Dorpat, die ihr bereits früher eingeräumt worden war, nicht eingeschränkt.

Die Universitätsstadt Dorpat, die zur geistigen Hauptstadt der Provinz aufgestiegen war, wurde ein Zentrum der in den 1840er Jahren einsetzenden gesellschaftlichen Gärung. Es hat den Eindruck, als ob Donnert sich speziell darum bemüht, einen Widerhall auf die Revolutionen von 1848 in Dorpat zu finden, weshalb er der ‚Bruiningk-Gruppe‘ (S. 44) besondere Aufmerksamkeit zuteil werden lässt. Im Mittelpunkt dieser Gruppe stand der Salon von Marie (Méry) Bruiningk (geb. Fürstin Lieven), der Schwiegertochter des liberalen Landrates Carl von Bruiningk. Diesem Freundeskreis, der sich zum Liberalismus westeuropäischen Typs bekannte, gehörten in der Tat viele Menschen aus der Universität an.⁴ In Anlehnung an Heinrichs Strods, der allerdings die Berichte der russischen Geheimpolizei *Ochrana* wohl zu einseitig auslegt und die Gesinnungsgenossen, die sich um Bruiningk gesammelt hatten, etwas übertrieben als radikale Liberale bezeichnet,⁵ versucht auch Donnert zu beweisen, dass es in Dorpat unter Umständen bereits 1848 eine revolutionäre Gruppe gegeben hat (S. 45).

Die politische Aufsicht wurde während der Revolutionen von 1848/49 und danach verschärft. Was die weitere Entwicklung der Universität Dorpat betrifft, so lässt Donnert in seinem Buch die wichtige kaiserliche

³ MARJU LUTS: Vaimude veerandund rüütelkondade kuratooriumiga [Eine Viertelstunde im Geisterreich mit dem Kuratorium der Ritterschaften], in: Ajalooline Ajakiri 2002, Nr. 1/2, S. 11-32 (Summary: A ghostly Quarter-hour with the Knighthoods' Board of Trustees, S. 309f.).

⁴ Vgl. JAAN UNDUK: Peamiselt Victor Hehnist, aga veidi ka Faehlmannist. III baltisaksa kirjakultuuri sümposiooni ainetel [Hauptsächlich über Victor Hehn, aber auch ein wenig über Faehlmann. Aus dem Themenkreis des III. Symposiums der baltischen Schriftkultur], in: Keel ja Kirjandus 2006, Nr. 6, S. 463-476, hier S. 475f.

⁵ HEINRIHS STRODS: Der Widerhall der Revolution von 1848 im Baltikum, in: Acta Baltica 29/30 (1991/1992), S. 105-116, hier S. 109.

Anordnung vom 13. März 1850 unerwähnt, mit welcher der in den anderen Universitäten Russlands bereits gültige Ukas vom 11. Oktober 1849 auf Dorpat ausgedehnt wurde: In Zukunft sollte der Rektor vom Minister für Volksbildung ernannt werden. Mit einer besonderen Instruktion des Ministers wurde zudem die Aufsicht über den Inhalt der Vorlesungen verstärkt.

Die Herausbildung des russischen Nationalismus in der Gesellschaft und die Zentralisierungspläne der Zentralgewalt führten in den 1860er Jahren zu einem Zusammenstoß zwischen der russischen und deutschbaltischen Presse, welche zwei verschiedene Öffentlichkeiten repräsentierten. Auch bei der Behandlung dieses Themas unterlässt es Donnert, Partei zu ergreifen. Dabei bestätigt er aber die Ansicht des Kurators des Dorpater Lehrbezirks Alexander Graf von Keyserling – auf dessen Briefe er sich stützt –, dass die Universität Dorpat in einer komplizierten Periode der Reformen und Neuerungen das Ziel verfolgt habe, „eine internationale Universität zu werden“ (S. 48, siehe dazu S. 223, Anm. 4).

In den 1880er Jahren wurde in den baltischen Gouvernements eine stärkere Politik der so genannten Russifizierung eingeleitet. Der Autor bemerkt in diesem Zusammenhang, dass die sprachliche Russifizierung an der Universität Dorpat bereits 1867 in Angriff genommen worden sei (S. 58). Tatsächlich wurde damals nur der Vorschlag unterbreitet, Russisch als Amtssprache einzuführen, den man aber noch ignorieren konnte. Erst 1884 wurde eine universitätsinterne Kommission gegründet, der es oblag, die Russischkenntnisse aller Studenten zu prüfen, wie auch Donnert weiß (S. 60). In vollem Umfang breitete sich der Schatten Russlands nach der in den Jahren 1882–1883 durchgeführten Revision unter der Leitung von Nikolaj Manasein über der Universität aus, da auch sie von den Beschlüssen und Vorschlägen des Senators betroffen war. Donnert, der die Manaseinsche Revision nur beiläufig erwähnt, betont dafür aber umso mehr die überaus kritische Ansicht Ivan Aksakovs, des Moskauer slawophilen Publizisten, über die privilegierte Position der Universität (S. 59, siehe dazu S. 225, Anm. 5).

Der Autor geht recht ausführlich auf die Tätigkeit des Livländischen Gouverneurs Michail (bei Donnert: Ivan) Zinov'ev (1838–1895, Gouverneur 1885–1895, nicht 1891–1897) ein (S. 61–64). Zinov'ev, der in der wissenschaftlichen Darstellung der Geschichte der Universität Dorpat bislang nur wenig behandelt worden ist, wird die inhaltliche Tätigkeit der Universität zweifelsohne mehr beeinflusst haben als etwa der Slawistikprofessor Anton Budilovič, der in der Russifizierungszeit als Rektor fungierte, oder der Kurator des Rigauer Lehrbezirks Nikolaj Lavrovskij.

Das Wesentliche an der Universität sind ihre Professoren und Studenten. Leider wird auf den Seiten des anzuzeigenden Buches den Studenten nur wenig Platz eingeräumt. Man findet lediglich einen knappen Hinweis auf die Gründung der Korporationen (S. 37) sowie einige Zahlenangaben zur Zusammensetzung der Studentenschaft (z. B. S. 71f., 199, 206). Die

drei Illustrationen – der Kommers in Mollatz (S. 79), ein Foto von Korpsstudenten beim Duell sowie eine Karikatur eines im Karzer träumenden Studenten (S. 80) – zeugen zwar davon, dass die Studentenschaft kein Interesse am politischen Geschehen hatte, doch sagen sie wenig über die akademische Solidarität aus, die unter ihnen etwa in Zusammenhang mit der Carl-Ulmann-Affäre im November 1842 herrschte (S. 40, 42), oder aber über die freisinnige Atmosphäre, die etwa von den polnischen Studenten besonders geschätzt wurde.

Zu verschiedenen Zeiten haben Historiker der Geschichte der Universität Dorpat die Frage zu beantworten versucht, ob es sich bei ihr um eine deutsche, deutschbaltische oder deutschsprachige Landesuniversität des Russischen Reiches oder aber um eine russische Reichsuniversität gehandelt hat. Donnert zufolge ist „die baltische Hohe Schule als eine im Russischen Reich geachtete und im Gefüge der europäischen Universitäten anerkannte akademische Wissenschafts- und Bildungseinrichtung in Erscheinung getreten“ (S. 209). Er fügt hinzu, dass sie für die Deutschbalten bis 1893 „die hauptsächliche deutschsprachige Bildungsstätte der Russischen Ostseeprovinzen“ gewesen sei (S. 209). Als Reichsuniversität habe sie sich aber immerhin mit den relevanten wissenschaftlichen und akademischen Problemen im ganzen russischen Imperium auseinandergesetzt.

Last but not least: Die Illustration auf S. 77 zeigt keineswegs „die ersten Universitätsgebäude“, sondern den Großen Markt mit dem Rathaus in der Mitte des 19. Jahrhunderts.

SIRJE TAMUL

НАТАЛЬЯ С. АНДРЕЕВА: *Прибалтийские немцы и российская правительственная политика в начале XX века* [Die Deutschbalten und die russländische Regierungspolitik zu Beginn des 20. Jahrhunderts]. Verlag Мирь. Sankt Petersburg 2008. 312 S. ISBN 785988460343.

Im vergangenen Jahr erschien beim Historischen Institut der Russischen Akademie der Wissenschaften in St. Petersburg eine Monographie von Natal'ja Sergeevna Andreeva in einer Auflage von 1000 Exemplaren, die man mit Fug und Recht als Meilenstein der russischen Baltikum-Historiographie bezeichnen kann. Auf insgesamt 310 Seiten wird die Politik der russischen Regierung in Bezug auf die Ostseegouvernements geschildert, wobei die Autorin sich insbesondere darauf konzentriert, die Ursachen, Hintergründe und Ziele der geplanten Reformen darzustellen. In diesem

Zusammenhang werden auch die gesellschaftspolitische Situation zu dieser Zeit und die rechtliche Position der Ostseegouvernements im Russischen Reich analysiert. In erster Linie beschäftigt sich Andreeva mit den Auswirkungen der Regierungspolitik in den Ostseegouvernements und mit dem Einfluss, den die Revolution von 1905–1907 bzw. der Erste Weltkrieg auf diese Politik hatten.

Ihre Monographie hat Andreeva in sechs Kapitel unterteilt. Im ersten – „Die baltischen Gouvernements im administrativen System des Russischen Reichs“ – beschreibt sie die Besonderheiten der ständischen Verwaltung des deutschbaltischen Adels, die Entstehung der „baltischen Frage“ in der russischen Öffentlichkeit und den Übergang zur Unifizierungspolitik am Ende des 19. Jahrhunderts. Im zweiten Kapitel werden die sozialen und politischen Prozesse behandelt, welche die Lage der Deutschbalten um die Jahrhundertwende charakterisierten. Hierin wird auch ein Überblick über die deutschbaltische politische Emigration ins Deutsche Reich sowie über die revolutionären Ereignisse und die Einstellung der Petersburger Regierung zur Lage in den Ostseegouvernements gegeben.

Das dritte Kapitel untersucht die durch die Revolution hervorgerufenen diversen Reformprojekte – Einführung des *Zemstvo*-Systems, Gemeindereform –, welche im speziell dafür eingesetzten Beratungsgremium beim provisorischen baltischen Generalgouverneur diskutiert wurden. Dabei kommen das Zusammenwirken dieses Gremiums mit dem Adel ebenso wie dessen Gegensatz zu den anderen Ständen der lokalen Gesellschaft bis 1907 zur Sprache. Das vierte Kapitel behandelt die Zeit von 1907 bis 1914. Das Innenministerium übernahm die im genannten Rigaer Beratungsgremium ausgearbeiteten Projekte, wobei es sich auf die Reform der Agrarbeziehungen und der lutherischen Gemeinden konzentrierte. Andreeva untersucht hier auch die ritterschaftlichen Initiativen zur Festigung des adligen Landbesitzes. Der Schulpolitik der Regierung von 1905 bis 1914 ist das fünfte Kapitel gewidmet, das auch eine kurze Vorgeschichte bietet. Im abschließenden Kapitel geht es um die Zeit von 1914 bis 1917. Andreeva versucht hier zu schildern, wie die Regierung die Situation in den Ostseeprovinzen während des Kriegs sah und wie weiterhin versucht wurde, die Gemeinde-, Agrar- und *Zemstvo*-Reformen umzusetzen.

Andreevas Quellenbasis bilden in erster Linie zahlreiche Materialien aus russischen Archiven, darunter das Staatsarchiv der Russischen Föderation (ГАРФ), das Russische Historische Staatsarchiv (РГИА) sowie das Außenpolitische Archiv des Russischen Reichs (АВПРИ). Hinzugezogen wurden ebenso eine Reihe von Quellen aus dem Politischen Archiv des Auswärtigen Amtes sowie einzelne Archivalien aus der Dokumentensammlung des Herder-Instituts in Marburg (Personalnachlässe), der Archives du Ministère des Affaires étrangères in Paris (АМАЕ) und des Service historique de l'armée de Terre Château de Vincennes. Trotz dieser hervorragenden Grundlage muss man aber anmerken, dass die umfangreichen Nachlässe

der Ritterschaften und der Gouvernementverwaltungen im Historischen Archiv in Tartu und im Rigaer Lettischen Historischen Staatsarchiv leider nicht eingesehen wurden.

Ungeachtet dessen sind die Nachlässe der russischen Archive in großem Umfang in der Studie präsent. Hervorzuheben sind die Materialien des Polizeidepartements (ГАРФ), des Ministerrats, des Innen- und Justizministeriums (РГИА) und anderer staatlicher Institutionen sowie zahlreiche Personalnachlässe – der Familien von der Pahlen und von Meyendorff, des Ministers für Volksaufklärung Ivan Tolstoj und des Innenministers Vjačeslav Pleve sowie einer Reihe von russischen Beamten. Ein Teil von ihnen wird erstmals in der historischen Forschung verwertet.

Wie gesagt, die Hauptidee dieser Monographie ist die Darstellung der Anläufe zu entscheidenden Reformen in den Ostseeprovinzen. Daher ist es nicht unerheblich, darauf hinzuweisen, dass Andreeva zahlreiche Materialien hierzu – amtlicher Briefwechsel, diverse Projekte – in den Akten unterschiedlicher Ämter des Innenministeriums gefunden hat. Zu den erstmals herangezogenen Beständen gehört der Nachlass der Kanzlei der adeligen Angelegenheiten des Innenministeriums (РГИА, Fond 1283) sowie der des Departements der geistigen Angelegenheiten fremder Glaubensbekenntnisse (РГИА, Fond 821). Die Quellen des Ministerrats und der Staatsduma geben zudem einen Überblick über die Motive, Hintergründe und Ziele der allgemeinen politischen Tendenz sowie über die Einstellung unterschiedlicher politischer Kräfte zur „baltischen Frage“. Über die Einstellung der Deutschbalten zu tagespolitischen Fragen berichten die Quellen des Archivs des Auswärtigen Amtes sowie der herangezogenen französischen Archive, obwohl die Autorin zugibt, dass z. B. diplomatische Berichte nicht immer ganz objektiv sein müssen.

Das beeindruckende Ausmaß der verwendeten unterschiedlichsten Quellen – selbstverständlich verfügt diese Arbeit auch über eine solide Basis an veröffentlichten Dokumentensammlungen, Memoiren und Sekundärliteratur – macht es unmöglich, an dieser Stelle näher darauf einzugehen. Man kann daher nur hoffen, dass auch Historiker aus dem nichtrussischen Sprachraum sich Mühe geben, Andreevas Monographie gründlich durcharbeiten und die dort zitierten Quellen in die internationale Geschichtsschreibung einfließen zu lassen.

Andreeva betont, dass weder in der russischen noch in der internationalen Geschichtsschreibung die russische Regierungspolitik gegenüber den Deutschbalten zu Beginn des 20. Jahrhunderts als ein spezielles Thema wissenschaftlich untersucht worden sei. In diesem Zusammenhang kritisiert sie in der Einleitung zu ihrem historiographischen Überblick (S. 7) Toomas Karjahärm 1987 veröffentlichte Monographie „Die estnische Bourgeoisie, die Selbstherrschaft und der Adel 1905–1917“¹, in der es auch

¹ ТООМАС КАРЬЯХЯРМ: Эстонская буржуазия, самодержавие и дворянство в 1905–1917 гг. [Die estnische Bourgeoisie, die Selbstherrschaft und der Adel 1905–1917],

um die Ausarbeitung neuer Gesetze für Livland und Estland geht. Ohne darauf Rücksicht zu nehmen, zu welcher Zeit Karjahärms seine Arbeit geschrieben hat – die zugrunde liegende Kandidatendissertation wurde bereits 1983 verteidigt –, beginnt die Autorin mit ihm zu diskutieren. Dass bei Karjahärm die identische Interessenlage der deutschbaltischen Oberschichten und der russischen Regierung im klassengesellschaftlichen Diskurs dargestellt wird, muss bei aller notwendigen Skepsis gegen die damals herrschenden analytischen Schablonen nicht unbedingt gleich als grundsätzlich falsch bezeichnet werden, wie es Andreeva tut. Allerdings geht es bei dieser Auseinandersetzung in erster Linie um die Frage, ob die Regierung zu Beginn des 20. Jahrhunderts überhaupt willens gewesen sei, sich in den – im gegebenen Fall – deutsch-estnischen Konflikt einzumischen, oder ob sie sich doch ernsthaft damit beschäftigt habe, diese Gegensätze mit Hilfe von Reformen zu beseitigen. Während Andreeva behauptet, die Regierung habe sich tatsächlich bis zur Februarrevolution intensiv mit der Vorbereitung von Reformen beschäftigt, sieht Karjahärm in ihrer Politik eher die Tendenz zum Lavieren, wodurch die Realisierung der reformerischen Absichten künstlich behindert worden sei.

In der Tat ist die Haltung der Autorin zu Karjahärms Forschungsleistung insgesamt durchaus respektvoll – seine späteren Arbeiten werden von ihr gebührend rezipiert – und sie beschuldigt ihn nicht der Überideologisierung, wie sie es z. B. im Falle Maksim Duchanovs macht (S. 15). Ohnehin ist ihre kritische Einstellung gegenüber den Autoren der sowjetischen Epoche im Allgemeinen durchaus begrüßenswert. So nennt sie einige der in diesen Arbeiten geäußerten, doch recht irrigen Behauptungen großzügig „unglaublich“. (S. 10f.). Gleichzeitig erwähnt Andreeva eine ganze Reihe von estnischen Historikern dieser Zeit (von denen manche bis heute aktiv sind) wie Karl Siilivask, Juhan Kahk, Enn Tarvel, Endel Laul, Allan Liim, Väino Sirk und Tiit Rosenberg durchaus in anerkennendem Ton. Allerdings bezweifelt sie die Behauptung Sirje Kivimäes, die Regierung habe zu Beginn des 20. Jahrhunderts keine allzu gute Vorstellung von der sozialökonomischen Situation in den Ostseegouvernements gehabt (S. 12).

Andreeva gibt auch einen kritischen und ziemlich objektiven Überblick über die deutschbaltische Geschichtsschreibung. Mehrmals bestätigt sie historiographische Einschätzungen Gert von Pistohtkors', zuweilen polemisiert sie mit einigen Autoren über diverse Fragen – so z. B. mit Manfred Hagen über die administrative Politik der Zentralregierung (S. 31f.). Beachtenswert ist dabei ihr Kommentar zur Behauptung Alexander von Tobiens, die Regierung habe die oben erwähnten Reformentwürfe der Ritterschaft und des Beratungsgremiums des provisorischen Generalgouverneurs einfach ad acta gelegt. Tatsächlich wurden diese Entwürfe im Zuge der Vorbereitung der Reformen in den Ostseegouvernements

Таллинн 1987.

durchaus benutzt, wie anhand der Materialien des Innenministeriums und der anderen Zentralinstitutionen des Reichs belegt werden kann. Davon konnte Tobien zu seiner Zeit freilich nichts wissen.

Andreeva kritisiert auch Michael Haltzel, der die so genannten Russifizierungsmaßnahmen in „modernisierende“ und „russifizierende“ eingeteilt hat. Andreeva zufolge war die Reformpolitik ein einheitlicher Prozess und auch als solcher zu betrachten. Selbst die „Russifizierung“ des Schulsystems war ihrer Ansicht nach eine reine Modernisierungsmaßnahme. Abweichende Meinungen sind für sie nur Variationen der subjektiven Einstellungen der deutschbaltischen Emigrationspublizisten. In dieser Frage mit Andreeva zu streiten, wäre wohl ein fruchtloses Unterfangen, weil es ja um die subjektive Interpretation der gleichen Ereignisse geht; man kann mit Sicherheit Argumente sowohl dafür als auch dagegen finden. Der „Modernisierung“ des Imperiums war ja notwendigerweise, je nach Betrachtung, ein ethnisch mobilisierender Charakter durchaus nicht fremd. Immerhin ist Andreeva in der Frage der Benutzung des Begriffs „Russifizierung“ in wissenschaftlichen Arbeiten einer Meinung mit Gert von Pistoohlkors,² dessen Arbeiten sie mehrfach zitiert (z. B. S. 40-42). Andreevas Kenntnisse der älteren und neueren deutschbaltischen Historiographie und ihre Nutzbarmachung in der vorliegenden Monographie sind somit durchaus bemerkenswert; sie gibt aber zugleich auch einen weiten Überblick über den allgemeinen Forschungsstand zu den damaligen deutsch-russischen Verhältnissen und den deutschbaltischen Anteil daran.

Im Hauptteil ihrer Monographie beginnt die Autorin mit einem ausführlichen Rückblick auf die Entstehungsgeschichte der ritterschaftlichen Strukturen und des Landesstaates sowie auf die Herausbildung der rechtspolitischen Grundlagen des Adels im Kontext des Zarenreichs (S. 54-68). Sodann untersucht sie die Entwicklung der „baltischen Frage“ (*ostzejskij vopros*) (S. 68-75). Charakteristisch ist für Andreeva die durchgehende Heranziehung eines äußerst breiten Spektrums an Sekundärliteratur – vertreten sind moderne und ältere deutschbaltische Autoren, die sowjetische Historiographie sowie moderne russische Arbeiten, dazu kommen natürlich zeitgenössische Quellen und Dokumentensammlungen. Manchmal kann man sich des Eindrucks nicht erwehren, als ob sie bei der Beschreibung einiger historischer Ereignisse, die in der Literatur durchaus schon ausführlich behandelt worden sind, ihre Kenntnisse erneut hervorheben möchte. Auf der anderen Seite fördert diese Differenzierung in den Hinweisen und in der Argumentation viele Nuancen zutage, die dem an der Forschung orientierten Leser gute Hinweise für seine eigenen Spezialun-

² Vgl. z. B. GERT VON PISTOHLKORS: „Russifizierung“ und die Grundlagen der deutsch-baltischen Russophobie, in: *ZfO* 25 (1976), S. 618-631; DERS.: „Russifizierung“ in den Baltischen Provinzen und in Finnland im 19. und beginnenden 20. Jahrhundert. Neue westliche Darstellungen, in: ebenda 33 (1984), S. 592-606.

tersuchungen geben. Auf keinem Fall kann man Andreeva vorwerfen, die vorhandene Literatur- und Quellenbasis nur einseitig verwendet zu haben.

Man kann es nur begrüßen, dass die Autorin in ihrer Beschreibung der sozialpolitischen Verhältnisse um die Jahrhundertwende im zweiten Kapitel nicht vergisst, auch die demographischen Prozesse, die Probleme, die aufgrund von Industrialisierung und Urbanisierung entstanden, sowie die Frage der nationalen bzw. sozialen Gegensätze zwischen den Deutschbalten auf der einen und den Esten bzw. Letten auf der anderen Seite auszuwogen und in angemessenen Relationen anzusprechen. Ihre Darstellung des entstehenden wirtschaftlichen und politischen Konkurrenzkampfs zwischen der deutschen und der nationalen Bourgeoisie scheint in der (neueren) russischen Geschichtsschreibung ihresgleichen zu suchen. Zumindest gehört der Umstand, dass Esten und Letten schon zu Beginn des Jahrhunderts allmählich zum politischen Subjekt geworden waren, nicht unbedingt zum Rüstzeug der russischen Historiker. Zugleich vermag auch Andreeva sich nicht in allen Fragen von alten Klischees zu lösen: Wieder einmal werden nur sozialdemokratische Parteiaktivitäten in Estland und Lettland erwähnt, während gerade auf estnischem Gebiet auch eher bürgerlich orientierte Parteien im Vordergrund standen.

Andreevas wichtigste wissenschaftliche Errungenschaft ist unbestreitbar die ausführliche Darstellung der Regierungsaktivitäten im Hinblick auf die Vorbereitung von Reformen in den Ostseeprovinzen. Die übrigen einleitenden Fragen, die mit diesem Hauptthema zum Teil nur in lockerer Verbindung stehen, sind zum Teil referierend dargestellt; zuweilen erscheint die Vielfalt der Hinweise in diesen Abschnitten überflüssig.

Bei der Darstellung und Interpretation der Revolution von 1905 sowie ihrer Folgen vermisst man ein wenig die Differenzierung zwischen den einzelnen Gouvernements. Die Hilfe der russischen Regierung und die Zusammenarbeit der adeligen Oberschicht mit ihr bei der Niederschlagung der Revolte werden verschwiegen. Tatsächlich ist die Behandlung dieses Themas sehr auf Deutschland konzentriert – auf die Kontakte zwischen den Ritterschaften und dem Deutschen Reich, auf die deutsche Außenpolitik sowie auf die Reaktion der deutschen Öffentlichkeit.

Dagegen ist es äußerst interessant, was die Autorin über die Stellungnahmen in der deutschen, russischen und sogar der französischen Presse über eine mögliche Annexion der Ostseeprovinzen durch das Reich 1906 bzw. über eine Einmischung in die inneren Angelegenheiten Russlands zu berichten weiß. Sie schildert, wie die Gerüchte entstanden sind, und wie die Diplomaten angestrengt versucht haben, diese peinliche Situation zu meistern. Dabei geht sie intensiv auf die Rolle Theodor Schiemanns ein, präsentiert eine Reihe von neuen Quellen und ergänzt die bisherige Interpretation der Ereignisse. Ausführlich und sehr übersichtlich schildert Andreeva die Entstehung und Tätigkeit der Parteien sowie der Deutschen Vereine nach 1905. Dabei stützt sie sich meist auf die Sekundärliteratur, die sie

mit Informationen aus bislang unbekanntem Archivquellen ergänzt. Auch wenn ihre Interpretation in diesem Abschnitt wissenschaftlich begründet und ausgewogen ist, wird man sie hingegen kaum als originell bezeichnen können.

Demgegenüber bietet Andreeva viel mehr an neuen Fakten und Quellen dort, wo sie über die Regierungspolitik und die Stimmungen unter den russischen Beamten schreibt. Etwas seltsam mutet dabei allerdings an, dass Andreeva, die ansonsten zahlreiche deutsche Quellen meistert, statt des Originals der Erinnerungen des letzten Estländischen Ritterschafthauptmanns Eduard von Dellingshausen „Im Dienste der Heimat!“ deren estnische Übersetzung benutzt (S. 26, 107, 193). Andererseits kann man nur den Hut vor Andreeva ziehen, denn welcher russische Autor verfügt schon über Estnischkenntnisse!

Die Ausarbeitung der Gesetzentwürfe des Beratungsgremiums beim provisorischen Generalgouverneur (Kapitel III) und in den gouvernementalen Vorbereitungskommissionen beschreibt Andreeva fast ausschließlich aufgrund der zeitgenössischen russischen Quellen. Hier leistet sie in der Tat einen wertvollen und einzigartigen Beitrag zur Beschreibung dieser Phase. Ergänzend würde man sich auf der Grundlage dieser und weiterer Quellen eine spezielle Untersuchung der Reformprojekte zur Umgestaltung der landwirtschaftlichen Verhältnisse und der Kirchengemeinde sowie ihrer weiteren Behandlung im Innenministerium und im Ministerrat aus der Feder von Agrar- und Kirchenhistorikern wünschen. Denn Andreeva konzentriert sich auf die Regierungspolitik und die Reaktionen der Ritterschaften, weshalb die lebhaften Diskussionen zwischen den Ritterschaften und den Bauernvertretern, auf die sie durchaus selbst hinweist (S. 145), unberücksichtigt bleiben.

Als einziger Kritikpunkt in diesem Zusammenhang bleibt, dass aus unverständlichen Gründen estnische und lettische Archive nicht benutzt wurden. Zwar erwähnt Andreeva bei der Schilderung der Vorbereitungen der Agrar- und Kirchenreformen im Innenministerium in den Jahren 1907–1914 (Kapitel IV) durchaus die ritterschaftlichen Initiativen als Gegenprojekte. Die Argumentation in der Diskussion – sowohl im Ministerrat als auch in der Staatsduma – wird aber nur vermittels russischer Quellen dargestellt. Hierzu hätte sie reichhaltiges Material in Tartu und Riga finden können.

In ihrem fünften Kapitel, das die Schulpolitik der Regierung darstellt, zeichnet Andreeva ein etwas zu eindeutiges Bild von den Zielen St. Petersburgs. Es sei keinerlei Absicht zu erkennen, die lokale Bevölkerung zu „russifizieren“, sondern einzig eine politische Reaktion auf die „Gefahr der Germanisierung der Esten und Letten“; die Reformen hätten nur auf die Zentralisierung und Modernisierung des Reichs gezielt. Andreeva zufolge lebe die Konzeption der „Russifizierung“ hauptsächlich in der heutigen russischen und baltischen Historiographie fort. Was nun die

Mehrheitsbevölkerung der Esten und Letten betrifft, ist diese Behauptung durchaus fragwürdig. Weder die Regierung noch die deutschbaltische Oberschicht glaubten damals an eine selbständige Zukunft der Esten oder Letten. Die Emanzipation und der Separatismus der Esten und Letten waren für den Staat genauso unerwünscht wie ihre Germanisierung. Für eine Reihe von Staatsbeamten und Politiker war in bestimmten Phasen eine sprachliche und kulturelle Russifizierung die einzige Alternative zur Germanisierung. Zudem gibt Andreeva selbst zu, dass muttersprachliche Schulbildung das natürliche Recht der lokalen Ethnien gewesen sei, welches aber von der Regierung nicht gewährt wurde (S. 192, 199). Sogar der Ministerrat musste 1905 einräumen, dass man die Schulen nicht als „Instrument der künstlichen Einführung russifizierender Prinzipien (*obrusitel'nych načal*)“ nutzen dürfe (S. 194). Dabei wird niemand bestreiten können, dass die Beherrschung der russischen Sprache gerade auch für Esten und Letten neue soziale, wirtschaftliche und politische Aussichten im Kontext des Imperiums eröffnete.

Insgesamt wird aber die Schulpolitik der Regierung von 1905 bis 1907 adäquat und durchaus glaubwürdig präsentiert (S. 192-203). Hervorragend gelungen ist insbesondere die Beschreibung der Stimmung in der Regierung im Hinblick auf die Schulen der Deutschen Vereine nach 1908 und darüber hinaus bis zum Kriegsausbruch (S. 203-219).

Ein eigenes sechstes Kapitel befasst sich mit der Zeit von 1914 bis 1917, in der jegliche Regierungspolitik, aber auch die russische und deutsche Öffentlichkeit vom Kriegsgeschehen beeinflusst wurde. Deutlich differenziert die Autorin dabei zwischen den Stimmungen unter den Deutschen in den Ostseeprovinzen und im Deutschen Reich, wo u. a. die baltischen Emigranten sich hervortaten.

Immer wieder wirkt jedoch die stilistische Tradition der russischen Geschichtsschreibung befremdlich, historische Personen nur anhand ihrer Initialen zu identifizieren, vor allem bei Namen nicht-russischer Herkunft. Einer ähnlich gelagerten Tradition folgt Andreeva in ihrem Anmerkungsapparat, in dem die Archivmaterialien meist nur anhand ihrer Signaturen identifiziert werden, ohne dass der Leser Näheres darüber erfährt, um was für eine Quelle es sich dabei eigentlich handelt. Doch dies sind Formalia. Insgesamt leistet Andreevas Monographie zweifellos einen sehr wertvollen Beitrag zur Erforschung der baltischen Geschichte. Zudem fällt die qualitativ gute Druckqualität des Buchs auf und – was ihm einen zusätzlichen Wert verleiht – seine bemerkenswerte Verbreitung im Netzwerk der Buchhandlungen Russlands.

INDREK KIVERIK

Eesti! Sa seisad lootusriikka tuleviku lävel, kus sa vabalt ja iseseisvalt oma saatust määrata ja juhtida võid. Eesti riikluse alusdokumendid 1917–1920 [Estland! Du stehst auf der Schwelle zu einer hoffnungsvollen Zukunft, in der du frei und unabhängig dein Schicksal bestimmen und lenken kannst. Grunddokumente der estnischen Staatlichkeit 1917–1920], hrsg. von AGO PAJUR. Verlag Rahvusrhiiv. Tartu 2008. 292 S. ISBN 9789985858592.

Geschichte ist nicht logisch, schon gar nicht eine „Nationalgeschichte“. Die vorliegende Dokumentensammlung umfasst Quellen aus den Jahren 1917–1921 (hier hätte man den Untertitel präzisieren müssen). Damit umfassen die präsentierten Texte die Zeit der „Geburt der estnischen Selbständigkeit“, wie es der Diplomat und Journalist Eduard Laaman in seinem in den 1930er Jahren erschienenen Standardwerk genannt hat.¹ Es war eine schwere Geburt – was sich nicht nur an den gut 700 Seiten des Laaman’schen Werks zeigt: Von der bis heute im nationalen Narrativ vorausgesetzten gleichsam logischen Entwicklung einer latenten Ethnie zu einem Staatsvolk ist hier wenig zu entdecken. Die Logik einer Erzählung aus der Vergangenheit, so wird es wohl bleiben, erschließt sich immer nur denjenigen, die sie so und nicht anders sehen wollen. Eine Geschichte, die darstellt, „wie es wirklich gewesen“, basiert ungeachtet aller Anstrengungen der Zunft bis heute eben nicht auf einer wie auch immer gearteten Gesetzmäßigkeit; sie stellt im Grunde eine Unmöglichkeit dar.

Tatsächlich aber ist dieser Jubiläumsband – 90 Jahre seit Ausrufung der Unabhängigkeit! – schon aufgrund dieses Anlasses grundsätzlich staatstragend gedacht. Doch hütet sich der Herausgeber Ago Pajur in seinem betont sachlichen Vorwort, das die publizierten Dokumente in ihren historischen Kontext stellt, wohlweislich vor jeglichem Pathos.² Freilich macht auch er kein Hehl daraus, dass die Durchsetzung der Idee der Unabhängigkeit eine estnische Erfolgsstory war: von den zumeist ignorierten *čuchna* – eine leicht pejorative russische Bezeichnung für die Esten – zum gleichberechtigten Mitglied des Völkerbunds in fünf Jahren. So waren eben die Zeiten nach dem Zusammenbruch der europäischen multiethnischen Imperien.

Gott sei Dank ist der Untertitel des Buches ein wenig irreführend. Es handelt sich bei den hier publizierten 115 Dokumenten keineswegs ausschließlich um höchstwichtige politische Akte; aufgenommen wurden – vor allem für die Jahre 1917/18 – auch Zeitungsartikel, diverse Aufrufe

¹ EDUARD LAAMAN: *Eesti iseseisvuse süünd* [Die Geburt der estnischen Unabhängigkeit], Tartu 1936/37, 2. Aufl., Stockholm 1964.

² Vgl. in diesem Zusammenhang auch seinen Aufsatz AGO PAJUR: Die Geburt des estnischen Unabhängigkeitsmanifests 1918, in: *Forschungen zur baltischen Geschichte* 1 (2006), S. 136–163.

und wichtige Reden. Erst nach der effektiven Geburt der Staatlichkeit im November 1918 ändert sich der Charakter der ausgewählten Dokumente zwangsläufig, die von nun an vor allem das Problem der Durchsetzung des jungen Staatsgebildes betreffen. Nun geht es um die Organisation der Regierungstätigkeit und der Landesverteidigung, dann um die Wahl zur Konstituante, die Friedensverträge, die Festlegung der Grenze zu Lettland und schließlich um die De-jure-Anerkennung seitens der Entente als Schluss- und Höhepunkt. Um bei der in nationalen Erzählungen populären Metaphorik der „Geburt“ zu bleiben: Diese Anerkennung entsprach dann wohl der Ausstellung der Geburtsurkunde – drei Jahre nach dem Kaiserschnitt.

Schaut man sich etwas willkürlich die Stationen dieser Staatsgründung an, so bietet dieser Band dankenswerterweise auch einige Hinweise auf die, wenn man so will, „geistige“ Aufbauarbeit, die hinter diesem Novum stand. Denn was war die Idee eines unabhängigen estnischen Nationalstaats noch Anfang 1917 anderes als eine vage Vision einer kleinen Elite? Schließlich war damals selbst eine national gedachte Autonomie für die in zwei Provinzen zersplitterten Esten eine Utopie. Erst die Russische Revolution vergrößerte die Chancen auf die Abschüttelung sowohl der zentralen russischen Vormacht als auch der lokalpolitischen deutschbaltischen Dominanz. Das Autonomiegesetz der revolutionären Provisorischen Regierung in Petrograd vom 30. März 1917 (S. 57ff.) kann in diesem Zusammenhang gar nicht hoch genug bewertet werden, kreierte es doch einen neuen, auf ethnischen Kriterien basierenden administrativen Raum, der den deutschbaltischen Standesvertretern gleichsam den Boden unter den Füßen entzog. Damit waren noch im Verbund des Russischen Reichs die institutionellen Voraussetzungen für die Staatsgründung geschaffen. Wie sagte doch Gouvernementskommissar Jaan Poska – der erste Este an der Spitze der Provinz – bei der Eröffnung des Landtags am 1. Juli 1917: „Die märchenhaften Worte der Fee – Sesam öffne dich – fand für die vor uns verschlossene Tür die große Russische Revolution“ (S. 60). Wie wahr. Allerdings bleibt die Darstellung der diskursiven Durchsetzung dieser Vision eines Nationalstaats unter den Esten insgesamt immer noch ein Desiderat der historischen Forschung.

Es ist nicht leicht, die im vorliegenden Band dokumentierten Mahnungen, man solle nun doch endlich alle parteilichen und Klassenunterschiede vergessen (S. 42, 227), in das vorherrschende Bild der nationalen Einigkeit in den oft beschworenen „schweren Stunden“ zu integrieren. Auf der anderen Seite ist es für die Perspektive der „russifizierenden“ Kraft der Orthodoxie ebenso überraschend zu lesen, dass das orthodoxe Fünftel der Esten stets die „estnische Sache“ unterstützt habe. Unter dem stürmischen Applaus einer Volksversammlung in Tartu am 6. März 1917 erklärte Anton Laar von der orthodoxen Tartuer Alexander-Gemeinde: „Die Ansicht, dass der Glaube russifiziert, ist nicht wahr“ (S. 45).

Wahr ist vielmehr, dass selbst die Idee einer „Baltischen Autonomie“ mit den Letten damals diskutiert wurde (S. 47): Es gab so viele Alternativen wie politische Köpfe. Selbst als die Idee des Nationalstaats sich im Januar/Februar 1918 als letzte Möglichkeit erwies, wenigstens ideell russischem Bolschewismus und deutschem Kaiserreich Widerstand entgegenzusetzen, war das letzte Wort über die tatsächliche Ausgestaltung des Unabhängigkeitsmanifests, das eine Melange aus sozial-revolutionären und liberalen Gedanken darstellte – natürlich mit dem zeitgemäßen nationalen Pathos garniert (siehe den Titel des anzuzeigenden Buchs) –, noch nicht gesprochen. Denn schon am Tag nach der Ausrufung der Republik brauchte man sich aufgrund des Einmarsches der deutschen Truppen ja darum keine Gedanken mehr zu machen. Aber die Idee selbst war nun in der Welt – und darauf kam es ihren Autoren ja auch an: die Internationalisierung der „estnischen Frage“.

Wie sehr man noch nach dem Beginn der Staatsgeschäfte bereit war, die Internationalisierung Estlands zumindest theoretisch voranzutreiben, ist aus dem bekannten Beschluss des Landtags vom 27. Dezember 1918 ersichtlich. Damals bat die Volksvertretung angesichts der hoffnungslosen militärischen Situation die Regierung Seiner Königlichen Majestät in London nachdrücklich darum, Estland unter ihren Schutz zu nehmen. Im Lichte der weiteren Geschichte des Landes im 20. Jahrhundert fällt natürlich die Wortwahl auf: Estland bettelte förmlich darum, „okkupiert“ zu werden. Somit kann konstatiert werden, dass es im nationalen Narrativ offenbar eine gute (1918, Großbritannien) und eine böse Okkupation (1940/44, Sowjetunion) geben muss. Was wiederum nur ein weiteres Mal belegt, wie unsinnig heutzutage der Streit um solche Begriffe ist (wobei dieser Streit in erster Linie tagespolitisch aktuell ist).

Wer die Lektüre von Quellensammlungen mag, ist mit diesem Band gut bedient. Zwar hätte man sich aus wissenschaftlicher Sicht eine ausführlichere Kommentierung gewünscht, aber immerhin werden die wichtigsten Angaben zu den erwähnten Personen per Fußnote geliefert. Damit dient dieses Buch nicht nur zur Repräsentationszwecken – der edle weiße Einband, die Abbildungen mancher Dokumente –, sondern eignet sich auch gut für (estnischsprachigen) Unterricht. Eine Auswahlbibliographie mit weiterführender Literatur wäre jedoch eine wünschenswerte Ergänzung gewesen.

KARSTEN BRÜGGEMANN

KAIDO LAURITS: *Saksa kultuuroromavalitsus Eesti Vabariigi 1925–1940. Monograafia ja allikad* [Die deutsche Kulturselbstverwaltung in der Republik Estland 1925–1940. Monographie und Quellen] (Ad fontes, 16). Verlag Rahvusarhiiv. Tallinn 2008. 655 S. ISBN 9789985951057.

Die vorliegende 655-seitige Publikation stützt sich im ersten Teil (S. 6–164) auf die vom Verfasser 2005 beim Lehrstuhl für Geschichte der Universität Tartu eingereichte Magisterarbeit zum Thema „Deutsche Kulturselbstverwaltung und Minderheit in der Republik Estland 1918/1925–1940“, während der zweite, umfangreichere Part des Buches ausgewählte Dokumente und Materialien zur deutschen Kulturselbstverwaltung in diesen Jahren präsentiert (S. 186–637). Dass dieses voluminöse Werk als Bd. 16 der renommierten, vom Estnischen Nationalarchiv herausgegebenen Reihe „ad fontes“ publiziert wurde, unterstreicht die Bedeutung von Kaido Laurits' Arbeit wie auch diejenige des Themas für die historische Betrachtung der Republik Estland nach dem Ersten Weltkrieg. Darüber hinaus ist das Buch auch dahingehend zu verstehen, dass man möglicherweise „aus der Geschichte lernen“ kann – denn die Republik Estland, wie wir sie seit 1991 als unabhängigen europäischen Staat kennen, steht, ebenso wie nach 1918, Fragen zur Behandlung von Minderheiten im Lande gegenüber, die noch einer Lösung harren. Der Blick in das Literaturverzeichnis (S. 165–185) macht aber deutlich, dass Forschungen in Estland selbst über das Thema der deutschbaltischen nationalen Minderheit in der Zwischenkriegszeit immer noch ein Desiderat sind – denn die vom Verfasser akribisch aufgeführten Nachschlagewerke, Quellenpublikationen, Sekundärliteratur, Memoiren und benutzten Periodika zeigen ein deutliches Übergewicht deutschsprachiger Untersuchungen zu diesem Forschungscomplex.

Der erste Teil des Buches besticht durch seinen übersichtlichen Aufbau, an dessen Beginn Laurits die demographische Entwicklung der Deutschbalten im 19. und 20. Jahrhundert stellt. In einem statistischen Abriss wird dem Leser Zahlenmaterial geboten, während die historische Einordnung – gerade was den außenpolitischen Rahmen (Sowjetunion, Großbritannien, Frankreich, Völkerbund als Akteure oder Plattformen) betrifft – bisweilen darunter leidet. Knapp wird über das Baltenregiment, den Landeswehrkrieg, die Agrarreform von 1919 oder die Rolle einzelner Persönlichkeiten (z. B. die propagandistische Tätigkeit von Baron Alphons Heyking) informiert. Daran anschließend erläutert Laurits die Inhalte des Gesetzes zur Kulturautonomie, indem er, aufbauend auf der Theorie von Renner/Bauer zur Personalautonomie Verfassungsfragen sowie Diskussionen und Gesetzesinitiativen in den Jahren 1920 bis 1925 diskutiert. Eine vertiefte Berücksichtigung Paul Schiemanns und seiner Theorie des autonomen Staates (er wird v. a. in seinen biographischen Daten auf S. 35, Anm. 112 erwähnt) hätte dem theoretischen Rahmen dieses Kapitels aber sicher nicht

geschadet. Ausführlich werden die Etappen parlamentarischer Diskussionen und Lesungen bis zur endgültigen Ratifizierung des Gesetzes vorgestellt und auf den kommunistischen Putschversuch vom Dezember 1924 in Tallinn als Katalysator für die Gesetzesverabschiedung im *Riigikogu* verwiesen. Der Einschätzung des Autors, das Gesetz könne man darüber hinaus „auch als immaterielle Kompensation der Verluste bezeichnen, welche die Deutschbalten durch das Agrargesetz von 1919 erlitten hatten“ (S. 154), ist von Seiten des Rezensenten nur zuzustimmen.

Nachdem die Inhalte des Rahmengesetzes von 1925 gebührend gewürdigt werden, strukturiert Laurits die Zeit bis 1940 in zwei Phasen: 1925–1933 und 1933–1940. Die Radikalisierung der deutschbaltischen Minderheit in Estland durch die „Bewegung“ Viktor von zur Mühlens und dessen Entmachtung im November 1933 könnte hierzu eine Begründung liefern, doch scheint eine Periodisierung mit dem „Wendejahr“ 1934 im Grunde plausibler, denn die „Ära des Schweigens“, die ihren Anfang mit der Macht ergreifung durch Konstantin Päts im März 1934 nahm, bedeutete eine gravierende innenpolitische Richtungsänderung für alle Bevölkerungsgruppen Estlands, ob Minderheiten oder Mehrheit. Im Übrigen erschwert die Konzentration des Buches auf ausschließlich die deutschbaltische Minderheit dem Leser den Blick auf andere, nicht minder wichtige Fragen zur Minderheitenpolitik Estlands, gerade auch was die russische und schwedische oder die jüdische Bevölkerungsgruppe angeht. Hier hätte sich der Rezensent einen weiteren Blick über den „deutschbaltischen Tellerrand“ hinaus gewünscht.

Auf das Ende der deutschbaltischen Minderheit in Estland geht Laurits in aller Kürze ein. Die Umsiedlung wird faktenreich rekapituliert, die Vorgeschichte, die beteiligten Personen und die damit verbundenen Probleme (Eigentumsfragen, Vereinstätigkeiten usw.) bleiben dagegen etwas unterbelichtet. Der Schlussteil des Textkapitels widmet sich dann dem deutschbaltischen Schul- und Kulturleben. Mithilfe ausführlichen statistischen Materials kann Laurits ein imposantes Bild von der Effizienz der Kulturselbstverwaltung entwerfen. Auch die ideellen und finanziellen Verbindungen zur „Mutternation“, der Weimarer Republik, bleiben nicht unerwähnt. Den Abschluss der Darstellung bilden Ausführungen über die wirtschaftliche Situation der Deutschbalten, sowohl auf dem flachen Lande als auch in städtischen Siedlungen. Diese Bevölkerungsgruppe sah aufgrund des Verlustes ihrer ökonomischen Führungsstellung nach 1918 ihre Zukunft fast ausschließlich in der Stadt und floh deshalb das Landleben. Ein Ausblick in die Gegenwart bzw. Zukunft von Minderheiten in Estland hätte an dieser Stelle nahe gelegen, ist aber bedauerlicherweise unterblieben. Es wäre sehr zu wünschen, dass dieses Defizit in einer Folgepublikation behoben wird.

Die anschließende Vielzahl von Dokumenten ist wie auch der Textteil in mehrere Abschnitte unterteilt. Im Wesentlichen aus dem Archiv des

Herder-Instituts Marburg und drei Beständen des Staatsarchivs (f. 85 – deutsche Kulturselbstverwaltung; f. 80 – Parlament; f. 40 [nicht f. 14, wie auf S. 166 vermerkt!] – Innenministerium) entnommen, stehen am Beginn die regierungsamtlichen Dokumente wie Protokolle von Parlaments- oder Kommissionssitzungen (Nr. 1-19); daran schließen sich Quellen zur Kulturselbstverwaltung an (Nr. 20-119), wobei diejenigen aus den 1920er Jahren ein deutliches Übergewicht haben. Hier werden politische Fragen wie die der Bauernkolonisten, der Wahlergebnisse von 1927, des Verwaltungsausbaus von 1928 u. v. a. behandelt, während Stimmungsbilder, die sich in persönlichen Erinnerungen oder auch Zeitungsberichten niederschlagen, nur selten dargeboten werden. Eigentlich bedauerlich, denn damit verliert der Leser der Dokumente den Bezug zur innenpolitischen Wirklichkeit, da er zwar Gesetzestexte liest, aber deren Umsetzung, Diskussion, Be- oder Verurteilung in der Öffentlichkeit kaum rezipieren kann. Naturgemäß nimmt die Frage der „Deutschbalten als fünfte Kolonne des Nationalsozialismus“ aufgrund der stärkeren Einflussnahme der NS-Bewegung seit den 1930er Jahren größeren Raum ein, so dass auch Berichte der politischen Polizei hinzugezogen werden. Zur Umsiedlung 1939 finden sich schließlich Zeitungsartikel, wobei Laurits v. a. das *Päevaleht* häufiger zu Wort kommen lässt.

Ein vorletzter Abschnitt widmet sich der deutschen Schule in Estland (Nr. 120-141), deren Schicksal in den Denkschriften einzelner Persönlichkeiten wie Werner Hasselblatt, Heinrich Pantenius oder Emil Musso und anderer beleuchtet wird. Für den Leser schwierig einzuordnen sind in diesem Zusammenhang ganz allgemein die recht sparsamen Informationen zu wichtigen Aktiven der damaligen Zeit, die in einem erweiterten Personenregister hätten geliefert werden können. So erfährt man z. B. kaum etwas über Carl Georg Bruns (S. 29f.), der als deutscher Jurist v. a. auf dem Gebiet des Völkerrechts beschrieben wird. Gerade dieser Bruns war jedoch eine der Schlüsselfiguren in den 1920er Jahren bei der finanziellen Unterstützung deutscher Minderheiten in ganz Ostmittel- und Osteuropa durch Berlin. – Die Abteilung „Gesetze, Verordnungen, Beschlüsse“ (Nr. 142-156) steht am Ende der Dokumentensammlung.

Ein Personenregister sowie das Verzeichnis der abgedruckten Dokumente beschließen die Publikation, deren Wert über die estnische Historiographie hinaus hoch eingeschätzt werden muss. Gerade die Entscheidung, die Originalsprachen der Quellen häufig beizubehalten, d. h. deutsch- und estnischsprachige Dokumente abzudrucken, lässt vor dem Auge des Lesers das Bild einer politischen Gesellschaft entstehen, die – abgesehen von Misstönen auf beiden Seiten – ganz bewusst den Ausgleich zwischen Mehrheit und Minderheit suchte und in weiten Bereichen auch fand. Dass dieser Prozess nicht aufgrund allseitigen Altruismus stattfand, sondern häufig innen- und außenpolitischen Entwicklungen geschuldet war, die eine gegenseitige Rücksichtnahme erst erzwangen, hätte an einigen Stellen

deutlicher hervorgehoben werden können. Dies sollte – sofern eine Erweiterung dieser Publikation ins Auge gefasst wird – dadurch berücksichtigt werden, indem man nicht nur Archivquellen zum Sprechen bringt, sondern auch in den tagespolitischen Diskussionen, der Erinnerungsliteratur v. a. estnischer Provenienz oder verstärkt in der Presselandschaft der 1920er und 1930er Jahre zu einzelnen Problemfeldern recherchiert – fündig dürfte man allemal werden.

Kaido Laurits verdient angesichts seiner umfangreichen Darstellung großes Lob bei seinem Bemühen, eine „Erfolgsgeschichte Estlands“ der 1920er Jahre ins estnische Bewusstsein zurückgeholt zu haben, war doch, wie Georg von Rauch formulierte, das Gesetz über die Kulturautonomie die „Visitenkarte des estnischen Volkes zum Eintritt in die Welt der freien Völker“.¹ Zu wünschen wäre eine Fortsetzung unter Einbeziehung nicht nur andersgearteter Dokumente und Quellen, sondern auch unter Berücksichtigung der weiteren Minderheiten in Estland in der Zwischenkriegszeit. Gerade im Vergleich politischen Handelns gegenüber unterschiedlichen Bevölkerungsgruppen lassen sich neue Erkenntnisse über die Vergangenheit finden – aber auch für die Gegenwart.

KONRAD MAIER

ЕЛЕНА ЗУБКОВА: *Прибалтика и Кремль, 1940–1953* [Das Baltikum und der Kreml, 1940–1953]. Verlag РОССПЭН. Москва 2008. 350 S. ISBN 9785824309096.

Im Dezember 2007 startete „ROSSPĖN“, einer der wichtigsten historischen Verlage Russlands, eine neue Publikationsreihe mit einem internationalen Herausbergremium unter dem Titel „Die Geschichte des Stalinismus“, zu deren ersten Autoren auch Elena Zubkova (geb. 1959) zählt. Ins Bewusstsein einer breiteren Öffentlichkeit gelangte ihr Name Mitte der 1980er Jahre, als sie mehrere Aufsätze über das Todesjahr Stalins, die daraufhin erfolgten Veränderungen sowie die Machtenthebung Nikita Chruščevs 1964 verfasste. In den 1990er Jahren begann sie sich für die Moskauer Baltikumpolitik zu interessieren, woraus ein umfangreiches

¹ GEORG VON RAUCH: *Geschichte der baltischen Staaten*, 3. Aufl., München 1990, S. 138.

Forschungsprojekt entstand, das nun mit der anzuzeigenden Monographie gekrönt wurde.

Das erste der sechs Kapitel dieser Arbeit gibt eine vor allem an den russischen Leser gerichtete kurze Übersicht über die baltische Region als Teil des Russischen Imperiums. Hier kommen auch die Unabhängigkeitsbemühungen der baltischen Völker sowie die Entwicklungen in der Zwischenkriegszeit zur Sprache, wobei die Zeit der „präsidialen Diktaturen“ in Estland, Lettland und Litauen der 1930er Jahre genauere Betrachtung findet. Das zweite Kapitel ist den Vorbereitungen für das – so Zubkova – „lange Jahr“ 1940 sowie dem ersten sowjetischen Jahr (1940/41) gewidmet. Hier erörtert die Autorin zunächst detailliert die Entwicklungen in den baltischen Staaten seit Herbst 1939, nachdem die Sowjetunion allen drei Regierungen gegenseitige Beistandspakte – die so genannten Militärbasenverträge – aufgezwungen hatte. Schließlich behandelt sie hier die Moskauer Druckmechanismen, die vor dem Hintergrund des Zweiten Weltkriegs schließlich zur so genannten Juniwende geführt haben, oder, in Zubkovas Worten: „zur Imitation von ‚Volksrevolutionen‘ unter Kontrolle der Moskauer Emissäre“ (S. 78).

Zubkova überspringt die Jahre 1941–1944 und beschäftigt sich in den weiteren Kapiteln ihres Buchs schon mit den Nachkriegsjahren. Im dritten Kapitel wird vor dem Hintergrund der Moskauer Osteuropapolitik und der sich herausbildenden Hauptzüge der baltischen Frage auf der internationalen Arena der Sowjetisierungsprozess im Baltikum in den Jahren 1944–1953 in seiner ganzen Dynamik detailliert untersucht. Im zentralen Teil des Kapitels wird die Tätigkeit der in den letzten Monaten des Jahres 1944 in Moskau ins Leben gerufenen ZK-Büros der Sowjetrepubliken sowie die Kaderpolitik des Kremls bei der Sowjetisierung der drei baltischen Länder beschrieben. Die Autorin geht auch auf die Frage der nationalen Eigenheiten ein, mit denen sich Moskau im Laufe des Sowjetisierungsprozesses auseinandersetzen musste, und erklärt die Hintergründe der „baltischen Variante“ bei der Kollektivierung der Landwirtschaft.

Das vierte Kapitel ist der Analyse des bewaffneten Widerstands in den Nachkriegsjahren gewidmet. Die Autorin versucht, die Beweggründe der so genannten Waldbrüder zu verstehen, sie beschreibt diverse Entwicklungsetappen, die Taktik, das Ausmaß sowie die Folgen des Widerstands, aber auch die jeweiligen Besonderheiten in den drei baltischen Sowjetrepubliken.

Das fünfte Kapitel ist der politischen Elite gewidmet und versucht eine Antwort auf die Frage zu finden, wer diese Menschen waren, die den Sowjetisierungsprozess in Estland, Lettland und Litauen vorangetrieben haben, welche Beziehungen diese neue Elite der drei Länder mit Moskau und untereinander hatte. Hier nimmt Zubkova das empfindliche Thema der Kollaboration genauso unter die Lupe wie das Phänomen des „lokalen Nationalismus“; letzteres geschieht insbesondere im Kontext der

„estnischen Affäre“ (*estonskoe delo*), welche bekanntlich 1950 mit dem Austausch der damaligen Führung der Estnischen SSR um Nikolai Karotamm endete.

Das letzte Kapitel des Buchs konzentriert sich auf das Jahr 1953 und beschäftigt sich mit den Grundzügen der Moskauer Baltikumpolitik in den Monaten nach Stalins Tod vom März bis in den Sommer 1953 hinein. In dieser Phase machte in der UdSSR besonders Lavrentij Berija mit seinen Aktivitäten auf sich aufmerksam – in erster Linie mit dem „Neuen Kurs“ in verschiedenen Bereichen des gesellschaftlichen Lebens, der sich besonders an der Peripherie des Imperiums auswirken sollte. Die bisherige massenhafte Gewalt wurde etwas abgeschwächt, und es wurde wieder mehr Wert auf die Beförderung von lokalen Kadern auf Führungspositionen in den nationalen Sowjetrepubliken gelegt – was an die *korenizacija*-Politik des Kremls in den 1920er Jahren erinnert. Zugleich stieg die Bedeutung der Sprache der jeweiligen Titularnation in den Republiken merklich an. In ihrer Darstellung der wichtigsten Schritte des Kremls bei der Durchführung des „Neuen Kurses“ in den baltischen Sowjetrepubliken kümmert sich Zubkova auch um diese Nuancen und zeigt, welche Folgen diese Politik nach sich zog – z. B. die weitere Anspannung der nationalen Beziehungen, da nun die russischen Kader sich weigerten, die lokalen Sprachen zu erlernen.

Es gibt viele wichtige Momente in Zubkovas Text, die es verdienen hervorgehoben zu werden. Die Autorin hat sich zum Ziel gesetzt, die Sowjetisierung Estlands, Lettlands und Litauens in den Jahren 1940–1953 zu analysieren und sich dabei vor allem auf die Moskauer Perspektive zu konzentrieren. Sie will den allgemeinen Mechanismus erklären, mit dessen Hilfe die drei kleinen Staaten, die nach dem Ersten Weltkrieg die politische Bühne Europas betreten hatten, erst der Kontrolle Moskaus unterworfen und dann in das sowjetische System integriert wurden. Somit wird in diesem Buch in erster Linie das Verhältnis zwischen dem Zentrum und den Teilrepubliken analysiert und versucht, dessen Besonderheiten festzustellen.

Vor allem der Umfang der erstmals herangezogenen Quellen macht diese Arbeit zu einer sehr erfreulichen Neuerscheinung. Zubkova hat die Materialien des Sekretariats sowie der Polit- und Orgbüros des ZK der Kommunistischen Partei systematisch durchgearbeitet und daraus so ziemlich alle Aspekte und Beschlüsse, die etwas mit den baltischen Sowjetrepubliken zu tun hatten, herausgefiltert. Somit kann das Buch auch als eine Art Handbuch gelesen werden, das alle wichtigen Entscheidungen des Kreml über die drei Republiken dokumentiert. Besonders bedeutsam sind die Dokumente des Orgbüros sowie des Sekretariats des ZK aus dem Russischen Staatsarchiv für sozialpolitische Geschichte (РГАСПИ) in Moskau, die nun – Zubkova sei Dank – der Forschung zur Verfügung stehen. Nach ihren Angaben wurden 1940–1952 in diesen Strukturen insgesamt 311 Beschlüsse über Litauen, 304 über Lettland und 256 über Estland gefasst.

Diese betrafen verschiedene Gebiete des gesellschaftlichen Lebens, angefangen mit Parteifragen bis hin zu Aspekten der Wirtschafts-, Wissenschafts- und Kulturpolitik. Erstmals hat Zubkova zudem die Dokumente der von 1944–1947 tätigen Büros des ZK für Estland, Lettland und Litauen in den wissenschaftlichen Umlauf gebracht.

Es darf nicht unerwähnt bleiben, dass ein großer Teil der Parteidokumente, darunter auch die Politbüro-Akten, die sich im Russischen Staatsarchiv für Neuste Geschichte (РГАНИ) oder im immer noch streng geheimen Präsidentenarchiv der Russischen Föderation befinden, der Forschung bis heute nicht zugänglich ist. Gerade im Präsidentenarchiv befinden sich mit Sicherheit noch viele „klassifizierte“ Archivalien, die direkt das Baltikum betreffen. Immerhin sind die meisten der Entscheidungen zu den drei Unionsrepubliken, die in den Nachkriegsjahren von der Kremlführung getroffen worden sind, dank Zubkova nun bekannt.

Abgesehen vom Material aus den ehemaligen Parteiarchiven hat die Autorin aber auch Dokumente der sowjetischen Exekutive aus dem Staatsarchiv der Russischen Föderation (ГАРФ) heranziehen können. Hier befindet sich auch die Dokumentation der „Verwaltung für den Kampf gegen das Banditentum“ des Volkskommissariats des Inneren, auf der Zubkova ihr Kapitel über die Waldbrüder hauptsächlich stützt. Diese Struktureinheit wurde 1947 dem Ministerium für Staatssicherheit unterstellt, dessen Materialien sich heute im Zentralarchiv des FSB der Russischen Föderation befinden, das nicht frei zugänglich ist. Diese Quellen hat auch Zubkova nicht benutzen können.

Die Stärke von Zubkovas Monographie ist sicherlich die vergleichende Analyse des Sowjetisierungsprozesses in allen drei baltischen Republiken. Dieser Ansatz verleiht den Ansichten der Autorin Gewicht und trägt dazu bei, den weiteren Zusammenhang dieser auf den ersten Blick lokalen Ereignisse um einiges besser zu verstehen. Zu begrüßen ist auch der Versuch, die Ereignisse in den baltischen Sowjetrepubliken in einem weiteren Kontext zu betrachten, d. h. vor allem vor dem Hintergrund der Moskauer Osteuropapolitik und des beginnenden Kalten Kriegs. Diese Herangehensweise bietet neue Perspektiven, die zu einer besseren Einordnung der damaligen Ereignisse sowohl in der Sowjetunion als auch auf der lokalen baltischen Ebene beitragen. Zubkova konstatiert, dass die innere Entwicklung sowohl im sowjetisch besetzten Baltikum als auch in den osteuropäischen Vasallenstaaten in den Nachkriegsjahren nach einem ähnlichen Schema ablief und eine vergleichbare Dynamik aufwies.

In Bezug auf die Moskauer Baltikumpolitik in den Nachkriegsjahren hebt Zubkova zwei Perioden hervor. Die erste begann im Herbst 1944 und dauerte bis Mitte 1947. In dieser Zeit vermied die Zentralregierung bei der Durchsetzung ihrer Politik extreme Methoden; Repressionen wurden in erster Linie nur gegen den bewaffneten Widerstand eingesetzt. Die zweite Periode dauerte von Mitte 1947 bis zu Stalins Tod im März 1953. In dieser

Phase befeiligte sich Moskau bei der Sowjetisierung der Region einer offenen und gewaltsamen Unifizierungspolitik, die in den Massendeporationen gipfelte. Daher stellt Zubkova zufolge das Jahr 1947 einen der wesentlichen Wendepunkte sowohl für das Baltikum als auch für Osteuropa dar. Damals nahm Moskau Kurs auf die Unifizierung Osteuropas nach einem aufoktroierten Modell und warf die bislang propagierten nationalen Entwicklungsmöglichkeiten beim Aufbau des Sozialismus über Bord.

Mit diesem Kurswechsel gingen umfangreiche „Säuberungen“ einher, von denen auch die moskautreuen kommunistischen Parteien nicht verschont blieben. Zwar wurden die Repressionen auf Befehl Moskaus durchgeführt, doch spielte dabei auch der lokale Faktor eine wesentliche Rolle: die Machtspiele der örtlichen Bonzen. Im lokalen Kontext wurde der von Moskau aufgezwungene Kurs dazu benutzt, alte persönliche Rechnungen zu begleichen. 1949 wuchsen dann die zuvor noch unwesentlichen „Affären“ in verschiedenen osteuropäischen Ländern zu großen Schauprozessen heran, die an den „großen Terror“ der 1930er Jahre erinnerten. Viele der Teilnehmer an diesen Prozessen wurden des „nationalen Sozialismus“ beschuldigt. Im estnischen, lettischen und litauischen Kontext bedeutete dies eine Anklage wegen „bürgerlichen Nationalismus“. Die Politik im Osteuropa wurde schärfer, gleichzeitig wurden die Schrauben im inner-sowjetischen Kontext angezogen. Säuberungen wurden sowohl im Zentrum – z. B. während der „Leningrader Affäre“ (*leningradskoe delo*) als auch regional durchgeführt. Ein Beispiel für solche regionalen Aktionen bietet auch die „estnische Affäre“, worunter Zubkova die Maßnahmen versteht, die 1949–1952 gegen die Führung der Estnischen SSR, aber vor allem gegen Nikolai Karotamm, den ersten Sekretär des Zentralkomitees der Estnischen KP, und seine Umgebung gerichtet waren.

Nicht zu übersehen sind die ausgewogene Vorgehensweise der Autorin und ihre argumentiert vertretenen Standpunkte. Bei Zubkova kommen aktuelle tagespolitische Fragen und die damit einhergehende Rhetorik nicht vor. Ihr Buch ist nicht auf einem ideologischen Schlachtfeld verfasst worden, um Frontlinien zu ziehen, sondern die Autorin versucht, als Historikerin möglichst objektiv zu analysieren und zu verstehen, was in den Nachkriegsjahren im sowjetisierten Baltikum geschehen ist, und aus welchen Erwägungen der eine oder andere Beschluss im Kreml zu dieser Region gefällt worden ist.

Neben den erwähnten positiven Seiten gibt es aber auch einige Momente, mit denen der Rezensent sich nicht völlig einverstanden erklären kann, weshalb er sich zu einigen kleineren kritischen Anmerkungen gezwungen sieht. Zunächst sei zu Zubkovas Quellen und zu ihrer Literaturlage Stellung genommen. Sie hat keinerlei Materialien aus estnischen, lettischen oder litauischen Archiven benutzt, die bei der Analyse einiger Schlüsselprobleme durchaus wichtige Zusatzinformationen hätten liefern können. Erwähnt seien vor allem die ehemaligen Parteiarchive der Unionsrepubliken oder

auch der persönliche Bestand Nikolai Karotamms im Estnischen Staatsarchiv (f. 9461), dessen Inhalt gerade für das Kapitel über die Lokalelite gewiss hilfreich gewesen wäre. Wie bereits angemerkt, wird der bewaffnete Widerstand bei Zubkova nur bis 1947 behandelt, was den Eindruck vermittelt, er hätte sich danach gelegt. Diese Informationslücke, die in Moskau nur mit Hilfe des für normale Sterbliche geschlossenen FSB-Zentralarchivs geschlossen werden kann, hätte zumindest teilweise durch Archivquellen aus Estland, Lettland oder Litauen überbrückt werden können.

Eine der Kernfragen, denen sich das Buch stellt, betrifft die Ereignisse von 1940 und ihre juristische Beurteilung. Damit verbunden ist auch die Frage nach dem Begriff der „Okkupation“. Bei der Erklärung dieses Begriffs bezieht sich die Autorin auf ein 1986 in Moskau erschienenenes diplomatisches Wörterbuch und hat es nicht für notwendig gehalten, die Dissertation von Lauri Mälksoo¹ über dieses Thema oder frühere westliche Abhandlungen heranzuziehen. Auch einige bereits zur Sowjetzeit erschienene Studien hätten durchaus mit Gewinn einbezogen werden können, so z. B. die russischsprachige Monographie von Ervin Kivimaa aus dem Jahre 1986 über die Kollektivierung der Nachkriegszeit in allen drei baltischen Unionsrepubliken.² Mit einem quellenkritischen Ansatz ist diese Arbeit auch heute noch gut zu gebrauchen. Bei der Erläuterung des „neuen Kurses“ von Lavrentij Berija hätte man auf das Buch Andrej Mjakaševs über die Nationalitätenfrage³ und einige Studien des Rezensenten selbst⁴ hinweisen können, die auf denselben Quellen beruhen, die Zubkova in ihrem Buch ausgewertet hat.

Leider finden sich bei Zubkova auch einige irrtümliche Behauptungen, die aus der älteren Literatur übernommen worden sind. So wird zum Beispiel auf das so genannte Serov-Dokument hingewiesen (S. 126), eine

¹ LAURI MÄLKSOO: *Illegal Annexation and State Continuity: the Case of the Incorporation of the Baltic States by the USSR. A Study of the Tension between Normativity and Power in International Law*, Leiden und Boston 2003.

² ЭРВИН КИВИМАА: *Переломные годы в прибалтийской деревне: Деятельность Коммунистических партий Литвы, Латвии и Эстонии по коллективизации сельского хозяйства [Umbruchjahre im baltischen Dorf: Die Tätigkeit der kommunistischen Parteien Litauens, Lettlands und Estlands bei der Kollektivierung der Landwirtschaft]*, Tallinn 1986.

³ АНДРЕЙ. МЯКШЕВ: *Власть и национальный вопрос: Межнациональные отношения и Совет национальностей Верховного Совета СССР (1945–1991) [Macht und nationale Frage: internationale Beziehungen und der Nationalitätensowjet des Obersten Sowjet der SU (1945–1991)]*, Саратов 2004.

⁴ ТЫНУ ТАННБЕРГ: *Новый курс Л. Берии по подавлению движения сопротивления в Прибалтике и Западной Украине весной 1953 г. [Der neue Kurs L. Berijas bei der Unterdrückung der Widerstandsbewegung im Baltikum und in der Westukraine 1953]*, in: Tuna: *Спецвыпуск по истории Эстонии с 17 по 20 век [Sonderausgabe zur Geschichte Estlands vom 17. bis zum 20. Jh.]*, hrsg. von ТЫНУ ТАННБЕРГ и ОТТ РАУН, Тарту und Tallinn 2006, S. 192-210. Die summarischen Angaben über das Ausmaß des Widerstands in den Nachkriegsjahren, die Zubkova referiert (S. 256), sind beispielsweise schon in diesem Aufsatz veröffentlicht worden.

angeblich am 11. Oktober 1939 verabschiedete Anordnung des NKVD, derzufolge Massendeportationen vorbereitet werden sollten. Eine quellenkritische Analyse dieses Dokuments ergibt allerdings, dass es sich dabei mit Sicherheit entweder um eine Fälschung oder aber zumindest um ein falsch datiertes Dokument handeln muss.⁵ Zudem wird die Zahl der im Juni 1941 deportierten Personen aus Estland mit 6 700 angegeben, wobei sich Zubkova auf die Arbeiten von Nikolaj Bugaj stützt (S. 127).⁶ Gemeinsam mit der auf der Insel Saaremaa durchgeführten „Aktion“ sind im Juni/ Juli 1941 allerdings um die 10 000 Personen aus Estland deportiert worden.

Trotz dieser kleinen Beanstandungen wird Zubkovas Arbeit zweifellos zu einem Handbuch für jeden Historiker werden, der sich mit der Problematik der Sowjetisierung des Baltikums 1940/41 und in den Nachkriegsjahren beschäftigt. Diesen Prozess der sowjetischen Aneignung und Sowjetisierung des Baltikums nennt Zubkova das ambitionierteste Projekt Stalins, das sich dabei auf die Idee der Wiederherstellung des Imperiums gestützt habe (S. 338). Allerdings sei dieses Projekt unvollendet geblieben, weil die Region sich für das kommunistische Experiment als ungeeignetes Versuchsfeld entpuppt habe. So stellten Estland, Lettland und Litauen auch als sowjetische Teilrepubliken eine „Problemzone“ für Moskau dar und blieben es bis zum Zerfall der Sowjetunion. Elena Zubkova hat mit ihrer Arbeit ein äußerst festes und solides Fundament für die Erforschung dieser „Problemzone“ aus Moskauer Perspektive gelegt.

TÕNU TANNBERG

⁵ Vgl. SEPPÕ MYLLYNIEMI: Die baltische Krise 1938–1941, Stuttgart 1979, S. 80f.; JÜRI ANT: Eesti 1939–1941. Rahvast, valitsemisest, saatuses [Estland 1939–1941. Über die Menschen, das Regieren und das Schicksal], Tallinn 1999, S. 165.

⁶ Народы стран Балтии в условиях сталинизма (1940-е – 1950-е годы). Документированная история [Die Völker der baltischen Länder unter den Bedingungen des Stalinismus (1940er – 1950er Jahre). Dokumentierte Geschichte], hrsg. von НИКОЛАЙ БУГАЙ, Stuttgart 2005 (Soviet and Post-Soviet Politics and Society, 11).

Displaced Persons. Flüchtlinge aus den baltischen Staaten in Deutschland (Colloquia Baltica, 12). Hrsg. von CHRISTIAN und MARIANNE PLETZING. Verlag Michael Meidenbauer. München 2007. 246 S., zahlr. Abb. ISBN 9733899750669.

„Aber die Hauptsache ist doch,
dass Väterchen Stalin an jenem Ufer zurückgeblieben ist.“
(*Brief von Oskars N.*, 30.11.1951)¹

Flucht und Vertreibung können auf der einen Seite als wesentliche europäische Erfahrung des 20. Jahrhunderts bezeichnet werden. Auf der anderen Seite wissen wir immer noch viel zu wenig darüber. Mosaikstein um Mosaikstein muss in diesen kaum auf einen Nenner zu bringenden Bezugsrahmen der unterschiedlichsten Schicksale gesetzt werden, um die sich verzweigenden Wege auch nur eines Großteils der gegenläufigen Migrationsbewegungen aus der Endphase des Zweiten Weltkriegs adäquat abbilden zu können. Besonders für die Geschichte der Völker des Baltikums handelt es sich hierbei um eine Wasserscheide, an der sich das Leben ganzer Familien für das nächste halbe Jahrhundert entschied, denn die Flüchtlinge ließen ihre Verwandten hinter dem sich herausbildenden Eisernen Vorhang zurück. Die erste Station auf diesem Weg stellten in der unübersichtlichen Nachkriegszeit spezielle, von den Alliierten eingerichtete Lager dar, die sich im zerstörten Deutschland befanden.

Auch fast 25 Jahre nach dem Erscheinen der Pionierstudie von Wolfgang Jacobmeyer zur Problematik der so genannten „Displaced persons“ (DPs) in den westlichen Besatzungszonen Deutschlands² bleibt unser Bild von einzelnen nationalen Gruppen unter ihnen verschwommen. Umso verdienstvoller ist es, dass sich die in Lübeck ansässige „Academia Baltica“ im März 2006 dieses Themas in seinen baltischen Bezügen auf einer Tagung annahm, deren Ergebnisse nun gedruckt vorliegen; dabei mag es als Ausweis der Bedeutung dieses Problemkreises angesehen werden, dass die damalige Präsidentin Lettlands, Vaira Vīķe-Freiberga, die selbst als Kind diese Lager von innen kennen gelernt hat, für ein Geleitwort gewonnen werden konnte. Tatsächlich kamen die baltischen DPs in der bisherigen Forschung nur am Rande vor. Doch zeigt gerade ihre durchaus spezifische Fluchterfahrung, wie stark der Lageralltag von der integrativen Kraft der nationalen Kultur geprägt war. Als Autor einer der wenigen ausführlichen Regionalstudien zu den DPs in den Nachkriegsjahren, in denen aufgrund der regionalen Verteilung auch die Balten eine Rolle

¹ Zitat im anzuzeigenden Band, S. 103.

² WOLFGANG JACOBMEYER: Vom Zwangsarbeiter zum Heimatlosen Ausländer. Die Displaced Persons in Westdeutschland 1945–1951, Göttingen 1985 (Kritische Studien zur Geschichtswissenschaft, 65); ANGELIKA EDER: Displaced Persons/„Heimatlose Ausländer“ als Arbeitskräfte in Westdeutschland, in: Archiv für Sozialgeschichte 42 (2002), S. 1-17.

spielen, kommt Stefan Schröder zu dem wohl berechtigten Schluss, dass die Konzentration der Forschung auf die DPs als Gruppe verschleiert habe, dass „Solidarität innerhalb der Lager vornehmlich am Kriterium der Nationalität orientiert war“ (S. 81).

Die baltischen DPs waren in ihrer Mehrheit keine Kriegsgefangenen, sie waren zumeist keine ehemaligen „Ostarbeiter“. Sie waren zum Teil schon in der Endphase des Kriegs nach Deutschland gekommen, und es war einigen von ihnen sogar gelungen, sich beruflich im „Dritten Reich“ einzurichten. Erst als London und Washington sich darauf festlegten, Bürgern der ehemaligen Staaten Estland, Lettland und Litauen den DP-Status zu gewähren und sie nicht der Sowjetunion auszuliefern, ließen sich viele von ihnen, die zuvor privat untergekommen waren, entsprechend registrieren. Die grundsätzlichen Stationen der Politik gegenüber den DPs zeichnet einleitend Tillmann Tegeler nach, der betont, dass es durchaus eines längerfristigen Erkenntnisprozesses auf alliierter Seite bedurfte, bis deutlich wurde, dass die baltischen Flüchtlinge keineswegs bereit waren, in ihre an die Sowjetunion verlorene Heimat zurückzukehren.³ Als somit ein Großteil der DPs bereits wieder repatriiert war, blieben neben den Balten vor allem Polen in den westlichen Besatzungszonen. Ihnen blieb schließlich die Wahl zwischen dem Verbleib in der mittlerweile gegründeten Bundesrepublik und der weiteren Emigration in die USA oder andere außereuropäische Länder – diese Möglichkeit stand aber zumeist nur den Jüngeren und Arbeitsfähigeren unter ihnen offen.

Das Leben in den Lagern hat naturgemäß keine Unmengen an Quellenmaterial hinterlassen. Allein der Begriff „Lager“, in der politisierten Sprache des 20. Jahrhunderts eindeutig belegt, scheint recht unpassend zu sein für die Lebensbedingungen der DPs. Wie Svetlana Červonaja in ihrem Beitrag zu den litauischen DPs mit Recht hervorhebt, waren diese Lager zwar bei weitem kein „Paradies“, doch waren sie auch keine „Todeslager, sondern Lager des Lebens, Lager der Rettung, in bestimmtem Sinne Lager der nationalen Wiedergeburt“ (S. 120). Dies wird auch deutlich anhand der im Beitrag von Dorothee M. Goetze präsentierten Fotos aus der Sammlung des estnischen Fotografen Karl Nikolai Hintzer (* 1895, Dorpat/Tartu, † 1967, Lübeck), die in der Dokumentensammlung des Herder-Instituts in Marburg aufbewahrt wird. Hintze, der selbst DP war, hat zahlreiche Lager besucht und dort den Alltag dokumentiert. Erfreulicherweise konnten zahlreiche Fotos aus dieser Sammlung in den Band aufgenommen werden, wenn auch in recht kleinem Format. So sehr die Platzierung der knapp kommentierten Bilder am Beginn des Bandes zunächst überrascht, so sehr macht es beim Durchsehen doch Sinn, da die erzählten Informationen aus den folgenden Beiträgen so gleich mit den

³ Siehe auch TILLMANN TEGELER: Esten, Letten und Litauer in der Britischen Besatzungszone Deutschlands. Aus Akten des Foreign Office, in: Jahrbücher für Geschichte Osteuropas 53 (2005), S. 42-57.

Fotos verbunden werden können. Warum aber die nicht weniger aussagekräftigen, von Daina Zālāne vorgestellten Bilder aus dem lettischen DP-Fotoarchiv (www.dpalbums.lv) wiederum am Ende präsentiert werden, erscheint doch ein wenig inkonsequent von Seiten der Herausgeber zu sein. Aber sei's drum.

Dem bereits erwähnten Stefan Schröder gelingt in seinem Beitrag sozusagen die Umsetzung der Fotos in Text, wobei er sich in erster Linie auf Augenzeugenberichte stützt, die er für seine Dissertation über die DPs im Landkreis Münster⁴ ausgewertet hat. Vor allem dank der Lettischen Schule ist diese Region auch über die unmittelbare Nachkriegszeit hinaus ein Zentrum der lettischen Kultur in der Bundesrepublik geworden. Schröder beschreibt in erster Linie das Verhältnis der deutschen Bevölkerung zu den DPs, das sich von Beginn an alles andere als freundlich gestaltet hat. Doch scheinen, was auch andere Beiträge dieses Bandes bestätigen, die nationalen Unterschiede durchaus wahrgenommen worden zu sein, sodass das (negative) Bild der Balten im Vergleich immer noch positiver ausfiel als das der jüdischen oder polnischen Personen. Dabei mag es auch eine Rolle gespielt haben, wie Schröder ausführt, dass der Bildungsgrad der baltischen DPs verhältnismäßig hoch war. Tatsächlich zeigte sich dieser Umstand auch am Lageralltag, der nicht nur durch eine starke Dichte an diversen Organisationen strukturiert war, sondern auch Raum für kulturelle Aktivitäten wie Konzerte oder Theateraufführungen bot, zu denen auch die benachbarte deutsche Bevölkerung eingeladen wurde.

Um diese Kontaktzone auszuloten, bedarf es aber noch weiterer Studien, für die in größerem Umfang als bisher geschehen Zeitzeugenbefragungen eingesetzt werden könnten. Hier ein internationales und „allbaltisches“ Forschungsprojekt in die Wege zu leiten, wäre mit Sicherheit lohnenswert. Denn auch die Regionalstudie zu Lübeck von Christian Pletzing zeigt, dass nicht nur die lokalen Archive Informationen bereithalten, sondern auch Zufallsfunde privater Korrespondenz unsere Kenntnisse Schritt für Schritt erweitern können. Wie die Region Münster, so war auch Lübeck in der unmittelbaren Nachkriegszeit eines der organisatorischen Zentren der lettischen Emigration. Daneben beleuchtet der Autor aufgrund der kursorischen Analyse einer Lagerzeitung die kulturellen Aktivitäten der baltischen DPs im Raum Lübeck. Wie schon zuvor Tegeler hebt auch Pletzing in Bezug auf diese Publikationen hervor, dass die Alliierten, denen es zu Zensurzwecken an Sprachkundigen fehlte, besorgt waren, ob hier nicht in erster Linie anti-sowjetische Propaganda betrieben wurde. So sehr diese Befürchtung auch berechtigt gewesen sein mag, so sehr wirkt sie erneut ein Streiflicht auf die labile Situation der baltischen Flüchtlinge in den alliierten Besatzungszonen insgesamt.

⁴ STEFAN SCHRÖDER: Displaced Persons im Landkreis und in der Stadt Münster 1945–1951, Münster 2005 (Veröffentlichungen der Historischen Kommission Westfalens, 22).

Während die bislang angesprochenen Texte mehr oder weniger alle drei baltischen nationalen Gruppen behandeln, beschäftigt sich Svetlana Červonnaja ausführlich mit den Litauern im Exil. Auch wenn sich die Autorin sehr auf die innere Entwicklung und Aufsplitterung der litauischen Flüchtlinge konzentriert, bleiben einige Redundanzen in Bezug auf die Rahmenbedingungen unvermeidlich. Interessant ist jedoch eine Randbemerkung, die einen bereits von Schröder festgehaltenen Umstand bestätigt: am besten scheinen sich baltische Fußballer in die jeweilige deutsche Nachbarschaft eingefügt zu haben. Von ihren Toren sprach man offenbar noch lange nach ihrer Abreise zu neuen Ufern. Ob nun aber die deutschen Sportskameraden vom Sportverein Greven 09 den Namen ihres lettischen Spielers *Eduard Freimanis* nur deshalb in *Edi Freimann* umtaufte, um „nicht zu sehr daran erinnert zu werden, daß er einer der ansonsten nicht so gern gesehenen DP's war“ (S. 76), mag etwas übertrieben sein, lag doch diese Namensänderung im Grunde einfach auf der westfälischen Zunge. Aber die, wenn das Wort erlaubt ist, transnationale Integrationskraft des Fußballs in der deutschen Gesellschaft ist ein Phänomen, von dem ja nicht erst die baltischen DP's profitierten.

Červonnaja leitet in ihrem Text zum Thema der „Kultur im Exil“ über, dem die weiteren Texte des Bandes gewidmet sind. Interessant sind dabei ihre Bemerkungen zur „baltischen Einheit“, die ja auch im künstlerischen Bereich in West und Ost eine gewisse Bedeutung erlangt hat. So sei es in vielen deutschen Städten nach Kriegsende zu gemeinsamen baltischen kulturellen Initiativen oder Ausstellungen „baltischer Kunst“ gekommen. Erst später hätten sich die betroffenen Künstler „mit großem Aufwand“ wieder darum bemühen müssen, die Öffentlichkeit von der Vielschichtigkeit und den erheblichen Unterschieden der drei Nationalkulturen zu überzeugen (S. 126). Von einem dieser gemeinsamen „baltischen“ Projekte berichtet Ingo Hoddick in seinem Portrait der Musiker Vldas Jakubėnas und Jāzeps Vītols: der Litauer Jakubėnas hatte mit einem lettischen Geiger und einem estnischen Cellisten das „Baltische Trio“ gebildet, das offensichtlich mit einigem Erfolg durch die amerikanische und die britische Zone zog, um Konzerte zu geben. Wie Hoddick betont, galt in den Lagern, in denen mit der Zeit eine Art Arbeitszwang eingeführt wurde, auch kulturelle Betätigung als ausreichend, um nicht zu körperlicher Arbeit gezwungen zu werden.

Von einem in mancher Hinsicht typischen Schicksal eines Literaten im Exil berichtet schließlich Andreas Fülberth in seinem Beitrag über den lettischen Schriftsteller und Maler Jānis Jaunsudrabiņš (1877–1962). Nachdem sich Pläne zerschlagen hatten, bei inzwischen ausgebombten Verwandten in Bielefeld unterzukommen, gelangte auch Jaunsudrabiņš in ein DP-Lager, wo er sich der Lagerzeitung und der lettischen Kinder im Schulalter annahm. Mehr als lokaler Ruhm wurde ihm auch nach dem Auszug in seiner neuen Heimat nicht mehr zuteil; von Veröffentlichungen

seiner Werke in deutscher Sprache konnte er zumeist nur träumen. Bevor nun dieser Erzählstrang persönlicher Schicksale fortgesetzt wird, berichtet Peter Wörster vom Herder-Institut über das Schicksal des „Estnischen Zonenarchivs“, einer wohl unikalen Sammlung von Dokumenten zur estnischen DP-Welt, das 1950 im Herder-Institut eingelagert wurde, um jedoch kurz darauf an die estnische Exilgemeinde in den USA überlassen zu werden.⁵

Den Abschluss bilden drei jeweils persönliche Rückblicke auf Flucht, Lager und Integration in der Bundesrepublik, verfasst von der Estin Vilma Brinkmann, der Lettin Irēna Mirdza Stower und der Litauerin Elena Baliulis. Tatsächlich machen diese Schicksale trotz der wenigen Seiten, die sie einnehmen, deutlich, wie sehr die Zeitläufte der 1940er Jahre persönliche Lebensentwürfe im wahrsten Sinne durcheinander gebracht haben. Zudem machen sie bewusst, dass eine Beschäftigung mit den DPs nicht darum herumkommen kann, die einzelnen Menschen in den Mittelpunkt zu stellen, deren Leben ohne Hitler und Stalin gewiss anders verlaufen wäre. Dem menschenverachtenden Terror Zentral- und Osteuropas entkommen zu sein ist ein Umstand, den Nachgeborene kaum zu beurteilen imstande sind. Dass er so manch einen wie den eingangs zitierten Oskars N. oder Friedrichs J. „über den großen Heringsteich“ verschlagen würde (S. 103), war diesen Menschen nicht in die Wiege gelegt worden. Umso verdienstvoller ist daher die von der „Academia Baltica“ und ihrem Leiter Christian Pletzing vorgelegte Textsammlung, die als Ausgangspunkt weiterer Forschungen dienen kann.

KARSTEN BRÜGGEMANN

The Baltic Question during the Cold War (Cold War History Series, Bd. 20). Hrsg. von JOHN HIDEN, VAHUR MADE und DAVID SMITH. Routledge. London und New York 2008. 212 S. ISBN 0415371007 und 9780415371001.

Der zu rezensierende Sammelband präsentiert 13 Aufsätze, die eine Zeitspanne von der Zwischenkriegszeit bis in die nahe Vergangenheit abdecken. Der Leser wird mit Sicherheit viel Interessantes entdecken, denn

⁵ Zu den heutigen Bemühungen um die Auswertung der Exilarchive vgl. PIRET NOORHANI: *Baltic Heritage Network*: Die Pflege des exilbaltischen Kulturerbes – Zwischenbilanz und Zukunftsperspektiven, in: *Forschungen zur baltischen Geschichte* 3 (2008), S. 239-242.

zum größten Teil handelt es sich neuere Forschungen, die von der Arbeit in erst seit einigen Jahren zugänglichen Archiven leben. Die „baltische Frage“ war sicherlich während des Kalten Krieges peripher, nichtsdestotrotz setzten sich die Großmächte mit ihr auseinander. In der bisherigen Geschichtsschreibung überwiegt ein juristisch geprägter Ansatz vertreten von Autoren wie Boris Meissner mit seiner klassischen völkerrechtlichen Studie aus dem Jahr 1956¹ oder von Lauri Mälksoo². Der vorliegende Band konzentriert sich nun auf einen Zugang der Diplomatiegeschichte und der Geschichte der internationalen Beziehungen, wobei einzelne Autoren umfangreiche Archivrecherchen angestellt haben. Unter den elf Verfassern finden sich international anerkannte Experten für dieses Thema. Der Band ist das Ergebnis eines Projektes, das vom Estnischen Wissenschaftsfonds unterstützt wurde, und das Resultat ist wirklich lesenswert. Allerdings muss eine Einschränkung gemacht werden: Obgleich der Titel etwas mehr verspricht, werden Geheimdienst-Aktivitäten während des Kalten Krieges wie beispielsweise die Unterstützung der antisowjetischen Partisanen im Baltikum und das Ausspähen des baltischen Exils von sowjetischer Seite oder die Rolle der Medien – man denke nur an *Voice of America*, *Radio Free Europe* oder *Radio Moscow* –, praktisch nicht behandelt, obwohl sie auch zu den außenpolitischen Waffen des Kalten Krieges zählten. Der Band konzentriert sich wie erwähnt auf die internationalen Beziehungen und die Diplomatie.

Die Autoren kommen aus Großbritannien, den USA, Kanada, Russland, Frankreich, Finnland und Estland, womit der Band wirklich internationale Sichtweisen repräsentiert. Bedauerlicherweise sind jedoch keine Fachleute aus Lettland oder Litauen beteiligt, womit die Perspektive dieser beiden Länder weniger stark als etwa diejenige Estlands berücksichtigt wird. Wie immer bei einem Sammelband bewegen sich nicht alle Beiträge auf einem gleich hohen Niveau und einige Autoren haben sich weniger Mühe als andere gegeben, wie ein Blick in die Endnoten belegt. So verzichtet Paul Goble fast komplett auf Belege für seine Darstellung, während Kristina Spohr Readman mit „deutscher Gründlichkeit“ ihre beiden Artikel jeweils mit sieben Seiten Anmerkungen ausstattet. Etwas störend sind kleine Ungenauigkeiten und Schreibfehler. Die Transliteration des Russischen ist uneinheitlich und fehlerhaft (S. 71-72) oder erfolgt gar nicht (S. 30). Archive sind unter falschem Namen (S. 19, 31, 182) oder überhaupt nicht angeführt (S. 127). Im letzteren Fall ist es beispielsweise für den Nicht-Fachmann unklar, ob es sich um Dokumente des Bundesarchivs (BA) oder des Politischen Archivs des Auswärtigen Amtes (PA) handelt. Auch werden nicht alle Abkürzungen aufgelöst (S. 82). Manche

¹ BORIS MEISSNER: Die Sowjetunion, die baltischen Staaten und das Völkerrecht, Köln 1956.

² LAURI MÄLKSOO: *Illegal Annexation and State Continuity. The Case of the Incorporation of the Baltic States by the USSR. A Study of the Tension between Normativity and Power in International Law*, Leiden und Boston 2003.

Literaturverweise sind ebenfalls fehlerhaft (S. 19-20) und unter dem angeführten Titel lassen sich die Publikationen nicht finden. Kleinere inhaltliche Fehler treten auf, wenn beispielsweise Suzanne Champonnois behauptet, Frankreich habe keine Balten gegen ihren Willen in die UdSSR „repatriert“ (S. 86). Hier wäre ein sorgfältigeres Editieren angebracht gewesen. Sprachlich ist das Buch allerdings sehr gut lesbar. Angenehm fällt der nüchterne und ausgewogene Ton auf.

Der Themenkreis des Bandes ist breit gesteckt und der Platzmangel verbietet, auf jeden der Aufsätze im Detail einzugehen. Deshalb werden sie an dieser Stelle nur knapp vorgestellt. Vahur Made untersucht die diplomatischen Beziehungen der baltischen Staaten zu Frankreich, Großbritannien und dem Deutschen Reich in der Zwischenkriegszeit und Eero Medija in nimmt sich die Beziehungen der USA, der UdSSR und dem Baltikum bis zum Ausbruch des Kalten Krieges vor. Beide Aufsätze sind jedoch eher deskriptiv und referierend angelegt. Über die Haltung der USA erfahren wir von Jonathan L'homme dieu und Paul Goble nicht viel Neues, wenn auch Gobles Beitrag aus dem Blickwinkel des damals beteiligten Zeitzeugen interessant ist. Spannender sind die Aufsätze zur sowjetischen (Konstantin Khudoley), britischen (Craig Gerrard) und französischen Perspektive (Suzanne Champonnois), bei denen der Leser wirklich etwas hinzulernt.

Zu den Höhepunkten des Bandes zählen gewiss die beiden Beiträge von Kristina Spohr Readman über die Haltung Westdeutschlands zur „baltischen Frage“ sowie über die westliche Diplomatie in der Endphase des Kalten Krieges und ihre Einstellung zur baltischen Unabhängigkeit. Zwar ist der letztere bereits zuvor in der Zeitschrift „Cold War History“ erschienen, doch wird ihn der Leser besonders anregend finden. Während die westlichen Großmächte in ihrer Rhetorik auf Recht und Moral pochten, verfolgten sie tatsächlich eine Realpolitik reinsten Wassers. So lange wie Russland unter Boris El'cin die baltische Unabhängigkeit noch nicht offiziell anerkannt hatte, verfügten die baltischen Staaten nur über Dänemark und Island als echte Freunde und Unterstützer unter den NATO-Mitgliedern. Allen anderen waren Realpolitik und die erfolgreiche Kooperation mit der undemokratischen Sowjetunion wichtiger als das Selbstbestimmungsrecht der Völker oder Demokratie im Baltikum.

Zwei weitere knapp gehaltene Beiträge widmen sich der estnischen Exilregierung (Vahur Made) und dem baltischen Exil (Helen Morris und Vahur Made). Ein letztes kleines Juwel ist der abschließende intelligente Essay von David Smith: „Das Ende der ‚baltischen Frage‘? Die baltischen Staaten, Russland und der Westen nach dem Kalten Krieg“. Hierin gelingt es Smith auf nur 15 Seiten, die wesentlichen Entwicklungen seit 1991 zu skizzieren und am Ende die ‚russische Frage‘ zu stellen. Nicht dass der Rezensent mit allen Ansichten Smiths übereinstimmt, aber die geraffte Darstellung der wichtigen Punkte ist brillant und anregend.

Besprechungen

Zusammenfassend gesagt kann der Band zur Lektüre empfohlen werden, obwohl sich nicht alle Beiträge auf gleich hohem Niveau bewegen. Definitiv sind aber noch weitere Forschungen zur Geschichte des Baltikums im Kontext des Kalten Kriegs notwendig. Die vorliegende Aufsatzsammlung bedeutet einen ersten Schritt, dem noch weitere folgen sollten.

OLAF MERTELSMANN